



Don't mess
with the
INTERNET

Kathrin Ganz

Die Netzbewegung

Subjektpositionen im
politischen Diskurs
der digitalen Gesellschaft

Kathrin Ganz
Die Netzbewegung.
Subjektpositionen im politischen Diskurs der digitalen
Gesellschaft

Vom Promotionsausschuss der Technischen Universität Hamburg-Harburg
zur Erlangung des akademischen Grades Doktorin der Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) genehmigte Dissertation von Kathrin
Ganz aus St. Wendel 2017

Gutachterin: Prof. Dr. Gabriele Winker
Gutachter: Prof. Dr. Martin Nonhoff
Tag der mündlichen Prüfung: 23.2.2017

Kathrin Ganz

Die Netzbewegung

Subjektpositionen im politischen Diskurs
der digitalen Gesellschaft

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung.

**Hans Böckler
Stiftung** 

© 2018 Dieses Werk ist beim Verlag Barbara Budrich erschienen und steht unter der
Creative Commons Lizenz Attribution-ShareAlike 4.0 International (CC BY-SA 4.0):
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.

Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung
bei Verwendung der gleichen CC-BY-SA 4.0-Lizenz und unter Angabe der
UrheberInnen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.
www.budrich.de



Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen
Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84742139>).

Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen
werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-2139-9 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-1129-1 (eBook)
DOI 10.3224/84742139

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de
Titelbildnachweis: Martin Krolikowski,
www.flickr.com/photos/martinkrolikowski/6858377005/ (CC BY 2.0)
Typographisches Lektorat: Anja Borkam, Jena – kontakt@lektorat-borkam.de
Druck: paper & tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhalt

Abbildungen	7
Tabellen.....	7
1 Einleitung.....	9
1.1 Erkenntnisinteresse und Fragestellung.....	11
1.2 Theoretischer und empirischer Zugang.....	13
1.3 Aufbau der Studie	17
2 Die Netzbewegung.....	20
2.1 Zum Stand der Forschung.....	22
2.2 Von tuwat.txt bis Freiheit statt Angst: Zur Entwicklung der Netzbewegung.....	25
2.3 Online und offline: Bewegungskultur und Ressourcen der Internetszene	39
2.4 Das Konfliktfeld Netzpolitik.....	49
2.5 Die Netzbewegung als Hegemonieprojekt.....	65
3 Intersektionalität und Hegemonie	68
3.1 Intersektionalität.....	68
3.2 Hegemonietheorie	78
3.3 Subjektpositionen im politischen Diskurs.....	89
3.4 Zwischenfazit.....	102
4 Zum methodischen Vorgehen	103
4.1 Feldzugang und die Position der Forschenden im Feld	103
4.2 Erhebungsmethoden.....	106
4.3 Auswertungsmethoden: Subjektkonstruktionen und Diskursanalyse	115
4.4 Zwischenfazit.....	123
5 Vernetzte Individuen als Avantgarde der digitalen Gesellschaft.....	124
5.1 Subjektkonstruktionen (I) zu den Forderungen und Gegenspieler_innen der Netzbewegung.....	124
5.2 Das freie Internet verteidigen: Zusammenschau des Hegemonieprojektes.....	154
5.3 Vernetzte Individuen mit post-digitaler Agenda.....	157
5.4 Die gesellschaftliche Verortung der zentralen Subjektposition.....	180

6	Privilegierte Nerds? Auseinandersetzungen um Positionierung	184
6.1	Subjektkonstruktionen (II) zu den Zugängen, Rollen und Konflikten	185
6.2	Zusammenschau relevanter Differenzen	204
6.3	Soziale Ungleichheit und die digitale Kultur der privilegierten Avantgarde	206
6.4	Scheiternde Universalisierungen	229
7	Die Post-Privacy-Debatte	235
7.1	Subjektkonstruktionen (III) zu Privatsphäre und Datenschutz	236
7.2	Subjektpositionen der Post-Privacy-Debatte	244
7.3	Die Post-Privacy-Debatte als Hegemoniekonflikt in der Netzbewegung	246
7.4	Das freie Internet und die Netzbewegung nach Snowden	263
8	Fazit und Ausblick	269
8.1	Zusammenfassung der Ergebnisse	269
8.2	Theoretische und methodologische Schlussfolgerungen	273
8.3	Reflexive soziale Bewegungen im digitalen Zeitalter	275
	Literatur.....	278
	Danksagung	310

Abbildungen

<i>Abbildung 1: Die protagonistische Äquivalenzkette</i>	132
<i>Abbildung 2: Die antagonistische Äquivalenzkette</i>	135
<i>Abbildung 3: Das Hegemonieprojekt in der Gesamtschau</i>	155
<i>Abbildung 4: Subjektpositionen in Relation zum Hegemonieprojekt.....</i>	232

Tabellen

<i>Tabelle 1: Auswertung von Wechselwirkungen auf Fallebene (Beispiel) ..</i>	118
---	-----

1 Einleitung

„Today is my 6th bday in prison, yet it feels better every year w/ all your love and support. Thank you so v much! <3“

@xychelsea (Manning 2015b)

„It’s hard to do research and get facts together w/o access to the Internet. It makes writing timely pieces difficult #90sProblems“

@xychelsea (Manning 2015a)

Wenn Chelsea Manning an ihre knapp 70.000 Twitter-Follower schreibt, benutzt sie keine Tastatur. Sie diktiert ihre Kurznachrichten per Telefon, denn sie lebt zu diesem Zeitpunkt im Militärgefängnis in Fort Leavenworth, Kansas (Gani 2015).¹ Den fehlenden Internetzugang, der ihr auch die Recherche für Artikel erschwert, kommentiert sie in einem Tweet als *#90sProblems* – Probleme wie in den 1990er-Jahren. Manning gelingt es trotzdem, per Twitter mit der Außenwelt in Kontakt zu bleiben. Auf diesem Weg erreicht sie beispielsweise ein Foto vom 32. Chaos Communication Congress in Hamburg, auf dem ein „Free Chelsea“-Sticker zu sehen ist (Stefanów 2015). Sie antwortet: „Glad to know I’m represented =)“ (Manning 2015d). Manning, „Former Intelligence Analyst. Trans Woman. Prisoner“ (Manning o. J.), wie sie sich auf Twitter beschreibt, wurde im Juli 2013 wegen Spionage, Diebstahl, Computerkriminalität und weiteren militärischen Regelverletzungen zu 35 Jahren Haft verurteilt. Die im Irak stationierte IT-Spezialistin hatte Militärgeheimnisse und Botschaftsdepeschen an die Organisation Wikileaks weitergegeben, um der Weltöffentlichkeit einen Einblick in die Kriegsführung im Irak und in Afghanistan zu eröffnen (Manning 2015b). Bei den Manning-Leaks, die die großen weltpolitischen Konflikte unserer Zeit betreffen, übernahm das Internet die Rolle einer Transparenzmaschine (Heine 2011). Die eingangs zitierten Tweets dagegen zeigen, wie digitale Kommunikation auf eine ganz alltägliche Weise wirkt, selbst wenn Internetnutzer_innen sich in nur 140 Zeichen mit Wörtern und Symbolen wie dem Smiley =) oder Herzen <3 ausdrücken.

Die Möglichkeiten, mittels digitaler Kommunikation im Kleinen wie im Großen auf die Welt einzuwirken, machen bis heute die Faszination des Internets aus. Ihre politische Brisanz gewinnt die Digitalisierung nicht aufgrund einzelner technologischer Innovationen, sondern durch die verschiedenen Möglichkeiten der Organisation menschlichen Zusammenlebens, die sich

1 Am 17. Mai 2017 wurde Chelsea Manning aus der Haft entlassen. US-Präsident Barack Obama hatte in den letzten Tagen seiner Amtszeit einen Großteil ihrer verbliebenen Reststrafe erlassen.

dadurch eröffnen (Negroponte 1998). Dabei ist das Verhältnis von Technologie und Gesellschaft als wechselseitige Konstituierung zu begreifen. Technologie ist immer auch sozial, oder wie die Techniksoziologin Judy Wajcman es formuliert: „Simply put, technologies are crystallisations of society, they are frozen social relations“ (Wajcman 2016). Zugleich wird das Soziale von Technologien geformt. Die Ko-Materialisierung (Winker 2005) von digitalen Technologien und Gesellschaft ist damit eine grundlegende politische Frage, die in den letzten Jahren vermehrt von politischen Akteur_innen aufgegriffen worden ist. Dass sich heute auch kollektives politisches Handeln und die Herausbildung von neuen politischen Akteur_innen in digitalen Öffentlichkeiten² vollzieht, unterstreicht die politische Bedeutung dieser Infrastrukturen doppelt.

Die Debatte über gesellschaftliche Auswirkungen der Digitalisierung und netzpolitische Regulierungen wurde in Deutschland maßgeblich von kritischen Internetnutzer_innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen vorangetrieben. Diese politischen Stimmen, die sich in der *Netzbewegung*³ aufeinander beziehen und sich in den Diskurs um die digitale Gesellschaft einschreiben, stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung. Der Begriff digitale Gesellschaft⁴ dient hier als Chiffre für die Veränderungen, die sich im Zuge der Digitalisierung in verschiedenen Gesellschaftsbereichen vollziehen, sowie die gesellschaftliche Debatten, die parallel über das Ausmaß und die Bedeutung dieser Veränderungen geführt werden. Damit ist zugleich ein Thema angesprochen, das diese Arbeit durchzieht: Die Netzbewegung hat sich maßgeblich im und in Auseinandersetzung mit dem Internet konstituiert, ihre Vorschläge und Forderungen reichen jedoch über die Netzpolitik hinaus. Die Fluchtlinie des politischen Diskurses der Netzbewegung ist die digitale Gesellschaft.

Soziologisch betrachtet handelt es sich bei der Netzbewegung nicht um etwas völlig Neuartiges, sondern um eine ‚klassische‘ neue soziale Bewegung. Gleichwohl lässt sich „die Institutionalisierung des Kollektiven heute nicht mehr als rein sozialer, sondern nur noch als *soziotechnischer* Prozess auf angemessene Weise abbilden“ (Dolata/Schrape 2014: 20, Herv. i.O.). Die soziale Bewegungsforschung beschäftigt sich seit einigen Jahren intensiv damit, wie soziale Bewegungen das Internet nutzen und was sich dadurch für

2 Den Begriff der digitalen Öffentlichkeiten übernehme ich von Münker (2009). Er benennt nicht nur die Vervielfältigung von Öffentlichkeiten im Gegensatz zur massenmedial vermittelten Öffentlichkeit im Singular, sondern regt dazu an, Öffentlichkeit als Medium zu denken (ebd.: 33), das erst durch den gemeinsamen Gebrauch entsteht (ebd.: 27, vgl. 2.3.2).

3 Zur Begriffswahl vgl. 2.1.

4 So verstehe ich auch die programmatische Verwendung des Begriffs durch die Bundesrepublik etwa im Titel der Enquetekommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ oder im Kontext des Wissenschaftsjahres 2014. Zur Unterscheidung nenne ich die gleichnamige netzpolitische Organisation „Digitale Gesellschaft e. V.“.

ihre Organisation, Mobilisierungsfähigkeit und Protestdynamiken verändert.⁵ Die Netzbewegung ist in dieser Hinsicht ein besonders interessantes Phänomen, weil sie die „Koordinations-, Strukturierungs- und Kontrollleistungen, die kollektives Verhalten im Internet ermöglichen und prägen“ (Dolata/Schrape 2015: 23), selbst politisiert.

In den letzten zehn Jahren hat die Netzbewegung in den Verlauf einiger politischer Entwicklungen eingegriffen. Sie hat zeitweise mehr als 50.000 Menschen auf die Straße gebracht, gegen Netzsperrungen und die Vorratsdatenspeicherung mobilisiert und dazu beigetragen, dass Netzpolitik sich derzeit als eigenständiges Politikfeld etabliert (Bieber 2015; Haunss/Hoffmann 2015). Dass es der Netzbewegung gelingt, Einfluss auf das politische System auszuüben, zeigte sich deutlich im Bundestagswahlkampf 2009, im Zuge dessen sich „Netzpolitik-Aktivismus [...] vom Außenseiter der politischen Verhandlungsarena zum akzeptierten politischen Akteur gewandelt“ (Wendelin/Löblich: 72, 65f.) hat. Daran anschließend zog die Netzbewegung auch die Aufmerksamkeit der Forschung auf sich. Der Forschungsstand, auf den ich im zweiten Kapitel eingehe, gibt erste Einblicke in die Motivlagen der netzpolitisch Aktiven und die Forderungen, die sie an das politische System richten. Eine umfassende Analyse der Netzbewegung liegt bisher noch nicht vor. Mit der vorliegenden Arbeit trage ich dazu bei, diese Lücke zu schließen. Das Forschungsinteresse gilt dabei im Besonderen der gesellschaftlichen Verortung der Aktivist_innen sowie der Frage, wie sich diese Verortung in die politischen Konflikte einschreibt, die Akteur_innen der Netzbewegung mit ihren politischen Gegner_innen, aber auch untereinander ausfechten. Denn Menschen handeln, wie das eingangs gewählte Beispiel Chelsea Mannings zeigt, von einem spezifischen sozialen Ort aus, und dies hat Einfluss auf ihre politischen Affinitäten, Strategien und Forderungen. Dem Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Verortung und politischem Diskurs gehe ich in dieser Arbeit nach.

1.1 Erkenntnisinteresse und Fragestellung

Im Zentrum der Untersuchung stehen der politische Diskurs der Netzbewegung und die dort artikulierten Subjektpositionen. Subjektpositionen sind wirkmächtige Knotenpunkte von miteinander verwobenen sozialen Differenzen, an denen Subjekte in Diskurse eintreten. Ausgehend von einer hegemo-

5 Exemplarisch genannt seien Earl et al. (2010), Milan (2013) und van de Donk et al. (2004). Auch das „Forschungsjournal Soziale Bewegungen“ widmete sich bereits mit mehreren Ausgaben den Auswirkungen der digitalen Revolution auf soziale Bewegungen (2/2006, 3/2010, 2/2013 und 3/2015).

niethoretischen Perspektivierung richtet sich das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit auf die Bedeutung von sozialer Differenz im Hegemonieprojekt der Netzbewegung, das ich als einen spezifischen politischen Diskurs über das Medium Internet und seine gesellschaftlichen Auswirkungen beschreibe.⁶ Unter einem Hegemonieprojekt verstehe ich in Anlehnung an Martin Nonhoff (2006: 139–141) ein politisches Projekt, das in einem gesellschaftlichen Bereich bzw. Sachgebiet eine diskursive Vorherrschaft erlangen will. Dies kann zum Beispiel das Projekt einer Partei oder einer sozialen Bewegung sein, die ihre Vorstellungen über das gesellschaftlich gültige spezifische Allgemeine durchsetzen will.

Hegemonieprojekte entfalten sich in einem gesellschaftlichen Raum, der von sozialen Ungleichheiten durchzogen ist, und können zugleich selbst als Orte der Differenzproduktion betrachtet werden. Dies gilt nicht nur für Hegemonieprojekte, die soziale Differenzen aus einer spezifischen gesellschaftlichen Position heraus unmittelbar politisieren, um eine Umverteilung von Macht und Ressourcen und die Anerkennung ihrer Differenzposition zu erkämpfen.⁷ Für die Analyse von Hegemonieprojekten in demokratischen Gesellschaften ist folglich von Interesse, welche sozialen Differenzen für deren Konstitution und Selbstverständnis von Bedeutung sind. Dies betrifft die soziale Position, von der aus ein Hegemonieprojekt artikuliert wird, ebenso wie die Demarkationslinie zu politischen Gegenspieler_innen und die Grenze zwischen einem Hegemonieprojekt und denjenigen, die (noch) nicht dafür gewonnen werden konnten. Zudem politisieren Hegemonieprojekte soziale Differenzen häufig auch in ihren eigenen Reihen und hinterfragen, welche bzw. wessen Anliegen und Interessen eine Bewegung zum Ausdruck bringt.⁸ Dass die kollektiven Identitäten sozialer Bewegungen durch solche Akte der Selbstinfragestellung zunehmend verhandlungsoffen werden (Marchart 2013: 219f.), hängt aus meiner Sicht mit der Konjunktur einer pluralen und intersektionalen Sicht auf soziale Differenzen zusammen: dem Wissen darüber, dass es vielfältige und miteinander interagierende gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse gibt, die Subjekten differente Positionen zuweisen. In der vorliegenden Arbeit untersuche ich, von welcher sozialen Position aus die Netzbewegung ihr Projekt artikuliert, welche sozialen Differenzen für die Artikulation der Grenzen dieses Hegemonieprojektes eine Rolle spielen und ob es sich bei der Netzbewegung um eine sich permanent selbst infrage stellende, „postidentitäre“ (ebd. 220) soziale Bewegung handelt.

6 Damit unterscheidet sich meine Perspektive von Marcharts hegemonietheoretischer Analyse des Mediums Internet in Form einer diskurs-archäologischen „Reaktivierung der politischen Sedimente von Diskursen über und um das Medium“ (Marchart 2004: 47).

7 Zum Verhältnis von Umverteilung und Anerkennung vgl. Fraser (1996); Fraser/Honneth (2003) sowie Butler (1997).

8 Davon zeugen beispielsweise die Auseinandersetzungen um lesbische kollektive Identität (Rich 1980; Taylor/Whittier 1992) oder den Stellenwert von Rassismus in der Frauenbewegung (Hull/Scott/Smith 1982).

Die Netzbewegung politisiert die gesellschaftliche Bedeutung digitaler Infrastrukturen. Im Zuge dessen formuliert sie die Hypothese, dass die Digitalisierung Chancen für eine grundlegende gesellschaftliche Transformation mit sich bringt. Damit berührt der Diskurs der Netzbewegung auch gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse, wie etwa die Frage, inwiefern sich Digitalisierung auf demokratische Partizipationsmöglichkeiten und ökonomische Teilhabe auswirkt. Interessant ist, dass essayistische Auseinandersetzungen mit digitalem Aktivismus zu widersprüchlichen Einschätzungen über die Zielrichtung solcher Politiken kommen. So stellt Jacques de Saint Victor die These auf, jeglicher Cyberaktivismus sei libertär-antipolitischer Natur, vorangetrieben von elitären Hacker_innen und Silicon-Valley-Unternehmer_innen, denen er unterstellt: „Keiner dieser angeblichen ‚Weltveränderer‘ spricht von sozialen Dingen“ (de Saint Victor 2015: 47). Felix Stalder dagegen sieht in den digitalen Netzwerken ein grundsätzlich solidarisches Potential, das von vielfältigen, an der Produktion von Commons orientierten digitalen Autonomiebewegungen ausgeschöpft wird: „Digital networks are an essential element in the contemporary reconstitution of autonomy and solidarity“ (Stalder 2013: 51).

Dieser Vergleich zeigt, dass über den Umgang der Netzbewegung mit sozialer Ungleichheit nicht vorschnell und ohne empirischen Bezug geurteilt werden sollte. In der vorliegenden Arbeit setze ich mich deshalb mit der Bedeutung von sozialen Differenzen im politischen Diskurs der Netzbewegung auseinander. Dazu untersuche ich, welche Subjektpositionen die Netzbewegung im Rahmen der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse hervorbringt, wie individuelle Aktivist_innen sich dazu ins Verhältnis setzen, und welche Effekte die Auseinandersetzung um Positionen auf die kollektiv artikulierten politischen Forderungen von Bewegungen hat.

Konkret ergeben sich für meine Arbeit drei forschungsleitende Fragen:

- Worin besteht das politische Projekt bzw. Hegemonieprojekt der Netzbewegung?
- Welche Subjektpositionen werden artikuliert?
- Was lässt sich anhand der Subjektpositionen darüber aussagen, welche Bedeutung soziale Ungleichheit für die Netzbewegung hat?

1.2 Theoretischer und empirischer Zugang

Zur Bearbeitung der Forschungsfragen verknüpfe ich zwei theoretische Zugänge: die politische Diskurstheorie in Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2001) als hegemonietheoretische Perspektive auf soziale Bewegungen und die intersektionale Mehrebenenanalyse von Gabriele Win-

ker und Nina Degele (2009). Die epistemologischen Grundlagen dieser Arbeit bilden die Begriffe Diskurs, Artikulation und Hegemonie. Die Subjektivität von Individuen ebenso wie von kollektiven Akteur_innen wird in diesem poststrukturalistischen Bezugsrahmen als temporales und kontextualisiertes Resultat von Differenzartikulationen verstanden (Nonhoff/Gronau 2012). Durch das Zusammenspiel von Unterwerfung und Selbsthervorbringung (Foucault 2005a: 275) wird Subjektivität politisch geformt, während gleichzeitig Subjekte das Politische konstituieren (vgl. Herschinger/Nonhoff 2014: 194). In Hinblick auf die Netzbewegung interessiert mich folglich, welche Subjekte diesen Diskurs einerseits hervorbringen und welche subjektivierenden Normalitätskonstruktionen er andererseits beinhaltet, entlang derer die Grenzen zwischen den Aktivist_innen der Netzbewegung und ihren diskursiven Anderen verhandelt werden.⁹

Die intersektionale Mehrebenenanalyse (IMA) ist ein praxeologischer Ansatz, dem zufolge sich gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse in der Wechselwirkung zwischen Identitätskonstruktionen, symbolischen Repräsentationen und sozialen Strukturen artikulieren. Sie bietet eine Heuristik zur Identifikation von diskursiven Bezugspunkten, die bei der Artikulation von Subjektpositionen relevant sind. Im theoretischen Teil der Arbeit führe ich diese beiden Perspektiven zu einem hegemonietheoretisch-intersektionalen Verständnis von Subjektpositionen zusammen. Dabei hilft es, dass die IMA und die Diskurstheorie jeweils über ein relationales Verständnis des Sozialen verfügen (Winker/Degele 2009: 64).

Intersektionalität richtet den Blick auf gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse und denkt diese als *intersecting*, d. h. sich überkreuzend respektive miteinander verwoben. Das intersektionale Denken ist im Kontext von spezifischen sozialen Kämpfen entstanden: Feminist_innen of Color, Queers of Color ebenso wie Akteur_innen der Krüppel-Bewegung ging es darum, zu benennen, dass Klassenverhältnisse, Rassismus, Sexismus und Ableismus zusammenwirken und sich auf Existenzweisen, Lebenschancen und politische Artikulationsmöglichkeiten auswirken (vgl. Walgenbach 2007). Die Anwendung des intersektionalen *frameworks* – Cho, Crenshaw und McCall sprechen von einem „set of engagements“ (2013: 785) – besteht in Analysen intersektionaler Dynamiken in verschiedenen Feldern, theoretischen und methodologischen Debatten sowie politischen Interventionen. Studien, die sich aus intersektionaler Perspektive mit sozialen Bewegungen befassen,

9 Diese Perspektive schließt an subjekttheoretische Arbeiten zur Artikulation von Subjektivität und Handlungsfähigkeit in Cyberspace-Diskursen (Lummerding 2005), zur Konstruktion von Netzsubjektivität durch Technologien (Paulitz 2005) und zu Subjektkonstruktionen in der digitalen Kultur (Carstensen et al. 2014; Castells 2009; Rainee/Wellman 2012) an. Die vorliegende Arbeit bezieht die Frage nach dem Verhältnis von Technik und Subjekt jedoch nicht auf die Artikulation von Internet-Subjektivität im Allgemeinen, sondern auf die Netzbewegung als spezifische Ausformung einer explizit politischen Netzsubjektivität.

beziehen sich üblicherweise auf Bewegungen, die die Bekämpfung von Diskriminierung und Anerkennungsfragen in den Mittelpunkt stellen.¹⁰ Intersektionale soziale Bewegungsforschung ist dabei, mit McCall (2005: 1173f.) gesprochen, in der Regel intrakategorial: Sie beschäftigt sich mit komplexen Figurationen von Ungleichheit innerhalb einer Kategorie sozialer Differenzierung. Die Beschäftigung mit Intersektionalität ist aus meiner Sicht mit einer Verpflichtung gegenüber ihrem politischen Anliegen der Intervention in akademische, juristische und bewegungspolitische Felder der Wissensproduktion verbunden. Diese kann darin bestehen, explizit solche Existenzweisen zu zentrieren, die an der Schnittstelle verschiedener Diskriminierungsformen positioniert sind und aus diesem Grund oftmals von anerkannten Formen der Wissensproduktion nicht erfasst werden. In der vorliegenden Arbeit gehe ich einen anderen Weg: Die Netzbewegung bezieht sich nicht auf ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis und besteht offenbar mehrheitlich aus männlichen, weißen und aus der Mittelschicht stammenden Anhänger_innen, die sich, wie sich im Laufe der Arbeit zeigen wird, mitunter selbst als Elite positionieren. Mit der Wahl eines intersektionalen Zugangs verbinde ich das Anliegen, trotz der scheinbaren Homogenität der Netzbewegung vorhandene Differenzen wahrzunehmen und auch privilegierte Positionen als intersektionale Positionen zu betrachten sowie ein Licht darauf zu werfen, was bzw. wer in der Netzbewegung und ihrem Diskurs abwesend ist. Mit Intersektionalität wird häufig die Vorstellung verbunden, dass mehrfach diskriminierte Personen besonders ‚intersektional‘ seien. Dem entgegen steht ein Verständnis von intersektionalen Herrschaftsverhältnissen, die sich ausnahmslos in alle Existenzen einschreiben.

Insofern „das Verhältnis von Diskurs und diskurrierenden Subjekten als eines der gegenseitigen Konstitution“ (Herschinger/Nonhoff 2014: 197) begriffen wird, formuliert diese Arbeit eine konstitutiv-analytische Perspektive auf den politischen Diskurs der Netzbewegung: Der Diskurs wird als „Ort der Machtausübung und Subjektivierung“ (ebd.: 198) verstanden, nicht als deliberative Verhandlungsarena oder – im instrumentellen Sinne – als Raum der Ideologiebildung oder Medium zur Machtausübung (ebd.). Soziale Bewegungen sind aus dieser Perspektive nicht einfach nur eine Repräsentation der gesellschaftlichen Positionen ihrer ‚Mitglieder‘, sondern, wie Mouffe (1995) in Bezug auf den Feminismus schreibt, als Ensemble von Subjektpositionen zu verstehen, zwischen denen es keine notwendige Beziehung gibt. Ihre politische Subjektivität hängt von bestimmten Formen der Identifikation ab, mit denen unvermeidlich Akte des Ausschlusses einhergehen (Mouffe 1995: 326). Dies kann punktuell im Rahmen einer hegemonietheoretischen und intersektionalen Mehrebenenanalyse sichtbar werden, was wiederum ermög-

10 So untersucht beispielsweise Carbado (2013) die „color-blind intersectionality“ von Gay-Rights-Organisationen, die im Kampf um Eherechte ein bürgerliches, weißes, an heterosexuellen Familienidealen orientiertes Bild von Schwulsein privilegieren.

licht, sich mit Hierarchien und Ungleichheitsverhältnissen innerhalb von hegemonialen Projekten zu beschäftigen. In diesem Zusammenhang ist davon auszugehen, dass Individuen aufgrund ihrer unterschiedlichen Positionierung im Machtgefüge eben nicht dazu in der Lage sind, „gleichwertige“ Artikulationen zu bewirken (Wöhl 2007: 144).¹¹ Dies wirft die Frage auf, wie sich soziale Ungleichheit in die Konstitution eines politischen Projektes einschreibt. Mein Anliegen ist es dabei dezidiert nicht, zu entlarven, welche Ausschlüsse Akteur_innen der Netzbewegung vollziehen. Ebenso wenig richtet sich mein Erkenntnisinteresse auf eine Abbildung der demographischen Struktur der Netzbewegung im Sinne einer interkategorialen (McCall 2005: 1173) Quantifizierung der Aktivist_innen. Eine Analyse, die im hegemonietheoretischen Sinn an Subjektposition interessiert ist, ist meinem Verständnis nach anti-kategorial (ebd.). Sie beschäftigt sich mit dem Prozess, durch den soziale Differenzen diskursiv erzeugt werden, und verweist damit immer auch auf die Kontingenz von gesellschaftlich wirkmächtigen Kategorien.

Im Kern besteht mein Anliegen darin, zu zeigen, wie sich aus verstreuten und keineswegs koordinierten Artikulationen ein Diskurs formt, der differente Subjektpositionen miteinander ins Verhältnis setzt, sowie nachzuzeichnen, wie sich dies auf die Artikulation von politischen Forderungen auswirkt. Aus diesem Grund wähle ich einen qualitativ empirischen Zugang. Das Ausgangsmaterial meiner Analyse bildet ein Textkorpus von zwölf Interviews mit Aktivist_innen der Netzbewegung. Um die diskursiven Bezugspunkte in den Interviews einordnen zu können, werden zusätzlich weitere Texte in die Analyse einbezogen. Bei der Entscheidung für eine interaktive Datenerhebung waren zwei Argumente entscheidend: Zum einen verspricht die Wahl einer Erhebungsmethode, die üblicherweise in dezidiert subjektzentrierten interpretativen Analysen zum Einsatz kommt, einen facettenreichen Zugang zur Frage der positionierten subjektiven Artikulationen. Zum anderen sind die Produktionsbedingungen von Texten, die in der Regel den Korpus von Diskursanalysen bilden, ihrerseits vermachtet. Ungleiche Artikulationsbedingungen zum Gegenstand der Forschung zu machen, erfordert einen Zugang zum Diskurs, der es erlaubt, auch marginale Stimmen wahrzunehmen. Auch wenn die Möglichkeiten, Sprechpositionen zu erlangen, sich durch das Internet vervielfältigt haben, reproduzieren auch digitale Öffentlichkeiten Machtverhältnisse.

Weil ich davon ausgehe, dass sich die individuellen und kollektiven Bearbeitungen von Differenzen auch in der Art zeigen, wie Aktivist_innen sich politisch engagieren, grenze ich den empirisch zu bearbeitenden Gegenstand nicht auf bestimmte Bewegungsorganisationen ein, sondern beziehe Akti-

11 Beispielsweise erfolgt die Regulation von Artikulationsmöglichkeiten über die Anordnung von Subjektpositionen entlang der Grenzen zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit (Fraser 1996).

vist_innen ein, die sich in verschiedenen Organisationsformen, in unterschiedlichem Umfang und Themenschwerpunkten engagieren. Dabei fokussiere ich mich auf Aktivist_innen in Deutschland. Die Berücksichtigung von unterschiedlichen nationalen (netz-)politischen Kontexten, transnationalen Übersetzungsprozessen sowie den Spezifika einer transnationalen Klasse von Internet-Aktivist_innen, die sich häufig professionell mit Netzpolitik und IT-Sicherheit befassen, wäre sicherlich auch gewinnbringend, ist im Rahmen dieser Arbeit aber nicht zu leisten. Empirisch erhoben, aber aus der Analyse weitestgehend ausgeklammert, wurden Aussagen zur Piratenpartei. Die Piratenpartei ist ein Kapitel der Geschichte der Netzbewegung, das im Rahmen dieser Arbeit lediglich angerissen, jedoch nicht ausführlich behandelt werden kann.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, das Verständnis postidentitärer Artikulationen in sozialen Bewegungen weiter zu entwickeln. Dazu werden die kontingenten Verflechtungen von Positionierungen, Erfahrungen und Forderungen sowie die reflexiven Formen der Selbstproblematisierung in Bewegungsdiskursen ins Zentrum gesetzt. Wenn es für den Erfolg eines hegemonialen Projektes entscheidend ist, dass differente Subjektpositionen eine Allianz bilden, kann diese Arbeit dazu beitragen, Ansätze zu entwickeln, im Sinne radikaldemokratischer Bündnisse mit den Konflikten um Differenz umzugehen. Dieses normativ motivierte Erkenntnisinteresse ist für die vorliegende Arbeit aber zweitrangig; im Mittelpunkt steht die analytische Perspektive.

1.3 Aufbau der Studie

Meine Argumentation entfalte ich in sechs Schritten. In Kapitel 2 führe ich ausgehend vom Stand der Forschung in den Forschungsgegenstand ein. Das Kapitel beschäftigt sich ausführlich mit der Entwicklung der Netzbewegung seit Anfang der 1980er Jahre, stellt relevante Akteur_innen vor und verdeutlicht, welche politischen Rahmenbedingungen für die netzpolitische Mobilisierung in Deutschland wichtig waren. Ich zeige, dass das Internet nicht nur als Gegenstand der Netzpolitik für die Netzbewegung von Bedeutung ist, sondern auch als Entfaltungsraum netzkultureller Szenen, als Bewegungsmedium und digitale Öffentlichkeit. In diesem Kapitel beschreibe ich auch die politischen Themen, mit denen sich die Netzbewegung in den letzten Jahren beschäftigt hat. In den beiden folgenden Kapiteln werden die theoretischen und methodologischen Grundlagen der vorliegenden Arbeit entfaltet. In Kapitel 3 entwickle ich den theoretischen Rahmen einer intersektionalen Hegemonietheorie, die die Artikulation und gesellschaftliche Verortung von Subjektpositionen ins Zentrum setzt. In Kapitel 4 begründe und erläutere ich

mein methodisches Vorgehen – Feldzugang, Erhebung und Auswertung –, wobei ich auf die intersektionale Mehrebenenanalyse (Winker/Degele 2009; Winker 2012) zurückgreife.

Die Ergebnisse meiner Studie lege ich in Kapitel 5 bis 7 dar. Diese Kapitel folgen jeweils einem dreiteiligen Aufbau. Sie beginnen mit der Ausarbeitung von empirisch gewonnenen Subjektkonstruktionen, die in einem zweiten Schritt hinsichtlich des Erkenntnisgewinns für die Forschungsfragen zusammengefasst werden. Den dritten Schritt stellt dann jeweils eine vertiefende, interpretative Analyse des politischen Diskurses der Netzbewegung, der Subjektpositionen und Selbstproblematierungen dar. In Kapitel 5 zeige ich, dass die ‚Freiheit des Internets‘ ein Kern der kollektiven Identifizierung der Netzbewegung ist. Im Sinne der Hegemonietheorie handelt es sich um einen leeren Signifikanten, der als Forderung die Äquivalenzkette der Netzbewegung repräsentiert. Die ‚Freiheit des Internets‘ ist dabei eine Freiheit im zweifachen Sinne: Zum einen geht es um die netzpolitische Gestaltung eines ‚freien‘ Internets in Form einer netzneutralen Kommunikationsinfrastruktur ohne Zensur und Repression gegen den Austausch von Wissen und Daten. Zum anderen geht es um die Übertragbarkeit der ‚Freiheit des Internets‘ auf die Gesellschaft, also um das Begehren nach Rede- und Meinungsfreiheit, freiem Zugang zu Informationen, Wissen und Kultur, flachen Hierarchien, Transparenz und demokratischer Partizipation. In dieser Doppeldeutigkeit zeichnet sich die Entleerung ab, die der Signifikant ‚freies Internet‘ im Diskurs der Netzbewegung erfährt und durch die er unterschiedliche Forderungen zu repräsentieren vermag. Daran anschließend stelle ich die These auf, dass die Netzbewegung im Kern die Subjektposition einer Avantgarde vernetzter Individuen artikuliert. In Kapitel 6 liegt der Schwerpunkt meiner Analyse auf den sozialen Differenzen, die im untersuchten Diskurs zur Sprache kommen. Im Zuge dessen werden die Dynamiken deutlich, die zwischen der Artikulation der Avantgarde vernetzter Individuen als zentraler Subjektposition und weiteren Subjektpositionen bestehen. Die von Oliver Marchart (2013) beschriebene Konjunktur der Selbstbefragung bestätigt sich hierbei auch für die Netzbewegung: Sie wird von den Aktivist_innen als privilegiertes Kollektiv charakterisiert und problematisiert, was zugleich Schlüsse über die Konstruktion der Netzbewegung in Abgrenzung zu ihrem nicht-antagonistischen Anderen zulässt. Kapitel 7 fragt schließlich danach, ob sich diese Auseinandersetzung mit Positionalitäten im politischen Diskurs der Netzbewegung auch in die Forderungen des Hegemonieprojektes einschreibt. Dazu beschäftige ich mich exemplarisch mit der kontrovers geführten Diskussion um die Zukunft der Privatsphäre im digitalen Zeitalter. Beide Seiten der Post-Privacy-Debatte beziehen sich auf soziale Ungleichheit und behaupten von sich, die solidarischere Antwort auf die riskante Grenzverwischung zwischen Privatem und Öffentlichem zu geben. Dies unterstreicht nicht nur den kontingenten Charakter politischer Forderungen, sondern zeigt, wie sich

die Selbstinfragestellung der Subjektpositionen auch auf gegenstandsbezogene Debatten auswirkt. In Kapitel 8, dem Schlusskapitel, fasse ich die Ergebnisse meiner Untersuchung zusammen, betrachte noch einmal den analytischen Gewinn der gewählten Verbindung von Hegemonietheorie und Intersektionalität und formuliere einige Überlegungen zur Bedeutung von Intersektionalität für soziale Bewegungen im digitalen Zeitalter.

2 Die Netzbewegung

Die Netzbewegung: Schon der Begriff wirft eine Reihe von Fragen auf. *Bewegung* ist eine Chiffre für soziale Bewegung. *Netz* steht für das Internet. Aber ist jede soziale Bewegung, die das Internet als Werkzeug nutzt, eine Netzbewegung? Oder ist das Internet das, worum es der Netzbewegung geht? Was wird im Rahmen dieser Arbeit als soziale Bewegung verstanden? Schließlich *die* Netzbewegung: Gehe ich davon aus, dass es *eine* Bewegung gibt, die sich im Internet entfaltet, oder ist *die Netzbewegung* eine spezifische soziale Bewegung unter anderen? Dass ich in den letzten Jahren häufig mit solchen Fragen konfrontiert wurde, zeigt, dass die Netzbewegung – die im Übrigen keinen Wikipedia-Eintrag hat – alles andere als ein selbstevidenter Forschungsgegenstand ist. In dieser Hinsicht unterscheidet sie sich von der Umwelt-, Frauen- oder Friedensbewegung, mit denen die meisten Menschen zumindest einige Bilder und Ereignisse assoziieren. Die genannten Bewegungen gehören zu den neuen sozialen Bewegungen, sind also „politische Protestgruppen [...], die im Gefolge der außerparlamentarischen Opposition und insbesondere der Studentenbewegung ab den späten 1960er Jahren aufkamen“ (Rucht 2013: 406). Neue soziale Bewegungen werden begrifflich von der ‚alten‘ sozialen Bewegung, der Arbeiterbewegung, abgegrenzt, und sind mit einer Pluralisierung von Themen und politischen Identifikationsangeboten verbunden. Die neuen sozialen Bewegungen haben die politische Kultur der Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren stark geprägt. Brand (2010) spricht für Deutschland von einer Entwicklung zur Bewegungsgesellschaft, da sich im Vergleich zu anderen Ländern ein ideologisch und organisatorisch besonders stark vernetztes Bewegungsmilieu herausgebildet habe.¹² Die Wurzeln der Netzbewegung reichen bis in diese Zeit zurück (vgl. 2.2.1). Jedoch ist die Netzbewegung vor allem ein Phänomen des frühen 21. Jahrhunderts. Sie entstand im Zeitalter der globalen Vernetzung mittels digitaler Medien und Technologien und ist, wie ich zeigen werde, auch von der politischen Konjunktur der inneren Sicherheit im Krieg gegen den Terror geprägt.

Ziel dieses Kapitels ist es, durch eine eklektische Bezugnahme auf Konzepte der sozialen Bewegungsforschung ein möglichst umfassendes Bild der Netzbewegung zu zeichnen und so den Forschungsgegenstand plausibel zu

12 Die Oppositionsgruppen und Bürgerbewegungen der DDR agierten zwar unter anderen gesellschaftlichen Vorzeichen, gleichwohl zeigen sich Parallelen zu den neuen sozialen Bewegungen der BRD, u. a. in thematischer Hinsicht (Rucht 2013).

machen.¹³ Ausgangspunkt für das vorliegende Kapitel ist Mario Dianis (1992) Definition sozialer Bewegungen, die verschiedene Ansätze der Bewegungsforschung konzeptuell zusammenbringt: „Social movements are defined as networks of informal interactions between a plurality of individuals, groups and/or organizations, engaged in political conflicts, on the basis of shared collective identities“ (Diani 1992: 1). Die Netzbewegung verstehe ich folglich als ein informelles Handlungsnetzwerk, das aus Individuen, Gruppen und Organisationen besteht, die über eine kollektive Identität verfügen und sich mit Mitteln öffentlichen Protestes in einen Konflikt um gesellschaftlichen Wandel begeben.

Nach einem kurzen Überblick zum Stand der Forschung zur Netzbewegung widme ich mich ihrer historischen Entwicklung, beginnend mit der Hackerkultur der 1980er bis in die Zeit ab 2005, in der sich die Netzbewegung in ihrer heutigen Form konstituiert hat. Im Anschluss daran beleuchte ich die Bewegungskultur der Netzbewegung: Dazu betrachte ich die Netzbewegung mit dem Begriff der Szene, gehe auf die Bedeutung des Internets als Raum und Medium der Netzbewegung ein und entwickle vorläufige Überlegungen zur kollektiven Identität der Netzbewegung. Schließlich widme ich mich dem Feld der Netzpolitik und stelle vier zentrale Themenfelder vor, auf die sich die politischen Aktivitäten der Netzbewegung im Untersuchungszeitraum bezogen haben.

13 Sie sind verschiedenen Schulen mit unterschiedlichen theoretischen Fundierungen und Erkenntnisinteressen zuzuordnen. Der postmarxistische New-Social-Movements-Ansatz (Touraine 1972, 1985; Offe 1985) versteht soziale Bewegungen als Ausdruck sozialstruktureller, makrohistorischer Transformationsprozesse. Ressource-Mobilization-Theorie (McCarthy/Zald 1977; Gamson 1968, 1975; Tilly 1978) und der Political-Opportunity-Structures-Ansatz (vgl. Eisinger 1973: 26f.; McAdam 1986; kritisch Rucht 1998) gehen demgegenüber davon aus, dass in Gesellschaften stets verschiedene Missstände existieren, die potentiell von sozialen Bewegungen aufgegriffen werden können, und interessieren sich für Bewegungsorganisation und Mobilisierung. Ressource Mobilization nimmt eine organisationssoziologische Perspektive ein und untersucht die Allokation und Verteilung von Ressourcen in sozialen Bewegungen. Der Political-Opportunity-Structures-Ansatz interessiert sich dagegen vor allem für die Interaktion zwischen sozialen Bewegungen und politischem System. Einen weiteren Strang bilden konstruktivistische Ansätze, die die Bedeutung von kulturellen, diskursiven und kognitiven Prozessen innerhalb sozialer Bewegungen (vgl. Johnston/Klandermans 1995) untersuchen. Darunter fallen Studien, die sich mit den Deutungsrahmen (Frames) sozialer Bewegungen (Benford/Snow 2000; Snow/Benford 1992; Tarrow 1992), mit kulturellen, sozialen und politischen Produktionen innerhalb von Szenen (Haunss 2004) oder kollektiver Identität (Friedman/McAdam 1992; Taylor/Whittier 1992; Melucci 1995, 1996) beschäftigen.

2.1 Zum Stand der Forschung

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Netzbewegung in ihrer heutigen Form¹⁴ begann im Bundestagswahljahr 2009. Mit der Netzsperrdebatte, die sich durch das Jahr zog, der wachsenden Bedeutung von Social Media im Wahlkampf und dem langsam steigenden Bekanntheitsgrad der Piratenpartei wurde die Netzbewegung erstmals als Phänomen wahrgenommen und benannt. So widmet sich Sina Kamala Kaufmanns Analyse des Online-Wahlkampfes 2009 ausführlich der Rolle der Netzbewegung (Kaufmann 2009: 122–126). Auf Grundlage dreier Expert_inneninterviews mit Aktivist_innen der Netzbewegung und der Piratenpartei vermittelt Kaufmann einen ersten Einblick in Forderungen der Netzbewegung. Mit den „Deutungen, Erwartungen und Konstellationen zivilgesellschaftlicher Akteure“ im deutschen Netzpolitik-Aktivismus beschäftigt sich auch eine kommunikationswissenschaftliche Studie von Manuel Wendelin und Maria Löblich (2013, Löblich/Wendelin 2012). „Netzpolitik-Aktivist_innen treten ein für freie Kommunikationsflüsse, für den freien Zugang zu Informationen, für mehr Freiheiten im Urheberrecht und Freie Software. Ein wichtiges Ziel ist die Erhaltung der aus Sicht der Aktivist_innen grundlegend egalitären Struktur des Internets“ (Wendelin/Löblich 2013: 67). Die Autor_innen identifizieren vier Typen des Netzpolitikaktivismus: „(1) Privatsphäre und Datenschutz, (2) freier Zugang zu Informationen, (3) offene Standards und Freie Software und (4) Gleichberechtigung von Frauen“ (ebd.: 58). Netzpolitik-Aktivist_innen seien „exzessive Internetnutzer“, die über „starkes politisches Bewusstsein [verfügen], das mit einer Skepsis gegenüber den etablierten Parteien einhergeht“ (ebd.: 68). Mit Ausnahme der Piratenpartei seien Netzpolitik-Aktivist_innen „in der Regel keine Parteimitglieder“ (Wendelin/Löblich 2013: 68). Dieser Einschätzung widerspricht die Darstellung von Fritz in einer vergleichenden Studie netzpolitischer Entscheidungsprozesse in Deutschland und Großbritannien (Fritz 2013), der digitale Bürgerrechtler_innen sowohl in aktivistischen Vereinigungen wie dem Chaos Computer Club (CCC) als auch in Parteien und Verbraucherschutzorganisationen verortet (Fritz 2013: 88–92).

Im Rahmen der Studie „Die Neue Macht der Bürger“ des Göttinger Zentrum für Demokratieforschung finden die netzpolitischen Proteste ebenfalls Berücksichtigung. In ihrem Beitrag über Internetproteste führen Alexander Hensel, Stephan Klecha und Christopher Schmitz (2013) eine wichtige Unterscheidung ein: Sie differenzieren zwischen Protest im Netz „an sich“, bei dem „das Internet als Medium des Protests genutzt wird“ (ebd. 270) und Protest im Netz „für sich“, der „originär auf netzpolitische Anliegen wie die Aufrechterhaltung der bestehenden Netzstrukturen und -kulturen abzielt“

14 Auf Arbeiten, die sich auf netzpolitischen Aktivismus vor 2005 beziehen, werde ich in Abschnitt 2.2 eingehen.

(ebd.). Dieser netzpolitische Protest sei nicht auf das Internet als Protestmittel beschränkt, sondern verfüge auch über „ein analoges Moment“ (ebd. 271). Der Beitrag, dessen empirische Grundlage eine Reihe von Einzel- und Gruppeninterviews bildet, gibt einen Einblick in das Selbstbild der Netzbewegung und ihre Organisations- und Mobilisierungsformen. Das „Hauptanliegen“ der Netzbewegung „bilden die unbeschränkte Zugänglichkeit aller Informationen sowie die Freiheit schöpferischer technischer Entwicklung, Kooperation und Reziprozität“, sowie „eine spezifische Interpretation des Freiheitsbegriffs, welche der ungehinderten Meinungsäußerung, der Freiheit des Wissens und seiner autonomen (Weiter-)Verwertung eine große Bedeutung zubilligt“ (ebd. 271). Interessant in Hinblick auf die Verortung der Aktivist_innen ist zudem, dass die Autoren zwei Protestgruppen ausmachen: Ältere, bereits in anderen Feldern politisch engagierte Netzaktivist_innen zwischen 25 und 40, für die „das Internet eine zentrale Form politischer Kommunikation“ (ebd. 278) ist und die nun „die Zensur eines bislang als frei empfundenen Kommunikationskanals“ (ebd.) fürchten, sowie Schüler_innen und Studierende, die sich erst mit den netzpolitischen Protesten politisieren (ebd.: 280).

Zuletzt haben Leonard Dobusch (2014) und Sebastian Hauss (2015) Diskussionsbeiträge über den Stand und Perspektiven der Digitalen Zivilgesellschaft¹⁵ in Deutschland vorgelegt, die nach den Ursachen für das geringe Mobilisierungspotential der Netzbewegung im Anschluss an die NSA-Affäre fragen. Dobusch resümiert, dass die Netzbewegung im Jahr 2014 über einen geringen Organisationsgrad verfüge und ihre Aktivitäten auf Fragen der Überwachung und des Datenschutzes fokussiere. „Eine Kanalisierung von kurzfristig-emotionalen Mobilisierungen in langfristig-organisiertes, zumindest teilweise auch pro-aktives Engagement gelingt nur in sehr beschränktem Ausmaß“ (Dobusch 2014: 13). Zu einem ähnlichen Schluss kommt Hauss (2015), der die Mobilisierungsschwäche des Privacy-Aktivismus als Framing-Problem betrachtet. Es fehle eine tragfähige diskursive Rahmung, die es Gruppen und Individuen mit unterschiedlichem politischem Hintergrund ermöglicht, sich gemeinsam politisch zu engagieren (ebd.: 241). Die beiden

15 Dobusch verwendet den Begriff der digitalen Zivilgesellschaft in Abgrenzung zum Begriff digitale Bürgerrechtsbewegung, weil „die behandelten Themen Grund- und Menschenrechte betreffen, die nicht an den Status von einer (Staats-)BürgerInnenschaft gekoppelt sind“ (Dobusch 2014: 2). Ich bezeichne das Phänomen mit dem ebenfalls gebräuchlichen Begriff Netzbewegung, um den in diesem Kapitel ausführlich begründeten Bewegungskarakter des Phänomens zu unterstreichen. Weiterhin ist in der öffentlichen Diskussion häufig von Netzgemeinde (Kaufmann 2011: 122) die Rede, einer Eindeutigung von Internet-Community. Der Begriff hat seinen Ursprung in den Cyberdiskursen der 1990er Jahre. Insbesondere die Zeitschrift WIRED popularisierte seinerzeit die Vorstellung einer homogenen Community von „Digital Citizens“ (Marchart 2004: 165–169). Netzgemeinde läuft auch heute noch Gefahr, als ein politisches Kollektiv der Gesamtheit der Internetnutzer_innen fehlverstanden zu werden, weshalb aus meiner Sicht geraten ist, auf den Begriff im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit zu verzichten.

Arbeiten, die auf Ansätze der sozialen Bewegungsforschung zurückgreifen,¹⁶ fokussieren die Organisationsebene und geben wenig Auskunft über die Aktivist_innen der Netzbewegung.

Die genannten Arbeiten beschäftigen sich aus politik-, medien- und organisationswissenschaftlicher Perspektive mit der Netzbewegung. Sie geben einen Einblick in ihre politischen Ziele und Beeinflussungsstrategien.¹⁷ Die empirische Grundlage der Studien bilden, mit Ausnahme Dobuschs (2014) und Haunss' (2015), qualitative Expert_innen- und Gruppeninterviews. Über die Aktivist_innen, die sich in der Netzbewegung engagieren, ihre Motivationen und gesellschaftlichen Verortungen erfahren wir allerdings nur wenig, was nicht zuletzt auch dem knappen Umfang der präsentierten Ergebnisse geschuldet ist. Auffällig ist zudem, dass die Darstellung des Gegenstandes jeweils von der aktuellen Situation geprägt ist, in der die Forscher_innen auf die Netzbewegung blicken.¹⁸

Über diesen Forschungsstand im engeren Sinne hinaus sind im Kontext meiner Forschung Arbeiten von Interesse, die sich mit Netzkultur, Netzpolitik und Internetprotesten auseinandersetzen. In den letzten Jahren beschäftigt sich eine Reihe von Veröffentlichungen mit spezifischen Phänomenen wie der Piratenpartei (Bieber 2012; Bieber/Leggewie 2012; Hensel/Klecha 2013; Niedermeyer 2013), der Hackerkultur (Coleman 2013a), Netzkritik (Moers 2000; Apprich/Stalder 2014; Apprich 2015), Wikileaks (Brevini/Hintz/McCurdy 2013), Anonymous (Coleman 2013b, 2014; Wiedemann 2014a, b) und freier Software (Meyer 2013). Dazu kommen Studien, die sich mit Netzpolitik (Fritz 2013, Haunss/Hofmann 2015) und einzelnen netzpolitischen Themen beschäftigen, z. B. mit Urheberrechtskonflikten (Haunss 2013; Tonndorf 2015) oder informationeller Privatsphäre und Überwachung (Ochs 2015; Haunss 2015; Matzner et al. 2016). Diese Arbeiten beleuchten einzelne Elemente bzw. politische Anliegen der Netzbewegung ausführlich. Durch den jeweiligen Fokus ergibt sich aber, dass Zusammenhänge zwischen einzelnen Gruppen, Subkulturen oder auch politischen Anliegen nur im Ansatz zur Sprache kommen.

16 Im Einzelnen auf Organisierung (McAdam/Scott 2005), Framing (Benford/Snow 2000; Gerhards/Rucht 1992) und politische Ermöglichungsstruktur (Kitschelt 1986; Campbell 2004).

17 Daneben liegen einige Bücher und Aufsätze (Heine 2012, Beckedahl 2012, Beckedahl/Luecke 2012; Weisband 2013) sowie eine große Zahl von Internet-Publikationen vor, in denen Aktivist_innen die Netzbewegung und ihre Themen diskutieren.

18 Beispielsweise wurde im Anschluss an die Proteste gegen das ACTA-Abkommen in der Netzbewegung über das Verhältnis von älteren Aktivist_innen und jüngeren, politisierten Internet-Nutzer_innen diskutiert. Diese Debatte hat sich möglicherweise auf die Ergebnisse von Hensel, Klecha und Schmitz (2013), die zwei Protestgruppen identifizieren, ausgewirkt. Das qualitativ erhobene Datenmaterial der vorliegenden Arbeit wurde über einen längeren Zeitraum (Ende 2011 bis Mitte 2013) erhoben, was hoffentlich in einer von aktuellen Konjunkturen weniger stark beeinflussten Analyse resultiert.

Die hegemonietheoretische Perspektive dieser Arbeit verweist schließlich darauf, dass es hinsichtlich der internetbezogenen Regulierungsfragen antagonistische Relationen zwischen widerstrebenden Akteur_innen zu beobachten gibt. Mit Bezug auf die Regulierung von geistigen Eigentumsrechten vermerkt etwa César Rendueles: „Die technischen Möglichkeiten der digitalen Distribution sind auf komplexe Weise mit Produktions- und Konsumtionskontexten verbunden, die von den antagonistischen politischen Bewegungen gewöhnlich verteidigt werden“ (Rendueles 2015: 91). Arbeiten, die das Internet aus der Perspektive der politischen Ökonomie betrachten (Fuchs 2014; Stalder 2013), geben wichtige Hinweise darauf, wie die lokalen Auseinandersetzungen der Netzbewegung in Deutschland in globale Hegemonieprojekte um das Internet eingebettet sind, die sich im Kern auf die ökonomische Verwertung digitaler Kommunikation sowie die sicherheitspolitischen Anwendungen digitaler Technologien beziehen.

Die vorliegenden Forschungsarbeiten zeigen, dass sich die Netzbewegung durch eine spezifische Haltung gegenüber der gesellschaftlichen Bedeutung digitaler Kommunikation und ihrer politischen Regulierung auszeichnet. Wie sich diese Haltung herausgebildet und in Form der Netzbewegung als politischer Kraft gebündelt hat, wird im Folgenden erörtert.

2.2 Von tuwat.txt bis Freiheit statt Angst: Zur Entwicklung der Netzbewegung

Im Folgenden werden die verschiedenen Fäden zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzungen mit Informationstechnologien und des netzbasierten Aktivismus¹⁹ aufgezeigt, die sich zur Netzbewegung verflochten haben. Diese Geschichte spielt vor dem Hintergrund der Technik- und Mediengeschichte des Internets. Dass die informations- und kommunikationswissenschaftliche Grundlagenforschung, die das Internet hervorbrachte, vom akademischen Öffentlichkeitsprinzip geprägt war (Bunz 2008: 12), hatte zur Folge, dass sich Technikentwicklung und Techniknutzung, Forschung und Anwendung in den ersten Entwicklungsjahren des Internets überlappten.¹⁹ In diesem Kon-

19 Die Entwicklung von Computernetzen und ihrer Verkopplung – Internet ist eine Kurzform von interconnected networks – begann in den 1960er Jahren mit dem Projekt ARPANET. Die Advanced Research Projects Agency (ARPA) war eine Behörde des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums, die in Reaktion auf den Sputnik-Schock gegründet wurde. Sie vernetzte 1969 die Computer von vier Forschungseinrichtungen miteinander, die fortan Teil des ARPANET waren. Mit dem ARPANET, aber auch Projekten wie dem französische CYCLADES-Netz und im Rahmen von projektübergreifenden, transnationalen Forschungsk Kooperationen wurden die Grundlagen des heutigen Internets gelegt. Es entstanden zum Beispiel Applikationen wie E-Mail, deren Funktionsweisen in

text entwickelte sich eine spezifische Haltung gegenüber Technologie, die davon geprägt war, sich technische Möglichkeiten anzueignen und weiterzudenken. Sie prägt bis heute die subkulturellen Kontexte, die ich im Folgenden als Ursprünge der Netzbewegung in Deutschland vorstelle. Die Geschichte, die in diesem Abschnitt erzählt wird, beginnt mit den Computerenthusiasten des Chaos Computer Clubs und streift von dort aus weitere Erscheinungsformen der frühen politischen Netzkulturen der 1980er Jahre (2.2.1) sowie die Netzkritik und den Hacktivismus (2.2.2). Daran anschließend erläutere ich den politischen Kontext, innerhalb dessen sich die Netzbewegung um 2005 konstituiert hat, und skizziere ihre Entwicklungsphasen (2.2.3).

2.2.1 *Hacker_innen und die Netzkultur der 1980er Jahre*

Die frühen 1980er Jahre erscheinen aus heutiger Sicht als digitale Pionierzeit. Ende der 1970er Jahre waren erste Mikrocomputer für Privatanwender_innen auf den Markt gekommen. Die sogenannten Heimcomputer ermöglichten es mehr Menschen, sich in ihrer Freizeit mit Computer und Programmierung zu beschäftigen. „Am Heimcomputer sitz ich hier/programmier‘ die Zukunft mir“, wie die Gruppe Kraftwerk 1981 im Stück „Heimcomputer“ textete. Einige Pionier_innen schlossen sich ab 1981 zum Chaos Computer Club (CCC) zusammen. Der CCC prägt das Feld seit mehreren Generationen und viele der im CCC-Umfeld geführten Diskussionen um Ethik, Technik und Gesellschaft sind heute zu Kernelementen des politischen Diskurses der Netzbewegung geworden.²⁰

Am 12. September 1981 fand in den Räumen der taz-Redaktion in Berlin ein erstes Treffen von politisch bewegten Computerenthusiasten statt. Auch wenn der CCC offiziell erst 1984 gegründet worden ist, ist das „Tuwat txt“-Treffen – benannt in Anlehnung an das „Treffen in Tunix“ linker Basisgruppen und Spontis im Jahr 1978 – der Startpunkt des CCC. In der Ankündigung des Treffens sprechen die Initiatoren Tom Twiddelbit und Wau Wolf Ungeannt (Wau Holland) eine Reihe von Themen an, die die Netzbewegung bis heute beschäftigen:

Protokollen und technische Standards definiert wurden. Zur Technikgeschichte des Internets vgl. Bunz (2008) und Haffner/Lyon (2008).

- 20 Da eine historische Aufarbeitung der Geschichte des CCC noch aussteht, stütze ich mich im Folgenden auf Quellen der zeitgenössischen Berichterstattung sowie der Selbsthistorisierung durch den CCC und Personen aus dem CCC-Umfeld, z. B. „Das Chaos Computer Buch“ (Chaos Computer Club/Wieckmann 1988), die Wau Holland-Biographie „Der Phasenprüfer“ (Kulla 2003), mehrere Folgen des Podcasts Chaoradio Express/CRE zur CCC-Geschichte (Glaser/Pritlove 2006; Büttner et al. 2008; Hübner/Pritlove 2008; Franke et al. 2009; padeluum/Pritlove/Tangens 2009; Frank/Lehner/Pritlove 2010) und persönliche Gespräche mit CCC-Mitgliedern.

„Daß die innere Sicherheit erst durch Computereinsatz möglich wird, glauben die Mächtigen heute alle. Daß Computer nicht streiken, setzt sich als Erkenntnis langsam auch bei mittleren Unternehmen durch. Daß durch Computereinsatz das Telefon noch schöner wird, glaubt die Post heute mit ihrem Bildschirmtextsystem in ‚Feldversuchen‘ beweisen zu müssen. Daß der ‚personal computer‘ nun in Deutschland dem videogesättigten BMW-Fahrer angedreht werden soll, wird durch die nun einsetzenden Anzeigenkampagnen klar. Daß sich mit Kleinkomputern trotzdem sinnvolle Sachen machen lassen, die keine zentralisierten Großorganisationen erfordern, glauben wir. Damit wir als Computerfriecks nicht länger unkoordiniert vor uns hinwuseln, tun wir wat und treffen uns am 12.9.81 in Berlin, Wattstr. (TAZ-Hauptgebäude), ab 11.00 Uhr. Wir reden über: internationale Netzwerke - Kommunikationsrecht - Datenrecht (Wem gehören meine Daten?) - Copyright - Informations- u. Lernsysteme - Datenbanken - Encryption - Computerspiele - Programmiersprachen - processcontrol - Hardware - und was auch immer.“ (Erschienen in TAZ, 1. September 1981, S. 2, zitiert nach Kulla 2003: 11)

Im Zentrum des Aufrufes steht der Gedanke, dass Computer und Datennetze jenseits von industrieller Rationalisierung, sicherheitspolitischer Überwachung und individuellem Statussymbol einen Reiz haben. Er spricht Menschen an, die von Computern begeistert sind („Friecks“), Lust auf eine kollektive Beschäftigung mit der Technik haben und an den politischen Dimensionen ihres Interessengebietes interessiert sind. In den linksalternativen, technikskeptischen Milieus der frühen 1980er Jahre war dies eine ungewöhnliche Haltung. Die Gründer des CCC, allen voran Wau Holland, kommen aus der linksalternativen Szene und verbinden ihren bewegungspolitischen Hintergrund mit einer Faszination für das Chaos, das sich in kulturellen Bezügen wie dem Diskordianismus²¹ und Science Fiction zum Ausdruck bringt, und dem vielzitierten „Spaß am Gerät“. Die offizielle Gründung des CCC erfolgte im Frühjahr 1984 im Hamburger linken Infoladen „Schwarzmarkt“.²² In Hamburg hatten sich zu diesem Zeitpunkt regelmäßige Chaostreffs etabliert, bei denen sich „Komputerfriecks“ zum Diskutieren und Hacken zusammenfanden. Hacken bzw. Hacking ist eine „dem eigenen Wissen und Gewissen verpflichtete Form des Schaffens“ (Funken 2010: 190), bei dem die Aneignung von Technologie und der Reiz des „bisher Ungedachten und Unerprobten“ (ebd.: 193) im Mittelpunkt stehen. Wau Holland beschreibt Hacken augenzwinkernd als atypisches Nutzerverhalten (Zihlmann/Holland: 2001). Als Hacker und Hackerin²³ verstehe ich als eine Selbstbezeichnung von Personen, die sich mit dieser Praxis identifizieren. Darüber hinaus ist der Hacker

21 Der Diskordianismus ist eine Religionsparodie, die auf die „Principia Discordia“ von Gregory Hill und Kerry Thornley (1958) sowie auf Robert Anton Willsons Romantrilogie „Illuminatus!“ (1975) zurückgeht.

22 Der Chaos Computer Club wurde 1986 ins Vereinsregister der Stadt Hamburg eingetragen.

23 Vgl. zu Hacker als Selbstbezeichnung auch Samuel (2004: 44) und zur Geschichte der Hackerkultur und der Hackerethik Levy (2010). Im deutschsprachigen Kontext auch die weibliche Selbstbezeichnung „Haeckse“ gebräuchlich.

– hier bewusst in der männlichen Form – aber auch eine Sozialfigur, die von „gegensätzliche[n] Zuschreibungen“ gekennzeichnet ist: Als „Projektionsfläche für Erlösungshoffnungen und Identifikationswünsche“ einerseits und „Ängste vor verschwörerischen Aktionen, die die Infrastruktur von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unterminieren“ (Funken 2010: 190) andererseits, ist die Figur des Hackers in ein brisantes Spannungsverhältnis eingebunden. Der CCC übernimmt als Institution unter anderem die Funktion, der Suche nach dem Selbstverständnis von Hacker_innen über ihre Praxis und gesellschaftliche Rolle einen Rahmen zu geben. 1984 veröffentlichte der Club die erste Ausgabe seiner Vereinszeitung „Datenschleuder“ und veranstaltete den ersten Chaos Communication Congress im Eidelstedter Bürgerhaus (vgl. 2.3.1). Der Grund dafür, dass schon über den ersten CCC-Kongress in der Tagesschau berichtet wurde, ist wahrscheinlich der „BTX-Hack“: Am 19. November 1984 war es Hacker_innen gelungen, 135.000 DM von der Hamburger Sparkasse auf den BTX-Account des CCC übertragen zu lassen. Ziel dieses Hacks war es, auf Sicherheitslücken im BTX-System aufmerksam zu machen. Das erbeutete Geld wurde zurückgegeben (Ammann 1988). In der Rolle unkonventioneller Expert_innen präsentierte sich der CCC auch 1986, als er im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion eine Studie zur Einführung von Personal Computern im Bundestag verfasste.

Das Eindringen in fremde Netzwerke war zu dieser Zeit eine gängige Praxis der Hacker_innen, die zunehmend problematisiert und juristisch verfolgt wurde. 1986 wurden Anti-Hacker-Gesetze im Rahmen des Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität verabschiedet. Schon in diesen frühen Jahren reflektierte der CCC, wie sich Hacker_innen mit ihren Aktionen positionieren: „Der Chaos Computer Club als kriminelle Vereinigung oder als vergnügter Hacker-Verein, der verantwortungsbewußt Schwachstellen in Datensystemen ausspäht“ (Chaos Computer Club/Wieckmann 1988: 7). Es galt, die Ambivalenz des eigenen Handelns nicht nur zu reflektieren, sondern auch öffentlich zu kommunizieren. Zwei Beispiele, der NASA-Hack und der KGB-Hack zeigen, wie der CCC mit der Öffentlichkeit und staatlichen Institutionen interagiert. Wegen des NASA-Hacks waren norddeutsche Hacker_innen, die sich durch Sicherheitslücken Zugang zum SPANet (Space Physics Analyses Network) und damit u. a. zu Maschinen der NASA, ESA und der französischen Atomenergiekommission verschafft hatten, auf den CCC zugegangen. Ihnen war die Situation ‚zu heiß‘ geworden. Der CCC kontaktierte das Bundeskriminalamt (BKA) mit der Bitte, die Vorgänge an die amerikanische Central Intelligence Agency (CIA) weiterzugeben. Das BKA kam dieser Bitte nicht nach. Der Versuch des CCC, proaktiv den Kontakt mit den Behörden zu suchen, war damit gescheitert. Da es nach Einschätzung des CCC jedoch nur eine Frage der Zeit war, bis das Eindringen der Hacker_innen in 135 Rechnersysteme öffentlich werden würde, konzentrierte man sich in Folge auf die Pressearbeit. Die Hintergründe

wurden von einem Fernsehteam für eine „Panorama“-Sendung aufgearbeitet, die am 15. September 1987 ausgestrahlt wurde. Wenige Tage später kam es schließlich zu Hausdurchsuchungen durch das BKA in den Räumen des CCC und in den Wohnungen von Wau Holland und CCC-Pressesprecher Steffen Wernéry. Am 14. März 1988 wurde Wernéry in Frankreich festgenommen; er blieb eine Woche in Untersuchungshaft. Die Öffentlichkeitsarbeit des CCC machte sich jedoch bezahlt: „Allgemein wurde das Vorgehen des BKA als weit überzogen angesehen, vor allem war es an die falsche Adresse gerichtet. Wir hatten immer auf Offenheit und Information gesetzt, nun sahen wir uns mit abenteuerlichen Verschwörungstheorien konfrontiert“ (Müller-Maguhn/Schrotzki 1988: 52). Der NASA-Hack stellte den CCC vor die Herausforderung, einen Umgang mit seiner exponierten Position als Hacker_innenvereinigung und dem Dilemma zwischen Informationsfreiheit und Schutz der Öffentlichkeit zu finden. Andy Müller-Maguhn und Reinhard Schrotzki resümieren, es sei dem Club gelungen, „unsere Sicht der Dinge durch eine betont sachliche und offene Darstellung verständlich zu übermitteln“ (Müller-Maguhn/Schrotzki 1988: 48). Das Beispiel zeigt, wie durch das kollektive Handeln des CCC Ressourcen mobilisiert werden konnten, die auch einzelnen Hacker_innen zugutekamen, z. B. in Form von Pressearbeit.

Die Strategie, Hacker_innen durch eine gezielte Öffentlichkeit und Interaktion mit staatlichen Stellen zu schützen, hat allerdings Grenzen, wie das Beispiel des KGB-Hacks zeigt.²⁴ Ab 1985 hatten einige Hacker_innen, unter ihnen Karl Koch, Kontakt zum KGB aufgenommen. Sie verkauften Materialien an den sowjetischen Geheimdienst, an das sie durch ihre Hacks gelangt waren. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1987 wurde Karl Koch von Freunden in eine psychiatrische Klinik zum Drogenentzug gebracht, da er der Überzeugung war, den Unfall mitverursacht zu haben. Er stieg aus der Hacker_innengruppe aus und trat aufgrund von Geldnöten 1988 in Kontakt mit einem NDR-Journalisten, dem er einen spektakulären Hack vor laufender Kamera anbot. Nachdem die Ermittlungsbehörden Wind bekommen hatten und es zu ersten Hausdurchsuchungen gekommen war, stellte sich Koch dem Verfassungsschutz und legte eine umfassende Aussage vor. Nach monatelanger Beschattung durch den Bundesnachrichtendienst wurden die weiterhin für den KGB tätigen Hacker festgenommen. Es kam zu Haftstrafen zwischen 14 Monaten und zwei Jahren. Karl Koch war Straffreiheit zugesichert worden. Er wurde am 30. Mai 1989 tot aufgefunden; es wird davon ausgegangen, dass er sich selbst das Leben genommen hat. Die geschilderten Ereignisse waren ein Schock für den Hamburger Kern des Chaos Computer Club, der in Folge an gegenseitigem Misstrauen und Vorwürfen zu zerbrechen drohte. Die Auseinandersetzungen drehten sich um die Haltung gegenüber den KGB-Hacker_innen: Hatten sie die Hackerethik verraten oder

24 Die hier dargestellten Ereignisse bilden die Grundlage für den Film „23 - Nichts ist, wie es scheint“ von Hans-Christian Schmid (Claussen + Wöbke, 1998).

handelte es sich um zu verzeihende Fehlritte im Kontext eines globalen technologischen Machtungleichgewichtes zwischen Ost und West?

Die Hackerethik ist eine „informelle und eher improvisierte“ (Funken 2010: 196) Form der ethischen Verständigung über die Praxis von Hacker_innen. Steven Levy portraitiert in seinem 1984 erstmals erschienen Buch „Hackers. Heros of the Computer Revolution“ die frühe US-amerikanische Hacker_innenkultur, die ab 1958 am Michigan Institut of Technologie entstanden war. Im Kapitel „The Hacker Ethic“ skizziert Levy eine Philosophie der Praxis, die sich in diesem Umfeld entwickelt hatte, und formuliert zunächst sechs Leitsätze (Levy 2010: 27–38). Im CCC-Kontext wurden diese ins Deutsche übertragen und durch zwei Punkte ergänzt.²⁵ „Diese sich selbst generierende Hacker-Ethik [...] lässt sich als vitales Leitbild einer sozialen Gruppe lesen, die sich immer stärker der kritischen Aufmerksamkeit einer erstaunlich breiten Öffentlichkeit bewusst wird“ (Funken 2010: 190). Die Hackerethik ist ein Teil einer kollektiven Selbstverständigung über die Identität von Hacker_innen, deren Bedeutung für die Netzbeziehung später noch einmal aufgegriffen wird (vgl. 5.3.1).

Für den CCC setzte in den Jahren nach dem KGB-Hack eine Phase der Dezentralisierung ein. In den 1980er Jahren war der CCC vor allem in Hamburg aktiv, nun organisierten sich die Mitglieder vermehrt regional in neu entstehenden Chaostreffs und Erfahrungsaustauschkreisen (kurz Erfä-Kreise).²⁶ Die Verlagerung des Clubschwerpunktes weg aus Hamburg markierte 1998 der Umzug des Chaos Communication Congress, der seit 1984 jährlich stattgefunden hatte, nach Berlin. Der CCC ist indes nicht der einzige netzpolitische Zusammenschluss, der in den 1980er Jahren in Deutschland entstanden ist. In München wurde zwischen 1984 und 1988 die „Bayrische Hackerpost – Das Informationsblatt für den lebensbejahenden DFÜ-Benutzer“ (BHP) herausgegeben, um die sich ein Stammtisch gebildet hatte. Ab 1987 arbeitete die BHP mit einer Gruppe von Aktivist_innen zusammen, die ein parteiunabhängiges Mailbox-Netzwerk zur Vernetzung von neuen sozialen Bewegungen schaffen wollten und zu dessen Finanzierung den ‚Kommunikation und Neue Medien e. V.‘ gründeten. Auf Messeboards tauschten sich die Nutzer_innen u. a. zu umwelt-, friedens- und menschenrechtspolitischen Themen aus. In den Folgejahren wurden auf diesem Weg

25 „(1.) Der Zugang zu Computern und allem, was einem zeigen kann, wie diese Welt funktioniert, sollte unbegrenzt und vollständig sein. (2.) Alle Informationen müssen frei sein. (3.) Mißtraue Autoritäten – fördere Dezentralisierung. (4.) Beurteile einen Hacker nach dem, was er tut, und nicht nach üblichen Kriterien wie Aussehen, Alter, Herkunft, Spezies, Geschlecht oder gesellschaftliche Stellung. (5.) Man kann mit einem Computer Kunst und Schönheit schaffen. (6.) Computer können dein Leben zum Besseren verändern. (7.) Müllle nicht in den Daten anderer Leute. (8.) Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen“ (Chaos Computer Club o. J.a).

26 Der CCC hatte 2011 etwa 37.000 Mitglieder (Chaos Computer Club 2011), von denen ein Teil zu den 23 Erfä-Kreisen und 33 Chaostreffs gehören (Chaos Computer Club o. J.a).

Kontakte zu Bürgerrechtsorganisationen in der DDR aufgebaut. Teil dieses Netzwerkes war auch die Bionic Mailingbox des 1987 gegründeten und seit 2012 unter dem Namen Digitalcourage aktiven ‚Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs‘, kurz FoeBud e. V. Die FoeBud-Veranstaltung PUBLIC DOMAIN, die ab Februar 1987 regelmäßig in Bielefeld stattfand, entwickelte sich zum überregionalen Treffpunkt. Sie war in den Anfangsjahren eine Computerparty, während später Vorträge und Diskussionen in den Mittelpunkt rückten. Die Themenschwerpunkte des FoeBud/Digitalcourage liegen heute im Bereich Datenschutz, Überwachung und Privatsphäre. Zudem unterstützte der FoeBud den Aufbau des ‚Zamir Transnational Network‘ während des Jugoslawienkriegs, das zur Vernetzung von Friedensgruppen, Hilfsorganisationen und Flüchtlingen in den auseinanderbrechenden Teilen des Landes diente.

Die Beispiele zeigen, dass die Aktivitäten dieser frühen netzkulturellen Gruppen vom Interesse an Technologie und einem Spieltrieb im Umgang mit den neuen Datennetzen getrieben, aber auch zutiefst politisch waren. Unter anderem aufgrund der Krisenerfahrungen, die der CCC in den 1980ern gemacht hatte, aber auch im Kontakt mit oppositionellen Gruppen in der DDR und anderen Ländern, entwickelte sich in diesem Umfeld eine handlungsleitende Ethik. Die für die Bundesrepublik relevanten Akteur_innen und Gruppen sind vornehmlich dem linksalternativen Milieu zuzuordnen. Auf die Erfahrungen der Hacker_innen bzw. die Narrative, die diese transportieren, wird im Diskurs der heutigen Netzbewegung zurückgegriffen. Die von ihnen geschaffenen Normen und Institutionen bilden das Grundgerüst der Netzbewegung.

2.2.2 *Netzkritik, Hactivismus und Gegenöffentlichkeiten*

Netzkritik und Hactivismus sind zwei Artikulationsformen der politischen Netzkultur, die in den 1990er Jahren entstanden sind. Mit dem World Wide Web, das Tim Berners-Lee am 6. August 1991 der Öffentlichkeit vorstellte, wurde das Internet vernetzter, multimedialer und in Folge dessen zunehmend kommerziell erschlossen.²⁷ In jenem „kurzen Sommer Mitte der 1990er Jahre, als das Internet aus der Enge der Geek-Kultur befreit, aber noch nicht durch kommerzielle Interessen einer neuen Verwertungslogik unterworfen wurde“ (Apprich/Stadler 2012: 9) entwickelte sich mit der Netzkritik eine neue Form der theoretisch-künstlerisch-praktischen Auseinandersetzung mit

27 Das World Wide Web besteht aus HTML-Seiten, die mit Hyperlinks verknüpft sind und mit dem HTTP- bzw. HTTPS-Protokoll aufgerufen werden. Internet und WWW werden alltagssprachlich häufig gleichgesetzt. Zum Internet gehören aber auch andere Protokolle, z. B. FTP (Kommunikation mit Servern), SMTP (Email) oder Bittorrent (Peer-to-Peer-Filesharing).

dem Internet. „Die Netzkritik kann als eine Kombination aus postmoderner Theorie, Institutionskritik, Medienaktivismus, Kritik der politischen Ökonomie der Netze und DIY-Kulturen verstanden werden“ (Apprigh 2015: 45). Ein wichtiger Knotenpunkt für die Diskussionen der Netzkritik ist die Mailingliste *nettime* (vgl. *Nettime* 1996; Byfield 2012). „Charakteristisch für sie ist eine die Grenzen von Ländern, politischen Themen und Szenen überschreitende Mischung aus Informationen und Diskussionen – über Kunstprojekte ebenso wie über Flüchtlingsinitiativen, elektronische Überwachung oder die Kritik der New Economy“ (Moers 2000: 742). Johannes Moers benennt in seiner Analyse der Netzkritik drei sich überlappende und zum Teil unscharf getrennte Protestkulturen, die diese tragen: Erstens die technisch orientierte Nerd-Kultur aus Informatiker_innen, Open-Source-Aktivist_innen und Hacker_innen-nahen Vereinigungen, zweitens Graswurzelorganisationen und Aktivist_innen, die Computer „als Medium alternativer politischer Informationen und Kommunikation“ (ebd.: 750) nutzen, und drittens „postmoderne“ Initiativen, „eine Mischung von KünstlerInnen, KleinunternehmerInnen und politischen AktivistInnen, die gemeinsame Projekte entwickeln“ (ebd.). In diesem Zusammenhang entwickelte sich auch der Cyberfeminismus der 1990er Jahre: Künstler_innen, Aktivist_innen und Techniker_innen, die sich online und offline vernetzten, und wesentliche Beiträge zu den oben genannten Diskussionen aus feministischer Perspektive lieferten (Weber 2001; Sollfrank 2015). Im Rahmen der Netzkritik wurden Entwicklung, Nutzungsweisen und mögliche Alternativen bei der Nutzung – jedoch nicht zur Nutzung – im Kontext gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse diskutiert, darunter die Teilhabe am Internet, seine Kommerzialisierung, die Gefahr von Monopolen, informationelle Selbstbestimmung und Zensur. „Im Gegensatz zu den damals hegemonialen US-amerikanischen Vorstellungen vom Cyberspace ging es den europäischen Netzinitiativen der 1990er Jahre gerade nicht um einen Raum, den es zu besiedeln galt, sondern um die Frage nach einer Überlagerung des real existierenden Raums mit digitalen Netzwerken“ (Apprigh/Stalder 2012: 10). Netzkritik positionierte sich dabei gegen die kommerzielle Vereinnahmung und staatliche Regulierung des Netzes.

Ein US-amerikanisches Beispiel für diese Ideologiekritik der Netzkultur ist Richard Barbrooks und David Camerons Kritik der kalifornischen Ideologie, einer charakteristischen Verbindung von „the free-wheeling spirit of the hippies and the entrepreneurial zeal of the yuppies [...] achieved through a profound faith in the emancipatory potential of the new information technologies“ (Barbrook/Cameron 1994: 1). In der kalifornischen Ideologie treffen linke, gegenkulturelle Konzepte von Community und Deliberation durch digitale Medien auf libertäre Vorstellungen eines entfesselten freien Marktes, in dem sich unternehmerische Kräfte ganz ohne staatliche Regulierung entfalten können. Sie sei die Ideologie einer neu entstehenden „virtual class“ (ebd.) von hochqualifizierten, gut bezahlten Angestellten im IT- und Kommunikati-

onssektor, die sich als neue „techno-intelligentsia“ (ebd.) verstehe und ein Erklärungsmodell der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen des Informationszeitalters propagiere, bei dem gesellschaftliche Verhältnisse wie Rassismus, Armut und die Zerstörung der Umwelt vollkommen ausgeblendet werden (Barbrook/Cameron 1994, vgl. Appich 2015: 43f.). Dass diese „virtual class“ in jener Zeit einen wichtigen Einfluss auf die Gestaltung des Internets ausgeübt hat, zeigt das Beispiel von Mitch Kapor. Der Softwareentwickler und Mitbegründer der Electronic Frontier Foundation (EFF)²⁸ war als Lobbyist und Berater von US-Vizepräsident Al Gore an der Entwicklung der National-Information-Infrastructure-Strategie beteiligt, im Rahmen derer das Internet als eine offene Plattform²⁹ weiterentwickelt wurde, an der sich öffentliche und private Akteur_innen beteiligen konnten.

Ab Mitte der 1990er beginnen auch soziale Bewegungen verstärkt, das Internet für sich zu erschließen (Milan 2013: 36). In diesem Zusammenhang entwickelte sich der Hacktivismus als radikale Form des Onlineaktivismus. Alexandra Samuel definiert Hacktivismus als „the nonviolent use of illegal or legally ambiguous digital tools in pursuit of political ends“ (Samuel 2004: 2, vgl. Milan 2013: 36). Taktiken wie die Manipulation („defacement“), Parodie oder Weiterleitung von Webseiten, DDOS-Attacks,³⁰ die „Befreiung“ von Informationen, virtuelle Sit-ins, Sabotage, aber auch die Entwicklung von Software, beispielsweise zur Umgehung von Zensur (Samuel 2004: 8-14), wurden in der Antiglobalisierungsbewegung ebenso eingesetzt wie in Konflikten zwischen Indien und Pakistan, dem Nahostkonflikt, gegen Internetzensur in China oder gegen die deutsche Asyl- und Abschiebepolitik.³¹ Samuel unterscheidet „performative hacktivism“, „political cracking“ und „political coding“ als drei Formen von Hacktivism, die jeweils unterschiedliche Taktiken bevorzugen, über verschiedene kulturelle (Szene-)Hintergründe

28 Die EFF wurde 1990 in Reaktion auf die Kriminalisierung von Hackern (vgl. Sterling 1992) gegründet. Die Nonprofit-Organisation widmet sich schwerpunktmäßig der juristischen Durchsetzung von Bürger_innenrechten im Cyberspace.

29 Offene Standards ermöglichen es, dass jeder Server ins Internet eingebunden werden kann. Eine Alternative zum Web der offenen Standards wäre etwa ein mit dem Kabelfernsehen vergleichbares Angebot gewesen.

30 Ein Denial-of-Service-Angriff ist eine mutwillig herbeigeführte Überlastung einer Infrastruktur, beispielsweise eines Servers, der dazu führt, dass sie nicht mehr erreichbar ist. Von einem Distributed-Denial-of-Service-Angriff wird gesprochen, wenn der Angriff von mehreren Verursacherquellen ausgeht, etwa von einem Bot-Netzwerk.

31 Bei der Aktion „Deportation Class“, die von kein mensch ist illegal! und der Solidaritätsinitiative Libertad! koordiniert wurde, attackierten am 20. Juni 2001 zehntausende Aktivist_innen mit Hilfe eines Softwaretools die Internetpräsenz von Lufthansa AG parallel zur Aktionärsversammlung des Konzerns. Ein Libertad!-Mitglied wurde in Folge wegen Nötigung und dem öffentlichen Aufruf zu Straftaten verurteilt. Das OLG Frankfurt sprach den Aktivisten 2006 frei und erkannte somit die Legitimität von Onlineaktivismus an (vgl. No-border.org o. J.).

verfügen und die Grenzen der Legalität nicht oder in gewissem Maße überschreiten.

Andere Formen des Onlineaktivismus setzen auf das Internet als Mittel zur Gestaltung von Gegenöffentlichkeiten. Die zapatistische EZLN nutzte das Internet bereits 1994, um Informationen über den Aufstand in Chiapas an die globale Öffentlichkeit zu bringen. Anlässlich der Proteste gegen den WTO-Gipfel in Seattle wurde 1999 das erste Independent Media Center (IMC) gegründet. „For the first time in the brief history of the internet [...] users could publish news, text, and pictures online without an editor or filter or prior registration“ (Milan 2013: 35f.). In Projekten wie Indymedia wurden netzkulturelle Praktiken entwickelt, die später mit dem Web 2.0 popularisiert wurden.

2.2.3 *Entstehung und Weiterentwicklung der Netzbewegung*

Hacker_innen, Netzkritik, Hacktivismus und Internet-Gegenöffentlichkeiten sozialer Bewegungen sind, wie ich eingangs formuliert habe, verschiedene Fäden, die um 2005 zur heutigen Netzbewegung zusammenliefen. Darüber hinaus sind aus meiner Sicht drei entscheidende Entwicklungen nach der Jahrtausendwende zu berücksichtigen, die die Entstehung der Netzbewegung beförderten: Das Erwachsenwerden der ersten *Digital Natives*, die Popularisierung der aktiven Teilhabe am Internet durch das Web 2.0 und die neuen Sicherheitspolitiken im Zuge des Krieges gegen den Terror. Nachdem ich diese beschrieben habe, skizziere ich anschließend, wie sich die Netzbewegung ab 2005 weiterentwickelt hat.

Die Generation der ersten *Digital Natives* – nach 1980 geborene und um die Jahrtausendwende erwachsen gewordene (Prensky 2001; Palfrey/Gasser 2008) – kennt Computer seit ihrer Kindheit und ist mit popkulturellen Referenzen auf eine sich herausbildende digitale Kultur aufgewachsen. Während sich Hacker_innen in internationale Datennetzen herumgetrieben hatten, vollzog sich in den Kinder- und Jugendzimmern eine gänzlich andere Grundlegung der heutigen Netzbewegung. In Westdeutschland kam eine große Zahl von Jugendlichen – meistens männlich und aus Mittelschichtsfamilien – über den C64 in Kontakt mit Computern. Die Erfahrungen erster Programmierschritte, die Begeisterung über üblicherweise illegal kopierte Spiele und der Einzug der Nerds in die Popkultur, beispielsweise durch Filme wie „War Games“ (Regie: John Badham, 1983) und die Literatur des Cyberpunks, portraitiert Christian Stöcker (2001) als prägend für diese Generation. Soziale Praktiken wie Computerspiele und Tauschbörsen gehören für viele Jugendliche und junge Erwachsene zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum Alltag. In den öffentlichen Debatten wurden diese sozialen Praktiken jedoch um die Jahrtausendwende zunehmend scharf problematisiert. In Folge von Gewaltta-

ten wie an der Columbine-Highschool im US-Bundesstaat Colorado (1999) und dem Erfurter Gutenberg-Gymnasium (2002) kam es zu einer Diskussion um sogenannte Killerspiele, durch die sich viele Fans von millionenfach verkauften Spielen wie Counterstrike pathologisiert fühlten. Ein anderes Beispiel ist *Filesharing*: Durch Breitband-Zugänge, das MP3-Format und den Peer-to-Peer-Ansatz von Tauschbörsen wie Napster und eMule war es möglich geworden, Musik, Software und Filme online zu tauschen. Die Plattform Napster, die in den ersten Jahren besondere Bekanntheit erlangte, hatte bereits Ende 2000 rund 20 Millionen Nutzer_innen (Stöcker 2011: 186). Musik- und Filmverlage setzten infolge auf einen Kampf gegen Piraterie, den Stöcker als „Kampf gegen die eigene Kundschaft“ bezeichnet (ebd.: 192; vgl. 2.3.3). Es ist plausibel, dass solche Formen der Problematisierung und Kriminalisierung von Alltagspraktiken dazu führten, dass netzpolitische Diskussionen über den kleinen Kreis von Hacker_innen, Künstler_innen und Wissenschaftler_innen an Relevanz gewannen.

Mit dem Begriff Web 2.0., der um 2004 aufkam, werden Webangebote wie soziale Netzwerke, Blogs und Wikis zusammengefasst,³² die es vereinfachen, Inhalte online zu stellen, zu teilen und mit anderen Nutzer_innen zu erarbeiten. Dadurch wurden Hürden bei der aktiven Teilhabe am Internet abgebaut; die Vorstellung des Mitmachnetzes normalisierte sich. Mit dem Web 2.0 verbindet sich aber auch eine politische Erwartung: „Hopes of democratisation, new public spaces, community building, networks, and a disempowerment of the mass media’s role are arising and celebrating the ‘web 2.0’ as a revolution“ (Carstensen 2009: 106). Für netzpolitisch interessierte Nutzer_innen läutet das Web 2.0 eine Phase der intensiven kommunikativen Verdichtung ein. Weblogs, Podcasts, später auch soziale Netzwerke wie der Microblogging-Dienst Twitter vereinfachten es, Ideen zu verbreiten und sich mit anderen zu vernetzen. Für die Entstehung der Netzbewegung in Deutschland ist das Weblog Netzpolitik.org von zentraler Bedeutung. Das Blog wurde 2002 von Markus Beckedahl gegründet und beschäftigt sich seither mit Open-Source-Software, Überwachung und anderen netzpolitischen Fragestellungen. Indem das Blog diese Themen unter dem Begriff Netzpolitik miteinander in Bezug setzt, spielt es aus meiner Sicht auch für die diskursive Herausbildung des gleichnamigen Politikfeldes (vgl. 2.3.1) eine Rolle.

In den frühen 2000er Jahren entwickelten also immer mehr Menschen einen affirmativen Bezug zum Internet und den damit verbundenen sozialen Praktiken, gesellschaftlichen Perspektiven und politischen Fragen. Gleichzeitig wurde mit dem Platzen der Dotcom-Blase im Zuge des Absturzes der Börsenwerte von IT-Unternehmen im Frühjahr 2000 und den Anschlägen vom 11. September 2001 aber auch das Ende des Cyberspace-Enthusiasmus der 1990er Jahre eingeläutet. Mit den Terroranschlägen in New York und

32 Popularisiert wurde der Begriff u. a. durch die Web 2.0 Conference, die erstmals 2004 in San Francisco stattfand und vom O’Reilly Media Verlag organisiert wurde.

Washington D.C. am 11. September 2001, in Madrid am 11. März 2004, in London am 7. Juli 2005 und in Mumbai am 11. Juli 2006 verschärfte sich der Diskurs um innere Sicherheit. In diesem Zeitraum rücken vermehrt Überlegungen hinsichtlich des Einsatzes digitaler Kontroll- und Überwachungstechnologien auf die politische Tagesordnung. Mit dem Sicherheitspaket I (2001) und II (2002), der Rasterfahndung (2002), dem Terrorismusabwehrzentrum (2004), dem biometrischen Reisepass (2005), der Anti-Terror-Datei (2006), dem Terrorismusbekämpfungs-Ergänzungsgesetz (2006) und schließlich der Vorratsdatenspeicherung, die erstmals 2008 Gesetz wurde, wurden Bürger_innenrechte im digitalen Zeitalter von Gruppen wie dem CCC und dem FoeBud sowie neuen Akteur_innen wie Netzpolitik.org verstärkt öffentlich thematisiert. Beispielsweise organisiert der FoeBud seit 2000 die deutsche Ausgabe des Big-Brother-Awards, einem Negativpreis, der „an Firmen, Organisationen und Personen verliehen [wird], die in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen oder persönliche Daten Dritten zugänglich machen“ (Bigbrotherawards.de o. J.). Otto Schilly (SPD), Innenminister von 1998–2005, erhielt den Big-Brother-Award bereits 2001 und wurde 2005 erneut vom FoeBud für sein Lebenswerk (negativ) ausgezeichnet.

Die Situation in der Mitte des letzten Jahrzehntes lässt sich wie folgt zusammenfassen: Innen- und sicherheitspolitische Maßnahmen und Fragen des Datenschutzes wurden vom CCC und dem FoeBud, die sich vermehrt als ‚digitale‘ Bürgerrechtsorganisationen positionieren, sowie neuen Akteur_innen wie der Seite netzpolitik.org aufgegriffen. Parallel durchdringen Internet und Informationstechnologie in zunehmendem Ausmaß das alltägliche Leben von Menschen. Vor allem Jüngere sehen sich von immer wieder aufkeimenden Diskussionen um Tauschbörsen und Killerspiele betroffen und beginnen, sich für die politische Dimension des Internets zu interessieren. Ihr Interesse fällt auf den Nährboden der politischen Ideen, die sich in den oben dargestellten netzkulturellen Kontexten der Hacker_innen, Netzkritik und sozialen Bewegungen entwickelt haben. Durch die Aktivitäten und Schriften von Hacker_innen, Bürgerrechtler_innen, Netzaktivist_innen, Cyberfeminist_innen, Theoretiker_innen und Künstler_innen konnten bereits existierende Erfahrungen und Ideologieangebote, aber auch Ressourcen für die Deutung aktueller Fragestellungen nutzbar gemacht werden.

Das Jahr 2005 war der Beginn der großen netzpolitischen Mobilisierungsphase. Entscheidend für diese Entwicklung ist die Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung (Wendelin/Löblich 2013: 64). Das politische Vorhaben, Telekommunikationsunternehmen zu einer Speicherung von Verkehrsdaten zu verpflichten, war bereits seit 2002 im Gespräch; entscheidend für die Durchsetzung der Vorratsdatenspeicherung auf europäischer Ebene war aber die Verschiebung des Vorhabens aus dem Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen in den Bereich der Harmoni-

sierung des Binnenmarktes mit dem Entwurf der EU-Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten, den die EU-Kommission am 21. September 2005 vorlegte.³³ Dies löste eine Mobilisierungswelle aus, bei der das bis zu diesem Zeitpunkt entstandene Aktivist_innen-Netzwerk seine Kraft entfaltet. Auf dem 22. Chaos Communication Congress im Dezember 2005 gründeten Internetaktivist_innen, Hacker_innen und Bürgerrechtler_innen den Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat). Das Protestbündnis gegen die anlasslose Speicherung von Kommunikationsdaten koordiniert seitdem Protestaktionen gegen die Vorratsdatenspeicherung, darunter die Berliner „Freiheit statt Angst“-Demonstrationen, bei denen im September 2007 bereits mehr als 10.000 Menschen auf die Straße gingen; im Jahr darauf waren es laut der Veranstalter_innen sogar bis 100.000 Teilnehmer_innen (Krempel 2008). Der AK Vorrat koordinierte zudem eine Sammel-Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG 2010), der sich 34.939 Beschwerdeführer_innen anschlossen.

In dieser Phase konstituierte sich die Netzbewegung in ihrer heutigen Form: Als informelles Netzwerk aus bestehenden Organisationen wie dem CCC und dem FoeBud, thematischen Arbeitskreisen, Projekten wie Netzpolitik.org und vielen Einzelpersonen, das sich in gesellschaftliche Debatten einmischt und diese mitbestimmt, indem es Themen wie Überwachung und Datenschutz in der digitalen Welt, Zensur, Urheberrecht und Netzneutralität (vgl. 2.3.3) auf die politische Agenda setzt. In den Folgejahren entwickelten sich aus diesem Personenkreis heraus zahlreiche weitere Initiativen wie die Piratenpartei Deutschland, gegründet 2006, die den Versuch starten sollte, die Themen der Netzbewegung in die Parlamente zu bringen, oder der im April 2009 gegründete AK Zensur. Vor allem zwischen 2008 und 2011 gelang es der Netzbewegung, zahlreiche Anhänger_innen für Straßen- und Onlineaktivismus und inhaltliche Debatten zu mobilisieren.

Die Proteste gegen staatliche Überwachung, das Netzsperrengesetz und das „Anti-Counterfeiting Trade Agreement“ ACTA, auf die ich in 2.3. im Einzelnen eingehe, bildeten die Höhepunkte netzpolitischer Mobilisierung in Deutschland. Im Zuge der netzpolitischen Proteste konnten einige politische Erfolge verzeichnet werden: Aus der Verfassungsklage gegen die Vorratsdatenspeicherung resultierte ein Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Vorratsdatenspeicherung „mit Art. 10 GG schlechthin unvereinbar“ und damit verfassungswidrig sei (BVerfG 2010). Weitere Themen, die sowohl die Netzbewegung als auch das Bundesverfassungsgericht in dieser Zeit bearbeiteten, waren Onlinedurchsuchungen und elektronische und rechnergesteuerte Wahlgeräte, die sogenannten Wahlcomputer.³⁴ Im Anschluss an

33 Die Richtlinie 2006/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates trat am 3. Mai 2006 in Kraft. Zur weiteren Entwicklung der Debatte vgl. 2.3.5.

34 Dazu erfolgten ebenfalls Urteilssprüche des Bundesverfassungsgerichtes: Im Februar 2008 formulierte das BVerfG anlässlich der Online-Durchsuchungen des Bundeslandes Nord-

die Proteste gegen die geplante Sperrung von Seiten mit kinderpornographischen Inhalten (vgl. 2.3.3), darunter eine große E-Petition beim Deutschen Bundestag, und die ersten Wahlerfolge der Piratenpartei, hob der Deutsche Bundestags das 2010 durch die Große Koalition eingeführte und nie zur Anwendung gekommene Zugangerschwerungsgesetz im Dezember 2011 wieder auf. Die von Ursula von der Leyen vorangetriebenen Netzsperrungen waren damit vorerst Geschichte. Nach der Bundestagswahl 2009 und dem Abschwellen der Proteste gegen „Zensursula“, wie von der Leyen in diesem Zusammenhang genannt wurde, beherrschte zum einen das Thema Datenschutz und Privatsphäre die Debatte. Die Einführung von Google Streetview war ein Aufhänger dafür (vgl. Kapitel 7). Zum anderen richtete sich das Interesse auf internationale Entwicklungen, namentlich Wikileaks (vgl. Brevini/Hintz/McCurdy 2013) und Anonymous (Wiedemann 2014a, b). Die dritte große Protestwelle war geprägt von den Aktionen gegen das transatlantische Handelsabkommen ACTA in der ersten Jahreshälfte von 2012. Durch europaweite Proteste gelang es, das europäische Parlament dazu zu bewegen, von einer Ratifizierung abzusehen. Der Bundestag reagierte auf das gestiegene gesellschaftliche Interesse an Netzpolitik mit der Einrichtung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, die von 2010 bis 2013 aktiv war. Dieser gehörten einige prominente Aktivist_innen der Netzbewegung an, darunter Netzpolitik.org-Gründer Markus Bechedahl und CCC-Sprecherin Constanze Kurz.

Ab 2011 trat die Netzbewegung in eine Phase ein, in der sich eine Konsolidierung ihrer Aktivitäten vollzog. Unter anderem gründete sich aus dem Kreis der Netzpolitik.org-Blogger_innen der Verein Digitale Gesellschaft e. V., der sich zum Ziel setzte, Kampagnen zu entwickeln, die auch „nicht internetaffine Kreise“ (Bechedahl/Nagel 2011) ansprechen. Dass der Verein bis heute nur aus wenigen Mitgliedern besteht, begründet Bechedahl damit, dass sich in der Netzbewegung zwischenzeitlich Konflikte zwischen Aktivist_innen aufgetan haben: „Am Anfang wollen ganz viele mitmachen, aber im Laufe der Zeit werden die unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen immer deutlicher. Man streitet sich und irgendwann geht gar nichts mehr“ (ebd.). Ähnliche Konflikte zeigten sich auch in der Piratenpartei. Diese war zwar 2011 und 2012 in die Landesparlamente von Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes eingezogen, knickte in den Folgejahren aber in den Umfragewerten ein und verlor, mutmaßlich

rhein-Westfalen das „Grundrecht auf die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ (BVerfG 2008). Im März 2009 wurde durch das Urteil die Bundeswahlgeräteverordnung für verfassungswidrig erklärt (BVerfG 2009). Die Begründung lautete, „dass der Einsatz elektronischer Wahlgeräte voraussetzt, dass die wesentlichen Schritte der Wahlhandlung und der Ergebnisermittlung vom Bürger zuverlässig und ohne besondere Sachkenntnis überprüft werden können“ (ebd.). Der Chaos Computer Club war als Gutachter an diesem Verfahren beteiligt.

aufgrund der internen Spannungen, viele Mitglieder. Die Veröffentlichungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden im Juni 2013 stellen schließlich eine Zäsur in der öffentlichen Wahrnehmung von Überwachung und Netzpolitik dar. Was ein Teil der Aktivist_innen der Netzbewegung schon immer ahnte, wurde nunmehr öffentlich: International kooperierende Geheimdienste betreiben eine umfangreiche Überwachung und Erforschung digitaler Kommunikation. Doch obwohl die fortlaufenden ‚Snowden-Leaks‘ ins thematische Herz der netzpolitischen Organisierung trafen, konnte die Netzbewegung in dieser Situation nicht an ihre früheren Erfolge anknüpfen (Dobusch 2014; Haunss 2015). Diesen Befund werde ich an späterer Stelle mit Bezug zu meinen Ergebnissen diskutieren (vgl. 7.4).

Nach dieser Einführung in die Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Netzbewegung werde ich mich nun zunächst der Bewegungskultur zuwenden, die sich in diesem Zusammenhang herausgebildet hat. Im Anschluss daran werden die in diesem Abschnitt nur kurz angerissenen politischen Auseinandersetzungen, in die die Netzbewegung involviert ist, ausführlicher und systematisch dargestellt.

2.3 Online und offline: Bewegungskultur und Ressourcen der Internetszene

Die Netzbewegung ist eine soziale Bewegung, bei der es im weitesten Sinne um das Internet geht und die das Internet, oftmals mit innovativen Methoden, zum Zwecke der politischen Artikulation nutzt. Sie gehört nicht zu den Online-Bewegungen, die ausschließlich im Internet agieren.³⁵ Im Folgenden greife ich auf den Begriff der Szene zurück, um die Bedeutung des Internets für die Netzbewegung zu erörtern. Dabei richtet sich der Blick auf die Herstellung von kulturellen Codes als Mittel der Vergemeinschaftung und die Produktion von Ressourcen, die für Vergemeinschaftung und politische Artikulation genutzt werden können. Es geht also um die Frage, inwiefern das Internet für die Netzbewegung auch Teil des „Kitt, der soziale Bewegungen zusammenhält“ (Haunss 2011: 36), ist, und welche anderen Vergemeinschaftungsformen eine Rolle spielen. Ich argumentiere, dass die Netzbewegung kein „E-Movement“ (Earl et. al 2010) ist; vielmehr ist ihre Praxis dadurch charakterisiert, dass Akteur_innen die Grenzen zwischen „online“ und „off-

35 Earl et al. (2010: 432f.) sprechen von Protestkampagnen und sozialen Bewegungen, die sich ausschließlich online, ohne „face-to-face“-Koordinierung organisieren. Ein mögliches Beispiel für eine solche Bewegung ist Anonymous, jedoch stellen reine „E-Movements“ aus meiner Sicht eine Anomalie dar, während einzelne, punktuelle Protestkampagnen häufig auf diese Weise organisiert werden.

line“ verwischen. In Abschnitt 2.3.1 werde ich zunächst den Begriff der Szene klären und zeigen, aus welchen unterschiedlichen Internetszenen sich die Netzbewegung speist und wie diese an der Produktion von Codes und Ressourcen beteiligt sind, die in einer gemeinsamen Internetszene zusammenlaufen. In 2.3.2 erläutere ich dann anhand der Typologie von Earl et al. (2010), wie die Netzbewegung das Internet konkret nutzt. Abschließend (2.3.3) formuliere ich eine Reihe von vorläufigen Überlegungen zur kollektiven Identität der Netzbewegung.

2.3.1 *Internetszenen als Vergemeinschaftungskontexte*

Die kulturellen und alltagspraktischen Ausdrucksformen, Stile und Formen der Lebensführung, die den Rahmen des gemeinsamen politischen Handelns und der Bindung des Individuums an eine soziale Bewegung bilden, lassen sich mit dem Begriff der Szene fassen. In Szenen werden die „Alltagspraxen der AktivistInnen und die Bewegungspolitiken miteinander konfrontiert und miteinander verknüpft“ (Haunss 2004: 88f.). Hitzler und Niederbacher (2010) beschreiben Szenen als „[e]ine Form von lockerem Netzwerk; einem Netzwerk, in dem sich unbestimmt viele beteiligte Personen und Personengruppen vergemeinschaften“ (ebd.: 15). Die Zugehörigkeit zu einer Szene ist selbstgewählt und informell: „Man weiß oft nicht, ob man tatsächlich drin ist, ob man am Rande mitläuft, oder ob man schon nahe am Zentrum steht. Gleichwohl realisiert man irgendwann ‚irgendwie‘, dass man ‚irgendwie‘ dazugehört“ (Hitzler/Niederbacher 2010: 16).

Soziale Bewegungen können ihren lebensweltlichen Ausdruck vornehmlich in einer Szene finden oder sich aus mehreren Szenen speisen. Für die Netzbewegung ist letzteres der Fall: Sie speist sich aus verschiedenen Szenen, die sich in unterschiedlichen thematischen Kontexten herausgebildet haben, aber den Bezugspunkt Internet und digitale Technologien teilen und die sich, was die Anhänger_innerschaft angeht, stark überlappen. Eine dieser Szenen ist die Hacker_innen-Szene. Hacker_innen verbindet die Lust auf einen subversiven Umgang mit Technik und eine damit verbundene Ethik (Funken 2010, vgl. 2.2.1). Auf Informationssicherheit (*information security*) spezialisierte Hacker_innen lassen sich zudem der sogenannten Info-Sec-Szene zurechnen, der auch andere IT-Sicherheitsspezialist_innen angehören. Große Schnittmengen gibt es ferner zwischen der Hacker_innen und der Free-Szene, die sich mit der Entwicklung und Anwendung von freier Software wie dem Betriebssystem Linux beschäftigt – auch hier in Verbindung mit sozialen Praktiken, Normen und politischen Überzeugungen (Meyer 2013). Die Überzeugungen der Free-Software-Szene finden sich auch in der Free-Culture- und Open-Knowledge-Szene wieder, die Projekte wie Wikipedia und freie Lizenzen wie Creative Commons hervorgebracht hat. Die Web

2.0/Entwickler_innen-Szene tauscht sich dagegen auch unter dem Gesichtspunkt der kommerziellen Verwertbarkeit über neue Technologien aus. Medienkünstler_innen nutzen digitale Medien, um neue künstlerische Ausdrucksweisen zu entwickeln. Netzfeminist_innen (Ganz 2016), die Blogs und andere Formen des Social-Media-Aktivismus betreiben, interessieren sich für die Verbindung von digitaler Kommunikation und Feminismus. Hacker_innen, Info-Sec, Free Software, Free Culture, Open Knowledge, Web-Entwicklung, Medienkunst und Netzfeminismus sind verschiedene Kontexte der Vergemeinschaftung, die themenspezifisch und dabei oftmals transnational agieren. Sie wirken ausgehend von ihren jeweiligen spezifischen Interessen an netzkulturellen und -politischen Diskursen mit.

Szenen dienen der sozialen Verortung, sie sind „Inszenierungsphänomene“ (Hitzler/Niederbacher 2010: 18) für die Mitglieder, die ihre Zugehörigkeit „im sinnlich erfassbaren Gebrauch von szenetypischen Symbolen, Zeichen und Ritualen inszenieren“ (ebd.: 17). Durch den Gebrauch dieser Codes konstituieren sie gleichzeitig die Szene. Die verwendeten und beherrschten Technologien, die Auswahl des ‚richtigen‘ Betriebssystems, neue Gadgets, Kleidung, Sprachformen und Insider-Witze sind solche Symbole, über die sich Szenen konstituieren. So zeigt Silke Meyer, wie Zugehörigkeit in der Freie-Software-Szene über das „Mitreden und mitlachen können“ (Meyer 2013: 66) vermittelt wird. Damit Szeneanhänger_innen sich gegenseitig erkennen und interagieren können, brauchen sie Kommunikationsräume. Die oben genannten Szenen zeichnen sich alle dadurch aus, dass sie sich online und offline zusammenfinden. Neben der Kommunikation in digitalen Teilöffentlichkeiten (vgl. 2.2.2) gibt es auch Begegnungen vor Ort, und das sowohl in Räumen, die nur für kurze Zeit bestehen, wie etwa Stammtische und Barcamps³⁶, als auch in dauerhaft etablierten Räumen. Ein Beispiel dafür sind Hacker_innenspaces, die es mittlerweile in vielen Städten gibt. Hacker_innenspaces „are community-operated physical places, where people share their interest in tinkering with technology, meet and work on their projects, and learn from each other“ (Hackerspaces.org o. J.a). Sie verfügen über gemeinsam genutzte Geräte und Werkzeuge, die der Gemeinschaft des Hacker_innenspaces gehören oder von Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Die internationale Hacker_innenspace-Community ist eine „globale Mikrokultur“ (Hitzler/Niederbacher 2010: 17). Durch gegenseitige Besuche und gemeinsam verbrachte Zeit auf Events kommt es zu einem informellen Austausch zwischen den Hacker_innenspaces.³⁷ Szenetreffpunkte sind wich-

36 Ein Barcamp ist ein Konferenzformat für Konferenzen von einem bis zu mehreren Tagen, deren Programm die Teilnehmer_innen erst vor Ort gestalten.

37 Im Zuge dieser Diskussion sind ab 2007 „Hackerspaces Design Patterns“ entstanden, die Vorschläge für den Aufbau eines Hackerspaces bieten, die unter anderem auch Konfliktlösungsstrategien für die Nutzer_innen abdecken. Das Papier steht beispielhaft für die Ten-

tige materielle Ressourcen für kollektives Handeln. Soziale Bewegungen schaffen sich auf diese Weise Räume, in denen Flyer gelagert, Plakate gemalt, Partys veranstaltet werden und Bündnistreffen stattfinden. Über diese Funktion der Ressourcenmobilisierung (vgl. McCarthy/Zald 1977) hinaus sind Szenetreffpunkte und Szene-Events Orte, wo zwischenmenschliche Beziehungen entstehen bzw. vertieft werden, wo also die Netzwerke, auf denen Prozesse kollektiver Identifizierung beruhen, wachsen (vgl. auch Coleman 2010). Hitzler und Niederbacher beschreiben das Event als „ein strukturell unverzichtbares Element des Szene-Lebens“ (Hitzler/Niederbacher 2010: 21f.).³⁸ Wichtige Events der hier benannten Szenen sind vor allem Konferenzen wie etwa der Chaos Communication Congress, das Chaos Communication Camp, das Medienkunst-Event Transmediale, die Linux-Tage oder die sogenannte Bloggerkonferenz Re:publica. Die *face-to-face* Begegnungen manifestieren Zugehörigkeit, zeigen aber auch, wer nicht Teil der Szene ist. Szeneräume sind deshalb Kristallisationspunkte für Diskussionen um Ein- und Ausschlüsse in Szenen.³⁹

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die Netzbewegung aus einer Reihe von internetbezogenen Szenen rekrutiert, deren Kollektivität im Internet, aber auch in Szeneräumen und auf Events erfahrbar wird. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer thematischen Schwerpunkte und spezifischen kulturellen Codes, wobei es vor allem in digitalen Öffentlichkeiten, um die es im nächsten Abschnitt gehen wird, zu produktiven Überschneidungen und Grenzverwischungen kommt.

2.3.2 *Internet-Aktivismus und Bewegungskultur*

Nach der Beschäftigung mit Szeneräumen und -Events im vorrangegangenen Abschnitt richte ich den Fokus nun auf das Internet. Die Beschäftigung damit, wie die Netzbewegung das Internet konkret nutzt, zeigt, dass die spezifische Medialität digitaler Öffentlichkeiten das kollektive Handeln der Netzbewegung prägt und positive wie negative Effekte mit sich bringt.

denz der Hacker_innen-Szene, soziale Probleme wie technische Probleme zu behandeln, indem eine Formalisierung angestrebt wird (vgl. Hackerspaces.org o. J.b).

38 Ausführlicher: Das Event ist „eine vororganisierte Veranstaltung, bei der unterschiedliche Unterhaltungsangebote nach szenotypischen ästhetischen Kriterien kompiliert oder synthetisiert werden, wodurch idealerweise ein interaktives Spektakel zustande kommt, das in der Regel mit dem Anspruch einhergeht, den Teilnehmern ein ‚totales‘ Erlebnis zu bieten. Die zumindest latente Funktion auch und gerade eines Events ist die Aktualisierung, Herstellung und Intensivierung von Wir-Gefühl“ (Hitzler/Niederbacher 2010: 21f.).

39 Vgl. Meyer (2013) zum Doing Difference in Linux User Groups sowie meine Auseinandersetzung mit Diskursen um soziale Ungleichheit im Kontext von Events der Netzbewegung (6.3.1).

Jennifer Earl u. a. (2010) entwickeln eine Internet-Aktivismus-Typologie. Mit der Unterscheidung zwischen (a.) *Brochure-ware*, (b.) *Online Facilitation of Offline Activism*, (c.) *Online Participation* und (d.) *Online Organizing* (Earl et al. 2010: 429) zeigen die Autor_innen, wie groß die Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten von Internet-Medien für soziale Bewegungen ist und wie unterschiedlich diese an das Thema herangehen.⁴⁰ Soziale Bewegungen, die ihren Internet-Aktivismus im Stile des Typus *Brochure-ware* entfalten, nutzen etwa Webseiten und Newsletter lediglich, um Informationen zu verbreiten, während andere Bewegungen auf interaktive Formen von *Online Participation* setzen (ebd.). Weil die Netzbewegung das Internet in sehr umfassender Weise nutzt, ohne sich auf *Online Organizing* zu beschränken, ist es nicht möglich, sie in diese Typologie einzuordnen.⁴¹ Anhand der Kategorien lassen sich jedoch die Facetten des Internet-Aktivismus der Netzbewegung zeigen. Websites und Newsletter mit statischen Inhalten (*Brochure-ware*) kommen im Fall der Netzbewegung selbstverständlich zum Einsatz. Alle relevanten Organisationen verfügen über Webauftritte, es gibt zahlreiche themenspezifische Kampagnenseiten und Newsletter. Zur Verbreitung von „logistical information, information on the cause, SMOs [Social Movement Organizations, KG], ideology, or issue framing“ (Earl et al. 2010: 429) werden aber auch soziale Medien und kollaborative Web 2.0-Anwendungen genutzt. Anhand des AK Vorrat lässt sich exemplarisch zeigen, wie die verschiedenen Formen integriert werden. Der Arbeitskreis verfügt über eine Website, auf deren Startseite aktuelle Meldungen zu finden sind und die zudem einige weitere Informationen bereithält. Darüber hinaus ist die Seite mit einem „Mitmach-Wiki“ verknüpft (Vorratsdatenspeicherung.de o. J.). Auf diesem Wiki werden Informationen über die Vorratsdatenspeicherung und verwandte Themen von Interessierten zusammengetragen; die Aktivist_innen stellen aber auch organisatorische Informationen und Materialien zur Verfügung. Das Wiki des AK Vorrat ist eine Form von *Online Participation* – Nutzer_innen können sich am Wiki beteiligen oder Materialien in andere Webangeboten einbinden –, und stellt zugleich eine komplexe Form der *Online Facilitation of Offline Activism* dar: Man erfährt, wie man einen Infostand vor Ort organisiert oder eine Demonstration anmeldet. Auf diese Weise werden verschiedene Protestaktivitäten ermöglicht, koordiniert und dokumentiert. Der AK Vorrat als Teil der Netzbewegung fällt insofern in die Kategorie des *Online Organizing*, als dass die Aktiven sich überwiegend

40 Vgl. auch die Beiträge in Dencik/Leisert (2015) sowie aus der Bewegungspraxis Kreiml/Voigt (2011).

41 Dies hängt mit der Methodologie von Earl u. a. (2010) zusammen, deren Aktivismus-Kategorien auf einer Literatúrauswertung basieren. Genau genommen handelt es sich also um eine Typologie der Darstellung von Internet-Aktivismus in der der Literatur, wobei die einzelnen Studien ihren Gegenstand immer ein Stück weit auf ihr Forschungsinteresse zuschneiden und somit nur einen bestimmten Ausschnitt der Bewegungsaktivitäten zeigen.

online organisieren, ohne ein reines „E-Movement“ (ebd.) zu sein, denn schließlich bringt der AK Vorrat sein Anliegen auch auf die Straße. Dazu kommt, dass solche Netzwerke wiederum Treffen vor Ort, etwa im Rahmen von Workshops, nutzen, um ihre Onlineaktivitäten zu organisieren, strategisch zu planen und zu reflektieren. Genau dieses komplexe Zusammenspiel von ‚online‘ und ‚offline‘ ist typisch für die Netzbewegung.

Die Protest- und Organisationsformen der Netzbewegung sind eingebettet in eine Bewegungskultur digitaler Öffentlichkeiten. Digitale Öffentlichkeiten bilden sich, so Stefan Münker (2009), im Kontext einer medienhistorischen Zäsur heraus. Diese sei zum einen durch den Computer als „Universaltechnik, die alle *Medien generieren* kann“ (ebd.: 64, Herv. i. O.) und damit Nutzer_innen dazu aufrufe, die weitere Entwicklung voranzutreiben (ebd. 65), bestimmt. Zum anderen gründe sie auf der „dezentralen und tendenziell kontrollresistenten Struktur des digitalen Netzes“ (ebd.: 67). Durch soziale Praktiken bilden sich in dieser dezentralen Struktur Zentren heraus (ebd.: 69), zu denen unter anderem die bekannten Web 2.0-Angebote gehören, deren „spezifische Medialität [sich] in ihren wesentlichen Zügen nur noch sozial erklären [lässt]“ (ebd.: 71). In den netzbasierten sozialen Interaktionen fallen Individualisierung und Sozialisierung zusammen (ebd.: 76), wodurch spezifische Formen von sozialer Bindung, Kulturproduktion, Wissensverteilung und Märkten hervorgebracht werden, die zusammen an der Emergenz der digitalen Öffentlichkeit beteiligt sind.

Das spezifische mediale Setting digitaler Öffentlichkeiten wirkt sich auf die Bewegungsaktivitäten aus. Schon vor dem Internet hatten Bewegungsmedien, wie etwa Zeitschriften, die Funktion, „eine Gemeinsamkeit zwischen räumlich verstreuten Gruppen und Individuen her[zustellen], für die eine direkte, physische Erfahrung gemeinsamer Bewegungszugehörigkeit nur im Rahmen weniger Großereignisse möglich ist“ (Haunss 2004: 57). Werden die Bewegungsmedien zu *Social Media*, verändern sich nicht nur die Bedingungen der Informationsverbreitung und Mobilisierung, sondern auch die des täglichen Miteinanders: Menschen begegnen sich nun auch im Medium. Das Internet stärkt die gemeinschaftsstiftende Funktion von Bewegungsmedien (Haunss 2004: 57) soweit, dass Aktivist_innen nicht mehr darauf angewiesen, Szenetreffe zu besuchen oder Bewegungsorganisationen anzugehören, um miteinander in Kontakt zu kommen und kollektiv zu handeln. Digitale Kommunikationswerkzeuge spielen heute für alle sozialen Bewegungen eine große Rolle. „Das Besondere am Netzpolitik-Aktivismus besteht aber darin, dass das Medium der Mobilisierung hier gleichzeitig der Gegenstand des Protests ist und die Aktivisten technisch versiert sind. Das Internet ist deshalb das perfekte Medium, um rund um die Uhr alle zu erreichen, die von entsprechenden Regulierungsmaßnahmen betroffen sind“ (Wendelin/Löblich 2013: 69). Netzaktivist_innen verbringen mitunter einen großen Teil ihrer Zeit in einem Zustand der ständigen Vernetzung mit der Bewegung. Soziale Netz-

werke und andere Kommunikationstools ermöglichen es, jederzeit Diskussions- und Organisationsprozesse zu entfalten, die ohne das Internet nur mit örtlich gebunden Treffen in der Freizeit zu realisieren wären. Wenn etwa ein Politiker_innen-Statement vor Ort per Smartphone mitgeschnitten wird, innerhalb kürzester Zeit auf Youtube landet, die Aussagen auf Twitter skandalisiert werden und Blogs den politischen Kontext erläutern, während Aktivist_innen mit einem kollaborativen Online-Textbearbeitungswerkzeug (Etherpad) ein gemeinsames Statement verfassen, das schließlich als Pressemitteilung verbreitet wird, entfaltet sich Aktivismus in wenigen Stunden durch die vernetzte Interaktion von vielen einzelnen Engagierten.⁴² Waren es bislang vor allem Bewegungsorganisationen, die Kontakte zu Expert_innen und Medien hatten, um Skandale aufzudecken und publik zu machen, übernimmt diese Funktion heute oft die *crowd*. Auch Organisationen können sich diese Dynamiken zunutze machen, indem sie Internetnutzer_innen kurzfristig und niedrigschwellig in Arbeitsprozesse einbeziehen. Crowd- bzw. Schwarm-Verhalten ist eine volatile Form kollektiven Handelns, das in einer „situativen Aggregation individueller Ressourcen“ (Dolota/Schrape 2014: 9) besteht. Es zeichnet sich dadurch aus, dass für die Individuen relativ geringe Beteiligungskosten entstehen. Bruce Bimber, Andrew J. Flanagin und Cynthia Stohl (2005) argumentieren diesbezüglich, dass die bislang in der sozialen Bewegungsforschung verbreitete Sicht auf kollektives Handeln und *free riding* korrigiert werden muss. Das *free riding*-Dilemma besteht darin, dass es für Individuen oftmals attraktiver ist, sich bei der Herstellung öffentlicher Güter – und als solches wird hier Protest gefasst – nicht zu beteiligen, sondern darauf zu setzen, dass andere die Zeit und Energie investieren. Deshalb wird es als notwendig erachtet, dass Organisationen verbindliches kollektives Handeln herstellen und Anreize setzen, sich zu engagieren (Olsen 1965). Bimber u. a. fassen „collective action as a phenomenon of boundary crossing between private and public domains“ (Bimber et al. 2005: 365) und argumentieren, dass durch das Internet die Kosten für das Überschreiten dieser Grenzen sinken (ebd.: 384): „because online action can be so inexpensive, free riding is less likely and is, at a minimum, not a ubiquitous collective action dilemma today“ (Earl et al. 2010: 427). Der empirische Fall der Netzbewegung stützt diese Argumentation. Zur Kommunikation und Koordinierung der Aktivitäten werden überwiegend kostenlose Angebote genutzt, die zudem, zumindest für geübte Internetnutzer_innen, auch kaum über technische Beteiligungshürden verfügen. Die Übergänge zwischen persönlichen Öffentlichkeiten (Schmidt 2011),⁴³ einer breiteren Netzöffentlichkeit und der

42 Vgl. am Beispiel der Netzsperrren-Debatte Beckedahl/Lüke (2012: 187f.).

43 Mit dem Begriff der persönlichen Öffentlichkeiten beschreibt Schmidt einen zentralen Charakter digitaler Öffentlichkeit. Sie sind „Geflechte von kommunikativen Äußerungen, die teils dem Modus der Konversation entspringen und eher an interpersonale oder gruppenbezogene Kommunikation erinnern, teils aber auch auf Modi des Publizierens basieren,

traditionellen Medienöffentlichkeit sind hier fließend. Professionelle Medienangebote greifen zunehmend Themen auf, die in den sozialen Medien virulent sind und berichten, was ‚in den sozialen Netzwerken‘ los ist. Aber auch die persönlichen Öffentlichkeiten einzelner Nutzer_innen helfen dabei, potentielle Sympathisant_innen zu erreichen.

Für soziale Bewegungen stellen soziale Medien eine enorme Erweiterung ihrer kommunikativen Ressourcen dar, bringen aber auch eine Reihe von spezifischen Problem mit sich, auf die ich abschließend eingehe. Eine Kehrseite dieser kommunikativen Verdichtung ist die Intensivierung und zeitliche Entgrenzung der Bewegungsarbeit: Die Kommunikationswerkzeuge erlauben es, sich rund um die Uhr zu beteiligen. Aktivist_innen sehen sich dadurch verstärkt auch in ihrem politischen Aktivismus dazu aufgefordert, Grenzen zwischen Aktivismus und Arbeit, Freizeit und Privatleben zu ziehen (vgl. 6.1.2).⁴⁴ Zudem macht das *crowd sourcing* die Arbeit innerhalb der Bewegung flexibler und offener, aber auch unbeständiger und unberechenbarer. Entsprechend verwundert es nicht, dass auch innerhalb der Netzbewegung das Bedürfnis artikuliert wird, sich formeller zu organisieren und zu professionalisieren, wie etwa das Beispiel der Digitalen Gesellschaft e. V. zeigt. Ein weiteres Problem, das diskutiert wird, besteht in der möglichen Fragmentierung von Öffentlichkeit. In der partizipativen und pluralistischen Wissensstruktur des Internets sei zwar angelegt, dass die digitale Öffentlichkeit den Idealen der Aufklärung zumindest ein Stück näherkomme als die traditionellen Massenmedien (Münker 2009: 104). Zugleich wird aber die Gefahr der Polarisierung von Positionen in fragmentierten Öffentlichkeiten benannt (ebd.: 110 mit Bezug auf Habermas, vgl. Sunstein 2009). Im Anschluss an Münker gehe ich davon aus, dass das Internet sowohl die Möglichkeit bietet, (Gegen-)Öffentlichkeiten in Form von Nischen herauszubilden, als auch „zu faktischer Vermischung [führt] – von gesellschaftlichen Bereichen, die traditionellerweise durch Institutionen getrennte Sphären darstellten“ (Münker 2009: 113; vgl. Ganz/Meßmer 2015). Dazu trägt auch der Kontrollverlust (vgl. Pörksen/Detel 2012) bei, der eine Abschottung verschiedener Kommunikationsräume und die endgültige Kontrolle von Wissen verhindert. Schließlich ist die Überwachbarkeit digitaler Kommunikation eine Problematik, mit der digitaler Aktivismus grundsätzlich konfrontiert ist. Zwar können sensible Informationen mit Hilfe von Anonymisierungs-, Verschlüsselungs- und Verschleierungstechnologien übermittelt werden – damit fallen aber viele der oben beschriebenen Vorteile digitaler Öffentlichkeit weg (Ballenthien/Hensel 2015; Freudenschuß 2015). Zudem setzen diese Formen des Selbstdaten-

weil Informationen mit einem eher unbestimmten, wenngleich kleinem Publikum geteilt werden“ (Schmidt 2011: 132). Zwischen persönlichen und professionell hergestellten Öffentlichkeiten besteht nach Schmidt ein komplementäres Verhältnis (ebd.167f.).

44 Zur Entgrenzung durch digitale Medien in der Erwerbsarbeit vgl. Carstensen/Ballenthien/Winker (2014) und Carstensen (2015).

schutzes (Ochs 2015) technische Kenntnisse voraus, über die nicht jede_r Netzaktivist_in verfügt. Durch die digitale Kommunikation werden Bewegungsstrukturen offenbar gemacht, die vormals durch Offline-Kommunikationswege geschützt(er) waren.

Netzpolitischer Aktivismus entfaltet sich nicht ausschließlich, aber in großen Teilen in digitalen Öffentlichkeiten. Die mediengestützten Formen (kollektiven) Handelns, die sich in digitalen Öffentlichkeiten beobachten lassen, stellen eine spezifische Form der Subjektivierung dar, die für die Herausbildung der Subjektpositionen der Netzbewegung und damit für diese Arbeit von zentraler Bedeutung ist. Im nächsten Abschnitt werde ich dazu einige vorläufige Überlegungen formulieren.

2.3.3 Überlegungen zur kollektiven Identität der Netzbewegung

Das kollektive Handeln der Netzbewegung entfaltet sich, wie ich gezeigt habe, im Kontext von Internet-Szenen und digitalen Öffentlichkeiten. Charakteristisch für die Kommunikations- und Protestpraktiken der Akteur_innen ist, dass sie parallel ‚online‘ und ‚offline‘ stattfinden: Gemeinschaft und Ressourcen werden in digitalen und lokalen Öffentlichkeiten reproduziert, wobei die Grenzen insbesondere durch mobile Kommunikation zunehmen verwischen. Hinsichtlich der Bedeutung, die das Internet für die Bewegungskultur der Netzbewegung hat, lassen sich vier Dimensionen unterscheiden: Das Internet ist *erstens* ein Kontext mediatisierter Subjektivierung und Vergemeinschaftung, in dem sich spezifische subkulturelle Internet-Szenen herausbilden, die online und offline agieren (2.3.1); *zweitens* eine Technologie, die Bewegungsmedien, Organisationswerkzeuge und Protestformen hervorbringt (2.3.2); ermöglicht *drittens* digitale Öffentlichkeiten, die zu Rezeptionsräumen für die Thematisierung des Internets werden und zunehmend in traditionelle Medienöffentlichkeiten hineinreichen (2.3.2); und ist *viertens* Gegenstand politischer Konflikte in politischen Arenen (vgl. 2.4). Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die Netzbewegung eine soziale Bewegung ist, die sich in netzkulturellen Räumen herausbildet, die das Internet zum Gegenstand ihres politischen Handelns macht, in digitalen Öffentlichkeiten agiert und Internet-Medien für ihren Aktivismus einsetzt. Zwischen diesen vier Aspekten bestehen zahlreiche Bezugspunkte, die sich im Internet selbst und an anderen Orten (z. B. Hacker_innenspace, Demonstration, Parlament) bzw. in nicht-netzbasierten, traditionellen Medien entfalten. Die Netzbewegung auf einen dieser Aspekte (z. B. den Onlineaktivismus) zu reduzieren, würde dem Phänomen aus meiner Sicht nicht gerecht werden.

Die Beschäftigung mit der Bewegungskultur der Netzbewegung ermöglicht es, die Frage zu stellen, warum sich die Akteur_innen überhaupt als Kollektiv fassen lassen. Es ist einer der faszinierendsten Aspekte sozialer

Bewegungen, dass sich Individuen ihnen ‚irgendwie‘ zugehörig fühlen. Dass Protestaktionen, symbolische Widerstandshandlungen und andere Formen der politischen Einflussnahme nicht als unabhängige Ereignisse, sondern im Zusammenhang gedeutet (Diani 1992: 3) werden, ist aus Sicht der sozialen Bewegungsforschung ein Resultat des Prozesses kollektiver Identität (Melucci 1995; vgl. Daphi 2011). Alberto Melucci definiert kollektive Identität als „an interactive and shared definition produced by several individuals (or groups at a more complex level) and concerned with the orientations of action and the field of opportunities and constraints in which the action takes place“ (Melucci 1995: 44).⁴⁵ Meluccis Begriff der kollektiven Identität umfasst die diskursive Verständigung über die Mittel, Ziele und das Handlungsfeld der Bewegung, ihre spezifischen Rituale, Praktiken und Artefakte ebenso wie die Beziehungen zwischen den Akteur_innen (Interaktion, Kommunikation, Einfluss, Verhandlung, Entscheidungsfindung, Formen der Organisation, Technologien der Kommunikation usw.) und ihr „emotional investment“ in das kollektive Handeln (Melucci 1995: 44f.). Neben solchen Bewusstseinsbildungs- und Aushandlungsprozessen sind Bewegungsidentitäten von Grenzziehungsprozessen geprägt (Taylor/Whittier 1992). Die Herstellung kollektiver Identität ist ein selbstreflexiver Konstruktionsprozess, von Melucci darum auch als „identization“ (Melucci 1995: 51) bezeichnet, der einen symbolischen Bedeutungsrahmen produziert, auf den sich Akteur_innen beziehen können und der es ermöglicht, Zugehörigkeit und Kausalität wahrzunehmen und eigenständig, aber ‚im Namen‘ des Kollektives zu handeln.⁴⁶

Im ersten Teil dieses Kapitels habe ich argumentiert, dass die Netzbewegung historisch als ein Zusammenlaufen verschiedener netzpolitischer Kontexte und Entwicklungen begriffen werden kann. Eine Reihe von Szenen, die sich schon seit längerem mit dem Internet beschäftigen, treffen auf neue Akteur_innen wie Netzpolitik.org und viele Internetnutzer_innen, die ihre Alltagspraktiken zunehmend öffentlich zur Diskussion stellen und gestellt sehen. Von den Debatten um Killerspiele, Tauschbörsen und neuen Überwa-

45 Mit dem Konzept der kollektiven Identität kritisiert Melucci diejenigen Ansätze der sozialen Bewegungsforschung, die soziale Bewegungen als ontologische Gegebenheiten begreifen. Dazu zählen für ihn sowohl Ansätze, die das Entstehen und Handeln von Bewegungen aus strukturellen Widersprüchen abzuleiten suchen – beispielhaft hierfür sind (post-)marxistische Ansätze – als auch solche, die die (individuellen) Handlungsmotive für kollektives Handeln im Rahmen des Rational-Choice-Paradigmas untersuchen. Beide Forschungsstränge verfügen über eine „realistic‘ attitude toward the object“ (Melucci 1995: 44), der Melucci eine epistemologische Haltung gegenüberstellt, die Prozesse der Bedeutungskonstruktion und das System von Beziehungen und Repräsentationen, durch die kollektive Akteur_innen sich erst konstituieren, untersucht.

46 „Collective identity enables social actors to act as unified and delimited subjects and to be in control of their own actions, but conversely they can act as collective bodies because they have achieved to some extent the constructive process of collective identity“ (Melucci 1995: 46).

chungsvorhaben, die im innen- und sicherheitspolitischen Anti-Terror-Diskurs auf die Tagesordnung gesetzt werden, sehen sich Internetnutzer_innen zunehmend betroffen. Dass sich in dieser Situation ein kollektives Selbstverständnis herausbilden konnte, hängt mit den alltäglichen, kollektiven Praktiken der Mediennutzung zusammen, die ich in diesem Teil des Kapitels dargestellt habe. Die Identifikation mit einer Gruppe, die aufgrund bestimmter Faktoren gemeinsame Erfahrungen gemacht hat, ist jedoch nicht hinreichend für die Beteiligung an politischem Protest, wie Bernd Simon und Bert Klandermans festgestellt haben. Notwendig sei eine *politisierte* kollektive Identität (Simon/Klandermans 2001; Daphi 2011). Insofern wird im Laufe dieser Arbeit zu untersuchen sein, wie die Aktivist_innen der Netzbewegung ihre alltäglichen Internetpraktiken politisieren, so dass das Internet selbst zum Zweck des Protestes wird.

2.4 Das Konfliktfeld Netzpolitik

Nachdem ich die Geschichte und Entwicklung der Netzbewegung und ihre Bewegungskultur dargestellt habe, werden in diesem Kapitel die politischen Konflikte im Mittelpunkt stehen, in denen die Netzbewegung involviert ist. Dazu werde ich zunächst das Politikfeld Netzpolitik umreißen, an dessen Entstehung die Netzbewegung einen Anteil hatte. Anschließend werden die wichtigsten Themen des netzpolitischen Engagements entlang der von Sandra Bramann (2010) identifizierten vier netzpolitischen Regulierungsbereiche vorgestellt: Zugang zum Internet, Zugang zu Inhalten, Eigentumsrechte/informationelle Güter und Privatsphäre/Datenschutz.

2.4.1 Netzpolitik als Politikfeld

Die Themen, mit denen sich die zivilgesellschaftlichen Akteur_innen der Netzbewegung befassen, gehören zum Feld der Netzpolitik, d. h. zur *Internet Policy* und *Internet Governance*.

„Internet policy is defined as those laws and regulations that are either specific to Internet infrastructure and its uses (e.g., domain names, or trying to control spam) or apply to long-standing legal issues that have so qualitatively changed the nature in the digital environment that significant changes are required of the legal system (e.g., privacy or copyright). Some of the legal tools in play to regulate the Internet and its uses are familiar from earlier communication law; others are innovations specific to the Internet.“ (Braman 2010: 140)

Internet Policy wird seit den 1990ern von internationalen Expert_innen als eigenständiger Politik- und Rechtsbereich wahrgenommen. Ihr Gegenstand sind die Netzinfrastruktur und deren Verwaltung. Darüber hinaus betrifft sie aber auch rechtliche Fragen, die sich durch das Internet ergeben und damit politischen Handlungsbedarf auslösen.⁴⁷ Netzpolitik ist in der Bundesrepublik nach wie vor kein etablierter Politikbereich, sondern ein „Politikfeld im Werden [...], dessen weitere Entwicklung durchaus offen ist“ (Haunss/Hofmann 2015: 31). Dem voraus ging eine etwa 25 Jahre andauernde Entwicklung, in der sich die Beschäftigung mit Netzpolitik von der Arena technokratischer Expertengremien hin zu einer Politisierung auf national-staatlicher Ebene verschoben hat.

Der strukturelle Rahmen, in dem die Regulierung des Internets verhandelt wird, wird als Internet Governance bezeichnet. Die „Working Group on Internet Governance“ des UN Weltgipfels der Informationsgesellschaft (WSIS) versteht darunter „the development and application by governments, the private sector and civil society, in their respective roles, of shared principles, norms, rules, decision-making procedures, and programs that shape the evolution and use of the Internet“ (Worldsummit on the Information Society 2005). Beispiele für die ‚klassische‘ Internet-Governance, die sich als Multi-Stakeholder-Verfahren herausgebildet hat, sind die „Internet Engineering Task Force“, das „Internet Architecture Board“ und die „Internet Corporation for Assigned Names and Numbers“ (ICANN), die für die Verwaltung des Internet-Domain-Name Systems zuständig ist und über die Richtlinien zur Vergabe von Top-Level-Domains und IP-Adressen entscheidet. Diese Institutionen arbeiten als Gremien unter dem Dach der 1992 gegründeten „Internet Society“ (ISOC), einer NGO, die für die Pflege und Weiterentwicklung der Internetinfrastruktur zuständig ist. In den verschiedenen Internet-Governance-Gremien sind neben Vertreter_innen von Regierungen auch Vertreter_innen des privaten Sektors, die technische Gemeinschaft und Vertreter_innen der Zivilgesellschaft beteiligt (Digitale Gesellschaft 2012; Bramann 2010: 144). Ein prominentes Beispiel ist der frühere CCC-Sprecher Andy Müller-Maguhn, der von 2002–2004 als Co-Direktor der ICANN fungierte.

Der WSIS war ein aus zwei Teilen (Genf 2003, Tunis 2005) bestehender Gipfel, der von den Vereinten Nationen ausgerufen wurde (Kleinwächter 2007). Vertreter_innen von Regierungen, internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaftsverbänden diskutierten auf dem WSIS mit dem Ziel, ein gemeinsames Verständnis der Informationsgesellschaft zu entwickeln. Auch der WSIS ist einem Multi-Stakeholder-Ansatz

47 Für einen systematischen Überblick der Regulierungswerkzeuge vgl. Bramann (2010: 142–145).

verpflichtet,⁴⁸ ebenso wie das „Internet Governance Forum“, das 2006 als Ergebnis des WSIS eingerichtet wurde und mit jährlichen Treffen eine beständige Diskussionsplattform für Themen der Internet Governance bildet.

Neben der Verwaltung der technischen Infrastruktur und Fragen der Standardisierung⁴⁹ fallen in den Bereich der Netzpolitik eine Reihe von Fragestellungen, die sich durch das Internet für nationale und internationale Gesetzgebung neu ergeben. Diesbezüglich weist Bramann (2010) vier große Regulierungsbereiche aus: „access to the internet“, „access to content“, „property rights“ und „privacy“. Diese werden in zum Teil getrennt voneinander verlaufenden Diskussionssträngen rund um soziokulturelle (Meinungsfreiheit, kulturelle Vielfalt, Bildung), wirtschaftliche (Steuern, E-Commerce, elektronische Zahlungsmittel) und Entwicklungsfragen („digital divide“) behandelt (vgl. Digitale Gesellschaft 2012: 23f.). In den letzten fünfzehn Jahren kam es zu einer Politisierung dieser netzpolitischen Fragen (vgl. 2.2.3), und im Zuge dessen auch zu einer verstärkten Wahrnehmung von Netzpolitik in nationalstaatlichen politischen Arenen, die sich beispielsweise auch in der Einrichtung der Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ zeigte. Die Enquete beschäftigte sich mit den Auswirkungen des Internets auf Politik und Gesellschaft und erarbeitete Empfehlungen (Haunss/Hofmann 2015: 43). Im Anschluss an die Arbeit der Enquete wurde nach der Bundestagswahl 2013 der ständige Bundestagsausschuss „Digitale Agenda“ eingerichtet; zudem veröffentlichte die Bundesregierung mit der „Digitalen Agenda 2014–2017“ ein netzpolitisches Grundsatzprogramm für die Regierungsperiode (ebd. 43f.).

Netzpolitik liegt, wie viele andere Politikfelder, quer zu den klassischen Ressorts. Sie betrifft die Innenpolitik ebenso wie die Wirtschafts- und Justizpolitik, den Verbraucherschutz, die Medien- und Jugendpolitik. Ob sie sich in den kommenden Jahren als eigenständiger Bereich verfestigt oder „Bestandteil mehrerer bestehender Handlungs- bzw. Politikfelder“ (ebd.) bleibt, ist offen. Für den gegenwärtigen Stand halten Sebastian Haunss und Jannette Hofmann fest:

„Netzpolitik in Deutschland [...] befindet sich im Jahr 2015 [...] in einer Zwischenphase, in der nicht nur Inhalte und Strategien, sondern auch die administrative Einbettung und die Feldgrenzen verhandelt werden. Derzeit stellt sich Netzpolitik zwar als spezifisches, aber nicht als stabiles Arrangement bestehend aus Akteuren, Problemlagen und Maßnahmen dar.“ (Haunss/Hofmann 2015: 35)

48 So waren auch Akteur_innen der Netzbewegung, wie etwa Markus Beckedahl von Netzpolitik.org, als Vertreter_innen der Zivilgesellschaft am WSIS beteiligt.

49 Konkret handelt es sich dabei um „die Telekommunikationsinfrastruktur, Internetstandards und -Dienste (z. B. das Internet Protocol oder das Domain Name System) und Inhalts- und Anwendungsstandards (z. B. HTML) [sowie] Cyber Security, Verschlüsselung, Spam“ (Digitale Gesellschaft 2012: 23).

Eine zentrale Herausforderung für alle netzpolitischen Akteur_innen besteht in der globalen Reichweite des Internets, aus der sich die Notwendigkeit einer rechtlichen Harmonisierung ergibt, die durch verschiedene Prozesse des „policy transfer“ erreicht werden soll (Bramann 2010: 140). Für die Auseinandersetzungen der Netzbewegung sind deshalb noch zwei weitere Arenen von zentraler Bedeutung. Dies sind zum einen die Institutionen der Europäischen Union, die sich im Kontext einer gemeinsamen Innen- und Sicherheitspolitik, vor allem aber im Rahmen des Europäischen Binnenmarktes mit netzpolitischen Themen beschäftigt. Wegweisende Entwicklungen in Sachen Datenschutz, Vorratsdatenspeicherung, Netzneutralität und Urheberrecht werden vor allem von der Kommission und im Europäischen Parlament vorgebracht, und dies zieht eine Europäisierung des netzpolitischen Aktivismus nach sich. Bereits 2002 gründeten zehn europäische NGOs, darunter der CCC, die Organisation „European Digital Rights“ (EDRi), die sich in Brüssel für digitale Freiheitsrechte einsetzt. Zum anderen werden relevante netzpolitische Weichen auch im Rahmen von internationalen Freihandelsverträgen wie ACTA, dem kanadisch-europäischen „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA) oder der „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) zwischen den USA und der EU gelegt. Diese werden in der Regel unter Ausschluss der (zivilgesellschaftlichen) Öffentlichkeit erarbeitet, so dass sich der Protest auch gegen das als undemokratisch verstandene Verfahren richtet. In den nächsten Abschnitten werde ich auf einzelne Themen eingehen und die wichtigsten Protestaktivitäten der deutschen Netzbewegung erläutern.

2.4.2 Kämpfe um den Zugang zum Internet

Der erste der vier großen Policy-Bereiche, die Braman (2010) ausmacht, betrifft den Zugang zum Internet. Darunter fasst sie neben dem Netzausbau auch kulturelle Faktoren wie Bildung, die zur digitalen Spaltung beitragen. Digitale Spaltung bezeichnet eine Dimension sozialer Ungleichheit entlang des Zugangs zu digitalen Informationsangeboten, d. h. eine „Spaltung der Gesellschaft in Informationsarme und Informationsreiche“ (Döring 2003: 14). Die Bundesrepublik verfügt über eine relativ gut ausgebaute Netzinfrastruktur, auch wenn es vor allem in ländlichen Gebieten noch Orte gibt, die vom Breitbandzugang abgeschnitten sind. Die bestehenden Versorgungslücken werden oft regional von Bürger_inneninitiativen aufgegriffen. Seit März 2011 ist der Bundesverband „Initiative gegen digitale Spaltung -geteilt.de e. V.“ aktiv, der auf seiner Website unter anderem einen Telekommunikationsatlas zur Verfügung stellt (Geteilt.de). Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie legte 2009 eine Breitbandstrategie auf, seit 2013 ist das Thema im neu zugeschnittenen Ministerium für Verkehr und digitale

Infrastruktur angesiedelt. Der Ausbau der Netzinfrastruktur gehört jedoch zu den vergleichsweise wenig politisierten Themen, er wurde „lange Zeit nicht als politische, sondern als technisch-wirtschaftliche Frage verhandelt“ (Haunss/Hofmann 2015: 38). Er gehört nicht zu den Kernthemen der Netzbewegung. Ein Thema, das dort stärker aufgegriffen worden ist, ist der Netzzugang im öffentlichen Raum. Aufgrund der Rechtslage sind in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern kaum offene WLAN-Zugänge vorhanden (WLAN steht für Wireless Local Area Network). Freifunk-Initiativen bauen öffentlich zugängliche Netze auf und engagieren sich politisch und auf dem Rechtsweg für eine Ermöglichung öffentlicher, nicht-kommerziell betriebener Internetzugänge (Kleinz 2014). Mit Hilfe von Richtfunkstrecken können nicht nur in dichtbesiedelten urbanen Räumen Internetzugänge zur Verfügung gestellt und geteilt werden, so dass der Zugang zum Internet auch in ländlichen Gebieten über die Freifunk-Community organisiert werden könnte.⁵⁰

Die Internetnutzung in Deutschland ist in den letzten zehn Jahren von 59,5 Prozent im Jahr 2006 auf 79,5 Prozent im Jahr 2015 gestiegen (ARD/ZDF-Onlinestudie o. J.). „Im internationalen Vergleich nimmt die Bundesrepublik nur einen mittleren Platz bei der Nutzung des Internets ein“ (Leisegang 2013: 47). Der Grund für die vergleichsweise hohe Zahl an Offlinern in Deutschland ist folglich nicht allein im fehlenden Breitbandausbau zu suchen. Auch ökonomische Faktoren und Überzeugungen spielen eine Rolle. „Vor allem drei Gründe geben die Offliner für ihre Zurückhaltung an. Erstens sehen sie keine Vorteile in der Nutzung des Internets. Zweitens nehmen sie das Internet häufig als bedrohlichen Ort wahr – besonders hinsichtlich des Schutzes ihrer privaten Daten und der Sicherheit im Netz. Und drittens verfügen insbesondere ältere Menschen nach eigenen Angaben zumeist nur über geringe PC-Kenntnisse“ (Leisegang 2013: 48). Mit der wachsenden Bedeutung des Internets für die politische Willensbildung und kulturelle Teilhabe wird die digitale Spaltung zur sozialen Spaltung.⁵¹ Die Netzbewegung reagiert darauf eher zögerlich, allerdings sind in den letzten Jahren vermehrt Initiativen entstanden, die sich mit Themen wie z. B. Internetzugängen in Geflüchtetenunterkünften beschäftigen (Jonjic 2015).

Das Thema Medienbildung wirkt in den Diskurs der Netzbewegung auf zweifache Weise ein, ohne zu den Kernthemen zu gehören. Zum einen setzen sich Initiativen wie das CCC-Projekt „Chaos macht Schule“ für Medienbildung ein, indem sie Bildungsangebote für Schulen anbieten, um Schüler_innen und Eltern mit Themen wie Datenschutz und Privatsphäre in sozia-

50 Das Freifunk-Projekt beschäftigt sich auch mit dem Themenbereich Eigentumsrechte/informationelle Güter, weil die Frage der Legalität offener Internetzugänge mit der Möglichkeit der Verletzung von Urheberrechten zusammenhängt.

51 Vgl. exemplarisch für die Internetnutzung Erwerbsloser Englert (2010) und Carstensen/Derboven/Winker (2012).

len Netzwerken und Verschlüsselung in Berührung zu bringen (Chaos Computer Club o. J.e). Zum anderen wird Politiker_innen vorgehalten, Entscheidungen für die digitale Gesellschaft zu treffen, ohne selbst über das dazu notwendige Wissen zu verfügen.⁵² Insofern ist Medienkompetenz auch ein Element bei der Konstruktion politischer Gegner_innen. Im Rahmen von Kampagnen knüpfen Aktivist_innen hieran an und versorgen Politiker_innen mit Informationsmaterialien und Basiswissen zu den zur Entscheidung stehenden Themen.⁵³ Digitale Spaltung und Medienbildung sind zwar für die gesellschaftspolitischen Diskurse der Netzbewegung von großer Bedeutung (vgl. 6.3), konkrete Kämpfe um den Zugang zum Internet nehmen dagegen im Vergleich zu anderen Themenbereichen wenig Raum ein.

2.4.3 *Kämpfe um den Zugang zu Inhalten*

Wesentlich kontroverser als der Zugang zum Internet ist der Zugang zu Inhalten, denn in diesen Bereich fallen die Themen Zensur und Netzneutralität. Konflikte um den „access to content“ (Braman 2010: 158f.) werden in der Regel als Auseinandersetzungen um Informations- und Meinungsfreiheit bzw. „free speech“ gerahmt. Staaten wie China oder Iran betreiben Internetzensur im großen Stil, indem sie ausländische Webangebote sperren oder den Zugang zu diesen verlangsamen. Aber auch die meisten anderen Staaten regulieren Inhalte auf die eine oder andere Art, z. B. in Bereichen wie Pornographie, Jugendschutz oder Glücksspiel. Neben Regierungen betätigen sich auch andere Akteur_innen als Regulator_innen des Zugangs zu Inhalten. Zugangs- und Inhalte-Provider legen den Nutzer_innen End-User Licensing Agreements (EULAs) vor, die Bestimmungen über die Bedingungen des Zugangs zu Inhalten enthalten. Emailserver filtern Spam, Eltern oder Schulen blockieren bestimmte Webseiten mit Hilfe von Jugendschutzsoftware und soziale Medien löschen Inhalte, die gegen die Nutzungsbedingungen verstoßen. Im Folgenden möchte ich exemplarisch auf zwei der für die Netzbewegung wichtigsten politischen Debatten der letzten Jahre eingehen: Netzsperrern und Netzneutralität.

Die Diskussion um Netzsperrern reicht in der Bundesrepublik bis in die 1990er Jahre. Das erste Sperrvorhaben betraf 1996/1997 die linke Zeitschrift „radikal“ und den niederländischen Anbieter XS4ALL, auf dem eine Ausga-

52 Eine in Kreisen der Netzbewegung vielzitierte Anekdote bezieht sich auf eine Ausgabe des ARD Morgenmagazins aus dem Jahr 2007, in der Kinderreporter_innen einige Fragen zum Thema Internet an Politiker_innen richteten, die diese überwiegend nicht beantworten konnten (Beckedahl 2007).

53 Ein Beispiel hierfür ist die von der Digitalen Gesellschaft e. V. (2012) herausgegebene Broschüre „Wie das Internet funktioniert. Eine Anleitung für Entscheidungsträger und Interessierte“, die 2012 vor den Abstimmungen zum ACTA-Abkommen an alle deutschsprachigen Mitglieder des EU-Parlamentes verschickt wurde.

be der Zeitschrift aufrufbar war (Meister 2011: 23 f.). Organisationen wie der FoeBud und das „Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e. V.“ (FIFF) protestierten gegen den Vorgang. 2001 wurden in Nordrhein-Westfalen Netzsperrungen beschlossen. Die Sperrverfügung betraf zwei Webseiten mit rechtsextremen Inhalten. Der CCC protestierte gegen das Vorhaben mit seiner ersten Straßendemonstration, an der 300 Personen teilnahmen (Kleinz 2002). Die sichtbarste Auseinandersetzung, die in Deutschland bislang über Internetzensur geführt worden ist, drehte sich um Webseiten mit sogenannten kinderpornographischen Inhalten. Internetseite, die sexuelle Gewalt an Kindern dokumentieren, sollten mit einem Stoppschild versehen werden. Der Vorschlag, den Zugang zu solchen Webseiten zu sperren, war zunächst im August 2008 durch das BKA und Kinderschutzverbände artikuliert worden, wie André Meister (2011) im Rahmen einer Analyse des Policy-Zyklus zum Zugangerschwerungsgesetz herausgearbeitet hat. Vorgeschlagen wurde, Internetzugangsanbieter zu einem *Access Blocking* von Seiten, die auf einer durch das BKA zur Verfügung gestellten Sperrliste stehen, zu verpflichten (vgl. Meister 2011: 16–19). Im selben Jahr nahm sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unter Leitung von Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) des Themas an. Zunächst war geplant, die Sperrungen durch Verträge mit den Internetzugangsanbietern zu realisieren. Nachdem einige Internetzugangsanbieter und das Bundesministerium der Justiz unter Leitung von Brigitte Zypries (SPD) Bedenken darüber geäußert hatten, wurde ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet, an dem neben dem BMFSFJ das Innenministerium und federführend das Bundeswirtschaftsministerium beteiligt waren. Das „Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen“ wurde am 18. Juni 2009 von Bundestag verabschiedet. Es war zu diesem Zeitpunkt bereits Gegenstand einer breiten öffentlichen Debatte und innerhalb der Parteien höchst umstritten. Als Koalitionspartnerin der Union hatte die SPD nach internen Auseinandersetzungen für das Gesetz gestimmt. Mit dem Regierungseintritt der FDP nach der Bundestagswahl 2009 änderten sich die politischen Kräfteverhältnisse: Bereits im Zuge der Koalitionsverhandlungen wurde beschlossen, die Internetsperrungen zunächst auszusetzen. Zuvor hatte bereits Bundespräsident Köhler eine Prüfung des Gesetzes veranlasst. Nach dem ein Gutachten die verfassungsrechtlichen Bedenken ausräumte, unterzeichnete der Bundespräsident das Gesetz schließlich, so dass es am 23. Februar 2010 in Kraft treten konnte. Die Umsetzung war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr geplant, weshalb das Bundeskriminalamt per Erlass dazu angewiesen wurde, auf die Erstellung von Sperrlisten zu verzichten. Am 25. Mai 2011 schließlich wurde das bis dahin ausgesetzte Zugangerschwerungsgesetz vom Bundestag wieder aufgehoben (Meister 2011).

Die Netzbewegung kritisierte „das mit Abstand absurdeste aller Vorhaben“ (Beckedahl/Lüke 2012: 30) umfassend entlang verschiedener Argumen-

tationslinien, die durch die Forderung „Löschen statt Sperren“ gebündelt wurden. Erstens wurden Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Regelung geäußert. Das Argument der Stoppschild-Befürworter_innen, wonach die entsprechenden Inhalte nicht gelöscht werden könnten, wenn die Server in anderen Jurisdiktionen ohne entsprechende Gesetzgebung stehen, wurde mit Recherchen zu den entsprechenden Gesetzeslagen und zum Stand der internationalen Zusammenarbeit ausgehebelt. Internetsperren seien, so die Netzbewegung, weder nötig noch wirksam, da DNS-Sperren ohne besondere Kenntnisse leicht zu umgehen und damit ineffektiv seien. Daran schließt eine zweite Reihe von Kritikpunkten an, die u. a. von Betroffenen sexualisierter Gewalt vorgetragen wurden: Der Verein Missbrauchsopfer gegen Internetsperren (MOGiS e. V.), der sich im Zuge der Proteste gegründet hatte, argumentierte, dass das Verdecken der entsprechenden Seiten mit einem Schild anstelle einer wirksamen Verfolgung der Täter_innen eine Verhöhnung der Opfer darstelle. Drittens wurde das Gesetz aus bürgerrechtlicher Perspektive kritisiert: In seiner ersten Fassung war die Erfassung der Personendaten von Nutzer_innen, die entsprechende Seiten aufrufen, geplant. Problematisiert wurde, dass kaum festzustellen sei, ob ein solcher Zugriff in der Absicht geschehe, kinderpornographische Inhalte zu konsumieren, ob es sich um ein Versehen handle oder jemand sogar in die Irre geführt worden sei. Das vierte und wichtigste Argument gegen die Internetsperren war schließlich, dass sich die Sperrtechnologie zu Zensur Zwecken einsetzen lassen könnte. Mit dem Verweis auf andere Staaten, in denen *Access Blocking* bereits eingesetzt wird, konnte diese Annahme plausibel gemacht werden.⁵⁴ Im deutschen Gesetzesentwurf war eine Überprüfung der Sperrlisten zunächst nicht vorgesehen. Die SPD konnte jedoch durchsetzen, dass ein unabhängiges Expertengremium beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) eingesetzt werden sollte, das die Sperrlisten hätte einsehen und prüfen können. Befürchtet wurde seitens der Netzbewegung insbesondere, dass es zu einer Ausweitung der Gesetzgebung auf andere Bereiche kommen könnte. Die Netzbewegung ging davon aus, dass unter anderem die Musik- und Filmindustrie alsbald ‚Begehrlichkeiten‘ äußern würden, Seiten sperren zu lassen, die im Kontext von Urheberrechtsverletzungen stehen. Diese Befürchtung hat sich als gerechtfertigt erwiesen (Meister 2011: 56f.).⁵⁵

54 Wikileaks veröffentlichte am 19. März 2009 eine australische Sperrliste vom August 2008, die unter anderem nicht mehr genutzte Domains, Seiten mit allgemeinen pornographischen Inhalten und Glücksspielangebote enthielt (vgl. Borchers 2009; Moses 2009).

55 Rechteinhaber_innen und Rechteinhaber_innen sind auch nach dem Ende des Zugangsschwerungsgesetzes an der Einrichtung von Internetsperren interessiert. In einem Urteil zur Haftung von Access-Providern für Urheberrechtsverletzungen Dritter bestätigte der Bundesgerichtshof am 26. November 2015, das grundsätzlich „zulässig sei, Telekommunikationsunternehmen zur Sperrung bestimmter Webseiten zu verpflichten“ (Tripp 2015, vgl. BGH 2015a, b).

Zur Durchsetzung ihrer zentralen Forderung „Löschen statt Sperren!“ bediente sich die Netzbewegung einer ganzen Reihe von Protestmitteln. Neben Mahnwachen und Demonstrationen wurden auch ungewöhnliche Wege gewählt, um die öffentliche Debatte zu beeinflussen.⁵⁶ Besondere Aufmerksamkeit fand die von Franziska Heine initiierte Online-Petition „Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten“, die am Ende der sechswöchigen Zeichnungsfrist mit über 135.000 Zeichner_innen problemlos das erforderliche Quorum erfüllte. Heine war beim AK Zensur aktiv, der sich im Zuge des Protestes gegen das Zugängerschwerungsgesetz gegründet hatte (Meister 2009: 52–63). Als prominenter Kopf der Protestbewegung führte sie ein öffentliches Streitgespräch mit Ursula von der Leyen (Biermann/Wefing 2009) und konnte ihr Anliegen schließlich am 22. Februar 2010 im Petitionsausschuss des Bundestags vortragen. Angelehnt an die ‚Schäublone‘, die ein Portrait des ehemaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble mit dem Schriftzug ‚Stasi 2.0‘ zeigt, dominierte eine als schwarz-weiße und als Graffiti-Schablone nutzbare Porträt von Ursula von der Leyen die Ikonographie des Protestes. Ihr Konterfei mit dem Schriftzug ‚Zensursula‘ war unter anderem auf zahlreichen T-Shirts sichtbar. Dass es der Netzbewegung mitten im Bundestagswahlkampf 2009 gelungen war, für ihre Position zu mobilisieren und ein mit der Bekämpfung der gesellschaftlich geächteten Kinderpornographie verknüpftes netzpolitisches Thema kritisch in die Öffentlichkeit zu bringen, hatte nicht nur die Aufhebung des Gesetzes zur Folge. Der starke Zuwachs und der Achtungserfolg der Piratenpartei bei der Bundestagswahl (Bieber 2012), die Einrichtung der Enquetekommission und die Verankerung des Begriffs „Netzpolitik“ im öffentlichen Diskurs (Roleff 2012) können ebenfalls als Folge dieser Politisierung des Zugangs zu Inhalten gedeutet werden.

Auch die politische Diskussion um Netzneutralität betrifft den Zugang zu Inhalten. Netzneutralität ist ein normatives Designprinzip, das 2003 von Tim Wu formuliert wurde: „The idea is that a maximally useful public information network aspires to treat all content, sites, and platforms equally. This allows the network to carry every form of information and support every kind of application“ (Wu o. J.). Als architektonischer Grundsatz soll Netzneutralität einen diskriminierungsfreien Datenverkehr garantieren, indem nicht zwischen der Quelle von Datenpaketen, ihrer Art oder ihrem Inhalt unterschieden wird (vgl. Frischmann/van Schewik 2007). Statt sich als neutrale Vermittler von Daten zu verstehen, richtet sich das Interesse der Zugangsprovider je-

56 Die Deutsche Kinderhilfe hatte beim Institut Infratest dimap eine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben, bei der die Frage „Sind Sie für ein Gesetz zur Sperrung kinderpornographischer Seiten im Internet oder dagegen?“ erwartungsgemäß 92 Prozent der Befragten bejaht. Christian Bahls von MOGiS beauftragte das Institut darauf hin ebenfalls mit einer Umfrage, in der die Sanktionsmöglichkeiten genauer abgefragt wurden. Die Fragen dieser zweiten Umfrage brachte ein gegenteiliges Ergebnis hervor.

doch darauf, die technische Möglichkeit, Daten durch eine Analyse der Datenpakete (*Deep-Package-Inspection*) voneinander zu unterscheiden, wirtschaftlich nutzbar zu machen. „Die Befürchtung der Anhänger von Netzneutralität lautet, dass die Provider das Innovationsmodell des Internets, aber auch die Kommunikationsfreiheit der Bürger durch die Einführung von Dienstklassen, die Verbreitung von Spezialdiensten, Nulltarifmodellen und Exklusivverträgen dauerhaft einschränken könnten“ (Haunss/Hofmann 2015: 39). Braman geht davon aus: „If network neutrality is lost, ISP’s [Internet Service Provider, KG] in essence have the legal right to censor Internet content“ (Braman 2010: 159). Es wird erwartet, dass mit der Einführung von Dienstklassen höhere Preise für einen umfassenden Zugang zum Internet verlangt würden, während kostengünstige Einstiegsangebote nur eine eingeschränkte Auswahl von Dienstleistungen zugänglich machen. Dies macht Netzneutralität auch zu einer Frage sozialer Gerechtigkeit (Cyril/Rabb/Torres 2010).

Nachdem Netzneutralität zunächst vor allem in Fachkreisen diskutiert wurde, hat sich in den letzten Jahren eine breitere politische Diskussion entwickelt, wie etwa in der Enquetekommission (Deutscher Bundestag 2012). In der politischen Debatte bekennen sich Akteur_innen in der Regel zur Netzneutralität. Der Konflikt dreht sich jedoch darum, wie diese ausgelegt und hergestellt werden soll. Auf der einen Seite setzen sich Vertreter_innen einer starken Netzneutralität für enge gesetzliche Regelungen ein. Auf der anderen Seite gehen Vertreter_innen einer schwachen Netzneutralität davon aus, dass Netzneutralität durch Wettbewerb gewährleistet werden kann, indem Kund_innen die für sie attraktiven Angebote wählen. Zurzeit zeigt sich, dass Netzneutralität auf dem Markt nicht gewährleistet ist. Internetzugangsprovider greifen mit dem Argument, nur so die Angebotsqualität (*Quality of Service*) gewährleisten zu können, in den Datenverkehr ein und schließen bestimmte Dienste von ihrem Angebot aus.⁵⁷

Ab 2011 wurde das Thema verstärkt von der Netzbewegung aufgegriffen, etwa im Rahmen der Kampagne „Echtes Netz“ der Digitalen Gesellschaft e. V. und der europäischen Kampagne „Save the Internet“. Auch die Ankündigung eines neuen Tarifmodells der Telekom im Jahr 2013, bei dem eine Beschränkung des monatlich zur Verfügung stehenden Datenvolumens für Internetanschlüsse geplant war, führte zu einer weiteren Politisierung von Netzneutralität (Haunss/Hofmann 2015: 40). Das Europäische Parlament verabschiedete im Oktober 2015 im Rahmen eines Telekom-Paktes eine umstrittene Regelung. Diese verpflichtet die Internetzugangsprovider zur Gleichbehandlung von Dienstleistungen, ermöglich aber auch Spezialdienste (Europäisches Parlament Pressedienst 2015). Befürworter_innen von Netz-

57 Viele Mobilfunkprovider schließen in ihren Nutzungsbedingungen Voice-Over-IP Dienste wie Skype aus, da diese eine Konkurrenz für sie darstellen: Nutzer_innen können telefonieren, ohne das Verbindungsgebühren fällig werden.

neutralität interpretieren die Regelung aufgrund der unklaren Definition von sogenannten Spezialdiensten und der Auslassung einer Definition von Netzneutralität im Schlusstext als „Zwei-Klassen-Netz durch die Hintertür“ (Rudl 2015). In den USA trat dagegen 2015 eine starke Netzneutralitätsregulierung in Kraft (Kleinz 2015).

2.4.4 Kämpfe um Eigentumsrechte und informationelle Güter

Um Eigentumsrechte in Bezug auf informationelle Güter im Internet hat sich eine stark politisierte Auseinandersetzung entwickelt (Haunss/Hofmann 2015: 41; Haunss 2013), da hier zwei gegenläufige Entwicklungen aufeinandertreffen. Auf der einen Seite gewinnen informationelle Güter als „materielle Grundlage wirtschaftlicher Tätigkeit und sozialer Organisation“ (Castells 2001: 14), und damit auch für die Generierung von Profit (Fuchs 2014: 54), zunehmend an Bedeutung.⁵⁸ Auf der anderen Seite stellt die nahezu kostenfreie Kopierbarkeit digitaler informationeller Güter bestimmte Branchen vor die Herausforderung, ihre Verwertungsmodelle angesichts weit verbreiteter Verstöße gegen Urheber_innen- und Verwertungsrechte und alternative Modelle zu verteidigen. In diesem Spannungsverhältnis entfalten sich Diskurse um geistiges Eigentum im Internet. Der Begriff bezeichnet „rule governed privileges that regulate the ownership and exploitation of abstract objects in many fields of human activity“ (Draho 1996: 5). Geistiges Eigentum umfasst den Schutz geistiger Schöpfungen und verwandte Schutzrechte, darunter das Urheberrecht, außerdem gewerbliche Schutzrechte wie das Patent- und Markenrecht, Geschäftsgeheimnisse und den wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz. Geistige Eigentumsrechte eröffnen den Inhaber_innen das Recht auf Ausschluss, Transfer und Lizenzierung. Sie stellen die rechtliche Grundlage für eine Verwertung von geistigen Schöpfungen und immateriellen Gütern dar und sollen Innovationen und Investitionen fördern. Immaterielle Güter unterscheiden sich von materiellen Gegenständen hinsichtlich der Nicht-Rivalität im Verbrauch. Durch digitale Informations- und Kommunikationstechnologien sinken zudem die Grenzkosten für die Verbreitung und Vervielfältigung digitaler Güter. In gleichem Maße steigen die ökonomischen Kosten für den Schutz geistiger Eigentumsrechte (Draho 1996: 5–8).

Mit dem Internet entstehen einerseits neue Formen von informationellen Gütern, die eigentumsrechtliche Fragen aufwerfen. Ein Beispiel dafür ist das durch die ICANN regulierte Domainsystem (Braman 2010: 160). Andererseits verändern sich die Bedingungen für die Durchsetzung des etablierten Eigentumsregimes, wie das Beispiel *Filesharing* zeigt. Eigentumsansprüche

58 Castells bezeichnet das gegenwärtige techno-ökonomische System in diesem Sinne als informationellen Kapitalismus (Castells 2001: 19). Ich werde auf diese politökonomische Perspektive in Kapitel 5 eingehen (vgl. 5.3.5).

im Internet werden von vielen Akteur_innen geltend gemacht. Für die politischen Auseinandersetzungen sind besonders diejenigen relevant, die Eigentumsrechte innehaben bzw. verwerten: Erstens die Urheber_innen selbst, z. B. Autor_innen, Musiker_innen und andere kreative Berufe, zweitens Verlage und Produktionsfirmen, und drittens Verwertungsgesellschaften wie die GEMA. Diese versuchen auf verschiedenen Wegen die Verbreitung von urheberrechtlich geschützten Inhalten einzuschränken. Neben Anti-Raubkopie-Kampagnen wie „Copy Kills Music“, die an das moralische und Rechtsempfinden von Konsument_innen appellieren, verfolgen die Akteur_innen auch juristische Strategien bzw. Strategien der Politikbeeinflussung mit dem Ziel, geistige Eigentumsrechte im Internet durchsetzbar zu machen.

Wie andere netzpolitische Felder auch wird das Urheber_innenrecht nicht nur nationalstaatlich, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene verhandelt. In der Europäischen Union gilt seit 2001 eine Richtlinie (2001/29/EG) zur Harmonisierung von geistigen Eigentumsrechten, die in der Bundesrepublik in mehreren Reformschritten in nationales Recht übertragen wurde. Im Rahmen des neu geschaffenen § 53 des Gesetzes über Urheber_innenrecht und verwandte Schutzrechte kam es u. a. zu einer Einschränkung des Rechts auf Privatkopie. Dies war von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen zuvor bekämpft worden (Haunss/Hofmann 2015: 41). Derzeit werden auf europäischer Ebene weitere Harmonisierungsschritte beratschlagt. Als Berichterstatterin ist die Europaabgeordnete Julia Reda, Mitglied der Piratenpartei, federführend an diesem Prozess beteiligt. Ihr Initiativberichtsentwurf sieht eine weitgehende Flexibilisierung des Urheberrechts vor, darunter die Einschränkung von Schutzfristen und die Ausweitung von Zitatrechten (Europäisches Parlament 2015).

Die Netzbewegung setzt sich intensiv mit den Entwicklungen im Bereich geistiger Eigentumsrechte auseinander, etwa der Einführung des Leistungsschutzrechts für Presseverlage oder auch in Überschneidung mit Themen wie Internetzensur (vgl. 5.1.6). Beispielhaft dargestellt werden soll an dieser Stelle der Protest gegen das Handelsabkommen ACTA. ACTA ist ein internationales Abkommen, das ab 2006 in geheimen Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und weiteren zwölf Staaten ausgehandelt worden ist. Haunss und Hofmann beschreiben ACTA als „Versuch einer Kerngruppe von Industrieländern des globalen Nordens, eine plurilaterale Organisation zur Koordinierung von Maßnahmen zur Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte zu schaffen, die defacto international normsetzend wirken sollte“ (Haunss/Hofmann 2015: 42). Inhaltlich deckt ACTA nicht nur internetbezogene Themen ab, sondern befasst sich allgemein mit Produktfälschungen, darunter auch Saatgut und Generika. Ein wichtiger Kritikpunkt an ACTA betrifft die Privatisierung der Rechtsdurchsetzung, die durch das Abkommen forciert werden soll. Darüber hinaus wurde ACTA aber auch aufgrund seines

Entstehungsprozesses heftig kritisiert: „Im Framing der Gegner wurde ACTA zum Beispiel für eine undemokratische und intransparente Politik, die die Rechte der BürgerInnen missachtet“ (Haunss/Hofmann 2015: 42). Im Mai 2008 wurden die Verhandlungen durch eine Veröffentlichung von Wikileaks (2008) bekannt, wo auch in den Folgejahren weitere Verhandlungsergebnisse auf nicht-autorisierte Weise an die Öffentlichkeit gelangten.

Trotz seiner politischen Sprengkraft schien man sich in der netzpolitischen Szene lange einig, dass das Thema keine große Mobilisierungswirkung entfalten würde. Dies änderte sich, als Anfang 2012 zuerst in osteuropäischen Ländern Proteste gegen ACTA sichtbar wurden, woraufhin die Protestwelle auch nach Deutschland schwappte. Anlässlich des europaweiten Aktionstages am 11. Februar 2012 gingen deutschlandweit über 100.000 Demonstrant_innen auf die Straße, laut Polizeiangaben waren es allein in München 16.000 Personen, 6000 in Berlin (die Anmeldere_innen waren von 600 Teilnehmer_innen ausgegangen) und 4100 in Hamburg (Stoppacta-Protestinfo o. J.). Staunen herrschte auch über den niedrigen Altersdurchschnitt (Westmeyer 2012). Der Mobilisierungserfolg bei Schüler_innen wird einer Reihe von bekannten Video-Blogger_innen auf Youtube zugeschrieben, die ihre Fans zur Teilnahme an den Demonstrationen aufgefordert hatten. Bereits am Abend vor dem Aktionstag teilte das Auswärtige Amt mit, die Weisung zur Unterzeichnung des ACTA-Vertrages sei zurückgezogen worden. Das Europäische Parlament lehnte den Vertrag schließlich am 4. Juli 2012 mit einer deutlichen Mehrheit ab (Europäisches Parlament Pressedienst 2012). Nach dem erfolgreichen Kampf gegen ACTA brachten sich Akteur_innen der Netzbewegung in den Folgejahren auch in den öffentlichen Protest gegen weitere transnationale Handelsverträge wie etwa das TTIP-Abkommen ein (vgl. Digitalcourage o. J.).

Die Netzbewegung sieht sich bei diesen Protesten als Vertreterin der Rechte von Internetnutzer_innen bzw. Verbraucher_innen. Gleichzeitig werden im netzkulturellen Umfeld auch innovative Praktiken, Organisations- und Geschäftsmodelle entwickelt, die den Gedanken aufgreifen, dass immaterielle Güter möglichst frei verfügbar sein sollten. Aus den Reihen der Netzbewegung hervorgegangen sind beispielsweise die vom CCC in die Diskussion gebrachte Kulturwertmark (vgl. Chaos Computer Club o. J.b) und die Cultural Commons Collecting Society (o. J.), die sich als GEMA-Alternative positioniert. Ältere Projekte, die von vielen Netzbewegten verfolgt werden, sind Freie und Open Source Software, Wikipedia und Creative Commons. Im Rahmen solcher Projekte wird „die Spezifik digitaler Güter in Kombination mit den durch das Internet entstandenen Möglichkeiten vernetzter Koordination“ (Haunss/Hofmann 2015: 42) für die Entwicklung neuer Regulierungsmodelle aufgegriffen, die zum Ziel haben, dass Informationen und Wissen der Allgemeinheit zur Verfügung stehen sollen.

2.4.5 Kämpfe um Privacy

Das vierte und letzte „big issue“ (Braman 2010), auf das ich eingehe, umfasst den Bereich der kommunikativen Privatsphäre, Datenschutz und Anonymität. Das juristische Problem des Schutzes der Privatsphäre ist seit jeher mit der Entwicklung von Medien verbunden. Samuel Warren und Louis Brandeis (1890) verfassten ihren wegweisenden Artikel „The Right to Privacy“, in dem „the right to be left alone“ formuliert wird, vor dem Hintergrund der Entwicklung der Fotografie. Im 20. Jahrhundert stellt die elektronische Datenverarbeitung Gesellschaften vor die Aufgabe, die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch staatliche und privatwirtschaftliche Institutionen mit dem Recht auf persönliche Entfaltung zu vereinbaren (Coy 2008). Die Bundesrepublik entwickelte früh eine vergleichsweise umfassende Datenschutzgesetzgebung. Das weltweit erste Datenschutzgesetz wurde 1970 im Bundesland Hessen verabschiedet, das Bundesdatenschutzgesetz folgte 1977. Die Prinzipien des Datenschutzes – Datensparsamkeit, Datenvermeidung, Erforderlichkeit, Zweckbindung, Datensicherheit und die Löschung angefallener Daten, das Recht auf Auskunft und die unabhängige Datenschutzaufsicht durch Datenschutzbeauftragte – soll Bürger_innen in die Lage versetzen, zu überblicken, welche Daten für welche Zwecke von ihnen gesammelt werden. Als Meilenstein gilt das 1983 formulierte „Grundrecht auf Schutz der Informationellen Selbstbestimmung“ (BVerfG 1983). Das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes interpretiert die Möglichkeit, grundsätzlich über die Preisgabe und Verwendung eigener personenbezogener Daten zu bestimmen, als Grundlage individueller Handlungsfreiheit und einer selbstbestimmten Mitwirkung am Gemeinwohl. Als spezielle Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts formulierte das Bundesverfassungsgericht im Zuge des Urteils zur Online-Durchsuchung in Nordrhein-Westfalen 2008 zudem ein „Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ (BVerfG 2008), auch „Grundrecht auf digitale Intimsphäre“ genannt. Parallel zu diesen rechtlichen Entwicklungen haben sich *Privacy Research*, *Privacy Enhancing Technologies* und *Security* zu großen Forschungsfeldern der Informatik entwickelt (Danezis/Gürses 2011).

Mit dem Internet haben sich die informationellen Praktiken von vielen Menschen stark verändert. Das im Datenschutz festgelegte Prinzip der informierten Einwilligung, die „auf der freien Entscheidung des Betroffenen beruht“ (§ 4 BDSG), wird dadurch in der Praxis untergraben.

„The ideal of a prior, voluntary and informed consent to the processing of personal data has gotten quite a few cracks since the spread of automated data processing and especially the age of constant data elicitation. [...] The ideal of a well-informed consent itself as well as our notion of voluntariness of consent are under considerable pressure.“ (Staben 2012)

Viele digitale Medienangebote, die heute den Alltag von Internetnutzer_innen prägen, sind darauf ausgerichtet, dass Nutzer_innen möglichst viele personenbezogenen Daten⁵⁹ preisgeben und möglichst viele Spuren des Nutzerverhaltens gespeichert werden. Die Geschäftsmodelle im Bereich des E-Commerce, sozialen Netzwerken, aber auch von werbefinanzierten Content-Angeboten basieren auf der Auswertung von Nutzerdaten (Fuchs 2011).

Diskurse um Terrorismus, organisierte Kriminalität und Sicherheit und die zunehmende Verdattung des Lebens sind der Kontext staatlicher Überwachungs politik. Exemplarisch werde ich hier auf die Vorratsdatenspeicherung eingehen, die, wie bereits gezeigt, der Katalysator für die Konstitution der Netzbewegung war (vgl. 2.2.3). „Unter Vorratsdatenspeicherung wird die Verpflichtung von Telekommunikationsanbietern verstanden, die Vorhaltung von Verkehrsdaten aller Telekommunikationsvorgänge für bestimmte Zeit sicher zu stellen und diese Daten auf Anfrage an bestimmte Bedarfsträger zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu übermitteln“ (Meister 2008: 2). Die Verkehrsdaten der Telekommunikationsvorgänge umfassen „wer wann wo mit wem mittels Telefon, Handy, Internet-Telefonie oder E-Mail Kontakt oder Kontaktversuche hatte sowie wer wann einen Internetzugang nutzte“ (ebd.: 5). Die Inhalte der Kommunikation werden nicht gespeichert, jedoch beispielsweise die Standortdaten bei der Mobilfunknutzung, wodurch sich Bewegungsprofile erzeugen lassen. Insofern stellt die Vorratsdatenspeicherung hinsichtlich des Datenschutzes einen Paradigmenwechsel dar: Statt Datensparsamkeit, Datenvermeidung, Erforderlichkeit und Zweckbindung sollen personenbezogene Daten anlasslos auf Vorrat festgehalten werden, um dann von Ermittlungsbehörden und anderen Bedarfsträgern abgefragt werden zu können. Das „Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG“ wurde im November 2007 vom Bundestag verabschiedet und trat am 1. Januar 2008 in Kraft (vgl. Meister 2008: 6–12). Der Protest gegen die Vorratsdatenspeicherung wurde, wie in 2.2.3 beschrieben, vom AK Vorrat und dem Protestbündnis Freiheit statt Angst getragen, zu dem neben den Akteur_innen der Netzbewegung auch Berufsverbände, Gewerkschaften und Parteien bzw. ihren Jugendorganisationen gehörten. Im Zuge einer erfolgreichen Verfassungsbeschwerde befasste sich das Bundesverfassungsgericht mit der Vorratsdatenspeicherung. Bereits am 11. März 2008 sprach das BVerfG auf Antrag der acht Erstbeschwerdeführer_innen eine einstweilige Anordnung aus, die die Herausgabe der Daten auf schwerste

59 Personenbezogene Daten sind „alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person („betroffene Person“); als bestimmbar wird eine Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennnummer oder zu einem oder mehreren spezifischen Elementen, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität sind“ (EU-Richtlinie 95/46/EG, Art. 2).

Straftaten einschränkte. Am 2. März 2010 erfolgte schließlich der Urteilspruch. Das BVerfG erklärte die Vorratsdatenspeicherung „mit Art. 10 GG schlechthin unvereinbar“ und damit verfassungswidrig (BVerfG 2010). Im Anschluss an das Urteil wurde die Vorratsdatenspeicherung zwar ausgesetzt, eine erneute, grundrechtskonforme Umsetzung blieb allerdings weiterhin ein fester Bestandteil der politischen Diskussion. Die Strategie der Bewegungsorganisationen verlagerte sich währenddessen auf die europäische Ebene. Im April 2014 verkündete der Europäische Gerichtshof seinen Urteilspruch zu einer Klage gegen die Vorratsdatenspeicherungs-Richtlinie (2006/24/EG), die von „Digital Rights Ireland“ und dem österreichischen AK Vorrat eingereicht worden war. Der EuGH hob die Richtlinie als ungültig auf, da sie mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union nicht vereinbar sei (EuGH 2014). An der im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD festgehaltenen Vereinbarung, die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland umzusetzen (Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD 2013: 147), wurde trotz des EuGH Urteils festgehalten. Das „Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“ wurde im Oktober 2015 vom Bundestag verabschiedet und trat im Dezember 2015 in Kraft. Es sieht die vierwöchige Speicherung von Standortdaten bei der Mobiltelefonie und mobilen Internetnutzung sowie die zehnwöchige Speicherung von Telefondaten (Rufnummern, Zeit und Dauer), SMS-Daten (Rufnummern, Sende- und Empfangszeit) und Internet-Daten (IP-Adressen, Zeit und Dauer) vor. Es ist davon auszugehen, dass sich das BVerfG auch mit diesem neuen Gesetz befassen wird. Die Vorratsdatenspeicherung ist ein Thema, das netzpolitische Aktivist_innen seit über zehn Jahren bewegt. Im Laufe der Zeit wurden unterschiedliche Politisierungs- und Mobilisierungsstrategien gewählt. Nach den Massendemonstrationen in den ersten Jahren setzte man später auf politische Beeinflussung und den Rechtsweg; zudem haben sich im Laufe der Zeit auch Kooperationen mit anderen europäischen Ländern etabliert.

Die Verhinderung bzw. aktuell die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung ist ein Hauptanliegen der Netzbewegung. Die Akteur_innen setzen sich aber auch hinsichtlich vieler weiterer Themen für den Schutz der informationellen Privatsphäre im digitalen Zeitalter ein, so etwa bei den Diskussionen um biometrische Ausweisdokumente, Videoüberwachung, Gesundheitsdaten, Datenskandale bei Unternehmen, die Onlinedurchsuchung, Datenschutzregelungen bei sozialen Netzwerken oder das Recht auf Vergessenwerden. In den letzten Jahren richtete sich die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung einer neuen EU-Datenschutzgrundverordnung⁶⁰ und die Internet-

60 Die „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG“ trat am 24. Mai 2016 in Kraft. Ich gehe auf die Diskussion zur Datenschutzgrundverordnung in der Netzbewegung hier nicht gesondert ein, weil sie sich im Wesentlichen nach dem Erhebungszeitraum vollzogen hat.

Überwachung durch Geheimdienste. Die Aktivist_innen der Netzbewegung setzen sich mehrheitlich für den Schutz der Privatsphäre im Internet und eine Stärkung des Datenschutzes ein. Es gibt aber auch Akteur_innen, die sich kritisch gegenüber der Institution des Datenschutzes positionieren und über ein Ende der Privatsphäre im digitalen Zeitalter nachdenken. Auf diesen Post-Privacy-Diskurs werde ich in Kapitel 7 ausführlich eingehen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Netzbewegung sich umfassend mit dem neuen Politikfeld Netzpolitik beschäftigt und bei vielen Themen wichtige Impulse für die politischen Entwicklungen liefert. Im nächsten Abschnitt werde ich dies mit Hinblick auf die Fragestellung der Arbeit zusammenführen.

2.5 Die Netzbewegung als Hegemonieprojekt

Ziel dieses Kapitels war es, die Netzbewegung als Forschungsgegenstand dieser Arbeit vorzustellen und plausibel zu machen. Im ersten Teil habe ich die Ursprünge der Netzbewegung vorgestellt, angefangen bei den Hacker_innen des Chaos Computer Clubs über den frühen Internet-Aktivismus und die Netzkritik der 1990er Jahre bis hin zum Web 2.0 und der ersten großen Mobilisierungswelle der Netzbewegung anlässlich der Vorratsdatenspeicherung. Die Organisationsstrukturen und Netzwerke knüpften an bestehende Vernetzungskontexte an, die in den entstehenden digitalen Öffentlichkeiten sozialer Medien vermehrt aufeinandertrafen. Wenn „das Netz auf die Straße“ (Biermann 2012) geht, steht dahinter nicht nur Mobilisierungs- und Organisationsarbeit (Rucht 2012: 7f.), sondern auch die Vorstellung, ein gemeinsames Anliegen zu haben. Im zweiten Teil des Kapitels habe ich mich mit der Bewegungskultur der Netzbewegung beschäftigt, die dieses Gefühl hervorbringt. Anders als immer wieder behauptet wird, besteht die Netzbewegung nicht aus unverbundenen Individuen, die sich allein vor ihrem Rechner punktuell dem sogenannten Clicktivismus hingeben und keine längerfristigen Bindungen aufbauen. Im Gegenteil: Sie fußt auf Szenen, die im Alltag der Aktivist_innen als Handlungsnetzwerke von Bedeutung sind. In der Netzbewegung versammeln sich Menschen, die sich in verschiedenen Kontexten intensiv mit dem Internet und digitalen Technologien beschäftigen – sei es als Open-Source-Anhänger_in, als Netz- und Medienkünstler_in oder als Netzfeminist_in. Die Akteur_innen treffen sich in Szenetreffs und auf Events, die für die Netzbewegung auch in Hinblick auf Ressourcen von Bedeutung sind. Selbstredend spielt aber vor allem die netzbasierte Kommunikation für die Netzbewegung eine herausragende Rolle. Netzpolitischer Aktivismus entfaltet sich in digitalen Öffentlichkeiten, nutzt das Internet als Bewegungsmedium, Organisationswerkzeug und für spezifische Formen des Pro-

testes. Gleichzeitig setzen sie sich mit der Konstitution der Technologie Internet politisch auseinander. Die alltäglichen Mediennutzungspraxen werden, dies als Vorgriff auf die empirischen Ergebnisse, von den Akteur_innen als gemeinsame Erfahrung beschrieben: Sie identifizieren sich als Internetnutzer_innen und politisieren diese Identität. Im dritten Teil des Kapitels habe ich gezeigt, dass diese Politisierung im Wechselverhältnis mit der Herausbildung des Politikfeldes Netzpolitik erfolgt. Anhand exemplarischer Themen wie der Debatte um das Zugängerschwerungsgesetz, Netzneutralität, ACTA und die Vorratsdatenspeicherung habe ich die vier Konfliktfelder der Netzpolitik vorgestellt.

Was die Netzbewegung ist, lässt sich auf Basis dieses einführenden Kapitels und in Anlehnung an Diani (1992) nun folgendermaßen beantworten: Die Netzbewegung ist ein informelles Handlungsnetzwerk, das aus politisierten Internetnutzer_innen, Protestgruppen wie dem AK Vorrat und dem AK Zensur und Organisationen wie dem CCC und der Digitalen Gesellschaft besteht. Es ist ein Netzwerk, das auch über europäische Verbindungen, etwa zum Brüsseler EDRI-Büro, verfügt und sich in der Bundesrepublik, aber auch auf europäischer Ebene in netzpolitische Debatten einmischt. Die Netzbewegung artikuliert ihren Protest mit verschiedenen Mitteln – durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, direkte Formen der Politikbeeinflussung und auf dem Rechtsweg, wobei Auseinandersetzungen um den freien Zugang zu Inhalten im Internet, um geistige Eigentumsrechte und den Schutz der informationellen Privatsphäre den Schwerpunkt der Protestaktivitäten bilden. Schließlich ist die Netzbewegung in einem spezifischen technikkulturellen Entstehungskontext situiert, der die Erfahrungen und Interessen der Aktivist_innen und ihr Gemeinschaftsverständnis als Internetnutzer_innen geprägt hat.

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit gilt, wie in der Einleitung dargelegt, der Artikulation von Differenzen im Diskurs der Netzbewegung. Dazu untersuche ich im Laufe dieser Arbeit, was die Netzbewegung will, wie ihre Akteur_innen gesellschaftlich verortet sind und wie soziale Ungleichheit sich in ihrem politischen Diskurs ausdrückt. Die in diesem Kapitel geleisteten Vorarbeiten dienen dem informierten Feldzugang für die empirische Untersuchung und werfen eine Reihe von Fragen auf, die auch für die Wahl des theoretischen und methodologischen Zugangs relevant sind. *Erstens* hat meine Betrachtung der Netzbewegung bisher nur einen ersten Eindruck darüber vermittelt, wer die Akteur_innen dieser Bewegung sind, was sie antreibt und wie sie sozial verortet sind. Die Frage, wer die Netzbewegung bildet, ob es sich dabei um eine relativ homogene Gruppe handelt bzw. welche Unterschiede sich durch die Netzbewegung ziehen, ist für die Frage nach der Artikulation von sozialen Differenzen im politischen Projekt der Netzbewegung zentral. Um diese Frage zu verfolgen, ist es aus meiner Sicht notwendig, einen theoretischen Zugang zu wählen, der nicht davon ausgeht, dass be-

stimmte gesellschaftliche Gruppen per se Trägerinnen von gesellschaftlichem Wandel sind, sondern die eine theoretische Sensibilität gegenüber der Heterogenität von kollektiven Akteur_innen mitbringt. *Zweitens* hat meine Darstellung gezeigt, dass die Netzbewegung bestimmte Formen der Internet-Regulierung und der Überwachung von Kommunikation verhindern will. Es geht der Netzbewegung zumindest hinsichtlich der Verhinderung von politischen Entscheidungen wie der Vorratsdatenspeicherung oder der Netzsperrern darum, eine bestimmte Sichtweise auf das Internet politisch durchzusetzen. Bisher ist allerdings offen, wie weit ihr politisches Projekt reicht: Geht es nur darum, etwas zu verhindern, gibt es eigene netzpolitische Regulierungsvorschläge, oder geht es sogar um mehr als das Internet, gar um eine Veränderung der „Grundstrukturen ökonomischer Regulierung, politischer Herrschaft und soziokultureller Normierung“ (Rucht 1994: 77). Dies leitet über zur *dritten Frage*: In Teilen der sozialen Bewegungsforschung wird davon ausgegangen, dass soziale Bewegungen einen „grundlegenderen sozialen Wandel“ (Raschke 1991: 32, vgl. auch Rucht 1994: 22) anstreben. Netzpolitik ist von umfassenden Konflikten um die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und der Legitimität von staatlichen wie privaten Kontroll- und Sicherheitspolitiken durchzogen, und die Netzbewegung setzt sich in diesem Kontext mit den gesellschaftlichen Folgen von Digitalisierung auseinander. Offen ist aber, vor welchem ideologischen Hintergrund sie das tut: Handelt es sich um einen Internet-Konservatismus, der das Internet in seiner derzeitigen oder vielleicht sogar einer früheren Form erhalten will? Will die Netzbewegung Internet-Regulierung verhindern, weil sie einer „liberal-libertären Ideologie an[hängt], für die das Internet zum neuen Testgelände geworden ist“ (de Saint Victor 2015: 48)? Oder strebt sie einen digitalen Sozialismus an, der mit einer Commons-basierten Ökonomie Eigentumsverhältnisse überwinden will (Stalder 2013)? Um in diese Richtung weiterzudenken, muss zum einen untersucht werden, wie die Netzbewegung ihre Forderungen miteinander und zu hegemonialen gesellschaftlichen Strukturen und Diskursen in Bezug setzt. Zum anderen sind Prozesse der diskursiven Grenzziehung interessant, die den diskursiven Raum konstituieren und politische Identitäten hervorbringen. Wen sieht die Netzbewegung als ihre politischen Gegner_innen an? Im nächsten Kapitel entwickle ich ein theoretisches Framework für die Untersuchung der Artikulation sozialer Differenz im politischen Diskurs der Netzbewegung, das mit dem intersektionalen Mehrebenenansatz und der Hegemonietheorie zwei Ansätze zusammenbringt, die geeignet sind, die hier formulierten Fragen weiterzuverfolgen.

3 Intersektionalität und Hegemonie

Im vorangehenden Kapitel habe ich die Netzbewegung, ihre Protestformen und politischen Anliegen charakterisiert. Wie die Anhänger_innen der Netzbewegung gesellschaftlich positioniert und welche sozialen Differenzen für den Diskurs der Netzbewegung relevant sind, welche Reichweite das politische Projekt der Netzbewegung hat und wie die einzelnen Forderungen der Netzbewegung zusammengebracht werden, ist bislang offengeblieben. Für eine Analyse der Bedeutung von sozialen Differenzen im politischen Diskurs der Netzbewegung bedarf es eines theoretischen Rahmens, mit dem sich die Komplexität sozialer Differenzierung fassen lässt, ohne dem Forschungsgegenstand im Voraus ein bestimmtes Set von Kategorien sozialer Ungleichheit überzustülpen und damit bestimmte Differenzlinien als besonders relevant vorauszusetzen, wie es etwa bei einer Untersuchung von Geschlechterverhältnissen in der Netzbewegung der Fall wäre. Eine weitere Anforderung besteht darin, ein politisches Projekt wie die Netzbewegung nicht a priori in einen gesellschaftstheoretischen Deutungsrahmen einzuspannen, der die Antwort auf die gestellte Frage vorwegnimmt.⁶¹ Und schließlich bedarf es einer Operationalisierung der theoretischen Herangehensweise. Diese Anforderungen werden die Ausarbeitung meines theoretischen Rahmens leiten. Dazu führe ich auf den folgenden Seiten in grundlegende Überlegungen von Intersektionalität, der intersektionalen Mehrebenenanalyse (Winker/Degele 2009; Winker 2012) sowie der Hegemonietheorie im Anschluss an Laclau und Mouffe (2001; Laclau 1990, 2005) ein, von denen ausgehend ich ein intersektionales Verständnis von Subjektpositionen in politischen Diskursen entwickle.

3.1 Intersektionalität

Unter dem Begriff Intersektionalität versammeln sich Theorien, Methoden und Denkweisen, die den Blick auf die Verwobenheit von gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen richten. Im Mittelpunkt stehen dabei in der Regel

61 Dies ist beispielsweise der Fall, wenn soziale Bewegungen aus einer historisch-materialistischen Perspektive letztlich nur darauf befragt werden können, ob sie den Kapitalismus bekämpfen oder nicht.

Klasse, ‚Rasse‘⁶² bzw. Ethnizität, Geschlecht, manchmal ergänzt um weitere Kategorien wie Sexualität, Behinderung, Gesundheit und Alter. Intersektionalität erforscht das Zusammenwirken von Differenzkategorien auf verschiedenen Analyseebenen (Bührmann 2009: 35) sowie die Interdependenz einzelner Kategorien (Walgenbach 2007). Davon ausgehend werden – je nach disziplinärer und theoretischer Verortung – beispielsweise Sozialstrukturen oder Diskriminierungsformen in konkreten gesellschaftlichen Feldern untersucht. Intersektionalität schlägt einen Umgang mit sozialen Herrschaftsverhältnissen vor, der die Prozesshaftigkeit ihrer historischen Erscheinungsformen in den Blick nimmt: „This framing – conceiving of categories not as distinct but always permeated by other categories, fluid and changing, always in the process of creating and being created by dynamics of power – emphasizes what intersectionality does rather than what intersectionality is“ (Cho/Crenshaw/McCall 2013: 795). Um die Komplexität von sozialer Differenzierung und Ungleichheitsformationen theoretisch in den Griff zu bekommen, verfolgen intersektionale Ansätze den Anspruch, eine formale Theorie multipler gesellschaftlicher Dynamiken zu entwickeln, die deren kontingenten Wirkweisen gerecht wird (ebd.: 796). Dies kann aus meiner Sicht nur in Bezug auf spezifische Untersuchungsbereiche erfüllt werden, da etwa eine juristische Analyse mit anderen Parametern operiert als eine Sozialstrukturanalyse oder politische Diskursanalyse. Damit bleiben auch intersektionale Ansätze partielle Methodologien (vgl. Foucault 1996: 16). Um im Rahmen dieser Arbeit in das Konzept Intersektionalität einzuführen, gehe ich in zwei Schritten vor: In 3.1.1 beschäftige ich mich mit der Genealogie dieses „travelling concept“ (Davis 2008), das als Werkzeug marginalisierter Wissensproduktion im Kontext des *Black Feminism* und der kritischen Rechtswissenschaften startete, zum internationalen, disziplinenübergreifenden „buzzword“ (ebd.) avancierte und schließlich auch im deutschsprachigen Kontext aufgegriffen wurde. In Abschnitt 3.1.2 stelle ich den intersektionalen Ansatz zur Analyse sozialer Ungleichheit im neoliberalen Kapitalismus vor, den Winker und Degele (2009) entwickelt haben.

3.1.1 Zur Genealogie des intersektionalen Paradigmas

Intersektionalität gilt als Erfolgsgeschichte. Sie wird als neues Paradigma (Bührmann 2009), „most important contribution that women’s studies has made so far“ (McCall 2005: 1771) und „remarkable success in contemporary

62 Ich setze den Begriff ‚Rasse‘ in Anführungszeichen, um die Irritation, die der Begriff im Deutschen ausüben muss, zu unterstreichen und damit gegen eine Normalisierung anzuschreiben (vgl. Knapp 2005: 257f.). Damit entscheide ich mich gegen einen vermeintlich neutraleren „Ersatzbegriff“ (Arndt 2011a: 186) wie ‚Ethnizität‘, der die Asymmetrie von Rassismus überspielt (Arndt 2011b: 632f.).

feminist scholarship“ (Davis 2008: 67f.) bezeichnet.⁶³ Der Begriff Intersektionalität geht auf die US-amerikanische Rechtswissenschaftlerin Kimberlé Williams Crenshaw zurück. Crenshaws Arbeit ist in den *Critical Legal Studies*, der *Critical Race Theory* und im *Black Feminism* verortet.⁶⁴ Diese Diskussionskontexte sind jeweils mit sozialen Bewegungen wie der amerikanischen Schwarzen Bürger_innenrechts- und *Social-Justice*-Bewegung und der Frauenbewegung verbunden. Crenshaw geht von einer strukturellen Unsichtbarkeit Schwarzer Frauen aus. Ihr Anliegen ist es folglich, Schwarze Frauen als Rechtssubjekte in Antidiskriminierungs- und Gewaltfällen (Crenshaw 1989, 1991) zu stärken. In „Demarginalizing the Intersection of Race and Sex“ führt Crenshaw (1989) die Marginalisierung von Schwarzen Frauen darauf zurück, dass deren Fälle vor Gericht weder unter dem Gesichtspunkt der geschlechtsbezogenen Diskriminierung noch unter dem Gesichtspunkt der rassistischen Diskriminierung vollständig und angemessen erfasst werden (vgl. Cho/Crenshaw/McCall 2013: 790f.). Crenshaw verbindet ihre juristische Analyse mit Überlegungen zum Verhältnis der Frauenbewegung zu den Erfahrungen Schwarzer Frauen und zum Sexismus als Leerstelle Schwarzer Befreiungspolitik. Ihre Forderung, sich mit den „intersections“ von *race* und *gender* zu beschäftigen, betrifft insofern gleichermaßen die Rechtsprechung und Gesetzgebung, politische Bewegungen und Theorieproduktion.

Die Metapher der Kreuzung ist ein Versuch, Interdependenzen sprachlich zu fassen. Im deutschsprachigen Kontext war es Katharina Walgenbach, die anmerkte, solche „Lineatur-Metaphern“ (Durch- und Überkreuzung, Überschneidung, Schnittpunkte usw.) implizierten, dass „Dominanzverhältnisse vor bzw. nach ihrer Kreuzung getrennt voneinander gedacht“ (Walgenbach 2007: 61, Herv. i. O.) werden können.⁶⁵ Barbara Tomlinson (2013) bezeichnet diese Argumentationen als typische Trope der Intersektionalitätsdebatte:

- 63 Die sich damit abzeichnende Erweiterung der Geschlechterforschung zur Intersektionalitätsforschung lese ich auch als das vorläufige Ergebnis von Auseinandersetzungen über privilegierte und marginalisierte Positionen innerhalb der feministischen Wissenschaft, die sich auf die Theoriebildung ausgewirkt haben (Bührmann 2009: 31f., Walgenbach 2007: 25–38; Gutiérrez-Rodríguez 2011: 80f., 98–100) und die sich in der kritischen Auseinandersetzung mit dem theoretischen, methodologischen und politischen Beitrag von Intersektionalität fortsetzen (Puar 2005; Erel u. a. 2007; Tomlinson 2013).
- 64 Hier zeigt sich ein erster Unterschied zur Intersektionalitätsdebatte in Deutschland. Während *Critical Race Theory* in den Rechtswissenschaften der USA seit Ende der 1980er Jahre intensiv diskutiert wird, finden vergleichbare Ansätze hierzulande nur langsam Eingang in rechtswissenschaftliche Debatten (Barskanmaz 2008). Zur Einführung in die *Critical Race Theory* im US-Kontext vgl. Delgado/Stefancic (2012).
- 65 Chebout (2012) erinnert daran, dass die Metapher der Straßenkreuzung bei Crenshaw mehrere Ebenen hat. Schließlich gehe es nicht nur darum, Sexismus und Rassismus als sich kreuzende Straßen zu verbildlichen. Wichtig seien „die situative Verortung von Schwarzen Frauen am Kreuzungspunkt“ (ebd.), die das Risiko einer Schädigung erhöhe, sowie die Tatsache, dass bestehende Rechtsmittel auf sexistische oder rassistische Diskriminierung ausgelegt sind. Sie werden nicht wirksam, wenn die ‚Ursache‘ uneindeutig ist.

„It reinscribes what it claims to redress argues that the language of intersectionality fails on its own terms, that it repeats the dominant discourse it intends to oppose“ (ebd.: 1008, Herv. i.O.). In einer ungerechten Welt seien wir, so Tomlinson, sprachlich daran gebunden, die Verhältnisse in einem gewissen Maße zu reproduzieren, um sie zu kritisieren (ebd.: 1009). Genau dies versuche Crenshaw mit der Kritik des „single axis-thinking“ (Cho/Crenshaw/McCall 2013: 787), deren Anliegen gerade darin bestehe, dass die Verwobenheit von Kategorien und die Multiplizität von Erfahrungen in den Fokus rückt.

Während Crenshaw der Verdienst zukommt, den Begriff Intersektionalität in die Welt gesetzt zu haben, war sie nicht die erste, die sich mit dem Verhältnis und der Verwobenheit von Herrschaftsverhältnissen, Unterdrückungsformen und Existenzweisen beschäftigt hat. Intersektionalität ist ein „handy catchall phrase“ (Phoenix/Pattynama 2006: 187), der die Frage nach den Differenzen zwischen Frauen als Subjekte feministischer Politiken (Davis 2008: 70) aufgriff. Dieses zentrale Thema des Feminismus zieht sich bereits seit der ersten Frauenbewegung durch die feministische Bewegungsgeschichte und Theoriebildung (Walgenbach 2007: 25f.), die Auseinandersetzung damit entwickelte jedoch in den 1970er Jahren eine „besondere Qualität“ (ebd.: 27). Dabei kommt den theoretischen Beiträgen des *Black Feminism* zweifelsohne eine herausragende Rolle zu. Schriften wie das „Combahee River Collective Statement“ (1983, original 1977), das Sexismus, Rassismus und Kapitalismus als „interlocking systems of oppression“ fasst, oder die Arbeiten von Patricia Hill Collins (1990), Audre Lorde (1984) und Angela Davis (1998) theoretisieren Geschlechterverhältnisse, Rassismus und Kapitalismus im Zusammenspiel. Sie unterziehen den von Dominanzverhältnissen und entsprechenden Ausschlüssen geprägten weißen und westlichen Mainstream feministischer Theorie einer grundlegenden erkenntnistheoretischen Kritik. Die in diesem Zusammenhang entwickelten Theorien zu „race, class and gender“ konzeptualisieren den Zusammenhang der Herrschaftsverhältnisse vom Standpunkt Schwarzer Frauen und Lesben und betonen die Rolle von Erfahrung in der Theorieentwicklung (Davis 2008: 73).

Crenshaw (1989) bezieht sich auf die Arbeit der *Black Women's Studies*, wenn sie den Band „All the Women are White, All the Blacks are Men, but Some of Us are Brave“ (Hull/Scott/Smith 1982) zitiert. Sie vollzieht dabei jedoch, so Kathy Davis (2008), einen einschlägigen „twist“, der „critical feminist theory on the effects of race, class and gender“ (ebd.) und poststrukturalistische feministische Theorie⁶⁶ zusammenbringt und einige theoretische und methodologische Inkompatibilitäten dieser beiden wichtigsten zeitgenössischen Stränge feministischer Theorie überbrückt (Davis 2008: 73). Zuge-

66 Neben Butler als der bekanntesten Vertreterin eines poststrukturalistischen Feminismus bezieht sich Davis auch auf postkoloniale Theorien (Mohanty 1988; Mani 1989) und Vertreter_innen der Diaspora Studies (Brah 1996).

spitzt lässt sich die Differenz zwischen den beiden Denkrichtungen folgendermaßen charakterisieren: Poststrukturalistische Ansätze, die von McCall (2005) „anti-kategorial“ genannt werden, setzen sich mit dem Essentialismus auseinander, den die Wissensproduktion der bürgerlichen Moderne in Kategorien wie Geschlecht eingeschrieben hat (Hausen 1976; vgl. Butler 1991; Foucault 1983). Sie zielen damit auf eine Dekonstruktion von Kategorien ab und stehen Bewegungspolitiken, die sich auf einen identitären Kern der ihr zugehörigen Subjekte beziehen, skeptisch gegenüber (vgl. Benhabib u. a. 1993).⁶⁷ Standpunkttheorien und Politiken, welche die Erfahrungen von spezifisch positionierten Subjekten als Quelle für Wissensproduktion betonen, sehen sich von Seiten der Poststrukturalist_innen dem Vorwurf ausgesetzt, essentialistische und damit normierende Zuschreibungen zu reproduzieren. Auf der anderen Seite werden poststrukturalistische Ansätze dafür kritisiert, die materiellen Konsequenzen von Sexismus, Rassismus und Kapitalismus zu negieren, indem sie sich auf dekonstruktivistische Sprachspiele kaprizieren und das Subjekt von Handlung und Widerstand verlieren (Duden 1993, Haraway 1988, aktueller Soiland 2008). In ihrer wissenschaftssoziologischen Analyse der Karriere von Intersektionalität formuliert Davis die These, dass es Intersektionalität gelungen ist, diese Differenzen zu überbrücken:

„It takes up the political project of making the social and material consequences of the categories of gender/race/class visible, but does so by employing methodologies compatible with the poststructuralist project of deconstructing categories, unmasking universalism, and exploring the dynamic and contradictory workings of power.“ (Davis 2008: 74)

Intersektionalität verabschiedet sich – äquivalent zu den poststrukturalistischen Subjekttheorien – davon, das Subjekt als kategoriale Identität (z. B. „wir Frauen“) zu denken. Die kategoriale Mehrdimensionalität resultiert darin, dass individuelle Positionierungen nicht von einem gesellschaftlichen Verhältnis bestimmt, sondern durch verschiedene gesellschaftliche Verhältnisse überdeterminiert sind, und legt damit ein Denken in verstreuten Subjektpositionen nahe. Das theoretische Vokabular poststrukturalistischer Theorien kann an dieser Stelle nutzbar gemacht werden, ohne zu negieren, dass Erfahrungen und Positionalitäten ebenfalls eine Grundlage für Theoriebildung sein können (Lewis 2013: 873; Engel/Schulz/Wedl 2005).

Vertreter_innen des Poststrukturalismus ist oft vorgeworfen worden, sich lediglich mit Sprachspielen statt den materiellen Auswirkungen von Herrschaft zu befassen (vgl. Butler 1998). Indem ihre Ansätze einen für intersek-

67 Vor diesem Hintergrund formuliert Butler ihre Skepsis gegenüber dem Versuch der Signifikation von Positionierungen, dem „etc.“ als „Zeichen der Erschöpfung als auch der Tatsache, dass der Prozess der Signifikation an sich unbegrenzt ist“ (Butler 1991: 210, vgl. Yuval-Davis 2013: 209).

tionales Denken wertvollen Beitrag zur Dekonstruktion von Determinismen und Essentialismen leisten, gewinnen ihre Vertreter_innen zugleich politische „credibility“ (Davis 2008: 74). Intersektionalität wird damit zum „nodal point“ (Lykke 2011), „a gathering place for open-ended investigations of the overlapping and conflicting dynamics of race, gender, class, sexuality, nation, and other inequalities“ (Cho/Crenshaw/McCall 2013: 788), dessen Offenheit, Unvollständigkeit und Ambiguität es ermöglicht, für unterschiedliche theoretische Positionen anschlussfähig und inspirierend zu sein (Davis 2008: 76f.).

Als „fast travelling theory“ (Knapp 2005) in einer globalisierten Wissenschaft wurde Intersektionalität sowohl über die Grenzen der US-amerikanischen Debatte als auch der Disziplinen hinweg aufgegriffen. Die daran anschließende Frage, wie Intersektionalität mit ihren Wurzeln im *Black Feminism* umgeht, wird von Theoretiker_innen unterschiedlich beantwortet. Für Crenshaw ist es nach wie vor entscheidend, die spezifische Subjektposition von Schwarzen Frauen, die durch das „single axis“-Denken unsichtbar gemacht wird, zu de-marginalisieren.⁶⁸ Nira Yuval-Davis dagegen argumentiert, „dass sich die Intersektionalitätsanalyse nicht auf jene beschränken sollte, die sich an den vielfältigen Rändern der Gesellschaft befinden, sondern dass sie alle Mitglieder der Gesellschaft einschließen sollte“ (Yuval-Davis 2013: 208f.). Weil sich intersektionale Dominanzverhältnisse auch in Form von Privilegien ausdrücken, spreche ich mich mit Devon W. Carbado (2013: 814) dafür aus, mit Intersektionalität auch die Spitze sozialer Hierarchie in den Blick zu nehmen. Die Abwesenheit von marginalisierten Subjektpositionen in einem politischen Diskurs bedeutet nicht, dass die sie hervorbringenden sozialen Verhältnisse in diesem Kontext nicht relevant sind. Weißsein als rassifizierte und Männlichkeit als vergeschlechtlichte Kategorie zu begreifen, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

68 Damit verbunden ist die Befürchtung, dass die Erfahrungen Schwarzer Frauen ihre forschungsrelevante Intelligibilität und Signifikanz erneut verlieren. Knapp (2011: 252f.) berichtet von einem Gespräch mit Crenshaw, in dem sie sich diesbezüglich äußerte. Als „travelling concept“ ist Intersektionalität von den disziplinären und politischen Kontexten beeinflusst, in denen sie aufgegriffen wird (Cho/Crenshaw/McCall 2013: 791). Lewis (2013) kritisiert, dass die deutschsprachigen und skandinavischen intersektionalen Gender Studies Rassismus oft nur unzureichend berücksichtigen, indem sie ‚Rasse‘ in den USA verorten und lediglich auf die politischen Kämpfe von afroamerikanischen und anderen *Women of Color* verweisen. Dadurch werde Europa als Schauplatz der ‚echten‘ theoretischen und methodologischen Arbeit konstruiert, wohingegen die theoretischen und methodologischen Leistungen von Wissenschaftler_innen in politischen Bewegungen unsichtbar gemacht werden.

3.1.2 Die intersektionale Mehrebenenanalyse

Im deutschsprachigen akademischen Kontext wurde Intersektionalität vergleichsweise spät aufgegriffen (Knapp 2005: 256), gleichwohl die damit verbundenen Fragen nach Mehrfachdiskriminierung auch hierzulande von Akteur_innen politischer Bewegungen und Wissenschaftler_innen diskutiert worden sind.⁶⁹ Das wachsende Interesse an Intersektionalität resultierte in einer Reihe von konzeptionellen Diskussionen, die im Wesentlichen drei Punkte berührten: Analyseebenen, Kategorien und ihre Verwobenheit. In Auseinandersetzung mit den hier aufgeworfenen Problemstellungen entwickelten die Soziologinnen Gabriele Winker und Nina Degele die intersektionale Mehrebenenanalyse (IMA) als konsequent subjektwissenschaftlich ausgerichtete Analyse der heutigen kapitalistischen Gesellschaft (Winker 2012: 14).⁷⁰ Sie definieren „Intersektionalität als kontextspezifische, gegenstandsbezogene und an den sozialen Praxen ansetzende Wechselwirkungen ungleichheitsgenerierender sozialer Strukturen (d. h. von Herrschaftsverhältnissen), symbolischer Repräsentationen und Identitätskonstruktionen“ (Winker/Degele 2009: 15). Ihr Ansatz zielt auf eine gesellschaftskritische Analyse sozialer Ungleichheit ab und ist vor allem durch seine praxeologische Verortung sowie dadurch gekennzeichnet, dass Herrschaftsverhältnisse im Kontext des kapitalistischen Systems untersucht werden (ebd.: 14f.; Winker 2012: 15).

Mit der Entscheidung für einen Mehrebenenansatz beziehen sich Winker und Degele auf die Diskussion über Analyseebenen intersektionaler Forschung (Winker/Degele 2009: 18–24). Bührmann (2009: 32–35) unterscheidet zwischen struktur-, interaktions- und an der symbolischen Ordnung orientierten Ansätzen, sowie „intermediären Forschungszugängen, die zwischen Struktur und Handlung zu vermitteln versuchen“ (ebd.: 34). Für den struktur-

69 Beispielsweise von Frauen mit Behinderung (Köbsell 1993), Migrantinnen und Migranten (FeMigra 1994), der Schwarzen Deutschen Frauenbewegung (Oguntoye/Opitz/Schulz 2007; Piesche 2012), jüdischen Frauen und in queeren Bewegungen (vgl. Walgenbach 2007: 27–40). Es liegt nicht zuletzt an den Ausschlüssen des deutschen Wissenschaftssystems gegenüber Zugehörigen dieser Gruppen, dass Intersektionalität erst spät als transatlantischer Import Eingang in die hiesige Diskussion fand.

70 Arbeiten, die in diesem Kontext bislang entstanden sind, zeichnen sich durch ihren Bezug auf vielfältige theoretische Bezugspunkte aus. Winker und Degele (2009) stellen zunächst Handlungsfähigkeit im Kontext sozialer Ungleichheit in den Mittelpunkt. Die Studie von Nowak, Hausotter und Winker (2012) zur Handlungsfähigkeit von Beschäftigten in der Industrie und Altenpflege in entgrenzten Verhältnissen von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit greift zusätzlich Ansätze der kritischen Psychologie Holzkamps (1983; vgl. Winker 2012) auf. In ihrer Arbeit zum Thema Handlungsfähigkeit und den Widersetzungspraktiken drogengebrauchender Sexarbeiterinnen bezieht Schrader (2013) den Begriff der Handlungsfähigkeit dagegen auf den Foucaultschen Begriff der Sorge um sich selbst (Foucault 2005b). Paulus (2012) wiederum bringt die IMA mit der Dispositivanalyse (Bührmann/Schneider 2008) in Dialog.

orientierten Ansatz stehen in der deutschen Intersektionalitätsdebatte die Arbeiten von Cornelia Klinger und Gudrun Axeli Knapp (Klinger/Knapp 2007, Knapp 2005; Klinger 2008; vgl. Hagemann-White 2011), denen es um eine gesellschaftstheoretische Begründung der Konstitution von „Klasse, Rasse und Geschlecht“ und damit um eine Herleitung institutioneller, politischer und materieller Strukturen geht. Walgenbach kritisiert an diesem Ansatz verschiedene Ausblendungen wie beispielsweise die Dethematisierung der jeweils privilegierten Seite (Walgenbach 2007: 53–55). Die Strukturebene allein lässt zudem aus meiner Sicht nur mittelbar Aussagen über die Konstitution von Subjektpositionen zu und tendiert dazu, politische Dynamiken zugunsten der materialisierten sozialen Ordnung auszublenken. Die an sozialer Interaktion orientierten ethnomethodologischen Forschungen (West/Fenstermaker 1995; Fenstermaker/West 2001) geben im Gegensatz zu den strukturorientierten Ansätzen Auskunft über die alltäglichen Herstellungsprozesse sozialer Differenzierungen. Sie zeigen nicht nur, welche Rolle normative Erwartungen bei der simultanen Hervorbringung von Geschlecht, ‚Rasse‘ und Klasse spielen, sondern auch wie hegemoniale Subjektpositionen und Diskurse durch mikropolitische Aktionen in Frage gestellt werden. Arbeiten, die sich auf der Ebene der symbolischen Ordnung mit der „(Re-)Konstruktion individueller wie kollektiver Deutungsmuster und -kategorien in ihrer Verwobenheit“ (Bürrmann 2009: 34, vgl. Dietze et al. 2007) beschäftigen, vermitteln zwischen Makro- und Mikroebene. So entwirft Walgenbach (2007: 56) mit dem Begriff der strukturellen Dominanz eine Perspektive, die gesellschaftliche Strukturierung durch Dominanzverhältnisse, ihre kontextabhängige Reproduktion in verschiedenen Feldern sowie die Konflikthaftigkeit des Sozialen zusammendenkt. Intermediäre Ansätze schließlich bemühen sich um eine theoretische Integration verschiedener Analyseebenen (Bürrmann 2009: 34). Aus einer staats- und hegemonietheoretischen Perspektive schlagen Birgit Sauer und Stefanie Wöhl (2008) vor, „die Herstellung von Differenzen, Ungleichheiten und Ausschließungen“ als Prozess zu fassen, der sowohl die Makroebene sozialer Strukturen, Institutionen, politischer Regelungen und Praktiken, die Mesoebene politischer Mobilisierung und die Mikroebene der Subjekt- und Identitätsbildung umfasst (ebd. 259). Auch Winker/Degele (2009) verbinden mehrere Analyseebenen: Identität, symbolische Repräsentationen und soziale Strukturen. Auf die Analyseebenen gehe ich in 3.3.3 näher ein.

Eine weitere Debatte, die Winker und Degele aufgreifen, betrifft die Kategorien bzw. Ungleichheitsverhältnisse, die für intersektionale Analysen relevant sind (Winker/Degele 2009: 15–18; vgl. Walgenbach 2007: 41–44): Umfasst schon die Trias ‚Rasse‘, Klasse und Geschlecht die wesentlichen gesellschaftlichen Differenzierungsachsen oder muss diese Auswahl durch weitere Kategorien erweitert werden? Darüber hinaus muss geklärt werden, ob Identitätskategorien oder Strukturkategorien gemeint sind, und schließlich

lassen sich Fragen hinsichtlich des epistemologischen Charakters von Kategorien formulieren: Was bedeuten ‚Rasse‘, Geschlecht, Klasse und Körper im jeweiligen historischen Kontext, sind diese prinzipiell äquivalent, wie die Reihennennung nahelegt, und wie kann dem Problem der Reifikation von Kategorien durch Forschung begegnet werden (vgl. Gildemeister/Wetterer 1992)? Wenn wir davon ausgehen, dass Subjektpositionen historischen und politischen Veränderungsprozessen ausgesetzt sind, müssen Versuche, das Subjekt entlang einer Auswahl von kategorialen Zuschreibungen abschließend zu situieren, notwendigerweise scheitern (Butler 1991: 143; vgl. Lutz 2001). Entgegen dem Versuch, die relevanten Kategorien alle a priori zu bestimmen, schlagen Winker und Degele (2009) deshalb eine „Verbindung von theoriegeleiteter und explorativer Sozialforschung“ (Winker/Degele 2009: 69) vor. Auf der Identitätsebene und der Ebene symbolischer Repräsentationen werden diejenigen Kategorien als relevant angesehen, die im Feld artikuliert werden. Ob Kategorien wie deutsch, bayrisch und blond von Bedeutung sind, hängt demnach davon ab, ob sie im untersuchten Gegenstandsbereich für Identitätskonstruktionen und als diskursiver Bezugsrahmen, z. B. für Abgrenzungen oder Normalitätsaussagen, eine Rolle spielen. Dadurch soll der Herausforderung begegnet werden, „abstrakte Erkenntnisse nicht mit konkreten Lebensverhältnissen zu verwechseln“ (Winker 2012: 18). Auf der Strukturebene gehen die Autorinnen dagegen theoriegeleitet von vier zentralen Herrschaftsverhältnissen aus: Rassismus, Heterosexismus, Bodyismus und Klassismus (Winker/Degele 2009: 68f.).⁷¹ Das Vorgehen ermöglicht es, für neue und unerwartete Kategorien im Feld offen zu sein. Die theoriegeleitete Anbindung an die vier Herrschaftsverhältnisse und das kapitalistische System begegnet zugleich dem Problem der Relativierung, das mit einem offenen Kategorienverständnis verbunden wird.⁷² Winker und Degele bringen Intersektionalität dezidiert als Forschungsansatz zur Analyse sozialer Ungleichheit im neoliberalen Kapitalismus in Stellung. Sie gehen davon aus, dass sich „erst mit diesem Bezug auf den Kapitalismus [...] die Wechselwirkungen zwischen Struktur-, Symbol- und Identitätsebene sinnvoll herausar-

71 Zu den Herrschaftsverhältnissen vgl. Abschnitt 3.3.3.

72 Diese Gefahr sieht beispielsweise Walgenbach (2010: 253), wenn sie bemerkt, dass in Diversity-Trainings Kategorien wie Migrantin und Vegetarierin nebeneinandergestellt werden. Die IMA erlaubt es, eine Selbstbezeichnung als Vegetarierin auf Identitätsebene („Ich bin seit 15 Jahren Vegetarierin“) oder entsprechende normative Aussagen auf Ebene der symbolischen Repräsentationen zu berücksichtigen („Meat is murder“), würde jedoch auf Strukturebene nicht von einem Herrschaftsverhältnis ausgehen, das Vegetarier_innen unterdrückt. In Verbindung mit sozialen Strukturen wie Klassismus oder Bodyismus könnte aber herausgearbeitet werden, dass die Identifizierung als Vegetarierin in Kontexten, in denen Personen nicht souverän über ihre Ernährung entscheiden können, durchaus mit Herrschaftsverhältnissen verbunden ist. In Kapitel 4.3 zeige ich, wie eine solche Deutung im Rahmen der IMA durch die vertiefende Auseinandersetzung mit den jeweils relevanten symbolischen Repräsentationen und Strukturen über das empirische Material hinaus erlangt wird.

beiten“ (Winker 2012: 15) lassen. Soziale Ungleichheit ziele im Kapitalismus auf die gesamtgesellschaftliche Verbilligung der Ware Arbeitskraft ab, indem die kostengünstige Reproduktion der Arbeitskraft, der flexibilisierte Zugang zum Arbeitsmarkt und Lohndifferenzierung auf struktureller Ebene unter Beteiligung aller Herrschaftsverhältnisse sichergestellt werden (Winker/Degele 2009: 51f). Gesellschaftlich verbreitete Normen und Stereotype tragen aus ihrer Sicht zur einer symbolischen Reproduktion und Legitimation sozioökonomischer Verhältnisse bei, beispielsweise durch die Leistungsideologie. Auf Identitätsebene schließlich schlage sich die Verunsicherung der sozialen Akteur_innen in Verortungsarbeit nieder.⁷³ In diesem Rahmen spannen sich die sozialen Praxen der Einzelnen auf, die Winker und Degele als Ausgangspunkt für empirische Beobachtungen bestimmen (ebd.: 25–27; Winker 2012: 16–18).⁷⁴

Während die Autorinnen die drei Ebenen aus der Intersektionalitätsdebatte übernehmen, entwickeln sie das Modell von Wechselwirkungen mit Pierre Bourdieus (1976, 1987) Begriff sozialer Praxis. „Über soziale Praxen, d. h. soziales Handeln und Sprechen, entwerfen sich Subjekte in sozialen Kontexten, konstruieren Identitäten, verarbeiten den Einfluss bestimmter symbolischer Repräsentationen, stützen soziale Strukturen oder stellen sie in Frage“ (Winker 2012: 19). Die Wechselwirkungen zwischen Identitäts- und Strukturebene werden auf diese Weise als soziale Praxis im empirischen Kontext eines Feldes beschreibbar (Winker/Degele 2009: 71f). Soziale Strukturen bilden den Rahmen, in dem Identitäten konstruiert und inszeniert werden. Identitäten wiederum reproduzieren soziale Strukturen, indem sie in Kongruenz oder Widerspruch zu herrschenden Strukturen stehen (ebd.: 74f.). Darüber hinaus werden soziale Struktur und Identität in Wechselwirkung mit der Repräsentationsebene gedacht, was zeigt, dass Winker und Degele einen performativen Identitätsbegriff vertreten (ebd.: 73). Akteur_innen nutzen symbolische Repräsentationen als „praktisches Wissen und Klassifikationschemata“ (ebd. 2009: 73), um sich selbst zu konstruieren, und tragen damit zur Materialisierung von Strukturen bei (ebd.). Die prozesshafte Verbindung der drei Ebenen wird über Begriffe wie Performativität (Repräsentation –

73 Ein Beispiel kann dies verdeutlichen. Ein zentrales Argument der *Critical Race Theory* lautet, dass Rassismus die Funktion hat, die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zusammenzuführen. Weißen Eliten nutze Rassismus auf einer materiellen Ebene, während weiße Arbeiter_innen auf einer psychologischen Ebene davon profitieren (Delgado/Stefancic 2012: 8). In der Terminologie der IMA heißt das: Rassismus sichert auf der Strukturebene einen kostengünstigen Zugang zu Arbeitskraft, die sich besonders profitabel ausbeuten lässt. Auf der Ebene symbolischer Repräsentationen ermöglicht er weißen Arbeiter_innen, sich gegenüber den rassistisch Diskriminierten aufzuwerten und die Schuld an der eigenen sozialen Lage auf rassistisch Geanderte zu projizieren.

74 Winker und Degele (2009: 66) verwenden den Begriff Praxen gleichbedeutend mit Praktiken.

Identität) und Anrufung (Struktur – Repräsentation – Identität) gefasst (Winker/Degele 2009: 68–79; vgl. Butler 1991, 1995; Althusser 1977).

Zusammengefasst zeichnet sich die intersektionale Mehrebenenanalyse durch eine Verbindung von empirischem und theoriegeleitetem Vorgehen aus. Sie bietet sowohl für die Frage nach den zu analysierenden Kategorien sozialer Differenz als auch für die Frage nach den zu berücksichtigenden Analyseebenen eine Lösung an, ohne die relevanten Differenzlinien vorab festlegen zu müssen. Zu unterstreichen ist, dass die IMA von Winker und Degele als Analyse von sozialer Ungleichheit innerhalb der bestehenden Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus entwickelt wurde. Die vorliegende Arbeit untersucht dagegen die Artikulation von sozialen Differenzen im hegemonialen Projekt der Netzbewegung. Dadurch ergibt sich die eingangs formulierte Notwendigkeit, eine Perspektive einzunehmen, die nicht nur gesellschaftlich verankerte Herrschaftsverhältnisse, sondern auch neue hegemoniale Projekte in den Blick nimmt. Bezieht man solche Projekte unmittelbar auf die bestehende Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus und der kapitalistischen Akkumulationslogik, gerät das Neue allerdings leicht aus dem Blick. Die postmarxistische und poststrukturalistische Hegemonietheorie nach Laclau und Mouffe (2001) ist aus meiner Sicht geeignet, die umkämpfte Dynamik und Kontingenz politischer Diskurse in den Blick zu nehmen. Der hegemonietheoretische Perspektivenwechsel hat allerdings eine Konsequenz: Statt des Begriffs der sozialen Praxis wird von nun an der Diskurs die Funktion der Leitvokabel (Reckwitz 2008b) übernehmen und weitere Elemente des Ansatzes von Laclau und Mouffe werden in den nächsten Abschnitten ausführlich vorgestellt.

3.2 Hegemonietheorie

Die Suche nach einer Theorieperspektive, die offen ist für die Analyse neuer politischer Projekte, führt mich zum poststrukturalistischen Hegemoniebegriff, den Laclau und Mouffe (2001) ausgearbeitet haben und der insbesondere von Laclau (1990, 1996, 2005) weiterentwickelt wurde. Die Stärke dieses diskurs- und hegemonietheoretischen Zugangs, den Laclau und Mouffe vor dem Hintergrund der neuen sozialen Bewegungen und der damit einhergehenden Krise des sozialistischen Projektes entwickelten (Opratko 2012a: 125),⁷⁵ liegt in seiner Sensibilität für den kontingenten Charakter politischer

75 Dies hat Chantal Mouffe kürzlich in einem Interview erneut bekräftigt: „When we wrote the book it was clear that it was necessary to rethink socialism in a way that would also incorporate the demands of the new social movements – from feminism to ecology and gay struggles. And that is still now a highly relevant question“ (Alejandro Mantilla/Mouffe 2016).

Ordnung. Ihr Buch „Hegemony and Socialist Strategy“ stellt die Zentralität des Klassenverhältnisses für gesellschaftliche Konflikte und die Deutungshoheit marxistischer Analysen radikal in Frage.⁷⁶ Laclau und Mouffe entwickeln einen vom Poststrukturalismus⁷⁷ beeinflussten „Entwurf einer Ontologie des Sozialen, der die (Re-)Produktion von Hegemonie erklärt“ (Bedall 2014: 41).⁷⁸ Soziale Bewegungen lassen sich auf dieser theoretischen Folie als Hegemonieprojekte verstehen, die sich mit ihren Forderungen in den antagonistischen Kampf ‚ums Ganze‘ begeben – ohne jedoch vorauszusetzen, was dieses ‚Ganze‘ in einem spezifischen politischen Kontext jeweils ist. Wichtige Konzepte der Hegemonietheorie für die vorliegende Analyse der Netzbewegung sind Diskurs und Artikulation (3.2.1), Differenz und Äquivalenz (3.2.2), Dislokation und Antagonismus (3.2.3) sowie Hegemonie und leerer Signifikant (3.2.4), die ich in den folgenden Abschnitten einführe.

3.2.1 *Elemente des Sozialen: Diskurs und Artikulation*

Laclau und Mouffe beziehen den Begriff Diskurs auf die Frage, wie soziale Ordnung hergestellt wird. Sie legen nahe, Gesellschaft als ein unabgeschlossenes Spiel von Differenzen (Laclau 1990: 90) zu denken, das zeitweise fixiert werden kann, indem differente Elemente zueinander in Beziehung gesetzt werden. Diese „realitätserzeugende“ (Marchart 2004: 63) Praxis des Diskurs-Machens wird als Artikulation bezeichnet (Laclau/Mouffe 2001: 105). Der Kritik (u. a. Geras 1987), Gesellschaft würde so auf Sprache und Text reduziert, begegnen Laclau und Mouffe mit einer Explikation ihres Diskursbegriffs. Ihr Beispiel ist das einer Bauarbeiterin, die eine Mauer aufsetzt und einen Ziegelstein verlangt. Der linguistische Akt – die Frage nach

76 Zur Dekonstruktion von Klassenreduktionismus, ökonomischem Determinismus, des Gesetzes der Geschichte und des Revolutionismus durch Laclau und Mouffe (2001) vgl. Marchart (2007) und Opratko (2012a: 125–130).

77 Poststrukturalismus bezieht sich auf die Zeichentheorie Ferdinand de Saussures und deren Rezeption durch den französischen Strukturalismus (Keller 2004: 15; Kerchner 2006: 44). Sprachliche Zeichen werden dort als arbiträre Signifikanten konzipiert, die ihre Bedeutung durch relationale Differenz erhalten (vgl. Saussure 1967). Darauf aufbauend entwickeln sich dem Poststrukturalismus zuzuordnende Theorien zur Diskursivität u. a. von Gesellschaft, Macht, Subjektivität und Geschlecht (z. B. Foucault 1981, 1983, 1994, 1997; Butler 1991, 1995). Im Vergleich zum Strukturalismus werden diskursive Strukturen im poststrukturalistischen Denken dynamischer gedacht. Insbesondere die Arbeiten Derridas (1988, 1997) verweisen darauf, dass Signifikanten in verschiedenen zeit-räumlichen Kontexten iterativ (d. h. immer wieder neu) artikuliert werden und dadurch einen polysemischen Charakter haben (Reckwitz 2007a: 73). Differenzsysteme sind damit „unabschließbar, in sich gebrochen und temporalisiert“ (Nonhoff/Gronau 2012: 124).

78 Auf dieser Grundlage entwickeln Laclau und Mouffe ferner das Konzept der radikalen Demokratie und leisten damit einen normativen Beitrag zur politischen Theorie (Mouffe 1993, 2005, 2013).

dem Ziegelstein – unterscheidet sich von dem nicht-linguistischen Akt, mit dem der Stein auf die Mauer gesetzt wird. Entscheidend für den diskursiven Charakter dieser Praktik sei jedoch, ob eine soziale Konfiguration bedeutungsvoll ist. Die Arbeit der Bauarbeiterin mit dem Ziegelstein ist Teil desselben Diskurses wie die Kommunikation auf der Baustelle. Entscheidend, auch für die Bedeutung des Ziegelsteins, der nicht nur Baumaterial, sondern auch Wurfgeschoss oder historische Quelle sein kann, sei also die Konfiguration des diskursiven Kontextes, die durch die Akte des In-Beziehung-Setzens, also durch Artikulation gebildet werde (Laclau/Mouffe 1987: 82f.).

Bedeutungskonfigurationen sind, wie auch Jacques Derridas (1988) Auseinandersetzungen mit der Temporalität und Iterierbarkeit von Zeichen deutlich machen, kontingent. Versuche, soziale Ordnung einzusetzen, können deshalb zu Totalisierungseffekten führen, ohne jedoch jemals abgeschlossen zu sein. Wenn das Soziale Diskurs ist, wie Laclau und Mouffe (2001: 109) es nahelegen, und dieser durch artikulatorische Praktiken hervorgebracht und beständig transformiert wird, stellt sich die Frage, wie Bedeutungen erzeugt werden, die den Raum des Diskursiven über einen längeren Zeitraum strukturieren.

In der Diskurstheorie werden Formen diskursiver Relation unterschieden, die durch Artikulationen erzeugt werden: Differenz und Äquivalenz (Laclau/Mouffe 2001: 127). Die Differenz ist die „grundlegende Beziehung zwischen allen diskursiven Elementen („x ist anders als y““ (Nonhoff 2006: 86). Jede Artikulation nimmt (auch) eine Differenzierung vor; diese kann jedoch überformt werden. Durch die Artikulation von Äquivalenzrelationen werden diskursive Knotenpunkte etabliert, die Bedeutung stabilisieren. Nonhoff bringt die Äquivalenz auf die Formel: „x ist anders als y, aber geht in Beziehung zu a mit y Hand in Hand“ (ebd.: 87). Differenz und Äquivalenz sind, wie Opratko formuliert, wechselseitig aufeinander angewiesen: „Pure Differenz, in der keine Bedeutung fixiert wird, wäre ein unmöglicher, ‚psychotischer Zustand‘; pure Äquivalenz wäre die völlige Schließung des Sozialen und ebenso undenkbar“ (Opratko 2012a: 136). Die artikulatorische Aufhebung der Differenz zwischen einzelnen Elementen erfolgt nicht aufgrund einer ihnen innewohnenden positiven Eigenschaft, sondern in Abgrenzung zum Nicht-Äquivalenten. Auf diese Weise werden Elemente gebündelt und es formieren sich Antagonismen (Nonhoff 2007: 177, vgl. 3.2.2) und Knotenpunkte, die Kontraste in den diskursiven Raum einziehen.

Nonhoff erweitert das Repertoire der Artikulationsbeziehungen Differenz und Äquivalenz um die Begriffe Superdifferenz und Kontrarität, zwei Kategorien, die sich hinsichtlich der Operationalisierung der Diskurstheorie als hilfreich erweisen. Kontrarität artikuliert eine Relation des Gegensatzes: „x ist anders als y, und steht in bezug auf a in Kontrarität zu y“ (Nonhoff 2006: 88). Superdifferenzen konstituieren unterscheidbare Diskurse, in dem sie zum

Ausdruck bringen, dass zwei Elemente nichts miteinander zu tun haben, weil sie nicht Teil desselben Bezugssystems sind (ebd.: 80).

Ein Beispiel aus der Netzpolitik kann verdeutlichen, wie die bedeutungserzeugende Strukturierung des Diskurses vonstattengeht. Anlässlich der zweiten und dritten Lesung des „Gesetzes zur Aufhebung von Sperrregelungen bei der Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen“ gab die damalige Bundesministerin für Justiz Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) im Bundestag zu Protokoll: „Die heutige Entscheidung, die hier auf Vorlage eines Gesetzentwurfes der Bundesregierung getroffen wird, ist ein wichtiger Bestandteil der Netzpolitik dieser Regierung. Selbstregulierung und Transparenz statt einer hochproblematischen Sperrinfrastruktur sind für uns die richtigen Antworten“ (Deutscher Bundestag 2011: 17452). Hier werden verschiedene diskursive Relationen artikuliert: Die „hochproblematische Sperrinfrastruktur“ (x) unterscheidet sich zunächst von „Selbstregulierung und Transparenz“ (y). Während dabei „Selbstregulierung und Transparenz“ zur Netzpolitik der Regierung (a) gehören – also äquivalent sind –, passt eine „hochproblematische Sperrinfrastruktur“ nicht zu dieser. Aus diesem Grund besteht zwischen den beiden Elementen (x und y) nicht nur eine Relation der Differenz, sondern eine Kontraritätsbeziehung. Wie eine Äquivalenzkette sprachlich konstruiert wird, zeigt ein Ausschnitt der Rede Jörn Wunderlichs (DIE LINKE): „Zu den erwähnten ‚Risiken und Nebenwirkungen‘ gehörte die Befürchtung der Einführung einer vom Bundeskriminalamt kontrollierten Struktur zur Überwachung des Internets ohne rechtsstaatliche Kontrolle. Das waren die Befürchtungen: totale Überwachung und Sperrung von unliebsamen Websites; China ließ grüßen. Deswegen hat sich Frau von der Leyen letztlich den Spitznamen ‚Zensursula‘ eingehandelt“ (Deutscher Bundestag 2011: 17457). Die „vom Bundeskriminalamt kontrollierte Struktur zur Überwachung des Internets ohne rechtsstaatliche Kontrolle“, die „Überwachung und Sperrung von unliebsamen Websites“, „China“ (als Symbol für staatliche Zensurpolitik) und „Zensursula“ von der Leyen bilden eine Äquivalenzkette. Die genannten Elemente sind zwar different – offensichtlich ist die Familienministerin nicht dasselbe wie China – aber sie gehen in Bezug auf die mit den Netzsperrungen verbundenen Befürchtungen Hand in Hand. Ein Beispiel für eine Superdifferenz schließlich findet sich in der Rede Ansgar Hevelings (CDU), der die Diskussionen um Netzsperrungen wie folgt charakterisiert: „Rasch bekam die öffentliche Diskussion eine Richtung, die so gar nichts mit dem Thema Kinderpornografie zu tun hatte. Das Stichwort ‚Zensur‘ rückte in den Vordergrund. Dieser Begriff sollte fortan auch die Diskussion beherrschen. Man mag an dem Gesetz – vieles auch zu Recht – kritisieren, aber mit Zensur hatte es doch nichts zu tun“ (Deutscher Bundestag 2011: 17455). Die Zitate veranschaulichen, dass es in diesem Diskurs keine substanziellen Bedeutungen gibt. Superdifferenz, Äquivalenz und Kontrarität sorgen also dafür, dass diskursive Elemente mit

Bedeutung versehen und verstehbar werden. Auf diese Weise erhält der Diskurs eine (wenn auch instabile) Form (Nonhoff 2006: 87).

Der damit verbundene Versuch, die Kontingenz von Bedeutung zu tilgen, ist ein politischer Akt, für den demokratische Gesellschaften politische Arenen wie die Parlamentsdebatte bereithalten. Das Politische findet nicht nur in den Parlamenten statt, sondern ist eine Dimension, die in allen sozialen Praktiken mehr oder weniger präsent ist (Laclau 1985: 29). Die temporäre Schließung von Bedeutung ist, wie ich im Folgenden verdeutliche, auf ein diskursives Anderes angewiesen.

3.2.2 *Grenzen des Diskurses: Antagonismus, Dislokation und soziale Heterogenität*

Ein weiteres, zentrales Begriffselement der Hegemonietheorie ist der Antagonismus. Der Antagonismusbegriff der Diskurstheorie beinhaltet zwei aufeinander bezogene Dimensionen: einen ontologischen Antagonismusbegriff und einen ontischen Begriff des realpolitischen Antagonismus (Wullweber 2012:).⁷⁹

In ontologischer Hinsicht ermöglicht der Antagonismus die temporäre Schließung von Bedeutungen, durch die sich das Soziale konstituieren kann (Nonhoff 2012: 177). Voraussetzung ist, dass der Raum des Diskursiven begrenzt wird; hinter dieser Grenze muss es ein „*Jenseits* des Diskurses – ein *radikales Außen*“ (Wullweber 2012: 44, Herv. i. O.) geben. Der Antagonismus ist im Unterschied zu einem objektiven Verhältnis⁸⁰ ein „(politisches) Konstrukt“ (ebd.: 44), wobei sowohl das *Eine* (der Diskurs) als auch das *Anderere* (sein radikales Außen) existieren. Der springende Punkt ist, dass die Identität des *Einen* durch die Präsenz des *Anderen* überhaupt erst möglich wird, und dass paradoxerweise die Präsenz des *Anderen* die vollständige Identität des *Einen* verhindert. „Dementsprechend ist das radikale Außen kein *Jenseits*, sondern eher ein ‚*Inseits*‘ des Sozialen“ (ebd.: 44f.). Der Antagonismus ist ein konstitutiver Bestandteil des Sozialen, denn er schafft Diskurse, indem er sie begrenzt. Er ermöglicht Bedeutung und unterläuft sie zugleich, in dem er ihre Schließung verhindert.

79 Die Unterscheidung der beiden Dimensionen übernehme ich von Wullweber, der auf die mangelnde Stringenz des Antagonismusbegriffs (Wullweber 2012: 46) verweist. Mit dieser fehlenden Differenzierung von Abstraktionsebenen bei Laclau hat sich auch Opratko (2012b: 71ff.) auseinandergesetzt.

80 Solche objektiven Verhältnisse sind nach Laclau und Mouffe (1985: 122–127) die Realopposition zwischen materiellen Objekten und der logische Widerspruch zwischen Konzepten. In diesen beiden Fällen stehen sich die Identitäten zweier Objekte bzw. Konzepte gegenüber. Wenn das *Eine* existiert bzw. wahr ist, kann das *andere* nicht auch existieren bzw. wahr sein. Beim antagonistischen Verhältnis bedingt die Identität der einen Seite die Identität der anderen Seite.

Die realpolitische Ausprägung des Antagonismus äußert sich in einer konflikthaften Relation zwischen Subjektpositionen. Am Beispiel der kapitalistischen Produktionsweise lässt sich verdeutlichen, wo der Unterschied zwischen den beiden Dimensionen des Antagonismus zum Tragen kommt (vgl. Wullweber 2012: 45–47). Laclau argumentiert, dass die kapitalistische Produktionsweise nicht inhärent antagonistisch sei: Die Identität des Einen (Verkäufer_in von Arbeitskraft) wird durch die Existenz des Anderen (Käufer_in von Arbeitskraft) nicht bedroht, im Gegenteil. Antagonistisch (im ontologischen Sinn) ist dieses Verhältnis aber in Bezug auf ein Drittes, nämlich das Leben außerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses (Laclau 1990: 11). Wenn beispielsweise niedrige Löhne dazu führen, dass die Wohnverhältnisse oder der Zugang zu Konsumgütern prekär werden, bedrohe dies die Identitäten der Lohnarbeitenden (ebd.: 8–9). Das kapitalistische System ist damit für die Identität von Arbeiter_innen zugleich konstitutiv und eine Bedrohung, denn es erzeugt permanent Dislokationen: Risse im Bedeutungssystem. Diese können politisches Handeln nach sich ziehen. Im Zuge dessen kann sich ein konkreter Antagonismus zwischen den Subjektpositionen von Arbeit und Kapital entwickeln: „It is only if the worker resists such an extraction [of surplus value] that the relationship becomes antagonistic“ (ebd.: 9). Gestützt von nationalistischen, rassistischen und meritokratischen Diskursen kann aber auch ein konkreter Antagonismus zwischen der Subjektposition des sich als leistungsbereit, fleißig und kooperativ konstruierenden Arbeiters und einem als faul und schmarotzend konstruierten Anderen geschaffen werden (Laclau/Mouffe 2001: 141; Wullweber 2012: 46f.). Die Kontinuität und der Bruch zwischen marxistischen Gesellschaftstheorien und der Hegemonietheorie wird hier deutlich: Als ontologisches Konzept ist der Antagonismus auch im Postmarxismus ein konstitutives Element des Sozialen. Seine Reduktion auf ein ökonomisches Verhältnis wird jedoch verworfen. Ob eine Gesellschaft vom Klassenkampf geprägt wird, entscheidet sich in der politischen Praxis. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit ist in diesem ontischen Sinne eine mögliche Ausprägung eines antagonistischen Verhältnisses, seine erkenntnistheoretisch privilegierte Stellung hat es jedoch verloren.

Wenn ich im Folgenden untersuche, wie sich die Netzbewegung in Abgrenzung zu denjenigen gesellschaftlichen Kräften, die die Entfaltung des Internets verhindern, als Hegemonieprojekt konstituiert, ist die realpolitische Abstraktionsebene des Antagonismus angesprochen. Darüber hinaus interessiert mich das Verhältnis zwischen dem Hegemonieprojekt der Netzbewegung und denjenigen Elementen, die je nach Perspektive außerhalb bzw. am Rande des untersuchten Diskurses verortet sind. Um dies zu fassen, müssen noch zwei weitere Begriffe eingeführt werden: Dislokation und soziale Heterogenität.

Wie oben in Bezug auf die ontologische Dimension des Antagonismus gezeigt, hängt die Möglichkeit, Bedeutungen zu fixieren, von der Existenz

eines radikalen Außen ab. Die Erfahrung dieser Grenze schreibt sich in den Diskurs ein und verhindert die vollständige Fixierung von Identität (Laclau/Mouffe 2001: 125). Laclau (1990: 39ff.) nennt dieses Einbrechen des radikalen Außen in den Diskurs Dislokation.⁸¹ In „On Populist Reason“ (2005) führt Laclau für das radikale Außen des Diskurses zudem den Begriff der „social heterogeneity“ ein; in späteren Texten spricht er lediglich von „heterogeneity“: „We understand by a heterogeneous relation one existing between elements that do not belong to the same space of representation“ (Laclau 2014: 161). Die Zugehörigkeit zweier Elemente zu unterschiedlichen *spaces of representation* verweist darauf, dass ihre Beziehung keine einfache Differenz, sondern eine Superdifferenz ist. Diese wird im Zuge der Dislokation instabil, denn wenn die Dislokation der Moment ist, in dem das radikale Außen in den Diskurs einbricht, wird folglich das im Diskurs nicht Repräsentierte – soziale Heterogenität – erfahrbar. Die diskursive Relation zwischen Elementen, die bislang schlicht ‚nichts miteinander zu tun‘ hatten, muss neu artikuliert werden. Elemente, die bislang nicht Teil des Diskurses waren, können in die Äquivalenzkette eingegliedert werden, als Teil des antagonistischen Anderen artikuliert oder durch eine superdifferenzielle Grenzziehung erneut aus dem Diskurs ausgeschlossen werden. Auf diese Überlegung werde ich im Verlauf der Arbeit zurückgreifen, um das Verhältnis des Hegemonieprojektes der Netzbewegung zu Elementen zu beschreiben, die zunächst nicht Teil des Diskurses sind – weder auf der Seite der Netzbewegung noch ihrer Gegner_innen (vgl. Kapitel 7).

3.2.3 *Artikulationen des Politischen: Hegemonie und leerer Signifikant*

Mit dem Begriff Hegemonie beziehen sich Laclau und Mouffe auf Antonio Gramsci (1991). Gramscis Hegemonieverständnis besagt, dass gesellschaftliche Vorherrschaft nicht allein über repressive Machtausübung abgesichert wird, sondern indem eine gesellschaftliche Gruppe ihre Interessen als gesellschaftliches Allgemeininteresse ideologisch durchsetzt. Hegemonie ist „eine bestimmte Form der politischen Macht, die durch Konsens und Zustimmung und auf der Ebene von Moral, Kultur und Ethik funktioniert“ (Opratko

81 In der hegemonietheoretischen Debatte existieren unterschiedliche Ansichten darüber, ob es sich bei Dislokationen um historische Besonderheiten oder um permanente Phänomene handelt (vgl. Bedall 2014: 44; Wullweber 2010: 75). Ich lese Laclaus Begriff der Dislokation wie Wullweber (ebd.) nicht als außergewöhnliche Erscheinung, gehe aber davon aus, dass ‚große‘, ereignishaft Dislokationen wie etwa ein atomarer GAU oder große globale Fluchtbewegungen eine besondere Herausforderung für den Diskurs darstellen. Aber auch permanente ‚Dislokationchen‘ tragen mit der Zeit zur Transformation der diskursiven Ordnung bei.

2012a: 37).⁸² Diese Macht könne sich entfalten, wenn Basis und Überbau miteinander in Übereinstimmung gebracht werden, wodurch sich ein historischer Block formiere, der die Ideologie der herrschenden Klasse in verschiedenen Gesellschaftsbereichen reproduziert. „Hegemonie“ bezeichnet demnach also eine Situation, in der eine Gruppe oder Klasse ihre Herrschaft gesamtgesellschaftlich organisiert“ (Opratko 2012a: 42). Im Zuge ihrer Kritik des Ökonomismus befreien Laclau und Mouffe Gramscis Hegemoniebegriff von seinem direkten Bezug zu den Produktionsverhältnissen. Übrig bleibt die Überlegung, dass sich in der Formierung eines kollektiven Willens die Universalisierung eines Partikularen ausdrücke. So entwickeln Laclau und Mouffe Hegemonie zu einer spezifischen diskursiven Logik des Politischen weiter. Hegemonie bedeutet damit zweierlei: Sie ist eine gesellschaftliche Situation sowie ein Modus des politischen Diskurses, der liberal-demokratisch organisierte Gesellschaften prägt (vgl. Wullweber 2012).⁸³

Was heißt es nun, Hegemonie als diskursive Logik zu denken? Bedeutung entsteht, wie oben gezeigt, wenn Elemente zueinander in Relation gesetzt werden und die Differenz zwischen Elementen durch die Artikulation von Äquivalenz zeitweise überwunden wird. Die Elemente werden Teil von Äquivalenzketten und ihre Identitäten dadurch modifiziert – unter der Bedingung eines konstitutiven Außen, das verhindert, dass das System von Differenz und Äquivalenz ins sich zusammenfällt (Laclau/Mouffe 2001: 129). In diesem System von Differenzen und Bedeutungsknoten entsteht Hegemonie durch etwas, das Laclau (1990) den leeren Signifikanten nennt. Der leere Signifikant ist ein partikulares Element, das innerhalb einer Äquivalenzkette eine besondere Funktion übernimmt: Es beginnt, die Gemeinsamkeit der Äquivalenzkette zu repräsentieren, spricht zu hegemonialisieren, während andere Elemente ‚einfache‘ Glieder der Äquivalenzkette bleiben. Die Äquivalenzbeziehung zwischen zwei Elementen kann, wie gezeigt, nur in Bezug auf ein Element außerhalb der Signifikationskette artikuliert werden. Aus diesem Grund muss ein Element, das die gesamte Äquivalenzkette repräsentiert, auch das ausgeschlossene Andere der sozialen Heterogenität signifizieren. Negativität in diesem Sinne zu positivieren ist allerdings eine unmögliche Operation, wenn es um Signifikantensysteme geht: Etwas jenseits des „space of representation“ (Laclau 2014: 161) kann schließlich nicht sprachlich ausgedrückt werden. Es kann sich aber, so Laclau (1996: 126), durch Unterbrechungen im System der Signifikation zeigen, die in diesem Fall in

82 Es ist der Verdienst Gramscis, auf die politische Bedeutung von Alltagspraktiken, Alltagskultur und des so genannten „common sense“ – und damit auf die Bedeutung von superstrukturellen Faktoren – hingewiesen zu haben.

83 Auf diese Weise füllen Laclau und Mouffe eine Leerstelle der Diskurstheorie (Howarth 2000: 81–84). Opratko (2012b: 73) kritisiert jedoch, dass Hegemonie dadurch ontologisiert wird und so als „Universalschlüssel“ für jedes „empirisch-konkrete Schloss“ erscheinen kann.

einer Entleerung eines Signifikanten von dessen partikularer Bedeutung besteht. Entleerung heißt, dass Äquivalenzbeziehungen die bedeutungsstabilisierende Differenz gewissermaßen verdrängen. Dadurch kann der leere Signifikant als „signifier of the absent communitarian fullness“ (Laclau 1996: 43) das gesamte Signifikationssystem repräsentieren. In späteren Arbeiten bezeichnet Laclau diese „fullness“ als Universalität (Laclau 2000a: 56f., vgl. Nonhoff 2006: 127). Nonhoff übersetzt dies mit dem „Allgemeinen“, das sich im Vergleich zum Universellen eher im spezifischen Bezug, d. h. als „spezifisches Allgemeines“ denken lasse (Nonhoff 2006: 116). Das Allgemeine selbst sei undarstellbar und könne deshalb „nur als ‚symbolisches Allgemeines‘ diskursiv präsent sein“ (ebd.: 117).

Im Raum des Symbolischen konkurrieren eine Vielzahl von Signifikanten darum, das Allgemeine zu repräsentieren. An dieser Stelle treffen nun also das Universelle und das Partikulare aufeinander: Das kollektive Begehren,⁸⁴ den Mangel an universeller Fülle zu überwinden, ermöglicht diskursive Artikulationen, die versuchen, dieses Allgemeine zu repräsentieren. Es setzt ein Ringen um den Platz des leeren Signifikanten ein, der die Funktion übernimmt, den Mangel am Allgemeinen zu beheben. „[Jene] paradox erscheinende Logik, im Rahmen derer das Allgemeine konflikthaft verhandelt wird“ (ebd.: 109), bezeichnet Nonhoff als das entscheidende Merkmal politischer Diskurse.

In einem politischen Diskurs konkurrieren also verschiedene partikuläre Elemente darum, das Allgemeine zu repräsentieren. Diejenigen Elemente, die in diesem Spiel erfolgreich sind, transzendieren ihre eigene Partikularität ein Stück weit und werden „zum Kristallisationspunkt universalisierender Effekte“ (Nonhoff 2006: 118) – zu leeren Signifikanten. Indem sie sich auf das radikale Andere jenseits der antagonistischen Grenze beziehen, repräsentieren sie nicht nur Fülle, sondern verweisen zugleich auf die Unmöglichkeit einer vollständigen Realisierung von Identität (vgl. 3.2.2). Dieses negative Korrelat des Allgemeinen bezeichnet Laclau als „the total ‚crime‘“ (Laclau 2000a: 56), Glynos et al. (2009: 11f) nennen es „the horrific dimension of fantasy“, Nonhoff (2006: 148) nennt es weniger dramatisch den „Mangel am Allgemeinen“. Auch der Mangel muss aber (versuchsweise) im Diskurs repräsentiert werden. Dadurch kommt es zu einer Zweiteilung des diskursiven Raumes, bei der sich zwei Äquivalenzketten gegenüberstehen: Die „protagonistische Kette“, deren Signifikanten „auf die Behebung des Mangels zielen“ (Marchart 2013: 160) und deren Einheit durch den leeren Signifikanten repräsentiert wird, und die „antagonistische Kette“, die aus Signifikanten besteht, „denen der verallgemeinerte Mangel angelastet wird“ und die durch einen „Signifikanten des Mangels“ repräsentiert werden (ebd.). Auf diese

84 Der Begriff des Begehrens deutet an, dass die hier vorgestellten Überlegungen von Laclau in Auseinandersetzung mit psychoanalytischen Konzepten Lacans formuliert wurden. Dies lasse ich um einer kurzen Darstellung willen außen vor.

Weise wird das radikale Außen (der ontologische Antagonismus), das Intelligibilität grundsätzlich bedroht, zu einem konkreten Gegenüber. Damit lässt sich die Unterscheidung zwischen der ontologischen und ontischen Dimension des Antagonismus, die ich von Wullweber (2010; 2012) übernommen habe, reformulieren: Während der ontologische Antagonismus die Grenze des Repräsentierbaren bezeichnet, ist der konkrete ontische Antagonismus eine Grenze innerhalb eines spezifischen Diskurses, an der sich zwei Äquivalenzketten gegenüberstehen.⁸⁵

Vereinfacht, und damit notwendiger Weise verkürzt gesagt, bedeutet der leere Signifikant ‚alles und nichts‘. Er wird mit einer Vielzahl von Ideen und Konzepten in Verbindung gebracht, ohne dass seine – ohnehin nicht existente – ‚eigentliche‘ Bedeutung greifbar ist. In Vorgriff auf die Analyse (vgl. Kapitel 5.1.2) kann der leere Signifikant des hier untersuchten Diskurses als Beispiel dienen: Ohne dass festgelegt wäre, welchen Freiheitsbegriff die Netzbewegung konkret mit dem Internet verbindet, vereint der Gedanke, die Freiheit des Internets müsse verteidigt werden, eine ganze Reihe von unterschiedlichen Forderungen und Positionen, die zum Teil nicht miteinander vereinbar sind. Der leere Signifikant das ‚freie Internet‘ ist eine hegemoniale Artikulation, weil er eine Reihe von Konzepten, Projekten und ‚Fakten‘ unter einem Begriff vereint, und verspricht, einen Mangel zu beheben, zum Beispiel einen Mangel an Freiheit, Fortschritt und Solidarität. Damit ist der leere Signifikant zugleich eine Aufforderung: Wer dafür ist, den Mangel zu beheben, sollte sich für das ‚freie Internet‘ einsetzen. Der leere Signifikant etabliert eine Hegemonie, die sich auf einen spezifischen Bereich bezieht (hier die deutsche Netzpolitik) und diejenigen gesellschaftlichen Kräfte absichert, die Teil der Äquivalenzkette sind.⁸⁶

Nonhoff unterscheidet zwischen politischen und hegemonialen Artikulationen, hegemonialen Formationen, hegemonialen Projekten und Hegemonie. Damit schlägt er eine Brücke zwischen einer hegemonialen Artikulation, d. h. einer Beziehung zwischen Elementen, bei der ein partikulares Element zum leeren Signifikanten wird, und gesellschaftlicher Hegemonie. Politische Artikulationen beziehen Forderungen auf das Allgemeine. Hegemoniale Artikulationen erheben darüber hinaus den Anspruch, die Äquivalenzkette als Ganzes zu repräsentieren (Nonhoff 2006: 138). Eine hegemoniale Formation⁸⁷ ist ein „dynamisches und zugleich relativ stabiles Arrangement von Artikulationen[, in dessen] Zentrum eine umfassende Forderung steht, die das kollektive Be-

85 Eine graphische Darstellung dessen findet sich bei Bedall (2014: 44; vgl. Abb. 4).

86 Weitere Beispiele für leere Signifikanten sind „echte Demokratie“ bei Occupy Wallstreet und in den Krisenprotesten Griechenlands (Opratko 2012a), die Soziale Marktwirtschaft in der Sozial- und Wirtschaftspolitik der BRD ab 1950 (Nonhoff 2006) und Nanotechnologie in der europäischen Technologie- und Forschungsförderung (Wullweber 2010).

87 Nonhoff (2006: 35) spricht von Formationen-Formierungen, um die Doppelbedeutung des französischen *formation* mitzuführen.

gehen nach dem Allgemeinen für das gesamte betroffene Kollektiv konkretisiert“ (ebd.). Das hegemoniale Projekt ist die Praxis der Artikulation einer solchen Formation (ebd.: 140f.). Der Forschungsgegenstand meiner Arbeit, die Netzbewegung, ist ein hegemoniales Projekt, das eine spezifische hegemoniale Formation artikuliert. Hegemoniale Projekte lassen sich zudem auch innerhalb von hegemonialen Formationen identifizieren. Wenn zwei Diskursparteien innerhalb einer hegemonialen Formation um die diskursive Vorherrschaft und die Deutung der umfassenden Forderung ringen, spricht Nonhoff von einem hegemonialen Projekt auf zweiter Ebene (ebd. 204–206). Eine Voraussetzung dafür ist, dass sich eine hegemoniale Formation bereits über längere Zeit stabilisiert hat. Ich werde darauf in Zusammenhang mit dem Post-Privacy-Diskurs der Netzbewegung zu sprechen kommen (vgl. Kapitel 7). Der Begriff der Hegemonie ist schließlich für erfolgreiche hegemoniale Projekte reserviert, die Nonhoff folgendermaßen definiert:

„Ein hegemoniales Projekt kann in dem Ausmaß als erfolgreich bzw. eine Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie in dem Ausmaß als erreicht gelten, in welchem im Rahmen einer diskursiven Praxis ein diffuses kollektives Begehren nach dem imaginären Allgemeinen nicht nur durch eine umfassende Forderung zur Behebung des Mangels an Allgemeinem, die auf ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist, konkretisiert wird, sondern in dem diese Forderung als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet.“ (Nonhoff 2006: 148)

Erfolgreiche Hegemonien schaffen es, ihre Vorstellung von gesellschaftlicher Ordnung über einen längeren Zeitraum abzusichern. Das Politische wird auf diese Weise Teil des Sozialen, soziale Verhältnisse erscheinen alternativlos, normal oder natürlich. Das Vergessen der kontingenten Ursprünge von Hegemonie, das mit dem machtvollen Ausschluss von Alternativen einhergeht, bezeichnet Laclau mit dem Begriff der Sedimentation: „Insofar as an act of institution has been successful, a ‘forgetting of the origins‘ tends to occur; the system of possible alternatives tends to vanish and the traces of the original contingency to fade“ (Laclau 1990: 34). Eine sedimentierte soziale Ordnung kann aber jederzeit wieder politisiert werden (ebd.: 35). Auf diese Weise kommen neue und alte Alternativen zum Vorschein. Hegemonie heißt also auch, dass gesellschaftliche Beziehungen im Fluss sind.

Die Netzbewegung ist in diesem Sinne keine bereits realisierte Hegemonie, sondern ein spezifisches hegemoniales Projekt, das den Versuch unternimmt, netzpolitische Aushandlungsprozesse entlang der eigenen Vorstellungen zu entscheiden. Folglich interessiert mich zum einen, welche umfassende Forderung in diesem Diskurs die Funktion des leeren Signifikanten übernimmt und wo der Mangel verortet wird. Zum anderen beschäftige ich mich mit der Reichweite des Hegemonieprojekts: Betrifft es nur die Netzpolitik oder geht es darüber hinaus? Und schließlich frage ich in meiner Analyse,

wie sich die Unterbrechungen im System der Signifikation im Diskurs der Netzbewegung zeigen: Wie wird soziale Heterogenität sichtbar? Damit sind die grundlegenden theoretischen Konzepte aufgearbeitet, mit denen ich die Netzbewegung als Hegemonieprojekt untersuche, bislang allerdings ohne den zentralen theoretischen Begriff dieser Arbeit, die Subjektposition, eingeführt zu haben, der mit der Frage nach den politisch-gesellschaftlichen Kräften, die Hegemonien und hegemoniale Projekte tragen, verbunden ist. Diesen Schritt werde ich im nächsten Abschnitt vollziehen und dabei die Hegemonietheorie mit dem intersektionalen Ansatz verbinden.

3.3 Subjektpositionen im politischen Diskurs

In diesem Abschnitt soll nun ein intersektionales Verständnis von Subjektpositionen entwickelt werden, das die Perspektiven der Hegemonietheorie und der intersektionalen Mehrebenenanalyse miteinander verbindet. Wer trägt das Hegemonieprojekt der Netzbewegung und welche Rolle spielen soziale Differenzen in diesem Diskurs? Opratko kritisiert, dass solche Fragen mit dem Hegemoniebegriff von Laclau und Mouffe nicht beantwortet werden können, da dieser es nicht erlaube, „hegemoniale Strategien in Beziehung zu gesellschaftlichen Strukturen und Positioniertheiten zu setzen, die sich nicht in sprachtheoretischen Metaphern einfangen lassen“ (Opratko 2012a: 143). Aus meiner Sicht liegt dem von Opratko beschriebenen Problem nicht die Begrenztheit sprachtheoretischer Metaphern zugrunde, sondern es handelt sich um eine Frage der Schichtung bzw. Verschachtelung von Hegemonien.⁸⁸ Mit dem Hegemoniebegriff lassen sich stabile gesellschaftliche Figurationen ebenso wie spezifische hegemoniale Projekte und Strategien analysieren, und auch die Träger_innen dieser Projekte lassen sich sprachtheoretisch fassen. Offen ist allerdings, wie der Einfluss bestehender gesellschaftlicher Strukturen – also bereits erfolgreich institutionalisierte Hegemonien – bei der Analyse von Hegemonieprojekten angemessen berücksichtigt werden kann, vor allem wenn sich die Hegemonieprojekte nicht offen gegen diese wenden. Wie oben gezeigt, ist das Soziale das Ergebnis erfolgreicher hegemonialer Projekte, deren sedimentierte Institutionalisierungen die Bühne für gegenwärtige und zukünftige politische Konflikte bilden. In Bezug auf meine Forschung heißt das: Der aktuelle Konflikt um netzpolitische Deutungshoheit findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern auf dem Boden historischer Hegemonialisierungen, welche die gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturen – z. B. Produktionsverhältnisse, Formen der Arbeitsteilung, Konstruktionen

88 Wullweber (2015) begegnet diesem Problem mit einem Modell stratifizierter Hegemonie (vgl. Kapitel 8).

von Geschlecht und Nation –, die symbolische Ordnung und Subjektivitäten prägen. Um diesem Problem zu begegnen, entwickle ich ein intersektionales Verständnis von Subjektpositionen. Dazu betrachte ich in einem ersten Schritt zunächst die Unterschiede, die zwischen der IMA und der Hegemonietheorie hinsichtlich der praxeologischen bzw. diskurstheoretischen Fundierung und der theoretischen Bedeutung des Kapitalismus bestehen. Dann widme ich mich dem Begriff der Subjektposition und argumentiere, dass dieser in Verbindung mit der IMA als Vehikel für die Analyse von sozialen Differenzen in Hegemonieprojekten genutzt werden kann. Im letzten Schritt konkretisiere ich dieses Vorhaben mit Bezug auf die drei intersektionalen Analyseebenen und ihre Wechselwirkungen.

3.3.1 Theorie-Differenzen: Praktiken, Artikulation und kapitalistische Hegemonie

Die intersektionale Mehrebenenanalyse und die Hegemonietheorie verfügen beide über ein relationales Verständnis des Sozialen. „Das bedeutet, dass sich keine soziale Tatsache aus ihrem singulären Sosein erklären lässt, jedes Element wird vielmehr durch die Beziehungen zu anderen Elementen charakterisiert“ (Winker/Degele 2009: 64). Hinsichtlich ihrer theoretischen Fundierung in Praxeologie und Diskurstheorie sowie des theoretischen Status des Kapitalismus⁸⁹ bestehen allerdings auch Inkongruenzen zwischen den beiden Ansätzen.

IMA und Hegemonietheorie unterscheiden sich zum einen hinsichtlich ihrer Fundierungsvokabeln – Praktiken und Diskurse – denen sie jeweils ein „quasi ontologisches Primat“ (Reckwitz 2008b: 189f.) zuschreiben. Winker und Degele nutzen Konzepte aus der bourdieuschen Theorie der Praxis, um die Wechselwirkungen zwischen den drei Analyseebenen zu identifizieren⁹⁰ und verfolgen auch bei der empirischen Analyse den Anspruch, von beobachtbaren sozialen Praxen auszugehen (Winker/Degele 2009: 141). Die Hegemonietheorie dagegen ist eine Diskurstheorie: Sie versteht das Soziale als Signifikationsregime. Die Praxeologie geht, so Reckwitz, davon aus, dass das Soziale und Kulturelle „primär und in letzter Instanz im impliziten Wissen und impliziten Sinn“ (Reckwitz 2008b: 191) existieren, dass dieser Sinn materiell in Körpern und Artefakten verankert und der explizite, sprachliche Sinn lediglich davon abgeleitet ist. Die Diskurstheorie dagegen behauptet,

89 Ein dritter Unterschied liegt darin, dass die IMA von Analyseebenen ausgeht, während die Hegemonietheorie explizit gegen solche Ebenen anschreibt. Dies werde ich in 3.3.3 kommentieren.

90 Sie beziehen sich allerdings auch auf Konzepte, die der Diskurstheorie zuzuordnen sind, wie z. B. den an Stuart Hall orientierten Identitätsbegriff und Butlers Konzept der Performativität (vgl. 3.3.3).

dass „das Soziale/Kulturelle dort vorkommt, wo Handlungen und Dinge etwas für andere bedeuten. [Bedeutung] wird durch kollektive Signifikationsregime reguliert, durch Codes, Formationsregeln, Differenzsysteme usw.“ (ebd.: 192).⁹¹ In der politischen Diskurstheorie Laclaus und Mouffes hat nun die Artikulation als Praxis der Bedeutungserzeugung einen eigenen Platz und schließt auch Nicht-Sprachliches ein. Damit untersucht die Diskurstheorie Regime von Praktiken (Glynos et all. 2009: 9), um die Transformation, Stabilisierung und Aufrechterhaltung von diskursiver Ordnung zu erklären. Mit dem Begriff der Artikulation lassen sich die beiden Perspektiven also in Richtung einer diskurstheoretisch fundierten Artikulationsanalyse verknüpfen. Aus diskursanalytischer Perspektive verstehe ich Intersektionalität als Wechselspiel von Äquivalenz und Differenz, das sich um bestimmte Knotenpunkte, nämlich ungleichheitsgenerierende soziale Strukturen, symbolische Repräsentationen und Identitätskonstruktionen entfaltet.

Auf die Frage, was dieses Spiel antreibt, geben Hegemonietheorie und Intersektionalität wiederum unterschiedliche Antworten. Laclau (1990: 93–96) bezieht sich auf den psychoanalytischen Begriff des Mangels an diskursiver Schließung und Fülle, der den Prozess der Artikulation antreibt. Die IMA sieht den Motor sozialer Praxis dagegen in der Verwertungslogik des kapitalistischen Systems. Der Kapitalismus fungiert im intersektionalen Mehrebenenmodell als theoretische Klammer (Winker/Degele 2009: 25). Die Autorinnen gehen von einem aktuell weltweit vorherrschenden kapitalistischen System aus, in dem miteinander verschränkte Herrschaftsverhältnisse – Heterosexismus, Rassismus, Bodyismus und Klassismus – kontextspezifisch wirken. Sie bleiben „nicht statisch“, sondern unterliegen „dynamischen Verschiebungen und einem Bedeutungswandel“ (ebd.: 37). Dies drückt sich unter anderem in der Art und Weise aus, wie die Reproduktion der Arbeitskraft und der Zugriff auf passende, kostengünstige und flexible Arbeitskräfte institutionell abgesichert sind: durch Gesetze zur Regulation des Arbeitsmarktes, die Regulierung von Migration, zunehmende Eigenverantwortung für die individuelle Gesundheit und Altersabsicherung sowie durch familienpolitische Regulierungen, die derzeit sowohl die Auslagerung der Reproduktionsarbeit an Frauen als auch eine Steigerung der Frauenerwerbsquote zum Ziel haben (ebd.: 26; Winker 2015: 93–96). Solche Regulationsweisen beziehen sich dynamisch auf die vier Herrschaftsverhältnisse (Winker/Degele 2009: 51–53). Für die symbolische Reproduktion der sozioökonomischen Verhältnisse sorgen „Normen, Ideologien und Repräsentationen [als] hege-

91 Reckwitz verortet die Diskurstheorie als eine Theorie der Moderne: Schriftlichkeit, Buchdruck und die Spezialisierung von Wissen seien die Voraussetzungen dafür, dass Diskursen im Unterschied zu nicht-diskursiven Praktiken eine privilegierte Stellung als „primäre Sinngeneratoren für Ordnungen des Denkbaren und Sagbaren“ (Reckwitz 2008b: 193) zukomme. Aus diesem Grund sehen sich, so Reckwitz, Vertreter_innen der Diskurstheorie oftmals dem Vorwurf des Intellektualismus ausgesetzt (ebd.: 194).

monial abgesicherte Begründungen, [die] auf naturalisierenden und/oder hierarchisierenden Bewertungen auf der Grundlage vielfältiger Differenzkategorien“ (Winker/Degele 2009: 26) beruhen. Auf der Identitätsebene trage schließlich die Verunsicherung von sozialen Akteur_innen ihren Teil zur Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse bei. Sie äußert sich in Identitätskonstruktionen, mit denen auch immer die Abgrenzung gegenüber anderen einhergehe (ebd.: 25–27, 60).

Hegemonietheoretisch gesprochen untersucht das Mehrebenenmodell von Winker und Degele also artikulatorische Praktiken in ihrem Bezug zur Hegemonie des neoliberalen kapitalistischen Systems.⁹² Für die Hegemonietheorie ist Hegemonie jedoch „weder auf einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich reduzierbar [ist] noch durch eine andere Logik (z. B. eine ökonomische oder kulturelle) determiniert“ (Wullweber 2012: 35). Während also die IMA das kapitalistische System als theoretische Klammer nutzt, eröffnet die epistemologische Rahmung durch die Hegemonietheorie, die ich hier vorschlage, die Möglichkeit, die intersektionalen Wechselwirkungen auch auf spezifische hegemoniale Projekte zu beziehen. Der für die vorliegende Arbeit entscheidende Vorteil eines solchen Vorgehens liegt darin, offener für die Kontingenz politischer Diskurse zu sein.⁹³ Da jedoch artikulatorische Praktiken von mannigfaltigen hegemonialen Formationen überdeterminiert sind, ist eine vollständige Analyse aller hegemonialer Formationen, die sich in ein Hegemonieprojekt einschreiben, schon aus forschungspraktischer Sicht kaum möglich. Die Herausforderung besteht also darin, neue, umkämpfte Hegemonieprojekte in den Blick zu nehmen, ohne die Prägekraft von bestehenden Hegemonien zu unterschätzen, aber auch ohne diese zu einer determinierenden letzten Instanz zu machen. Da Laclau und Mouffe nicht zwischen ontologischen Aussagen und „sozialwissenschaftlichen Konzepten zur Untersuchung konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse“ (Opratto 2012a: 72) unterscheiden, liefern sie kaum konkrete Anhaltspunkte dafür, wie hegemoniale Verhältnisse wie der Kapitalismus oder das Geschlechterverhältnis in die Analyse von spezifischen hegemonialen Projekten eingebunden werden können. Die intersektionale Mehrebenenanalyse bietet dazu einen guten Anhaltspunkt. Im Rahmen meiner Analyse steht das Hegemonieprojekt der Netzbe-

92 Damit legen sie eine Lesart nahe, wonach soziale Praxis in letzter Instanz durch politisch-ökonomische Produktionsweisen bestimmt wird. Anders als bei Gramsci, dem Laclau und Mouffe vorhalten, er setze das Klassenverhältnis in letzter Instanz als „single unifying principle in every hegemonic formation“ (Laclau/Mouffe 2001: 69), beziehen Winker und Degele die „Gemeinsamkeiten der vier Strukturkategorien“ (Winker/Degele 2009: 51) allerdings auf die Verwertungslogik des kapitalistischen Systems, nicht auf das Klassenverhältnis.

93 Winker und Degele dagegen legen mit ihrem Modell dezidiert ein anderes Erkenntnisinteresse nahe. Ihnen geht es um eine subjektwissenschaftlich fundierte und auf die Erweiterung von Handlungsfähigkeit zielende Analyse sozialer Ungleichheit, nicht um die Analyse politischer Diskurse.

wegung im Mittelpunkt, das ich ausgehend von den Subjekten rekonstruiere, um davon ausgehend aber auch die Relationen zwischen diesem Projekt und anderen Diskursen und hegemonialen Formationen in den Blick zu nehmen. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, sowohl Hegemonien auf zweiter Ebene (Nonhoff 2006: 204–206), die in der Netzbewegung wirksam sind, zu berücksichtigen, als auch die Ergebnisse meiner Analyse gesellschaftstheoretisch einzubetten. Als erkenntnistheoretisches Werkzeug dient dabei das Konzept der Subjektposition, das ich im nächsten Teil einführe.

3.3.2 *Subjektpositionen*

Im Aufsatz „New Social Movements and the Plurality of the Social“ argumentiert Laclau (1985), dass die Akteur_innen, Interessen und Konfliktformen Neuer Sozialer Bewegungen nicht als Klassenkampf von Klassen mit Klasseninteressen verstanden werden können. Statt vorauszusetzen, dass kollektive Akteur_innen über bestimmte Interessenidentitäten verfügen, schlägt er vor, jene als Pluralität von Subjektpositionen zu denken, die sie in unterschiedlichen diskursiven Formationen konstituieren (ebd.: 31f.). Subjektpositionen sind für Laclau

„key to understand the peculiarity of the new social movements: their central characteristic is [...] that an ensemble of subject positions (at the level of, the place of residence, institutional apparatuses, various forms of cultural, racial and sexual subordination) have become points of conflict and political mobilisation.“ (Ebd.)

Diesem Verständnis nach bringen soziale Verhältnisse keine statischen Subjektpositionen hervor, die in sozialen Bewegungen ihre Repräsentation finden. Es handelt sich vielmehr um multiple und politisch umkämpfte Knotenpunkte subjektiver Verortung, die sich zu sozialen Bewegungen formieren können. Deshalb bieten sich Subjektpositionen als Anschlusspunkt für intersektionale Analysen an. Um diesen Gedanken zu erläutern, gehe ich zunächst auf den hegemonietheoretischen Subjektbegriff ein und komme dann auf Subjektpositionen in politischen Diskursen zurück.

Der Subjektbegriff Laclaus und Mouffes schließt an die Dekonstruktion des „metaphysischen Willenssubjektes“ (Marchart 2010: 313) an. Nonhoff/Gronau (2012) fassen die Überlegungen zum ‚dezentrierten‘ Subjekt zusammen: „Erstens konstituiert sich das Subjekt überhaupt erst vor dem Hintergrund immer schon vorhandener Diskurse und im Zuge seiner diskursiven Aussagen bzw. Artikulationen. Zweitens entgleitet die Diskursproduktion, an der die Subjekte beteiligt sind, ihren Intentionen“ (Nonhoff/Gronau 2012: 121). Butler (1991) denkt das Subjekt als Effekt einer performativen Praxis der Identifizierung. Antriebskraft dieser Identifizierung ist aus hegemonietheoretischer Sicht der Mangel, der dadurch entsteht, dass diskursive

Differenzsysteme nicht fixiert sind und die symbolische Ordnung durch die Dislokation unterminiert wird (Laclau 1990: 210; Nonhoff/Gronau 2012: 124). Die Unvollständigkeit des Diskurses treibt also auch das Subjekt an, den Mangel an Identität-mit-sich-selbst symbolisch zu füllen. Laclau konzeptualisiert dies mit Rückgriff auf Derridas Begriff der Unentscheidbarkeit als ein Oszillieren zwischen Determiniertheit und Entscheidung (Derrida 1988: 148).⁹⁴ Weil die diskursive Ordnung brüchig ist, kann sie Entscheidungen nicht determinieren, sondern nur Möglichkeiten vorgeben. Das Subjekt überbrückt die Risse im Diskurs, in dem es Entscheidungen trifft und damit Kontingenzschließungen produziert. In Anschluss an diese Überlegung hebt Nonhoff die Handlungsfähigkeit des Subjektes hervor, das er, stärker als Laclau, als „artikulierende[s] Subjekt“ akzentuiert (Nonhoff 2006: 151). Da das Subjekt immer auch selbst in Relation zum Diskurs stehe, den es mit seiner Entscheidung verändere, verändern seine Entscheidungen auch seine Identität. Kontingenzschließung bedeutet, mögliche Alternativen zu unterdrücken (Laclau 1990: 30): „The constitution of a social identity is an act of power and that identity as such *is* power“ (ebd.: 31). Hierin liegt die Bedingung der Möglichkeit, dass sich Subjekte als Teile von politischen Diskursen artikulieren – sei es als Arbeiter, Kommunistin, Pirat, Sexarbeiterin, Nerd, Feminist_in oder queere *Person of Color*.

Das Verhältnis von Subjekt und Subjektposition lässt sich wie folgt beschreiben: Durch Artikulationen treten Subjekte an bestimmten Positionen in den Diskurs ein (Nonhoff 2006: 159), denn um einen Diskurs fortschreiben zu können, müssen sie Teil dieses Bedeutungssystems sein. Subjektpositionen und ihr Verhältnis zueinander sind deshalb Elemente des Diskurses. Die fortlaufende Artikulation von Subjektpositionen ist damit ein wesentlicher Bestandteil der artikulatorischen Strukturierung des diskursiven Raumes (Reckwitz 2008a: 74).⁹⁵ Damit geht einher, dass auch Subjektpositionen mit Dislokationen konfrontiert werden, also mit etwas, das innerhalb des Diskur-

94 Keller kritisiert, bei Laclau blitze ein Umkippen des determinierten Subjektes in ein Entscheider-Subjekt, das außerhalb der Struktur steht, auf (Keller 2012: 79f.). Dies trifft insofern nicht zu, als dass Laclau die Unentscheidbarkeit als konstitutiven Teil diskursiver Struktur ansieht. Sie ist keine ausnahmsweise eintretende, abgrenzbare Phase, die den Zustand der Determiniertheit des Subjektes durch die Struktur unterbricht.

95 Ein Beispiel für die Produktion einer Subjektposition liefert Gutiérrez Rodríguez für Migrations- und Asylpolitiken im Neoliberalismus, wenn sie schreibt: „Explizit operiert der neoliberale Staat auf dieser Grundlage nicht nur, indem er sich an Kriegen beteiligt, sondern auch durch den legalen Entzug von Bürger_innen- und Menschenrechten. Über Asyl- und Migrationspolitiken wird der juristische Sonderstatus des ‚Ausländers‘ mittels einer institutionellen hierarchischen Abstufung in unterschiedlichen Entrechtungskategorien wirksam gemacht. Ein Teil der Bevölkerung wird so entlang von Diskursen und Praktiken zu einer zu erklärenden, zu versorgenden, zu verwaltenden oder zu integrierenden, ethnisch-kulturell differenzierten Bevölkerungsgruppe gemacht. Ein System der Kontrolle, des Überwachens und Verwaltens kreiert so die Migrant_innen in den Worten Jasbir Puar als ‚data bodies‘“ (Gutiérrez Rodríguez 2011: 93–94).

ses symbolisch nicht repräsentierbar ist (Laclau 1990: 39; vgl. 3.2.2).⁹⁶ Die Bruchhaftigkeit des Sozialen erzeugt permanent Situationen, in denen die hegemoniale Ordnung in Frage gestellt wird. Die diskurstragenden Subjekte werden dadurch zu politischen Artikulationen herausgefordert. Es werden, wie in 3.2 ausgeführt, partikulare Forderungen artikuliert, die zusammen mit anderen Forderungen Äquivalenzketten formen können, welche einem konkreten Antagonismus – einem symbolischen Stellvertreter des Mangels – entgegengesetzt werden. Im Zuge dessen werden auch Subjektpositionen als Elemente in die Äquivalenzkette eingereiht und auf diese Weise politisiert (Laclau 2000b: 301). Bestimmten Forderungen kommt dabei die Funktion zu, die universalistische Dimension der Äquivalenzkette, die die Partikularität einzelner Subjektpositionen und Forderungen überschreitet, zu repräsentieren, indem sie zu leeren Signifikanten werden. Ein hegemoniales Projekt ist in diesem Sinne auch ein Projekt der Universalisierung partikularer Subjektpositionen.

Wie lassen sich nun politisierte Subjektpositionen und soziale Herrschaftsverhältnisse zusammen denken? In Anlehnung an Anna Marie Smith (1998a: 97–100) spreche ich mich dafür aus, soziale Kategorien wie Geschlecht, ‚Rasse‘, Klasse und Körper als für die soziale Verortung von Subjekten besonders wirkmächtige Signifikationsysteme zu betrachten. Als diskursive Knotenpunkte waren sie bereits über einen längeren Zeitraum Teil von gesellschaftlich durchgesetzten Hegemonien. Sie sind als wesentliche Elemente des „Feldes sedimentierter, unhinterfragter Rituale und Institutionen“ (Marchart 2010: 299) hegemonial abgesichert, und insofern auch an Subjektivierungsprozessen beteiligt. In einem Prozess der Sedimentierung, den Butler auch Materialisierung nennt, werden Herrschaftsverhältnisse performativ in Subjektpositionen eingewoben (Butler 1995: 39). Diskursive Knotenpunkte wie Mann oder Frau sind damit geradezu unausweichlich, weil sie in alle Diskurse hineinwirken – alleine schon, weil die diskurstragenden Subjekte in die heteronormative Matrix der Intelligibilität (Butler 1991: 38f.) eingebunden sind. Sie sind allerdings auch polysemisch, also mit vielen Bedeutungen verbunden, wie etwa in der Bedeutungskette Frau-Mutter-Heilige-Hure deutlich wird.⁹⁷ Dies eröffnet die Möglichkeit, sie in spezifischen Diskursen auf spezifische Weise zu artikulieren und dabei hegemoniale Diskurse anzugreifen, das heißt „soziale Beziehungen zu politisieren, etwa durch die Artikulation von – nie einfach ‚natürlich bestehenden‘ – Antagonismen“ (Wöhl 2007: 141). Die Subjektpositionen, die in politischen Diskursen artikuliert werden, sind also erstens nicht soziale Strukturen determiniert. Zwei-

96 Eine ähnliche Überlegung findet sich bei Butler (1991, 1995) bezüglich der konstitutiven Funktion des Scheiterns an normalisierenden Anrufungen, das Positionseffekte evoziert (Smith 1998b: 226f).

97 Laclau spricht von floating signifiers „whose emptiness results from the unfixity introduced by a plurality of discourses interrupting each other“ (Laclau 2000b: 305).

tens sind die Subjektpositionen eines Individuums etwas wesentlich spezifischer als die Schnittmenge seiner Verortung entlang von Geschlecht, ‚Rasse‘, Klasse und Körper. Sie konstituieren sich nicht im luftleeren Raum unabhängig von diesen Knotenpunkten, sondern erhalten ihre Stabilität dadurch, „dass sich verschiedene Unterscheidungssequenzen oder Register in ihr kreuzen“ (Reckwitz 2008a: 74).⁹⁸ Damit sind politische Subjektpositionen intersektionale Geflechte – und das gilt nicht nur für diejenigen politischen Diskurse, die soziale Herrschaftsverhältnisse wie Sexismus oder Rassismus politisieren, sondern auch für andere politische Diskurse. Um die in dieser Arbeit aufgeworfene Frage, wie sich Herrschaftsverhältnisse in einen politischen Diskurs wie den der Netzbewegung einschreiben, stellt das intersektionale Mehrebenenmodell aus meiner Sicht das passende theoretische und methodologische Rüstzeug zur Verfügung.

3.3.3 *Die Materialisierungsebenen intersektionaler Wechselwirkungen*

Wie lassen sich Subjektpositionen nun unter Berücksichtigung ihrer intersektionalen Verfasstheit analysieren? Die intersektionale Mehrebenenanalyse verfolgt, wie in 3.1.2 gezeigt, eine Analyse von Wechselwirkungen auf den drei Materialisierungsebenen: Identität, symbolische Repräsentation und soziale Struktur. Zum Abschluss der theoretischen Betrachtungen werde ich diese in Bezug zur Hegemonietheorie diskutieren. Grundsätzlich verstehe ich diesen Ansatz als heuristischen Zugang zur Artikulation von Subjektpositionen. Die drei Ebenen soziale Struktur, symbolische Repräsentation und Identität sind demnach keine Ebenen von Gesellschaft im Sinne des Basis-Überbau-Modells, sondern analytisch unterscheidbare Teilaspekte der Artikulation von Subjektpositionen. Sie erlauben es, quer zur Analyse eines spezifischen Diskurses aufzuspüren, welche gesellschaftlich wirkmächtigen, d. h. hegemonial abgesicherten Elemente für die Artikulation von Subjektpositionen eine Rolle spielen.

Soziale Struktur: Strukturelle Herrschaftsverhältnisse

Die vier strukturellen Herrschaftsverhältnisse auf der Ebene sozialer Strukturen sind im intersektionalen Mehrebenenmodell theoretisch gesetzt. Winker und Degele sprechen von Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen und Bodyismen, setzen die Herrschaftsverhältnisse also jeweils ins Plural. In Bezug zum kapitalistischen System, der theoretischen Klammer des Modells, fragen die Autorinnen, wie die kapitalistische Akkumulation mittels dynami-

98 Vgl. Friderike Habermanns (2008) historische Analyse zum Leitbild des „homo oeconomicus“ entlang von sex, race und class.

scher Verschiebungen von Herrschaftsverhältnissen aufrechterhalten, aber auch destabilisiert wird (Winker/Degele 2009: 37). Ein besonderes Augenmerk liegt dabei, neben der Aufrechterhaltung der sozioökonomischen Produktionsverhältnisse und der Wiederherstellung der Produktionsmittel, auf der Reproduktion der Arbeitskräfte (ebd.: 38).

Unter Klassismen verstehen Winker und Degele „Herrschaftsverhältnisse, die auf der Grundlage von Herkunft, Bildung und Beruf deutliche Einkommens- und Reichtumsunterschiede aufrechterhalten“ (ebd.: 44). Klassismen wirken in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ihre Legitimation bezieht sich gegenwärtig in der Regel auf einen individualisierten Leistungsbegriff (ebd.). Der Vorwurf, dass ein in Analogie zu Rassismus und Sexismus gebildeter Klassismusbegriff das Klassenverhältnis kulturalisiere und dessen materielle Grundlage ausblende (Mey 2012: 35–38), trifft auf den Klassismusbegriff von Winker und Degele aus meiner Sicht nicht zu. Sie denken Klasse, ebenso wie die anderen Strukturkategorien, ausdrücklich in Bezug zum kapitalistischen System. Ähnlich wie Laclau (2000b: 297f.; vgl. 3.2.2) argumentieren sie aber, dass sich Klasse im gegenwärtigen Kapitalismus empirisch nicht auf das binäre Schema von Produktionsmittelbesitz und Lohnarbeit reduzieren lässt. Es ist gerade die Dynamik von Subjektpositionen, die die vier intersektionalen Herrschaftsverhältnisse hervorbringen, welche die kapitalistische Akkumulationslogik aufrechterhält (Winker/Degele 2009: 25).

Heteronormativismen bezeichnen „Herrschaftsverhältnisse, die auf hierarchischen Geschlechterbeziehungen sowie der unhinterfragten Annahme natürlicher Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit basieren“ (ebd.: 46); ihre Legitimation erfolgt also im Rekurs auf eine Naturhaftigkeit von Geschlecht (ebd.). Heteronormativismen stützen sich auf einen hegemonialen Geschlechterdiskurs, den Butler (1991) mit dem Begriff der heterosexuellen Matrix beschrieben hat: die hierarchisierte Unterscheidung zwischen biologisch und sozial unterscheidbaren Männern und Frauen, wobei der Mann für das Universelle steht. Das konstitutive Außen dieses Systems der binären Zwangszweigeschlechtlichkeit konstruiert Positionen, die ‚herausfallen‘, wobei die zunehmende Artikulation von trans- und intergeschlechtlichen Subjektpositionen zeigt, dass es in diesem Diskurs zu Verschiebungen kommt.

Rassismen definieren Winker und Degele mit Bezug auf Weiß als strukturelle Machtasymmetrie „zwischen durch symbolische Klassifikationen zu ‚Rassen‘ gewordenen Menschengruppen“ (Weiß 2001a: 29). Diese dienen dazu, dass „politische Interessen in den Mantel natürlicher Differenzen gekleidet werden“ (Winker/Degele 2009: 48). Rassistische Konstruktionen erfolgen historisch sowohl mit biologistischen Zuschreibungen physiologischer Differenz zwischen Menschengruppen als auch als kulturalistischer

„Rassismus ohne Rassen“ (Balibar/Wallerstein 2004; Hall 1989).⁹⁹ Mit der sozialen Konstruktion von ‚Rassen‘ geht auch die von den Postcolonial Studies in den Blick genommene Konstruktion von Zentrum-Peripherie einher (Castro Varela/Dhawan 2015).

Schließlich bezeichnen Bodyismen „Herrschaftsverhältnisse [...] aufgrund körperlicher Merkmale wie Alter, Attraktivität, Generativität und körperliche Verfasstheit“ (ebd. 51); der Begriff fasst also verschiedene körperbezogene Herrschaftsverhältnisse, die mit Begriffen wie Altersdiskriminierung, *lookism* oder *ableism* bezeichnet werden. Eine bodyistische Gesellschaft ist auf normalisierte Körper zugeschnitten und stellt anderen Barrieren in den Weg, stigmatisiert und behindert sie dadurch in ihrer Lebensgestaltung. Auf diese Weise werden normierte, leistungsfähige und gesunde Körper produziert, deren Leistung dem Arbeitsmarkt kostengünstig zur Verfügung steht. Derzeit untersuchen vor allem die Disability Studies die Strukturkategorie ‚Körper‘ in einem herrschaftsanalytischen Zusammenhang (Raab 2012; Waldschmidt 2005).

In der empirischen Analyse werden soziale Strukturen zunächst anhand von Verweisen auf Institutionen, Organisationen oder Gesetzen identifiziert (Winker/Degele 2009: 85). Dabei geht es zunächst nicht darum, im empirischen Material benannte Elemente, die auf soziale Strukturen verweisen, einem konkreten Herrschaftsverhältnis zuzuordnen. Der Zusammenhang zwischen diesen Elementen und institutionell abgesicherten Herrschaftsverhältnissen muss in einem späteren analytischen Schritt herausgearbeitet werden (vgl. Kapitel 4). Winker und Degele gehen davon aus, dass Menschen die Strukturen, „innerhalb derer sie handeln“ (ebd.: 85), in ihrem Sprechen sichtbar machen. Das diesen Überlegungen zugrundeliegende Strukturverständnis lässt sich hegemonietheoretisch reformulieren: Mit Sauer/Wöhl (2008) sind soziale Strukturen institutionell verfestigte artikulatorische Praktiken, d. h. Diskurse, die zu Institutionen, Gesetzen, Regimen und politischen Regulierungen geronnen und damit tief in das Gefüge des Sozialen eingeschrieben sind. Subjekte setzen sich zu solchen hegemonialen Formationen ins Verhältnis. Sie müssen dabei nicht unmittelbar selbst von sozialen Strukturen ‚betroffen‘ sein, um diese als relevant zu erachten. Beispielsweise kann das Asylbewerberleistungsgesetz auch für eine Person ohne Migrationserfahrung mit deutschem Pass eine relevante soziale Struktur sein.

99 Dass Winker und Degele von Rassismen im Plural sprechen, erlaubt es, die Spezifika von rassistischen Artikulationsweisen, etwa des Rassismus gegen Sinti und Roma (vgl. End 2011) oder des Antisemitismus, als solche wahrzunehmen. In Bezug auf Antisemitismus ist es aus meiner Sicht jedoch eine offene Frage, ob auch Konzepte wie der sekundäre und der strukturelle Antisemitismus (Beyer 2015) in dieses Konzept integriert werden können.

Symbolische Repräsentation: Normen, Werte, Stereotype

Im intersektionalen Mehrebenenansatz sind symbolische Repräsentationen eine Ebene, die analytisch von Identitäten und sozialen Strukturen unterschieden wird. Winker und Degele sprechen von Normen, Stereotypen und Werten, ergänzen lassen sich zudem Normalismen (Link 2006) sowie generalisierende Aussagen, die sich auf einen Common Sense beziehen und damit präskriptiven Gehalt haben.¹⁰⁰ „Symbolische Repräsentationen wirken sowohl als Ideologien und Normen der Rechtfertigung für Ungleichheit wie auch als Sicherheitsfiktion struktur- wie identitätsbildend“ (Winker/Degele 2009: 59).¹⁰¹ Im Unterschied dazu konzeptualisiert die Hegemonietheorie nicht nur Ideologien und Normen, sondern auch Institutionen und Identitätskonstruktionen als Teil der symbolische Ordnung.¹⁰² Mit Blick auf die Analyse von Subjektpositionen erscheint es aber aus meiner Sicht sinnvoll, die wirkmächtigen Normen, Stereotype und Werte explizit in den Blick zu nehmen, weil sich anhand der unterschiedlichen Bezüge auf soziale Normen die Kontraste zwischen Subjektpositionen besonders gut herausarbeiten lassen. Die symbolischen Repräsentationen können auf die vier Strukturkategorien Klasse, Geschlecht, ‚Rasse‘ und Körper verweisen (ebd.: 54–59), müssen es aber nicht. Deshalb wird in der empirischen Analyse auf dieser Ebene induktiv vorgegangen. Artikulatorische Praktiken verbleiben innerhalb der hegemonialen Ordnung, wenn etwas als normal, als anerkanntes Wissen oder gar natürliche Ordnung dargestellt wird. Eine solche Reproduktion von Normen trägt zu ihrer Sedimentation bei. Subjekte können diese Ordnung aber auch herausfordern, unterlaufen und destabilisieren (ebd.: 84), indem sie auf Widersprüche hinweisen oder andere Normen und Wertvorstellungen geltend machen. Auf diese Weise werden diskursive Alternativen reaktiviert. Hegemoniale Projekte erheben eigene Wertvorstellungen zur neuen Norm. So ist etwa *Filesharing* im Diskurs der Netzbewegung positiv belegt, wohingegen

100 Aussagen wie ‚Menschen sind halt so‘ sind nicht normativ im engen Sinne, sondern deskriptive Aussagen, die jedoch, gestützt auf den Common Sense, eine nicht überprüfbare Generalisierung vornehmen.

101 Stuart Hall fasst die Funktionsweise von Ideologien in ähnlicher Weise zusammen: „Die Funktionsweise von Ideologien beruht auf der ‚Leistung‘, ihren (individuellen und kollektiven) Subjekten Identifikations- und Wissenspositionen zu bauen, die es ihnen ermöglichen, ideologische Wahrheiten als authentische, originäre Wahrheiten zu ‚äußern‘. Nicht, weil sie tatsächlich unseren innersten, authentischen Erfahrungen entstammen, sondern weil wir uns in den Positionen gespiegelt sehen, die im Mittelpunkt der Diskurse stehen, und von denen aus die von uns formulierten Äußerungen ‚Sinn ergeben‘“ (Hall 1989: 152).

102 Die Diskurstheorie Laclaus basiert auf einer Auseinandersetzung mit der Lacanschen Trias des Symbolischen, Imaginären und Realen. Der Diskurs ist dabei weitestgehend deckungsgleich mit dem Symbolischen, er bezieht jedoch seine Dynamik aus den Relationen zum Imaginären und Realen bezieht (vgl. Laclau 2000a; Nonhoff 2006: 109ff.). Winker und Degele (2009) begründen den Begriff der symbolischen Ordnung nicht psychoanalytisch.

die geltende Rechtslage Verwertungsrechte schützt und somit auf eine gegenteilige Norm verweist.

Identität

Identitäten werden im intersektionalen Mehrebenenmodell als differentielle Selbstkonstruktionen verstanden, bei denen „zwischen dem Selbst und dem Anderen“ (Winker/Degele 2009: 59) unterschieden wird. Winker und Degele beziehen sich auf den diskurstheoretischen Identitätsbegriff Stuart Halls.¹⁰³ Identitätskonstruktionen erfolgen in Abgrenzung gegenüber einem konstitutiven Außen und in Auseinandersetzung mit „unterschiedlichen, ineinandergreifenden [im Original *intersecting*, KG], auch antagonistischen Diskursen, Praktiken und Positionen“ (Hall 2004: 171). Die Wechselwirkung zwischen der Identitätsebene und der Ebene symbolischer Repräsentation lässt sich performativitätstheoretisch begründen: „die Materialisierung von Normen erfordert jene Identifizierungsprozesse, in denen Normen angenommen oder angeeignet werden“ (Butler 1995: 49). Auch wenn Butler betont, dass jene Identifizierungsprozesse nicht von einem Subjekt vollzogen werden (ebd.), schlagen Winker und Degele in empirischer Hinsicht vor, die Akte des ‚übersich-selbst‘-Sprechens in den Blick zu nehmen. Identität bezeichnet also vielfältige, nicht notwendig kohärente Selbstbeschreibungen, die Subjekte von sich und in Abgrenzung zu Anderen artikulieren. Abgrenzung muss hier allerdings nicht mit Abwertung einhergehen.

Wechselwirkungen und Subjektpositionen

Abschließend möchte ich die drei Materialisierungsebenen und ihr Zusammenspiel in Subjektpositionen noch an einem Beispiel verdeutlichen.¹⁰⁴ Im Diskurs um den ‚homophoben Islam‘ (vgl. Yilmaz-Güney 2011) werden Signifikanten wie ‚westlich‘, ‚weiß‘, ‚abendländisch‘, ‚aufgeklärt‘, ‚liberal‘ auf der einen Seite und ‚islamisch‘, ‚orientalistisch‘, ‚ausländisch‘, ‚homophob‘, ‚rückständig‘, ‚traditionalistisch‘, ‚gewalttätig‘ auf der anderen Seite als äquivalent gesetzt, während Signifikanten wie ‚homosexuell‘ und ‚arabisch‘ als different artikuliert werden. Solche Artikulationen vollziehen sich auf allen drei Analyseebenen der IMA: auf der Identitätsebene in der Selbst-

103 In dem von Winker und Degele (2009: 59) zitierten Aufsatz „Wer braucht Identität?“ bezieht sich Hall (2004) explizit auf Laclau (1990). Dazu ist jedoch anzumerken, dass „identity“ in der Hegemonietheorie häufig nicht im personalen Sinn, sondern in Bezug auf Elementen aller Art gebraucht wird (z. B. Laclau/Mouffe 2001: 105). Ich verwende den Begriff im personalen Sinne.

104 Dazu greife ich auf ein Beispiel außerhalb meines Forschungsgegenstandes zurück, anhand dessen sich die Wechselwirkungen in aller Kürze plastisch veranschaulichen lassen. Für eine exemplarische Analyse einer Subjektkonstruktion im Rahmen meiner Erhebung vgl. 4.3.1.

konstruktion des schwulen Weißen, der sich von Männern, denen qua Erscheinungsbild zugeschrieben wird, dem Islam anzugehören, bedroht fühlt; auf der Repräsentationsebene in stereotypen Konstruktionen einer noch nicht in der Moderne angekommenen islamischen Kultur, und schließlich auf der Strukturebene in Einbürgerungstests¹⁰⁵ mit Fragen wie „Stellen Sie sich vor, Ihr volljähriger Sohn kommt zu Ihnen und erklärt, er sei homosexuell und möchte gerne mit einem anderen Mann zusammenleben. Wie reagieren Sie?“. Die diskursive Konstruktion des ‚homophoben Islam‘ hat zur Folge, dass die Subjektposition eines geouteten schwulen Moslems mit arabischer Familie im hegemonialen Diskurs nur dann intelligibel ist, wenn dieser sich von seiner Familie und dem Islam abwendet. Von der politisierten Subjektposition queerer Muslim_as aus wird dieser Diskurs allerdings radikal in Frage gestellt. Sie erzeugen einen neuen Diskurs, der dominanzgesellschaftliche Islam-Diskurse als rassistisch kritisiert.

In epistemologischer Hinsicht gibt es deutliche Unterschiede zwischen der intersektionalen Mehrebenenanalyse und der Hegemonietheorie. Als heuristisches Modell kann die analytische Unterscheidung zwischen den drei Materialisierungsebenen aber, wie hier kurz angerissen, dazu dienen, die Artikulation von Subjektpositionen unter Berücksichtigung von intersektionalen Wechselwirkungen zu untersuchen. Die Subjektpositionen unterscheiden sich als diskursive Knotenpunkte in Bezug auf ihre Stellung hinsichtlich gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Manche Subjektpositionen gehen mit Privilegien einher, während andere marginalisiert sind.¹⁰⁶ Die analytische Trennung von sozialer Struktur, symbolischer Repräsentation und Identität dient dabei als heuristisches Werkzeug zur Analyse subjektiver Positionierungen. Statt die Wechselwirkungen zwischen den Ebenen allerdings ausschließlich mit Bezug auf das kapitalistische System herauszuarbeiten, eröffnet Hegemonie als theoretische Klammer die Möglichkeit, den Antagonismen, Ausschlüssen und dynamischen Verschiebungen im politischen Diskurs nachzuspüren, die sich entlang von Subjektpositionen zeigen.

105 Gesprächsleitfaden zum Baden-Württembergischen Einbürgerungstest (zit. nach taz: 2006).

106 Walgenbach definiert Privilegien als „die strukturelle Dominanz eines sozialen Kollektivs, die sich sehr unterschiedlich ausdrücken kann: in dem bevorzugten Zugang zu Ressourcen, in der Gewissheit privilegierter Subjekte, dass die gesellschaftlichen Institutionen zugunsten des eigenen Kollektivs operieren, in der machtvollen Position, sich selbst der sozialen Norm zugehörig fühlen zu können, die eigenen Werte als universell anzusehen oder die eigene soziale Position als ‚natürlich gegeben‘ wahrzunehmen. Für die Privilegierten selbst bleiben die strukturellen Bevorzugungen dabei oft unsichtbar“ (Walgenbach 2010: 271).

3.4 Zwischenfazit

Im vorliegenden Kapitel wurden die theoretischen Grundlagen ausgearbeitet, die meine Analyse der Netzbewegung leiten. Diese zielt darauf ab, die Netzbewegung als Hegemonieprojekt zu beschreiben, die dort artikulierten Subjektpositionen zu identifizieren und davon ausgehend Aussagen darüber zu treffen, welche Bedeutung soziale Differenzen für die Netzbewegung haben. Das Intersektionalitätsparadigma, das ich im ersten Kapitelteil erläutere, eröffnet eine multidimensionale Perspektive auf soziale Differenzen. Die intersektionale Mehrebenenanalyse verbindet dafür drei Analyseebenen, auf denen sich soziale Praktiken materialisieren. Die Wechselwirkungen zwischen den drei Ebenen und vier sozialen Herrschaftsverhältnissen werden in Bezug zum hegemonial durchgesetzten kapitalistischen System untersucht. Da der wesentliche Bezugspunkt meiner Analyse aber nicht die kapitalistisch strukturierte Gesellschaft, sondern die Netzbewegung ist, verbinde ich die intersektionale Mehrebenenanalyse mit einer diskurs- und hegemonietheoretischen Epistemologie, die ich im zweiten Teil des Kapitels vorgestellt habe. Mit der Hegemonietheorie gehe ich davon aus, dass sich der politische Diskurs der Netzbewegung durch die artikulatorischen Praktiken diskurstragender Subjekte reproduziert. In ihrem Handeln und Sprechen stellen sich Aktivist_innen ins Verhältnis zu hegemonialen Diskursen und zum Diskurs der Netzbewegung. Dabei sprechen sie jeweils nicht von einem neutralen Ort aus, sondern als gesellschaftlich situierte Subjekte. Im dritten Teil habe ich ausgeführt, wie ein intersektionales Verständnis von Subjektpositionen dazu dienen kann, zu untersuchen, wie sich soziale Differenzen über die drei Materialisierungsebenen in politische Diskurse einschreiben. Von dieser intersektionalen Erweiterung der Hegemonietheorie verspreche ich mir, dass der Aspekt der Artikulation eine stärkere Berücksichtigung findet (vgl. Opratko 2012b: 77) und die Verflechtungen zwischen Hegemonieprojekt und gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen stärker zum Vorschein kommen. Im Folgenden werde ich nun darstellen, wie ich die intersektionale Analyse von Subjektpositionen im politischen Diskurs der Netzbewegung empirisch umsetze.

4 Zum methodischen Vorgehen

Die empirische Analyse von Subjektpositionen im politischen Diskurs der Netzbewegung stützt sich auf die im vorangegangene Kapitel theoretisch ausgearbeitete Verbindung von Hegemonietheorie und intersektionaler Mehrebenenanalyse. Im Folgenden werde ich das methodische Vorgehen darstellen und die Auswertungsschritte spezifizieren. Dazu beleuchte ich zunächst den Feldzugang und meine Position im Feld. Außerdem gehe ich auf die Rolle ein, die das soziale Netzwerk Twitter bei der Entstehung dieser Arbeit gespielt hat. Im zweiten Teil erläutere ich die gewählten Erhebungsmethoden. Zunächst begründe ich die Wahl des qualitativen Interviews, anschließend beschreibe ich das theoretische Sampling (Glaser/Strauss 2005) und das problemzentrierte Interview (Witzel 2000). Schließlich stelle ich die Analyseschritte vor, die ich in Anlehnung an die intersektionalen Mehrebenenanalyse (Winker/Degele 2009) und an Hegemonietheorie orientierten Diskursanalyse (Nonhoff 2007; Marchart 2013) bei der Auswertung vollzogen habe.

4.1 Feldzugang und die Position der Forschenden im Feld

Bedingt durch ihre mediatisierte Bewegungskultur vollzieht sich ein großer Teil der Kommunikation der Netzbewegung online. Darüber hinaus trifft sich die netzpolitische Szene auch in Szeneräumen, auf Events und Protestveranstaltungen (vgl. 2.3). Dadurch ergaben sich für mich in den letzten Jahren zahlreiche Gelegenheiten, um in die Netzbewegung einzutauchen. Unter anderem habe ich an einigen Freiheit statt Angst-Demonstrationen in Berlin und der ACTA-Demonstration im Winter 2011 in Hamburg teilgenommen und Veranstaltungen des Chaos Computer Clubs sowie die Re:publica besucht. Im Zuge dessen habe ich nicht nur eine beobachtende Rolle eingenommen, sondern war in das Forschungsfeld involviert.¹⁰⁷ Aufgrund meines

107 Durch Blogposts, Beiträge auf Social-Media-Plattformen, in Zeitungen und Fachbüchern, im Rahmen von Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen sowie einer Radiosendung im Hamburger Radiosender FSK habe ich mich inhaltlich zu netzpolitischen Themen geäußert. In Organisationen und Gruppen bin ich nicht aktiv geworden. Im Rahmen des Forschungsprojektes von Wendelin und Löblich (2013) zu Internet Governance habe ich mich für ein Experteninterview zur Verfügung gestellt. Meine Rolle an der Schnittstelle von Wissenschaft, netzpolitischem Aktivismus und Netzfeminismus habe ich hier transparent gemacht.

Forschungsinteresses und meines Interesses an Netzpolitik und digitaler Kultur basiert mein Wissen über die Netzbewegung, ihre Geschichte und ihr Umfeld in erster Linie auf der ethnographischen Basisarbeit beobachtender Teilnahme. Nach Hitzler bedeutet eine beobachtende Teilnahme, „sich in möglichst Vieles existentiell involvieren (lassen), in verschiedene Rollen schlüpfen, mit-tun, was zu tun je ‚üblich‘ ist, und dabei nicht nur andere, sondern auch sich selber beobachten: beim Teilnehmen ebenso wie beim Beobachten“ (Hitzler 1999: 477). Diese Vorgehensweise ist notwendig, um ein Verständnis für Lebenswelten und Praktiken zu entwickeln, die ein Forschungsfeld prägen. Durch den gewählten Feldzugang sind zahlreiche Kontakte, Bekanntschaften und Freundschaften entstanden, die es mir ermöglichten, Netzpolitik, die Netzbewegung und meine Arbeit mit Expert_innen aus dem Feld zu diskutieren und zu reflektieren. Zudem erhalte ich einen Zugang zu Akteur_innen, Organisationen und Debatten innerhalb der Bewegung, die über die Betrachtung von außen weit hinausgeht.

Als ein besonders wichtiges Werkzeug für meine Forschung hat sich das soziale Netzwerk Twitter herausgestellt. Twitter ist ein Mikroblogging-Dienst, auf dem User_innen kurze Nachrichten (Tweets) von bis zu 140 Zeichen Länge veröffentlichen. Twitter-Accounts sind in der Regel für jede_n im Internet einsehbar. Im Gegensatz zu anderen Netzwerken, in denen Nutzer_innen miteinander ‚befreundet‘ sein müssen, ist das *following* bei Twitter unidirektional und dadurch niedrigschwellig: Nutzerin A abonniert die Tweets von Nutzer B (sprich: sie folgt ihm) unabhängig davon, ob Nutzer B die Tweets von Nutzerin A ebenfalls abonnieren will. Durch Funktionen wie *replies* (Antworten) und *retweets* (das Weiterverbreiten von Tweets an eigene *Follower*) entsteht in Twitter ein spezifisch strukturierter Kommunikationsraum (vgl. Huberman/Romero/Wu 2008; Weller et al. 2014). Indem es meine Aufmerksamkeit auf relevante Themen, Diskussionen und Akteur_innen lenkte, wurde mein Twitter-Netzwerk im Laufe der Zeit zu einem zentralen Instrument des Feldzuganges. Die Plattform ermöglichte es, Akteur_innen über einen längeren Zeitraum zu folgen und auf diese Weise einen Einblick zu bekommen, in welche Kommunikationsnetzwerke eine Person eingebunden ist und welche netzpolitischen Themen sie schwerpunktmäßig bearbeitet. Da viele Nutzer_innen auch ihren Alltag auf Twitter teilen, entsteht im Laufe der Zeit ein aussagekräftiges Bild, das sowohl demographische Merkmale als auch politische Positionen umfasst. Obwohl diese Daten nicht aufgezeichnet wurden,¹⁰⁸ erwies sich das Vorgehen als hilfreich für die Auswahl der Interviewpartner_innen (vgl. 4.2). Darüber hinaus ermöglicht Twitter die Interaktion mit anderen Nutzer_innen und die aktive Teilnahme im Feld. Auf diese Weise entstehen Beziehungen zwischen den Akteur_innen der Netzbewegung

108 Eine Aufzeichnung der auf Twitter veröffentlichten Informationen hätte aus meiner Sicht die kontextuelle Integrität (Nissenbaum 2010) der Informationen verletzt und eine Einwilligung erfordert.

und mir als Forscherin, die sich bei der Anfrage von Interviewpartner_innen ausgezahlt haben. In den Anfragen, die in der Regel per Email erfolgt sind, konnte ich mich auf den bereits bestehenden Kontakt bei Twitter beziehen. Die Angeschriebenen antworteten in den meisten Fällen sehr schnell und immer positiv. Ich gehe davon aus, dass sich durch die lose Verbindung bereits ein Vertrauensverhältnis aufgebaut hatte und die Entscheidung, sich für ein Interview bereit zu stellen, positiv beeinflusst wurde. In meinen verschiedenen Rollen als Forscherin und politisch engagierte Privatperson nutze ich Twitter allerdings nicht als reines Forschungsinstrument. Meine Rolle als Forscherin habe ich deshalb nicht in den Vordergrund gestellt, was etwa mittels des kurzen Vorstellungstextes im Twitter-Profil möglich gewesen wäre.¹⁰⁹

Diese Art des Feldzuganges ist neu und bringt verschiedene forschungspraktische und -ethische Herausforderungen mit sich (Heise/Schmidt 2014). Neben der Frage der Transparenz des eigenen Forschungsinteresses stellt der Umgang mit dem durch das Medium geprägten Feldwissen eine Herausforderung dar. Indem ich einen spezifischen Ausschnitt des Forschungsfeldes auf Twitter verfolge, blende ich andere Teile aus. Sympathie und Antipathie spielen beim Aufbau von persönlichen Kontakten eine Rolle. Dies muss reflektiert werden, ebenso wie die Tatsache, dass auch Interviewpartner_innen ein Wissen über mich erlangen können, das ihre Interaktion mit mir beeinflusst (vgl. 4.2.3). Die Wahl des Feldzuganges beeinflusst das Verhältnis zwischen Forscher_in und Gesprächspartner_innen. Aufgrund der bereits bestehenden Verbindung sind Befragte möglicherweise offener, auf eine Interviewanfrage einzugehen und im Gespräch Einblicke in das eigene Leben zu gewähren. Dies ist für den Forschungsprozess zwar von Vorteil, heißt aber auch, dass verantwortungsvoll mit den erhobenen Daten umgegangen werden muss. Damit hängt auch die Frage zusammen, welches Risiko sich durch die Forschung möglicherweise für das Forschungsfeld ergibt. Die Einschätzungen dazu divergieren. Der Blogger Fefe veröffentlichte anlässlich der von BP finanzierten Bürgerproteststudie des Göttinger Zentrums für Demokratieforschung (Marg et al. 2013) einen Aufruf, in dem er warnte, sich an sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben zu beteiligen. Hinter diesen vermutet er „Public Relations Consulting-Firmen, Risk-Management-Firmen, Politikberatung, Thinktanks“, die aus „Angst“ vor Hackern, Piraten und anderen Akteur_innen „nerdige Wissenschaftler“ vorschickten, um an Informationen zu gelangen (Fefe 2013). Viele Aktivist_innen sind jedoch sehr aufgeschlossen gegenüber sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben und sehen darin auch einen Mehrwert für die Netzbewegung. Klandestine Strukturen werden durch die vorliegende Arbeit

109 Weil ich meinen bürgerlichen Namen auf Twitter angegeben habe und mein privates Weblog dort verlinkt ist, war es aber durchaus möglich, sich über mein Forschungsinteresse zu informieren.

nicht aufgedeckt, denn wie beschrieben sind die Kommunikationspraxen der Bewegung ohnehin sehr öffentlich. Leitend für meine Überlegungen zur forschungsethisch gebotenen Schadensvermeidung waren dagegen Überlegungen zur Vulnerabilität einzelner Akteur_innen (vgl. 4.2.3).

4.2 Erhebungsmethoden

Beginnend mit grundlegenden Überlegungen zur Wahl des qualitativen Interviews als Zugang zum Diskurs der Netzbewegung, gehe ich im Folgenden auf einzelne methodischen Aspekte der Datenerhebung ein: Die Auswahl der Gesprächspartner_innen nach dem theoretischen Sampling und die Durchführung der Gespräche mit dem problemzentrierten Interview sowie den Prozess der informierten Zustimmung zur Verwendung der Interviewdaten.

4.2.1 *Analyse von Subjektpositionen mittels qualitativer Interviews*

Die empirische Grundlage der vorliegenden Arbeit sind qualitative Interviews, die ich mit Aktivist_innen der Netzbewegung geführt habe. Um mit der intersektionalen Mehrebenenanalyse auswerten zu können, bedarf es eines Zugangs zu sozialen bzw. artikulatorischen Praktiken. Neben den verschiedenen Formen des qualitativen Interviews lassen sich auch nicht-reaktive Quellen, in diesem Fall wären das zum Beispiel Blogs, Tweets oder Vortragsmitschnitte, sowie Verfahren der teilnehmenden Beobachtung nutzen, um zu Aussagen über Subjektpositionen in der Netzbewegung zu kommen. Das qualitative Interview hat gegenüber diesen Erhebungsmethoden aber wesentliche Vorteile. Diskurstheoretisch betrachtet sind Interviews und die Narrationen, die sie beinhalten, Teil des zu untersuchenden Diskurses. Das Interview ist in diesem Sinne ein „Generierungsmodus“ (Bender/Eck 2014: 476) von Datenmaterial. Es erzeugt Narrationen, die „stets ausgehend von diskursiv konstruierten SprecherInnenpositionen geschaffen [werden], d. h. sie geben Aufschluss darüber, wo und wie sich Sprechende im Diskurs positionieren und in ihn verstrickt ist [sic!]“ (ebd.). Für die Untersuchung von Subjektpositionen im politischen Diskurs der Netzbewegung bietet es sich also an, Interview-Daten zum Ausgangspunkt zu nehmen, bei denen das diskurserzeugende Individuum im Mittelpunkt steht und anhand derer es sich nachvollziehen lässt, von welchem Ort aus dieses in den Diskurs eintritt. Im Sinne des theoretischen Samplings (Glaser/Straus 2005, vgl. 4.2.2) werden, ausgehend von theoretischem Vorwissen und ersten empirisch gewonnenen Erkenntnissen, systematisch Akteur_innen befragt, die für eine Analyse von Subjektpositionen interessante Einblicke in den Diskurs versprechen. Ein

weiterer Vorteil dieses Datentyps liegt in der Vergleichbarkeit einzelner Interviews: Mit dem problemzentrierten Interview (Witzel 2000, vgl. 4.2.3), das neben narrativen Elementen auch durch theoretisches Vorwissen geleitete Ad-hoc-Fragen beinhaltet, lassen sich verhältnismäßig gut vergleichbare Diskursausschnitte erzeugen. Dadurch werden auch die diskursiven Regelmäßigkeiten erkennbar, die sich durch die Interviews ziehen.

Während die Verbindung von qualitativem Interview und Diskurs- bzw. Dispositivanalyse nicht neu ist (u. a. Bender/Eck 2014; Paulus 2013; Schiebel 2011; Tuidier 2007), liegen bislang kaum Arbeiten vor, die Interviews in einem dezidiert hegemonietheoretischen Rahmen nutzen. Eine Ausnahme ist eine Arbeit von Tina Spies (2009), deren Interesse jedoch der Analyse von Biographien gilt. Die vorliegende Arbeit dagegen richtet den Blick auf die Subjektpositionen im politischen Diskurs, die aufgrund des fundamentalen Mangels permanent re-artikuliert werden müssen. Ein Interview gibt einen kleinen Einblick in diesen Prozess. Entlang der Materialisierungsebenen soziale Struktur, symbolische Repräsentation und Identität kann herausgearbeitet werden, wie der politische Diskurs artikuliert wird. Durch die analytische Trennung der drei Materialisierungsebenen und die Analyse ihrer Wechselwirkungen, die Winker und Degele (2009) vorschlagen, wird das Interviewmaterial auf eine Weise bearbeitet, die den Diskurs aufbricht. Dadurch kann gefragt werden, an welchen Normen und Repräsentationen sich die Subjekte orientieren, welche Institutionen sie für relevant halten und wie sie ihr Verhältnis zu diesen sehen. Von welchen Subjektpositionen grenzen sich Menschen ab, mit welchen artikulieren sie Affinitäten? Wo stellen Subjekte gesellschaftliche Hegemonien in Frage, das heißt, wo überführen sie Elemente zurück in die Dynamik des Politischen? Ein methodisch subjektzentriertes Vorgehen erlaubt es, Aussagen darüber zu treffen, wie sich Subjekte in einen politischen Diskurs einschreiben und welche Subjektpositionen sie in Hegemonieprojekten einnehmen. Winker und Degele (2009) schlagen dazu acht Analyseschritte (vgl. 4.3) vor, die ihrerseits verschiedene Methoden wie das sequentielle Codieren, die Typenbildung, Diskurs- und Dokumentenanalyse umfassen und damit auch weitere Datentypen neben den qualitativen Interviews nutzen. Ein Zwischenschritt bei diesem Vorgehen, den ich für meine Untersuchung nutze, ist das Formulieren von Subjektkonstruktionen, welche die Selbstpositionierungen der einzelnen interviewten Aktivist_innen wiedergeben (vgl. 4.3.1). Diese nutze ich als Ausgangsmaterial für die Analyse des Diskurses und seiner Subjektpositionen.

4.2.2 *Fallauswahl nach dem theoretischen Sampling*

Die Datenauswahl qualitativer Studien basiert in der Regel nicht auf der repräsentativen Stichprobe, mit der sich Aussagen auf eine Grundgesamtheit

beziehen lassen, sondern auf einem Sample, das typische Handlungs- und Deutungsmuster einbezieht (Lamnek 2005: 384f.). Der in dieser Arbeit gewählte Ansatz der Sample-Zusammensetzung ist an das theoretische Sampling der Grounded Theory angelehnt. Glaser/Strauss verstehen darunter „den auf die Generierung von Theorie zielenden Prozess der Datenerhebung, währenddessen der Forscher seine Daten parallel erhebt, kodiert und analysiert sowie darüber entscheidet, welche Daten als nächste erhoben werden sollen und wo sie zu finden sind“ (Glaser/Strauss 2005: 53). Entscheidungen über die Sample-Zusammensetzung werden also im Laufe der Erhebung getroffen und orientieren sich an den bisherigen Ergebnissen. Ausgehend von „lokalen Konzepten“ (ebd.), d. h. dem Vorwissen der Forscherin im Feld, werden erste Interviews erhoben und ausgewertet, auf deren Grundlage mit geschärfter theoretischer Sensibilität weitere Fälle gesucht wurden, die eine vergleichende Analyse ermöglichen.

Der Zusammensetzung des Samples erfolgte mit der Absicht, verschiedene Facetten der Netzbewegung zu berücksichtigen, um sie in ihrer Heterogenität portraituren zu können. Es sollten unterschiedliche persönliche Zugänge, Formen des Engagements und netzpolitische Perspektiven vorkommen. Zu diesem Zweck habe ich gezielt Personen befragt, deren politische Positionen und Biographien Erkenntnisse für die Arbeit versprechen.¹¹⁰ Ein weiteres Kriterium bei der Auswahl der Interviewpartner_innen waren Verortungen wie Geschlecht, Alter und Wohnort, mit dem Ziel, ein in Bezug auf verschiedene gesellschaftliche Strukturkategorien plurales, vor allem aber auch ein der Netzbewegung entsprechendes Sample zusammenzustellen.¹¹¹ Das abgeschlossene Sample setzt sich wie folgt zusammen:

- Die Befragten sind in verschiedenen netzpolitischen Organisationen und Gruppen aktiv: Chaos Computer Club (4), Digitale Gesellschaft e. V. (3), FoeBuD/Digitalcourage e. V. (1), AK Vorrat (4), AK Zensur (2) und Datenschutzkritische Spackeria (2).¹¹² Dort übernehmen sie unterschiedliche Rollen vom einfachen Mitglied bis hin zum Vorstand; entsprechend variiert, wie viel Zeit politische Aktivitäten in ihrem Leben einnimmt.
- Ein Teil der Befragten ist (auch) in einer Partei engagiert: in der Piratenpartei (4) und in Parteien, die im Bundestag vertreten sind (2). Zudem

110 Beispielsweise waren meine ersten drei Interviewpartner_innen alle Mitglieder der Piratenpartei. Folglich habe ich nach diesen Interviews gezielt nach Personen gesucht, die der Partei nicht angehören.

111 Mangels empirischer Daten ist es nicht möglich, belastbare Aussagen über die soziostrukturelle Zusammensetzung der Netzbewegung zu treffen. Ich stützte mich hier auf meine Beobachtungen.

112 Die Zahlen in Klammern geben die Anzahl im Sample an. Sechs Interviewpersonen waren in mehreren Organisationen aktiv, vier Personen gehören einer Organisation bzw. Partei an. Zwei Personen waren zum Zeitpunkt des Interviews nicht organisiert.

sind zwei ehemalige SPD-Mitglieder und ein ehemaliges CDU-Mitglied unter den Befragten.

- Die Befragten waren zum Zeitpunkt der Interviews zwischen 20 und 55 Jahre alt.¹¹³ Sehr junge Aktivist_innen, die vor allem im Rahmen der Demonstrationen gegen die ACTA-Proteste sichtbar wurden, fehlen im Sample.
- Das Sample besteht aus je sechs Männern und Frauen. Keine_r der Befragten hat sich mir gegenüber als trans- und/oder intergeschlechtlich identifiziert.
- Einige der Befragten erwähnten heterosexuelle Partnerschaften, andere bezeichneten sich als ledig oder gaben an, nicht in einer festen Partnerschaft zu sein. In einem Interview kam das Thema Polyamorie beispielhaft zur Sprache. Darüber hinaus liegen mir keine Angaben zu Beziehungsweisen vor.
- Die meisten Befragten leben ohne Sorge- und Pflegeverpflichtung in Wohngemeinschaften, alleine oder mit Partner_in. Eine Aktivistin hat eine Tochter im Kindergartenalter, die einen Teil der Woche beim Vater und einen Teil der Woche bei ihr verbringt.
- Die Befragten leben überwiegend in Großstädten, davon fünf in Berlin, drei in anderen Metropolen, zwei in kleinen Großstädten in Nord- und Süddeutschland. Eine Person lebt in einer ländlichen Region in Westdeutschland.
- Alle waren von Geburt an Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Deutschen Demokratischen Republik. Vier Interviewpersonen sind in der DDR bzw. kurz nach der Wende in den sogenannten neuen Bundesländern zur Welt gekommen. Sie stellen in ihren biographischen Erzählungen mehrmals DDR-Bezüge her.
- Das Sample besteht mehrheitlich aus weißen Personen. Eine Interviewperson ist *of color*. Sie ist in Deutschland geboren und aufgewachsen und hat einen Elternteil, der als Geflüchtete in die Bundesrepublik gekommen ist.
- Eine Person erwähnt eine chronische Erkrankung; mehrere Interviewpartner_innen sprechen an, Erfahrungen mit Depressionen gemacht zu haben.
- Drei Befragte studierten zum Zeitpunkt des Interviews, acht weitere haben einen akademischen Abschluss. Sie arbeiten als Angestellte und freie Mitarbeiter_innen in den Bereichen Wissenschaft, Journalismus und Kultur. Ein Befragter ist selbstständiger Berater; ein weiterer arbeitet als Angestellter in einem IT-Beruf und hat als einziger kein Studium absolviert.
- Der familiäre (Klassen-)Hintergrund wurde im Rahmen der Abschlussfragen erhoben. Die in der BRD bzw. in den alten Bundesländern Aufge-

113 Dies verteilt sich wie folgt: 20–24 Jahre (2), 25–29 (5), 30–34 (2), 35–39 (0), 40–44 (1), 45–49 (0), 50–54 (2).

wachsenen beschrieben daraufhin in der Regel die Schichtzugehörigkeit der Eltern. Vier Personen stammen laut eigenen Aussagen aus Arbeiterfamilien, drei aus Mittelschichtsfamilien, eine bezeichnet ihren familiären Hintergrund als „großbürgerlich“ und bei einer fehlt diese Angabe. Die aus der DDR bzw. ostdeutschen Bundesländern stammenden Aktivist_innen verweisen darauf, dass in diesem Zusammenhang nicht ohne weiteres über Schichten oder Klassen gesprochen werden könne. Ihre Eltern haben zum Teil akademische Abschlüsse, arbeiteten in Bereichen wie Handwerk, Pharmazie und der Agrarwirtschaft. Auch über Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und gescheiterte Selbstständigkeit nach der Wende wurde berichtet.

Die Zusammenstellung des Samples bildet, schon aufgrund der geringen Fallzahl von zwölf, die Heterogenität der Netzbewegung selbstverständlich nicht in jeder Hinsicht ab, erscheint in der Tendenz jedoch stimmig: Die Aktivist_innen sind mehrheitlich weiß, ohne Migrationsgeschichte und sind gut ausgebildet. Mit diesem Umstand setzen sich viele meiner Interviewpartner_innen im Laufe des Interviews auseinander. Die Reflexion der demographischen Zusammensetzung der Bewegung ist Teil des untersuchten Diskurses (vgl. Kapitel 6).

Das theoretische Sampling regt dazu an, Fälle nach ihrer Relevanz für die Theoriebildung auszuwählen (Glaser/Strauss 2005: 57–68). Eine theoretische Absicht in Anschlag zu bringen hat zur Folge, dass bestimmte Phänomene genauer und in Kontrast zu einander gut beschrieben werden können. In der Gesamtschau waren folgende drei Aspekte für die Auswahl der Fälle von besonderer Bedeutung. Das ist zum einen die politische Grundausrichtung. Vom linksradikalen, außerparlamentarischen Aktivist_innen über SPD-Mitglieder bis zum ehemaligen Unionsmitglied deckt die Auswahl der Befragten eine große politische Bandbreite ab. Ein zweiter Aspekt waren unterschiedliche Formen des Engagements in Parteien, verschiedenen netzpolitischen Organisationen und anderen Gruppen. Ein dritter Aspekt, der hinsichtlich der Frage nach der Bedeutung der Subjektposition im Diskurs von großem Interesse ist, ist die Wirkmächtigkeit, die sich einzelne Akteur_innen selbst zuschreiben. Weil mein Forschungsinteresse auch darauf abzielt, wer aus welchen Gründen zentrale Positionen im Diskurs einnimmt bzw. zugeschrieben bekommt, habe ich bewusst darauf verzichtet, ausschließlich bekannte Personen mit großem Einfluss zu interviewen.¹¹⁴ Die drei Aspekte –

114 Gleichzeitig gibt es aufgrund des gewählten Forschungszugangs aber auch eine Aufmerksamkeitsschwelle. Personen, die z. B. nicht auf Twitter aktiv sind, keine Konferenzen besuchen, wenig vernetzt sind oder sich Kollektiven wie Anonymous zuordnen und von dort aus politisch agieren, beziehe ich nicht in die Untersuchung ein. Es besteht insofern ein Bias in Bezug auf gut vernetzte, in der Szene und in digitalen Öffentlichkeiten sichtbare Aktivist_innen.

politische Grundausrichtung, netzpolitische Gruppen, Position in der Bewegung – werden im Sample facettenreich abgebildet.

Die Interviews wurden zwischen November 2011 und Juni 2013 geführt. Dieser vergleichsweise lange Erhebungszeitraum erklärt sich durch das theoretische Sampling. Um Entscheidungen über die weitere Datenerhebung zu treffen, müssen zunächst erste Interviews ausgewertet werden. Ein damit verbundenes Problem ist, dass bestimmte Diskurskonjunkturen sich in die Interviews einschreiben. Dies zeigt sich beispielsweise an der Haltung der Interviewpartner_innen gegenüber der zunehmend von Konflikten geprägten Piratenpartei, die in den ersten Interviews noch viel positiver bewertet wird als in den letzten. Dass ich die beiden letzten Interviews am 24. und 26. Juni 2013 führte, hat sich als glücklicher Zufall herausgestellt. Am 6. Juni 2013 veröffentlichten der Guardian und die Washington Post die ersten Snowden-Dokumente. Die darauffolgenden Monate brachten die umfangreiche Sammlung und Auswertung von Daten durch Geheimdienste zu Tage. Die letzten Interviews standen insofern zwar schon unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse, jedoch nehmen die Befragten nicht direkt darauf Bezug. Das diskursive Ereignis der Snowden-Leaks stellt für die Diskussion der Netzbeziehung eine Zäsur dar, so dass davon auszugehen ist, dass die Vergleichbarkeit von Interviewpassagen bei einer größeren Erhebungsphase nach den Snowden-Leaks erschwert würde (vgl. Kapitel 7).

4.2.3 Durchführung der Gespräche mit dem problemzentrierten Interview

Aufgrund des Feldzugangs (vgl. 4.1) gestaltete es sich vergleichsweise einfach, Interviewpartner_innen zu finden. Die Aktivist_innen meldeten sich binnen kurzer Zeit positiv auf meine Anfragen zurück; Interviewtermine fanden wie vereinbart statt. Die Gespräche habe ich an unterschiedlichen Orten durchgeführt: In der Wohnung oder am Arbeitsort der Befragten, einmal im Café und einmal bei mir zu Hause. Bis auf ein Gespräch, bei dem es mehrmals zu kurzen Unterbrechungen kam, waren die Interviewsituationen ruhig. Drei Interviews habe ich per Skype geführt, wobei die technischen Voraussetzungen für einen Videochat nur in einem Fall gegeben waren. Obwohl es möglich war, das Exposé meiner Dissertation online zu lesen, hatte ich nicht den Eindruck, dass sich die Interviewpartner_innen im Vorfeld näher mit meiner Arbeit beschäftigt hatten. Jedoch gehe ich davon aus, dass bestimmte Themen oder Formulierungen auch deswegen zur Sprache kamen, weil mich die Gesprächspartner_innen kennen und bestimmte Themen mit mir verbinden.¹¹⁵ Das Vorwissen der Befragten kann auch darin resultieren,

115 Einige der Befragten sprachen beispielsweise feministische Diskurse an. Diese nehmen in der deutschsprachigen Internetszene zwar einen großen Raum ein. Es lässt sich aber nicht

dass bestimmte Aspekte nicht expliziert werden. So hatte ich den Eindruck, dass einige in der Szene viel diskutierten Themen nur kurz angeschnitten worden sind, weil vorausgesetzt werden konnte, dass ich damit vertraut bin. Die Befragten wurden dann von mir gebeten, dies auszuführen.

Für das Interview nutzte ich einen Leitfaden, der in Anlehnung an das problemzentrierte Interview (Witzel 2000) gestaltet wurde. Die intersektionale Mehrebenenanalyse erfordert Datenmaterial, das Einblicke in soziale bzw. artikulatorische Praktiken ermöglicht. Diese Möglichkeiten eröffnen narrativen Sequenzen besonders gut. Wichtig ist, dass „den GesprächspartnerInnen bei den Fragen keine Differenzierungskategorien“ (Winker/Degele 2009: 100) vorgegeben werden. Es sollte beispielsweise nicht gefragt werden, wie es einer Interviewpartnerin ‚als Frau‘ im Feld ergeht; interessant ist vielmehr, ob die Interviewpartnerin Geschlecht in ihrer Narration Relevanz zuschreibt. Das Interview muss also mit einer neutralen bis weichen Fragehaltung geführt werden (Lamneck 2005: 333, 343f). Das problemzentrierte Interview setzt eine offene Gestaltung des Interviews voraus, d. h. die Problemsicht der Forschenden darf die Sichtweisen der Befragten nicht durch die Gestaltung des Interviews überdecken. Gleichzeitig ist das Vorwissen der Forschenden eine wichtige Ressource bei der Interviewführung. Witzel fasst die Grundposition des problemzentrierten Interviews diesbezüglich zusammen:

„Das unvermeidbare, und damit offenzulegende Vorwissen dient in der Erhebungsphase als heuristisch-analytischer Rahmen für Frageideen im Dialog zwischen Interviewern und Befragten. Gleichzeitig wird das Offenheitsprinzip realisiert, indem die spezifischen Relevanzsetzungen der untersuchten Subjekte insbesondere durch Narrationen angeregt werden.“ (Witzel 2000)

Die Konstruktion des Leitfadens orientiert sich an den forschungsleitenden Fragen. Im Zentrum steht die Selbstverortung der Interviewpartner_innen in der Netzbewegung, die sie als „Experten ihrer Orientierungen und Handlungen“ (Witzel 2000) vornehmen, sowie ihre Sicht auf den politischen Diskurs der Netzbewegung. Nach einer kurzen Einführung zum Zweck des Gespräches und zur Vertraulichkeit der Angaben wurden die Gespräche durch offene, erzählungsgenerierende Fragen eingeleitet.¹¹⁶ Angelehnt an die narrative Interviewtechnik nach Schütze (1983) wird auf diese Weise eine Erzählung

sagen, ob die Befragten diese gegenüber einer anderen Forscherin nicht oder anders thematisiert hätten. Ein weiteres Beispiel ist die Selbstpositionierung, die ein Aktivist mir gegenüber vornimmt, wenn er sich als „männliche Cis-Hete“ bezeichnet. Dabei greift er auf queer-feministisches Szenevokabular zurück. Mein Interviewpartner rechnet damit, dass ich diesen Ausdruck verstehe und eine derartig positionierende Aussage positiv bewerte.

116 Die erste Frage lautet: „Zunächst möchte ich dich bitten, mir etwas über dich und dein politisches Engagement zu erzählen.“; die zweite, wenn nicht bereits beantwortet: „Was waren deine ersten Berührungspunkte mit der netzpolitischen Szene bzw. der Netzbewegung und wie hat sich dein Engagement seitdem entwickelt?“

angeregt, durch die die Erfahrungswelt der Befragten und ihre subjektiven Sichtweisen auf ihr Leben und ihr Engagement in der Bewegung nachvollzogen werden können. Die Fragen ermöglichen es, die Interviewsituation mit eigenen Worten und Gestaltungsmitteln zu füllen (Witzel 2000). Weitere Kommunikationsstrategien waren vorformulierte Fragen und spontane, zurückspiegelnde Nachfragen, durch die Vorkenntnisse über die Netzbewegung ins Spiel gebracht wurden, sowie Verständnisfragen und – selten – Konfrontationen, die widersprüchliche oder unklare Aussagen klären sollten (Witzel 2000; Lamneck 2005: 366f.).

Der Aufbau der Interviews gliederte sich in vier Frageblöcke. Der erste besteht aus vier Fragen zum persönlichen Engagement. Gefragt wurde unter anderem nach dem Stellenwert des Engagements im Alltag, also nach Belastungen, Konflikten und Problemen der zeitlichen Vereinbarkeit (vgl. 6.1.2). Eine Frage nach der Einschätzung der eigenen Wirkmächtigkeit in der Netzbewegung ermöglichte es den Befragten, sich mit andern zu vergleichen, die eigenen Relevanzkriterien zu benennen und über wahrgenommene Hierarchien in der Bewegung zu sprechen. Der zweite Fragen-Block führte den Blick weg von der befragten Person hin zur Bewegung als Ganzes. Die Befragten wurden zunächst gebeten, die Netzbewegung aus ihrer Sicht zu beschreiben. Anschließend fragte ich nach gemeinsamen Zielen und nach Positionen in der Netzbewegung, die die Befragten problematisch finden. Diese Fragen zielten sowohl auf die Verortung der Befragten in der Bewegung ab als auch auf eine allgemeine Wahrnehmung des politischen Diskurses, d. h. seiner zentralen Forderungen und Ziele, antagonistische Grenzziehungen und Fraktionierungen innerhalb der Bewegung (vgl. 5.1.2–3). Im dritten Frageblock kamen Ad-hoc-Fragen zum Einsatz (Witzel 2000), die vier zentrale netzpolitische Themen betreffen: Netzneutralität, Netzsperrern, Urheberrecht und den Themenkomplex Privatsphäre und Datenschutz (vgl. 5.1.4–6 und Kapitel 7).¹¹⁷ Die Interviewpersonen wurden jeweils gebeten, ihren eigenen Standpunkt zu beschreiben und diesen mit der Diskussion in der Netzszene zu kontrastieren. Die vier Themen wurden ausgewählt, weil sie für den politischen Diskurs der Bewegung von besonderer Relevanz sind – eine Einschätzung, die ich auch dadurch bestätigt sehe, dass die Themen im Gesprächsverlauf häufig ohnehin zur Sprache kamen. Auch hier kam es zu Nachfragen mit dem Ziel, dass die Interviewten ihre Äußerungen explizieren und mir damit Interpretationshilfe geben (Lamneck 2005: 350f.). Die abschließenden Fragen

117 Um das Interview zeitlich zu begrenzen, konnten hier nicht alle relevanten Themen berücksichtigt werden. So wurden etwa keine Ad-Hoc-Fragen zu freier Software oder der Digitalen Spaltung gestellt. Auch die Vorratsdatenspeicherung wurde nicht eigens berücksichtigt. Im Nachhinein hat sich herausgestellt, dass der Versuch, diese unter dem Fragekomplex Datenschutz/Privatsphäre zu subsumieren, nicht geglückt ist. Manche Interviewpartner_innen gehen aber auch an anderen Stellen des Interviews auf die hier nicht abgedeckten Themen ein.

des vierten Blocks zielten auf eine resümierende Bewertung der bisherigen Erfolge und zukünftigen Entwicklung der Netzbewegung und Netzpolitik ab.

Zum Abschluss und in Ergänzung zu den Informationen aus dem Interview habe ich eine Reihe von Sozialdaten abgefragt: Alter, aktuelle Beziehungs- und Wohnform, Sorgeverpflichtung für Kinder und Erwachsene, aktuelle berufliche Tätigkeit, beruflicher Werdegang und familiärer (Klassen-)Hintergrund. Auf eine Befragung zu Krankheiten, Behinderung, sexueller Identität bzw. Begehrensweise habe ich verzichtet. Es erschien mir unangemessen, den Interviewpartner_innen auf diese Weise nahe zu treten.¹¹⁸ Im Laufe des Erhebungszeitraumes wurde der Leitfaden bis auf kleine sprachliche Überarbeitungen beibehalten. Lediglich nach dem ersten Interview wurde im dritten Frageblock das Thema Urheberrecht ergänzt. Im Anschluss an die Durchführung der Interviews wurden die Rahmenbedingungen, Gesprächsatmosphäre und erste Überlegungen zum Interview in Postskripten notiert. Diese wurden später durch eine Zusammenfassung des Gesprächsinhaltes ergänzt und zu Fallmemos weiterentwickelt. Das problemzentrierte Interview hat sich als geeignetes Erhebungsinstrument herausgestellt. Ausgehend von den transkribierten Interviews erfolgte dann die Auswertung mit der intersektionalen Mehrebenenanalyse, auf die ich im Abschnitt 4.3 eingehen werde.

Im Laufe der Erhebungsphase wurde deutlich, wie wichtig es ist, sich auf die Relevanzsysteme der Befragten einzulassen. Wenn ein Gespräch auf Augenhöhe stattfindet, was bedeutet, dass sich die Gesprächspartner_innen wechselseitig als Expert_innen wahrnehmen, kann es durchaus zu kleinen fachlichen Auseinandersetzungen kommen. Diese bezogen sich bei meinen Interviews vor allem auf den Bewegungsbegriff: Nicht alle Befragten nehmen ihren Handlungszusammenhang selbst als ‚Netzbewegung‘ wahr, weil sie mit dem Bewegungsbegriff eine größere Kohärenz verbinden als das, was sie selbst im Kontext der netzpolitischen Szene erleben. Dies ist für sich genommen eine wichtige Aussage über das politische Selbstverständnis der Aktivist_innen und wirft ein Licht darauf, was als kleinster gemeinsamer Nenner der Netzbewegung wahrgenommen wird (vgl. 5.1.1).

Die Vertraulichkeit der Informationen muss mit Blick auf die Aufbewahrung, Weitergabe und Veröffentlichung gewährleistet werden. Die Forschungsdaten wurden nach der Aufnahme in verschlüsselte Systeme überführt und nur verschlüsselt verschickt. Zudem wurden die Transkriptionen durch die Vergabe von Pseudonymen und die Veränderung oder Auslassung von identifizierbaren Angaben anonymisiert. Hinsichtlich dessen ergaben sich allerdings zwei Probleme: Erstens erfordert das Forschungsinteresse,

118 Das Geschlecht habe ich auf Anregung von Anna Stiede erst bei den letzten Interviews abgefragt, nachdem ich mich zunächst auf meine Lesart der Präsentation meines Gegenübers verlassen hatte. Der Nutzen und Umgang mit solchen im Nachgang erhobenen Angaben ist ein immer wiederkehrendes Thema unter intersektional arbeitenden Forschenden und auch für mich noch nicht abschließend geklärt.

dass bestimmte Daten mitgeführt werden. So ist es im Rahmen einer intersektionalen Forschung beispielsweise nicht sinnvoll, aus einem Mann eine Frau zu machen oder das Geschlecht nicht zu benennen. Auch die Darstellung spezifischer lokaler und organisationaler Kontexte ist für die Analyse von Bedeutung (von Unger 2014: 25). Zweitens weist Hella von Unger darauf hin, dass „es in Zeiten des Internets mit seinen Suchmaschinen und vielfältigen Suchfunktionen ein Leichtes [ist], über die Kombination bestimmter Informationen und Schlagwörter Rückschlüsse auf Personen und Institutionen zu ziehen“ (ebd., vgl. Alber 2015). Dass die Interviewten digitale Öffentlichkeiten sehr aktiv nutzen, hat meinen Feldzugang erleichtert (vgl. 4.1), erschwert aber den vertraulichen Umgang mit den Interviewangaben. Vor diesem Hintergrund ist kaum auszuschließen, dass Teilnehmende für Dritte erkennbar sind. Um dieser Herausforderung zu begegnen, wurde das Prinzip des informierten Einverständnisses im Rahmen dieser Arbeit als Prozess begriffen. Die Gesprächspartner_innen wurden schon bei der ersten Kontaktaufnahme und erneut zu Beginn des Interviews über den geplanten Umgang mit den anfallenden Daten und Informationen, aber auch über die Unwägbarkeiten, die im Zusammenhang mit den oben angesprochenen Problemen bestehen, informiert. Am Ende des Forschungsprozesses wurden die Teilnehmenden noch einmal kontaktiert und um eine (erneute) Zustimmung zur Wiedergabe derjenigen persönlichen Angaben gebeten, die in der vorliegenden Fassung der Arbeit erhalten sind. Im Zuge dessen wurden, wenn nötig, die Anonymisierung verbessert. Mit dieser Rückmeldung wurden die Teilnehmenden in den Prozess der Anonymisierung einbezogen, so dass die Einschätzung der Schutzbedürftigkeit in individueller Absprache getroffen werden konnte (vgl. von Unger 2014: 24–31). Zum Ende der Erhebung des Datenmaterials lagen zwölf Interviews vor, die eine Länge von 60 bis 90 Minuten haben, aufgezeichnet und vollständig transkribiert worden sind. Alle Interviews sind in die Auswertung eingeflossen.

4.3 Auswertungsmethoden: Subjektkonstruktionen und Diskursanalyse

Die intersektionale Mehrebenenanalyse (IMA) wird in dieser Arbeit mit dem Ziel eingesetzt, Subjektpositionen im politischen Diskurs der Netzbewegung zu untersuchen. Dazu verbinde ich ihr methodisches Vorgehen mit Konzepten der hegemonietheoretischen Diskursanalyse. Methodologisch sieht die IMA üblicherweise acht Arbeitsschritte vor, die ich im Folgenden kurz einführe, um anschließend mein eigenes Vorgehen darzustellen. Pro Fall bzw. Interview werden zunächst Identitätskonstruktionen (Schritt 1), Bezüge zu symbolischen Repräsentationen, Normen und Stereotypen (Schritt 2) sowie

Verweise auf materialisierte soziale Strukturen, z. B. staatliche Institutionen, Lohnstrukturen oder die Gestaltung von Reproduktionsarbeit (Schritt 3), identifiziert. In Schritt 4 werden die Wechselwirkungen zwischen den Ebenen herausgearbeitet, um die zentralen Subjektkonstruktionen eines Falles zu rekonstruieren.¹¹⁹ Im fünften Schritt werden die Subjektkonstruktionen des Samples verglichen.¹²⁰ Die auf Fallebene relevanten sozialen Strukturen werden anschließend vertiefend untersucht, zum Beispiel unter Einbezug von Gesetzen und statistischem Datenmaterial. Um die Ungleichheitstheoretische Anbindung zu gewährleisten, bezieht dieser sechste Schritt die vier strukturellen Herrschaftsverhältnisse mit ein. Im Schritt 7 werden die relevanten symbolischen Repräsentationen vertiefend untersucht. In der Regel kann dazu auf Literatur zurückgegriffen werden; bei größeren Forschungsprojekten sind auch eigenständige Diskursanalysen denkbar. Der achte Arbeitsschritt dient schließlich der Zusammenschau der intersektionalen Wechselwirkungen. Um die „soziale Positionierung von Personen“ bzw. „einer zusammengehörenden Gruppe“ (Winker 2012: 22) zu bestimmen, werden die zentralen Subjektkonstruktionen mit den im Feld wirkmächtigen symbolischen Repräsentationen und strukturell abgesicherten Herrschaftsverhältnissen in Verbindung gebracht (vgl. Winker/Degele 2009: 58–63 und Schrader 2013 für einen schematischen Überblick). Wie ich im Folgenden ausführlich darstelle, erfolgte die Auswertung des empirischen Materials in der vorliegenden Untersuchung zunächst in Übereinstimmung mit der IMA. Die auf diese Weise formulierten Subjektkonstruktionen (4.3.1) bilden die Grundlage, von der ausgehend der politische Diskurs der Netzbewegung beschrieben wird (4.3.2). Damit ergänze ich die IMA um eine diskursanalytische Betrachtung angelehnt an Nonhoff (2006, 2007) und Marchart (2013), um die Subjektpositionen des Diskurses zu identifizieren.

4.3.1 *Rekonstruktion von Subjektkonstruktionen*

Die ersten Schritte des Auswertungsprozesses erfolgen übereinstimmend mit der intersektionalen Mehrebenenanalyse. Sie zielen auf die zentralen Subjektkonstruktionen der Befragten ab. Das transkribierte Interview wird zunächst sequentiell in einem oder mehreren Durchgängen codiert. Dazu werden alle Verweise auf Identität (I), symbolische Repräsentation ® und soziale

119 Der Begriff Subjektkonstruktion wurde erst in Winker und Degele (2011: 60) und Winker (2012: 20) eingeführt.

120 Dazu kann, abhängig von Forschungsfrage, Fallzahl und Anzahl der Subjektkonstruktionen, die Typenbildung von Kelle/Kluge (1999) genutzt werden. Typen zeichnen sich durch ein großes Maß an interner Homogenität und externer Heterogenität aus (Kelle/Kluge 2010: 85) und stellen typische Sinnzusammenhänge dar, die sich soziologisch erklären lassen (ebd.: 101–104). Für eine Anwendung der Typenbildung in der intersektionalen Mehrebenenanalyse vgl. Kotevska (2016) und Hausotter (i.E.).

Strukturen (S) im Text markiert.¹²¹ Der folgende Ausschnitt stammt aus dem Interview mit der Aktivistin Hanna. Die Codes auf Identitätsebene sind fett gedruckt, auf der Ebene symbolischer Repräsentationen kursiv gesetzt und auf der Ebene sozialer Strukturen in Kapitälchen:¹²²

„Aber du kannst dich natürlich auch nicht immer in andere Leute reinversetzen, ne? Also ich mein, ja, **ich weiß**, das ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ ist **scheiße so wie es ist. Es ist unfair. Es ist, es / Es ist / Es ist diskriminierend, es ist rassistisch, es ist eine Katastrophe, DIESES GESETZ**, ja? **Und trotzdem kann ich mich nicht in die reinversetzen, trotzdem kann ich nicht irgendwie mir vorstellen, wie die / ich die Menschen dazu kriege, dass sie sich fürs Internet interessieren. Ich weiß es nicht.** Und das ist natürlich so ne, so ne Sperre, so ne Distanz zwischen MENSCHEN, DIE ES SICH JA AUCH LEISTEN KÖNNEN, IN DER NETZBEWEGUNG AKTIV ZU SEIN UND MENSCHEN, DIE HALT WIRKLICH TÄGLICH EINFACH NUR MIT IHREM LEBEN IRGENDWIE KLARKOMMEN MÜSSEN. DAS IST / ABER DAS HAT AUCH SOZIOÖKONOMISCHE GRÜNDE.“

Nach dem Codieren wurden Textstellen – meist wörtlich, teilweise paraphrasiert – in Tabellen übertragen, um die Wechselwirkungen zwischen den Ebenen zu analysieren. Die Spalten der Tabellen sind mit Struktur, Identität und Repräsentation überschrieben (vgl. Tabelle 1). Durch die Zeilen der Tabelle lässt sich der Textzusammenhang in der Regel gut nachvollziehen. Die Codes entwickeln sich aus dem Material. Die Zuordnung zu den Ebenen erfordert zwar die Interpretation der Forschenden, es sollen allerdings keine interpretierenden Ergänzungen oder Zuspitzungen vorgenommen werden, denn diese ersten Schritte der IMA erfolgen streng induktiv. Besonders dichte und/oder emotionale Interviewpassagen, in denen viele Bezüge zwischen den drei Ebenen zu erkennen sind, dienen dabei als Hinweise auf wichtige Subjektkonstruktionen und können bei diesem Arbeitsschritt bereits notiert werden. Im zitierten Beispiel wurde auf der Ebene der sozialen Strukturen das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) notiert. Hier benennt die Interviewpartnerin ein konkretes Gesetz. Dessen Bezug zu sozialen Herrschaftsverhältnissen ist an diesem Punkt der Auswertung noch nicht von Bedeutung. Wichtig ist, welche Bedeutung dieses Element materialisierter sozialer Struktur für die Selbstpositionierung von Hanna hat. Die Gegenüberstellung von „Menschen, die es sich leisten können, in der NB [Netzbewegung] aktiv zu sein“

121 Ich habe mich gegen eine softwaregestützte Auswertung entschieden und stattdessen die entsprechenden Textstellen auf Papier farblich codiert. Durch den Leitfaden, die Memos, Codierungstabellen und Volltextsuche war ein Auffinden von Interviewstellen auch ohne QDA-Software möglich. Kathrin Schrader hat in ihrer Arbeit dagegen mit der Software Atlas.ti gearbeitet und von deren Möglichkeiten umfassend gebraucht gemacht (Schrader 2013: 189–197).

122 Das Beispiel zeigt, dass einzelne Textstellen auch mehreren Ebenen zugeordnet werden können. Dann bietet es sich an, die Textstellen in den entsprechenden Spalten in ihrem Bezug zur jeweiligen Materialisierungsebene vorsichtig zuzuspitzen.

Tabelle 1: Auswertung von Wechselwirkungen auf Fallebene (Beispiel)

Soziale Struktur	Identität	Symbolische Repräsentation
Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	ich weiß, dass das AsylbLG „scheiße“, „unfair“, „diskriminierend“, „rassistisch“ und „eine Katastrophe“ ist, aber trotzdem kann ich mich nicht in andere Leute reinversetzen	du kannst dich nicht in andere Leute reinversetzen
Menschen, die es sich leisten können, in der NB aktiv zu sein	„trotzdem kann ich mich nicht in die reinversetzen, trotzdem kann ich nicht irgendwie mir vorstellen, wie die / ich die Menschen dazu kriege, dass sie sich fürs Internet interessieren. Ich weiß es nicht.“	das AsylbLG „scheiße“, „unfair“, „diskriminierend“ und „rassistisch“
Menschen, die täglich mit ihrem Leben klarkommen müssen „sozioökonomische Gründe“		die Menschen müssen für das Internet interessiert werden (~ sie interessieren sich nicht für das Internet)
		„Und das ist natürlich so ne, so ne Sperre, so ne Distanz zwischen Menschen, die es sich leisten können, in der Netzbewegung auch aktiv zu sein und Menschen, die halt wirklich täglich einfach nur mit ihrem Leben irgendwie klarkommen müssen.“

Quelle: Eigene Darstellung

und „Menschen, die täglich mit ihrem Leben klarkommen müssen“ sowie die zusammenfassende Formulierung „sozioökonomische Gründe“ verweisen ebenfalls auf soziale Strukturen, die die Interviewpartnerin hier als Rahmenbedingung für Netzaktivismus beschreibt. In der Spalte mit den Verweisen auf Identitätskonstruktionen notiere ich die Aussage der Interviewpartnerin, sie wisse, dass das Asylbewerberleistungsgesetz „scheiße“, „unfair“, „diskriminierend“, „rassistisch“ und „eine Katastrophe“ sei, dass sie sich aber in „die Leute“ nicht reinversetzen könne. Hanna identifiziert sich hier als Person, die das AsylbLG kritisiert, und markiert auf diese Weise, dass sich ihre Position von der einer vom AsylbLG betroffenen Person unterscheidet.¹²³ Ebenfalls auf der Identitätsebene wurde die Aussage „ich nicht irgendwie mir

123 Diese Wechselwirkung zwischen Identitätsebene und sozialer Strukturen ist ein Beispiel dafür, wie sich Menschen in Abgrenzung gegenüber anderen konstruieren und zeigt, dass Abgrenzung nicht gleichbedeutend mit Abwertung ist.

vorstellen, wie die / ich die Menschen dazu kriege, dass sie sich fürs Internet interessieren. Ich weiß es nicht“ zugeordnet. Die Befragte positioniert sich hier in Abgrenzung zu Menschen, die sich für das Internet nicht interessieren, weil sie sich täglich mit existentiellen Fragen beschäftigen müssen (Wechselwirkung I-S). Damit identifiziert sie sich als Mensch, der es sich leisten kann, im Internet und in der Netzbewegung aktiv zu sein. Auf der Ebene der symbolischen Repräsentation wurde die Aussage „du kannst dich nicht in andere Leute reinversetzen“ verzeichnet, die Hanna zu Beginn der Passage als allgemeine Regel formuliert (Wechselwirkung R-I). Dazu kommt ihre politische Bewertung des AsylbLG als „scheiße“, „unfair“, „diskriminierend“, „rassistisch“ und „eine Katastrophe“: Im Sinne einer Repräsentation trifft die Interviewpartnerin hier eine normative Aussage, die sich auf eine Struktur bezieht (Wechselwirkung S-R). Das Beispiel zeigt, dass zur Ebene symbolischer Repräsentationen nicht nur normative Aussagen und Stereotype gehören, die sich auf andere Menschen beziehen. Aus der bereits auf Identitätsebene notierten Aussage „ich nicht irgendwie mir vorstellen, wie die / ich die Menschen dazu kriege, dass sie sich fürs Internet interessieren“ leite ich außerdem ab, dass Hanna es wichtig fände, Leute dazu zu bringen, sich für das Internet zu interessieren (Wechselwirkung I-R). Auch die Formulierung „Und das ist natürlich so ne, so ne Sperre, so ne Distanz zwischen Menschen [...]“ ordne ich der Ebene der symbolischen Repräsentationen zu. Im Kontext der Aussage problematisiert Hanna die „Sperre“ zwischen den benannten gesellschaftlichen Gruppen. Das Wort „natürlich“ lese ich hier nicht als Naturalisierung, sondern als Indikator dafür, dass Hanna davon ausgeht, dass zwischen uns Einigkeit besteht in der Annahme, dass sozioökonomische Differenzen auch zu einer „Distanz zwischen Menschen“ führen. Hanna trifft hier eine Aussage über das Verhältnis der Netzbewegung zu anderen gesellschaftlichen Gruppen, die aufgrund ihrer sozioökonomischen Position und unterschiedlicher Rechte (S) weniger privilegiert sind (Wechselwirkung S-R) – ein Verhältnis, das sich auch auf Hannas Identitätskonstruktion niederschlägt: Der Frage nach den Möglichkeiten der politischen Zusammenarbeit zwischen der Netzbewegung und Weniger-Privilegierten steht sie ratlos gegenüber (Wechselwirkung I-R-S). Gleichzeitig inszeniert sie sich als eine, die dieses Thema sehr beschäftigt.

Zusammen mit anderen codierten Interviewausschnitten, die ich an dieser Stelle nicht wiedergebe, und in Anbetracht ihrer Wechselwirkungen ergibt sich schließlich eine Subjektkonstruktion:

Hanna schwankt zwischen Wohlfühlen in der elitären Netzbewegung, die sich ihrer privilegierten Situation bewusst ist, und dem Problem, sich für Andere mit Migrationshintergrund oder für finanziell Schwache nicht verständlich machen zu können. Sie sieht Veränderungsmöglichkeiten, wenn Leuten Wohnung, Essen, Krankenversicherung und Internetanschluss zur Verfügung gestellt werden, wofür sie eintritt und was sie mit dem Ziel der Plattformneutralität verbindet.

Mit einer solchen Subjektkonstruktion wird eine Positionierung der Gesprächspartnerin, die aus dem Interview hervorgeht, möglichst auf den Punkt gebracht. Subjektkonstruktionen sollen so formuliert sein, dass die Befragten darin ihre Selbstpositionierungen erkennen können.¹²⁴ Entsprechend muss auf interpretierende oder gar psychologisierenden Formulierungen verzichtet werden. Die Formulierung der Subjektkonstruktion bleibt sprachlich nah am Interview. Begriffe wie im zitierten Beispiel etwa „Migrationshintergrund“ oder „sozial Schwache“ werden nur verwendet, wenn sie auch im Interview vorkommen. Die Subjektkonstruktionen werden in den Ergebniskapiteln wie oben in abgesetzter Form wiedergegeben, ohne dass einzelne Begriffe oder Formulierungen als Zitate markiert sind. Sie werden durch direkte und indirekte Zitate der Interviewpartner_innen ergänzt.¹²⁵

Aus einem Interview ergeben sich bei meinem Vorgehen im Schnitt 14 Subjektkonstruktionen, welche die zentralen Positionierungen der Aktivist_innen wiedergeben. Da das Gespräch durch den Leitfaden des problemzentrierten Interviews gerahmt wurde, sind die Subjektkonstruktionen relativ gut vergleichbar. Dies ist von Vorteil, um die Subjektkonstruktionen aller Fälle zusammen zu betrachten, um Typisches, Ähnliches und Differenzen herauszuarbeiten. An diesem Punkt der Auswertung wird die IMA mit der Analyse des Diskurses der Netzbewegung verschränkt.

4.3.2 *Analyse von Subjektpositionen im Hegemonieprojekt*

Aus der Auswertung der zwölf Interviews resultieren insgesamt 170 Subjektkonstruktionen. Diese vermitteln einen Einblick in den Diskurs der Netzbewegung aus der Perspektive von zwölf unterschiedlich positionierten Aktivist_innen. Sie zeigen ihre politischen Ziele und Motivationen und verweisen auf wichtige Konfliktfelder. Eine systematische Aufarbeitung der Subjektkonstruktionen lenkt den Blick auf Gemeinsamkeiten und relevanten Differenzen innerhalb der Netzbewegung und ermöglicht es, die für das Forschungsinteresse relevanten Aspekte des Diskurses zu entfalten. Um mit dem empirischen Material weiter zu arbeiten, habe ich die Subjektkonstruktionen zunächst nach thematischen Gesichtspunkten sortiert. Dabei ergaben sich folgende Kategorien:

124 Die Befragten können dabei auch in den Prozess eingebunden werden und beispielsweise die Subjektkonstruktionen überprüfen (Winker 2012: 21; Hausotter i.E.).

125 Die Zitate sind sprachlich leicht geglättet. Die im Transkript noch mitgeführten Pausen und Füllwörter wurden entfernt und dialektale Färbungen an die Standardsprache angepasst. Auf die in qualitativen Arbeiten übliche Angaben von Zeilennummern verzichte ich, weil die entsprechenden Textstellen in Transkriptionen mit der Suchfunktion gängiger Textverarbeitungsprogramme auch ohne die Zeilennummerierung gefunden werden können.

- i. die Netzbewegung und ihre allgemeinen netzpolitische Forderungen (27);¹²⁶
- ii. spezifische netzpolitische Themen: Netzsperrern (14), Netzneutralität (12), Urheberrecht (12), Datenschutz und Privatsphäre im Internet (18);
- iii. Gegner_innen der Netzbewegung (14);
- iv. die individuelle Politisierung und der Zugang zur Netzbewegung (37);
- v. die individuelle Rolle und Wirkmächtigkeit in der Netzbewegung (27);
- vi. den Stellenwert des Aktivismus im Alltag (13);
- vii. Konflikte in der Netzbewegung (20);
- viii. Privilegien (10);
- ix. die Piratenpartei (10).

Die auf diese Weise gruppierten Subjektkonstruktionen dienen als Ausgangspunkt für die Beantwortung der drei Forschungsfragen, also der Diskursanalyse des Hegemonieprojektes, der Subjektpositionen und der Bedeutung von sozialen Differenzen in diesem Diskurs.

Die Subjektkonstruktionen in den Kategorien i.–iii. eignen sich, um die Grundzüge des Hegemonieprojektes zu rekonstruieren. Dazu hab ich mich an Nonhoffs (2006; 2007) Vorschlägen zur Analyse hegemonialer Strategien sowie an Marcharts (2013) Minimalmodell politischer Artikulation orientiert.¹²⁷ Beide übertragen die theoretischen Konzepte der Hegemonietheorie in heuristisch zu unterscheidende empirische Kategorien. Auf Grundlage von empirischem Material kann so nachvollzogen werden, welche Elemente die verschiedenen ‚Rollen‘ einnehmen, die im Diskurs zu besetzen sind. Es gilt nachzuvollziehen, welche differenzen, am Allgemeinen orientierten Forderungen im jeweiligen Diskurs äquivalent gesetzt werden, wie der diskursive Raum antagonistisch gespalten wird und welcher Signifikant die Funktion übernimmt, die Äquivalenzkette der Forderungen zu repräsentieren (Nonhoff 2007: 186f.).¹²⁸ Anders formuliert: Welches sind die Signifikanten der protagonistischen Kette, was der Signifikant des Mangels und die Elemente der antagonistischen Kette und was der leere Signifikant (Marchart 2013: 160)? Diese Fragen konnten durch den Vergleich der Subjektkonstruktionen der Kategorien i.–iii. beantwortet und so die Gestalt des politischen Diskurses der Netzbewegung offenlegt werden.

Daran anschließend habe ich zunächst die zentrale Subjektposition rekonstruiert, die im untersuchten Diskurs artikuliert wird. Die symbolischen Repräsentationen und sozialen Strukturen, die sich in den Subjektkonstruktionen finden, sind für diesen Arbeitsschritt von Bedeutung, denn schließlich geht es um die gesellschaftlichen Positionen, von denen aus Subjekte in den Diskurs eintreten und die im Diskurs verstehbar sind. Anders als von der

126 Die Zahlen beziehen sich auf die Anzahl der Subjektkonstruktionen. Einige Subjektkonstruktionen wurden doppelt zugeordnet.

127 Zu den Unterschieden zwischen den beiden Herangehensweisen vgl. Marchart (2013: 161).

128 Zudem verweist Nonhoff (2007: 188) auf die Bedeutung superdifferenzieller Grenzziehungen, die notwendig sind, um den diskursiven Raum sinnvoll abzugrenzen.

IMA vorgesehen, habe ich allerdings die beiden Materialisierungsebenen nicht getrennt voneinander analysiert, sondern mich mit denjenigen Aspekten des Diskurses gewidmet, die für die Beantwortung der Forschungsfragen Erkenntnis versprechend sind. Die Analyse beschäftigt sich konkret mit der Konstruktion des Internets, die ich als Kontingenzschließung begreife, und dem Verhältnis, das die Aktivist_innen zum leeren Signifikanten des Diskurses artikulieren. Ausgehend von der symbolischen Bedeutung von Technologie, Freiheit und Digitalität, die ich unter Einbezug von weiteren Texten bzw. Diskursfragmenten (Jäger 2004: 99) beschreibe, argumentiere ich, dass ihre zentrale Subjektposition die der ‚Avantgarde vernetzter Individuen‘ ist, die dem ‚freien Internet‘ zur Entfaltung verhelfen soll. Der umfassende Anspruch des Hegemonieprojektes besteht darin, dass dem ‚freien Internet‘ ein die Gesellschaft positiv veränderndes Potential zugeschrieben wird. Anschließend werden diese Erkenntnisse in Bezug zum kapitalistischen System gesetzt, das als hegemoniale Formation dem Hegemonieprojekt der Netzbewegung übergeordnet ist. Diesbezüglich interessiert mich, inwiefern der untersuchte Diskurs als eine Reaktion auf Dislokationen gedeutet werden kann, die unter den Vorzeichen der Digitalisierung gegenwärtig entstehen. Dadurch können Aussagen über die gesellschaftliche Verortung der zentralen Subjektposition der Netzbewegung getroffen werden. Wie von Winker (2012) vorgeschlagen, werden dabei Bezüge zu den deduktiv gesetzten Herrschaftsverhältnissen hergestellt, um „das Unmarkierte, das meist aus einer privilegierten Position heraus nicht Angesprochene sichtbar zu machen“ (ebd.: 22).

Der weitere Verlauf der Analyse fokussiert soziale Differenzen. Neben weiteren Subjektkonstruktionen (iv.–ix.) werden dazu, wie auch schon bei der Analyse der zentralen Subjektposition, weitere Diskursfragmente digital-kultureller, politischer und theoretischer Art in die Analyse einbezogen, die es ermöglichen, die Pluralität der Subjektpositionen, die in der Netzbewegung von Bedeutung sind, zu skizzieren. Die Auseinandersetzungen um die Frage, inwiefern der Zugang zur digitalen Kultur und damit auch der Netzbewegung von Privilegien abhängt, sowie die Auseinandersetzung, die sich um die Subjektpositionen des Nerds und der Netzfeminist_in entspinnt, beleuchten, wie entlang von Subjektpositionen um die Ausdeutung des Hegemonieprojektes gerungen wird. Dabei macht sich das Spannungsverhältnis zwischen den partikularen Subjektpositionen des Hegemonieprojektes und der Universalität ihres umfassenden gesellschaftlichen Anspruchs bemerkbar. Die Reibungspunkte des Diskurses verweisen immer wieder auf das radikale Außen und damit auf die soziale Heterogenität (vgl. 3.2.2), was zeigt, wie instabil der Diskurs gerade aufgrund der in ihn eingeschriebenen sozialen Differenzen ist. Im letzten Teil der Analyse beziehe ich diese Überlegung zurück auf die Forderungen und Frage, inwiefern soziale Differenzen, die sich in den Subjektpositionen widerspiegeln, auch für Konflikte innerhalb der Netzbewegung von Bedeutung sind. Mein besonderes Interesse gilt dabei Daten-

schutz und Post-Privacy. Ausgangspunkt sind wieder Subjektkonstruktionen (ii.), an deren Beispiel ich zeige, wie sich die Verhandlungen um soziale Ungleichheit in bewegungsinterne Konflikte um politische Forderungen einschreiben. Auch hier beziehe ich zusätzliches Material ein.

Das diskursanalytische Vorgehen, aufbauend auf Subjektkonstruktionen, bedeutet, mit spezifisch für diesen Zweck durch die Forschende konstruierten Diskursfragmenten zu arbeiten, die die Artikulation von subjektiven Positionierungen fokussieren. Dies ermöglicht es, die differentielle Artikulation von Subjektpositionen in den Mittelpunkt zu stellen. Um herauszuarbeiten, wie intersektionale Herrschaftsverhältnissen im untersuchten Diskurs wirken, muss den im empirischen Material anklingenden Verweisen auf wirkmächtige Differenzkategorien gezielt nachgegangen werden. Die Analyse fokussiert insofern bestimmte Problemstellungen, mit denen sich die Interviewten beschäftigen, mehr als andere und erfordert stets den Einbezug weiterer Texte. Das sind beispielsweise Blogposts, Dokumente wie die Hackerethik, Artikel und Bücher, auf die sich Aktivist_innen im Interview beziehen oder die im Gespräch anklingende Aspekte des Diskurses ausführlicher entfalten.

4.4 Zwischenfazit

Zur Bearbeitung der Forschungsfragen stützt sich die vorliegende Arbeit auf eine Verbindung aus Hegemonietheorie und intersektionaler Mehrebenenanalyse. Entsprechend kommen auch beim methodischen Vorgehen beide Ansätze zum Tragen. Die Analyse des Hegemonieprojektes der Netzbewegung, der Subjektpositionen und der Bedeutung von sozialen Differenzen in diesem politischen Diskurs basiert auf qualitativen Interviews mit Aktivist_innen der Netzbewegung, die mit einem problemzentrierten Leitfaden erhoben wurden. Der Zugang zu Interviewpartner_innen, die Konstruktion des Leitfadens und die forschungsethischen Überlegungen, die der Arbeit zugrunde liegen, wurden hier transparent gemacht. Das Ergebnis der Interviewauswertung sind 170 Subjektkonstruktionen über zwölf Fälle. Diese bilden den Ausgangspunkt der Analyse, die in den folgenden drei Kapiteln entfaltet wird.

5 Vernetzte Individuen als Avantgarde der digitalen Gesellschaft

Die Ergebnisse der intersektionalen und hegemonietheoretischen Analyse von Subjektpositionen im politischen Diskurs der Netzbewegung werden in diesem und den folgenden beiden Kapiteln dargestellt. In diesem Kapitel rekonstruiere ich das Hegemonieprojekt der Netzbewegung und identifiziere die zentrale Subjektposition, die dieses Projekt artikuliert. Als Ausgangspunkt dienen dabei die Subjektkonstruktionen einzelner Aktivist_innen, die im Zuge der intersektionalen Mehrebenenanalyse gebildet wurden (5.1). Diese zeigen, wie sich die Aktivist_innen zu ihrem politischen Handlungsfeld ins Verhältnis setzen und zu netzpolitischen Fragen positionieren. In einem Zwischenfazit (5.2) fasse ich die im ersten Schritt induktiv aus dem Material gewonnenen Erkenntnisse zum politischen Diskurs der Netzbewegung im Sinne eines Minimalmodells (Marchart 2013) zusammen und begründe, dass das ‚freie Internet‘ als leerer Signifikant des untersuchten Diskurses gelten kann. Ausgehend von Konstruktion des ‚freien Internets‘ widme ich mich der zentralen Subjektposition des untersuchten Diskurses, der Avantgarde vernetzter Individuen, und beschäftige mich mit der Reichweite des Hegemonieprojektes: Über den engen netzpolitischen Rahmen hinaus formuliert die Netzbewegung die Erwartung, dass die Digitalisierung gesellschaftliche Transformationen nach sich zieht. Diesen Gedanken aufgreifend stelle ich das Hegemonieprojekt der Netzbewegung in Bezug zur hegemonialen Formation des neoliberalen Kapitalismus und frage mit der intersektionalen Mehrebenenanalyse, wie die Avantgarde vernetzter Individuen in rassistische, bodyistische, heterosexistische und klassistische Herrschaftsverhältnisse eingefasst ist (5.3). Abschließend fasse ich die Ergebnisse zusammen.

5.1 Subjektkonstruktionen (I) zu den Forderungen und Gegenspieler_innen der Netzbewegung

In diesem Abschnitt werden die Grundzüge des politischen Diskurses der Netzbewegung anhand der Selbstpositionierungen von Aktivist_innen vorgestellt. Wie beschreiben die Aktivist_innen die Netzbewegung, welche Forderungen artikulieren sie und gegen wen oder was richtet sich ihr politisches Engagement? Die Subjektkonstruktionen zeigen, wie sich die Aktivist_innen

auf unterschiedliche Weise zur Netzbewegung ins Verhältnis setzen (5.1.1), welche Forderungen sie als Teil der protagonistischen Äquivalenzkette formulieren (5.1.2) und welche antagonistischen Relationen sie zum Ausdruck bringen (5.1.3). Um die diskursive Regelmäßigkeit herauszuarbeiten, die sich breites anhand dieser Selbstpositionierungen der Aktivist_innen deutlich zeigen, greife ich bereits bei diesem Schritt der Darstellung auf den hegemonietheoretischen Begriffsapparat zurück. Ich arbeite heraus, dass die Idee eines ‚freien Internets‘ die Funktion des leeren Signifikanten im Diskurs der Netzbewegung einnimmt; als Mangelsignifikanten identifiziere ich die ‚Regulierung und Kontrolle‘ des Internets. Mit dem leeren Signifikanten sind verschiedene netzpolitische Forderungen und Vorstellungen über das Internet verknüpft, die eine protagonistische Äquivalenzkette bilden. Auf der Gegenseite entspannt der Diskurs eine antagonistische Äquivalenzkette in Form eines diskursiven Bedeutungsnetzwerkes aus Akteur_innen, politischen Programmen und Vorhaben, die das ‚freie Internet‘ aus Sicht der Netzbewegung unterminieren. Anhand von Subjektkonstruktionen zu den drei Kernthemen Netzsperrern (5.1.4), Netzneutralität (5.1.5) und Urheberrecht (5.1.6)¹²⁹ führe ich anschließend im Detail aus, was das ‚freie Internet‘ für die Aktivist_innen bedeutet, sprich welche sozialen Strukturen als wirkmächtig für die Realisierung bzw. Verhinderung eines ‚freien Internets‘ angesehen werden, welche symbolischen Repräsentationen mit dem ‚freien Internet‘ verknüpft werden und wie die Aktivist_innen ihre Identität im Verhältnis dazu konstruieren.

5.1.1 Wir, die Netzbewegung? Annäherung an eine umstrittene Kollektivität

An dieser Stelle werden Subjektkonstruktionen dargestellt, die zeigen, wie sich die befragten Aktivist_innen zur Netzbewegung positionieren und diese zugleich als ihren politischen Bezugspunkt konstruieren. Diese Subjektkonstruktionen veranschaulichen, dass kollektive Identitäten durch die Artikulationen Einzelner prozesshaft konstruiert werden. Der Signifikant Netzbewegung wird auf diese Weise mit Bedeutung gefüllt. Die emotionale Bindung an die Netzbewegung, die ein Ergebnis des Prozesses kollektiver Identifizierung ist (Melucci 1995), wird durch diese Subjektkonstruktionen ebenso nachvollziehbar wie die Grenzziehungsprozesse, die damit verbunden sind (Taylor/Whittier 1992).

Beginnen möchte ich mit Subjektkonstruktionen, die die Existenz der Netzbewegung zunächst in Frage stellen. So wird deutlich, was der „kleinste(n) gemeinsame(n) Nenner“ (Carsten) der Bewegung ist, und inwiefern

129 Die Themen wurden mittels Ad-Hoc-Fragen (vgl. 4.2.3) im Interview thematisiert, ebenso wie die Auseinandersetzungen um Datenschutz und Privatsphäre (zu diesen Subjektkonstruktionen vgl. Kapitel 7).

andere darüber hinaus gehen, die das Gemeinsame der Netzbewegung umfassender konstruieren.¹³⁰ Denn auch wenn alle meine Gesprächspartner_innen mit dem Begriff Netzbewegung etwas anfangen konnten, gab es doch irritierende Momente, in denen meiner Setzung, es gebe eine Netzbewegung, mit Skepsis begegnet wurde. So verwehrt sich Interviewpartner Carsten zunächst dagegen, den Bewegungsbegriff zu verwenden, ohne sich mit mir auf eine Definition zu einigen. Seine Zweifel benennt er deutlich, wie in folgender Subjektkonstruktion¹³¹ zum Ausdruck kommt:

Carsten ist skeptisch, ob der Bewegungsbegriff zutrifft. Aktivismus für das Netz hat zwar in Deutschland schon Tradition und ist in den letzten Jahren auch öffentlich als Bewegung wahrgenommen worden, deren Organisationen Expertenrollen übernehmen. Die Aktiven im Kern der Bewegung verfügen aber nicht über ein gemeinsames Weltbild. Sie eint lediglich die Grundhaltung zu Kernthemen – Netzsperrern, anlasslose Überwachung, Netzneutralität – und das vage Ziel, das Internet frei halten zu wollen.

Für Carsten ist die wichtigste Voraussetzung für eine soziale Bewegung das gemeinsame Weltbild, das den deutschen Netzpolitik-Aktivist_innen aus seiner Sicht allerdings fehlt.¹³² Mit den Kernthemen Netzsperrern, anlasslose Überwachung und Netzneutralität und dem Ziel, das Internet frei halten zu wollen, verweist Carsten jedoch auf die – wie sich noch zeigen wird – zentralen Elemente der protagonistischen Äquivalenzkette der Netzbewegung, die ihren Diskurs zusammenhalten. Auch im Gespräch mit Interviewpartner Jochen standen zunächst Zweifel bezüglich des Bewegungsbegriffs im Raum. Jochen beschreibt die „Netzszene“ zunächst als ein „loses soziales Gefüge“, ein „normales soziales Netz [...] im soziologischen Sinn“, eine „statistische Häufung, [...] ein Cluster von Werten [...], im Sinus-Sinne sind das zwei, drei Milieus, die da sehr stark vertreten sind“.¹³³ Im Laufe der Interviewsequenz entwickelt Jochen dann aber eine Theorie der Netzbewegung, die über diese erste Annäherung hinausgeht. Sein Bild der Netzbewegung und sein Verhältnis dazu wird in folgender Subjektkonstruktion deutlich:

Jochen sieht die Netzbewegung als soziales Netzwerk, das zum einen eine auf Freiheit und Erhalt der Infrastruktur digitaler Kommunikation ausgerichtete politische Haltung teilt und zum anderen durch den Wunsch nach sozialer Zugehörigkeit geprägt ist, die Personen verbindet, die jeweils nicht zum Mainstream gehören. Daneben ist die Netzgemeinde aus Jochens Sicht auch ein soziologisches Cluster aus Werten, wobei Berlin der geographische Schwerpunkt ist. Er sieht sich selbst als Teil dieser Szene. Dass er viele Positionen als problematisch wahrnimmt, ist für ihn der Normalfall.

130 Das Infragestellen der Netzbewegung deutet auch auf eine spezifische Form von Selbstreflexivität hin, die sich besonders stark in Subjektkonstruktionen zeigt, die mit Konflikten innerhalb der Bewegung zu tun haben. Diese werden in Kapitel 6 untersucht.

131 Die Subjektkonstruktionen, die im Zuge des in 4.3.1 beschriebenen Analyseschrittes formuliert wurden, werden im Folgenden jeweils graphisch abgesetzt wiedergegeben.

132 Der Bewegungsbegriff, der dieser Arbeit zugrunde liegt, weicht davon ab. Vgl. Kapitel 2.

133 Gemeint sind die Sinus-Milieus, eine Zielgruppen-Typologie des Markt- und Sozialforschungsinstitutes Sinus Sociovision.

Aus Jochens Sicht ist die Netzbewegung zunächst also ein Netzwerk von Personen, die sich ‚über Ecken‘ kennen. Diese Personen teilen zudem eine politische Haltung in Hinblick auf Freiheit und Erhalt der digitalen Kommunikationsinfrastruktur sowie – aus einer Position jenseits des Mainstreams heraus – den Wunsch nach Zugehörigkeit. Damit ist das Netzwerk, das Jochen beschreibt, letztlich doch mehr als eine statistische Häufung von Werten und Sinus-Milieus. Es konstituiert eine Szene, zu der sich Jochen zugehörig sieht.¹³⁴ Dass er eine kritische Perspektive auf viele Positionen hat, die innerhalb dieser Szene vertreten werden, überrascht ihn nicht, denn dies entspricht seinem grundsätzlichen Selbstbild in Bezug auf Gemeinschaften.

Die (anfängliche) Skepsis gegenüber dem Bewegungsbegriff, die Carsten und Jochen äußern, lässt sich zum einen darauf zurückführen, dass die beiden sich in der Gesprächssituation als Fachkollege bzw. Kenner soziologischer Konzepte inszenieren. Zum anderen drücken sie damit aus, dass ihre Wahrnehmung von Differenzen innerhalb der Bewegung geprägt ist. So äußert sich Jochen in Bezug auf einige Aktivisten, die er namentlich nennt: „Ich nehme da eher die Verschiedenheit wahr.“ Eine derartige Sichtweise bringen auch weitere Interviewpartner_innen zum Ausdruck. Meike spricht beispielsweise davon, dass die Netzbewegung nicht homogen sei, sondern aus verschiedenen Teilen bestehe. Sie nennt aber auch Gemeinsamkeiten, wie folgende Subjektkonstruktion zeigt:

Aus Meikes Sicht gibt es keine homogene Netzpolitikszenen, sondern verschiedene Bewegungen – mit personellen Überschneidungen, aber eigenen inhaltlichen Schwerpunkten und einer jeweils eigenen Geschichte. Trotzdem gibt es gemeinsame Ziele: Privatsphäre schützen, Bürgerrechte stärken gegenüber Konzern- und Regierungsinteressen, Freiräume bewahren und wenn möglich weiter ausbauen, staatliche Kontrolle minimieren, Netzneutralität und Plattformneutralität.

Die Subjektkonstruktionen von Carsten, Jochen und Meike verweisen auf zwei Punkte, die für die Charakterisierung des politischen Diskurses der Netzbewegung zentral sind: Indem sie das abstrakte Ziel Freiheit mit der Regulierung digitaler Infrastruktur (Netzneutralität, Netzsperrungen) und Forderungen nach Rechten (Privatsphäre, Bürgerrechte) verknüpfen, benennen sie zentrale Forderungen. In den drei Interviews ist die Verknüpfung von Freiheit mit digitaler Infrastruktur und Rechten der kleinste gemeinsame Nenner eines Netzwerkes, das als heterogen und von Differenzen geprägt charakterisiert wird.

Für den Großteil der Befragten steht dagegen außer Frage, dass das politische Netzwerk, in dem sie agieren, eine soziale Bewegung ist. Ein Beispiel ist folgende Subjektkonstruktion von Melanie:

Melanie sieht sich als Teil einer ausdifferenzierten Szene, die aus idealistischen Beweggründen das freie Internet erhalten und Wissen verbreiten will. Aus prinzipiellen Gründen

134 Zum Begriff Szene vgl. 2.3.1.

geht es darum, Entscheidungen für die Gesellschaft zu beeinflussen, so dass auch Leute ohne technische Fähigkeiten Wissen und Kommunikationsmöglichkeiten für sich nutzen können. Dazu zählt auch technische Selbsthilfe.

Wie bei den Subjektkonstruktionen der Bewegungs-Skeptiker_innen steht auch für Melanies Konstruktion der Netzbewegung die Idee eines ‚freien Internet‘ im Mittelpunkt. Mit dem Begriff „ausdifferenziert“ verweist Melanie auf die Heterogenität der Bewegung. Für sie scheint die Tatsache, dass sich die Akteur_innen der Netzbewegung sowohl verschiedenen thematischen Schwerpunkten verschreiben als auch über heterogene ideologische Ausrichtungen verfügen, gerade die Stärke der Bewegung auszumachen – eine Deutung, die sich auch in einer Subjektkonstruktion des Interviewpartners Alex findet:

Alex sieht sich als Teil einer starken, erfolgreichen deutschen Netzbewegung, die aus einer älteren Nerd-Elite mit krassen Computer-Skills sowie jüngeren Usern, die mit dem Netz aufgewachsen sind, besteht. Die Netzbewegung ist ausdifferenziert und man beharrt sich auch untereinander. Aufgrund ihrer Erfolge nimmt sie außerdem eine internationale Vorreiterrolle ein.

Auf das Stichwort Netzbewegung angesprochen erzählt Alex, wie diese sich in den letzten zehn Jahren entwickelt hat und wo sie heute steht: „Sie ist einfach groß und differenziert geworden. Also es ist einfach eine richtige Bewegung.“ Charakteristisch für die Netzbewegung ist aus seiner Sicht, dass dort ältere Hacker und jüngere Internetnutzer_innen zusammentreffen. Eine sehr ähnliche Beschreibung der Zusammensetzung der Netzbewegung findet sich in den Interviews mit Daniel und Andreas. Alle drei Aktivisten beschreiben den Kern der Netzbewegung jeweils als eine Allianz von zwei Gruppen.

Die Netzbewegung besteht für Daniel aus zwei Gruppen, die eine nützliche Verbindung eingehen. Zum einen sind das Menschen wie er, die von der Möglichkeit, Leuten mit technischen Hilfsmitteln helfen zu können, angetrieben werden. Zum anderen besteht sie aus Hardcore-Hackern, die ihre Szene gegen Eingriffe von außen verteidigen. Ihr gemeinsames Ziel ist es, die Freiheit, sich zu organisieren und auszutauschen, zu bewahren.

Daniel sieht sich als Teil der „Internetgemeinde“, die er als eingeschworene Gruppe charakterisiert, die eine gemeinsame Sprache spricht und das Internet versteht. Er hat ein Bewusstsein dafür, dass man gegen die Angriffe auf das freie Internet „etwas machen muss“. Im Interview wird deutlich, dass sich Daniel zur ersten der beiden genannten Gruppen zählt. Er kritisiert, dass es den „Hardcore-Hackern“ vor allem darum geht, ihre Subkultur zu bewahren, und dass sie für die sozialen Belange von anderen wenig Gehör hätten. Eine ähnliche Konstruktion der Netzbewegung kommt von Andreas. Er spricht nicht von „Hardcore-Hackern“, sondern allgemeiner von Technikinteressierten, die über die Feststellung, dass „etwas schief läuft“, ihren Zugang zu netzpolitischem Aktivismus finden.

Die Netzbewegung besteht laut Andreas aus zwei Gruppen: Auf der einen Seite Technikinteressierte wie er, die zu Politikinteressierten wurden, weil sie festgestellt haben, dass etwas schief läuft. Auf der anderen Seite politikinteressierte junge Menschen, die ihren Lebensraum Internet bedroht sehen. Andreas glaubt, dass es für diese jungen Menschen keine explizite Netzpolitik gibt, weil das Internet für sie natürlich ist. Unter den Protagonisten gibt es für Andreas unterschiedliche Typen, denen aber ihr Idealismus gemeinsam ist und der Wille, den größten Schaden von der Gesellschaft abzuwenden.

Die zweite Gruppe, die Andreas benennt, korrespondiert mit Daniels Konzept der eingeschworenen Internetgemeinde und mit Alex' jüngeren Internetnutzer_innen. Zusammenfassend zeigen die drei Subjektkonstruktionen, dass zumindest in einem Teil der Netzbewegung der Gedanke verbreitet ist, dass die Netzbewegung sich im Kern aus erfahrenen Nerds und Hackern auf der einen und jüngeren, politisch aktiven Digital Natives auf der anderen Seite zusammensetzt. Außerdem beschreiben sie alle eine Situation, in der Handlungsdruck besteht, weil Freiheit auf dem Spiel stehe.

Die Piratenpartei ist in der Netzbewegung umstritten. Die Piraten gehören zur Netzbewegung, werden aber – im Erhebungszeitraum zunehmend – von vielen Nicht-Mitgliedern auch problematisiert. Für die Parteimitglieder sind die Piraten zunächst ein Ort, wo sie auf Gleichgesinnte treffen und ihren politischen Gestaltungswillen in der innerparteilichen Arbeit umsetzen können. Sie sehen die Partei als eine Institution an, in der die Ideale der Netzbewegung wie Transparenz, Mitgestaltung und Offenheit direkt umgesetzt werden können und die den Forderungen der Netzbewegung zur Durchsetzung verhilft. Nicht-Mitglieder äußern dagegen ein großes Abgrenzungsbedürfnis gegenüber der Piratenpartei, das sich u. a. auf den Umgang mit Konflikten innerhalb der Partei bezieht. Die Partei habe zwar durch wachsende Umfragewerte dazu beigetragen, dass die Anliegen der Netzbewegung von den anderen Parteien im parlamentarischen Prozess ernst genommen werden. Sie als den parlamentarischen Arm der Bewegung darzustellen, sei jedoch falsch. Im Gegensatz zu den Pirat_innen betonen Nicht-Mitglieder die Differenz zwischen Piratenpartei und dem Rest der Bewegung. Die unterschiedlichen Ansichten über die Piraten entzündeten sich zum einen an der grundsätzlichen Frage nach dem Sinn der Organisationsstruktur Partei, zum anderen auch am konkreten Umgang mit Konflikten innerhalb der Piraten.¹³⁵

135 Die zahlreichen Konflikte, die die Entwicklung der Piratenpartei im Erhebungszeitraum geprägt haben, entzündeten sich zum einen entlang von Personalfragen und persönlichen Auseinandersetzungen. Zum anderen wurden auch grundlegende Fragen der ideologischen Ausrichtung der Partei, der thematischen Ausweitung des Programms und der innerparteilichen Demokratie kontrovers diskutiert. Die Inhalte dieser Konflikte wurden, mit Ausnahme der Geschlechterfrage, in den Interviews jedoch nicht benannt. Die Konfliktlinie Geschlecht (vgl. Siri/Villa 2012; zur Piratenpartei Österreich vgl. Tanczner 2013) wird in dieser Arbeit in Bezug auf die Auseinandersetzung mit Privilegien und das Verhältnis der Netzbewegung zur Gesellschaft (vgl. 6.1.4) aufgegriffen. Darüber hinaus werden die Subjektkonstruktionen zur Piratenpartei ausgeklammert, da eine ausführliche Analyse einen

Diese ersten Einblicke in Subjektkonstruktionen, die sich auf die Netzbewegung als Kollektivität beziehen, zeigen, dass für die meisten Aktivist_innen Differenzen hinsichtlich der politischen Ansichten und Strategien von Bedeutung sind. Während ein Teil der Befragten die fehlende ideologische Kohärenz der Netzbewegung bemängelt, schätzen andere diesen Aspekt positiv ein. Die Netzbewegung erscheint hier eher als Bündnis verschiedener Positionen und Erfahrungen, oder, wie von Alex, Andreas und Daniel, als gelungene Verbindung von Aktivist_innen verschiedener Generationen. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Signifikanten „frei“ bzw. „Freiheit“ über verschiedene Subjektkonstruktionen hinweg eine wichtige Rolle spielen, ebenso wie die Andeutung eines Bedrohungsszenarios. Das Internet soll „erhalten“ werden, der „Lebensraum Internet“ ist bedroht, der „größte Schaden“ muss abgewendet werden. Dies leitet über zu den Forderungen, die von den Befragten als Teil der protagonistischen Äquivalenzkette artikuliert werden und die ich im nächsten Abschnitt betrachte.

5.1.2 Forderungen: Das freie Internet als leerer Signifikant

Der Spur folgend, dass dem Signifikanten Freiheit in Verknüpfung mit dem Internet und digitaler Kommunikation für die Konstruktion der Netzbewegung eine zentrale Bedeutung zukommt, stelle ich nun dar, was den Kern der politischen Ziele und Forderungen der Netzbewegung bildet. Im vorangegangenen Abschnitt 5.1.1 sind bereits wichtige Stichworte gefallen: Privatsphäre (Meike), Bürgerrechte (Meike), freie Meinungsäußerung (Meike), Wissen verbreiten (Melanie), Netzneutralität (Meike, Carsten), die Möglichkeit der technischen Selbsthilfe (Melanie, Daniel), Plattformneutralität (Meike, Hanna; zum Begriff vgl. 5.3.3), die Verhinderung von Netzsperrern (Carsten) und anlassloser Überwachung (Carsten). Anhand von drei weiteren Subjektkonstruktionen lässt sich das Bild noch weiter ausfächern. So artikuliert Hanna die Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe. Die Aktivistin ist der Ansicht, dass in einem ‚freien Internet‘ gesellschaftliche Teilhabe realisiert werden kann.

Hanna sieht sich als Teil der Netzbewegung, die aus gut situierten Menschen mit einem gemeinsamen Erfahrungshorizont besteht, die einen Abwehrkampf gegen die Angriffe auf das Internet führen und die Freiheit des Internet und gesellschaftliche Teilhabe übers Internet in die analoge Welt übertragen wollen.

Aus Hannas Sicht sollen die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe auch über das Internet hinaus entfaltet werden. Für Meike steht ein Lebensraum

umfassenden Exkurs zur Piratenpartei erfordert und gleichzeitig wenig zur Beantwortung der Forschungsfragen beigetragen hätte.

auf dem Spiel. Freiräume müssen aus ihrer Sicht politisch erkämpft und gesellschaftlich verankert werden:

Netzpolitik heißt für Meike grundsätzlich Verteidigung von Freiräumen, Lebensräumen, Freiheit gegen kommerzielle Interessen und Kontrolle, die überhandnehmen. Das ist für sie die Jahrhundertaufgabe. Sie kritisiert, dass dies für die Politik ein Nischenthema ist.

Eine Internet-Parallelgesellschaft, die sich in Reaktion auf Überwachung und Kontrolle völlig in klandestine Bereiche des Internets zurückzieht, lehnt Meike ab. Gemeint ist hier das *Darknet*, das auf Peer-to-Peer Verbindungen zwischen Nutzer_innen basiert und nur mittels spezieller Software zugänglich ist. Meike fordert eine Netzpolitik, die auf demokratischer Legitimation und parlamentarischen Prozessen basiert und auf deren Grundlage Freiräume geschaffen werden können. Für Daniel sind solche Räume, die sich staatlicher Kontrolle entziehen, ein wichtiges Element des ‚freien Internets‘:

Daniel setzt sich für freien Austausch im Internet ein. Dazu gehört es, auch die schattigen Ecken und dunklen Kanäle zu bewahren, wo direkt und ungefiltert kommuniziert werden kann.

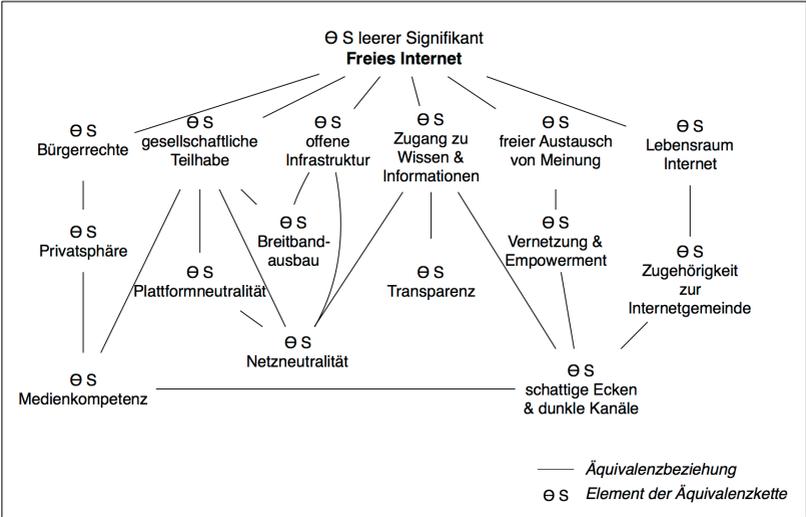
Beide sprechen sich dafür aus, dass die Freiräume des Internets durch demokratische Prozesse abgesichert werden müssen. Das ‚freie Internet‘ ist aus ihrer Sicht keine anarchistische Struktur, sondern muss gesellschaftlich durchgesetzt werden. Auch Jochen, Alex und Karin beschreiben Freiheit als zentrales Ziel der Netzbewegung. Für Jochen teilt die Netzbewegung eine auf Freiheit und Erhalt der Infrastruktur ausgerichtete politische Haltung. Alex bringt die „ursprüngliche Utopie“ der Netzbewegung auf die Formel „größtmögliche Freiheit bei maximaler Chancengleichheit.“ Und obwohl sie betont, dass es in der Netzbewegung verschiedene Partikularinteressen gibt, ist auch Interviewpartnerin Karin überzeugt, dass man sich in der Netzbewegung auf die Ziele freies Internet, freies Wissen und Meinungsfreiheit einigen kann. Das fasst sie wie folgt zusammen:

„Also ich glaub Einigkeit besteht darin: das Internet soll frei bleiben, also so wenig wie möglich reguliert werden. Wissen soll frei sein. Also es soll möglichst viel Wissen frei angeboten werden können auf diesem Weg. Die Verbreitung von Meinung, von Haltung, darf nicht eingeschränkt werden. Ich denke, da sind sich alle einig.“

Karins Aussage und die Subjektkonstruktionen anderer Aktivist_innen zeigen, dass die Forderung nach einem ‚freien Internet‘ für die Benennung von Forderungen der Netzbewegung eine besondere Rolle spielt. Aus hegemonie-theoretischer Sicht handelt es sich dabei um den leeren Signifikanten des untersuchten Diskurses (zum Konzept des leeren Signifikanten vgl. 3.2.3). Die meisten Aktivist_innen sehen den Kampf um ein ‚freies Internet‘ als Kernbestandteil ihrer netzpolitischen Forderungen und verknüpfen diese Idee mit weiteren (netz-)politischen Anliegen. Beispiele dafür sind gesellschaftli-

che Teilhabe, die Verbreitung von Wissen, Freiräume und Austausch, der Erhalt der Infrastruktur, Bürgerrechte, Netzneutralität, Plattformneutralität und freie Meinungsäußerung. All diese Forderungen werden somit mit dem politischen Projekt der Netzbewegung in Verbindung gebracht und in Bezug auf den leeren Signifikanten äquivalent gesetzt. Sie bilden die protagonistische Äquivalenzkette (Marchart 2013: 160) und stecken zugleich Felder ab, in denen die Aktivist_innen und Organisationen der Netzbewegung ihre politischen Aktivitäten entfalten.

Abbildung 1: Die protagonistische Äquivalenzkette¹³⁶



Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 1 zeigt einen Teil der Äquivalenzbeziehungen, die von den Befragten zwischen unterschiedlichen Forderungselementen artikuliert werden. Deutlich wird, dass die Aktivist_innen einzelne Themen und Forderungen miteinander verbinden. So ist beispielsweise das Thema Infrastruktur mit den Forderungen nach Netzneutralität und Breitbandausbau verbunden. Aktivist_innen, die über Breitbandausbau sprechen, fordern schnelle Internet-Zugänge in ländlichen Regionen und stellen so eine Beziehung zwischen

136 Das Symbol Θ steht für die doppelte Bedeutung der Elemente: Ihre partikuläre Bedeutung und die Bedeutung, die sie als Teil der Kette einnehmen. S steht für Signifikant (vgl. Marchart 2013: 147).

Breitbandausbau und gesellschaftlicher Teilhabe her. Auch Netzneutralität wird als Frage des Zugangs zu Infrastruktur und gesellschaftlicher Teilhabe vermittelt. Auf diese Weise wird über verschiedene Themen hinweg ein Bedeutungsnetzwerk geknüpft. Ein weiteres Beispiel dafür ist das Element ‚Zugang zu Wissen und Informationen‘, das mit so unterschiedlichen Forderungen wie der nach Transparenz durch öffentliche Open-Data-Initiativen, gesetzlich verankerter Netzneutralität, Medienkompetenz und den „schattigen Ecken“ und „dunklen Kanälen“ (Daniel) des Internets verbunden ist. Eine besondere Stellung nimmt der Signifikante ‚freies Internet‘ ein. Er ist mit besonders vielen anderen Forderungen verknüpft.

Als leerer Signifikant repräsentiert ‚freies Internet‘ die protagonistische Äquivalenzkette. Er bringt die unterschiedlichen Forderungen auf einen Namen. Um diese Funktion zu übernehmen, muss der entsprechende Signifikant sich seiner eigenen Bedeutung tendenziell entleeren (Laclau 1990; vgl. 3.2.3). Dies ist auch im politischen Diskurs der Netzbewegung der Fall. Der Freiheitsbegriff – ohnehin ein prototypischer leerer Signifikant – wird in der Regel nicht ausbuchstabiert. Zudem bleibt in den Interviews offen, ob das ‚freie Internet‘ nur gegen Angriffe „verteidigt“ (Meike) werden muss, um es zu „bewahren“ (Melanie), oder ob das ‚freie Internet‘ als noch nicht realisiertes Ziel der Netzbewegung angestrebt wird. Schließlich repräsentiert das ‚freie Internet‘ Elemente, die zueinander in ein widersprüchliches Verhältnis treten können. Ein Beispiel hierfür ist die Forderung nach freien Informationen und die Forderung nach dem Schutz der Privatsphäre: Während die einen argumentieren, dass ein freies Internet bedeutet, dass möglichst viele Daten zur ‚freien‘ Weiterverarbeitung verfügbar sind, ist für andere Freiheit nur durch den Schutz der Privatsphäre – sprich durch Datenvermeidung – realisierbar (vgl. dazu ausführlich Kapitel 7). Solche Widersprüche zeigen den kontingenten Charakter politischer Diskurse, in denen die Anordnung der Bedeutungsrelationen niemals vollständig fixiert ist, wodurch immer die Möglichkeit besteht, die Stabilität des Bedeutungsnetzwerkes, d. h. einzelne Forderungen und ihre Gewichtung politisch anzugreifen. Ein Beispiel dafür, das den leeren Signifikanten selbst betrifft, findet sich im Interview mit der Aktivistin Carolin. Sie beschreibt Freiheit als zentrale Forderung der Netzbewegung. Zugleich distanziiert sie sich von einem Bewegungsdiskurs, der um Freiheit kreist, indem sie den Freiheitsbegriff mit ihrer Kritik an der „elitären Netzbewegung“ verbindet, der es nicht gelingt, andere zu erreichen (vgl. Kapitel 6).

Der leere Signifikant repräsentiert die Äquivalenzkette und stabilisiert die Bedeutungen ihrer Glieder. Dies lässt sich anhand von ‚Austausch von Wissen und Informationen‘ verdeutlichen: Über das ‚freie Internet‘ wird dieses Element in ein Bedeutungsnetzwerk mit „dunklen Kanälen“ und „schattige[n] Ecken“, Netzneutralität und Teilhabe eingebunden. Dadurch wird dem Austausch von Wissen und Informationen eine Bedeutung zuge-

schrieben, während andere mögliche Bedeutungen ausgeschlossen werden: Obwohl dies ebenfalls durch das Internet ermöglicht, geht es der Netzbewegung offenkundig nicht um die Förderung der kommerziellen Verwertung von Wissen oder um einen verbesserten Austausch von Informationen zwischen Behörden. Für diese Bedeutungsstabilisierung reicht aber die antagonistische Kette allein nicht aus: Notwendig ist die Abgrenzung von einem Gegenüber, das die Universalität, die der leere Signifikant repräsentiert, bedroht. Der folgende Abschnitt widmet sich dem konkreten Antagonismus der Netzbewegung, wobei ich in der Darstellung von der theoretischen Abstraktion des Mangelsignifikanten ausgehe, den ich anschließend anhand von empirischen Beispielen plausibilisiere.

5.1.3 Gegenspielerinnen: Regulierung und Kontrolle als Mangelsignifikanten

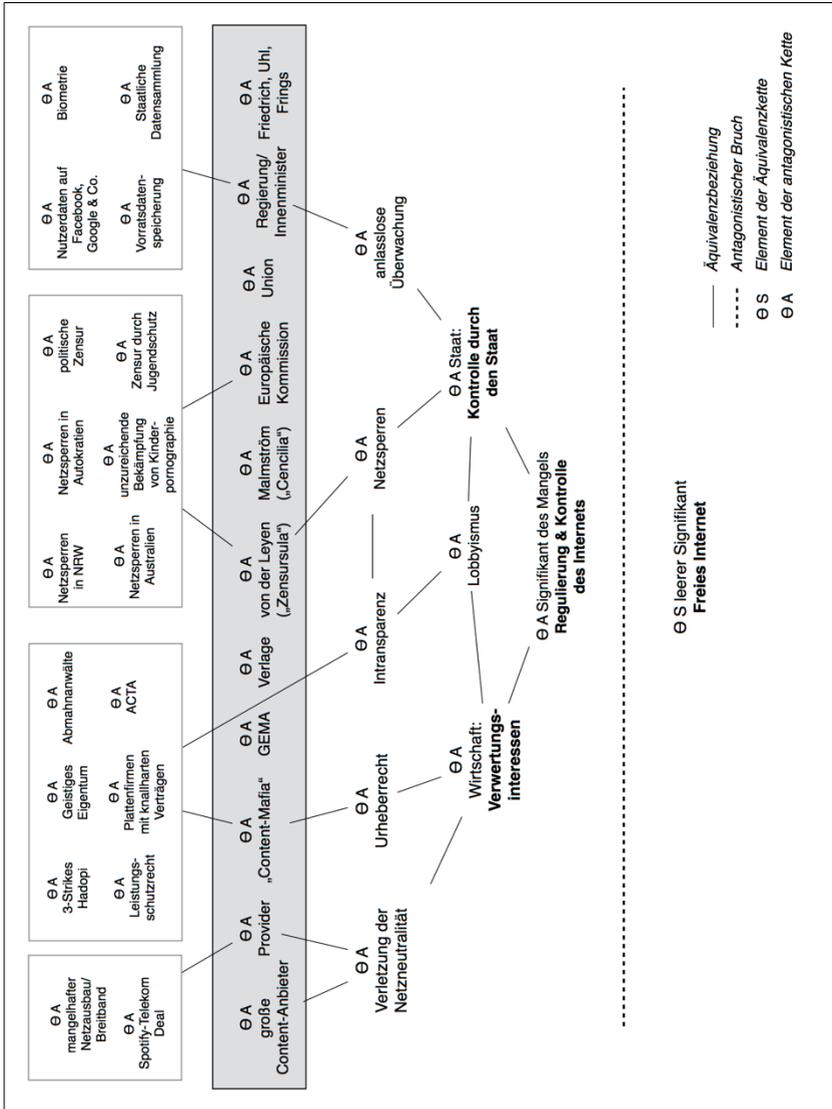
Die Netzbewegung artikuliert ihre Forderung nach einem ‚freien Internet‘, das u. a. den Zugang zu Wissen und Informationen, die Verwirklichung von Meinungsfreiheit und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, in Abgrenzung zu einem negativen Szenario. So sprechen die Aktivist_innen in den Interviews über Akteur_innen, politische Programme und Konzepte, die aus ihrer Sicht das ‚freie Internet‘ verhindern bzw. angreifen. Über die Interviews hinweg konkretisiert sich eine Kontraritätsstruktur des politischen Diskurses der Netzbewegung in Form eines Angriffsszenarios, das Hanna wie folgt zusammenfasst:

„Und dann, als es so langsam, so 2005, 2006 fing das dann wirklich an, dass ich das richtig begriffen hab, was Netzpolitik auch ist. Und dann fingen sie auf einmal an da rumzupfuschen, ne? Und das war, also die Netzsperrn waren schon krass. Da habe ich dann auch echt gesagt, ok, das ist jetzt, irgendwie muss man da jetzt was machen, das geht so nicht.“

Das Internet wird demnach von einem noch zu bestimmenden Außen, das nicht Teil der Internetkultur ist, angegriffen. Für die meisten Aktivist_innen spitzt sich dieses Bedrohungsszenario um 2005 zu, also mit dem Beginn der Einführung der Vorratsdatenspeicherung. Ältere Aktivist_innen verweisen aber auch auf länger zurückliegende Diskussionen, wie beispielsweise die von der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen 2001 eingeführten Netzsperrn (vgl. 2.4.3).

Auf der folgenden Seite zeigt Abbildung 2, hier zunächst noch ohne Bezug zu ihren Korrelaten in der protagonistischen Kette (vgl. 5.2), die Vielzahl der Elemente, die auf der Seite der antagonistischen Äquivalenzkette angeordnet sind. Die Akteur_innen (grau hinterlegt), netzpolitischen

Abbildung 2: Die antagonistische Äquivalenzkette



Quelle: eigene Darstellung

Regulierungen und Vorhaben (oben), die zusammen genommen die Kontrariitätsstruktur bilden, beziehen sich im Kern auf zwei Signifikanten: Kontrolle durch den Staat und kommerzielle Verwertungsinteressen. Durch Lobbyismus sind staatliche und wirtschaftliche Interessen dem Diskurs zufolge eng miteinander verschränkt. Der Mangelsignifikant Regulierung und Kontrolle bündelt die beiden Teilketten und repräsentiert aus Sicht der Netzbewegung den Angriff auf das ‚freie Internet‘. Ein Beispiel für diese Verknüpfung geht aus einer Subjektkonstruktion der Aktivistin Nora hervor:

Hinter dem Internet stecken für Nora Menschen, die an seiner Struktur arbeiten und für diese Struktur kämpfen. Sie macht sich Sorgen, dass kommerzielle und politische Interessen das Wettrennen um die Kontrolle im Internet gewinnen. Die Netzbewegung, die das Internet gegen diese Mächte verteidigt, muss deswegen dringend mehr Leute gewinnen.

Nora verweist auf „kommerzielle und politische Interessen“, die in Bezug auf das „Wettrennen um die Kontrolle im Internet“ zusammenwirken. Auch Karin formuliert hierzu eine starke Äquivalenzbeziehung, wenn sie sagt, dass die Aktivist_innen „nicht wollen, dass ihr Internet von der Wirtschaft plattgebügelt wird. Und von der Politik schon gar nicht, was aber Hand in Hand geht, natürlich“. Karin sieht voraus, dass sich der Konflikt zwischen Netzbewegung und Wirtschaft weiter zuspitzen wird:

Karin geht davon aus, dass der Kampf zwischen Wirtschaft und Netzbewegung noch „blutig“ wird, denn die Wirtschaft merkt jetzt erst, wie viel Geld und Macht in den netzpolitischen Themen steckt und wird merken, dass sie die wachsende Stärke der Netzbewegung, die auf dem Einfluss zentraler Figuren und vieler Multiplikatoren beruht, bisher unterschätzt.

Die Mehrheit der Befragten zielt mit Formulierungen wie „kommerzielle Interessen“ bzw. „die Wirtschaft“ nicht auf das System verwertungsorientierten Wirtschaftens im Allgemeinen ab, sondern auf einzelne Akteur_innen, die aufgrund ihrer herausragenden wirtschaftlichen Bedeutung auch über politischen Einfluss verfügen: Große Internetkonzerne wie Google oder Facebook, Apple, große Internetprovider wie die Telekom, Content-Anbieter in der Unterhaltungsindustrie und Verlage symbolisieren diese Form von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen, die zur Bedrohung für das ‚freie Internet‘ werden. Einige wenige Aktivist_innen deuten dagegen eine umfassendere Kapitalismuskritik im Zusammenhang mit Diskurs der Netzbewegung an. Dazu zählen Hanna, wenn sie sich für eine Verstaatlichung der Netzinfrastruktur ausspricht, und Carsten, der sich freuen würde,

„wenn mehr Leute auch mal zu der Erkenntnis kommen würden, dass das nicht das Ende der Geschichte sein wird und dass das nicht gottgegeben ist von den Umständen, die wir gesellschaftlich vorfinden [...] Also es ist nicht verkehrt mal Marx gelesen zu haben. Oder auch generell kritischer zu denken. Das machen auch einige in dieser Netzbewegung, aber leider nicht genug.“

Carsten macht hier deutlich, dass er mit seiner Position nicht zum Mainstream der Netzbewegung gehört – ein Eindruck, der sich über die Interviews hinweg bestätigt. Der politische Diskurs der Netzbewegung artikuliert sich nicht grundsätzlich gegen die kapitalistische Verwertungslogik, sondern nur dort, wo diese das ‚freie Internet‘ bedroht.

Dies gilt auch für die Kontrolle und Regulierung durch den Staat. Angefangen bei anlassloser Überwachung (u. a. durch die Vorratsdatenspeicherung) über Netzsperrern, der verschärften Durchsetzung des Urheberrechts (u. a. durch ACTA) bis hin zur Abschaffung der Netzneutralität konzentriert sich der Diskurs diesbezüglich auf konkrete politische Vorhaben, die der antagonistischen Kette zugeschrieben werden. Auch politische Projekte wie die Einführung von Wahlcomputern, die Strafverfolgung von Hackern oder die militärische Nutzung von Drohnen kommen zur Sprache.¹³⁷ Die Aktivist_innen gehen davon aus, dass die staatlichen Interessen in hohem Ausmaß mit privaten Verwertungsinteressen verschränkt sind. Ihre Kritik richtet sich im Besonderen auf die aktuelle bzw. vorherige Regierungen, das Innenministerium und die politischen Institutionen der Europäischen Union, hier insbesondere die Europäische Kommission. In Bezug auf die Parteienlandschaft werden CDU und CSU am deutlichsten als Teil der antagonistischen Kette artikuliert. Aus ihren Reihen stammen in der Regel auch die explizit genannten Politiker_innen, allen voran Ursula von der Leyen – in den Interviews meist Zensursula genannt –, der ehemalige Innenminister Hans-Peter Friedrich, der CSU-Innenpolitiker Hans-Peter Uhl und der CDU-Innenpolitiker Günter Krings.¹³⁸ Sie tauchen in einigen Interviews als das personifizierte Übel auf: „Das tut mir leid, das jetzt so sagen zu müssen, aber es sind wirklich die Leute von der Leyen und Krings und Uhl und Friedrich und wie sie alle heißen, die da Schaden anrichten“ (Karin). SPD und FDP sind weniger klare Feindbilder, gelten aber nicht als Bündnispartnerinnen der Netzbewegung. Eine Ausnahme ist Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die nicht Teil der antagonistischen Äquivalenzkette ist, obwohl sie im Erhebungszeitraum Mitglied der schwarz-gelben Regierungskoalition war. Aufgrund ihres Engagements gegen die Vorratsdatenspeicherung ist die damalige Bundesjustizministerin, von einem Interviewpartner „Schnarri“ genannt, Teil der protagonistischen Äquivalenzkette. Der Diskurs der Netzbewegung ist zudem kein Anti-Parteien-Diskurs. Parteipolitische und parlamentarische Prozesse und die Möglichkeit, auf Parteien einzuwirken, werden von einem größeren Teil der Aktivist_innen positiv bewertet.

137 Diese Themen standen im Erhebungszeitraum nicht im Zentrum des politischen Diskurses der deutschen Netzbewegung, weshalb ich im Rahmen dieser Arbeit nicht näher darauf eingehe.

138 Explizit genannt wird außerdem die schwedische EU-Kommissarin für Innenpolitik Cecilia Malmström.

Die einzelnen netzpolitischen Vorhaben, gegen die sich die Netzbewegung wehrt, spannen jeweils ein eigenes Signifikantennetzwerk auf. Beispielsweise verweist der Signifikant Urheberrecht auf ACTA, das Leistungsschutzrecht (LSR), Software-Patente, die Three-Strikes-Regelung der französischen HADOPI¹³⁹ und die in Deutschland verbreitete Praxis der Massenabmahnungen durch spezialisierte Kanzleien („Abmahnanwälte“). Die antagonistische Äquivalenzkette wird in Abschnitt 5.2 zur protagonistischen Forderungskette in Bezug gesetzt. In den folgenden drei Abschnitten werden zunächst einzelne Themen des politischen Diskurses der Netzbewegung anhand von Subjektkonstruktionen ausführlicher dargestellt.

5.1.4 *Gegen Zensur: Netzsperrern*

Die Ankündigung, Netzsperrern gegen sogenannte Kinderpornographie einzusetzen, hatte der Netzbewegung 2009, einem Bundestagswahljahr, einen enormen Aufschwung gegeben. Der Widerstand gegen die Netzsperrern ist neben den Aktivitäten gegen die Vorratsdatenspeicherung und den ACTA-Protesten bis dato der größte Erfolg der Netzbewegung (vgl. 2.4.3). Netzsperrern werden von allen Befragten abgelehnt; Carsten geht sogar soweit, dies als Voraussetzung zu formulieren: „Wer auch nur darüber nachdenken möchte, ob irgendeine Art von Internetsperrern nicht vielleicht doch ok ist, kann in meinen Augen nicht Teil dieser Bewegung sein.“ Auch wenn die Bedeutung der Thematik im Verlauf des Erhebungszeitraums nachlässt,¹⁴⁰ versinnbildlichen Netzsperrern wie kaum ein anderes politisches Projekt die Angst vor einer umfassenden staatlichen Kontrolle des Internets. Die Argumente der Befragten beziehen sich, zusammengefasst, auf die strafrechtliche Zweckmäßigkeit der Netzsperrern, die Möglichkeit, diese technisch zu umgehen, die Symbolik des Wegschauens und die Gefahr, die der Aufbau einer Zensurinfrastruktur mit sich bringt. Die Aktivist_innen rechnen damit, dass es nach einer Einführung von Netzsperrern zu einer Ausweitung ihres Anwendungsbereiches kommen würde. Sie fordern „Löschen statt Sperrern“, also die Entfernung einschlägiger Inhalte von Servern, statt der ursprünglich geplanten intransparenten Sperrlisten. Darüber hinaus sprechen sie sich für eine wirk-

139 Die französische „Haute Autorité pour la diffusion des œuvres et la protection des droits sur l’Internet“ (HADOPI) bestand von 2010 bis 2013. Das dort erprobte Three-Strikes-Verfahren sah vor, Internetnutzer_innen im Fall von Verstößen gegen das Urheberrecht in drei Schritten zu sanktionieren: Zunächst per Email, dann per Einschreiben und schließlich nach einem Gerichtsverfahren durch eine Geldstrafe oder die Sperrung des Internetzugangs.

140 Während meine ersten Interviewpartner_innen Ende 2011 und Anfang 2012 noch ausführlich und mit viel Elan gegen das Zugangserschwerungsgesetz argumentieren, werden die Argumente in späteren Interviews als bekannt vorausgesetzt und die Interviewpartner_innen nutzen das Stichwort, um über andere Formen von Netzsperrern zu sprechen.

same strafrechtliche Verfolgung der Anbieter_innen kinderpornographischer Inhalte aus.¹⁴¹ Eine erste Subjektkonstruktion, die diese Haltung zum Ausdruck bringt, kommt von Andreas:

Netzsperrern sind für Andreas Instrumente der Unterdrückung, die er ablehnt. Als mündiger Bürger will er nicht, dass irjendjemand reguliert, was er im Netz anschauen darf. Strafrechtlich relevante Inhalte wie Kinderpornographie sollen gelöscht werden. Es reicht nicht, sie zu verstecken.

Andreas positioniert sich als Gegner von Netzsperrern. Er identifiziert sich dabei mit der symbolischen Repräsentation des mündigen Bürgers, der auf eine unreguliertes, freies Netz zugreifen können will. Das Stoppschild stellt für ihn eine Provokation dar. Es symbolisiert staatliche Bevormundung, die Andreas als „Unterdrückung“ interpretiert. Wie kontingente Bedeutungen durch die Relationen mit anderen Signifikanten vereindeutigt werden, wird hier deutlich: Andreas setzt Unterdrückung und Zensur mit dem Sperren von Inhalten äquivalent, nicht aber das (rechtsstaatliche und transparente) Löschen selbiger. Die Frage, warum eine rechtsstaatlich legitimierte Löschung von Inhalten keine Zensur im Sinne der Zensurgegner_innen ist, während eine durch ein Zugängerschwerungsgesetz ebenfalls rechtsstaatlich legitimierte Sperrung selbiger als Zensur angesehen wird, stellt sich für Andreas offenbar nicht. Er bezieht sich auf das Bild eines mündigen Bürgers, der nicht mit der Annahme konfrontiert werden möchte, er könne nicht mit den Inhalten im Internet umgehen, auf die er stößt. Der Staat darf insofern zwar löschen, nicht jedoch ein Symbol aufstellen, das die Aussage transportiert, der mündige Bürger sei anfällig für pädosexuelle Neigungen oder würde durch derartige Abbildungen verstört.¹⁴² Das Bild des mündigen Bürgers, der sich mit staatlicher Bevormundung konfrontiert sieht, findet sich auch in anderen Subjektkonstruktionen. So geht etwa Jochen davon aus, dass das Interesse an illegalen Inhalten bei manchen Menschen durch die Zensur wachsen könnte.

Netzsperrern lehnt Jochen ab. Aus einer liberalen Haltung argumentiert er, dass Verbote meist kontraproduktiv sind, weil sie bestimmte Personen dazu provozieren, Regelüberschreitungen zu begehen. Zu dieser Haltung bringt ihn auch seine Selbstbeobachtung bezüglich seines Umgangs mit abstrakten Regeln, die seine Autonomie betreffen.

Ein Staat, der gegenüber seinen Bürger_innen derart bevormundend auftritt, läuft aus Jochens Sicht Gefahr, das Gegenteil des erwünschten Ergebnisses

141 Unter den Aktivist_innen in Deutschland gibt es meiner Einschätzung nach nur ganz wenige Stimmen, die ein unbedingtes Recht auf freie Meinungsäußerung fordern, das auch die Veröffentlichung von Abbildung strafbarer Handlungen umfasst. Unter den Befragten vertrat diese Position niemand.

142 Ersteres knüpft an die von Ursula von der Leyen verbreitete These an, Internetnutzer_innen könnten durch kinderpornographische Inhalte „angefixt“ werden: „Es geht folgendermaßen: Das Anfixen geschieht über Spammails. Die permanente Beschäftigung mit solchen Inhalten führt dann zum Abbau von Hemmschwellen und löst den Hunger nach mehr aus. Die Nachfrage steigt“ (Deutscher Bundestag 2009: 23168).

zu erreichen. Er identifiziert sich als Person, für die eine Einschränkung der Autonomie eine Provokation darstellt, verknüpft diese Identifikation mit einem liberalen Menschenbild und begründet darauf aufbauend seine Haltung zum Thema Netzsperrern. Die Subjektkonstruktionen von Andreas und Jochen basieren auf der Identifikation mit der symbolischen Repräsentation des mündigen, autonomen Bürgers – ein normatives Ideal, das durch das als bevormundend wahrgenommene Handeln des Staates bedroht ist, selbst wenn es im aktuellen Kontext (noch) nicht um politische Zensur geht.

Das Stichwort Netzsperrern wird im Kontext der deutschen Netzbewegung meist mit dem Zugangserschwerungsgesetz verbunden. Andere Formen von Netzsperrern kommen jedoch auch zur Sprache, darunter die nationalen Zensurinfrastrukturen in Ländern wie China sowie Jugendschutz-Software, die in Schulen und privaten Haushalten zum Einsatz kommen (vgl. Ganz 2013: 10f.). Diese Auseinandersetzung mit Jugendschutz lässt sich nutzen, um mehr über die Konstruktion des mündigen Bürgers zu erfahren. Das Thema wird u. a. von Meike aufgebracht. Sie setzt sich schon lange mit Netzsperrern auseinander und erinnert an die Proteste des CCC, als die Düsseldorfer Staatskanzlei im Jahr 2001 Netzsperrern gegen rechtsextreme Seiten und die Schock-Seite rotten.com verhängte. Dann kommt sie auf die mittlerweile verbreiteten Jugendschutz-Programme zu sprechen. Aus ihrer Subjektkonstruktion geht hervor, dass sie Netzsperrern in einem umfassenden Sinne problematisiert:

Das Thema Netzsperrern begleitet Meike, seit sie im CCC ist. Meike kritisiert, dass es immer nur zu Protesten kommt, wenn Politiker mit hanebüchernen Vorschlägen aufwarten. Gegen Netzsperrern, die in Schulen und öffentlichen Einrichtungen durch Programme wie „Net Nanny“ vorgenommen werden, gibt es dagegen kaum Proteste. Meike ist der Meinung, dass man auch hier mit Fackeln und Mistgabeln vor den Bibliotheken stehen müsste, aber dass zu viele Leute denken, das gehe sie nichts an.

Meike wertet softwarebasierte Formen des Kinder- und Jugendschutzes wie die Software „Net Nanny“, die bestimmte Internetseiten für jüngere Nutzer_innen sperrern, als Einschränkung der Freiheit junger Menschen. Bei Jugendlichen beobachtet Meike einen unbedarften, aber offenen Umgang mit digitalen Medien. Aus ihrer Sicht sind Netzsperrern jedoch kein geeignetes Mittel, um junge Menschen vor problematischen Inhalten zu schützen. Sie glaubt daran, dass sich durch die Stärkung von Medienkompetenz mehr erreichen lässt. Jugendliche können auf diese Weise zu mündigen Bürger_innen werden. Auch Peter verknüpft das Thema Netzsperrern mit der Reglementierung von Inhalten im Kontext Schule. Während seines Studiums hat er in einer Schule für Kinder mit Lernschwierigkeiten gearbeitet. Aufgrund seiner Erfahrungen ist er der Ansicht, dass eine solche Reglementierung in diesem Kontext sinnvoll ist.

Staatliche Netzsperrern in Form von Zensurlisten lehnt Peter ab. Seiner Ansicht nach ist das auch Konsens in der Netzgemeinde. Peter hat aber die Erfahrung gemacht, dass die

Reglementierung des Internetzugangs in bestimmten Kontexten sinnvoll ist, z. B. wenn es darum geht, dass geistig- und lernbehinderte Kinder nicht mit Dingen konfrontiert werden, die sie nicht verstehen können.

Während Meike Jugendliche in den Kreis der mündigen Bürger einschließt, die einen kompetenten Umgang mit Medien erlernen und deshalb nicht bevormundet werden sollen, unterscheidet Peter entlang der Differenzierungslinie Behinderung zwischen Menschen, die zu einem mündigen Umgang mit Medieninhalten in der Lage sind und solchen, die durch Institutionen wie die Schule besonderes geschützt werden müssen. Die symbolische Konstruktion des „mündigen Bürgers“ wird hier also in Abgrenzung zu Anderen konstituiert. Zusammenfassend zeigen die vier dargestellten Subjektkonstruktionen, dass der Diskurs der Netzbewegungen in Bezug auf Netzsperrern sich auf eine normative Repräsentation des mündigen, autonomen Bürgers bezieht. Dieses Bild ist anschlussfähig an ein liberales Menschenbild. Es setzt Eigenverantwortung ins Zentrum, während Verletzbarkeit einem diskursiven Anderen zugeschrieben wird.

Neben dem Bild des mündigen Bürgers sind es zwei Strukturmerkmale des Internets, Dezentralität und Offenheit, die bei den Subjektkonstruktionen zum Thema Netzsperrern besonders ins Auge fallen. Dezentralität und Offenheit sorgen dieser Erzählung zufolge dafür, dass sich die Kommunikation im Netz und damit auch seine Inhalte der Kontrolle durch Staaten, aber auch durch die Zugangsprovider und andere Akteur_innen entziehen. In den Interviews artikulieren die Aktivist_innen ein starkes Misstrauen gegenüber Institutionen, die bei der Ausführung von Netzsperrern beteiligt wären. Darunter Alex, der Providern und staatlicher Kontrolle grundsätzlich misstraut, wenn es um die Handhabung von Informationen geht und deshalb fordert, dass die Kontrolle bei den Nutzern liegen, also maximal dezentralisiert organisiert sein soll. Damit verbunden ist eine Sicht auf das Internet, die Hanna auf den Punkt bringt. Auch sie lehnt Netzsperrern ganz grundsätzlich und energisch ab, da es ihrer Ansicht nach in einem freien, dezentralen Netz keine Instanz geben darf, die Inhalte zentral reguliert:

Hanna lehnt Netzsperrern ab, weil es nicht dem Geist des Internets entspricht, wenn eine zentrale Stelle den Inhalt regulieren kann.

Mit der Formulierung „Geist des Internets“, die ich im weiteren Verlauf der Analyse aufgreifen werde, spricht Hanna auf eine Ursprungserzählung an, wonach das Internet grundsätzlich eine offene und dezentral organisierte Struktur ist. Aus ihrer Sicht wird diese Struktur heute von staatlichen und privatwirtschaftlichen Interessen überformt, das Internet droht dadurch seinen Charakter zu verlieren. Auch Daniels Vorstellung eines ‚freien Internets‘ entspricht dieser Haltung. Deutlich wird dies, wenn er sagt, dass ein dezentrales Netz auch über „schattige Ecken“ und „dunkle Kanäle“ verfügen soll, wo direkt und ungefiltert kommuniziert werden kann. Daniel setzt sich mit der

Frage auseinander, welche Motivation hinter der Einführung von Netzsperrern steht.

Die Diskussion um Netzsperrern in Deutschland ist aus Daniels Sicht für die Netzbewegung gut gelaufen, da das Vorhaben zurückgenommen worden ist. Er glaubt nicht, dass die Netzsperrern von einem Willen zur politischen Zensur angetrieben waren, sehr wohl aber von einem Kontrollwillen im Kontext einer Sicherheitspolitik, die das technisch Machbare auch auf Kosten von Bürgerrechten fordert.

Mit einer Argumentation, die einerseits auf Bürgerrechten und Rechtsstaatlichkeit beruht, gleichzeitig aber den Eigensinn des Internets betont, wehren sich Alex, Hanna und Daniel gegen Versuche, das Internet zu domestizieren. Der Netzsperrern-Diskurs ist in den Interviews stark auf Deutschland fokussiert. Aktivist_innen, die auf europäischer Ebene mit Aktivist_innen aus anderen Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten, betonen zwar die Vorbildfunktion der deutschen Netzbewegung.¹⁴³ Netzsperrern und Zensur im außereuropäischen Bereich werden allerdings kaum mit den hiesigen Debatten verbunden. Lediglich Karin stellt einen solchen Bezug her, wenn sie mit einem Verweis auf die Aktivitäten des Telecomix-Aktivisten Stephan Urbach im libyschen Bürgerkrieg unterstreicht, dass Internetzensur immer zu umgehen sei.¹⁴⁴

Die Positionierungen der Befragten zum Thema Netzsperrern beruhen in wesentlichen Teilen auf einer liberalen, an Bürgerrechten orientierten Argumentation, die mit einer normativen Sichtweise auf die Struktur des Internets verbunden ist. Im empirischen Material wird eine Wechselwirkung zwischen der zentralen symbolischen Repräsentation des mündigen, autonomen Bürgers und der Selbstidentifizierung der Befragten als ebensolche_r Internetnutzer_in deutlich. Als mündige und autonome Nutzer_in kommen sie auch mit den problembeladenen Aspekten des Internets klar. Zugleich ermöglicht die soziale Struktur des dezentralen, offenen Internets, das sich staatlicher Kontrolle entzieht, erst ihre Autonomie. Die Aktivist_innen der Netzbewegung verfolgen das Ziel, dieses dezentrale, autonomiebringende Internet gegen Regulierungsversuche zu verteidigen, weil ihre Identität als mündige, autonome Nutzer_innen durch das Regulierungsvorhaben Netzsperrern bedroht wird. Dies erklärt, warum gerade der Kampf gegen Netzsperrern ein

143 Dies zeigen zwei Subjektkonstruktionen von Melanie und Carsten: „Netzsperrern lehnt Melanie mit der Netzbewegung ab. Inhalte sollen nur aufgrund rechtsstaatlicher Prozesse gelöscht werden. Hier ist es der Bewegung gelungen, sich auch auf europäischer Ebene Gehör zu verschaffen.“ „Carsten sieht die deutsche Netzbewegung in der Verantwortung, die europäischen Partner im Kampf gegen Netzsperrern zu unterstützen. Gegen Netzsperrern zu sein ist für Carsten der kleinste gemeinsame Nenner der Bewegung: Wer sie befürwortet, kann nicht Teil der Bewegung sein.“

144 Die Netzaktivist_innen der Gruppe Telecomix unterstützte die Bevölkerung während der Revolutionen des ‚arabischen Frühlings‘ in Libyen und Ägypten sowie im syrischen Bürgerkrieg dabei, Internetblockaden zu umgehen und Informationen über die Geschehnisse vor Ort zu veröffentlichen (vgl. Urbach 2015).

derart maßgeblicher Moment für die Identifikation zahlreicher Internet-Nutzer_innen mit der Netzbewegung war. Dass die Netzbewegung in diesem Zusammenhang trotzdem die Löschung bestimmter Inhalte fordert, mag zunächst als Widerspruch erscheinen. Tatsächlich fordert sie damit aber eine rechtsstaatliche, weil demokratisch kontrollierbare Lösung: Inhalte sollen unter Einhaltung des Rechtsweges gelöscht werden. Unter der Bedingung, dass Dezentralität und Offenheit gewahrt bleibt, darf das ‚freie Internet‘ also durchaus reguliert werden – ein Gedanke, der sich auch in den Aussagen zur Netzneutralität wiederfindet.

5.1.5 *Gegen die Diskriminierung von Daten: Netzneutralität*

Netzneutralität zielt darauf ab, dass Datenpakete von den Providern bei der Übertragung gleichbehandelt werden (vgl. 2.4.3). Für dieses Prinzip sprechen sich alle Aktivist_innen aus, allerdings bestehen Unterschiede hinsichtlich der damit verbundenen gesellschaftspolitischen Zielsetzung. Im Folgenden werde ich anhand von Subjektkonstruktionen zwei Schwerpunkte der Diskussion um Netzneutralität erläutern: die Frage nach der ‚richtigen‘ Gestaltung des Internets und, damit verbunden, nach gesellschaftlicher Teilhabe. Das Problem, dass Netzneutralität innerhalb der Netzbewegung nicht eindeutig definiert sei, wird von einigen Befragten aufgeworfen. Es bestehe die Gefahr, dass der Begriff von der Gegenseite übernommen und dabei so eng ausgelegt wird, dass die befürchteten Effekte trotz einer gesetzlichen Verankerung eintreten. Unter den Befragten finden sich engere und weitere Auslegungen von Netzneutralität.¹⁴⁵ Einen engen Begriff von Netzneutralität vertritt Jochen.

In puncto Netzneutralität lehnt Jochen zwar eine Diskriminierung nach Inhalten ab, darüber hinaus hat er jedoch eine pragmatische, wirtschaftliche Sicht auf das Thema, die ihn zum Außenseiter in der Netzbewegung macht. Eine sachlich gerechtfertigte Differenzierung nach Diensten, die mit unterschiedlichen Kosten verbunden ist, hält er für unproblematisch.

Jochen identifiziert sich, im Gegensatz zu den anderen Befragten, explizit mit einer wirtschaftsliberalen Position. Aus seiner Sicht spricht nichts dagegen, dass Provider aus wirtschaftlichen Erwägungen verschiedene Dienste zu unterschiedlichen Preisen oder mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten anbieten. Lediglich eine Differenzierung nach Inhalten lehnt er ab. Die Außenseiterposition, die er damit in der Netzbewegung innehat, ist ihm bewusst. Alle anderen Befragten vertreten einen weiten Begriff von Netzneutralität,

145 Die Bedeutung, die der Definitionsarbeit in der Szene zugeschrieben wird, zeigt sich auch darin, dass der CCC auf seiner Seite verschiedene Definitionen und Begriffsverständnisse vergleicht (Chaos Computer Club o. J.d).

der auch das Verbot der Differenzierung nach Diensten umfasst.¹⁴⁶ Eingriffe in das Netzwerkmanagement halten die Befragten nur aus pragmatischen Gründen für legitim, z. B. zur Bekämpfung von Angriffen. Grundsätzlich sollen die Provider darauf beschränkt werden, Daten durchzuleiten. Eine entsprechende Definition von Netzneutralität liefert Carsten: „Netzneutralität ist das strikte Beharren auf das Ende-zu-Ende-Prinzip: Dass im Internet die Intelligenz an den Enden ist und dazwischen quasi tatsächlich nur *a series of tubes*. Internet Provider sollten meine Daten nur durchleiten.“ Aktivist_innen, die ein solches Verständnis von Netzneutralität verfolgen, fordern vom Gesetzgeber eine Marktregulierung, die mit einer anderen normativen Sicht auf das Internet verbunden ist. Für Melanie geht es in diesem Sinne darum, „richtiges Internet“ zu bewahren.

Netzneutralität ist Melanie ganz wichtig. Sie setzt sich dafür ein, dass Leute unabhängig davon, welche Pakete sie sich leisten können, richtiges Internet und Zugang zu allen Informationen haben.

„Richtiges Internet“ bedeutet, dass jedes IP-Paket „nach besten Möglichkeiten verbreitet wird“ (Melanie), denn nur so sei der freie Zugang zu Informationen gewährleistet. Das Prinzip, das Melanie hier vertritt, wird als *Best-Effort* bezeichnet. Melanie wählt mit dem „richtigen Internet“ einen ähnlichen Begriff wie die Digitale Gesellschaft e. V. in ihrer Kampagne für Netzneutralität, die vom „Echten Netz“ spricht.¹⁴⁷

Ein Aspekt, der Befürworter_innen von Netzneutralität antreibt, ist die Kritik an der fortschreitenden Kommerzialisierung des Internets. Dies wird bei Andreas deutlich:

Andreas hält Netzneutralität für extrem wichtig. Als langjähriger Internetnutzer findet er es pervers, dass Anbieter das neutrale Netz bald als Sonderleistung anbieten werden. Verstöße gegen die Netzneutralität sind aus seiner Sicht Diskriminierung, weshalb dieser Entwicklung Einhalt geboten werden muss. Dabei stößt die Netzbewegung aber auf das Filterbubble-Problem.¹⁴⁸

Auch Andreas wehrt sich gegen die Diskriminierung von Inhalten. Dass Provider ein wirtschaftliches Interesse daran haben, die Internetdienste in Form von ausdifferenzierten Angeboten zu vermarkten, leuchtet ihm ein.

146 So könnten die Datenpakete von kommerziellen Streaming-Diensten bevorzugt oder aber Datenpakete des Bittorrent-Protokolls, das häufig für illegales Filesharing verwendet wird, verlangsamt übertragen werden.

147 Zur Kampagne „Echtes Netz“ vgl. Beckedahl (2011). Melanie fordert, dass eine Diskriminierung von Daten nach Absender, Inhalt, Empfänger, Dienstklasse oder Tarif verboten und Eingriffe in die Neutralität des Internets untersagt werden. Zudem soll auf deutscher und europäischer Ebene festgeschrieben werden, was Internet heißt: „Es darf nur als Internet verkauft werden, wo ein echtes Netz drin ist.“

148 Mit dem „Filterbubble-Problem“ spricht Andreas darauf an, dass netzpolitische Fragen oft nicht in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Dies werde ich in Kapitel 6 aufgreifen.

Was für die Provider jedoch eine Möglichkeit zur Steigerung der Unternehmensgewinne ist, bedeutet für Aktivist_innen wie Andreas die Abkehr von einem Grundparadigma der Internetarchitektur. Dies widerstrebt seiner Identitätskonstruktion als langjährigem Internetnutzer, der sich noch an die gute alte Zeit erinnert, was er im Interview mit einem Verweis auf die ästhetische Dimension der Gestaltung von Internetangeboten unterstreicht. Für ihn sind die besten Webseiten immer noch „grau mit blauer Schrift“.

Bei einer gesetzlichen Festschreibung einer zu weiten Definition von Netzneutralität sehen einige Aktivist_innen das Problem, dass wichtige Aufgaben des Netzwerkmanagements durch die Provider nicht mehr erfüllt werden könnten. Im Falle von *Distributed-Denial-of-Service*-Angriffen (vgl. Fußnote 29) sind Provider zum Beispiel in der Lage, Zugriffe zu filtern, bevor sie beim betroffenen Server ankommen und diesen überlasten. Für Peter ist dies ein Sonderfall, der einen Eingriff ins Netzwerk rechtfertigt. Er spricht sich für eine gesetzlich verankerte Netzneutralität aus, die dafür sorgt, dass Mindeststandards gewährleistet werden und es Providern erlaubt, bei Missbrauch einzugreifen.

Netzneutralität im Sinne eines Mindeststandards findet Peter sinnvoll, um gesellschaftliche Teilhabe zu realisieren. Er hält Regulierung für notwendig, damit nicht das Recht des Stärkeren gilt. Für Peter kommt es aber auf die genaue Definition von Netzneutralität an, denn es gibt Sonderfälle, die Eingriffe ins Netzwerk rechtfertigen.

Im Unterschied zu Peters Position misstrauen andere Aktivist_innen den Providern stärker. Alex zum Beispiel möchte das Netzwerkmanagement, zumindest prinzipiell, selbst in die Hand nehmen können. Hier geht es auch um die persönliche Handlungsmacht im Umgang mit Technologie, um „die Möglichkeit [...], dass ich das irgendwie selber tue und dass das irgendwie nicht der Netzbetreiber per Default macht“ (Alex). Auf diese Weise verbindet Alex das Thema Netzneutralität mit dem Wunsch nach persönlicher Autonomie im Umgang mit Technologie. Dieser Gedanke zieht sich, wenn auch weniger explizit, durch die Argumentationen der Aktivist_innen zur Netzneutralität. Schließlich geht es darum, zu verhindern, dass Provider die Kontrolle über die Inhalte und die zu benutzenden Dienste ausbauen. Die Nutzer_innen eines Internetanschlusses sollen die Möglichkeit haben, auf alle Inhalte und Dienste zugreifen zu können. Der Einsatz für Netzneutralität ist dadurch ein Einsatz für Nutzungsautonomie. Diese wird mit freier Meinungsäußerung und dem freien Austausch von Daten verknüpft. Wie bei den Netzsperrungen geht es also um eine Form der Regulierung, die eine offene und dezentrale Infrastruktur erhält, in der mündige Nutzer_innen autonom agieren können.

Wie bereits in Peters Subjektkonstruktion ersichtlich, thematisieren einige Aktivist_innen Netzneutralität darüber hinaus unter dem Gesichtspunkt der Teilhabe. Ihre Argumentation zielt auf den Zusammenhang von Netzneutralität und sozialer Ungleichheit ab: Durch das bestehende neutrale Inter-

net werden Möglichkeiten der Teilhabe erweitert, da für alle, die sich einen Internetzugang leisten können, dieselben Inhalte und Dienste zur Verfügung stehen. Netzneutralität ermögliche es nicht nur, sich frei im Netz auszutauschen, sondern auch an den Öffentlichkeiten und Märkten, die das Internet hervorbringt, teilzunehmen.¹⁴⁹ Durch differenzierte Angebots- und Preismodelle in einem nicht mehr netzneutralen Internet werde diese Form von Chancengleichheit verschwinden. Die Thematisierung von Teilhabe gibt weiteren Aufschluss darüber, was die Aktivist_innen angesichts dieses Szenarios auf struktureller Ebene fordern. Für die meisten Aktivist_innen geht es um eine Form von Grundversorgung. Diese soll wie bisher durch private Anbieter realisiert werden, die gesetzlich an Netzneutralität und möglichst hohe Mindeststandards in Bezug auf die Verbindungsgeschwindigkeit gebunden sind.¹⁵⁰ Eine weitreichendere Forderung findet sich dagegen bei Hanna:

Hanna fordert, dass es ein staatliches, von kapitalistischen Unternehmen unabhängiges Universalnetz geben soll, an dem alle kostenlos partizipieren dürfen. Diese Forderung steht für sie im Mittelpunkt, auch wenn es in den Details bei Netzneutralität auch Probleme gibt.

Hanna geht in ihrer Argumentation zum Thema Netzneutralität so weit, eine de-privatisierte und kostenfreie Internet-Grundversorgung zu entwerfen, um Partizipation zu sichern. Eine profitorientierte Internet-Infrastruktur lehnt sie ab. Eine in diesem Sinne anti-kommerzielle Haltung findet sich auch bei Daniel, der den Aspekt der Chancengleichheit weiterdenkt:

Netzneutralität ist für Daniel die grundlegende Voraussetzung für die Freiheit zur Kommunikation und Selbstorganisation im Netz. Das Internet darf nicht der kommerziellen Willkür unterworfen werden. Als Erweiterung des Prinzips der Netzneutralität stellt Plattformneutralität für Daniel den Schlüssel zum Weltbild der Piraten dar: Angebote müssen für alle gleichermaßen nutzbar sein.

Die Forderung nach Plattformneutralität – ein Begriff des Internettheoretikers Michael Seemann (2012, 2014) – spitzt das Konzept der Chancengleichheit im Internet zu, indem sie staatliche Infrastruktur als Kommunikationsplattform wertet, zu der alle Teilnehmer_innen einen unbeschränkten und diskriminierungsfreien Zugang haben sollen. Diesen Gedanken führe ich in Abschnitt 5.3.3 näher aus.

Zusammenfassend wird deutlich, dass die meisten Befragten für eine umfassende Definition von Netzneutralität und deren Verankerung in Form von netzpolitischer Regulierung sind. Man ist sich einig, dass „der Markt es nicht

149 Ein häufiges Argument pro Netzneutralität, das in den Interviews jedoch nicht zur Sprache kam, ist, dass innovative Dienste, die neu am Markt sind, nur auf neutralem Boden gegen die etablierten Anbieter konkurrieren können (vgl. exemplarisch von Notz 2015).

150 Das Telekommunikationsgesetz (TKG) §§ 78 (1.) sieht im Rahmen der Grundversorgung Übertragungsraten vor, die unterhalb der eines Breitbandanschlusses liegen (Bundesnetzagentur o. J.).

regelt“ (Peter) – dass also eine Abkehr vom Prinzip der Netzneutralität mit dem Ziel der Profitsteigerung nicht dazu führt, dass die Freiheit des Internets realisiert wird. Die Aktivist_innen argumentieren, dass Netzneutralität dem ‚wahren‘ Wesen des Internets als dezentrale, offene Struktur entspricht, Nutzungsautonomie ermöglicht und damit für Chancengleichheit sorgt. Der Staat wird als Regulierungsinstanz angerufen, die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln setzt. Eine Aktivistin spricht sich für eine staatliche Versorgung mit Internetzugängen aus. Die Aktivist_innen identifizieren sich als Menschen, die das ‚echte‘ Internet kennen und bewahren wollen. Das Internet wird als Infrastruktur konzeptualisiert, dessen Gestaltungsprinzipien politisch durchgesetzt und verankert werden müssen, um Nutzungsautonomie und Chancengleichheit zu ermöglichen.

5.1.6 Für freien Austausch: Urheberrecht

Das dritte Kernthema der Netzbewegung, das an dieser Stelle behandelt wird, betrifft den Rechtsbereich geistiges Eigentumsrecht, und damit unter anderem Urheber- und Verwertungsrechte. Um den Begriff geistiges Eigentum, den viele Aktivist_innen ablehnen, ebenso wie den sperrigen Begriff Immaterialgüterrecht zu vermeiden, habe ich in den Interviews mit dem Stichwort Urheberrecht gearbeitet, das auch in der öffentlichen Debatte häufig stellvertretend für weitere Bereiche des Immaterialgüterrechts steht. Die Subjektkonstruktionen, die ich im Folgenden darstelle, beziehen sich erstens auf die Kluft zwischen sozialer Praxis und geltendem Recht und zweitens auf die Frage, was angesichts der Dynamiken der Digitalisierung zu tun ist. Die Kluft zwischen Praxis und Rechtslage, mit der Internetnutzer_innen zum Beispiel konfrontiert sind, wenn sie nicht fremde Inhalte in sozialen Netzwerken teilen, spricht unter anderem Daniel an. Er sieht vor allem Probleme, die das Urheberrecht für kreative Praktiken in der digitalen Welt mit sich bringt:

Daniel setzt sich mit den Piraten für einen freien Austausch von Kultur ein. Dass kulturelle Ausdrucksweisen wie Musik-Remixe durch das Urheberrechtsgesetz und die damit verbundenen Institutionen verunmöglicht werden, hält er für eine Riesenkatastrophe. Er wehrt sich dagegen, dass Nutzer von Kultur gegängelt werden und fordert, dass neuen Ansätzen eine Chance gegeben wird.

Aus seiner Sicht setzt sich Daniel für die Interessen der Konsument_innen und der Produzent_innen von kulturellen Gütern ein. Seine Kritik bezieht sich auf ein strukturelles Problem des geltenden Urheberrechts, das an autorisierbaren Formen von Kulturproduktion orientiert sei, während andere kreative Praktiken und Stilrichtungen, die auf dem Weiterverarbeiten vorhandener Werke basieren, keine Berücksichtigung finden (vgl. Burk 2006). Dadurch stehen kulturelle Ausdrucksformen, wie etwa der Remix, im Kon-

flikt zu geltendem Recht. Daniel wertet dies als eine „Gängelung“ von Kultur. Darüber hinaus gilt sein persönliches Engagement vor allem auch dem freien Zugang zu Informationen:

Daniel setzt sich dafür ein, dass Informationen einfach verfügbar und für jeden öffentlich zugänglich sind. Primärquellen sind für ihn etwas sehr Wertvolles. Das Internet trägt dazu bei, dass der Zugang dazu ermöglicht wird.

Mit seiner Forderung nach offenen Quellen geht es Daniel in erster Linie um Transparenz, die beispielsweise durch die öffentliche Verwaltung, Forschung, aber auch durch Unternehmen hergestellt werden sollte. Er setzt sich, wie einige andere Aktivist_innen, für Open Data ein. Sein Ziel ist es, Wissen und Informationsquellen nicht nur öffentlich zugänglich machen, sondern Menschen in die Lage zu versetzen, öffentliche Daten auszuwerten, darzustellen und mit anderen Informationen zu verknüpfen. Dabei stellt sich das Urheberrecht immer wieder als Hürde heraus.¹⁵¹ Andreas nimmt die Position des Konsumenten ein, dessen Bedürfnisse vom Markt nicht befriedigt werden. Er nimmt, ähnlich wie Daniel, eine Kluft zwischen Praxis und geltendem Recht wahr. Er möchte aktuelle Serien nach ihrer Erstausstrahlung in den USA im Originalton über das Internet beziehen, da ihm angesichts der Grenzenlosigkeit des Internets jegliches Verständnis dafür fehlt, auf eine deutsche Erstausstrahlung warten zu müssen. Andreas wäre bereit, dafür zu zahlen, bezieht die Serien aber kostenfrei aus dem Netz, da entsprechende Angebote in Deutschland aus lizenzrechtlichen Gründen zum Zeitpunkt des Interviews noch nicht existieren.

Die aktuelle Gestaltung des Urheberrechts findet Andreas absurd. Er fordert eine Senkung der Schutzfristen, sieht aber, dass eine Änderung hier eine Generationenaufgabe ist. Als Konsument wünscht er sich sinnvolle Angebote und greift solange auf illegale Möglichkeiten zurück. Er kritisiert, dass es in erster Linie um die Pfründe der Industrie geht, und glaubt, dass die Urheber auf seiner Seite sind.

Daniel und Andreas gehen nicht davon aus, dass es in der aktuellen Situation um einen Konflikt zwischen Konsument_innen und denjenigen, die kreative Arbeit leisten, geht. Die Künstler_innen, Autor_innen und Musiker_innen müssten seiner Ansicht nach auf der Seite der Netzbewegung sein, weil das derzeitige System vor allem den Medienkonzernen in die Hände spiele. In politischer Hinsicht geht es für Andreas darum, die Schutzfristen im Urheberrecht – in Deutschland 70 Jahre nach dem Tod des Autors bzw. der Autorin (§ 69 UrhG) – zu senken. Dies sei aber nicht von heute auf morgen realisierbar. Auch Meike beschäftigt sich mit dem Verhältnis von sozialer Praxis und Recht. Die Möglichkeiten, die das Internet bietet, sich und anderen Kultur und Wissen zugänglich zu machen, hält sie für einen großen Fortschritt:

151 Ein Beispiel dafür sind Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die von staatlichen Institutionen mit dem Verweis auf das Urheberrecht negativ beantwortet werden (Greis 2014).

Meike ist der Meinung, dass das Tauschen von Daten eine Kulturtechnik ist, die niemandem schadet. Das Internet ermöglicht im Bereich von Wissenschaft und Kultur viel Neues, was durch Urheberrecht und Schutzfristen wieder verhindert wird. Darum fordert sie, dass die Gesetze an die gesellschaftliche Praxis angepasst werden. In der derzeitigen Situation ist es für Meike ein Akt des zivilen Ungehorsams, Filme aus dem Netz zu ziehen und andererseits zugänglich zu machen.

Meike sieht im File-Sharing eine neue Kulturtechnik, die sie positiv bewertet. Als Dozentin nutzt sie beispielsweise die Möglichkeit, über das Internet auch an schwer verfügbare Filme heranzukommen, die sie als Lehrmaterial benötigt.

Dass ihre Alltagspraxen ständig im Konflikt zu geltendem Recht stehen, ist für viele Netzaktivist_innen ein Antrieb, sich kritisch mit dem Urheberrecht auseinanderzusetzen. Verstöße gegen das Urheberrecht werden vor diesem Hintergrund oftmals als legitim betrachtet, etwa unter dem Gesichtspunkt, dass Informationen und kulturelle Produkte zugänglich gemacht werden, welche ansonsten nur mit sehr viel Aufwand verfügbar wären. Die dargestellten Subjektkonstruktionen zeigen, dass sich viele Aktivist_innen in Bezug auf das Urheberrecht als Nutzer_innen konstruieren, die die neuen Möglichkeiten des Internets ausschöpfen wollen. Die geltenden, strukturell verankerten Normen des Urheberrechts stellen aus ihrer Sicht eine Hürde bei der Entfaltung der positiven Potentiale dieser neuen Kulturtechnik dar. Aus diesem Grund fordern sie, dass sich die Gesetzeslage ändert. Auf der Gegenseite des Konfliktes verorten sie nicht die Urheber_innen. Die Aktivist_innen gehen sogar davon aus, dass auch deren Ausdrucksmöglichkeiten durch das Urheberrecht beschränkt werden. Als Gegenspieler verorten sie die Verwerter_innen von Nutzungsrechten, also Verlage, Medienkonzerne und Kanzleien, die sich auf Abmahnungen spezialisiert haben, sowie diejenigen politischen Kräfte, die sich für eine Stärkung der Interessen dieser Branchen einsetzen. Jochens Beispiel für Urheberrechtsverstöße im Alltag sind Powerpoint-Präsentationen, in denen oft Bilder aus dem Internet zu Illustrationszwecken genutzt werden, ohne dass sich die Anwender_innen um die lizenzrechtlichen Fragen Gedanken machen. Auch Jochen kritisiert die Kluft zwischen sozialer Praxis und Gesetz und setzt sich dafür ein, diese zu schließen:

Jochen vertritt die Position, dass das Urheberrecht an die gesellschaftliche Praxis angepasst werden muss. Viele Punkte in der Debatte sind aus seiner Sicht nicht geklärt; die Ausweitung von Schutzrechten ist für ihn nicht gerechtfertigt. Für die Zukunft geht er davon aus, dass aufgrund der verfügbaren Technik jeder Zugriff auf alle kulturellen Güter haben wird. Die Frage nach dem Schutz erledige sich damit.

Neben dem Wandel der sozialen Praxis begründet Jochen seine Haltung mit der technischen Entwicklung. Seine Zukunftsprognose leitet über zu der Frage, was angesichts der Dynamiken der Digitalisierung zu tun ist. Durch das Wachstum des verfügbaren Speicherplatzes und Cloud-Technologien wird es laut Jochen bald möglich sein, jederzeit auf alle je produzierten kultu-

rellen Güter zugreifen zu können. Daran müssen sich aus seiner Sicht die zukünftigen rechtlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen orientieren. Jochen betont, dass er die Arbeit der Urheber_innen schätzt und es grundsätzlich für einen richtigen Gedanken hält, geistiges Eigentum zu schützen. Eine Antwort darauf, wie dies in Zukunft geschehen soll, hat er allerdings nicht.

Ein Teil der Befragten stellt die Entlohnung kreativer Arbeit im digitalen Zeitalter in den Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung mit dem Urheberrecht. Ein Beispiel ist Karin. Als Journalistin betrifft sie die Frage, wie geistige und kreative Tätigkeiten in der digitalen Gesellschaft entlohnt werden sollen, auch selbst.

Als Urheberin findet Karin, dass man von seinen „geistigen Ergüssen“ auch leben können sollte. Dass andere Urheber Aufrufe für eine Politik der Netzsperrern unterschreiben, findet sie falsch, denn die Mittel, die zur Durchsetzung eines schärferen Urheberrechtes nötig sind, hält sie für extrem gefährlich. Sie selbst hat keine Lösung für das Problem. Sie hält es für notwendig, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen.

Karin hat ein Interesse daran, dass geistige Arbeit gut bezahlt wird. Dafür setzt sie sich als Mitglied in einem Verband freier Journalist_innen auch aktiv ein. Gleichzeitig ist sie der Ansicht, dass ein schärferes Urheberrecht das ‚freie Internet‘ unterminieren würde. Sie lehnt Netzsperrern jeglicher Art ab und bezieht dies auch auf die Sperrung von Internetseiten, die urheberrechtlich geschützte Materialien zur Verfügung stellen. Einen Lösungsvorschlag hat auch sie nicht. Grundsätzlicher noch als Jochen und Karin geht Alex an das Thema heran. Ihn beschäftigt im Zusammenhang mit dem Urheberrecht die Frage nach der Zukunft von Arbeit:

Die Frage des Urheberrechtes sieht Alex im größeren Kontext einer Welt, in der sich die Menschen immer weniger durch Lohnarbeit ernähren können. Dafür müssen Lösungen gefunden werden, die seiner Meinung nach nicht im Urheberrecht liegen.

Alex hält „geistiges Eigentum“ für einen „Kampfbegriff“, lehnt diese juristische Konstruktion also auf symbolischer Ebene ab. Seiner Meinung nach kann es Eigentum nur in Bezug auf materielle Objekte geben. Es ist ihm wichtig, dass Urheber_innen Anerkennung für ihre Leistung finden. Diese müsse aber keine materielle Form annehmen, denn Anerkennung und Finanzierung hängen für Alex nicht zwingend zusammen: „Ob sich Urheber tatsächlich über das Urheberrecht finanzieren können müssen, weiß ich nicht“. Indem er das Thema in einen Prozess der Transformation von Arbeit einordnet, konstruiert sich Alex als junger Mann mit Weitblick. Zunehmend ersetzen Roboter menschliche Arbeitskraft, argumentiert er, sodass es nicht mehr genug Arbeit für alle gibt. Das führe dazu, dass mehr Menschen sich kreativer Arbeit zuwenden können. Alex sieht in einem bedingungslosen Grundeinkommen eine Möglichkeit, wie Gesellschaften mit diesem Wandel umgehen können. Er findet, dass diese Überlegungen in die Urheberrechtsdebatte einfließen müssen, „weil Urheber eben eigentlich nichts produzieren im Sin-

ne von sie machen irgendwas und können es verkaufen, sondern die müssen halt irgendwie anders finanziert werden“. Aus Alex’ Sicht verstehen viele Urheber_innen und Verwerter_innen dieses grundlegende Problem nicht, während die Netzbewegung davon ausgeht, am Ende zu gewinnen und deshalb eine arrogante Haltung an den Tag lege. Eine vollständige Kontrolle von Urheberrechtsverletzungen im Internet könne und wolle schließlich niemand fordern.

Auch Peter lehnt den Eigentumsbegriff in Bezug auf digitale Güter ab und denkt über das Verhältnis von Eigentum und Einkommen in der digitalen Welt nach:

Für Peter ergibt das Eigentum an Daten keinen Sinn, weil an Daten keine Knappheit herrscht. Er kritisiert, dass die geltende Rechtslage kulturelle Kooperation einschränkt, die dazu führen könnte, andere Kulturen besser zu verstehen. Das zentrale Problem ist für ihn die Verknüpfung von Einkommen und Eigentum, die auch diejenigen in der Netzgemeinde betrifft, die vom Urheberrecht leben. Peter sieht in Modellen wie dem Bedingungslosen Grundeinkommen einen Lösungsweg dafür.

Eigentumsrechte im Digitalen sind für Peter weder berechtigt noch durchsetzbar. Als Lösung für alle, die von kreativer Arbeit leben, kann auch er sich das Bedingungslose Grundeinkommen vorstellen. Er wünscht sich ein System, das es Menschen auf der ganzen Welt ermöglicht, sich in der Kultur- und Wissensproduktion aufeinander zu beziehen und zusammenzuarbeiten. Dieser Form von „Völkerverständigung“ (Peter) stehe das Urheberrechtsregime in seiner jetzigen Form entgegen. In der Netzgemeinde sei man sich, was die Kritik am geltenden Urheberrecht betrifft, einig, allerdings uneinig hinsichtlich der Frage, was daraus folgen solle. Dies hänge auch damit zusammen, dass einige in der Netzbewegung ihr Geld auf diese Weise erwirtschaften und radikalere Forderungen darum ablehnten. Peter nimmt sich hier nicht aus. Er sagt, dass auch seine Perspektive auf das Thema sich möglicherweise ändern würde, wenn er vom Texte schreiben leben könnte.

Während die Subjektkonstruktionen, die sich um die Kluft zwischen sozialer Praxis und Rechtslage drehten, Urheber_innen auf derselben Seite wie die Netzbewegung sehen, sehen Karin, Alex und Daniel durchaus einen Interessenkonflikt zwischen den Urheber_innen und der Netzbewegung. Sie beschäftigen sich mit der Frage, wie kreative Arbeit zukünftig entlohnt werden kann. Vor allem für Peter und Alex ist aber klar, dass die Lösung hierfür nicht im Urheberrecht zu suchen ist: Ein bedingungsloses Grundeinkommen, das nicht nur für Kreative gelten würde, sondern die Spielregeln von Erwerbsarbeit und Leben für einen großen Teil der Bevölkerung verändert, würde es Kulturproduzent_innen und Wissensarbeiter_innen ermöglichen, ihrer Arbeit unabhängig davon nachzugehen und die Resultate ihres Schaffens frei zugänglich zu machen.

Indem die Befürworter_innen eines Bedingungslosen Grundeinkommens die Lösung des Problems auf eine andere Ebene beziehen, gehen sie über die

netzpolitische Frage nach der Regulierung der Internetnutzungspraxis hinaus. Andere setzten sich dagegen mit konkreten rechtlichen Veränderungsmöglichkeiten auseinander. Hinsichtlich konkreter Reformvorschläge kam bei Andreas bereits die Forderung nach einer Verkürzung der Schutzfristen zur Sprache. Ergänzende Vorschläge werden vor allem von netzpolitischen NGOs vertreten, die sich konkret mit dem Thema befassen. Melanie ist in diesem Umfeld aktiv:

Melanie setzt sich für kleine Veränderungen im Urheberrecht ein. Es soll ein Recht auf Remix und eine Fair-Use-Bestimmung geben und Künstlern soll ermöglicht werden, zwischen Lizenzen und Verwertungsmodellen zu entscheiden. Um eine Abschaffung des Urheberrechtes geht es aus ihrer Sicht nicht, auch wenn das in der Diskussion oft untergehe. Sie kritisiert zudem, dass die Debatte in verschiedenen Bereichen unverbunden geführt werde.

Melanie ist die Arbeit an umsetzbaren Reformen, wie beispielsweise einer Fair-Use-Bestimmung, wichtig.¹⁵² Sie kritisiert, dass dies in der häufig sehr polarisierten Debatte um das Thema oft nicht wahrgenommen werde. Carsten dagegen lehnt die genannten Reformvorschläge nicht ab, jedoch sollte sich die Netzbewegung aus seiner Sicht radikaler positionieren:

Beim Urheberrecht vermisst Carsten den Copyfight. In der Bewegung gibt es zu wenige radikale Ablehnung von geistigen Eigentumssystemen. Die verschiedenen, zum Teil auch guten Reformvorschläge der Netzbewegung sind Carsten zu sehr um Ausgleich bemüht. Er findet, dass man mehr fordern muss, wenn man etwas erreichen will.

Carsten sieht das Urheberrecht als einen Ansatzpunkt für eine Kritik am Eigentumssystem. Die Netzbewegung, die ihm zufolge größtenteils linksliberal positioniert ist, formuliere allerdings eine solche Kritik nicht.

Die meisten Aktivist_innen sind sich sicher, dass alle Maßnahmen, die digitale Verfügbarkeit von Immaterialgütern effektiv zu beschränken, zum Scheitern verurteilt sind. Entsprechend geht es auch nur am Rande um konkrete Maßnahmen zur Verfolgung von Urheberrechtsverstößen. Für diejenigen, die sich in erster Linie als Konsument_innen solcher Güter sehen, scheint der Druck, an Lösungsmöglichkeiten arbeiten zu müssen, entsprechend gering zu sein. Vorhanden Alternativen wie beispielsweise freie Lizenzen und Open Source kommen in den Interviews beispielsweise kaum zur Sprache. Freie und Open-Source-Software (FLOSS), alternative Lizenzmodelle wie Creative Commons und kollaborative Projekte wie Wikipedia, die zeigen, dass Kultur- und Wissensproduktion auch jenseits des klassischen Urheberrechtsregimes möglich ist, sind in der Netzkultur allerdings vergleichsweise etabliert. Communities, die sich mit freiem Wissen, freien Lizenzen und FLOSS beschäftigen, bilden allerdings spezifische Teildiskurse. Mit Projekten wie Wikimedia e. V., irights.info, Creative Commons und der Open Knowledge Foundation weist dieser Bereich zudem ein höheres Maß

152 *Fair Use* ist eine Regelung, die eine nicht autorisierte Nutzung urheberrechtlich geschützten Materials ermöglicht. Sie findet in einigen Common Law-Ländern Anwendung.

an Spezialisierung und Institutionalisierung aus (Dobusch 2014). Keine_r der Befragten hat seinen oder ihren Arbeitsschwerpunkt in diesem Bereich. Dazu kommt, dass alternative Lizenzmodelle wie Creative Commons zwar die Möglichkeiten von Nutzer_innen erweitern, Werke legal zu nutzen, weiterzuverbreiten und zu bearbeiten. Auf die Frage nach der Realisierung eines Einkommens für kreative Arbeit geben diese Modelle aber keine Antwort.

Die Auseinandersetzung mit dem Urheberrecht verweisen auf verschiedene Wechselwirkungen zwischen der Repräsentations- und der Strukturebene. Während Werte wie Autonomie und Kreativität mit der offenen und dezentralen Struktur des Internets Hand in Hand gehen, stehen sie zu den ebenfalls strukturell verankerten Urheberrechtsgesetzen im Widerspruch. Die Aktivist_innen setzen sich dazu abhängig von ihren Identitätskonstruktionen auf unterschiedliche Weise ins Verhältnis. Während etwa Karin als Netzaktivist_in und Urheberin auftritt und angesichts der Entlohnung kreativer Arbeit etwas ratlos erscheint, inszeniert sich der Student Alex als junge Person mit gesellschaftlichem Weitblick. Daniel tritt als Wissensarbeiter auf, der die Praxis des Austausches voranbringen will, Melanie agiert als Policy-Expertin und Carsten positioniert sich als jemand, der politischen Pragmatismus und Radikalität strategisch verbindet. Trotz dieser Unterschiede auf Identitätsebene finden sich viele Gemeinsamkeiten bei den Subjektkonstruktionen der Aktivist_innen. Sie gehen davon aus, dass der angestoßene Transformationsprozess kaum aufzuhalten ist, und schreiben dem Internet und digitaler Technologie eine strukturelle Eigendynamik zu, die sie grundsätzlich befürworten. Das Konzept des geistigen Eigentums steht der Eigendynamik im Weg. Die Affirmation dieser Eigendynamik hängt wiederum mit der Priorisierung der Nutzungsautonomie zusammen. In diesem Zusammenhang wird die normsetzende Kraft der sozialen Praxis höher bewertet als geltende Rechtsnormen. Es ist den Aktivist_innen ein Anliegen, die Kluft zwischen sozialer Praxis und Rechtslage zu schließen und freie Kulturproduktion zu ermöglichen. Auf das Urheberrecht selbst bezogene Forderungen betreffen eine Verkürzung von Schutzfristen, die Einführung von *Fair Use* und das Recht, Remixe anzufertigen. Hinsichtlich der Reproduktion kreativer Arbeit sieht ein Teil der Aktivist_innen einen Lösungsansatz im bedingungslosen Grundeinkommen und damit außerhalb des Urheberrechts und der Netzpolitik. Diesen Gedanken werde ich später (5.3.3) wieder aufgreifen. Zunächst fasse die aus den Subjektkonstruktionen gewonnenen Einblicke in den politischen Diskurs der Netzbewegung zusammen.

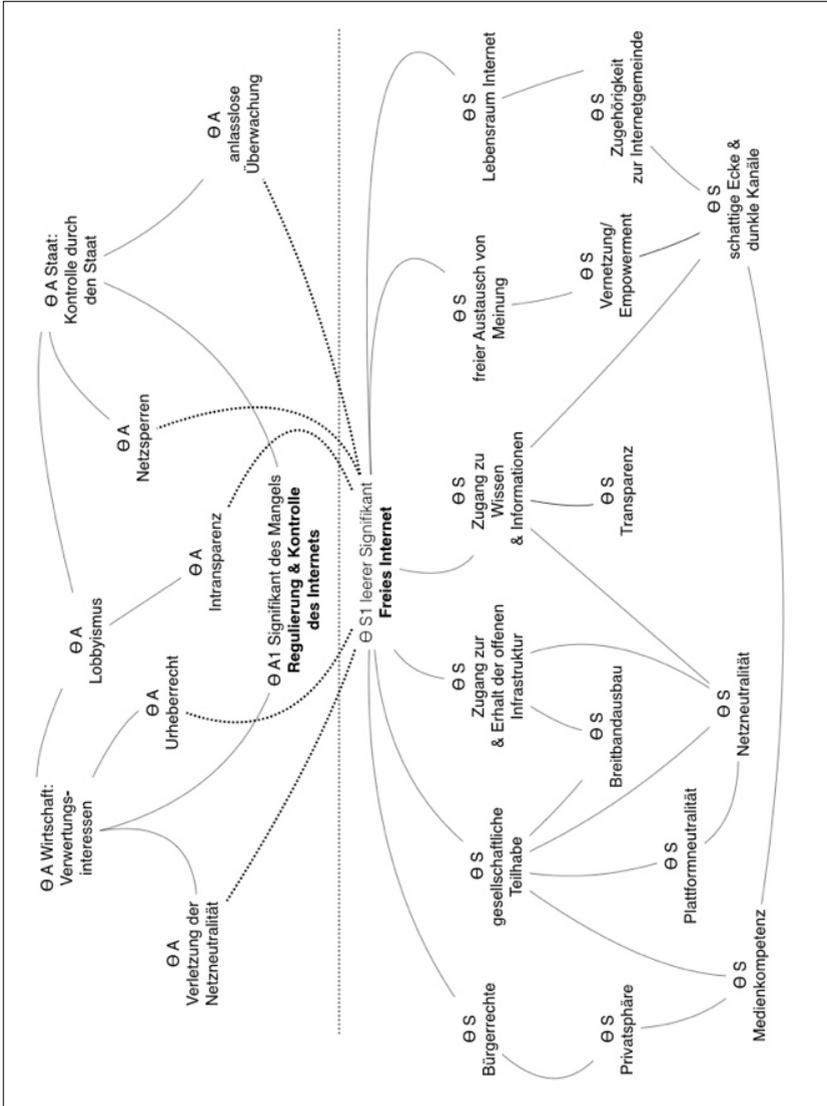
5.2 Das freie Internet verteidigen: Zusammenschau des Hegemonieprojektes

Die im ersten Teil des Kapitels vorgestellten Subjektkonstruktionen vermitteln einen Einblick in die Ordnung des politischen Diskurses der Netzbewegung. In diesem Abschnitt arbeite ich dies weiter aus, um davon ausgehend zu identifizieren, welche Aspekte in Hinblick auf eine Untersuchung der zentralen Subjektposition der Netzbewegung im Folgenden vertiefend analysiert werden. Mit Bezug auf den diskurstheoretischen Begriffsapparat konnte bereits gezeigt werden, dass das ‚freie Internet‘ im untersuchten Diskurs die Funktion des leeren Signifikanten einnimmt, der partikuläre Forderungen miteinander verbindet und die protagonistische Äquivalenzkette repräsentiert. Das Hegemonieprojekt der Netzbewegung wendet sich gegen eine antagonistische Äquivalenzkette, die durch den Mangelsignifikanten ‚Regulierung und Kontrolle des Internets‘ repräsentiert wird.

Zwischen den Elementen der antagonistischen Äquivalenzkette und den Elementen der protagonistischen Äquivalenzkette werden jeweils einzelne Kontraritätsbeziehungen artikuliert. Beispielsweise wird die Forderung, Bürgerrechte zu stärken, die den Schutz der Privatsphäre gewährleisten, der anlasslosen Überwachung durch die Vorratsdatenspeicherung entgegengesetzt. Die Forderung, offene Infrastruktur zu erhalten und zugänglich zu machen, richtet sich gegen die Verletzung der Netzneutralität. Der freie Austausch von Meinung steht in einer Kontraritätsbeziehung zu Netzsperrern. Zwischen diesen spezifischen Elementen besteht also eine direkte negative Relation: Das Element der antagonistischen Äquivalenzkette verhindert die Entfaltung des Elementes auf der protagonistischen Seite. Die einzelnen Elemente gehören aber auch dann einem Bedeutungsgeflecht – dem Diskurs der Netzbewegung – an, wenn sie nicht alle in einem direkten Bezug zueinanderstehen. So hat zum Beispiel die Forderung nach einem Breitbandausbau mit Netzsperrern nichts zu tun. Erst die antagonistische Spaltung des diskursiven Raumes, der durch den leeren Signifikanten ermöglicht wird, stiftet die Beziehung zwischen diesen Elementen. In der Gesamtschau – unter Auslassung der Kontraritätsrelationen zwischen einzelnen Elementen – lässt sich das Hegemonieprojekt der Netzbewegung wie auf der folgenden Seite gezeigt skizzieren (Abb. 3).

Bevor ich auf die Subjektpositionen zu sprechen komme, möchte ich anhand zweier Punkte zeigen, inwiefern die empirischen Ergebnisse mit den hegemonietheoretischen Überlegungen korrespondieren. Erstens wird aus meiner Sicht deutlich, dass sich die Bedeutung eines leeren Signifikanten erst unter Einbezug des konkreten Antagonismus begreifen lässt. Die Funktion des ‚freien Internets‘ besteht darin, in einer Kontraritätsbeziehung zu allen

Abbildung 3: Das Hegemonieprojekt in der Gesamtschau



Quelle: eigene Darstellung

Elementen der antagonistischen Kette zu stehen (die gepunkteten Linien in Abb. 3). Mit Netzsperrern, anlassloser Überwachung, Intransparenz, unter Verletzung der Netzneutralität und unbedingter Durchsetzung des Urheberrechts kann es aus Sicht der Netzbewegung kein ‚freies Internet‘ geben. Diese Formen der Regulierung und Kontrolle des Internets verhindern die Realisierung einer „fullness of society“ (Laclau 2000a: 56f.). Das ‚freie Internet‘ symbolisiert insofern das spezifische Allgemeine (Nonhoff 2006) dieses Diskurses und bindet die Pluralität partikularer politischer Forderungen in einen gemeinsamen Bedeutungszusammenhang ein. Zweitens wird durch die empirische Analyse greifbar, dass auch der Mangelsignifikant ‚Regulierung und Kontrolle des Internets‘ ein leerer Signifikant ist. Er repräsentiert eine Reihe von konkreten Regulierungsvorhaben und Regulierungsweisen, z. B. das Zugangserschwerungsgesetz oder das Urheberrecht. ‚Regulierung und Kontrolle‘ werden dabei zum „general crime“ (Laclau 2000a: 55) des Diskurses. Zugleich zeigt die Analyse, dass die Aktivist_innen sich für Spielregeln einsetzen, die ein ‚freies Internet‘ ermöglichen. Hinter der Ablehnung von Regulierung und Kontrolle im Allgemeinen steht also die Ablehnung einer spezifischen Form von Regulierung und Kontrolle. Es ist unmöglich, diese spezifische Form im Sinne eines politischen Programms gänzlich zu positivieren. Dies liegt auch daran, dass der Diskurs immer umkämpft ist. Dies haben die Ausführungen zum Urheberrecht exemplarisch gezeigt, wo es den einen ganz grundsätzlich um eine Kritik bürgerlicher Eigentumsverhältnisse geht, während andere lediglich die aus ihrer Sicht unzeitgemäßen Aspekte des Urheberrechts reformieren wollen. Die Funktion des Mangelsignifikanten besteht also darin, die verschiedenen ‚gefährlichen‘, freiheitsverhindernden Forderungen und die Akteur_innen, die diese befürworten, symbolisch zu repräsentieren. Der Diskurs der Netzbewegung ist deshalb notwendigerweise keine logische und kohärente Struktur aus Forderungen, die sich auf spezifische Problemstellungen beziehen. Eine Aussage wie „Einigkeit besteht darin, das Internet soll frei bleiben, also so wenig wie möglich reguliert werden“ (Karin) sollte nicht im Wortsinn interpretiert werden.

In Bezug auf die forschungsleitenden Fragen lassen sich die bisherigen Ergebnisse folgendermaßen resümieren: Die dargestellten Subjektkonstruktionen verweisen auf die Wechselwirkungen zwischen sozialen Strukturen, symbolischen Repräsentationen und Identitätskonstruktionen, entlang derer sich die Aktivist_innen der Netzbewegung positionieren. Zentrale Strukturelemente für diese Subjektkonstruktionen sind einerseits die dezentrale und offene Struktur des Internets und andererseits verschiedene netzpolitische Regulierungen und Gesetze sowie die wirtschaftlichen Interessen kommerzieller Akteur_innen. Wichtige symbolische Repräsentationen sind die normativ aufgeladene Vorstellung eines ‚echten‘ Internets und das Konzept des mündigen Bürgers sowie Werte wie Kreativität und Autonomie. Die Subjekte konstruieren sich als mündige und autonome Nutzer_innen sowie als Gestal-

ter_innen des Internets und zugleich als politische Subjekte, die für das ‚freie Internet‘ kämpfen. Diese kollektiven Identifizierungen sind wichtige Bezugspunkte für die befragten Aktivist_innen. Jenseits der Unterschiede, die auf Identitätsebene zum Ausdruck gebracht werden und auf die ich in Kapitel 6 eingehe, deuten die herausgearbeiteten Wechselwirkungen in Richtung einer für den Diskurs zentralen Subjektposition. Um diese zentrale Subjektposition auf den Punkt zu bringen, gilt es im Folgenden zu erörtern, welche gesellschaftliche Bedeutung die Aktivist_innen dem Internet zuschreiben, welches Verständnis von Subjektivität in der digitalen Kultur in diesem Kontext artikuliert wird und welche Reichweite das Hegemonieprojekt der Netzbewegung hat. Dies wird im nächsten Teil der Analyse, an dessen Ende die Beschreibung der zentralen Subjektposition als „politische Avantgarde vernetzter Individuen“ steht, untersucht.

5.3 Vernetzte Individuen mit post-digitaler Agenda

Entlang der Vorstellung eines mit Freiheit verbundenen Internets, die, wie gezeigt, im Zentrum des untersuchten Diskurses steht, entfalten sich spezifische Konstruktionen von digitaler Technik, Gesellschaft und Subjektivität. Im Folgenden arbeite ich anhand des empirischen Materials, weiterer netzkultureller Texte und theoretischer Bezüge die zentrale Subjektposition heraus, die die Netzbewegung artikuliert. Zuerst zeichne ich dazu die Kontingenzschließungen nach, entlang derer das Internet als eine freiheitliche Technologie konstruiert wird, die individuelle Handlungsfähigkeit erweitert und gesellschaftliche Veränderungsprozesse evoziert (5.3.1). Dann beleuchte ich mit Bezug auf Felix Stalder (2013) und Manuel Castells (2001) das Subjektverständnis des vernetzten Individualismus. In diesem Zusammenhang kristallisiert sich ein Bild der zentralen Subjektposition des untersuchten Diskurses heraus: Die politische Avantgarde vernetzter Individuen (5.3.4). Daran anschließend zeige ich am Beispiel der Plattformneutralität (Seemann 2012, 2014), dass das Hegemonieprojekt der Netzbewegung im Sinne einer post-digitalen Agenda über die Netzpolitik hinausreicht (5.3.3). Schließlich skizziere ich die Position der Avantgarde vernetzter Individuen im Kontext globaler kapitalistischer Hegemonie (5.3.4).

5.3.1 Der Geist des Internets

Im Folgenden geht es darum, wie die spezifische Bedeutung eines freiheitlichen Internets, das konstitutiv mit Informationsfreiheit, Autonomie und Eigendynamik verbunden ist, im untersuchten Diskurs konstruiert wird. Als

„Signifikationsapparat“ (Marchart 2004: 42) ist das Internet mit mannigfaltigen Bedeutungen verbunden (vgl. Carstensen 2006). Es gilt als Erfindung von Tüftlern und Computerfreaks, als Instrument rationalisierter Bürokratie, als Militärtechnologie und als Materialisierung einer „libertär-anarchistischen Hippie- und Computer-Ethik“ (Maresch/Rötzer 2001: 9). Jede dieser Lesarten schreibt dem Internet eine spezifische gesellschaftliche Bedeutung zu, ohne dabei die ‚wahre Geschichte‘ des Internets zu repräsentieren. Sie werfen vielmehr Schlaglichter auf die verschiedenen Entwicklungsstränge (vgl. Bunz 2008; Hafner/Lyon 2000), und verknüpfen diese zu einem Bedeutungsnetzwerk. Indem die Aktivist_innen der Netzbewegung sich auf solcherlei Ursprungsmythen beziehen, nehmen sie eine Schließung des Bedeutungshorizontes vor. Dies ist für sich genommen bereits ein hegemonialisierender Akt, insofern damit immer auch ein Ausschluss von Alternativen einhergeht (Laclau 1990: 34). Die Kontingenzschließungen untersuche ich in Bezug auf die ökonomische, technologische und politische Dimension des Internetnarratives der Netzbewegung, indem ich das empirische Material zu korrespondierenden Texten in Bezug setze.

Ein zentrales Element der diskursiven Konstruktion des ‚freien Internets‘ durch die Netzbewegung betrifft die *ökonomische Dimension* von Freiheit: Informationen,¹⁵³ die durch das Internet übermittelt werden, sollen frei sein. Dieser Gedanke geht auf Stewart Brandt¹⁵⁴ zurück, der 1984 auf einer Hacker-Konferenz gesagt haben soll: „Information wants to be free“ (Levy 2014). Die doppelte Bedeutung des englischen Begriffes „free“, der sowohl frei als auch kostenlos bedeuten kann, stellt eine semantische Verknüpfung von politischer Freiheit („freedom“) mit ökonomischer Kostenfreiheit her.

„On the one hand information wants to be expensive, because it’s so valuable. The right information in the right place just changes your life. On the other hand, information wants to be free, because the cost of getting it out is getting lower and lower all the time. So you have these two fighting against each other.“ (Brandt zit. nach Levy 2014)

Brandt beschreibt das paradoxe Verhältnis zwischen dem Wert von Informationen und ihrer fast unbeschränkten Verfügbarkeit, die aus ständig sinkenden Verbreitungskosten resultiere. Die ökonomischen Verhältnisse, in die Information eingebunden sind, erhebt er dabei zu Eigenschaften, die Information innewohnen. Levy dagegen benennt den hitzigen Kampf zwischen „gee-

153 Der Begriff Information wird hier, wie im empirischen Material, als Überbegriff für verschiedene Medienformate (u. a. Text, Audio, Video, Software, Datensätze) verwendet. Vgl. für eine kritische Einordnung des Informationsbegriffs Haug (2003: 102–106).

154 Brand war Herausgeber des 1968 erstmals erschienenen Whole Earth Catalogs, der „access to tools“ versprach und vornehmlich in der Gegenkultur rezipiert wurde. Mit seinem Fokus auf Do-it-yourself brachte der Katalog die Hippiekultur und die aufkeimende Computer- und Technikszenen zusammen (Franke 2013: 12).

ky idealism and cold-hearted commerce“ (2010: 465), der schon in der frühen Internetkultur ausgetragen wurde. Im Diskurs der Netzbewegung wird die kommerzielle Verwertung von Informationen durch Verknappung in dieser Tradition als Angriff auf die den digitalen Informationen innewohnende Freiheit gedeutet. Erinnert sei hier an die Aussagen der Aktivist_innen zum Urheberrecht (vgl. 5.1.6). Damit wird Freiheit in ökonomischer Hinsicht nicht in erster Linie als wirtschaftliche Freiheit, sondern als Kostenfreiheit ausgelegt, wobei Kostenfreiheit als Eigenschaft digitaler Technologie gedeutet wird.

Hinsichtlich der *technologischen Dimension* gründet das Narrativ der Netzbewegung auf der Annahme, das Internet sei hauptsächlich im Rahmen einer kooperativen Arbeitsweise entstanden, die auf dem freien Austausch von Informationen basierte. Demzufolge waren für die Entwicklung von Computertechnologie und digitalen Netzwerken in erster Linie die Idealisten der Hacker-Subkultur verantwortlich, in deren Umfeld viele der technologischen Grundlagen erarbeitet worden sind, die unser heutiges digitales Zeitalter prägen. Levy (2010), auf den sich auch in einigen Interviews bezogen wird, erzählt diese Geschichte nicht als eine Geschichte von Institutionen und Unternehmen, sondern als die Geschichte der „Heroes of the Computer Revolution“: Kooperierende Individuen, die subkulturelle Codes und das Wertesystem der Hackerethik entwickeln (vgl. 2.2.1). Entscheidend ist, dass die Arbeit an Hardware, Software und Protokollen auf einem Wissen aufbaut, dass Hacker_innen miteinander teilen. In der Hackerethik, die Levy formuliert, wird dieser Gedanke als zweites Gebot aufgegriffen: „All Information should be free“¹⁵⁵ wird damit begründet, dass durch den Zugriff auf Informationen, wie beispielsweise den Code eines Betriebssystems, alle an der Verbesserung eines Systems mitarbeiten und dessen beste Version nutzen (Levy 2010: 28f.). Das Internet resultiert diesem Verständnis nach aus einer Zusammenarbeit, die möglich wurde, weil digitale Technologien es erlauben, Informationen verlust- und nahezu kostenfrei zu kopieren. Mit der Digitalisierung entfaltet sich Kopierbarkeit als qualitative Eigenschaft von Informationen. Aus Sicht der Netzbewegung folgen daraus gesellschaftliche Konsequenzen, wie etwa der Zusammenbruch des Urheberregimes, und Praktiken wie File-Sharing werden so in eine Traditionslinie mit dem Ursprung der Computer Revolution gestellt. Eine Chiffre für eine Infrastruktur, in die Freiheit eingeschrieben ist, ist das dezentrale bzw. verteilte Netzwerk.¹⁵⁶ Dessen

155 Die Formulierung „all information should be free“ wird Peter Samson zugeschrieben, einem Mitglied des Tech Model Railroad Club am MIT.

156 Die beiden Begriffe werden Alltagssprachlich auch im Diskurs der Netzbewegung meist nicht differenziert, bedeuten jedoch Unterschiedliches: In dezentralen Netzwerken sind einzelne Netzwerkzentren miteinander verbunden, im verteilten Netzwerk gibt es dagegen keine solchen Zentren. Die Knotenpunkte sind jeweils mit anderen Knotenpunkten verbunden und leiten Informationen von Knotenpunkt zu Knotenpunkt weiter (Bunz 2008: 58).

Entwicklung geht auf Paul Barans zurück, dessen Studien großen Einfluss auf die Konzeption des Internet-Vorläufers ARPANET hatten. Baran war Mitarbeiter der RAND Corporation, eine Forschungseinrichtung, die im Auftrag des US-Militärs arbeitete. Er beschäftigte sich dort mit dem Problem der Nachrichtenübermittlung im Falle eines Atomschlages (Bunz 2008: 57ff.). Dieser Aspekt des Gründungsnarratives, wonach das Internet aus der Militärforschung resultiere (Maresch/Rötzer 2001: 8f.), wird im Diskurs der Netzbewegung, anders als in internetskeptischen Diskursen, weitestgehend ausgeblendet. Der untersuchte Diskurs fokussiert dagegen auf die Begrenzung, die staatlicher Macht durch die dezentrale Kommunikationsinfrastruktur erfährt. Seemann (2014), selbst Teil der Netzbewegung, sieht darin einen wesentlichen Bestandteil des Kontrollverlustes, den er als allgemeine Tendenz des Informationszeitalters begreift.¹⁵⁷ Aus der Vorstellung, dass Freiheit der digitalen Kommunikation schon auf technologischer Ebene eingeschrieben ist, folgt, dass rechtliche oder technische Schranken als Verstoß gegen essentielle Eigenschaft des Digitalen bewertet werden. Dies zeigt exemplarisch die Haltung der Aktivist_innen beim Thema Netzsperrern. „Netzsperrern gehen gar nicht“ – diese Formulierung verwenden vier Interviewpartner_innen wortgleich. Sie verstoßen, wie Aktivistin Hanna es ausdrückt, gegen den „Geist des Internets“. Ein Internet mit Netzsperrern wäre in diesem Sinne kein Internet mehr. Mit ihrem Einsatz für politische Rahmenbedingungen, die den freien Austausch von Informationen im dezentralen Internet weiterhin ermöglicht, agiert die Netzbewegung in der Rolle einer Erfüllungsgehilfin der Technologie. Ihr Ziel ist es, Barrieren zu beseitigen, die der Entfaltung der Dynamik digitaler Technologie im Weg stehen, und zu verhindern, dass das Internet durch staatliche und privatwirtschaftliche Interessen überformt wird und seinen Charakter verändert.

Die *politische Dimension* des ‚freien Internets‘ ist eng mit der Handlungsfähigkeit der Nutzer_innen verknüpft. Im politischen Diskurs der Netzbewegung wird der Möglichkeit, sich Technologien selbstbestimmt für eigene Zwecke anzueignen, eine große Bedeutung zugeschrieben. Auf Basis dieser Aneignungsprozesse entstehen Netzwerke, die vermeintlich unabhängig von gesellschaftlichen Institutionen existieren und einen „digitalen Lebensraum“ konstituieren. Nutzer_innen eignen sich das Internet in diesem Sinne für Projekte an, die ihren eigenen Werten und Interessen folgen (Castells 2012: 230f). Das Bedürfnis, Technologie selbstbestimmt nutzen zu können, spiegelt sich ebenfalls in der Hackerethik wieder (Funken 2010; Levy

157 Der Kontrollverlust wird durch verschiedene technologische Eigenschaften vorangetrieben, die das Digitale mit sich bringt. Neben Dezentralität und Kopierbarkeit sind das die kostengünstige Speicherung von Daten, die Verknüpfung von Digitalem und Analogem durch Sensorik sowie immer ausgereifere Analysemethoden, die sich auch auf bereits existierende Datenbestände anwenden lassen (Seemann 2014: 20; vgl. 7.3.1).

2010).¹⁵⁸ Die Äquivalenzbeziehung, die zwischen freien Informationen und Autonomie artikuliert wird, wurde bereits am Urheberrecht herausgearbeitet. Sie lässt sich auch am Beispiel freier Software nachzeichnen. Richard Stallman, einer der bekanntesten Aktivisten der Freien-Software-Szene, entwickelte 1989 die GNU General Public License (GNU GPL), eine Lizenz für Freie Software, welche die Freiheitsrechte der Nutzer_innen sicherstellen soll. Durch Freie Software sollen Formen von Zusammenarbeit ermöglicht werden, die zu besseren Ergebnissen führen und damit zum Wohle der Menschheit beitragen. Stallmans Freiheitsbegriff bezieht sich dezidiert nicht auf den Preis von Software, die verschenkt oder verkauft werden kann, sondern auf die Freiheit, sich Software für eigene Zwecke anzueignen, zu verändern und selbstbestimmt zu nutzen (Stallman 1992; Lessig 2006). In den Interviews wird deutlich, dass die Annahme, dass ein selbstbestimmter Umgang mit Technologie über ein emanzipatorisches Potential verfüge, bei den Aktivist_innen der Netzbewegung fest verankert ist. Sie zeigt sich, wenn ein Interviewpartner in Bezug auf soziale Netzwerke fordert, „eigentlich sollte jeder seinen eigenen Server haben und die [sozialen Netzwerke] irgendwie selber hosten können“, oder in der Weigerung einer anderen Interviewpartnerin, nach der Umstellung auf ein Microsoft-System weiter im Unternehmen zu arbeiten: „Ich hab gesagt, ich will nichts machen, wo ich überhaupt nicht mehr weiß, was da auf der Festplatte passiert und wo einfach irgendwelche Sachen hingeschrieben werden.“ Die Aktivist_innen streben danach, ihre Autonomie durch normative Prinzipien und eine entsprechend gestaltete Infrastruktur politisch abzusichern.

Zusammengefasst zeigt sich, dass die Netzbewegung bei der Konstruktion des ‚freien Internets‘ drei wesentliche Kontingenzschließungen vornimmt:

- Im Internet stehen Informationen tendenziell unbeschränkt und kostenlos zur Verfügung.
- In die Technologie des Internets ist Freiheit eingeschrieben. Daraus resultiert eine Eigendynamik, die gesellschaftsverändernde Effekte mit sich bringt.
- Das Internet erweitert Autonomie.

Im Internetnarrativ der Netzbewegung ist das Internet dezidiert kein Instrument der Inwertsetzung von Informationen und der Kontrolle von Nutzer_innen, sondern eine emanzipatorische Technologie, die staatliche und ökonomische Interessen unterminiert. Die Aktivist_innen verstehen sich als Erfüllungsgehilf_innen der Digitalisierung: einer gesellschaftlichen Transformation, die aus den materiellen Eigenschaften des Digitalen abgeleitet

158 Besonders einschlägig sind die Sätze „Der Zugang zu Computern und allem, was einem zeigen kann, wie diese Welt funktioniert, sollte unbegrenzt und vollständig sein“ und „Mißtraue Autoritäten – fördere Dezentralisierung“ (Chaos Computer Club o. J.c).

wird.¹⁵⁹ Dass die Notwendigkeit, das Internet bei seiner Entfaltung zu unterstützen, gleichzeitig mit dieser technikedeterministischen Erzählung bricht, verweist wiederum auf die Kontingenz des Internets: Das, was die Netzbe-
wegung als staatliche und privatwirtschaftliche Eingriffe deutet, zeigt letztlich, dass das Internet auch anders sein könnte. Es ist nicht per se eine Technologie der Informationsfreiheit und Autonomie, und ob es die ihm zugeschriebenen Potentiale entfaltet, hängt von politischen Kämpfen ab: Aus „Information wants to be free“ und „information should be free“ wird „Alle Information müssen frei sein“, wie es in der deutschsprachigen Fassung der Hackerethik heißt.

Im untersuchten Diskurs lassen sich deutliche Bezüge zum libertär-anarchistischen Gründungsnarrativ des Internets identifizieren. Es kann allerdings nicht davon gesprochen werden, dass es sich dabei um eine ungebrochene Adaption der „kalifornischen Ideologie“ (Barbrook/Cameron 1997; vgl. 2.2.2), einer früheren US-amerikanischen Variante des digitalen Technikutopismus, handelt (vgl. Dickel/Schrabe 2015). Der Diskurs der Netzbe-
wegung verbindet die projektive Identifikation mit US-amerikanischen Narrativen mit einer Disidentifikation mit diesen (vgl. Marchart 2004: 176ff.). Die kalifornische Ideologie, ein kulturelles Amalgam aus Hi-Tech-Industrie und Gegenkultur, geht mit einem Glauben an die Kräfte des freien Marktes einher, die eine technische Revolution herbeiführen, durch die „big business and big government“ (Barbrook/Cameron 1997) herausgefordert würden. Im Diskurs der Netzbewegung lassen sich dagegen, etwa in Bezug auf Datenschutz, Medienbildung und Netzneutralität, zahlreiche positive Bezüge auf den Staat als Regulierungsinstanz identifizieren. Den Aktivist_innen geht es, wie ich im Folgenden noch ausführen werde, um ein Gleichgewicht zwischen anarchischer Eigendynamik, staatlicher Regulierung und privatwirtschaftlichen Angeboten. In diesem Lebensraum fühlen sich die digitalen Subjekte der Netzbewegung zu Hause. Was diese Form von Subjektivität ausmacht, werde ich nun in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen.

5.3.2 *Vernetzter Individualismus*

Die im letzten Abschnitt aufgestellte These, dass sich die Aktivist_innen der Netzbewegung als Erfüllungsgehilf_innen der Digitalisierung verstehen, lenkt den Blick auf die Verwobenheit von Subjektivität, Technologie und

159 Dass diese materiellen Eigenschaften letztlich zu Materie geronnener Diskurs sind, ist in Bezug auf digitale Technologien evident. Schließlich handelt es sich hierbei ja tatsächlich um Zeichen, nämlich um Programme, Protokolle, Standards, die zusammen mit Hardware als Artefakte agieren. Im Diskurs der Netzbewegung wird die historisch-diskursive Gewordenheit des Internets – also die Tatsache, dass das Internet aufgrund von gesellschaftlichen Verhältnissen so ist, wie es ist – weitestgehend ausgeblendet.

digitaler Kultur. Dieser Spur folgend werde ich nun weitere Aussagen aus den Interviews mit theoretischen Überlegungen insbesondere von Castells (2001) und Stalder (2013) verknüpfen. Als Bindeglied zwischen Empirie und Theorie beziehe ich außerdem den Text „Wir, die Netzkinder“ des polnischen Essayisten Piotr Czernski (2012) ein.

In den Interviews kommt zum Ausdruck, wie stark Erfahrungen im digitalen Lebensraum die Aktivist_innen der Netzbewegung geprägt haben. Aktivistin Hanna erzählt beispielsweise, dass sie seit ihrer frühen Jugend „ins Internet hineinschreibt“. In ihrer Studienzeit hat sie einen virtuellen Staat gegründet, um mit staatsrechtlichen Annahmen zu experimentieren. Dies zeigt, dass das Internet es ihr ermöglicht hat, selbstbestimmt und gestaltend tätig zu werden. Sie sieht das Internet nicht als mediale Angebotsstruktur, sondern als Infrastruktur, die ihr Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Es ist, in ihren Worten, das „Biotop“, in dem sie ihre Subjektivität entfaltet hat. Sich jenseits von sozialen und institutionellen Grenzen mit anderen vernetzen zu können, beschreibt Daniel als eine Freiheitserfahrung, die für ihn und seine Generation prägend war:

„Es ist vielleicht auch in der Hinsicht einmalig, dass Leute durch eine neue Entwicklung eine Freiheit genossen haben, die sie dann zehn Jahre hatten und dann weggenommen bekommen sollen. Oder zumindest das Gefühl haben, dass sie ihnen weggenommen wird. Dass diese Freiheit da war und dass gerade genau meine, unsere Generation das erlebt hat [...] die Generation vorher kannte das überhaupt nicht, und die Generation danach lebt möglicherweise schon in einem durchkontrollierten Internet [...] das ist eine ganz spannende Situation.“

Daniel zitiert John Perry Barlows „Declaration of the Independence of Cyberspace“ (1996), um auf die Bedrohung, die derzeit für das ‚freie Internet‘ besteht, aufmerksam zu machen.¹⁶⁰ Während der virtuelle Raum aber in den 1990er Jahren lediglich für die frühen „digital citizens“ (ebd.). – Daniel spricht von „Hardcore-Hackern“ – von Bedeutung war, sieht sich Daniel als Teil einer Generation der in den 1980er Jahren Geborenen, die schon als Jugendliche das Internet genutzt haben. Er erzählt, damals viel Zeit in einem

160 „Da kommt mir jetzt gerade in den Sinn diese ‚Declaration of the Independence of the Internet‘, wo es halt heißt so, ihr müden Giganten aus Fleisch und Stahl, ihr funkt uns hier nicht rein, wir machen unser Ding“ (Daniel). Das Cyberspace-Narrativ, welches das Internet als einen Raum rahmt, in dem eigene Regeln gelten und den es zu verteidigen gilt, ist unter den Aktivist_innen allerdings umstritten. So weist Carsten im Interview die Aktualität Barlows mit den Worten zurück: „Aber die 90er sind auch vorbei und ‚Governments, you weary giants of flesh and steel‘, Governments and Cooperations von der ‚Declaration of Independence of Cyberspace‘, das ist schon lange her. Das ist heute nicht mehr so.“ Er lehnt es ab, der Barlowschen Vision eines freien, libertären Cyberraumes weiterhin anzuhängen. Es müsse stattdessen abgewogen werden, welche staatlichen Eingriffe gerechtfertigt seien und welche es zu bekämpfen gelte. Zu Barlow vgl. auch die Analyse von Marchart (2004: 167f).

IRC-Chatroom für Nutzer_innen einer bestimmten Linux-Distribution verbracht zu haben. Noch heute erinnert er sich an die *Nicknames* und Geschichten seiner Bekanntschaften, „das ist der 40-jährige Familienvater aus Kanada, das ist der 28-jährige Verrückte aus North Carolina [...] In meiner Erinnerung hat das fast so'n bisschen so'n Stellenwert wie die Kumpels auf dem Schulhof.“ Daniel hat, wie viele andere auch, im Internet die Erfahrung gemacht, unabhängig von Ort, Zeit und gesellschaftlichen Institutionen mit anderen in Verbindung zu treten, voneinander zu lernen und Facetten seiner Subjektivität auszuleben.

Die Aktivist_innen erleben das Internet als ein Raum voller Gestaltungs- und Vernetzungsmöglichkeiten, in dem ein autonomes Handeln in einem selbstgewählten Bezug auf Andere möglich ist. Diese durch digitale Medien geformte Subjektivität charakterisiert Czerski in seinem Essay „My, dzieci sieci“, das im Februar 2012 erschien und in zahlreiche Sprachen übersetzt wurde. Zum Zeitpunkt des Erscheinens waren die Proteste gegen das ACTA-Abkommen in Polen und anderen europäischen Staaten gerade auf ihrem Höhepunkt. Der Text handelt davon, wie die Generation des 1981 geborenen Autors das Internet erlebt und welche Auswirkung netzbasierte soziale Praktiken auf das Selbstverständnis der Netzkinder haben. Das Internet sei für die Netzkinder – im Gegensatz zu den älteren Generationen – keine Technologie, die sie erlernen müssen, sondern „ein fortlaufender Prozess, der sich vor unseren Augen beständig verändert, mit uns und durch uns“ (Czerski 2012) gestaltet wird. Das Internet ermögliche es, in vielfältigen Netzwerken zu agieren, ohne dabei den Regeln des Marktes oder hierarchischen Organisationsformen unterworfen zu sein. Dadurch ergebe sich eine „kognitive Dissonanz“ gegenüber der Interaktion mit nicht-netzbasierten Institutionen, die Netzkinder beispielsweise beim Erledigen bürokratischer Vorgänge erleben. Die Entfremdung von etablierten gesellschaftlichen Institutionen führe dazu, dass die Netzkinder Widerstand gegen das „ancient regime“ leisten, welches das Internet seinen Regeln unterwerfen wolle, um veraltete Geschäftsmodelle und Wissensmonopole zu retten. Schließlich ist die Subjektivität der Netzkinder aus Czerskis Sicht durch den Zugang zu einer globalen Netzkultur geprägt und verabschiedet sich damit von Bezugspunkten wie Nation, Herkunft und sozialem Status.

Czerski führt das spezifische Zusammentreffen von Individualität und Kollektivität in der digitalen Kultur an, welches auch in der soziologischen und kulturwissenschaftlichen Literatur zur digitalen Subjektivität hervorgehoben wird. So sprechen etwa Christina Schachtner und Nicole Duller von einem Zusammentreffen von „Autonomie und Heteronomie“ (2014: 143). Das Internet ermögliche es den Subjekten, „Mehrfachleben“ (ebd.) zu führen, die niemals zu einer endgültigen Form gerinnen. Ihr Handeln kann über Normen hinausweisen, gerade weil sich durch die Vielstimmigkeit der möglichen Bezüge im Netz eine „unbegrenzte Dynamik“ ergebe (ebd. 143f).

Sherry Turkle (2012) wirft einen kritischen Blick auf dieses Phänomen, wenn sie sich in ihrer Studie „Alone Together“ mit dem Fehlen von Intimität in einer Welt voller Verbindungen auseinandersetzt. Castells (2001), Rainie und Wellman (2012) und Felix Stalder (2013) schließlich beschreiben die Subjektform der digitalen Kultur als „vernetzten Individualismus“, der durch die erweiterte individuelle Autonomie gekennzeichnet ist. Das Subjekt wird nicht nur in die Lage versetzt, vielfältige Gestaltungsspielräume zu nutzen; auch Kollektivität ist in hohem Maße selbstgewählt. Es ist möglich, sich in verschiedenen Kontexten zu bewegen, ohne dabei auf eine durch Institutionen vorgegebene Vorauswahl von Kontakten beschränkt zu sein.

Stalders Überlegungen zur Transformation von Subjektivität stelle ich an dieser Stelle ausführlicher da, weil sein Begriff der „digitalen Solidarität“ es erlaubt, Subjektivität und politisches Begehren in der digitalen Kultur zusammen zu denken. Stalder geht von einer umfassenden strukturellen Transformation der Produktionsweise in Richtung eines gesellschaftlichen Charakters der Produktion aus, der mit einem sich zuspitzenden Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnis einhergeht und sich in der Transformation von Infrastruktur, Arbeit und Subjektivität äußert (Stalder 2013: 15).¹⁶¹ Mit den globalisierten Warenströmen steige die Bedeutung von vernetzter und standardisierter Infrastruktur (ebd.: 25–27). Zugleich werde Arbeit kommunikativer, komplexer und vernetzter. Die Notwendigkeit, verstreutes Wissen produktiv miteinander zu verbinden, bringe neue Formen der Arbeitsorganisation hervor, die auf digitalen Infrastrukturen basieren.¹⁶² Die Aneignung dieser Infrastrukturen ermöglicht es, Produktion außerhalb von Marktprozessen vermehrt am Gebrauchswert auszurichten (ebd.: 17). Die Transformation von Subjektivität beruhe schließlich darauf, dass das Netzwerk die Privatsphäre als Fundament von Individualität ablöse (ebd.: 21f.).¹⁶³ Um Autonomie gegenüber dem Zwang der Kollektivität zu erlangen, sei das Subjekt des Liberalismus auf die Privatsphäre angewiesen gewesen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert habe das hegemoniale Projekt des Neoliberalismus eine Reihe von Forderungen der neuen sozialen Bewegungen aufgegriffen (Boltanski/Chiapello 2003). Im Zuge dessen wurden Individualismus, Kreativität und Flexibilität, gemeinsam mit dem Glau-

161 Stalder bezieht sich damit auf Yochai Benkler's (2006) Konzept der „Social Production“ (vgl. 5.3.4).

162 Stalder wählt vornehmlich Beispiele aus der Erwerbsarbeit und Arbeit, die unbezahlt in der Freizeit geleistet wird. Seine Beobachtungen lassen sich aber auch auf die Reproduktionsarbeit übertragen. Dies zeigen nicht zuletzt die Erkenntnisse feministischer Arbeitssoziologinnen wie Winker und Carstensen (2007), die mit dem Begriff der Arbeitskraftmanager_in herausarbeiten, wie Flexibilitätsanforderungen auch den Bereich der Reproduktionsarbeit prägen.

163 Die bei Stalder nur cursorisch vorgenommene Analyse der Subjektgeschichte im Kontext von politischer Ideologie kann an diese Stelle nur skizziert werden (vgl. Rösler 2003; Beer 2014; zum Bedeutungswandel der Privatsphäre vgl. Kapitel 7).

ben an den freien Markt, zu einem Bestandteil des hegemonial verankerten Alltagsverständes. Sie gelten heute als „‘true nature’ of human beings“ (Stalder 2013: 21). Da diese neoliberale Subjektivierungsweise heute jedoch zunehmend als Zwang statt als Freiheitsversprechen wahrgenommen werde, eröffne sich die Möglichkeit, Werte wie Freiheit und Autonomie wieder aus ihrem neoliberalen Rahmen zu lösen und an andere politische Projekte anzudocken. Diese diskursiven Verschiebungen entstehen Stalder zufolge im Zusammenspiel mit der sozialen Praxis netzbasierter Communities, in denen sich neue Formen der Soziabilität entwickeln. Mit Bezugnahme auf die Diskussionen zur Netzwerkgesellschaft (Castells 2001, 2009; Rainie/Wellman 2012) spricht Stalder von der Herausbildung eines „networked individualism“ – des vernetzten Individualismus.

Das Individuum konstruiert sich im vernetzten Individualismus als einzigartige Überschneidung von Kollektivität innerhalb einer Person (Stalder 2013: 23). Seine „‘me-centered networks’ or ‘personalized communities’ wherein sociability is ‘privatized’“ (Castells 2001: 128) bildet das Subjekt ausgehend von individuellen Präferenzen und Bedürfnissen. Indem sie soziales Kapital und Ressourcen zur Verfügung stellen, decken seine Netzwerke Bedürfnisse ab, die bislang vor allem innerhalb fester sozialer Bezugsgruppen realisiert werden konnten (Rainie/Wellman 2012: 6, 19). „Moving along relationships and milieus, networked individuals can fashion their own complex identities depending on their passions, beliefs, lifestyles, professional associations, work interests, hobbies, or any number of other personal characteristics“ (ebd.: 15). Das Internet, da sind sich Autoren wie Castells, Rainie, Wellman und Stalder einig, ist die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung, denn, so Castells:

„the culture of networked individualism can find its best form of expression in a communication system characterized by autonomy, horizontal networking, interactivity, and the recombination of content under the initiative of the individual and his/her networks.“ (Castells 2009: 124)

Die Subjektform des vernetzten Individualismus entsteht im Kontext von netzbasierten sozialen Praktiken. Weil sie gleichermaßen das menschliche Bedürfnis nach Individualität und das Bedürfnis nach Anerkennung und Gemeinschaft anspricht, wie Stalder (2013: 25) es formuliert, entwickelt sie eine Dynamik „digitaler Solidarität“, die über das Internet hinausreicht. Die veränderte Beziehung zwischen Individuum und Gemeinschaft bringe das „sharing“ als „meta-value“ einer solidarischen Kultur des Digitalen zum Ausdruck: Digitale Subjekte streben nach Austausch und Kollaboration, nicht nach Konkurrenz und Ausschluss (ebd.: 51–57). Ohne mir Stalders affirmative Haltung zu eigen zu machen, argumentiere ich im Anschluss an seine Überlegungen, dass der Subjektivität des vernetzten Individualismus ein politisches Begehren innewohnt. Dieses besteht aus meiner Sicht darin, die

Gesellschaft an denjenigen Kommunikations- und Arbeitsformen auszurichten, die mit der Subjektivität des vernetzten Individualismus passförmig ist. Dieses Begehren wird nicht nur in der Netzpolitik, sondern entlang unterschiedlicher gesellschaftlicher Konflikte artikuliert. Castells (2012) diskutiert den Protestzyklus der vergangenen Dekade – u. a. Occupy Wallstreet, die Revolution in Ägypten und die Indignadas in Spanien – mit Bezug zu seiner Theorie der Netzwerkgesellschaft (Castells 2001). Mir geht es mit diesem Verweis nicht um die Behauptung, dass all diese Kämpfe sich letztlich auf die Lust auf Vernetzung einer digitalen Avantgarde zurückführen lassen. Jedoch teile ich die Einschätzung, dass die Autonomieerfahrungen, die junge Menschen in digitalen Kommunikationsräumen gemacht haben, einen Teil dazu beigetragen haben, dass und wie sich diese sehr unterschiedlichen Proteste artikuliert haben (Castells 2012: 2f.). Die Netzbewegung in Deutschland steht damit nur exemplarisch für das politische Begehren eines zum vernetzten Individuum subjektivierten Subjekts, die Gesellschaft im Ganzen so zu gestalten, dass sie seinen Entfaltungs- und Verknüpfungsbedürfnissen gerecht wird.

5.3.3 *Die Avantgarde vernetzter Individuen*

Aus den Erkenntnissen über die Selbstpositionierung und den Diskurs der Netzbewegung kristallisiert sich die zentrale Subjektposition, die die Bewegung artikuliert. Wenn die Aktivist_innen über ihre eigenen sozialen Praktiken und das gemeinsame politische Handeln mit anderen sprechen, beschreiben sie die Netzbewegung nicht als homogene Gruppe, sondern als heterogenes Netzwerk von Netzwerken, das von Differenzen durchzogen ist.¹⁶⁴ Ausgehend von diesen sozialen Praktiken artikulieren sie politische Forderungen in Richtung einer post-digitalen Gesellschaft. Dadurch wird das vernetzte Individuum zur politischen Subjektivität (vgl. Nonhoff 2006: 167), die ein Begehren danach zum Ausdruck bringt, in einer Welt zu leben, die es ihnen ermöglicht, ihre Form von Subjektivität zu entfalten und auszuleben. Das ‚freie Internet‘, der leere Signifikant des netzbewegten Diskurses, wird hier zur zentralen Forderung. Am deutlichsten bringt dies Hanna zum Ausdruck, wenn sie die Netzbewegung als derzeitige gesellschaftliche Avantgarde beschreibt:

„Das ist einfach jetzt die Avantgarde. Die gesellschaftliche Avantgarde auch in Deutschland. Das ist glaub ich tatsächlich der Fall. Also ich seh’ die Leute ja jetzt schon. Die sind dann irgendwie Mitte 20 und dann siehst du genau, okay, die werden

164 Die in Kapitel 6 vorgestellten Subjektkonstruktionen werden darüber hinaus zeigen, dass sich die Subjekte auch in einem großen Maß selbst als vernetzte Individuen konstruieren, die ihr entgrenztes Leben zwischen Aktivismus und anderen Lebensbereichen managen.

in dreißig Jahren das und das tun. Ne? Vielleicht auch wird das auch alles ganz anders, aber das bildet sich jetzt schon so'n bisschen ab, welche Positionen die in der Gesellschaft auch besetzen werden. Und ich glaub das ist gut, weil sie mit einem anderen Bewusstsein aufgewachsen sind, mit einer anderen Herangehensweise und mit einem anderen gesellschaftlichen Verständnis. Und das kann der Gesellschaft meines Erachtens nur guttun, wenn Menschen mit einem Mindset, das durch das Internet geprägt ist, gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Die Bewegung wird sich etablieren.“

Die Netzbewegung sieht sich in diesem Sinne nicht nur in der Rolle einer Erfüllungsgehilfin, sondern auch in einer Vorreiterinnenrolle: Als Subjekte, die heute schon in der Zukunft leben, wie es ein Interviewpartner ausdrückt, und die den „Geist des Internets“ politisch vertreten. Diese wird ihr auch von anderen gesellschaftlichen Institutionen zugeschrieben, etwa von Parteien oder Medien, die Aktivist_innen als zivilgesellschaftliche Internet-Expert_innen einbinden. Aus Sicht der Netzbewegung lassen sich diese Institutionen von den Aktivist_innen die digitale Welt erklären. Auf diese Weise werden Fragen, die sich im Zuge der Digitalisierung stellen, aufgegriffen und mit spezifischen Forderungen verbunden. Die zentrale Subjektposition, die der politische Diskurs der Netzbewegung artikuliert, bezeichne ich deshalb in Anlehnung an die Wortwahl der Aktivistin Hanna als politische Avantgarde vernetzter Individuen. Zentral ist diese Subjektposition im doppelten Sinne: Zum einen behaupte ich, dass es sich dabei um eine Subjektposition handelt, die von den meisten Aktivist_innen geteilt wird. Zum anderen ist die Avantgarde vernetzter Individuen eng mit dem leeren Signifikanten des Diskurses verbunden. Sie ist die Träger_in der historischen Aufgabe, dem ‚freien Internet‘ zur Entfaltung zu verhelfen. Diese Aufgabe bezieht sich zunächst auf die vielfältigen Weichenstellungen, die in der Netzpolitik gelegt werden müssen, um das ‚freie Internet‘ zu bewahren. Im nächsten Abschnitt werde ich herausarbeiten, dass sich das politische Begehren der Avantgarde vernetzter Individuen aber auch darüber hinaus artikuliert.

5.3.4 Die post-digitale Agenda: Das Beispiel Plattformneutralität

„Wir sind mit dem Internet und im Internet aufgewachsen. Darum sind wir anders“ (Czerski 2012). Dieses Anderssein habe ich mit Castells (2001) und Stalder (2013) als „vernetzte Individualität“ bezeichnet. In diesem Abschnitt geht es nun darum, wie Gesellschaft von diesem Standpunkt der vernetzten Individualität aus anders gedacht wird. Welche Veränderungsmöglichkeiten sehen Subjekte der digitalen Kultur, wenn sie die Welt aus ihrer Perspektive betrachten? Transformationsprozesse, die durch die „digitale Revolution“ ermöglicht werden, aber über technologische Entwicklungen hinausgehen, bezeichne ich im Folgenden als post-digital. Der Begriff stammt aus der

Medienkunst und bezeichnet dort ‚analoge‘ Kunstformen, die von digitalen Arbeitsmethoden und Ästhetiken inspiriert sind (Cramer 2014). Das utopische Potential der Digitalisierung lässt sich im post-digitalen Zeitalter nicht mehr in den Enklaven digitaler Communities verorten, sondern in einem Zusammenfließen von digitaler und analoger Welt.

Die politischen Forderungen der Netzbewegung beschränken sich, wie aus dem empirischen Material ersichtlich wird, nicht auf die Gestaltung des Internets. Netzpolitik ist aus Sicht der Befragten mehr als das. Sie betrifft, so fasst es ein Aktivist zusammen, „im Grunde genommen jede politische Entscheidung“, für einen anderen ist „das Thema eine Nummer größer, und dieses Thema heißt Digitalisierung“ und eine Aktivistin sagt: „Netzpolitik ist jetzt wirklich Gesellschaftspolitik“. Die Befragten interessieren sich für die Auswirkungen der Digitalisierung auf Bildung, Kultur, Ökonomie und für soziale Teilhabe in der digitalen Welt und artikulieren zum Teil weitreichende gesellschaftspolitische Überlegungen. Die Aktivist_innen schreiben sich zu, ein Gespür dafür entwickelt zu haben, wie Gesellschaft anders organisiert werden könnte. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Affinität, die der Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens entgegengebracht wird.¹⁶⁵ Folgendes Zitat von Peter zeigt, wie solche Überlegungen mit Digitalisierung verknüpft werden:

„Ich wär’ jetzt nicht der erste, der sagt, dass man sich da vielleicht mal andere Sachen überlegen sollte [...] ob da jetzt Bedingungsloses Grundeinkommen oder so was dahinter hängt, das ist eigentlich egal – dieses Eigentumsding an Daten und vor allem Eigentum von Ideen führt zu nichts, und das zeigt das Internet einfach den ganzen Tag.“

Für die Aktivist_innen der Netzbewegung ist der gedankliche Schritt von der Kopierbarkeit digitaler Informationen zur Grundsicherung für alle nicht weit.¹⁶⁶

Diese post-digitale Agenda der Netzbewegung basiert auf der Dekonstruktion des Gegensatzpaares offline und online. Der Aktivist Andreas drückt das im Interview folgendermaßen aus: „Boris Becker hat ja immer gesagt ‚jetzt bin ich drin‘. Wir sind halt immer im Netz. Wir sind höchstens A-F-K [away from keyboard, KG]. Es gibt keine Trennung zwischen Real Life und Netz.“ Die Allgegenwart von digitalen Medien und die ständige Verfügbarkeit des Internets durch mobile Technologien trägt dazu bei, dass die Unterscheidung zwischen online und offline hinfällig wird. Netzbasierte Kommunikation ist heute nicht mehr ein paar wenigen „digital citizens“ (Bar-

165 Das Grundeinkommen kommt in vier Interviews zur Sprache und wird jeweils positiv diskutiert. Auf dem Bundesparteitag der Piratenpartei 2010 in Chemnitz wurde das Grundeinkommen in das Grundsatzprogramm aufgenommen (Piratenpartei.de 2013).

166 Für eine ausführliche Darlegung dieser Argumentation vgl. Braun (2014).

low 1996) vorbehalten, sondern gehört zur alltäglichen Praxis sozialer Beziehungen. Folglich wird das Internet immer weniger als extraordinärer, virtueller Raum wahrgenommen, sondern ist Teil des Alltags. Diesen Gedanken greift auch Czerski auf: „Wir ‚surfen‘ nicht im Internet und das Internet ist für uns kein ‚Ort‘ und kein ‚virtueller Raum‘. Für uns ist das Internet keine externe Erweiterung unserer Wirklichkeit, sondern ein Teil von ihr“ (Czerski 2012). Czerski bringt auch zum Ausdruck, wie sehr das Begehren nach Veränderung mit der Subjektivität des vernetzten Individuums verzahnt ist:

„Wir brauchen ein System, das unsere Erwartungen erfüllt, ein transparentes und funktionierendes System. Und wir haben gelernt, dass Veränderung möglich ist: dass jedes in der Handhabung umständliche System ersetzt werden kann und ersetzt wird durch eines, das effizienter ist, das besser an unsere Bedürfnisse angepasst ist und uns mehr Handlungsmöglichkeiten gibt.“ (Czerski 2012)

Die Kehrseite dieses post-digitalen Begehrens nach einer Welt, die den vernetzten Subjekten gerecht wird, ist eine Legitimationskrise des „ancient regime“, wie Czerski die Institutionen bürokratischer, repräsentativer Postdemokratien nennt (ebd., vgl. Crouch 2008). Indem sie mit ihrer Ausrichtung auf Kontrolle, Eigentum und Profit das digitale Subjekt daran hindern, seine Identität vollständig zu realisieren, wird der politische Wille geweckt, Institutionen neu auszurichten. Auffällig ist, dass Czerski die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderungen nicht mit sozialen Kämpfen in Verbindung bringt, sondern mit der Erfahrung, dass Systeme an die Bedürfnisse der Nutzer_innen angepasst werden können. Die Code-Metapher, die hier verwendet wird – Gesellschaft als Code oder Betriebssystem, Bürokratie als ihre Benutzeroberfläche – ist typisch für den Diskurs der Netzkinder.

Eine weitere Metapher aus der Welt der Informationstechnologie, die in diesem Zusammenhang gehäuft Verwendung findet, ist die der Plattform. So schrieb beispielsweise die Piraten-Politikerin Julia Reda während des Wahlkampfes zum Europäischen Parlament im April 2014 auf Twitter: „Europa. Die Plattform ist geil, aber scheiße konfiguriert“ (Reda 2014). Reda positioniert sich damit als politisches Subjekt, das gesellschaftliche Institutionen, öffentliche Dienstleistungen, sogar einen Staatenverbund wie die EU als Infrastruktur begreift, die es sich nutzbar machen kann. Als gewähltes Mitglied des Europäischen Parlaments setzt sich Reda heute dafür ein, die „Plattform“ Europäische Union im Sinne ihrer ‚Nutzer_innen‘ zu konfigurieren. Einige der Aktivist_innen der Netzbewegung sprechen in den Interviews von Plattformneutralität, um auf gesellschaftspolitische Überlegungen zu verweisen, die über die konkreten netzpolitischen Forderungen hinausgehen. So beispielsweise Hanna:

„Gebt den Leuten ein Dach überm Kopf, Krankenversicherung, Gas, Wasser und Internetanschluss. Mehr brauchen die Menschen nicht. Eigentlich. Und was zu essen.

Hab' ich das erwähnt? Weiß ich nicht. [...] Und das kann man ihnen zur Verfügung stellen. [...] Plattformneutralität ist da wirklich das Stichwort, denke ich.“

Plattformneutralität ist ein gesellschaftspolitisches Meta-Konzept des Aktivistin und Internet-Theoretikers Seemann, anhand dessen sich die post-digitale Denkweise der Netzbewegung exemplarisch veranschaulichen lässt.¹⁶⁷ Plattformen sind „die dominierende Institution der kommenden Zeit“ (Seemann 2014: 204). Er versteht darunter Elemente gesellschaftlicher Infrastruktur, die Austausch ermöglichen. In Anlehnung an das Open Systems Interconnection (OSI) Modell denkt Seemann Infrastruktur in Schichten, die jeweils spezifische Aufgaben lösen.¹⁶⁸ Konkrete Beispiele für Plattformen reichen von sozialen Netzwerken über Car-Sharing und dem Öffentlichen Nahverkehr bis hin zu sozialer Sicherung. Der Begriff umfasst verschiedene Infrastrukturen, die gesellschaftlichen Austausch ermöglichen. Im sprachlichen Duktus eines Frank Schirrmacher erhebt Seemann die Plattformen zu Akteurinnen, wenn er schreibt: „Sie sind bereits jetzt allgegenwärtig, sehr mächtig und kaum noch regulierbar. Sie sind dabei, die Autorität der Staaten zu unterhöheln, denn sie haben unser Leben viel direkter im Griff als der Staat“ (Seemann 2014: 205). Die Bedeutung von Plattformen lässt sich in Anlehnung an Stalder (2013) folgendermaßen reformulieren: Der Zugang zu Infrastrukturen, die Kommunikation und Vernetzung ermöglichen, reguliert die Möglichkeit, sich als vernetztes Individuum zu entfalten.

Das von Seemann entworfene normative Konzept der Plattformneutralität zielt folglich darauf ab, Plattformen zum Gegenstand politischer Aushandlungen zu machen. Seemann problematisiert, dass Plattformen durch eine zunehmende Zentralisierung und Monopolisierung zu einer Gefahr des freien Informations- und Meinungsaustauschs werden. Der Zugang zu den wichtigsten Plattformen sollte „neutral“ gestaltet werden: „Plattformneutralität identifiziert die wichtigen Infrastrukturen, die gesellschaftlichen Austausch ermöglichen, und versucht ihren diskriminierungsfreien Zugang und Betrieb zu gewährleisten“ (Seemann 2014: 208). Seemann überträgt damit das Konzept

167 Die ersten Texte zur Plattformneutralität erschienen 2010 auf einem Blog der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und sind heute auf Seemanns Website verfügbar (Seemann o. J.a). Im gleichen Jahr stellte er das Konzept als Keynote auf der CCC-Konferenz Sigint in Köln vor. Später beschrieb Seemann (2012: 96) Plattformneutralität als politische Leitidee der Piraten; eine Einschätzung, die von Piratenpartei-Mitglied Daniel bestätigt wird: „ich glaube, dass Plattformneutralität als Erweiterung des Prinzips Netzneutralität eigentlich der Schlüssel zu dem ist, wie wir die Welt sehen.“ Gegenwärtig entwickelt Seemann das Konzept in Richtung einer Plattform-Gesellschaft weiter; ich beziehe mich hier lediglich auf die Überlegungen, die er bis einschließlich seines 2014 erschienen Buches „Das neue Spiel“ vorgelegt hat.

168 Das Open Systems Interconnection (OSI) Modell ist ein Referenzmodell für Netzwerkprotokolle, das sieben aufeinanderfolgende Protokollschichten definiert. Die Bezugnahme Seemanns auf das OSI-Modell ist ebenfalls eine IT-Metapher, die dazu dient, über Gesellschaftsstrukturen nachzudenken (vgl. Benker 2009).

der Netzneutralität, das die Neutralität der Provider gegenüber den übermittelten Datenpaketen einfordert, auf Infrastrukturen, die Austausch ermöglichen. Mit Bezug auf die Diskursethik (Habermas 1991) und Jeremy Rifkins Begriff der „access society“ (Rifkin 2000) zielt Seemann auf die Gerechtigkeitsdimension von Infrastruktur ab: „Plattformneutralität wäre also Herstellung von Herrschaftsfreiheit durch die diskriminierungsfreie Zugänglichmachung von gesellschaftlich relevanten Infrastrukturen“ (Seemann 2012: 95). Ausschlaggebend für die Diskriminierungsfreiheit von Plattformen sei nicht nur, dass der Zugang für jedermann gewährt sein müsse.¹⁶⁹ Auch eine Selektion von Kommunikation durch Dritte solle ausgeschlossen werden (Seemann 2012: 95).¹⁷⁰ Die Regeln, Prozesse und Strukturen wichtiger Kommunikationsplattformen sollen transparent und nachvollziehbar gestaltet werden. Deshalb müsse die Zivilgesellschaft den Plattformbetreiber_innen „Nutzerrechte, transparente und nachvollziehbare Entscheidungsstrukturen, Mitspracherecht bei wesentlichen Strukturentscheidungen der Plattform, Nutzergremien für Communitymanagement“ (Seemann 2014: 207) abringen. Wie ein solches Mitbestimmungsregime gegen die Interessen von profitorientierten, global agierenden Unternehmen durchgesetzt werden soll, lässt Seemann jedoch offen.

Interessant am Konzept der Plattformneutralität ist aus meiner Sicht dreierlei: Erstens lenkt Seemann den Blick auf die Bedeutung von Infrastrukturen in Bezug auf vernetzte Individualität. Zweitens denkt er digitale und nicht-digitale Infrastrukturen zusammen und leistet damit einen Beitrag, die Dichotomie zwischen online und offline, virtuell und *real life* zu überwinden. Drittens arbeitet er heraus, dass es nicht damit getan ist, die Offenheit des Internets zu preisen, solange digitale Öffentlichkeit in kommerzielle Infrastrukturen eingeschlossen bleibt. Auf diese Weise regt er dazu an, über die Möglichkeiten politischer Einflussnahme auf die Gestaltung von privatisierter Öffentlichkeit nachzudenken. Dies ist auch für die Analyse der Subjektposition der Netzbewegung relevant. Wie ich bereits gezeigt habe, werden die digitalen Kommunikationsinfrastrukturen im politischen Diskurs der Netzbewegung in Richtung einer freien gesellschaftlichen Struktur ausgedeutet. Dass digitale Kommunikationsplattformen heute in der Regel Produkte profitorientierter Unternehmen sind, dass die Gerätschaften und Netzwerke einer kapitalistisch organisierten Informationsökonomie entstammen und damit

169 In „Das neue Spiel“ schreibt Seemann in Bezug auf diskriminierende Hass-Postings, dass es notwendig sein kann, bestimmte Personen von Plattformen auszuschließen, damit diese für andere nutzbar sind (Seemann 2014). Damit reagiert er auf netzfeministische Kritik am Paradigma der Offenheit.

170 Mit dem Begriff der Filtersouveränität argumentiert Seemann, dass die Aufgabe der Informationsfilterung beim Empfänger-Individuum liegt. Demzufolge müsse z. B. Facebook seinen Nutzer_innen Werkzeuge zur Verfügung stellen, Informationen selbstbestimmt zu filtern, anstatt Postings wie bisher nach einem intransparenten Verfahren zu selektieren (Seemann o. J.b).

letztlich auch die Netzkinder Kinder eines globalen kapitalistischen Systems sind, kommt weitestgehend nicht zur Sprache und bleibt damit außerhalb des Diskurses. Dieser spezifischen Einbettung des Diskurses der Netzbewegung werde ich im Folgenden exkursorisch nachgehen.

5.3.5 *Dislokation und Herrschaftsverhältnisse im informationellen Kapitalismus*

Die in diesem Abschnitt eingefügten Überlegungen sollen beleuchten, wie die Subjektposition der Avantgarde vernetzter Individuen und ihr politischer Diskurs in die Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus eingebunden sind.¹⁷¹ Das hegemonial verankerte kapitalistische Produktionsverhältnis bildet die materialisierte Grundlage der Informationsfreiheit, um die sich der Diskurs der Netzbewegung dreht. Einleitend greife ich noch einmal die von der Netzbewegung vertretene Behauptung auf, das ‚freie Internet‘ bringe aufgrund seiner materiellen Gestalt transformatorische Effekte mit sich. Im Anschluss stelle ich Überlegungen hinsichtlich eines sich zuspitzenden Widerspruches von Produktivkraft und Produktionsverhältnissen vor, der den informationellen Kapitalismus derzeit prägt, und spitze sie mit Bezug auf Herrschaftsverhältnisse informationellen Kapitalismus zu. Dadurch will ich zeigen, dass die Digitalisierung zwar dislozierende Effekte mit sich bringt, dass Transformationen aber nicht determiniert sind, sondern Ergebnisse gegenwärtig stattfindender hegemonialer Kämpfe, in die auch die Netzbewegung involviert ist.

Im politischen Diskurs der Netzbewegung nimmt die Annahme, dass das ‚freie Internet‘ transformatorische Effekte mit sich bringe, welche die gesamte Gesellschaft betreffen, eine zentrale Stellung ein. Besonders plastisch wird das in den Aussagen zum Urheberrecht. Dort wird besonders häufig mit den materiellen Eigenschaften des Digitalen argumentiert. So führt ein Interviewpartner aus: „also es gibt halt einfach kein geistiges Eigentum [...] Wenn ich in den Laden gehe und ein Buch klaue, dann fehlt da im Nachhinein das Buch [...]. Wenn ich das Buch allerdings als PDF runterlade, dann hat der Laden das Buch immer noch.“ Aus dem empirischen Material geht hervor, dass die Aktivist_innen damit rechnen, dass die Digitalisierung nicht nur das Urheberrecht, sondern auch Arbeit verändern wird. Dies betrifft die Schöpfer_innen geistiger Werke; aber auch Formen von Erwerbsarbeit, die durch technische Rationalisierung wegfallen. Die materiellen Eigenschaften des Digitalen führen aus Sicht der Netzbewegung also zu dislozierenden Effekten, die kapitalistische Hegemonie destabilisieren. Das kapitalistische Inte-

171 Diesen Schritt meiner Analyse legt vor allem die intersektionale Mehrebenenanalyse nah, die vorschlägt, das Zusammenwirken von Klassismus, Sexismus, Rassismus und Bodyismus auf das kapitalistische Gesellschaftssystem zu beziehen (Winker/Degele 2009: 51–53).

resse, Informationen bzw. den Zugang zu diesen zu verwerten, steht folglich im Widerspruch zum ‚immateriellen‘ Charakter des Digitalen: Wenn Informationen die Triebfeder wirtschaftlicher Entwicklung sind, sich ihrer Verwertung jedoch entziehen, werde die Immaterialität des Digitalen über kurz oder lang zu einer Transformation von Eigentumsverhältnissen führen. Der Rechtshistoriker Eben Moglen leitet daraus ab, dass der bürgerliche Eigentumsbegriff seine moralische Berechtigung verliere: „Digital technology transforms the bourgeois economy. [...] it is no longer moral to exclude“ (Moglen 2003; ähnlich auch Benkler 2006: 36).

Diese Überlegungen beruhen darauf, dass digitale Informationen dem Charakter nach öffentlichen Gütern ähnlich sind. Gemein ist ihnen die Nicht-Rivalität im Konsum, das heißt eine digitale Information kann von Konsument_innen zur gleichen Zeit genutzt werden. Das Kriterium der Nicht-Ausschließbarkeit erfüllen sie nicht grundsätzlich, jedoch wird die Kontrolle des Zugangs zu digitalen Informationen durch ihre einfache Kopierbarkeit erschwert. Der Annahme, dass die bürgerliche Eigentumsordnung auf dieser Grundlage hinfällig wird, kann zweierlei entgegengehalten werden. Zum einen ist die Diagnose der Immaterialität fragwürdig. Darauf weist Wolfgang Fritz Haug (2003) hin, wenn er die „vulgärökonomische Grundoperation“ (ebd.: 101) kritisiert, die mit der Behauptung, das, was man nicht anfassen könne, sei immateriell, die stoffliche und die Formseite in eins setzt. In Bezug auf letztere sei all jenes als materiell zu begreifen, was gesellschaftlich geformt ist, und damit selbstverständlich auch Informationen, Software und Kunst (ebd. 99f.). Darüber hinaus haben digitale Technologien immer auch einen stofflichen Charakter. Hardware besteht aus elektronischen Bauteilen, auf denen sich Software in Form physikalischer Prozessen vollzieht (ebd. 115f.). Zum anderen wird verkannt, dass Eigentum eine soziale Konvention ist. Das „Dogma der Knappheit“ (Nuss 2006: 205) mag dazu verleiten, ein E-Book als etwas völlig anderes als ein gedrucktes, gebundenes Buch anzusehen. Knappheit werde jedoch durch bürgerliche Eigentumsverhältnisse erzeugt (ebd.). Sie ist Teil einer hegemonialen Ordnung, die sich in Form von Gesetzen, Schließsystemen und Wachpersonal materialisiert (Braun 2013: 80f.; Nuss 2006: 205–212). Diese Einwände können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Digitalisierung Momente der Dislokation mit sich bringt und dadurch den kontingenten Charakter hegemonial materialisierter Strukturen sichtbar macht. Indem die Kosten für die Vervielfältigung und Verbreitung von digitalen Gütern drastisch sinken, verändert die Digitalisierung die Verwertungsbedingungen von Informationen. Produktionsfirmen, Verlage und andere Akteur_innen haben sich in den letzten Jahren dafür eingesetzt, das durch digitale Formate ins Wanken geratene Regime des geistigen Eigentums wieder zu stabilisieren. Ob und wie das gelingen wird, ist allerdings offen.

Die hier aufgeworfene Frage nach den dislozierenden Effekten der Digitalisierung wird in der Literatur unterschiedlich beantwortet. Exemplarisch werde ich im Folgenden auf zwei Arbeiten von Christian Fuchs (2014) und Felix Stalder (2013) eingehen. Beide Autoren diagnostizieren aus marxistischer Perspektive, dass sich im gegenwärtigen informationellen Kapitalismus ein Widerspruch zwischen dem Stand der Produktivkraftentwicklung und den Produktionsverhältnissen zuspitzt (Fuchs 2014: 55).¹⁷² In der Bewertung der Entwicklung kommen sie aber zu unterschiedlichen Schlüssen. Produktivkraft beschreibt das Verhältnis der Arbeitskräfte zu den Produktionsmitteln (Lefebvre 1987: 1065). Sie ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderem durch den Durchschnittsgrad des Geschicks der Arbeiter_innen, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel und durch Naturverhältnisse (MEW 23: 54). Die Entwicklung der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit ist gegenwärtig von Informatisierung und Digitalisierung geprägt. Auf der Suche nach neuen Akkumulationsstrategien werde Arbeitskraft verstärkt als Ressource kognitiver und kommunikativer Fähigkeiten verwertet. Informationstechnische Systeme entwickeln sich zu den wichtigsten Produktionsmitteln, und im Bereich der Waren steige die Bedeutung informationeller Güter und Dienstleistungen (Fuchs 2014: 54f.). In Anschluss an Benker (2006) geht Stalder in diesem Zusammenhang von einer Entwicklung der Produktivkräfte in Richtung eines gesellschaftlichen Charakters der Produktion aus:

„Increasingly, productive processes are no longer contained within traditional economic units, such as private firms, but are diffused into society at large, embedded in complex webs of individuals, loosely organized groups, densely organized volunteer networks, foundations, firms, corporations, and public institutions. In other words, the sites of production (i.e. heterogeneous networks) are becoming separated from the sites of appropriation (i.e. private firms).“ (Stalder 2013: 11f.)

Im Zuge der Subjektivierung der Arbeit verlagert sich die Produktion in heterogene Netzwerke. Für die vernetzten Individuen liegt es nahe, sich Wissen, Werkzeuge, Selbstmanagement und Lebensberatung selbstständig in Netzwerken zu organisieren. Erwerbsarbeitende verhalten sich zunehmend wie Selbstständige, die für verschiedene Auftraggeber_innen arbeiten und sich in

172 Die Terminologie lässt bereits erkennen, dass sich Fuchs und Stalder auf Karl Marx beziehen, der im Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ schreibt: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein“ (MEW 13: 9).

der Regel selbst um Arbeitsmittel und Arbeitsort kümmern. In den von Web-Workern bevölkerten Cafés und Co-Working-Spaces materialisiert sich dieses Arbeiten im Netzwerk (vgl. Carstensen/Ballenthien/Winker 2014; Friebe/Lobo 2006). Stalder beschreibt dies als eine Entwicklung der Produktivkräfte hin zu einem gesellschaftlichen Charakter der Produktion, der für Innovation im digitalen Zeitalter ausschlaggebend ist und ein Potential struktureller Transformationen in sich birgt. Auf der Basis einer vernetzten Form von Arbeit und Subjektivität, die durch (digitale) Infrastrukturen ermöglicht und unterstützt wird, habe sich eine neue Organisationsform jenseits von Bürokratie und Markt entwickeln können. Pioniere dieser Organisationsform sind Projekte wie Wikipedia und Free-Software-Communities, in denen freiwillige Arbeit über das Internet koordiniert wird. Das Ziel dieser Projekte ist es, den Gebrauchswert geteilter Ressourcen zu erhöhen. Mehrwertproduktion und Profitmaximierung spielen dabei in der Regel keine Rolle. In dieser „Commons-based peer-production“ (Benkler 2006) sieht Stalder (2013: 28) Ansätze einer Transformation der ökonomischen Struktur in der Informationsgesellschaft.

Im Gegensatz dazu geht Fuchs (2014: 57) davon aus, dass das Internet zum heutigen Zeitpunkt ganz überwiegend in kapitalistische Produktionsverhältnisse eingebunden ist, in denen Profit durch die Ausbeutung von Mehrwert – die Kommodifizierung von Arbeit – erzielt wird. Seine Argumentation setzt bei den verschiedenen Arbeitsformen an, die Teil der kapitalistischen Verwertungskette der Internetökonomie sind: Erstens die nicht entlohnte Arbeit, die Nutzer_innen im Zuge ihrer netzbasierten sozialen Praktiken leisten, zweitens die niedrig entlohnte Arbeit in Elektronik-Fabriken und in der Rohstoffgewinnung, und drittens die hoch qualifizierte, entlohnte Wissensarbeit. Die Verwertung von Nutzer_innenverhalten bewertet Fuchs als Ausbeutung, da die Klicks und Posts von Usern Mehrwert schaffen, den sich die Unternehmen aneignen (Fuchs 2014: 57). Das vernetzte Individuum unterwerfe sich aufgrund ideologischer Zwänge der Überwachung durch Plattformanbieter. Zur Realisierung ihrer Profitziele seien diese Internetunternehmen darauf angewiesen, dass ein großer Teil der Weltbevölkerung Zugang zu bezahlbaren Computern und Mobiltelefonen hat. Ermöglicht werde dies durch die Ausbeutung gering entlohnter Arbeitskräfte an den Standorten der Hightech-Produktion – vor allem in Südostasien –, wo Arbeiter_innen zu vergleichsweise niedrigen Löhnen elektronische Bauteile und Geräte herstellen. Die dazu notwendigen Rohstoffe, darunter seltene Mineralien, werden in China, aber auch in afrikanischen Ländern wie der Republik Kongo, gefördert. Die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich bezeichnet Fuchs als „sklavenartig“, mit Alain Lipietz (1995) spricht er von „bloody Taylorism“ (Fuchs 2014: 59). Die dritte Gruppe von Arbeiter_innen der Internetökonomie, die Fuchs herausstellt, sind entlohnte Wissensarbeiter_innen, die vorwiegend, aber nicht ausschließlich, in westlichen, post-industriellen Gesellschaften

verortet sind. Diese Gruppe ist zwar einerseits von Prekarisierungseffekten betroffen. Andererseits werden im Zentrum der Internetökonomie relativ hohe Löhne gezahlt. Während gering entlohnte Arbeitskraft verschlissen wird, erhält ein Teil der Wissensarbeiter_innen einen Lohn, der zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft auf hohem Niveau ausreicht. Darüber hinaus bieten diese Unternehmen oft hervorragende Kantinen, Gesundheits-, Sport- und Freizeitangebote, um die kreativen Köpfe und Körper fit zu halten. Fuchs interpretiert diese Unternehmenspolitik als Teil eines hegemonialen Kampfes von oben:

„In the case of the salaried knowledge workers that are employed by companies like Google in Western Countries, capital pays relatively high wages in order to try to gain their hegemonic consensus, whereas low-paid knowledge workers, users, hardware and software producers, and mineral extractors are facing precarious working conditions and varying degrees and forms of slavery and exploitation that as a whole help to advance the profits of capital by minimizing wage costs.“ (Ebd.: 60)

Im Rahmen kapitalistischer Hegemonie beruht auch die Internetökonomie auf der profitorientierten Ausbeutung von Arbeitskraft. Die Dislokationen, die sich im Verhältnis von Arbeit und Kapital permanent ergeben (vgl. 3.2.2), werden im Modus der Hegemonie bearbeitet. Durch hohe Löhne und einen auf Privatunternehmen zentrierten Innovationsdiskurs, dem zufolge das Silicon Valley die Welt verändere, wird die Zustimmung eines Teils der Lohnabhängigen zu diesem System gesichert.

Diese Analyse lässt sich im Sinne der intersektionalen Mehrebenenanalyse auf die vier Herrschaftsverhältnisse Klassismus, Rassismus, Sexismus und Bodyismus zuspitzen. In der globalen Arbeitsteilung zwischen Rohstoffproduktion, Hightech-Produktion und Wissensarbeit verschränken sich die vier Herrschaftsverhältnisse. Sie ist in einem neokolonialen Sinne rassistisch strukturiert. Durch hoch-ausbeuterische Arbeitsbedingungen im globalen Süden können die Profite der amerikanischen, europäischen, aber auch asiatischen Unternehmen generiert werden (Lüthje 2006). Sie ermöglichen die relativ hohen Löhne der Wissensarbeiter_innen v.a. im globalen Norden. Aber auch in den westlichen Zentren der Wissensarbeit, wie etwa im Silicon Valley, reproduziert sich eine rassistische Arbeitsteilung in Verschränkung mit klassistischen Strukturen. Ein Vergleich der Beschäftigten in den zehn größten Unternehmen des Silicon Valleys mit der Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung Kaliforniens, auf die ich in Ermangelung von Datenmaterial aus dem deutschen Kontext zurückgreife, zeigt einen deutlichen Überhang an Angestellten, die als weiß und asiatisch gelesen werden. Afroamerikaner_innen und Hispanic- und Latino-Amerikaner_innen sind in dieser Branche unterrepräsentiert. Die Einstellungspolitik setzt in hohem Maße auf die Anwerbung ausländischer Mitarbeiter_innen im Rahmen von Fachkräftenprogrammen. Verbunden mit Visa-Programmen, die an die Erwerbsarbeit

geknüpft sind, sind Bezahlung und Arbeitsbedingungen für diese Mitarbeiter_innen zum Teil deutlich schlechter als bei inländischen Angestellten (Smith/Gollan/Sambamurthy 2014). In den Top-Positionen der Unternehmen ist das Ungleichheitsverhältnis noch deutlicher (Harkinson 2014; exemplarisch Google o. J.). Zudem ist davon auszugehen, dass hoch bezahlten Wissensarbeiter_innen ihre Reproduktionsarbeit überwiegend durch den Einsatz von rassialisierten und illegalisierten Arbeitskräften organisieren. Saskia Sassen zeigt, wie sich Globalisierungsprozesse in „global cities“ durch verkörperte Formen der Arbeitsteilung materialisieren: „It is not only the transmigration of capital that takes place in this cross-border geography, but also that of people, both rich, that is, the new transnational professional workforce, and poor, that is, most migrant workers“ (Sassen 2006: 176). An solchen Orten, die von transnationalen, digital vermittelten informellen Netzwerken geprägt sind, ergeben sich laut Sassen jedoch auch für benachteiligte Gruppen Möglichkeiten des Empowerment (ebd.: 174f).

In der IT-Industrie der meisten westlichen Länder ist nach wie vor ein Gender-Gap zu verzeichnen, der sich von den Universitäten bis in die Führungsetagen zieht. In den chinesischen Produktionsstätten dagegen ist der Frauenanteil vergleichsweise hoch (Lüthje 2006: 24).¹⁷³ Die Arbeiter_innen sind in der Regel Binnenmigrant_innen, die ihre Familien finanziell unterstützen. Unter den vorherrschenden Bedingungen können die Arbeitskosten niedrig gehalten werden, so dass der Mehrwert optimal ausgeschöpft werden kann. Schließlich werden auch körperliche Unversehrtheit und Gesundheit in Verschränkung mit rassistischen und klassistischen Kategorien ganz unterschiedlich bewertet. Vor allem die Arbeit in den Rohstoff-Minen ist gefährlich und hochgradig gesundheitsschädlich. In den Geist und die Körper der Wissensarbeiter_innen wird dagegen investiert – bis hin zur Massage am Arbeitsplatz.

Diese Schlaglichter zeigen, dass die Internetökonomie – wie andere Bereiche des kapitalistischen Systems auch – von rassistischen, sexistischen, bodyistischen und klassistischen Strukturen durchzogen ist. Strukturelle Herrschaftsverhältnisse regulieren den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Lohndifferenzierung in einem globalen Ausbeutungssystem und sorgen für eine kostengünstige Reproduktion der Arbeitskraft (Winker/Degele 2009: 52). Mit Blick auf die möglichen Transformationspotentiale, die von einem gesellschaftlichen Charakter der Produktion ausgehen, wird deutlich, dass die kapitalistische Organisationsform die Internetökonomie derzeit noch dominiert. Der überwiegende Teil der Produktion von Hardware, Software und Dienstleistungen erfolgt mit dem Ziel, Profit zu generieren und die meisten Anwender_innen nutzen überwiegend kommerzielle Produkte und Dienstleistungen.

173 Im Bereich Kommunikation, Computer und Elektronik lag der Frauenanteil im Jahr 2012 bei 46,1 Prozent; 2002 sogar bei 57,7 Prozent (Dasgupta/Matsumoto/Xia 2015).

In diesem Zusammenhang, das machen beide Autoren klar, kommt es auf die politische Bearbeitung von Widersprüchen an. Stalder fokussiert dabei den Ausschnitt alltäglicher Praktiken und Erfahrungen, der auf den gesellschaftlichen Charakter der Produktion hindeutet. Denn auch wenn nur ein relativ kleiner Teil der Weltbevölkerung derzeit aktiv an diesen Pionierprojekten mitarbeitet – Stalder (2013: 57) spricht von „mainly globalised young people“ – zeigten sie, welche alternativen Organisationsformen beim heutigen Stand der Produktivkraftentwicklung möglich sind. Solche Organisationsformen seien „a normal social experience within a society otherwise dominated by competition and atomisation in the markets“ (Stalder 2013: 51). „Commons-based peer-production“ entsteht nach Stalder nicht als Teil eines antikapitalistischen Projektes, sondern sei zunächst eine „a-kapitalistische“ soziale Praxis. Im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse begründet sie jedoch einen Widerspruch, der durch gegenhegemoniale Kämpfe gegenwärtig bearbeitet wird. Diese Kämpfe artikulieren sich, so Stalder, in den ökonomischen Praktiken des „commonings“, in der von Occupy Wallstreet in New York, auf dem Tahrir-Platz in Kairo und dem Kiewer Maidan angewandte Form der „assembly“, in netzbasierten „swarms“ wie Anonymous und in sozialen Netzwerken. Überall dort, wo durch „sharing“ und Kollaboration geteilte Ressourcen geschaffen werden, sieht Stalder „hopeful perspectives in a situation of deep crisis“ (ebd.: 58; vgl. Habermann 2016). Dagegen überwiegt aus Fuchs Perspektive die Banalität kommerzialisierter Kommunikation, wenn sie nicht sogar faschistischer Mobilisierung dient. Alternativen bleiben dabei in ihren Möglichkeiten beschränkt. Projekte wie Wikileaks und Anonymous affirmieren die bürgerliche Gesellschaft, indem sie liberale Institutionen dafür kritisieren, ihre Werte zu verletzen; für ein sozialistisches Projekt seien sie damit nicht anschlussfähig – ein Potential, das er lediglich der Occupy-Bewegung zuschreibt (Fuchs 2014: 61).

Die „Epoche sozialer Revolution“ (MEW 13: 9), von der Marx spricht, wird also nicht von selbst eintreten. Zwar finden sich im Internet, wie Stalder zeigt, Ansätze transformatorischer Praktiken, diese ergeben sich aber nicht, wie es im Diskurs der Netzbewegung artikuliert wird, zwangsläufig aus dem „Geist des Internets“ und dem immateriellen Charakter digitaler Informationen. Die Netzbewegung bewegt sich mit ihren auf das Internet und die kommende digitale Gesellschaft bezogenen Forderungen in einer Situation, die durch einen herrschaftsförmigen Kapitalismus strukturiert ist. Sie könnte diesen Widerspruch auf- und kapitalistische Verhältnisse angreifen, aber sie muss sich nicht in diese Auseinandersetzung einschreiben. Die Dislokationen, die die Produktivkraftentwicklung im Zuge der Digitalisierung nach sich zieht, werden von unterschiedlichen hegemonialen Projekten bearbeitet. Den gesellschaftlichen Kräften, die den, mit Gramsci gesprochen, hegemonialen Block der derzeitigen politisch-ökonomischen Hegemonie bilden, stehen dabei Zwangsmittel zur Verfügung. Diese materialisieren sich im staatlich

verankerten Zwang zur Inwertsetzung der eigenen Arbeitskraft, in Abmahnungen gegen File-Sharing und in der Verfolgung von Whistleblower_innen wie Chelsea Manning. Darüber hinaus muss aber auch die Zustimmung der Subjekte ideologisch gesichert werden. Die hier dargestellte Differenzierung zwischen Arbeitssubjekten entlang von strukturellen Herrschaftsverhältnissen zieht in diesem Sinne auch Effekte der Spaltung entlang von sozialen Differenzen mit sich. Im Kapitelfazit werde ich diese Überlegungen nun in Bezug zur gesellschaftlichen Positionierung der Avantgarde vernetzter Individuen setzen.

5.4 Die gesellschaftliche Verortung der zentralen Subjektposition

Ziel dieses Kapitels war es, das Hegemonieprojekt der Netzbewegung zu beschreiben und die zentrale Subjektposition zu identifizieren, die das Hegemonieprojekt der Netzbewegung artikuliert. Ausgangspunkt der Analyse waren Subjektkonstruktionen von Aktivist_innen der Netzbewegung, die im ersten Teil des Kapitels dargestellt wurden. Sie zeigen, wie die Aktivist_innen die Netzbewegung verorten, welche Forderungen sie artikulieren und gegen was sich das politische Projekt richtet. Die Verteidigung des ‚freien Internets‘ gegen staatliche und privatwirtschaftliche Angriffe macht den kleinsten gemeinsamen Nenner der Netzbewegung aus. Während einige Aktivist_innen das Fehlen einer gemeinsamen ideologischen Basis anmerken, zeigt sich entlang der drei in diesem Kapitel vorgestellten Kernthemen Zensur, Netzneutralität und Urheberrecht große Übereinstimmung hinsichtlich konkreter politischer Forderungen. Diese Forderungen beziehen die Aktivist_innen auf die Vorstellung eines ‚freien Internet‘, das es gegen netzpolitische Kontroll- und Regulierungsmaßnahmen zu verteidigen gelte. Das ‚freie Internet‘ ist der leere Signifikant der protagonistischen Forderungskette der Netzbewegung. Die antagonistische Äquivalenzkette besteht aus politischen und privatwirtschaftlichen Akteur_innen und Regulierungen, die aus Sicht der Netzbewegung eine Gefahr für das ‚freie Internet‘ darstellen. Diese Gefahr wird durch den Mangelsignifikanten ‚Regulierung und Kontrolle‘ symbolisiert.

Daran anschließend widmete sich 5.3 zunächst der Frage, wie die Netzbewegung das Internet hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Bedeutung konstruiert. Die Analyse ökonomischer, technischer und politischer Bedeutungszuschreibungen zeigte, dass die Netzbewegung sich selbst als Akteurin begreift, die den bereits im Internet angelegten emanzipatorischen Potentialen zur Entfaltung verhelfen will und die ihre Politik in diesem Sinne als Notwehr gegen einen Angriff auf das Internet begreift. Diese Rolle nehmen die

Aktivist_innen ein, weil sie davon ausgehen, als Menschen, für die das Internet nicht nur Kommunikationsmedium, sondern Lebensraum ist, ein besonderes Verständnis für den „Geist des Internes“ (Hanna) haben. Mit Bezug auf den Begriff des vernetzten Individualismus habe ich argumentiert, dass die Aktivist_innen der Netzbewegung ein politisches Begehren artikulieren, die Gesellschaft so zu gestalten, dass es ihren Bedürfnissen nach Selbstentfaltung in der Vernetzung mit anderen gerecht wird.

Anknüpfend an diesen Subjektbegriff habe ich die zentrale Subjektposition des politischen Diskurses der Netzbewegung als Avantgarde vernetzter Individuen bezeichnet. Mit dem Avantgardebegriff beziehe ich mich auf die Begriffswahl einer Interviewpartnerin. Er signifiziert die Haltung der Netzbewegung, schon heute in der Welt von morgen zu leben und Verantwortung dafür zu tragen, die Gesellschaft in einem post-digitalen Sinne zu gestalten. Das politische Begehren dieser Subjektposition bezeichne ich als post-digitale Agenda. Sie überträgt Metaphern und Werte der digitalen Welt wie die Plattform oder das *sharing* auf die Gesellschaft. Das Konzept der Plattformneutralität von Seemann (2014) nutzte ich als Beispiel, um die Reichweite einer solchen post-digitalen Agenda über netzpolitische Fragen hinaus zu verdeutlichen. Im nächsten Schritt habe ich den Versuch unternommen, den politischen Diskurs der Netzbewegung auf das kapitalistische Gesellschaftssystem und dessen grundlegende Dynamik der Profitmaximierung zu beziehen. Die Netzbewegung geht diesbezüglich davon aus, dass das Internet aufgrund seiner materiellen Eigenschaften zu einer Transformation dieses Systems führen wird. Mit Stalder (2013) und Fuchs (2014) habe ich argumentiert, dass der informationelle Kapitalismus gegenwärtig von einem sich zuspitzenden Widerspruch zwischen kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen und einer durch digitale Kommunikation ermöglichten Entwicklung der Produktivkraft in Richtung eines gesellschaftlichen Charakters der Produktion geprägt ist. Das Internet bringt einerseits neue Organisationsformen jenseits von Markt und Staat hervor. Andererseits ist die Internetökonomie in kapitalistische Logiken eingebunden. Die privatwirtschaftlichen und staatlichen Bestrebungen, das Internet durch das Urheberrecht, Anti-Netzneutralität, Überwachung und Zensur zu kontrollieren, kann in diesem Sinne als Absicherung der kapitalistischen Profitlogik durch den bürgerlichen Staat verstanden werden. Aus intersektionaler Perspektive habe ich verdeutlicht, dass die Ausbeutungsverhältnisse und Akkumulationsstrategien in diesem Bereich von rassistischen, sexistischen, bodyistischen und klassistischen Herrschaftsstrukturen durchzogen sind. Die Differenzierung zwischen verschiedenen Gruppen von Lohnabhängigen sorgt dabei nicht nur für eine Verbilligung der Arbeitskosten. Die relativ hohen Löhne, die in IT-Berufen vor allem im globalen Norden erzielt werden können, unterstützen auch die hegemoniale Absicherung des kapitalistischen Systems. Abschließend möchte ich an dieser Stelle meine Überlegungen dazu formulieren, wie

die Subjektposition der Avantgarde vernetzter Individuen im gegenwärtigen kapitalistischen System in miteinander verschränkte Herrschaftsverhältnisse eingefasst ist.

Aus hegemonietheoretischer Perspektive folgt die Artikulation eines antagonistischen Verhältnisses nicht notwendig aus gesellschaftlichen Widersprüchen und den dislozierenden Effekten des Kapitalismus, sondern ist immer ein Effekt von spezifischen Diskursen, die antagonistische Subjektpositionen artikulieren. Die Analyse hat gezeigt, dass die Netzbewegung sich gegen diejenigen Kräfte stellt, die das ‚freie Internet‘ an seiner Entfaltung hindern. Die differenzierte Verwertung von Arbeitskraft im globalen kapitalistischen System der Internetökonomie bleibt in diesem Diskurs aber weitestgehend unbenannt. Das Hegemonieprojekt bewegt sich weitestgehend innerhalb eines liberalen Rahmens, indem lediglich das Privateigentum an immateriellen Gütern grundsätzlich hinterfragt wird. Die Protagonist_innen der Netzbewegung sind jedoch keine Befürworter_innen eines neoliberalen Marktmodells. Ihr Freiheitsbegriff unterscheidet sich von jenem neoliberalen Freiheitsbegriff, der seinerseits der leere Signifikant der hegemonialen Ordnung ist (Stalder 2013: 21).¹⁷⁴ Der Netzbewegung geht es nicht um die Freiheit, auf Märkten zu agieren, sondern um die Freiheit, sich mit anderen zu vernetzen und zu eigenen Zwecken, also autonom, an Projekten zu arbeiten. Dies zeigt u. a. die Debatte um Netzneutralität, in der sich die Netzbewegung explizit gegen die unternehmerische Freiheit der Provider und Dienstanbieter richtet, wenn sie einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang zum Internet fordert, der es ermöglicht, dort selbst produktiv zu sein. Einige Interviewpartner_innen sprechen sich für eine Vergesellschaftlichung der Internetinfrastruktur aus, andere wollen privatwirtschaftliche Provider durch Gesetze zur Einhaltung der Netzneutralität verpflichten, dritte sehen in einem unternehmerischen Eingriff in den Internetverkehr kein Problem, solange es nicht zu einer Zensur von Inhalten kommt. Diese unterschiedlichen Haltungen finden in der Netzbewegung ein gemeinsames Dach. Das „radical investment“ (Laclau 2005: 110f.) in den technikdeterministischen Glauben, dass die gesellschaftliche Entwicklung in der Materialität des Digitalen angelegt ist, kittet die ideologischen Differenzen, die sich bei näherer Betrachtung zeigen.

Unabhängig davon, wie sich die Netzbewegung gegenüber dem kapitalistischen System positioniert, ist ihre Subjektposition als politische Avantgarde vernetzter Individuen durch kapitalistische Verhältnisse und im Kontext von gesellschaftlichen Herrschaftsformen situiert. Schließlich braucht der Informationskapitalismus Subjekte, die vernetzt sind und zu deren Selbstbild es gehört, ihre Energien in Richtung von Innovationen im Feld des Digitalen zu lenken. In den gegenwärtigen sexistischen, klassistischen, rassistischen und

174 Vgl. zum Neoliberalismus als hegemonialem Projekt am Beispiel des Thatcherismus Hall (1988).

bodyistischen Gesellschaftsstrukturen zielen diese Anrufungen aber vornehmlich auf weiße, als gesund und männlich gelesene Subjekte der Mittelschicht ab, – und unter dem Vorzeichen von Gleichstellungspolitik – auch auf weiße Frauen, die in intellektueller, aber auch körperlicher Hinsicht leistungsfähig und gesund sind. Im folgenden Kapitel lenke ich die Aufmerksamkeit auf diesen Aspekt. Dazu greife ich einen Ausschnitt aus dem Diskurs der Netzbewegung auf, nämlich die Konflikte um Privilegien und die Figur des Nerds, um zu untersuchen, wie sich soziale Ungleichheit in den Diskurs der Bewegung einschreibt und dort durch die Artikulation von Subjektpositionen bearbeitet wird.

6 Privilegierte Nerds? Auseinandersetzungen um Positionierung

Die öffentliche Wahrnehmung netzpolitischer Aktivisten ist von zwei Bildern geprägt: das des zurückgezogenen Nerds und des dauer-vernetzten, jungen *Digital Native*. In diesem Kapitel wird deutlich, wie vielfältig die Aktivist_innen der Netzbewegung tatsächlich sind. Zugleich setze ich mich mit den Bildern auseinander, die die Aktivist_innen selbst von der Netzbewegung zeichnen. Daran anschließend beschäftige ich mich damit, wie soziale Differenzen und Formen sozialer Ungleichheit im Diskurs der Netzbewegung aufgegriffen werden. Im Zuge dessen wird untersucht, welche weiteren Subjektpositionen artikuliert werden und in welcher Relation diese zur zentralen Subjektposition der Netzbewegung stehen. Als Ausgangspunkt dienen erneut Subjektkonstruktionen (6.1). Diese sagen etwas über die unterschiedlichen Zugänge der Aktivist_innen zur Netzbewegung aus, charakterisieren ihren politischen Aktivismus und geben Einschätzungen über den Umgang mit Konflikten in der Netzbewegung wieder. Wichtigster Aufhänger meiner Argumentation sind die in Abschnitt 6.1.4 vorgestellten Subjektkonstruktionen, aus denen hervorgeht, dass die Netzbewegung von vielen Aktivist_innen als sozial privilegiertes Kollektiv verortet wird, gesellschaftliche Benachteiligung dagegen außerhalb der Bewegung. Nach einem Zwischenfazit (6.2) beschäftige ich mich in 6.3 zunächst mit der Artikulation von Differenzen zwischen der Netzbewegung und ihrem gesellschaftlichen Umfeld. Untersucht wird, wie die Subjektposition der digitalen Außenseiter_innen Teil des Diskurses wird, um daran Differenz zu verhandeln. Im Anschluss daran untersuche ich, wie Differenzen innerhalb der Netzbewegung zum Thema gemacht werden. Für diese Artikulationen sind unter anderem die unterschiedliche Verteilung von Ressourcen sowie die Subjektpositionen des Nerds, des Nicht-Nerds und der Netzfeminist_in von Bedeutung. Im Zuge meiner Betrachtungen werden selbstreflexive Elemente des politischen Diskurses der Netzbewegung sichtbar. Diese diskutiere ich abschließend (6.4) mit Bezug auf die zentrale Subjektposition der politischen Avantgarde vernetzter Individuen, dem Ergebnis von Kapitel 5, und als Effekt des Spannungsverhältnisses zwischen dem universalisierenden Akt hegemonialer Artikulationen und der Partikularität ihrer zentralen Subjektposition im gesellschaftlichen Gefüge.

6.1 Subjektkonstruktionen (II) zu den Zugängen, Rollen und Konflikten

Die im Folgenden dargestellten Subjektkonstruktionen vermitteln einen Eindruck von den Persönlichkeiten der Aktivist_innen. Ein besonderes Augenmerk lege ich dabei auf die Differenzen zwischen den Aktivist_innen, die durch den Vergleich von Subjektkonstruktionen zu Tage treten. Die ersten beiden Abschnitte zeigen, wie die Aktivist_innen zur Netzbewegung gekommen sind (6.1.1), welche Rollen sie innerhalb der Netzbewegung einnehmen, welche Wirkmacht sie ihrer eigenen Arbeit zuschreiben und wie sie mit Formen der Entgrenzung umgehen (6.1.2). Anschließend stelle ich Subjektkonstruktionen dar, in denen sich die Aktivist_innen explizit zum Umgang mit Konflikten innerhalb der Netzbewegung positionieren (6.1.3) und in denen die Aktivist_innen Privilegien thematisieren und die Netzbewegung sozial verorten (6.1.4). Auf Basis dieser Subjektkonstruktionen lassen sich Aspekte des politischen Diskurses der Netzbewegung identifizieren, anhand derer die Artikulation von Differenzen im Diskurs untersucht werden kann.

6.1.1 *Politisiert werden: Biographische Zugänge zur Netzbewegung*

In den kurzen biographischen Erzählungen, die am Anfang der meisten Interviews stehen, bringen die Aktivist_innen zum Ausdruck, welcher Weg sie zur Netzbewegung geführt hat. Die folgenden Subjektkonstruktionen zeigen, dass typische Aktivist_innen der Netzbewegung schon lange politisch interessiert und zum Teil auch aktiv sind.¹⁷⁵ Zwei Beispiele dafür sind die Aktivist_innen Hanna und Carolin:

Hanna ist ein grundsätzlich politischer Mensch, der sich immer für andere eingesetzt hat. Sie wurde als Jugendliche an Engagement herangeführt und durch den Irakkrieg und den 11. September politisch sozialisiert. Bis heute ist alles, was sie tut, von politischer Überzeugung durchdrungen.

Carolin ist erst seit kurzem politisch aktiv. Sie verfügte zwar schon immer über einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und war politisch interessiert. Studium und Job ließen ihr aber lange keinen Spielraum für politische Arbeit. Sie ist froh darüber, ihr Interesse an Politik und Aktivismus jetzt ausleben zu können, nachdem sie sich beruflich neu orientiert hat.

Hanna (25) und Carolin (26) verbinden ihr frühes Interesse an Politik mit ihrem Engagement für Andere und nennen dafür jeweils Beispiele aus ihrer Kindheit. Die politische Sozialisation von Hanna und Carolin verlief aber aufgrund der jeweiligen Lebensumstände unterschiedlich. Hanna, die aus

175 Zur Analyse von Subjektkonstruktionen vgl. 4.3.1.

einer bürgerlichen Familie stammt, kam über die Jugendarbeit der Kirche mit politischem Engagement in Berührung. Im Kontext der Anti-Kriegs-Proteste zum Irakkrieg 2003 setzte sich ihr Engagement fort. Sie studierte Politikwissenschaft. Mit der Zeit verlagerte sich ihr Interessenschwerpunkt in Richtung Netzpolitik. Sie hatte schon in ihrer frühen Jugend einen Computer mit Internetanschluss zur Verfügung, den sie nutzte, um ihren Gedanken öffentlich Ausdruck zu verleihen. Im Gegensatz zu Hanna stammt Carolin aus dem prekarierten Arbeiter_innenmilieu. Als Jugendliche habe sie immer gedacht, dass sie entweder Aktivistin wird oder aber das System von innen verändert. Nach dem Abitur entschied sich Carolin dafür, Karriere zu machen. Der eingeschlagene berufliche Weg ließ ihr keine Zeit für politisches Engagement. Die Ideologie der Leistungsorientierung habe ihren Blick auf soziale Ungleichheit zu dieser Zeit verstellt. Später entschied sie sich für einen beruflichen Wechsel, der es ihr ermöglichte, ihre politische Seite stärker auszuleben und sich zu engagieren. Auf der Identitätsebene ähneln sich Carolin und Hanna hinsichtlich ihres frühen Interesses an Gerechtigkeit und Politik. In Wechselwirkung mit klassistischen Strukturen und symbolischen Repräsentationen ergeben sich jedoch zwei unterschiedliche Wege ins politische Engagement.

Zwei weitere Subjektkonstruktionen, bei denen das frühe Interesse für Politik eine Rolle spielt, stammen von Daniel (25) und Karin (53). Trotz ihres Altersunterschieds haben beide ähnliche Erfahrungen bezüglich ihres politischen Engagements in der SPD gemacht.

Daniel interessierte sich schon früh für Bundespolitik. Er ist parteipolitisch sozialisiert und machte als aktiver Juno erste Erfahrungen mit Parteistrukturen, die ihm nicht gefallen. Die Agenda 2010 nimmt er zum Anlass, aus der SPD auszutreten, denn hier musste er beobachten, dass die Partei außerhalb der innerparteilichen Demokratie auf Linie gebracht wird. Darauf hat er keine Lust.

Politik ist für Karin schon seit ihrer Jugend wichtig. Sie kommt aus einem diskussionsfreudigen Haushalt, in dem Engagement immer unterstützt wurde. Vor der Netzpolitik war sie in der Frauenbewegung und 30 Jahre bei der SPD aktiv. Aus der Partei ist sie allerdings ausgestiegen, weil sie es nicht mehr in Ordnung fand, dass sie trotz ihres Ranges keine Möglichkeit mehr hatte, etwas zu bewirken.

Beide äußern eine große Unzufriedenheit mit den Parteistrukturen, die jeweils zum Austritt und zur politischen Neuorientierung führten. Während Daniel der Parteipolitik treu geblieben ist und sich bei den Piraten einbringt, ist Karin in informellen politischen Netzwerken aktiv. Den Eindruck, an den Strukturen einer Partei gescheitert zu sein, teilen einige der Aktivist_innen. Dazu gehört auch Jochen (50), der als junger Mann in parteinahen Jugend- und Studierendenorganisationen aktiv war, sich später aber von der Politik abwandte. Er hatte das Gefühl, dort nichts erreichen zu können. Zwanzig Jahre später startete er, aufbauend auf seine Kontakte aus früheren Zeiten, einen neuen Versuch.

Jochens Frustration bezüglich seines politischen Gestaltungsspielraumes bezieht sich u. a. auf seine Erfahrungen mit der Netzpolitik innerhalb einer großen Partei. Trotz seines direkten Zugangs zu hohen politischen Entscheidungsebenen gelingt es ihm nicht, seinen Einfluss geltend zu machen. Obwohl seine Analysen inhaltlich Zustimmung finden, werden sie bei der Entscheidungsfindung nicht berücksichtigt. Es setzen sich andere Interessen durch. Das erlebt er als Dauerfrustration. Heute steht er keiner Partei mehr nahe. Er nimmt Politik weiterhin zur Kenntnis, weil es ihn interessiert, über Lösungen für gesellschaftliche Probleme nachzudenken. Seine Perspektive verschiebt sich indessen in Richtung systemischer Fragen. Carolin ergeht es ähnlich. Auch wenn für sie politisches Engagement nach wie vor bedeutet, im Rahmen einer Partei zu agieren, bewegen sich ihre Handlungsschwerpunkte von der Parteiarbeit weg:

Carolin verfügt über einen großen politischen Tatendrang, wird aber von Strukturen in ihrer Partei ausgebremst, die sich in mangelnder Unterstützung für ihre Vorhaben, aber auch in konkreten Ausschlüssen äußern. Dies frustriert sie, weshalb sie ihr Engagement auf andere Handlungsfelder verlagert.

Die Subjektkonstruktionen von Karin, Jochen, Daniel und Carolin zeigen, dass der Weg zum politischen Engagement für viele Netzaktivist_innen über Parteien vermittelt ist. Parteien stellen aber aufgrund ihrer Hierarchien auch eine Abgrenzungsfolie für die Netzaktivist_innen dar. In den Parteien scheitern auch gut vernetzte Mitglieder, die wie Karin einen „Rang“ haben oder sich wie Jochen und Carolin für ein Thema sehr aktiv einsetzen, an unbeweglichen Strukturen und Interessenkonstellationen. In den digitalen Öffentlichkeiten des Internets, netzpolitischen Gruppen und der Piratenpartei erleben diejenigen, die von der Parteipolitik frustriert sind, dass sie unmittelbar etwas bewirken können – und wenn es nur darum geht, mit einem Blog-Post Öffentlichkeit für ein Thema herzustellen. Parteien sind für die Netzaktivist_innen nicht nur eine Abgrenzungsfolie, sondern dienen manchen auch nach wie vor als politisches Betätigungsfeld und – im Falle der Piraten – als Peergroup. Vier Personen im Sample sind Mitglieder der Piratenpartei, darunter Hanna und Daniel:

Hanna hat bei den Piraten Menschen gefunden, die so sozialisiert waren und dachten wie sie. Die Piraten sind ihre Peergroup. Die Piraten wurden von der Netzbewegung erfolgreich gemacht und haben es geschafft, die Anliegen der Netzbewegung politisch konstruktiv zu kanalisieren.

Daniel findet bei den Piraten eine gute Atmosphäre und eine eingeschworene Gemeinschaft. In dieser Gemeinschaft leistet er bei Wahlkämpfen anstrengende Arbeit und gestaltet demokratische innerparteiliche Prozesse zur Inhaltsfindung. Dabei ist er stolz auf die von ihm persönlich vorangebrachten Projekte.

Für beide ist die Piratenpartei mehr als ein politisches Betätigungsfeld. Die Piraten sind eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, in der sich Hanna und

Daniel von Beginn an wohl fühlen. Hanna erinnert sich an ihren Eindruck beim ersten Besuch eines Piratenstammtisches. Dort sei sie „endlich“ auf Menschen getroffen, die „so sozialisiert waren wie ich, [...] die meine Witze überhaupt verstanden haben und diese ganzen Meme und diese ganze Nerdkultur.“ Hanna findet sich bei den Piraten gut aufgehoben, weil ihr Humor und ihre politischen Ideen dort verstanden werden. Zugehörigkeit und das Gefühl, mit den anderen auf einer Wellenlänge zu schwimmen, ist für die Pirat_innen wichtig. Darüber hinaus ermöglicht die Arbeit in der Partei den Aktivist_innen, ihren politischen Gestaltungsideen nachzugehen.

Neben den Aktivist_innen, deren politische Sozialisierung mit dem Engagement in Parteien verbunden ist, gibt es auch jene, die aus außerparteilichen politischen Kontexten kommen. Meike (31), die heute ebenfalls bei den Piraten aktiv ist, ist beispielsweise durch die Hackerszene zur Netzpolitik gekommen.

Der CCC und die Hackerszene sind schon lange Meikes Peergroup – auch wenn es für sie in diesem Umfeld aufgrund von persönlichen Geschichten nicht immer einfach war. Sie ist mit 18 eingestiegen und wurde von erfahrenen Aktivisten und Aktivistinnen eingebunden. Eine Zeilang hat sie die Haecksen organisiert, um Frauen im CCC zu fördern. Später hat sie einen Hackerspace aufgebaut.

Auch Andreas (40) kommt aus dem CCC-Umfeld. Seine erste Politisierungserfahrung machte er aber bei der Antifa. Aus Andreas' Sicht war sein Weg in den netzpolitischen Aktivismus damit vorgezeichnet: Als computerinteressierter Linker landete er im CCC-Umfeld automatisch in der politischen Ecke. Ähnlich ist es bei Carsten (29), der sich als linker Aktivist für die Möglichkeiten des Internets interessiert hat und dadurch mit Netzpolitik in Berührung kam:

Carsten ist ein politisch interessierter Computernerd, der das Internet schon früh als Empowerment-Tool gesehen und politische Projekte auf diese Weise unterstützt hat. Die Vorratsdatenspeicherung war für ihn der Kristallisationspunkt, im Feld der Netzpolitik selbst politisch zu handeln und in verschiedenen Gruppen aktiv zu werden.

Auch Peter (33) bewegte sich als Jugendlicher im linken Milieu. Während seines Informatikstudiums wurde er CCC-Mitglied. Er beschreibt sich im Rückblick als passiven Mitläufer.

Peter musste sich von den Szeneautoritäten des CCCs lösen, um eigene netzpolitische Positionen zu formulieren. Er sieht Widersprüche zwischen der Lehre des CCC auf der einen und den technischen Realitäten und dem Verhalten von Menschen auf der anderen Seite. Er steht dem CCC jetzt distanziert gegenüber, ist aber weiterhin Mitglied, weil er die NGO-Arbeit unterstützen will.

Für den politischen Weg von Meike, Carsten, Andreas und Peter spielten Parteien keine Rolle. Sie kommen aus politisch links ausgerichteten Szenen und sind von dort aus im Hacker- bzw. CCC-Umfeld gelandet. Vor allem Meike beschreibt dabei die Bedeutung von persönlichen Kontakten: Sie wur-

de von älteren Aktivist_innen in die Szene eingeführt. Ähnlich war es bei Nora, die über Freund_innen ihren Zugang zur netzpolitischen Szene gefunden hat. Für Nora hat das soziale Umfeld eine große Bedeutung für ihr politisches Handeln. Beim gemeinsamen Besuch von Demos und Konferenzen gehe es nicht nur um Politik, sondern auch darum, Freund_innen zu treffen – umgekehrt sei Netzpolitik aber auch beim gemeinsamen Grillen Thema.

Bei den drei über 40-jährigen Aktivist_innen Karin, Andreas und Jochen spielt ihr beruflicher IT-Hintergrund eine wichtige Rolle für ihren Zugang zu netzpolitischen Themen. Das gilt auch für Peter, der als Informatiker in der Forschung tätig ist. Allerdings arbeiten nur Andreas und Peter heute in einem IT-Beruf. Für Karin und Jochen waren dagegen ihre früheren Erfahrungen in diesem Bereich prägend:

Karin hat einen IT-Hintergrund, ist aber heute nicht mehr als Programmiererin tätig. Netzpolitik verbindet dieses und die anderen Interessen Karins, nämlich Bürgerrechte und die Möglichkeit, Menschen zu mobilisieren.

Jochen ist Jurist, Unternehmensberater und -Gründer, sieht sich im Herzen aber als ein rebellischer Hacker. Sein Jurastudium finanzierte er sich durch seine IT-Kenntnisse. Auch wenn er seit vielen Jahren nicht mehr als Programmierer tätig ist, verfolgt er Entwicklungen in diesem Bereich immer noch mit großem Interesse.

Aufgrund ihrer beruflichen Erfahrung verfügen Karin und Jochen über ein Fachwissen, das sie von anderen in ihrem beruflichen und privaten Umfeld unterscheidet. So sieht sich Jochen als „Interneterkklärbar“ gegenüber Politik und Medien. Karin nutzt ihre Kenntnisse für ihre journalistische Arbeit, versucht aber vor allem auch im persönlichen Umfeld Bewusstsein für die Chancen des Internets zu schaffen. Zusammen mit einem ausgeprägten Interesse für Politik und frühem politischen Engagement begründet das Technikinteresse für diese Aktivist_innen den Zugang zu netzpolitischen Themen.

Bei den jüngeren Aktivist_innen ist dagegen das ‚Aufgewachsen-sein im Internet‘ eine häufig anzutreffende Subjektkonstruktion. Dies gilt beispielsweise für Hanna und Melanie (26):

Hanna ist eine Netzbewohnerin, die seit ihrer frühen Jugend im Internet aktiv ist und bis heute viel Zeit im Internet verbringt. Die Bedeutung von Netzpolitik realisierte sie, als andere anfangen, im Internet rumzufuschen.

Melanie ist im Netz aufgewachsen und verbindet damit eine Utopie der kosmopolitischen Wissensverbreitung, Demokratisierung und Verständigung. Sie will das Internet bewahren, weiterverbreiten und weiterentwickeln. Politiker, die keine Ahnung haben, machen dagegen alles kaputt.

Die Kommunikation in Chats und Foren waren für diese und viele andere Aktivist_innen prägend. Sie verbinden mit dem Internet die Erwartung, Wissen und Kultur zu teilen und sich mit anderen austauschen zu können, wohingegen sie netzpolitische Vorhaben von ‚außen‘ als Intervention in ihren Lebensraum erleben. Über einen Zugang zum Internet in Form eines (Breit-

band-)Anschlusses und entsprechende Hardware verfügen zu können, ist für die meisten Aktivist_innen selbstverständlich. Eine Ausnahme ist der 21-jährige Alex.

Nachdem Alex über eine Radiosendung mit Netzpolitik in Berührung gekommen ist, merkte er, dass er sich bei diesem Thema aktiv einbringen will. Da das weder auf dem Land, wo es nur sehr langsames Internet gibt, noch in der ersten Stadt, in der er studierte, möglich war, zog Alex nach Berlin.

Als Jugendlicher hatte Alex zwar einen Computer zur Verfügung und auch sein Freundeskreis war an Computerthemen interessiert, aufgrund einer sehr langsamen Internetverbindung fehlte ihm allerdings die Erfahrung, die andere seines Alters mit dem Internet gemacht haben. Nachdem sein Interesse am Thema geweckt war, musste er feststellen „das ist irgendwie alles in Berlin, weit weg und [da] kommt man nicht hin und überhaupt, ich bin klein und jung und arm und hab kein Geld und keine Möglichkeiten und kein Internet und nichts.“ Er suchte Kontakt zu netzpolitischen Gruppen sowie zu den Piraten, die in seiner Region einen Stammtisch anboten. Dies war für ihn „das erste Mal. [...] dass ich Leute getroffen hab, wo ich denke, oh krass, mit denen kann ich mich wirklich gut auch über Dinge unterhalten.“ Heute bringt er sich in Berlin in netzpolitischen Zusammenhängen ein. Dort ist er unter anderem hingezogen, um näher am netzpolitischen Geschehen zu sein.

Zusammenfassend zeigt der Blick in das empirische Material, dass die meisten Netzaktivist_innen bereits vor ihrem Engagement in der Netzbewegung politisch aktiv waren – in Parteien ebenso wie in linken außerparlamentarischen Zusammenhängen. Das Internet kommt ins Spiel, weil die Aktivist_innen sich für Technologie interessieren, beruflich in diesem Bereich tätig sind bzw. waren, oder als ‚Lebensraum‘ einer Generation, die im und mit dem Netz aufgewachsen ist. Betrachtet man, was einzelne Aktivist_innen über ihren persönlichen Weg in die Netzbewegung sagen, wird aber auch klar, dass das Bild einer homogenen Generation vernetzter Individuen nicht zutrifft. Es handelt sich nicht um „Netzkinder“ (Czerski 2012), die alle über dieselben Erfahrungen verfügen. Die hier erkennbaren Unterschiede hängen mit sozialen Strukturen zusammen. Ob jemand in einer bürgerlichen Familie aufwächst oder nicht, kann ebenso einen Einfluss auf die Entwicklung von politischem Engagement haben wie die Herkunftsregion oder der Berufsweg. Auch die Narrative über den Zugang zur Netzbewegung unterscheiden sich in Hinblick auf die Selbstverständlichkeit, die in der Erzählung vermittelt wird (vgl. 6.3.4). Der nächste Abschnitt beleuchtet die Rolle, die die Aktivist_innen sich selbst in der Netzbewegung zuschreiben, und den Raum, den der Aktivismus in ihrem Leben einnimmt.

6.1.2 Rolle, Wirkmächtigkeit und der Umgang mit Entgrenzung

In diesem Abschnitt vergleiche ich Subjektkonstruktionen, die ich aus den Aussagen meiner Interviewpartner_innen zu ihren konkreten Tätigkeiten in der Netzbewegung gebildet habe, und arbeite Differenzen zwischen den Aktivist_innen hinsichtlich ihrer Rolle in der Netzbewegung und der Selbsteinschätzung ihrer Wirkmächtigkeit heraus. Wie sich im Folgenden zeigen wird, spielt dabei der Aspekt der Entgrenzung eine zentrale Rolle.

Carsten und Andreas zählen sich beide zum inneren Kern des netzpolitischen Aktivismus, und für beide ist es wichtig, Dinge selbst in die Hand zu nehmen und zusammen mit anderen strategisch zu handeln.

Andreas sieht sich als Protagonist der Bewegung und des CCC. Er gehört zu den „üblichen Verdächtigen“, die regelmäßig zusammenarbeiten. Dafür bringt er die richtigen Persönlichkeitsmerkmale mit, findet aber, dass es letztlich nicht auf den Einzelnen ankommt.

Carstens netzpolitisches Engagement gestaltet sich vielfältig und nimmt einen hohen Stellenwert in seinem Leben ein. Er ist in ein großes Netzwerk von Personen und Gruppen eingebunden, die er zum inneren Kern der Bewegung zählt. Dort nimmt er eine Koordinierungsfunktion ein.

Beide haben ihre Wurzeln in der linken Szene. Andreas sagt über sich, dass er früher ein „kleener Punker“ war. Während er damals einfach „irgendwie dagegen“ gewesen sei, versuche er heute, die Themen, bei denen er eine politische Handlungsnotwendigkeit sieht, konstruktiv und gemeinsam mit geeigneten Bündnispartner_innen selbst in die Hand zu nehmen. Von Leuten, die nur unzufrieden sind und selbst nichts tun, grenzt er sich ab. Carsten grenzt seine Rolle in der Netzbewegung von der des Basisaktivisten ab. Er beobachtet netzpolitische Entwicklungen intensiv, formuliert Positionen dazu und vermittelt diese gegenüber der Öffentlichkeit, indem er die Berichterstattung kritisch begleitet, Interviews gibt und zu Expertenanhörungen geht.

Beide gehen davon aus, dass die Geschicke der Netzbewegung vor allem vom aktiven Engagement einzelner abhängen. Das Credo laute „Wer macht, hat Recht“. Gelebte Basisdemokratie bis ins Kleinste ist aus ihrer Sicht nicht das, was die Bewegung ausmacht, auch wenn es in der Öffentlichkeit häufig so dargestellt werde. Durch die starke Bedeutung des Einsatzes einzelner Aktivist_innen geht deren Privatleben, so Carsten, häufig „den Bach runter.“ Er selbst ist froh darüber, Erwerbsarbeit und Engagement gut verbinden zu können. Dadurch sieht er sich in der Lage, etwas bewirken zu können, sowie in der glücklichen Position, sein Leben durch den Aktivismus nicht kaputt zu machen. Andreas' Beruf ermöglicht es ebenfalls, Zeiten für politisches Engagement frei zu halten.

Politik begleitet Andreas permanent: Er ist Mitglied in verschiedenen Organisationen. Als Informationsjunkie besorgt er sich auch während der Arbeitszeit politischen Input. Seine

Erwerbsarbeit hat er zugunsten des Aktivismus reduziert. Um sich nicht zu verbrennen, nimmt er sich mittlerweile bewusst Auszeiten und hat auch einen Freundeskreis außerhalb der Szene, was ihm erdet.

Andreas erwähnt, wie schwer es ist, alle wichtigen Themen im Blick zu halten und aktivistisch zu stemmen, gerade weil die Trennung zwischen Real Life und Netz verschwimmt. Er hat Strategien entwickelt, die ihm helfen, damit umzugehen. So hält er Kontakt zu Freund_innen, denen die netzpolitischen Themen nicht so nahe sind. Dies erweitert Andreas' Perspektive. Durch ihre Lebensumstände – beide sind kinderlos – sind Andreas und Carsten in der Lage, konstant politisch aktiv zu sein. Ihre Erwerbsarbeit lässt ihnen genug Raum dafür, über Reproduktionsarbeit reden sie nicht. Ihre persönlichen Eigenschaften und ihre Netzwerke versetzen sie aus ihrer Sicht in die Lage, im inneren Kreis der Netzbewegung mitzumischen.

Melanie ist ebenfalls Teil des Netzwerkes, das den inneren Kreis der Netzbewegung bildet. Ihre Selbstkonstruktion unterscheidet sich aber von Andreas und Carsten. Während diese sich als Protagonisten sehen, beschreibt Melanie ihre Rolle als Netzwerkerin.

Melanies Engagement findet im Hintergrund statt. Sie entwickelt Kampagnen und sorgt dafür, Themen auch für normale Menschen verständlich aufzuarbeiten. Ihre Stärke sieht sie vor allem in der Netzwerkarbeit. Sie will es anderen Leuten erleichtern, aktiv zu werden. Dazu behält sie den Überblick über Themen, Zusammenhänge und Personen, die sie dann miteinander verknüpft.

Melanie möchte Menschen in die Lage versetzen, gemeinsam aktiv zu werden. Dies bezieht sich auf die Bewegungsaktivitäten in Deutschland, darüber hinaus aber auch auf die europäische Ebene: Die Europäisierung von Politik und Protest findet sie besonders bedeutend. Deshalb versucht sie, den Informationsfluss zwischen diesen Politikebenen zu verbessern. Melanie behält den Überblick über die anstehenden Aufgaben. So gelingt es ihr, Themen anzustoßen, obwohl sie keine Person ist, die meinungsstarke, viel rezipierte Texte veröffentlicht. Melanie erstellt Informationsmaterialien „auch für normale Menschen“ außerhalb des harten Kerns der Aktivist_innen. Sie investiert Zeit, um zu Treffen zu gehen, ist auf Mailinglisten aktiv und organisiert Demos und Veranstaltungen. Die zeitliche Entgrenzung, die damit einhergeht, muss sie managen. Ihre Erwerbsarbeit lässt es nicht zu, sich den halben Tag mit Aktivismus zu beschäftigen. Außerdem spielen derzeit Privatleben und Freizeit wieder eine größere Rolle in ihrem Leben.

Im Gegensatz zu Andreas, Carsten und Melanie, die – wenn auch mit unterschiedlichem Selbstverständnis, was die eigene Rolle angeht – in aktivistischen Netzwerken aktiv sind, sieht Hanna ihre Wirkmächtigkeit eher in ihrem Agieren als Einzelperson. Hanna ist ein Beispiel für das, was Melanie mit „Leuten, die meinungsstarke Texte“ veröffentlichen meint. Mit Texten zu kontroversen Themen interveniert sie in netzpolitische Debatten:

Hanna publiziert zu Themen wie Teilhabe, Privatsphäre und Feminismus, die schwierig sind und mit denen sie polarisiert. Dadurch hat sie einen gewissen Einfluss auf die Netzbewegung, der sie manchmal selbst überrascht.

Hanna beteiligt sich zwar auch an Aktionen, im Vordergrund steht aber ihre Selbstpositionierung als junge Intellektuelle, die politische Texte schreibt. Sie zählt sich selbst nicht zu den etablierten, sehr einflussreichen Leuten der Netzbewegung. Da sie „durchaus intelligente Sachen“ zu sagen habe und in der Lage sei, Diskussionen anzustoßen, würden ihre Positionen im Diskurs aber wahrgenommen werden. In dieser Rolle bekommt sie auch Gegenwind zu spüren: Die Kritik beschränkt sich dabei nicht auf ihre Texte, sondern wird mitunter persönlich. Dies erklärt sie sich damit, dass sie Themen wie Geschlechtergerechtigkeit und Post-Privacy bearbeitet – Themen, „die weh tun“. Die Entgrenzung zwischen Aktivismus und anderen Teilen des Lebens geht bei Hanna sehr weit. Sie hat „das Internet“ – in Form ihres Smartphones – immer dabei, und kann sich dadurch auch jederzeit an politischen Diskussionen beteiligen. Zudem ist sie emotional sehr stark in ihre Projekte involviert. Da Hanna von Text- und Vortragshonoraren lebt, geht es bei ihr – anders als bei Melanie – nicht so sehr um eine zeitliche Entgrenzung zwischen verschiedenen Bereichen; problematisch ist viel mehr die kognitiv-emotionale Entgrenzung aufgrund der ständigen Präsenz der Themen. Der Aktivismus hängt, wie sie selbst sagt, eng mit ihrer privaten und beruflichen Entwicklung zusammen, er ist ihr „Lebensinhalt“. Sie strebt aber an, die berufliche und aktivistische Sphäre besser zu trennen. Die Herausforderung, Grenzen zu ziehen, ist für sie damit konstant gegeben.

Während sich Hanna auch als Aktivistin sieht, beschränkt sich Jochens Rolle in der Netzbewegung auf die intellektuelle Auseinandersetzung. Auch wenn er viele politische Haltungen mit den Aktivist_innen der Bewegung teilt, beschreibt er sich nicht als Aktivist. Jochen will das *big picture* der Digitalisierung verstehen, verbindet damit aber keine gesellschaftspolitischen Ziele. Er interagiert beruflich und privat mit verschiedenen Sphären, in denen man sich mit Fragen der Digitalisierung auseinandersetzt, und hat darin eine spezifische Rolle gefunden:

Jochen sieht sich als Interneterklärbar, der zwischen den Sphären tanzt und eine vermittelnde Position einnimmt, ohne sich einer Rolle zu fügen. Er hat Kontakte zu Spitzenpolitikern, in die Medien, zu Unternehmen und zu Hackern. Er kritisiert alle Seiten und möchte selbst nicht in eine Schublade eingeordnet werden. Mit seinem Verhalten irritiert er andere bewusst, statt sich wie ein Medienprofi zu verhalten.

Mit zeitlicher Entgrenzung durch seine Beschäftigung mit Netzpolitik hat Jochen nicht zu kämpfen. Als selbstständiger Unternehmer beschäftigt er sich ohnehin täglich mit Digital-Themen. Er erzeugt durch sein Verhalten bewusst Irritationen und geht davon aus, dass seine Motivation und sein Handeln von seinem Umfeld nicht immer verstanden werden.

Eine Selbstbeschreibung als Experte, der in gesellschaftliche Bereiche hinwirkt, findet sich auch bei Daniel. Über seine Arbeit bei den Piraten hinaus sieht er sich als Naturwissenschaftler in der Verantwortung, sein Wissen und seine Einschätzung zu Themen, wie beispielsweise Atomkraft, weiter zu geben. Zudem freut er sich darüber, dass er sich mit seinem Einsatz für die Themen Asyl und Migration und seinem parteiinternen Engagement auch außerhalb seines Landesverbandes einen Namen gemacht hat. Daniel steht vor der Herausforderung, verschiedene Lebensbereiche zu koordinieren.

Politik nimmt bei Daniel den größten Stellenwert im Alltag ein. Entsprechend steht er vor der Herausforderung, das politische Engagement in der Partei und als Kommunalpolitiker, sein Studium und die Beziehung mit seiner Freundin unter einen Hut zu bringen. Grenzen zu ziehen und Aufgaben zu delegieren, funktioniert aufgrund der vielen anderen Piraten ganz gut, wird aber dadurch erschwert, dass er seinen Rechner – und damit die Politik – immer bei sich hat. Er würde es sich aber nicht anders wünschen, weil er sich nicht vorstellen kann, nicht politisch zu sein.

Mit anderen Aktivist_innen teilt Daniel die Erfahrung, dass die ständige Verfügbarkeit digitaler Kommunikation eine große Herausforderung ist, wenn es darum geht, Grenzen zu ziehen. Wie weit die Entgrenzung durch den Aktivismus gehen kann, zeigt der Fall Alex. Alex ist ein junger Aktivist, der sehr umtriebig ist. Er ist auf einschlägigen Mailinglisten aktiv, beteiligt sich an Aktionen, reist dazu auch nach Brüssel und war an der Organisation von großen Demonstrationen beteiligt.

Durch die Organisation von wichtigen Demos hat Alex den Themen der Bewegung Aufmerksamkeit verschafft und damit viel bewegt. Er ist ein wichtiger Knoten in der Bewegung. Sein Aktivismus hat ihn aber auch an seine Grenzen gebracht: Aus Überforderung und einem Gefühl der Machtlosigkeit musste sich Alex zeitweise aus dem Aktivismus zurückziehen.

Seine Wirksamkeit gründet aus Alex' Perspektive auf seinem organisatorischen Einsatz. Daneben beschäftigt er sich auch auf einer philosophischen Ebene mit den Fragestellungen der Netzbewegung. Er hat die Erfahrung gemacht, dass seine hohe zeitliche und kognitiv-emotionale Involviertheit in Netzpolitik dazu führen kann, dass man über seine Grenzen geht. Eine im Interview geschilderte Episode verdeutlicht dies. Alex beschreibt seine Reaktion auf eine Meldung über eine Änderung des Google-Suchalgorithmus, die ihn auf dem Weg zur Universität erreicht. Er regt sich sehr über das Vorgehen Googles auf, ist verzweifelt, empfindet sich ohnmächtig gegenüber dem übermächtigen Gegner und stellt die Sinnhaftigkeit seines Studiums in Frage, das ihm keine Antworten auf die großen Probleme gibt, mit denen er sich politisch konfrontiert sieht.

„Und irgendwann dann, so kurz bevor ich da war, hab' ich festgestellt, ey, und was so genau soll ich jetzt gerade dagegen tun? Also ich als kleiner Mensch gegen Google? Und hab dann irgendwie so'n, so'n Cut gehabt [...] und irgendwann ist mir dann quasi

diese Aufregung selber bewusstgeworden und ich habe gedacht WTF [What the fuck, KG]? So was um alles in der Welt tu ich hier eigentlich? Die ändern irgendwie eine Suche und ich fang irgendwie an so mein gesamtes Leben anzuzweifeln, dass irgendwie alles überhaupt nicht mehr funktioniert und total sinnlos ist.“

In der beschriebenen Situation realisiert Alex, dass ihn netzpolitischen Entwicklungen emotional auf eine Weise mitnehmen, die zu viel für ihn ist. Da er sich zudem mit der Notwendigkeit konfrontiert sieht, seinem Studium und den anstehenden Prüfungen mehr Zeit zu widmen, zieht er Konsequenzen: Er bestellt Mailinglisten ab und geht nicht mehr zu Treffen. Zum Zeitpunkt des Interviews hat Alex seinen Aktivismus wieder auf einem machbaren Niveau aufgenommen. Bei Alex ist die zeitliche und kognitiv-emotionale Entgrenzung durch den Aktivismus am deutlichsten zu sehen. Sie hängt mit der Wahrnehmung der eigenen Bedeutung zusammen: Aktivist_innen wie er, die ihrer Arbeit eine große Bedeutung für die Netzbewegung zuschreiben, kämpfen damit, verschiedene Lebensbereiche unter einen Hut zu bekommen. Die ständige, mobile Verfügbarkeit des Internets erschwert dies zusätzlich.

Viele Aktivist_innen beschäftigen sich auch in der Erwerbsarbeit oder im Studium mit Netzpolitik und verwandten Themen. So zum Beispiel Nora, die netzkulturelle und -politische Fragen zu einem Schwerpunkt ihres Studiums gemacht hat. Bei ihr nimmt das Thema aber auch im Freundeskreis viel Raum ein.

Gerade weil ihr soziales Umfeld auch aus Leuten besteht, die sich mit Netzpolitik beschäftigen, nimmt das Thema in Noras Alltag viel Platz ein. Mittlerweile hat sie auch ihr Studium auf Netzkultur und Netzpolitik ausgerichtet. Trotzdem wünscht sie sich, mehr Zeit zu haben, um sich mit der Technik selbst auseinanderzusetzen. Zu entscheiden, wie sie ihre Zeit investieren soll, ist eine Herausforderung für Nora.

Nora lernt derzeit programmieren und dokumentiert ihren Lernprozess öffentlich. Weil sie das Verständnis von Code, Software und Hardware für erforderlich hält, um sich kritisch mit Netzpolitik und Macht auseinanderzusetzen, ist das für sie ein politisches Projekt. Deshalb will sie auch andere „Nicht-Nerds“, wie sie sich selbst bezeichnet, inspirieren, sich mit Technik auseinander zu setzen. Durch ihr Projekt hat Nora eine eigene Rolle in der Netzbewegung gefunden, für die sie Anerkennung bekommt. Sie hat aber den Eindruck, nicht von allen als Teil der Netzbewegung anerkannt zu werden. Sie kritisiert, dass die Netzbewegung nicht offen genug ist und dass gerade Leute wie sie, die eine Brücke zwischen Nerds und Nicht-Nerds sein können, mit Barrieren konfrontiert werden. Obwohl Nora in ihrem Alltag viel mit Menschen zu tun hat, die zum inneren Kreis der Netzbewegung gehören, hat sie nicht das Gefühl, selbst dazu zu gehören. Sie konzentriert sich deshalb auf die Nische, die sie sich selbst geschaffen hat. Gleichzeitig denkt sie darüber nach, ob sie ihr Engagement in diesem privilegierten Kontext richtig inves-

tiert. Carolin hat sich eine Zeitlang innerhalb ihrer Partei für netzpolitische Belange eingesetzt.

Carolin schätzt ihre Rolle in der netzpolitischen Szene nicht als wirkmächtig ein. Sie sieht sich mit Männernetzwerken konfrontiert, die sie trotz ihrer Aktivitäten ausschließen. Dazu kommt ihr Eindruck, durch die Beschäftigung mit Feminismus weniger ernst genommen zu werden. Ihr Wissen über die Funktionsweisen des Politikgeschäfts könnte sie zwar für sich nutzen, dazu fehlt ihr aber das Interesse an Macht.

Carolin ist resigniert, was ihr parteipolitisches Engagement für Netzpolitik angeht, und äußert sich auch gegenüber der Netzbewegung sehr kritisch. Netzpolitik ist ihr aber nach wie vor ein Anliegen. Durch ihr Engagement sieht sie sich ebenfalls mit der Herausforderung konfrontiert, die zeitliche Entgrenzung zwischen verschiedenen Lebensbereichen zu managen.

Carolins politisches Engagement hat eine hohe Priorität in ihrem Alltag. Sie kämpft damit, die politische Arbeit und andere Aufgaben unter einen Hut zu bekommen, nutzt aber auch thematische Verknüpfungspunkte. Außerdem lernt sie, die Konflikte in der Politik nicht zu sehr an sich heranzulassen. Dabei hilft ihr Freundeskreis, der sich in letzter Zeit in Richtung politisch engagierter Leute verlagert, die ihre Probleme verstehen.

Die Wahrnehmung der eigenen Wirkmächtigkeit hängt also mit Marginalisierungserfahrungen zusammen. Die Aktivist_innen suchen sich bewusst Nischen, für die sie Anerkennung erhalten, ohne erneut Ausgrenzungserfahrungen machen zu müssen. Für diese Strategie ist auch Peter ein Beispiel. Er war in den Diskussionen um Post-Privacy und Datenschutzkritik (vgl. Kapitel 7) involviert, was aus seiner Sicht dazu geführt hat, dass er von den zentralen Playern der Netzbewegung nicht mehr ernstgenommen werde.

Peter glaubt, dass er in der Netzszene ziemlich irrelevant ist. Für die relevanten Player ist er als Teil der datenschutzkritischen Spackeria ein rotes Tuch. Bei seinem Engagement vor Ort sieht es anders aus: In Sachen Internet ist er ein wichtiger Ansprechpartner in der Region.

Peter versucht Multiplikatoren aus verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen in seiner Region ein Verständnis für die Bedeutung des Internets zu vermitteln. Peter nimmt die Netzszene als berlinzentriert wahr. Was nicht in Berlin stattfindet, sei vom Diskurs an vielen Stellen ausgeschlossen. Ihm ist es darum wichtig, sich vor Ort für ein besseres Verständnis von Internet und Netzpolitik einzusetzen. Auch wenn Peter sich nicht zum inneren Kreis der Netzbewegung zählt, nehmen seine Aktivitäten den größten Teil seiner Freizeit ein. Das führe zu privaten Konflikten und auch der Job müsse manchmal hintenanstehen. Er habe allerdings Glück, weil seine Erwerbsarbeit vergleichsweise flexibel sei. So könne er sich deutlich mehr einbringen, als es anderen möglich sei.

Alle Aktivist_innen berichten von Problemen bei der Vereinbarkeit von Beruf, Freizeit und Aktivismus, die sie und andere betreffen. So ist es auch

bei Meike, die zusätzlich als einzige im Sample Sorgeverpflichtung für eine Tochter trägt.

Zeitlich nimmt Meikes Engagement ca. zwei Stunden am Tag ein. Als Kulturbeauftragte hat sie viele Termine und organisatorische Aufgaben. Dazu kommen netzpolitische Aktionen, um die sie sich kümmert, wenn sich sonst niemand findet. Meike liest viel Zeitung und verfolgt Debatten auf Twitter, um zu sehen, wo es Aktions- und Handlungsbedarf gibt. Einen Teil ihrer Arbeit macht sie selbstverständlich nachts, wenn das Kind im Bett ist. Familie und Beruf mit dem Engagement zu koordinieren wird manchmal zur logistischen Großaufgabe, die sie als Freiberuflerin aber managen kann.

Meike gelingt es, Aktivismus, Sorgearbeit und freiberufliche Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Ihr ist bewusst, dass damit viel Arbeit verbunden ist. Ihr Engagement versucht sie auf den Bereich Kulturpolitik zu konzentrieren. Sie verfügt über viele Kontakte in die netzpolitische Szene und positioniert sich zu Themen, macht Netzpolitik aber eigentlich nur „aus Notwehr“ und wenn sich sonst niemand darum kümmert. Meike ist ebenfalls eine derjenigen Aktivist_innen, die ihre eigene Nische gefunden hat. Sie verbindet Kulturpolitik mit ihrem Interesse am Digitalen und findet Anerkennung für ihre Arbeit.

Die Aktivist_innen passen ihr Engagement an ihre Lebensumstände an. Dies führt dazu, dass die jungen, flexiblen Aktivist_innen in Großstädten wie Berlin tendenziell eher dazu in der Lage sind, in den Netzwerken des inneren Kreises zu agieren. Das ist aber keineswegs ein Ziel, nach dem alle streben. Ein Beispiel dafür ist Karin, die auf dem Land lebt. Auch sie setzt sich „vor Ort“ ein, denn sie findet, man kann am besten im eigenen Umfeld Bewusstsein schaffen. Dabei ist es ihr wichtig, Ängste zu nehmen und den Leuten ganz praktisch die Vorteile des Netzes zu zeigen. Über das Internet arbeitet sie auch mit anderen Aktivist_innen zusammen. Da sie gut mit Sprache umgehen kann, schreibt sie zum Beispiel Pressemitteilungen.

Unter den Aktivist_innen sieht sich Karin als eine von vielen. Als guter Zuarbeiter bringt sie sich dort ein, wo ihre Hilfe und ihre Kompetenzen gebraucht werden. Dass diejenigen, die die rote Mütze aufhaben, oft von anderen kritisiert werden, die nicht ‚hier‘ gerufen haben, als die Arbeit zu tun war, macht sie sauer. Sie hat einen großen Respekt für die Leistung von wahnsinnig engagierten Aktivisten, die trotz Familie viel Zeit und Geld in die Netzbewegung stecken oder ihre Gesundheit riskieren, denn sie weiß, dass Aktivismus auch ans Eingemachte gehen kann.

Im Gegensatz zu einigen Aktivist_innen an der Spitze der Bewegung, die Probleme haben, ihr Engagement mit anderen Lebensbereichen zu vereinbaren, hat Karin ihr Leben so eingerichtet, dass Aktivismus problemlos eine große Rolle darin spielen kann.

Politisches Engagement ist eine Konstante in Karins Leben, das sie sich so gestaltet, dass ihr Engagement keine Konflikte mit sich bringt: Karin nimmt sich bewusst Auszeiten für ihre Freunde, die aber auch alle wissen, dass ihr Engagement viel Zeit in Anspruch nimmt.

Es scheint, als falle es jüngeren Aktivist_innen besonders schwer, ihre aktivistischen Interessen mit anderen Lebensbereichen zu vereinen. Ältere Aktivist_innen wie Karin und Andreas verfügen demgegenüber über Strategien, die einen Ausgleich schaffen.

Anhand der vorgestellten Subjektkonstruktionen werden zwei Aspekte deutlich. Erstens unterscheiden sich die Selbstpositionierungen der Aktivist_innen hinsichtlich ihrer Aktivitäten in der Netzbewegung. Die meisten Aktivist_innen vermitteln zwar, eine für sich passende Rolle in der Bewegung gefunden zu haben, in der sie ihre Stärken zur Geltung bringen können. Die Aktivist_innen machen aber unterschiedliche Erfahrungen, wenn sie versuchen, den netzpolitischen Diskurs als Teil der Netzbewegung aktiv zu gestalten, und fühlen sich dabei nicht alle gleichermaßen wirkmächtig. Verschiedene Aspekte wie zum Beispiel der Wohnort, die Themen und Formen, mit denen sich die Aktivist_innen einbringen, aber auch die Frage, wie der eigene Aktivismus mit anderen Lebensbereichen zu vereinbaren ist, sind hier von großer Bedeutung. Einige Aktivist_innen beschreiben zudem die Erfahrung, innerhalb der netzpolitischen Szene marginalisiert zu werden. Hier deutet sich an, dass es unter den Aktivist_innen Differenzen gibt, die nicht immer zu überbrücken sind. Zweitens stellt die zeitliche und kognitiv-emotionale Entgrenzung von Arbeit, Privatleben und politischer Tätigkeit für die meisten Aktivist_innen eine Herausforderung dar. Damit ist zugleich auf ein Kriterium des Ausschlusses verwiesen: Um bei der Netzbewegung mitzumischen, muss man bereit sein, sich auf diese Entgrenzung einzulassen und vor allem über Lebensumstände verfügen, die das auch ermöglichen. Gerade auch die digitalen Kommunikationswege und ihre ständige Verfügbarkeit erfordern es, einen bewussten Umgang mit der Informationsflut zu entwickeln.

6.1.3 Über den Umgang mit Konflikten

Die Auseinandersetzung mit der Netzbewegung ist in den Interviews – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – von Selbstreflexivität gekennzeichnet. Die Aktivist_innen setzen sich kritisch mit der Bewegung und ihren Strategien auseinander und distanzieren sich zum Teil auch von Gruppierungen innerhalb der Bewegung. Das Sprechen über derartige bewegungsinterne Konflikte und Fragmentierungen ist damit selbst ein Bestandteil des bewegungspolitischen Diskurses. In Folgenden werde ich auf die von einigen Interviewten beschriebene Fragmentierung eingehen, die sich anhand von Subjektkonstruktionen nachvollziehen lässt. Dabei wird deutlich, dass Teile der Netzbewegung die Art, wie diese ihre internen Konflikte bearbeitet, stark problematisieren, während andere der Ansicht sind, dass die Bewegung gute Wege gefunden hat, mit Konflikten umzugehen.

Aus mehreren Interviews geht die Diagnose hervor, dass die Netzbewegung fragmentiert sei. Dies hängt immer auch mit dem Interviewzeitpunkt zusammen. Der unmittelbare Eindruck von oftmals hitzig geführten Netzdebatten schlägt sich auf den Gesprächsinhalt nieder. Das Interview mit Meike fand beispielsweise kurz nach der Verabschiedung des Leistungsschutzrechts für Presseverlage im März 2013 statt. Zu diesem Zeitpunkt wurde über das Scheitern der Proteste gegen das Leistungsschutzrecht und die Schwächen der Netzbewegung diskutiert. Mit Bezug darauf beschreibt Meike, dass die Netzbewegung aus ihrer Sicht durch einen falschen Umgang mit persönlichen Konflikten geschwächt werde.

Meike beobachtet in der Netzbewegung viele persönliche Konflikte, die dafür sorgen, dass ganze Gruppen nicht mehr zusammenarbeiten. Das findet sie albern. Insbesondere bei den Piraten und dem CCC steht sie oft zwischen den Stühlen. In der Krisenstimmung, die gerade herrscht, gilt es Gräben zu überwinden und wieder zusammenzuarbeiten.

Wie im vorangehenden Kapitel (5.1.1) bereits gezeigt wurde, besteht die Netzbewegung aus Meikes Sicht ohnehin aus vielen kleinen Bewegungen, die eigene inhaltliche Schwerpunkte verfolgen, aber auch gemeinsame Ziele haben. Zum Zeitpunkt des Interviews sorgen die persönlichen Konflikte zwischen einzelnen Akteuren ihrer Ansicht nach dafür, dass ganze Gruppe nicht mehr zusammenarbeiten. Eine ähnliche Diagnose stellen Nora und Carolin:

Die Debatte um das Urheberrecht ist für Nora ein gutes Beispiel für den Verlauf vieler Netzdebatten: Es werden vor allem polarisierende Schreihälse wahrgenommen. Das führt zu einer Radikalisierung entlang von zwei Lagern. Nora denkt, dass viele Menschen das Thema auch deshalb langweilt.

Aus Carolins Sicht ist die Netzbewegung zu emotionalisiert und idealistisch. Sie muss Einfluss in den Parteien gewinnen, um etwas zu erreichen. Statt zu sehen, dass Netzpolitik bereits in der Gesellschaft angekommen ist, hängt sie immer noch einem „Wir gegen den Rest der Welt“-Denken an. Carolin fordert, dass die Netzbewegung pragmatischer werden muss.

Dies entspricht auch Peters Wahrnehmung des Umgangs mit Konflikten in der Netzbewegung:

Peter nimmt die Netzbewegung als zersplittert wahr. Die Akteure denken, sie ziehen an einem Strang. Tatsächlich wird aber jede Differenz in einem einzelnen Themenbereich zu einer großen Kluft hochgespielt, was dazu führt, dass man nicht mehr miteinander redet. Konkrete gemeinsame Ziele hat die Netzbewegung aus Peters Sicht kaum.

Diese Konfliktdynamik führt laut Peter so weit, dass es kaum noch möglich sei, sich auf konkrete gemeinsame Ziele zu einigen. Mit Carolin ist er sich einig, dass die Netzbewegung aufgrund einer hochidealistischen Herangehensweise vieler Akteur_innen die Chance verschenkt, Bündnispartner_innen zu finden.

Peter grenzt sich von einer Netzbewegung ab, die von Berührungängsten gegenüber dem Staat, Parteien und der Wirtschaft sowie einer gewissen Hybris gekennzeichnet ist. Aus

seiner Sicht muss man mit einflussreichen Multiplikatoren zusammenarbeiten und sich auf gesellschaftliche Akteure zubewegen, die das Netz nicht so gut verstehen, aber politische Erfahrung haben, von der man lernen kann.

Carolin und Peter kritisieren die Netzbewegung dafür, nicht in der Lage zu sein, strategisch mit anderen gesellschaftlichen Akteur_innen wie beispielsweise Gewerkschaften oder auch der Polizei zusammenzuarbeiten. Dies hängt mit dem Phänomen zusammen, das Meike und Nora beschreiben: Die Zuspitzung aller Konflikte sorgt aus ihrer Sicht dafür, dass immer nur Maximalforderungen verhandelt werden. Darüber hinaus kritisieren sie die arrogante Haltung der Netzbewegung gegenüber denjenigen, die das Internet nicht verstehen. Statt sich abzuschotten, müsste sich die Netzbewegung aus der Sicht von Carolin, Nora und Peter verstärkt selbst als Vermittlerin auftreten sowie wahrnehmen, dass Digitalthemen zunehmend in der Gesellschaft ankommen. Solange dies nicht geschehe, bleibe die Netzbewegung weitestgehend handlungsunfähig.

Den pessimistischen Diagnosen von Meike, Nora, Carolin und Peter stehen Sichtweisen gegenüber, die interne Konflikte zwar wahrnehmen, daraus aber keine Handlungsunfähigkeit ableiten. Die unterschiedlichen Interessen einzelner Gruppen spielen beispielsweise aus Karins Perspektive eine wichtige Rolle für die Struktur der Netzbewegung. Sie werden aber durch gemeinsame Forderungen zusammengehalten:

Die Netzbewegung besteht für Karin aus vielen einzelnen Blasen, die umeinanderkreisen und manchmal an einem Strang ziehen. Einig ist man sich in drei Zielen: Freies, möglichst wenig reguliertes Internet, freier Zugang zu Wissen und uneingeschränkte Verbreitung von Meinung. Darüber hinaus verfolgen die einzelnen Gruppen ihre Partikularinteressen. Wirklich problematisch findet Karin keine der Gruppen, auch wenn sie die datenschutzkritische Spackeria fürchterlich unreflektiert findet: Der Schaden kommt von außerhalb der Bewegung, nämlich von der Politik der Union.

Dass die Netzbewegung aus verschiedenen „Blasen“ besteht, ist aus Karins Sicht kein Problem. Das sieht auch Andreas so. Aus seiner Sicht ist es nicht der Kampf gegen politische Gegner_innen, der die Netzbewegung zusammenhält, sondern eine vor allem im Hacker-Umfeld verbreitete soziale Norm, die dafür sorgt, dass die Bewegung sich trotz unterschiedlicher Ansichten nicht spaltet: „Wer macht, hat Recht.“

Andreas nimmt in der Bewegung spannende Kontroversen wahr, sieht sie aber nicht als gespalten. Er hat manchmal andere Ansichten zu bestimmten Vorgehensweisen, ist jedoch der Meinung, ‚wer macht, hat Recht‘: Man kann sich einbringen, wenn etwas schief läuft, und wenn man das nicht tut, soll man die Fresse halten.

Auch Carsten verweist auf das Credo „Wer macht, hat Recht“.¹⁷⁶ Ihm ist es wichtig, das in den Medien gezeichnete Bild der Netzbewegung als gelebter

176 Der Ursprung von „Wer macht, hat Recht“ im CCC ist unbekannt. Es lassen sich Verbindungen zum „hands-on-approach“ der Hackerethik ziehen (Levy 2010: 28), wonach eben-

Basisdemokratie zu korrigieren. Die Netzbewegung sei vor allem von aktiven Einzelpersonen geprägt. Während Aktivist_innen wie Peter und Carsten ihre Handlungslegitimation auf die Norm „Wer macht, hat Recht“ beziehen, erkennt ein anderer Teil dies nicht an bzw. sieht darin keinen geeigneten Modus für die Konfliktbearbeitung.

Zusammengefasst zeigt sich, dass sich viele Aktivist_innen mit der Zersplitterung der Bewegung und der Polarisierung von Debatten beschäftigen. Die Befragten setzen sich allerdings kaum mit inhaltlichen oder personenbezogenen Konflikten auseinander, sondern reflektieren die medialen Settings der „Netzdebatten“.¹⁷⁷ Die Aktivist_innen beschäftigen sich insofern wiederum mit der netzpolitischen Frage nach den Auswirkungen digitaler Öffentlichkeiten auf politische Diskussionen. Während Plattformen wie Twitter für viele Aktivist_innen ein gerne genutztes Tool für Austausch und Vernetzung sind, scheinen sich hier die Schattenseiten dieser hochgradig affektgeladenen Kommunikationsform zu zeigen.¹⁷⁸

6.1.4 *Privilegien: Die Netzbewegung als Elite?*

Der Verweis auf Privilegien ist ein Element des netzpolitischen Diskurses, das im empirischen Material regelmäßig zu Tage tritt. Die Befragten setzen sich mit der soziostrukturellen und soziokulturellen Zusammensetzung der Netzbewegung auseinander und verbinden ihre Selbstpositionierungen mit einer Kritik der diskursiven Strategien und Ausschlüsse der Netzbewegung. Die Subjektkonstruktionen, die sich mit Privilegien bzw. Privilegiertsein auseinandersetzen, sind meiner Ansicht nach die interessanteste Spur in Richtung einer intersektionalen Analyse von Differenzen des Hegemonieprojektes. Die Darstellung dieses diskursiven Phänomens beginne ich mit einer Subjektkonstruktion von Nora:

falls das ‚Machen‘ im Vordergrund steht. CCC-Mitglied Tim Pritlove formuliert in einem Podcast: ‚Im Club gibt’s so ein heiliges Gesetz: ‚Wer macht, hat Recht‘, so, und Leute, die nur labern, haben eigentlich nix zu sagen. Also sie haben viel zu sagen, aber es hat keine Bedeutung, weil sie labern halt nur. Und wenn du Dinge tun willst, dann musst du sie halt einfach tun“ (Autenrieth/Pritlove, 2012). „Wer macht, hat Recht“ wird auch als Organisationsprinzip in selbstverwalteten Hackerspaces angewandt (vgl. Entropia o. J.).

177 Eine Ausnahme besteht in den differierten Bewertungen der Rolle der Piratenpartei in der Netzbewegung, die im Rahmen dieser Arbeit nicht näher ausgeführt wird (vgl. Fußnote 135). Ein roter Faden, der sich durch die Interviews mit Nicht-Pirat_innen zieht, ist die Ansicht, dass die Piratenpartei ein Projekt aus der Netzbewegung ist, das an sich selbst scheitert.

178 Dieser Aspekt kann in dieser Arbeit aufgrund des methodischen Zugangs nicht vertieft werden; nötig wäre dazu eine Triangulation mit einer Analyse von netzpolitischen Twitterdebatten (vgl. Kapitel 8.).

Die Netzbewegung besteht aus Noras Sicht aus technikaffinen Menschen, die größtenteils männlich, etwas links von der Mitte, bürgerlich und privilegiert sind. Sie fordert, dass die Netzbewegung ihren sexistischen und ausgrenzenden Nerd-Pride ablegen muss, um die Bewegung zu öffnen. Gleichzeitig fühlt sie sich in dieser Szene wohl, die entspannter ist als andere politische Milieus.

Diese Beschreibung der Netzbewegung ist sehr typisch: Nora setzt die Elemente „größtenteils männlich“, „etwas links von der Mitte“ und „bürgerlich“ und „privilegiert“ in Bezug auf die Netzbewegung äquivalent. Den Überhang männlicher Aktivisten begründet sie damit, dass Mitglieder der Netzbewegung in der Regel „technikaffine Menschen“ sind. Auf ähnliche Weise beschreibt Peter die Zusammensetzung der Netzbewegung:

Die Netzbewegung ist aus Peters Sicht männlich geprägt und besteht hauptsächlich aus Menschen, die über zeitliche und materielle Ressourcen verfügen. Sie hat ihre Gründungsmythen noch nicht ausreichend reflektiert, zu denen das Selbstbild gehört, eine Elite zu sein, die eine Spielwiese hat, auf der sie in Ruhe gelassen werden will.

Beide Aktivist_innen beschreiben, dass der Zugang zu den Räumen netzpolitischer Auseinandersetzungen – seien es digitale Öffentlichkeiten oder Veranstaltungen – davon abhängt, Zugang zu Ressourcen in Form von Geld, Zeit und Mobilität zu haben. Carolin, deren Analyse mit Noras übereinstimmt, spricht einen weiteren Punkt an: In der Netzbewegung gehöre es zum guten Ton, sich schon früh mit Computern und dem Internet auseinandergesetzt zu haben. Wenn Netzaktivist_innen von ihrem ersten Computer erzählen, gehe es typischerweise um ein frühes Modell und nicht um günstige PCs, die sich zu einem späteren Zeitpunkt auch Haushalte mit geringem Einkommen leisten konnten. Auf diese Weise werde Netzpolitik als ein „sehr spezielles Elitenthema“ gerahmt. Die Netzbewegung sei zudem überdurchschnittlich gut gebildet. Deshalb habe sie Probleme, ihre Anliegen anderen gegenüber zu vermitteln. Carolin sieht die Netzbewegung derzeit im eigenen Saft schmoren und fordert, dass sie sich gegenüber Frauen und Migrant_innen öffnen und internationaler ausrichten solle. Die hier angedeutete Kategorie Weißsein – mit Migrant_innen sind im Alltagsdiskurs in der Regel rassialisierte Personen gemeint – wird von Carsten expliziert:

Für Carsten besteht die Netzbewegung vornehmlich aus weißen Männern zwischen 20 und 40, die gebildet und privilegiert sind und früh Zugang zu Computern und Internet hatten. Sie sind tendenziell wohlfühl-linksliberal, keine Unionsanhänger, aber auch keine Revoluzzer, sondern Anhänger von Rechtsstaat, dem habermasschen Diskurs und von cyberlibertären Utopien der 90er. Von dieser politischen Ausrichtung grenzt er sich ab.

In seiner Beschreibung der Zusammensetzung der Netzbewegung werden die Elemente „weiß“, „Männer“, „zwischen 20 und 40“, „gebildet“, „früh Zugang zu Computern und Internet“ und „privilegiert“ in einer Bedeutungskette artikuliert. Carsten verbindet diese soziostrukturelle Beschreibung mit den politischen Attributen „wohlfühl-linksliberal“, „Anhänger von Rechtsstaat“,

„Anhänger des habermasschen Diskurses“ und „Anhänger von cyberlibertären Utopien“, also mit einer Kette von Elementen, die eine ideologische Haltung signifiziert, die nach Carsten den Mainstream der Netzbewegung repräsentiert. Als weißer Mann zwischen 20 und 40, der über einen Hochschulabschluss verfügt und früh Zugang zu Computern und Internet hatte, ist er Teil dieser Gruppe. Durch seine Verortung als „links“ grenzt er sich allerdings von diesem Bewegungsmainstream ab.

Nora, Peter, Carolin und Carsten beschreiben die Netzbewegung alle als eine männlich dominierte Gruppe, die sich aus Menschen zusammensetzt, die über materielles und symbolisches Kapital verfügen. Wenn sie ein Bild der Netzbewegung als Gruppe von Menschen zeichnen, die im Vergleich zu anderen „privilegiert“ sind, artikulieren sie eine Differenz zwischen der Netzbewegung und weniger privilegierten gesellschaftlichen Positionen, die nicht in der Netzbewegung aktiv sind. Aus den dargestellten Subjektkonstruktionen geht hervor, dass die Aktivist_innen mit dieser Verortung als „privilegiert“ jeweils auch eine Problematisierung vornehmen. Diese bezieht sich auf Elitismus, Ausgrenzungen und die Vorherrschaft liberaler politischer Einstellungen in der Bewegung. Anhand einer Subjektkonstruktion von Hanna zeigt sich, dass diese Auseinandersetzung mit Privilegien auch eine Praxis der Selbstverortung ist.

Hanna schwankt zwischen Wohlfühlen in der elitären Netzbewegung, die sich ihrer privilegierten Situation bewusst ist, und dem Problem, sich für Andere mit Migrationshintergrund oder für finanziell Schwache nicht verständlich machen zu können. Sie sieht Veränderungsmöglichkeiten, wenn Leuten Wohnung, Essen, Krankenversicherung und Internetanschluss zur Verfügung gestellt werden, wofür sie eintritt und was sie mit Plattformneutralität angeht.

Für Hanna ist die Netzbewegung die derzeitige gesellschaftliche Avantgarde. Sie bestehe aus Leuten, die „hochintelligent“, „tüchtig“ und „gut situiert“ sind, und die in einigen Jahren zentrale gesellschaftliche Positionen einnehmen werden. Sie fühlt sich wohl in diesem Umfeld, weil sie sich selbst als Teil dieser Avantgarde sieht. Gleichzeitig problematisiert sie den Elitismus der Netzbewegung: „Aber es sind auch total viele Leute ausgeschlossen. Das ist halt diese Frage nach Teilhabe“. Im Gegensatz zur „FDP-Elite“ verfügt die Netzbewegung aus Hannas Sicht aber über ein Bewusstsein, was ihre privilegierte Stellung angeht. Hanna verbindet mit der privilegierten Situierung der Netzbewegung ein Kommunikationsproblem: Es gelinge aufgrund des Elitismus nicht, anderen die Relevanz von Netzpolitik zu vermitteln. Dies sieht auch Carolin so. Am Beispiel Netzneutralität verdeutlicht sie, dass sich die Netzbewegung aufgrund ihrer Selbstkonstruktion als Elite die Chance nehme, das Thema breit gesellschaftlich zu verankern. Schließlich gehe es dabei unmittelbar um Gerechtigkeit und die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit, was aus Carolins Sicht heißt, dass das Thema vielen Menschen eigentlich gut zu vermitteln wäre.

Die aus den Subjektkonstruktionen hervorgehende Problematisierung, die Netzbewegung setze sich vornehmlich aus privilegierten Personen zusammen, ist eine doppelte: Zum einen geht es um das Verhältnis der Netzbewegung zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld, und damit um die Auswirkungen, die ihre spezifische Verortung in Hinblick auf ihr Mobilisierungspotential hat. Zum anderen geht es um die Zusammensetzung der Netzbewegung und die Effekte, die Ungleichheitsverhältnisse innerhalb der Bewegung mit sich bringen.

6.2 Zusammenschau relevanter Differenzen

Was lässt sich aus den hier dargestellten Subjektkonstruktionen nun über die Differenzen, die für die Artikulation von Subjektpositionen der Netzbewegung von Bedeutung sind, aussagen? Die in 6.1.1 dargestellten Selbstpositionierungen der Aktivist_innen zu der Frage, was für die Entwicklung ihrer politischen Haltung und ihres Engagements im Kontext der Netzbewegung wichtig war, ergeben ein vielfältiges Bild. Gemeinsamkeiten liegen darin, dass die Aktivist_innen sich für Technologie interessieren und in der Regel schon früh einen starken Alltagsbezug zum Internet sowie bereits in jungen Jahren ein Interesse an Politik entwickelt haben. Es zeigen sich aber auch Unterschiede, beispielsweise in Bezug auf den Einfluss, den unterschiedliche familiäre Herkunft, und damit Klasse, auf die Entwicklung des politischen Engagements haben. Ein Teil der Aktivist_innen hat sich in politischen Parteien engagiert, wo sie oftmals jedoch desillusionierende Erfahrungen gemacht haben. Für einen anderen Teil der Aktivist_innen ist die Hacker- und Nerd-Szene der wichtigste Bezugspunkt für die Entwicklung ihres politischen Engagements, und hier vor allem der CCC. Diese Ergebnisse decken sich mit dem, was Hensel, Klecha und Schmitz (2013: 274) als typische Merkmale und Zugänge des netzpolitischen Protestes ermittelt haben.

In Abschnitt 6.1.2 habe ich mich damit beschäftigt, wie die Aktivist_innen ihre Rolle und Wirkmächtigkeit in der Netzbewegung beschreiben und inwiefern Entgrenzung dabei für sie eine Rolle spielt. Die meisten Aktivist_innen bringen zum Ausdruck, dass sie eine zu ihrem Leben und ihren Interessen passende Rolle für sich in der Bewegung gefunden haben. Die Bandbreite reicht dabei von denjenigen, die sich selbst keine Wirkmacht zuschreiben bzw. in Nischen aktiv sind, über Aktivist_innen, die sich als Netzwerker_innen im Hintergrund verstehen, bis hin zu denjenigen, die sich im Zentrum der Bewegung positionieren. Letztere gehören, in den Worten eines Interviewpartners, zu den „üblichen Verdächtigen“, die häufig in größere Aktionen involviert sind. Anhand dieser Subjektkonstruktionen ist deutlich geworden, dass die Aktivist_innen bei ihrem Versuch, eigene Themen einzu-

bringen und aktiv zu werden, unterschiedliche Erfahrungen machen. Einigen gelingt das problemlos, andere haben den Eindruck, zwar nicht grundsätzlich, aber in bestimmten Zusammenhängen mit Ausschlüssen konfrontiert zu sein. Klare Muster in Bezug auf die soziale Positionierung einzelner Aktivist_innen und die Ausschlusserfahrungen, die sie machen, lassen sich in Anbetracht der Fallzahl nicht erkennen.¹⁷⁹ Deutlich wird aber, dass Aspekte wie der Wohnort sowie vor allem die durch Studium, Erwerbs- und Reproduktionsarbeit bedingten zeitlichen Ressourcen relevante Differenzkriterien sind. Gerade bei Aktivist_innen im Zentrum der Bewegung lässt es die Erwerbsarbeit in der Regel zu, sich intensiv dem Aktivismus zu widmen. Mit Konflikten zwischen Aktivismus mit anderen Lebensbereichen sind aber fast alle Aktivist_innen konfrontiert. Viele kennen das Gefühl, überfordert zu sein, oder haben miterlebt, wie andere durch den Aktivismus ausgebrannt sind. Dies lässt sich an die Subjektform des vernetzten Individuums anschließen (vgl. 5.3.2). Die Aktivist_innen sind fast alle in verschiedenen sozialen Netzwerken und auf Mailinglisten aktiv, betreiben Blogs und arbeiten zusammen mit anderen an netzbasierten Projekten, festen Gruppen und Ad-hoc-Initiativen. Auch die parteipolitisch Aktiven beschränken sich nicht auf die festen Strukturen, die sie dort vorfinden. Selbstorganisation ist oberstes Gebot, nicht zuletzt bei den Piraten. Insgesamt ist der Aktivismus in der Netzbewegung hochgradig vernetzt, und durch die mobilen, digitalen Kommunikationsmittel, die die Aktivist_innen nutzen, entsteht eine „continuous presence and pervasive awareness of others in the network“ (Raine/Wellman 2012: 12). Netzpolitik und die Bewegung können sich jederzeit per Smartphone-Nachricht ins Bewusstsein bringen. Dies bietet vielfältige Möglichkeiten, sich einzubringen – auch für Menschen, die nicht vor Ort mit anderen Aktivist_innen in Kontakt sind oder die wenig Zeit haben. Zugleich ist diese Form des Aktivismus allerdings sehr voraussetzungsreich.

Die negativen Seiten dessen werden anhand der Selbstpositionierungen zur Konfliktkultur in der Netzbewegung deutlich (vgl. 6.1.3). Viele Interviewpartner_innen charakterisieren die Netzbewegung als konfliktbeladen und kritisieren eine Zersplitterung und Polarisierung von Debatten, die in den medialen Settings der Netzbewegung zu emotional geführt würden. Die Aktivist_innen kreiden der Bewegung außerdem eine zu starke Abgrenzung gegenüber anderen an – eine „Wir gegen den Rest der Welt“-Haltung, die für die Ziele der Netzbewegung kontraproduktiv sei. Ein Teil der Befragten teilt diese Diagnose jedoch nicht. Aus ihrer Sicht gibt es in der Netzbewegung als „eingeschworener Internetgemeinde“ (Daniel) lediglich inhaltliche Kontro-

179 In der Zusammenschau der Subjektkonstruktionen zur Wirkmächtigkeit mag zwar der Eindruck entstehen, dass Frauen weniger wirkmächtig sind, oder ihren Einfluss geringer einschätzen. In Anbetracht des Überhangs von Männern in der Netzbewegung und der Tatsache, dass ich keine der wenigen, aber durchaus vorhandenen, sehr prominenten Aktivistinnen interviewt habe, relativiert sich dieses Bild jedoch.

versen. Sie gehen aber davon aus, dass der Bezug auf einen gemeinsamen Gegner die Bewegung zusammenhält, und dass sich letztlich jeweils diejenigen durchsetzen, die das Heft in die Hand nehmen.¹⁸⁰ Zugleich beschreiben sie die Netzbewegung als offen: „wenn jemand irgendwo Interesse hat und rankommt, wird er eigentlich mit offenen Armen aufgenommen“ (Andreas). Es sind vor allem Aktivist_innen, die sich selbst im Zentrum der Bewegung verorten, die diese Position einnehmen. Dies verstärkt den Eindruck, dass es in der Netzbewegung Ausschlussmechanismen gibt, die regulieren, wie sich Aktivist_innen einbringen.

Wie deutlich wurde, positionieren sich die Aktivist_innen mit Bezug auf den Begriff der Privilegien zu der Frage, aus welchen Menschen sich die Netzbewegung mehrheitlich zusammensetzt (vgl. 6.1.4). Diese Subjektkonstruktionen sind für die hier aufgeworfene Fragestellung besonders interessant. Die Aktivist_innen konstruieren das Bild einer Bewegung, in der vor allem männliche, weiße, bildungsbürgerliche, technikinteressierte Menschen aktiv sind. Dieser Befund wird von den Aktivist_innen problematisiert. Dabei geht es um die fehlende Diversität der Netzbewegung, aber auch um das Verhältnis der Netzbewegung zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld: Was heißt es für die gesellschaftliche Bedeutung einer Bewegung, wenn sie wesentliche Teile der Gesellschaft anscheinend nicht repräsentiert? Im Folgenden greife ich im Hinblick auf soziale Differenz verschiedene Gesichtspunkte auf, die Einblicke in die Konstruktion widerstreitender Subjektpositionen in der Netzbewegung geben, und betrachte das Verhältnis solcher partikularer Subjektpositionen zur zentralen Subjektposition der Avantgarde vernetzter Individuen.

6.3 Soziale Ungleichheit und die digitale Kultur der privilegierten Avantgarde

Die Netzbewegung artikuliert – dies sei hier kurz rekapituliert – eine Äquivalenzkette von Forderungen, die durch den leeren Signifikanten ‚freies Internet‘ repräsentiert wird und auf der Abgrenzung zu ihrem antagonistischen Gegenüber, der Regulierung und Kontrolle des Internets, basiert. Teil dieser Äquivalenzkette ist auch die politische Avantgarde vernetzter Individuen, die ich als zentrale Subjektposition des Hegemonieprojektes identifiziert habe.

180 Das meritokratische Prinzip, das der Satz „Wer macht, hat recht“ kommuniziert, wird von Stalder (2013: 32) als wichtiges Element einer an Commons orientierten Internetkultur angesehen. Der Blogger Tante kritisiert das meritokratische Prinzip in der Netzbewegung. Er formuliert die These, dass Machtverhältnisse dadurch im Nachhinein legitimiert werden (Tante 2013).

Die in diesem Kapitel dargestellten Subjektkonstruktionen zeichnen ein vielfältigeres Bild der Subjektpositionen in der Netzbewegung. Diese Positionen sind zwar in Bezug auf den leeren Signifikanten äquivalent – sie verteidigen das ‚freie Internet‘ als Teil der Avantgarde vernetzter Individuen –, ihre Differenzen schreiben sich aber in den Diskurs der Netzbewegung ein. Darüber hinaus wird das einfache Freund-Feind-Schema, das die Betrachtung von Äquivalenzkette und Antagonismus nahelegt, aber auch durchbrochen, indem Elemente der sozialen Heterogenität zu Subjektpositionen des Diskurses werden. Dies werde ich im Folgenden anhand verschiedener Problematisierungen von sozialen Differenzen im politischen Diskurs der Netzbewegung zeigen. Ausgangspunkte meiner Argumentation sind Artikulationen, die sich entlang von Privilegien, also von Prozessen und Effekten einer strukturell dominanten sozialen Positionierung (Walgenbach 2010: 271), und der Thematisierung eigener Positionierungen in Bezug auf soziale Ungleichheitsverhältnisse entspannen. Dazu beziehe ich empirische Studien, theoretische Argumente sowie netz- und populärkulturelle Diskurse in die Diskussion des empirischen Materials ein. In Abschnitt 6.3.1 untersuche ich die Konstruktion von digitalen Außenseiter_innen, die aufgrund sozialer Ungleichheitsverhältnisse vermeintlich keinen Zugang zu digitaler Kultur und Netzpolitik haben. Daran anschließend beschäftige ich mich mit der Artikulation von ungleichheitsbedingten Differenzen innerhalb der protagonistischen Äquivalenzkette exemplarisch anhand der Subjektposition des Nerds (6.3.2) und der (De-)Thematisierung von Sexismus und Rassismus (6.3.3). Abschließend (6.4) ordne ich die Ergebnisse theoretisch ein.

6.3.1 „... Beschäftigung mit dem, was privilegierte Menschen tun können“: Soziale Ungleichheit und die Subjektposition der Nicht-Digitalen

Als Avantgarde vernetzter Individuen verfolgt die Netzbewegung das Ziel, die Gesellschaft auf eine Weise zu gestalten, die dem Geist des Internets und ihrer eigenen Subjektivität entspricht. Damit steht die Überwindung von sozialer Ungleichheit nicht im Zentrum ihres politischen Projektes. Die Subjektkonstruktionen weisen jedoch darauf hin, dass soziale Ungleichheit für den politischen Diskurs der Netzbewegung trotzdem von Bedeutung ist – und zwar wenn es um das Verhältnis der Bewegung zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld geht: Man nimmt sich selbst als privilegierte soziale Gruppe in einer von Ungleichheit geprägten Gesellschaft wahr. Dies bringt Aktivistin Hanna im Interview auf den Punkt, wenn sie erklärt, warum sie das politische Engagement der Netzbewegten als Reaktion auf einen „Angriff“ auf das Internet deutet:

„Wir sind ja ein bisschen Explorer. [...] Und diese Entdecker sind natürlich oftmals auch so in der Gesellschaft relativ erfolgreich. [...] Ich mein gerade im IT-Bereich verdienst du lächerlich viel Geld mit wirklich zum Teil lächerlich wenig Arbeit, ja? [...] Das heißt grundsätzlich ist da eigentlich gar kein politisches Engagement notwendig gewesen, weil die in einer sehr saturierten und in einer sehr sicheren Umgebung eigentlich agieren, die Menschen die das Internet so intensiv nutzen. Und das weiß man ja auch aus anderen Studien, dass zum Beispiel Menschen die nicht so viel Einkommen haben und so weiter auch ewig lang keinen Computer hatten und so. Da gibt's ja auch, diese soziale Spaltung im Internet und so. Von daher glaub ich, dass dieser gemeinsame Erfahrungshorizont und dieses Bewusstsein, dass es wirklich was Tolles ist, erst durch den Angriff von außen zu einer Bewegung wurde.“

Aus Hannas Sicht könnten die „Entdecker“ der digitalen Welt satt und zufrieden sein, würden nicht die netzpolitischen Vorhaben der Regierung ihr „zu Hause“ bedrohen. Sie handeln nicht aus einer gesellschaftlich prekären Position heraus. Vielmehr sieht Hanna eine bedeutsame Differenz zwischen den Netzbewegten, denen sie einen gemeinsamen Erfahrungshorizont zuschreibt, und prekarierten Menschen, die erst später oder gar keinen Zugang zur digitalen Kultur gefunden haben. Dieser Differenz zwischen der Netzbeziehung und der Subjektposition der digitalen Außenseiter_innen werde ich im Folgenden nachgehen, in dem ich zunächst die strukturellen Faktoren betrachte, die sie hervorbringen, um im Anschluss zu erörtern, warum diese Differenz von Aktivist_innen wie Hanna als relevant gesetzt wird.

Der Zugang zum Internet und den damit verbundenen Teilhabemöglichkeiten ist durch verschiedene Formen von sozialer Ungleichheit geprägt. Vor allem ärmere Haushalte sind mit finanziellen Hürden konfrontiert. Die Kosten für einen Internetanschluss werden im ALG-2-Regelsatz im Rahmen des Bedarfs für Nachrichtenübermittlung mit derzeit 35,67 € berücksichtigt, die Kosten für einen gegebenenfalls neu anzuschaffenden Computer oder ein Smartphone werden dagegen nicht gedeckt (vgl. Englert 2010, vgl. auch Carstensen/Derboven/Winker 2012).¹⁸¹ Öffentlich zugängliche Computer, beispielsweise in Bibliotheken, stellen eine Einschränkung der Nutzungsaunomie dar, die Winker (2004) als Voraussetzung für die selbstbestimmte Nutzung von Medieninhalten ausmacht. Smartphones und Tablets, die in der Regel günstiger als PCs sind, können eine alternative Möglichkeit bieten, Nutzungsautonomie zu realisieren, da sie einen verhältnismäßig kostengünstigen und vor allem flexiblen Zugang ermöglichen. Für den Migrationsforscher Vassilis Tsianos sind beispielsweise flüchtende Menschen, für die Smartphones heute wichtige Werkzeuge sind, „digitale Vorreiter“ (Köver/Tsianos 2015).

Repräsentative Umfragen zeigen, dass die Internetnutzung in Deutschland von miteinander verwobenen Ungleichheitsverhältnissen geprägt ist. Der

181 Der Bedarfspunkt Nachrichtenübermittlung umfasst auch Kosten für Telefon, Fax und Briefporto.

D-21 Digital Index 2015 ermittelt, dass 78 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung über 14 Jahren das Internet nutzt; 60 Prozent verfügen über Breitbandanschlüsse (Initiative D21/TNS Infratest 2015: 13). Der Digitalisierungsgrad, eine Messgröße, die Einzelinformationen aus den Bereichen Zugang, Nutzungsvielfalt, Kompetenz und Offenheit umfasst, wird mit 51,6 Prozent beziffert (ebd.: 10). Hier zeigen sich gravierende Unterschiede in Bezug auf Geschlecht: Der Digitalisierungsgrad liegt für Personen männlichen Geschlechtes bei 56,9 Prozent und bei Personen weiblichen Geschlechtes bei 46,5 Prozent (ebd.: 30). Besonders große Differenzen sind zwischen den Generationen zu verzeichnen (ebd.: 27). Im Rahmen der ARD/ZDF-Onlinestudie wurde festgestellt, dass Frauen ab 60 den Kern der „Offliner“ bilden (Gerhards/Mende 2009). Bei den Jüngeren hat sich der Gender-Gap in der Internetnutzung mittlerweile geschlossen. Neben Geschlecht und Alter sind auch Bildung, Einkommen, Berufstätigkeit und die Größe des Wohnorts Faktoren, die mit der Onlinenutzung in Zusammenhang stehen. Nur 51,7 Prozent der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von unter 1000 € im Monat nutzen einen Breitbandinternetzugang im Vergleich zu 94,3 Prozent der Haushalte mit einem Einkommen über 3000 € pro Monat (Initiative D21/TNS Infratest 2015: 59). Angesichts von sinkenden Werten bei den niedrigen Haushaltseinkommen wächst diese Kluft im Verlauf der letzten Jahre (ebd.). Die Zahlen zeigen deutlich, dass finanzielle Ressourcen, und damit Klasse, einen Einfluss auf den Zugang zu digitaler Kultur haben. Der (N)Onliner-Atlas 2008 untersucht die Internetnutzung von Menschen mit Migrationserfahrung. Die Ergebnisse verweisen auf die Bedeutung kategorialer Verschränkungen: Einen besonders hohen Onliner-Anteil haben mit 81,3 Prozent Männer, deren Eltern Migrationserfahrung haben. Dagegen stellen ältere Frauen, die selbst migriert sind, mit 23,8 Prozent die Gruppe mit dem geringsten Onliner-Anteil (Worbs 2010). Eine nach Behinderungsarten differenzierende Studie zur Nutzung von Web 2.0 Anwendungen durch behinderte Menschen legte die Aktion Mensch (2010) vor. Die Studie stellt fest, dass Menschen mit Behinderung das Internet öfter als Menschen ohne Behinderung nutzen, verweist zugleich aber auf die Notwendigkeit, Barrieren im Internet abzubauen.

Neben konkreten finanziellen Hürden spielt soziale Ungleichheit vor allem hinsichtlich des „internetspezifischen kulturellen Kapitals“ (Jacob/Thomas 2014: 37) eine Rolle. Die Teilhabe an der digitalen Welt ist voraussetzungsvoll. Sie erfordert Kenntnisse der Kommunikationsspielregeln im Netz, Kompetenz im Umgang mit Informations- und Datenmengen und technisches Wissen (ebd.). Dies sind Aspekte einer umfassenden Medienbildung, die für die Art und Weise, wie sich Menschen das Internet aneignen, entscheidend ist. Die Aktivist_innen der Netzbewegung verfügen allesamt über überdurchschnittlich hohe Kompetenzen in diesem Bereich. Sie unterscheiden sich hierin von den „vorsichtigen Pragmatikern“, „häuslichen Gele-

genheitsnutzern“ und „außenstehenden Skeptikern“, die rund zwei Drittel der Internetnutzer_innen in Deutschland ausmachen (Initiative D21/TNS Infratest: 48ff.).

Die Datenlage zeigt, dass die digitale Spaltung in Deutschland nach wie vor mit sozialen Ungleichheitsverhältnissen im Zusammenhang steht. Zugleich übersetzt sich die digitale Spaltung nicht eins zu eins in gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, wie das Beispiel der migrantischen digitalen Vorreiter_innen zeigt. Gesellschaftlich marginalisiert zu werden heißt eben nicht immer, auch vom digitalen Leben ausgeschlossen zu sein. In den Interviews mit Aktivist_innen der Netzbewegung sprechen nur zwei Aktivist_innen explizit den Zusammenhang von Ungleichheit und digitalem Abschluss an.¹⁸² Eine dieser Aktivist_innen benennt die digitale Spaltung als Leerstelle im Mainstream des netzpolitischen Diskurses. Sie entwirft folgendes Bild der Netzbewegung:

„Und ansonsten ist mir das Thema digitale Spaltung wichtig. [...] Ich finde, dass das total oft vernachlässigt und vergessen wird. Also wenn ich mir jetzt letzte Woche die Republica angucke, da gibt's irgendwie kaum etwas zu dem Themenbereich. Die so genannte Netzgemeinde beschäftigt sich halt gerne mit sich selbst, [...] auch auf einem sehr technokratischen Level und sehr detailliert und hoch emotionalisiert [...] Aber die ganz grundsätzlichen Sachen, dass die ganzen Hartz-IV-Kinder voll die Nachteile in der Schule und für ihre ganze weitere Bildung haben, weil sie keinen ordentlichen Internetzugang haben, weil sie es sich nicht leisten können, das wird irgendwie vergessen.“

Sie kritisiert die Selbstbezüglichkeit der Netzgemeinde, die dazu führe, dass Themen, die die Aktivist_innen selbst nicht betreffen, nicht aufgegriffen werden. Ohne das Stichwort digitale Spaltung aufzuführen, teilen diese Sicht auch andere Interviewpartner_innen. So weist Nora mit der Frage „wer kann sich denn ein Smartphone leisten, um bei den Diskussionen über irgendwelche Apps teilzunehmen?“ darauf hin, dass die Netzbewegung einen bestimmten Erfahrungsschatz teilt, der nicht allen zugänglich ist. Und aus einer anderen Perspektive bemerkt Meike, dass die urbane Netzbewegung die Probleme in ländlichen Regionen nicht zum Thema mache. Während sich die Aktivist_innen mit dem Erhalt von Freiräumen im Internet beschäftigen, gehe es in ihrer Region darum, erst einmal Leute ins Internet zu bringen, die „überhaupt nicht in der Lage sind, an diesen ganzen Prozessen teilzuhaben.“ Nora fasst zusammen: „Netzpolitik [ist] meistens Beschäftigung mit dem, was privilegierte Menschen tun können.“ Dazu gehört, sich online sowie auf Sze-neveranstaltungen intensiv an netzbasierten Debatten zu beteiligen.

In den Interviews spiegelt sich wieder, dass Berlin das Zentrum der Netzpolitik und des netzpolitischen Aktivismus ist. Parteien, politische Stif-

182 Dies hat allerdings auch methodische Gründe: Im Gegensatz zu Urheberrecht, Zensur, Datenschutz und Netzneutralität wurde es von mir nicht gesetzt (vgl. 4.2.3).

tungen, aber auch die meisten relevanten netzpolitischen und -kulturellen Organisationen, von der Digitalen Gesellschaft über die Open Knowledge Foundation bis zu Wikimedia, haben ihren Sitz in Berlin. Entsprechend finden dort viele Veranstaltungen statt, die zahlreiche Gelegenheiten für informelle Begegnungen bieten. Die zeitlichen und finanziellen Ressourcen, die nötig wären, um zu Treffen und Veranstaltungen jeweils anzureisen, sprengen in der Regel das Budget von Menschen außerhalb Berlins. Dies wird in den Interviews aufgegriffen. Nora, die in Berlin lebt, kann den Vorwurf, die Netzbewegung sei ein „Berliner Geklügel“, nachvollziehen. Vor Ort gehen die Kontakte über die politische Zusammenarbeit hinaus: „Wir gehen ja einerseits zur Demo, weil uns das wichtig ist, aber andererseits auch, weil wir da alle unsere Freunde treffen.“ Peter, der nicht in Berlin lebt, beschreibt dieses als Ausschlussmechanismus:

„Ich witzle gerne drüber: Ja und nächste Woche treffen wa’ uns alle in Berlin, um über dezentrale Strukturen zu sprechen (lacht) [...] Was nicht in Berlin lebt und stattfindet, ist halt ausgeschlossen vom Diskurs an vielen Stellen.“

Die Lokalität der Aktivist_innen beeinflusst ihre Möglichkeit, sich auch offline mit anderen zu vernetzen, und wirkt sich auf die Art der politischen Arbeit, Themensetzung und die Wahl der Bündnispartner_innen aus. Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt zu sehen war, bemerken Aktivist_innen, die in ländlich geprägten Regionen leben, dass Anliegen wie der Ausbau der Breitbandversorgung von den urbanen Netzaktivist_innen oft vergessen werden. Es kann also durchaus davon gesprochen werden, dass sich auch in der Netzbewegung das politische Zentrum-Peripherie-Verhältnis in Deutschland reproduziert (vgl. Wendelin/Löblich 2013: 69). Digitalen Medien sorgen hier zwar für einen Ausgleich, schließlich ermöglichen sie es, auch über Distanzen mit anderen zusammenzuarbeiten und soziale Kontakte zu pflegen. Sie ersetzen das gelegentliche Treffen vor Ort allerdings nicht.

Dies ist einer der Gründe, warum mehrtägige Events wie die Re:publica oder der Chaos Communication Congress für die Netzbewegung von großer Bedeutung sind (vgl. Kapitel 2.3.2). Als translokale soziale Gruppe nutzen Aktivist_innen, wie auch Akademiker_innen oder andere Professionsgruppen, Konferenzen als Ort der physischen Begegnung „where they are able to celebrate and appreciate their social world“ (Coleman 2010: 54). Die Anthropologin Gabriella Coleman, die sich eingehend mit dem Phänomen der Hacker-Konferenz beschäftigt hat, geht davon aus, dass diese Form der Begegnung für die Aufrechterhaltung und Erweiterung von medial vermittelten Diskursen von zentraler Bedeutung ist:

„Perhaps the circulation of discourse can captivate so strongly and across time and space because of the rare but socially profound and ritualistic occasions, such as conferences, when members of some publics meet and interact, putting their bodies in

constant motion with each other, as they discuss the events, topics, and values most important to them.“ (Ebd.: 66)

Aktivist_in Nora formuliert im Interview die Frage „Wer kann sich denn eigentlich das Re:publica-Ticket leisten?“ Sie geht von einem Wechselverhältnis zwischen der politischen Ausrichtung der Netzbewegung, die sich vorrangig mit „bürgerliche[n] Anliegen“ beschäftige, und den finanziellen Voraussetzungen, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, aus. In diesem Sinne regt Coleman eine „political economy of the conference“ an, bei der es zu ergründen gelte, wie sich die Möglichkeit, sich auf einer Konferenz zu treffen, auf das Verhältnis zwischen Mitgliedern einer digitalen Öffentlichkeit auswirkt (Coleman 2010: 66f.). Eine Untersuchung der Preispolitik zweier einschlägiger Veranstaltungen, der Re:publica und des Chaos Communications Congress, macht deutlich, dass die finanziellen Zugangshürden in den letzten Jahren größer geworden sind und zeigt zugleich, welche Strategien die Veranstalter_innen wählen, um die unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der Teilnehmer_innen zu berücksichtigen.¹⁸³ Bei der Re:publica¹⁸⁴ ist seit Beginn der Reihe eine deutliche, fast lineare Preissteigerung zu verzeichnen: Der Normalpreis für die viertägige Veranstaltung hat sich seit 2007 mehr als verdreifacht. Er lag 2016 bei 195 Euro (2007: 60 Euro). Dazu kommen gegebenenfalls Fahrt- und Übernachtungskosten. Bis einschließlich 2013 bot die Re:publica ein ermäßigtes sogenanntes Blogger-Ticket an, das unter der Voraussetzung erworben werden konnte, auf dem eigenen Blog mit einem Banner für die Veranstaltung zu werben. Diese Option wurde durch ein ermäßigtes Ticket für Studierende, Schüler_innen und Bezieher_innen von Transferleistung abgelöst.¹⁸⁵ An der Durchführung der Veranstaltung sind zudem mehr als 500 Helfer_innen beteiligt, die im Gegenzug zu einem achtstündigen Arbeitstag freien Eintritt erhalten.¹⁸⁶ Der Chaos Communication Congress weist in den letzten 14 Jahren eine schrittweise Erhöhung der Eintrittspreise von 30 Euro im Jahr 2000 auf mittlerweile

183 Die folgenden Aussagen basieren auf einer eigenen Erhebung der Preisentwicklung der Re:publica von 2007 bis 2015 und des Chaos Communication Congress von 2000–2014. Zu den Ausschluss-Effekten von Veranstaltungen vgl. auch die Erhebung von Koschmieder und Datts (2015) zur Nutzung des Partizipationsangebotes der Bundesmitgliederversammlungen der Piratenpartei.

184 Die Re:publica wird seit 2007 von der New Thinking GmbH in Zusammenarbeit mit den Blogs netzpolitik.org und spreeblick.com veranstaltet und findet in Berlin statt.

185 2016 betrug der Preis für das ermäßigte Ticket 99 Euro. Eine weitere Vergünstigung wird in Form eines Frühbucherrabattes für alle Preisstufen angeboten. Für einen deutlich höheren Preis von 640 Euro (Stand 2015) sind übertragbare Businesstickets erhältlich.

186 Die Zahl bezieht sich auf die Re:publica 2014 (<http://re-publica.de/helferinnen-und-helfer-dankeschon>; Abgerufen am 15.1.2015, derzeit nicht verfügbar).

100 Euro auf.¹⁸⁷ Eine Ermäßigung gibt es für CCC-Mitglieder. Einen deutlichen Preisnachlass erhalten zudem alle unter 18-jährigen „Up and Coming Hackers“. In den Jahren 2006 und 2007 galt diese Ermäßigung auch für ALG2-Beziehende mit Nachweis, seit 2008 bietet der CCC eine individuelle Preisabsprache für Menschen an, die sich eine Teilnahme zum Normalpreis nicht leisten können, ohne dass ein Nachweis der Bundesagentur für Arbeit vorgelegt werden muss. Im Unterschied zur Re:publica erhalten freiwillige Helfer keinen freien Eintritt; die sogenannten Engel werden für ihren Einsatz mit einem T-Shirt belohnt. Unternehmen, die Mitarbeiter_innen auf den Kongress schicken, zahlen 450–750 Euro für ein Business-Ticket. Durch Business-Preise, querfinanzierte Ermäßigungen und die Möglichkeit, das Ticket vor Ort zu erarbeiten, ermöglichen es die Veranstalter_innen auch Menschen, die sich die hohen Eintrittspreise nicht leisten können, an den Events teilzunehmen. Neben finanziellen Hürden bestehen allerdings weitere Zugangshürden. So ist der Besuch mehrtägiger Veranstaltungen für Menschen mit Sorgeverpflichtung oft schwer zu realisieren. Der CCC-Kongress reagiert darauf, indem Kinder, die hier als „Junghacker“ adressiert werden, die Möglichkeit haben, ihre Betreuungspersonen kostenlos zu begleiten und Angebote für Kinder vor Ort auszuprobieren.¹⁸⁸ Doch auch das Format der Veranstaltungen, das an wissenschaftliche Konferenzen und Wirtschaftskongresse angelehnt ist, kann abschreckend wirken. Vor allem im Falle des CCC-Kongress kommt hinzu, dass die Verortung in der Hacker- und Nerdkultur den Eindruck vermitteln kann, dass die dort diskutierten Inhalte nur für absolute Insider zu verstehen sind. Dies trifft auf viele Vorträge auch zu. Allerdings bemühen sich die Veranstalter_innen um ein breites thematisches Angebot, das auch kulturelle und politische Themen einbezieht. Zudem begleiten seit 2013 die „Chaospatinnen“ interessierte Neulinge auf dem Kongress.¹⁸⁹ Daneben rückt das Thema Barrierefreiheit zunehmend auf die Agenda der Veranstalter_innen. Auf der Re:publica, zu deren Partnerinnen die „Aktion Mensch“ zählt, sorgen Schriftmittler_innen dafür, dass einige der Vorträge für Gehörlose zugänglich werden. Beim CCC-Kongress übernehmen Teilnehmer_innen die Verschriftlichung. Dort gibt es auch eine simultane Übersetzung von deutsch- bzw. englischsprachigen Vorträgen in die jeweils andere Sprache, die von Freiwilligen aus der Community übernommen wird. Diese Einblicke zeigen erstens, dass die unterschiedlichen Voraussetzungen von Menschen, eine Veranstaltung dieser Art zu besuchen, bei der Organisation berücksichtigt werden und der Abbau von Barrieren in ersten

187 Der Chaos Communication Congress fand 1983 zum ersten Mal statt. Für den Preisvergleich wurde 2000 als Ausgangsjahr gewählt, weil hier zum ersten Mal die Preise in Euro ausgezeichnet waren.

188 Vgl. den Erfahrungsbericht von Cloudette (2015).

189 Der Name „Chaospatinnen“ ist im generischen Femininum gehalten, es handelt sich nicht um ein Angebot speziell für Frauen (Arduina 2015).

Schritten realisiert ist. Zweitens ist herauszuheben, dass gerade das Ethos der Selbstorganisation auf dem Chaos Communication Congress dazu beiträgt, Barrieren abzubauen, die für ärmere Personen, Menschen mit Behinderung, Eltern oder Neulinge bestehen. Drittens wird deutlich, dass die Besucher_innen nicht so homogen sind, wie die Verweise in den Interviews auf die privilegierte Position der Netzbewegten es vermuten lassen. Die Zielgruppe der Veranstaltungen verfügt über unterschiedliche zeitliche und finanzielle Möglichkeiten, und dies reguliert auch die Rolle und Wirkmacht, die sich Einzelne in der Netzbewegung erarbeiten können, ein Stück weit mit. Auch wenn die Vorträge online übertragen werden, sind Konferenzen für die Ausformungen der bewegungsinternen Netzwerke wichtig. Die Frage, welche Ausschlüsse auf diese Weise produziert werden, werden deshalb von mehreren Aktivist_innen aufgegriffen, um zu benennen, dass der Zugang zu zeitlichen und finanziellen Ressourcen, Lokalität und Mobilität innerhalb der Netzbewegung von Bedeutung sind.

Im Zusammenhang damit wird die Selbstbezüglichkeit des politischen Diskurses der Netzbewegung problematisiert. Die Debatten der Netzbewegung werden als sehr voraussetzungsreich beschrieben, wodurch viele ausgeschlossen würden. So steht aus Sicht einer Befragten hinter dem angeblichen netzpolitischen Desinteresse der sogenannten Generation Youtube – jüngerer Internetnutzer_innen, die vor allem auf der Videoplattform aktiv sind – eine Klassenfrage: „Ich glaube eher, dass das Milieus sind, und ich finde, das ist dann unser Fehler, dass wir die nicht erreichen, und nicht deren Fehler, dass die sich nicht in diesen hochintellektuellen Diskussionen einlassen wollen.“ Eine in diesem Zusammenhang häufig verwendete Metapher ist die Filterblase. Der von Eli Pariser (2011) geprägte Begriff beschreibt ursprünglich den Effekt der Personalisierung von Webinhalten durch Algorithmen: Webangebote, die so gestaltet sind, dass Nutzer_innen stets mit Informationsangeboten versorgt werden, die ihren Interessen und politischen Überzeugungen entsprechen. Die Aktivist_innen sprechen dagegen ein soziales Problem an, das mit dieser technischen Dimension verschränkt ist: Diskussionen werden häufig innerhalb der eigenen sozialen Kreise geführt, oder wie Andreas es ausdrückt: „Wir predigen eigentlich ziemlich viel dem Chor.“ Die Struktur netzbasierter Kommunikation, d. h. eine sehr individuell konfigurierbare Auswahl an Medien und *followings*, verstärkt diesen Effekt, den auch Cass Sunstein (2009) beschreibt. Hanna kritisiert in diesem Zusammenhang einen mangelnden Willen, die eigenen Forderungen anderen gegenüber zu vermitteln. Sie kann es nachvollziehen, dass Menschen, die um ihre Lebensgrundlagen kämpfen müssen, mit Netzpolitik wenig anfangen können. Der Netzbewegung gesteht sie zwar zu, sich der privilegierten Position bewusst zu sein, dieses Bewusstsein allein reiche aber nicht aus, um die „Sperr“ zwischen der Netzbewegung und „Menschen, die halt wirklich täglich einfach nur mit ihrem Leben [...] klarkommen müssen“, zu überwinden. Durch Platt-

formneutralität (vgl. Kapitel 5) und das bedingungslose Grundeinkommen kann ihrer Meinung nach die Voraussetzung geschaffen werden, dass alle an der digitalen Kultur teilhaben können, um sich schließlich auch für Netzpolitik zu interessieren. Dies ist eine bemerkenswerte Argumentation, stellt sie doch die weit verbreitete Hoffnung, dass Menschen durch das Internet dazu ermächtigt werden, für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen, auf den Kopf: Die Verbesserung von Lebensbedingungen wird zur Voraussetzung für netzpolitisches Engagement. Ungleiche Ressourcen – und damit Aspekte von Klassismus – werden also in der Netzbewegung mit Hinblick auf die eigene Mobilisierungsfähigkeit problematisiert: Aufgrund der privilegierten Position gelinge es nicht, digitalen Außenseiter_innen die eigenen politischen Ziele zu vermitteln.¹⁹⁰ Die Netzbewegung konstruiert sich dagegen als eine soziale Gruppe, deren Mitglieder in der Regel nicht selbst von sozialer Ungleichheit betroffen sind – zumindest nicht in einer Weise, die sie von der digitalen Kultur ausschließt.

Die verhandelte Differenz zwischen der privilegierten Netzbewegung und der Subjektposition der digitalen Außenseiter_innen – der prekarierten Anderen ohne Zugang zur digitalen Kultur – markiert einen Punkt, an dem die Logik der Äquivalenz an ihre Grenzen kommt. Die digitalen Außenseiter_innen sind nicht Teil der protagonistischen Kette, die das ‚freie Internet‘ verteidigt und den Mangelsignifikanten ‚Regulierung und Kontrolle‘ bekämpft. Sie sind aber auch nicht Teil der antagonistischen Äquivalenzkette, der zugeschrieben wird, das ‚freie Internet‘ anzugreifen. Insofern sind sie jenseits des Diskurses der Netzbewegung zu verorten. Sie gehören zunächst der sozialen Heterogenität an: „an outside which is opposed to the inside just because it does not have access to the space of representation“ (Laclau 2005: 140, vgl. 3.2.2). Offensichtlich verschieben sich jedoch die Grenzen der Repräsentation temporal sowie abhängig von den Träger_innen der Artikulation. Indem zumindest einige Aktivist_innen über die digitalen Außenseiter_innen sprechen, werden diese Subjektpositionen zu Elementen des Diskurses. Die Beziehungslosigkeit zwischen diesen Positionen und der Netzbewegung wird aufgehoben, um zu zeigen, dass die Identität der Netzbewegung – als mehrheitlich privilegierte Avantgarde – von diesen Positionen bzw. deren Ausschluss abhängt. Die digitalen Außenseiter_innen sind dann nicht mehr Teil der sozialen Heterogenität. Sie werden zu Subjektpositionen, die die Identität anderer Elementen des Diskurses beeinflussen. Als solche repräsentieren sie sie zugleich jedoch die Grenze der Äquivalenzierung und das Scheitern der Netzbewegung, der es in Bezug auf digitale Außenseiter_innen nicht gelingt, die Partikularität ihrer Position zu überwinden und

190 Betrachtet man die sozialen Positionierungen derjenigen, die über das Thema sprechen, finden sich darunter sowohl Aktivist_innen, die selbst aus prekarierten Verhältnissen kommen und sich mit Bezug auf eigene Erfahrungen kritisch auf den Elitismus der Netzbewegung beziehen, wie Aktivist_innen mit gut situiertem Hintergrund.

ihre Forderungen hegemonial zu universalisieren. Diesen Gedankengang werde ich im Kapitelfazit (6.4) wieder aufgreifen.

6.3.2 „Hört auf mit eurem Nerd-Pride“: Nerds und Nicht-Nerds

In den beschriebenen Aushandlungen über Differenz im Diskurs der Netzbewegung ist die Subjektposition des Nerds einer der zentralen Kristallisationspunkte für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis der Bewegung. Als stereotype Figur repräsentiert der Nerd den Prototypus des besonders kenntnisreichen Computernutzers, der das Digitale mehr als andere beherrscht. Er bildet damit das Gegenbild zur Subjektposition der digitalen Außenseiter_innen. Anhand der Subjektposition des Nerds lassen sich Aussagen über intersektional verschränkte Ungleichheitsverhältnisse, deren subjektivierende Effekte und sich verändernde gesellschaftliche Machtpositionen formulieren. Im Folgenden gehe ich zunächst darauf ein, was in der Popkultur unter einem Nerd verstanden wird, und stelle vor, wie der Begriff im empirischen Material aufgegriffen und dort zur Subjektposition wird. Daran anschließend untersuche ich die symbolische Repräsentation des Nerds und ihre Veränderungen aus intersektionaler Perspektive, um daraus Schlüsse zur Funktion dieser Subjektposition im Diskurs der Netzbewegung zu ziehen.

Der Nerd ist ein kulturelles Stereotyp, das in den letzten Jahren eine Popularisierung erfahren hat.¹⁹¹ Nerd ist ein oft abwertender Jargonbegriff, der vor allem unter Gleichgesinnten häufig auch in positiver Konnotation gebraucht wird.¹⁹² Er beschreibt das Stereotyp des „sehr intelligente[n], aber sozial isolierte[n] Computerfan“ (Duden 2013). Der Nerd ist eine Außenseiterfigur, mit der einer Reihe von Interessensgebieten verbunden wird: Computer, Technologie, Wissenschaft, Science-Fiction sowie mit der Fähigkeit, sich autodidaktisch in diese Themen einzuarbeiten, die Außenstehenden oft obskur vorkommen. Dem Nerd werden überdies unterentwickelte soziale Fähigkeiten zugeschrieben. In den Interviews wird der Begriff vorwiegend verwendet, um die Zusammensetzung der Netzbewegung und ihr subkulturelles Umfeld (z. B. als „Nerdkultur“) zu charakterisieren. Nur wenige Akti-

191 So gehört die US-amerikanische Sitcom „The Big Bang Theory“, in der das Nerd-Stereotyp eine zentrale Rolle spielt, derzeit zu den erfolgreichsten TV-Serien. Ein anderes Indiz für die popkulturelle Bedeutungsverschiebung des Nerds findet sich in der Mode, wo Brillen mit dunklen Kunststoffrahmen – einst das Erkennungszeichen der nerdigen Streber in High-School-Filmen – zu hippen Accessoires wurden.

192 Nerd wird im Deutschen häufiger verwendet als das Synonym Geek (3.230.000 Google Treffer auf deutschsprachigen Seiten gegenüber 549.000 Treffer zu Geek, Stand 7.10.2014). Im englischsprachigen Raum sind die Begriffe nicht synonym, vielmehr werden durch die Abgrenzung zwischen Nerd und Geek spezifische Differenzen markiert. Der stereotype Nerd ist introvertierter und obsessiver als der eher popkulturell orientierte stereotype Geek.

vist_innen nutzen den Begriff auf der Identitätsebene, wie zum Beispiel Carsten, der sich als „Computernerd“ bezeichnet. Dagegen werden von verschiedenen Aktivist_innen Bezeichnungen wie „Nicht-Nerd“ verwendet, um zwischen Nerds und anderen zu unterscheiden. Im Weiteren werde ich der Frage nachgehen, welche Funktion diese (Selbst-)Benennungspraxen haben.

Die Überzeugung, im Gegensatz zu anderen das Wesen digitaler Technologien begriffen zu haben, ist ein zentrales Motiv des Hegemonieprojektes der Netzbewegung. Für die Avantgarde vernetzter Individuen ist diese Expertise der Ausgangspunkt des politischen Handelns. Sie stützt sich vorrangig auf autodidaktisches Wissen und eigene Erfahrungen. Auffällig ist, dass in den Interviews vor allem Nerds, zusammen mit Hackern, als Träger dieses Wissens dargestellt werden.¹⁹³ Einige Beispiele verdeutlichen diese Artikulationsform: Netzpolitik ist ein „Nerdthema“, meint Carsten. Alex findet vor allem unter älteren Aktivisten „ganz ganz viele unglaubliche Nerds, die unglaublich krasse Computerskills haben.“ Er unterscheidet sie von „Usern wie du und ich“, die zwar über ein umfangreiches Anwendungswissen verfügen, aber keine „ganz ganz krasse[n] Dinge“ mit Computern und Netzwerken anstellen können. Für Andreas charakterisiert Nerds, „dass sie, wenn sie etwas machen, sich da hundertprozentig reinhängen.“ Den Nerds wird zugeschrieben, sich mit großer Leidenschaft in einen entgrenzten Prozess der Wissensaneignung zu begeben, der ihnen einen einzigartigen Zugang zu Technologie eröffnet. Sie verstünden die Architektur des Internets, seien in der Lage, Technologie zu gestalten und damit diejenigen, die Entscheidungen darüber treffen, welche Werte und Regulationsformen durch den *Code* implementiert werden (Lessig 2006). Die Figur des Nerds markiert damit die Differenz zwischen den wirklichen Expert_innen der digitalen Welt und den Nicht-Expert_innen. Im empirischen Material wird diese Differenz zum Beispiel von Nora benannt, die beschreibt, dass ihr durch ihren Umgang mit „vor allem Nerds“ klar wurde, „dass die sehr, sehr viel wissen, was ich nicht weiß. Je länger ich [...] auch mit netzpolitischen Themen zu tun hatte, ist mir klar geworden, dass mir da eine ganze Menge fehlt, was ich aber eigentlich wichtig fände, um einen Zugang zu finden.“ Seitdem arbeitet sie daran, sich dieses Wissen anzueignen. Nora positioniert sich als „Nicht-Nerd“, die eine Vermittlerinnenposition zwischen Nerds und anderen Nicht-Nerds einnehmen will. So ist es auch bei Meike. Für sie sind Nerds einerseits der zentrale sub-

193 Die Figur des Hackers hat eine ähnliche diskursive Funktion für die Netzbewegung. Während sich jedoch die kulturellen Stereotype, die mit dem Nerd verbunden werden, im Mainstream und der Netzkultur kaum unterscheiden, ist das gesellschaftliche Bild des Hackers im Mainstream mit Computerkriminalität verknüpft, in der Netzbewegung dagegen mit Aktivismus und Computersicherheit. Eine Analyse, die den Hacker einschließt, müsste darum auch die Diskussion über Legalität und Legitimität von Hacking einbeziehen. Diese werde ich an dieser Stelle ausklammern, auch wenn ich einige Verweise auf Hacker (v.a. aus Levy 2010) in meine Argumentation aufnehme.

kulturelle Bezugspunkt: „das ist da, wo ich wohne“. Andererseits sieht sie sich nicht als vollständigen Nerd:

„Ja, also ich bin ja in der Netzpolitik nicht so drin ne? Ich bin ja sozusagen nur so Zufallsnerd, weil ich ja ich kann ja nicht programmieren, das macht mich ja immer zum Nerd zweiter Klasse. Die haben tatsächlich versucht, mir mal [die Programmiersprache, KG] Perl beizubringen, sie sind irgendwie leider gescheitert und so. [...] Von daher bin ich jetzt nicht so der klassische Nerd, ne?“

Meike, langjähriges CCC-Mitglied, verbindet Nerd-Sein mit Programmieren. Als „Nerd zweiter Klasse“ bleibt ihr der Zugang zur Netzpolitik aus ihrer Sicht immer ein stückweit versperrt. Sie sieht sich nicht als „richtige“ Netzpolitikerin, sondern als eine, die Übersetzungsarbeit leistet und die Themen der Nerds in andere Bereiche trägt.

Die Differenz zwischen Nerds und Nicht-Nerds weist der Figur des Nerds für das netzpolitische Wissen dieselbe Gatekeeper-Funktion zu, die das Nerd-Stereotyp für den Zugang zu Informatik hat (Kendall 2011: 512; vgl. auch Eglash 2002; Margolis/Fisher 2002). Margolis und Fisher (2002) beschreiben die performative Wirkung dieser „Geek Mythology“ auf Informatik-Studierende. Ihre Studie zeigt, dass viele Studierende glauben, nicht richtig in die Informatik zu passen. Sie gehen davon aus, dass Kommilitonen dem Nerd-Stereotyp entsprechen, d. h. ihr Interesse ausschließlich auf Informatik fokussiert ist. Der Mythos ist, so die Autor_innen, besonders schädlich für Frauen, die sich als Gäste in einer Männerveranstaltung wahrnehmen (ebd.: 72f.). Ähnlich ist es in der Netzbewegung: Unter den Befragten entspricht zwar niemand dem Stereotyp der totalen Fokussierung auf Computer und Technik, und trotzdem wird immer wieder Bezug auf Andere genommen, denen dies zugeschrieben wird. Der Nerd ist eine performativ wirksame „regulierende Fiktion“ (Butler 1991: 208).

Ein weiteres Nerd-Stereotyp, das im empirischen Material aufgegriffen wird, betrifft das Verhältnis von Nerds und Politik. Peter äußert diesbezüglich die Ansicht, dass Nerds die Spielregeln des politischen Diskurses nicht beherrschen, weil die Beschäftigung mit Computer-Code ein binäres Denken nahelege, das nur zwei Zustände kenne: „in so einer Nerd-Sicht, [...] die Welt ist halt Einsen und Nullen, [...], da ergibt das ja auch Sinn, das so zu sehen, da biste halt im Einser-Camp oder im Nuller-Camp. Aber so funktioniert halt politischer Diskurs nicht. Und vor allem nicht politische Wirkmacht.“ Zur politischen Gestaltung der Gesellschaft bedarf es aus Peters Sicht der Fähigkeiten, strategisch zu handeln, Kompromisse zu schließen und eigene Positionen zu vermitteln. Diese Perspektive auf Politik wurde auch bei der Piratenpartei kritisch betrachtet. So argumentiert der Politikwissenschaftler Felix Neumann (2009), dass die vorherrschende Expertokratie und Technokratie der Piraten ausblende, dass politische Fragen Wertekonflikte sind. Das Desinteresse an den politischen Dimensionen ihres Handelns wurde

Nerds und Hackern schon in frühen netzkulturellen Texten zugeschrieben, so etwa von Levy: „They did not spend much time discussing the social and political implications of computers in society“ (Levy 2010: 74). Der Nerd, so das Bild, das hier aufgerufen wird, interessiert sich für die Maschine als berechenbares und damit beherrschbares Objekt, nicht für die letztlich unberechenbare Gesellschaft. Es besteht ein offenkundiges Spannungsverhältnis: Wenn Nerds Träger des netzpolitisch relevanten Wissens sind, sich aber für gesellschaftspolitische Zusammenhänge nicht interessieren, fehlt eine Zutat, damit es zu politischem Handeln kommen kann. Dies ist die Funktion anderer Aktivist_innen, die sich, wie Andreas es ausdrückt, „mit den politischen Themen beschäftigen, [...] aber echt keine Nerds sind.“ Diese Aktivist_innen gleichen aus, dass Nerds zwar gut darin seien, das Digitale zu verstehen, jedoch schlecht darin, ihre Ansichten gegenüber Dritten zu vermitteln. Während Nerds symbolisieren, dass Computer nur etwas für Spezialist_innen sind (Kendall 2011: 505), wirken die Nicht-Nerds in der Netzbewegung als Übersetzer_innen zwischen Nerd und Gesellschaft. Diese Subjektposition der Nicht-Nerds ist aus Sicht der Aktivist_innen also eine durchaus wichtige Resource der Netzbewegung. So erläutert Nora, ihre Rolle bestünde darin, „den Bezug zu den Nicht-Nerds herzustellen. [Weil] ich zumindest irgendwie verstehe, wie denken Nicht-Nerds, was können sie verstehen und was nicht.“ Diese Übersetzer_innenrolle ist in der Netzbewegung nicht exklusiv weiblich besetzt. Auch Akteure wie Markus Bechedahl, den ein Interviewpartner als „Politiknerd“ beschreibt, übernehmen diese Funktion. Innerhalb meines Samples waren es aber vor allem Frauen, die sich selbst als Übersetzer_innen positionieren.

Die Differenzierung zwischen Nerds, die in der Regel männlich gedacht werden, und Nicht-Nerds, eine Rolle, die sich vor allem Frauen explizit zuschreiben, lässt sich mit Bezug auf die intersektionalen Konstruktion des Nerd-Stereotypes erklären. Als Stereotyp ruft der Begriff Nerd Assoziationen auf, die nicht explizit gemacht werden müssen. Stereotype Personen- und Gruppenbezeichnungen sind wirkmächtige symbolische Repräsentationen, die miteinander verwobene soziale Strukturen kommunizieren. Die Differenzfigur Nerd ist ein Stereotyp, das entlang der heteronormativen Vergeschlechtlichung von Technikkultur konstruiert ist, die ihrerseits mit einer bodyistischen Konstruktion „hegemonialer Männlichkeit“ (Cornell 2014: 130) und einer rassistischen Konstruktion von Weißsein als Norm verbunden ist. Sozial- und kulturwissenschaftliche Auseinandersetzungen mit der Figur des Nerds, vor allem im US-amerikanischen Kontext (Eglash 2002; Kendall 2011; Turkle 1984; zum Nerd als ‚deutschem Klischee‘ vgl. Mertens 2012), beschreiben den Nerd als „white and male by default“ (Kendall 2011: 505). Aufgrund des kulturell verankerten Nexus von Männlichkeit und Technologie (vgl. Paulitz 2012) ist die Konstruktion des Nerds als männliche Figur nicht überraschend. Was den Nerd von anderen Technik-Männlichkeiten

unterscheidet, lässt sich mit dem Konzept der normativen Heterosexualität erklären. Der stereotype Nerd ist ein Versager, der „schon in der Schule kein Mädchen abgekrigert“ (Vasek 2010) hat. Dieses Zitat aus dem Anreißer des *Brand eins*-Artikels „Die Rache der Nerds“ erzeugt ein Bild, indem auf sedimentiertes Wissen zurückgegriffen wird: Das Nerd-Stereotyp signifiziert scheiternde heterosexuelle Männlichkeit.¹⁹⁴ Dieses Bild des unbegehrten Nerds, der seine Energie auf Computer statt auf Frauen fokussiert, wird in vielen popkulturellen Repräsentationen aufgegriffen. Levy beschreibt in „Hackers“:

„[the ‚bachelor mode‘] was easy to fall into—for one thing, many of the hackers were loners to begin with, socially uncomfortable. It was the predictability and the controllability of a computer system – as opposed to the hopelessly random problems in a human relationship – which made hacking particularly attractive. [...] Hacking had replaced sex in their lives.“ (Levy 2010: 75)

Für die Hacker-Pioniere am MIT waren Frauen, so zitiert Levy einen Zeitzeugen, „horribly inefficient and wasteful things“ (ebd.). Das universitäre Computerlabor entwickelte sich in diesem Kontext zu einem homosozialen Raum von Männern, für die sich Erfolg nicht über Sexualität, sondern über technische Fähigkeiten und die Hingabe ans Hacking definierte. In dieser symbolischen Ordnung ist für Frauen kein Platz als gleichberechtigte Mit-Nerds vorgesehen. Sie bleiben Objekte, die präventiv verworfen werden, um Verletzungen zu vermeiden.¹⁹⁵ Die stereotype Beschreibung des Nerds als unattraktiv, unsportlich und ohne soziale Kompetenzen verweist auf die Verschränkung von Heterosexismus und Bodyismus. Hegemoniale Männlichkeit ist mit körperlicher Attraktivität und Leistungsfähigkeit verbunden. Die Abweichung davon markieren lookistische Konstruktionen, die sich auf den Körperbau und Körperpraxen wie Sport, Hygiene und Mode beziehen. Klischeehafte Darstellungen porträtieren den Nerd als bleich, schwächling oder dick, mit starker Hornbrille und unmodischer Kleidung. Dass dem Nerd keine soziale Kompetenz zugeschrieben wird, ist ebenfalls eine bodyistische Konstruktion. Sie verweist auf eine normative Konstruktion der Fähigkeit (*ability*), sozialen Konventionen entsprechend mit Menschen zu interagieren.

Das Nerd-Stereotyp ist eine heterosexistische und bodyistische, darüber hinaus aber auch eine rassistische Konstruktion. So zeigt Ron Eglash (2000),

194 Der Titel des Artikels ist eine Anspielung auf die 1984 erschienene Komödie „Revenge of The Nerds“ (dt. „Die Rache der Eierköpfe“, Regie: Jeff Kanew). Im Trailer zum Film werden Nerds wie folgt eingeführt: „They’ve been laughed at, picked on and put down. They don’t have the move. Or the muscle. But they’ve got the brains“ (foxhomeent’s channel 2011).

195 Zur Frage, warum es im Kontext der MIT-Hacker keine „star-quality female hacker“ gegeben habe, zitiert Levy einen Beteiligten, demzufolge die Abwesenheit von Frauen genetische Ursachen haben müsse.

dass der Hipster der 1940er Jahre, der der schwarzen Jazz-Szene entstammt und mit Sexualität und Coolness verbunden wird (vgl. Broyard 1948, Mailer 1957), das symbolische Gegenstück zu dem als verkopft und entsexualisiert beschriebenen Nerd ist. Mit Bezug auf die Unterscheidung zwischen „primitivist racism“ und „orientalist racism“ zeigt er, wie „nerdiness“ als weiße Verkörperung asiatischer Stereotypen (emotionslos, „undersexual“) konstruiert wird. Der Nerd repräsentiert damit eine spezifische Form von weißer Männlichkeit, die innerhalb einer rassistischen Ordnung als zugleich unmarkiert und ausdifferenziert konstruiert wird. Demgegenüber werden asiatischen Männern grundsätzlich klassische Nerd-Stereotype zugesprochen, wohingegen sie schwarzen Männern grundsätzlich abgesprochen werden. Popkulturelle Verkörperungen von „Black Nerds“ können in dieser symbolischen Ordnung, wie Eglash argumentiert, strategisch als Anti-Stereotype eingesetzt werden, um die rassialisierte Konstruktion der hegemonialen Vorstellungen des Nerds zu entlarven (Eglash 2002: 53–57; vgl. Bucholtz 2001). Es ist aber fragwürdig, ob dies in jedem Fall gelingt, oder ob solche „Black Nerds“ für ein weißes Publikum nicht in erster Linie als Witzfiguren fungieren. Denkt man etwa an die von Eglash diskutierte Serien-Figur „Steve Urkel“, kommen überdies transkulturelle Übersetzungsprozesse hinzu, durch die wichtige Nuancen verloren gehen.¹⁹⁶ Auch Gegendiskurse wie *Black Science Fiction* und Afrofuturismus (Nelson 2002) sind dem weißen Publikum in Deutschland bisher kaum bekannt. Das Bild der zukünftigen digitalen Gesellschaft entspricht weitestgehend dem „raceless future paradigm“ (ebd.: 1), also der Vorstellung einer technologisch geprägten Welt, in der Identität nicht mehr mit Körpern verknüpft ist. Damit wird der Nerd hierzulande als eine weiße Figur konstruiert.

Das Nerd-Stereotyp bildete sich im Wechselspiel mit heterosexistischen, rassistischen und bodyistischen Repräsentationen heraus. Es signifiziert einen Außenseiter, der trotz seiner intellektuellen Fähigkeiten, seines Weißseins und seiner Männlichkeit nicht zur Riege hegemonialer Männlichkeit gehört. Die Bedeutung des Nerd-Stereotyps hat sich in den letzten Jahren allerdings gewandelt, und hierbei kommt die Klassendimension ins Spiel. Ursprünglich wurden Nerds in populären Repräsentationen als Teil der Arbeiterklasse und unteren Mittelschicht dargestellt; ihr *upper-class*-Pendant war der intellektuelle *egghead* (Eglash 2004: 51). In zeitgenössischen populären Darstellungen von Nerds ist ihre Klassenherkunft heterogen, als Erwachsene leben sie in finanzieller Sicherheit und haben das Potential, in die besitzenden Klassen

196 Die erfolgreiche TV-Serie „Family Matters“ (ABC, CBS) war in den 1990er Jahren unter dem Titel „Alle unter einem Dach“ in Deutschland zu sehen. Der Begriff Nerd wird aber erst seit 2009 in deutschen Synchronfassungen verwendet. Zuvor wurde der Begriff in der Regel mit Trottel oder Tollpatsch übersetzt (Osterroth 2015).

aufzusteigen.¹⁹⁷ Als Hohepriester einer digitalen Technikkultur halten Nerds schließlich auch die Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg und politischer Macht in der Hand. Damit verschieben sich auch die kulturellen Zeichen, die hegemoniale Männlichkeit signifizieren. Ein gutes Indiz für diese Verschiebung ist der ehemalige BILD-Chefredakteur Kai Diekmann, der sich zur Inspirationssuche für die digitale Zukunft des Axel-Springer-Verlages ins Silicon Valley begeben hat und dort den Manager-Look gegen Vollbart und Hornbrille tauschte. Eine äußerliche Verwandlung zum Nerd, die signalisiert, dass Diekmann auch im 21. Jahrhundert auf der Seite der Gewinner stehen möchte. Digitaltechnische Fähigkeiten werden zunehmend mit Macht und ökonomischem Wohlstand verbunden. „Zu jeder Zeit wird eine Form von Männlichkeit im Gegensatz zu den anderen kulturell herausgehoben“ (Cornell 2015: 130). Derzeit erneuert sich hegemoniale Männlichkeit in der Figur des nerdtigen Start-Up Gründers.

Diese Bedeutungsverschiebung zieht eine intensive Auseinandersetzung mit der Subjektposition des Nerds nach sich, die sich in ihrer Problematisierung widerspiegelt. Aktivist_in Nora formuliert am Ende unseres Gespräches eine Forderung an die Netzbewegung:

„Hört auf mit Eurem, mit Eurem Nerd-Pride! [...] Ich glaub', das ist ein Problem, daran müssen wir halt weiterhin arbeiten. [...] Es geht ja auch teilweise ins Sexistische, also immer dieses ‚ja, Deine Oma, Deine Großmutter muss das verstehen.‘ Das nervt mich ziemlich und das nimmt auch irgendwie nicht ab, so dieser Nerd-Pride, hab' ich das Gefühl. Und das nervt mich. [...] Das ist auch für viele Leute ablehnend.“

Nora problematisiert einen Diskurs, der Nerds eine Gatekeeper-Funktion aufgrund ihrer überlegenen technischen Kenntnisse zuschreibt. Es stört sie, wenn mit Sätzen wie „Wir müssen das Thema so erklären, dass es auch die Großmutter versteht“ bestimmte Personen pauschal zu digitalen Außenseiter_innen erklärt werden. Netzaktivist_innen sollten sich nicht von einem Gefühl der eigenen Überlegenheit leiten lassen und ihren vermeintlich marginalisierten Status nicht als Rechtfertigung für Ausschlüsse nutzen. Der Gedanke, dass mit der wachsenden Macht des Nerds eine neue Verantwortung für die eigenen Verhaltensweisen einhergehe, wird in der Netzbewegung diskursiv aufgegriffen. So formuliert etwa Andreas den Anspruch, mit der gesellschaftlichen Anerkennung und dem Interesse, das Nerds von Institutionen wie dem Militär mittlerweile zuteil wird, verantwortlich umzugehen. Die Funktion der Subjektposition besteht also darin, Effekte und Relationen sozialer Positionierungen auszuhandeln. Wer hat Zugang zu netzpolitischem

197 Dieses Potential wird u. a. in Filmen über Nerds als Unternehmer verhandelt. So portraitiert „The Social Network“ (Regie: David Fincher, 2010) den Facebook-Gründer Mark Zuckerberg als jungen Mann, der aus Frust über seine Schwierigkeiten, mit Menschen umzugehen, soziale Beziehungen in Code überträgt und damit zum Milliardär wird.

Wissen? Wie ist das Verhältnis von „echten“ Nerds und anderen? Und was heißt es, als eine Bewegung von Nerds wahrgenommen zu werden? Die Auseinandersetzung mit dem Nerd kulminiert im Bild des „nerd pride“, der mit dem rassistischen „white pride“ verglichen und so symbolisch bekämpft wird.¹⁹⁸

Nerds, so heißt es im oben zitierten *Brand eins*-Artikel, haben der Gesellschaft „einiges zu bieten. Zum Beispiel Antworten auf die Fragen von morgen“, und weiter: „Bald werden diese Leute die Letzten sein, die noch ansatzweise verstehen, was unsere Hightech-Welt im Innersten zusammenhält. [...] Und ja, es gibt Frauen, die Nerds ziemlich erotisch finden“ (Vasek 2010). Mit der neuen Macht der Nerds in der digitalen Gesellschaft geht das Versprechen auf heterosexuelle Anerkennung einher, seine Funktion als Differenzfigur im Bezugsrahmen hegemonialer Männlichkeit verändert sich, und somit gerät auch die Selbstmarginalisierung von selbstidentifizierten Nerds zunehmend in einen Widerspruch zu der sozialen Positionierung, die mit dieser Figur verknüpft wird. Dass dies von einigen Akteur_innen im Diskurs der Netzbewegung aufgegriffen wird, fügt sich in eine umfassendere, selbstreflexive Auseinandersetzung mit Privilegien ein, deren unterschiedliche Facetten ich im Laufe dieses Kapitels dargestellt habe. Im Folgenden werde ich den Blick noch einmal auf diejenigen lenken, die in der Regel nicht als Nerds angerufen werden. Wie positionieren sich Aktivist_innen, die nicht weiß und (cis-)männlich sind, in der Netzbewegung und welche Einflüsse haben feministische Positionen in diesem Zusammenhang?

6.3.3 „... und auf der anderen Seite sagen sie: geh sterben“: *Sexismus, Netzfeminismus und die Nicht-Thematisierung von Rassismus*

In der Auseinandersetzung mit der digitalen Spaltung und der Figur des Nerds kreuzen sich verschiedene soziale Herrschaftsverhältnisse, darunter Heterosexismus und Rassismus. In diesem Abschnitt werde ich daran anknüpfend der Frage nachgehen, wie der Ausschluss von Frauen aus der symbolischen Repräsentation des Nerds und darüber hinaus auch von anderen Identitäten, die mit Technik verbunden sind, im Diskurs aufgegriffen wird. Neben einem Blick in die Interviews werde ich dazu exemplarisch auf einige Debatten der letzten Jahre eingehen, die zeigen, dass Sexismus in der Netzbewegung ein Thema ist, während die Effekte von Rassismus dagegen deutlich weniger thematisiert werden.

198 Das Motiv „Good Night White Pride“, das häufig auf Stickern zu sehen ist und sich gegen Neonazis richtet, wurde im Kontext der Auseinandersetzung mit Nerd-Pride zu einem „Good Night Nerd Pride“-Motiv abgewandelt (Tante 2012a).

Aus der Analyse von zwölf Interviews auf alle Aktivist_innen der Netzbewegung zu verallgemeinern, ist weder möglich, noch Ziel qualitativer Herangehensweisen. Ich möchte an dieser Stelle trotzdem darauf hinweisen, dass die Selbstbezeichnungen als „Nicht-Nerd“ oder „Nerd zweiter Klasse“ aus Interviews mit Frauen stammen. Sie nehmen häufiger die Subjektposition der Übersetzerin ein. Auch fällt auf, dass vor allem Frauen (zusammen mit einem Aktivistin) die Funktion der Subjektposition Nerd problematisieren. In den biographischen Intervieweinstiegen lassen sich zudem Unterschiede zwischen den Narrationen der weiblich und männlich sozialisierten Interviewpartner_innen nachvollziehen. Die als Männer sozialisierten Aktivistinnen stellen ihr Interesse an Technik, Computern und Politik in den Mittelpunkt ihrer Erzählung. Den Weg in die netzpolitische Szene finden die Aktivistinnen, indem sie aktiv Anschluss an bestimmte Gruppen suchen oder wie selbstverständlich „reinrutschen“. Die als Frauen sozialisierten Aktivistinnen begründen, mit einer Ausnahme, die Entwicklung ihres Interesses stärker. Dabei flechten sie überwiegend männliche Personen, wie Lehrer, Freunde, Mitschüler und Partner, in ihre Erzählungen ein, die für ihren Zugang zur politischen Auseinandersetzung mit Technologie wichtig waren. Sie bezeichnen sich, wie ich bereits gezeigt habe, nicht als Nerds, sondern als Personen, die mit Nerds befreundet sind. Die unterschiedlichen biographischen Narrative deuten an, dass Frauen nicht nur mit anderen Anrufungen konfrontiert sind, wenn es um Technik geht, sondern dass dies auch den Zugang zu netzkulturellen Themen und damit zur Netzbewegung reguliert. Für Frauen ist es nach wie vor nicht so selbstverständlich wie für Männer, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

Dies spiegelt sich auch darin wider, dass in der Netzbewegung augenscheinlich mehr Männer als Frauen aktiv sind. Dies wird von Aktivist_innen aller Geschlechter benannt (vgl. 6.1.4), jedoch nur in Ausnahmen begründet. „Die netzpolitische Bewegung ist eine Gruppierung von mehreren tausend Menschen, die alle sehr technikaffin sind [...] Und deswegen schon größtenteils männlich, obwohl es da ganz tolle, sehr präzente Frauen auch gibt“, erklärt Nora den niedrigen Frauenanteil, und verweist damit auf gesellschaftlich geteiltes Wissen: Frauen gelten als weniger technikaffin als Männer. Die Gründe dafür, wenn sie überhaupt explizit gemacht werden, sind aus Sicht der Interviewpartner_innen kulturell bedingt. Sowohl Nora als auch Hanna deuten die geringere Technikaffinität als Effekt der gesellschaftlichen Konstruktionen von Geschlechterrollen.¹⁹⁹ So äußert Hanna die Ansicht, dass Frauen „auch ein bisschen länger gebraucht haben, ins Internet zu kommen, weil das keine klassische Frauenrolle ist, so dieser Entdecker zu sein.“ Der

199 An anderer Stelle erzählt Nora, dass sie sich dafür einsetzt, dass Menschen Zugang zum Programmieren finden, die „sich das nicht zutrauen aus verschiedenen Gründen, ansozialisiert, Angst oder mangelndes Selbstbewusstsein.“

geringere Frauenanteil wird mit dem Deutungsmuster sozialisationsbedingter Geschlechterrollen begründet.

Das empirische Material zeigt, dass der geringe Frauenanteil in der Netzbewegung durchaus problematisiert, aber nicht skandalisiert wird. Der Grund dafür ist meiner Einschätzung nach, dass das Thema innerhalb der Netzbewegung seinen Neuigkeitswert längst verloren hat. Schon in den 1990er Jahren arbeiteten beispielsweise die Haecksen im Chaos Computer Club daran, Hackerinnen miteinander zu vernetzen und zu fördern. Cyberfeministische Artikulationen waren ein zentraler Bestandteil von Netzkritik in den 1990er Jahren (vgl. 2.2.2). In den frühen 2000ern waren feministische Akteur_innen Teil der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Internet Governance im Rahmen der WSIS-Gipfel (Jensen 2005). Bis heute sind feministische Positionen in der Netzszene stark vertreten, auch wenn selbstverständlich nicht alle Frauen sich mit diesen identifizieren. Auf den Konferenzen der Szene werden Geschlecht und IT immer wieder in Vorträgen und informellen Diskussionen thematisiert,²⁰⁰ und Projekte wie geekfeminism.org, die Ada Initiative (adainitiative.org) und femgeeks.de beschäftigen sich aus feministischer Perspektive mit der Netzkultur. Auch Sexismus wurde innerhalb der Netzszene in den letzten Jahren oft thematisiert. Anlässe waren u. a. das meist unausgewogene Geschlechterverhältnis bei netzpolitischen Veranstaltungen,²⁰¹ die Geschlechterpolitik der Piratenpartei (Siri/Villa 2012; Tanczer 2014), Vorkommnisse beim Chaos Communication Congress²⁰² und Erfahrungen, die Frauen in Szeneräumen gemacht haben.²⁰³ Die Diskussionen, die sowohl in lokalen Kontexten wie Hackerspaces als auch in digitalen Öffentlichkeiten bis zum Zeitpunkt der Interviews geführt wurden, gehören damit zum Wissensarchiv der Szene.

Geschlechtsspezifische Ausschusserfahrungen kommen auch in den Interviews zur Sprache. Besonders interessant ist dabei, dass die Aktivistinnen diese als Reaktion auf ihr feministisches Engagement interpretieren. So be-

200 Beispielsweise die Podiumsdiskussion „Women and Geek Culture – What’s the problem, guys?“ auf der Sigint 2010 und die Vortrag „Was ist, was kann, was soll Gender Studies Informatik“ (Britta Schinzel, 29C3 2012) und „for women in “`{tech[@]}`“; do“ (Fiona, Chaos Communication Camp 2015).

201 Das Projekt 50 Prozent (o. J.) dokumentiert den Anteil männlicher und weiblicher Referent_innen auf Veranstaltungen dieser Art.

202 Der Chaos Communication Congress 2012 stellte einen Höhepunkt der Diskussion dar, die sich in zahlreichen Blogs nachvollziehen lässt (Ada Initiative 2013; Rydlewski 2012; zu den Vorfällen, auf die sich die Diskussion bezieht, vgl. Geekfeminism o. J.).

203 Ein Beispiel dafür ist der Berliner Hackerspace C-Base, in dem es 2012 zu einer Auseinandersetzung um eine Zeichnung auf einer Toilettentür kam. Die dort abgebildete nackte, weibliche Figur wurde von einigen Besucher_innen als sexistische Repräsentation kritisiert (Antiprodukt 2012). Kurz nach der „Klotür“-Debatte veröffentlichte eine Besucherin einen Blogpost über Erfahrungen mit sexistischen Übergriffen in der C-Base (Ragekamila 2013). Solche Ereignisse ziehen in der Regel Netzdebatten nach sich, die sich über Tage erstrecken und oft als „Gate“ bezeichnet werden.

richtet eine Aktivistin, dass sie den Eindruck hat, aufgrund ihrer Beschäftigung mit Feminismus weniger erst genommen zu werden. Auch Hanna sieht sich unter anderem aufgrund ihrer Beschäftigung mit „Gender“ mit negativen Reaktionen konfrontiert: „Deswegen kriege ich, glaube ich, auch auf der einen Seite so super viel Applaus und die Leute sagen yay und auf der anderen Seite sagen sie: geh sterben.“ Hanna wird für die feministischen Positionen, die sie in die Netzbewegung einzubringen versucht, angegriffen. Das findet sie falsch, denn sie ist der Meinung, dass die Netzbewegung sich stärker mit Themen beschäftigen sollte, die über ihren Tellerrand hinausgehen.

An dieser Stelle komme ich noch einmal auf den Nerd zurück. In einer treffenden Analyse schreibt die britische Autorin Laurie Penny, dass männliche Nerds eine biographische Ausschluss Erfahrung für sich reklamieren und daraus einen Anspruch auf Immunität gegenüber der Kritik ableiten. Den spezifischen „nerd anti-feminism“ interpretiert sie als Widerstand gegen die feministische These des männlichen Privilegs. Ihre Erfahrung als „nerdy girl“ zeige dagegen, dass Frauen auch die Subjektposition des Nerds verwehrt bleibe (Penny 2014). In ihrem Essay „Cybersexism: Sex, Gender and Power on the Internet“ beschäftigt sich Penny mit dem schwierigen, aber auch produktiven Verhältnis zwischen netzpolitischem Aktivismus und (Online-)Feminismus:

“The feminist revolution and the digital revolution have grown up together, and are both incomplete. They pose fundamental, frightening questions about the nature and organisation of human society that are deeply scary to those in power and in both cases, the backlash is on.” (Penny 2013)

Feminismus und die digitale Revolution sind aus Pennys Sicht zwei gegenhegemoniale Projekte. Sie stehen demselben Machtblock gegenüber, es gebe aber auch Spannungen zwischen den beiden Projekten. Diese Ansicht teile ich. Netzpolitischer Aktivismus ist von radikaler Offenheit, Meinungsfreiheit und einer Erfahrung von Gleichheit und „digitaler Solidarität“ (Stalder 2013) geprägt. Feminismus – gerade auch in der Form, wie er sich gegenwärtig in digitalen Öffentlichkeiten als Netzfeminismus²⁰⁴ entfaltet – stellt andere Erfahrungen, Einsichten und Forderungen dagegen. Statt auf radikale Offenheit abzielen, hinterfragt Netzfeminismus cismännliche,²⁰⁵ weiße und andere Privilegien im digitalen Raum. Dazu setzt Netzfeminismus unter anderem auf Sprachpolitiken und die Gestaltung von Safe-Spaces. Meinungsfreiheit

204 Unter Netzfeminismus verstehe ich ein Feld feministischer Artikulation und Vernetzung, für die vornehmlich netzbasierte Medien und digitale Öffentlichkeiten genutzt und zugleich unter feministischen Vorzeichen reflektiert werden. Den Netzfeminismus charakterisiert keine bestimmte inhaltlich-ideologische Ausrichtung, auch wenn es Ansätze gibt, die im derzeitigen Netzfeminismus hegemonial sind.

205 Die Vorsilbe ‚cis‘ markiert die Differenz zur Transmännlichkeit, gemeint sind also Männlichkeiten, die von Geburt an als solche anerkannt wurden.

wird nicht als abstrakter Wert diskutiert, sondern in Zusammenhang mit der Regulierung von Sprechpositionen im digitalen Raum (vgl. Drüeke/Klaus 2014; Ganz 2016; Henschel/Schmidt 2014). Nicht zuletzt ist die gerade im gegenwärtigen intersektionalen Feminismus vorherrschende Heuristik nicht die Gleichheit aller Subjekte, sondern Differenz: Die Einsicht, dass strukturelle Herrschaftsverhältnisse positionierte Subjekte hervorbringen. Wie ich mit den Auseinandersetzungen um Privilegien bereits gezeigt habe, gewinnt diese Denkweise auch im Diskurs der Netzbewegung an Einfluss: Viele Aktivist_innen beziehen sich auf Begriffe aus feministischen Diskursen. Dies ist aus meiner Sicht ein Effekt der sich überlappenden digitalen Öffentlichkeiten der Netzbewegung und des Netzfeminismus. Das heißt aber auch, dass Individuen Teil einer netzfeministischen Äquivalenzkette und zugleich Teil der Netzbewegung sind. In der Subjektposition der Netzfeminist_in innerhalb der Netzbewegung sind Aktivist_innen mit Widersprüchen konfrontiert, die sie mit sich selbst und anderen aushandeln müssen. Und so zeigt beispielsweise Hanna, die aufgrund ihres feministischen Engagements angegriffen wird, auch Verständnis für eine feminismuskritische Haltung in Teilen der Netzbewegung.

„Es gibt sehr sehr viele Kritiker bei der Netzbewegung gegenüber dem Feminismus. Aber du kannst mit jeder sexuellen Vorliebe kommen. Das ist denen total egal. Die merken das so, der Feminismus, das ist irgendwie ein geschlossenes System, das gefällt uns nicht, das ist irgendwie nicht offen genug. Das finden wir irgendwie komisch. Aber du kannst mit einer Lampe zusammen sein. Du kannst mit einem Stoffpferd unterm Arm zum Stammtisch der Piraten kommen und sagen: Wir sind verheiratet. Da grinsen die vielleicht kurz, aber das ist kein Ding.“

Hanna warnt davor, die Feminismuskritik in Teilen der Netzbewegung mit einer grundsätzlichen Ablehnung von diversen Geschlechter-, Begehrens- und Beziehungsformen zu verwechseln. Vielmehr gehe es um eine fehlende „Offenheit“ des feministischen Diskurses: Indem sie ein bestimmtes Wissen voraussetzen, reproduzierten Feminist_innen selbst Ausschlüsse. Auch Karin, die sich in der Frauenbewegung der 1970er Jahre verortet, übt Kritik am gegenwärtigen Feminismus, den sie als „verbissen“ bezeichnet. Es werde alles „solange gedreht, bis man irgendwo Sexismus drin entdeckt“. Feminismus bzw. feministische Artikulationsformen sind innerhalb der Netzbewegung umstritten, und zugleich zeigt dies, dass Debatten um Geschlechterverhältnisse ein fester Bestandteil des politischen Diskurses der Netzbewegung sind. Die Netzfeminist_in ist, ebenso wie der Nerd, eine Subjektposition, die die Begrenztheit der Netzbewegung symbolisiert. Sie ist in gewisser Weise die Überbringerin der schlechten Nachricht von der Homogenität der Netzbewegung.

Auffällig ist jedoch, dass einerseits eine mehrdimensionale Kritik an der „privilegierten Netzbewegung“ artikuliert wird, dass sich die konkreten Aus-

einandersetzungen aber andererseits auf Feminismus, Geschlecht und Klasse (vgl. 6.3.1) zu fokussieren scheinen. Insbesondere die Tatsache, dass in der Netzbewegung ganz überwiegend weiße Personen ohne Rassismus- und Migrationserfahrung aktiv sind, wird dagegen kaum benannt. Die Bezugnahmen auf Rassismus in den Interviews verorten das Thema stattdessen außerhalb der Netzbewegung. Hanna benennt beispielsweise die „gesellschaftlichen Probleme von Rassismus und Ausschluss, die wir [die Gesellschaft, KG] auch grundsätzlich haben“, attestiert der Netzbewegung aber „ein bisschen besseres Bewusstsein“ im Vergleich zur Gesamtgesellschaft, ohne konkret auszuführen, worin sich dieses äußert. Daniel schreibt sich auf die Fahne, innerhalb der Piratenpartei erfolgreich für eine stärkere Berücksichtigung von Rassismus zu werben. Die Themen werden aber nicht mit den netzpolitischen Fragen der Bewegung verknüpft. Eine Ausnahme bildet Nora, die einzige Person of Color im Sample. Sie stört es, dass die netzpolitische Szene sich vor allem mit Bürgerrechten auseinandersetzt, ohne über nationalstaatliche Grenzen zu blicken oder Bezüge zu übergeordneten Themen herzustellen. Weil es ihr wichtig ist, sich mit Themen jenseits der privilegierten Netzpolitikszene zu beschäftigen, engagiert sie sich für Geflüchtete und setzt sich mit Postkolonialismus und dem europäischen Grenzregime auseinander. Sie wünscht sich, ihren netzpolitischen Aktivismus in Zukunft stärker mit solchen Themen verknüpfen zu können.

Gerade beim Thema Rassismus zeigt sich, dass der Bewegungsdiskurs trotz der viel zitierten Reflexion von Privilegien über Leerstellen verfügt. Im Gegensatz zum Frauenanteil in der Netzbewegung ist diese Abwesenheit von People of Color ein „elephant in the room“: Etwas, das offensichtlich ist, aber nicht diskursiv bearbeitet wird.²⁰⁶ Dies liegt aus meiner Sicht u. a. daran, dass rassialisierte Differenz im Gegensatz zur Geschlechterdifferenz von nur wenigen Aktivist_innen verkörpert wird, so dass die kritische Masse fehlt, die nötig wäre, um konkrete Erfahrungen kollektiv aufzugreifen und zu politisieren.²⁰⁷ Anders als in den USA, wo sich Bürgerrechtsgruppen etwa in die Debatte um Netzneutralität²⁰⁸ einbringen, fehlt hier eine Verzahnung der netzpolitischen Forderungen mit antirassistischen Perspektiven weitestgehend. Eine Ausnahme bilden antifaschistische Aktivitäten gegen Neonazis²⁰⁹

206 Danke Maisha Eggers (2013) für die Anregung, die Metapher des „elephant in the room“ zu nutzen, um über das Verhältnis von Differenz und Homogenität nachzudenken.

207 Dass die Netzbewegung frei von Rassismus ist bzw. Zugänge zur Netzbewegung nicht durch Rassismus reguliert werden, halte ich schon angesichts der geringen Zahl von People of Color in der Bewegung für unwahrscheinlich.

208 „The fight to protect Internet freedom is critical to ensuring that our communities [of color, KG] control our own images and tell our own stories in the digital age“ (Voices For Internet Freedom o. J.).

209 So gehen vom Chaos Communication Congress regelmäßig Hackerangriffe gegen NPD-Seiten und Onlinestores von Neonazis aus. Die Amadeu Antonio Stiftung thematisiert im Rahmen ihres Programms rechte Aktivitäten im Netz. Mit einer Broschüre zu Hatespeech

im Internet und – in jüngster Zeit – Aktivitäten im Kontext der Refugee-Solidarität.²¹⁰ Dies zeigt auch, dass die feministischen Akteur_innen trotz eines zumindest auf rhetorischer Ebene vorhandenen intersektionalen Ansatzes bisher nicht zu einer grundsätzlichen Thematisierung von Rassismus im politischen Diskurs der Netzbewegung beitragen.

Ich fasse zusammen: Auseinandersetzungen mit Geschlechterverhältnissen gibt es im politischen Diskurs der Netzbewegung seit Jahren. Dabei werden auch feministische Diskurse rezipiert. Vielen Aktivist_innen ist es ein Anliegen, sich gegen Sexismus und für eine Stärkung von Frauen im netzpolitischen Feld einzusetzen. Dies entspricht den Ergebnissen einer Studie von Wendelin/Löblich (2013), die das Thema „Gleichberechtigung von Frauen“ als zentrales Anliegen der Netzbewegung beschreiben. Dieser feministisch-netzpolitische Aktivismus besteht aber nicht nur darin „Frauen darin zu bestärken, ihre Stimme zu Internet-Themen zu erheben“ (ebd.: 68). Vielmehr geht es in den Diskussionen um die Gestaltung von digitalen Öffentlichkeiten und Szeneräumen, um die Reflexion der kollektiven Identität der Netzbewegung, das Verhältnis der Subjektposition Netzfeminist_in zu anderen Positionen in der Netzbewegung, sowie um die Entwicklung von feministischen Perspektiven auf Netzpolitik.²¹¹ In Bezug auf die Thematisierung von Rassismus gibt es dagegen Leerstellen. Netzpolitische Fragen werden noch wenig mit Rassismuskritik oder migrationspolitischen Themen verknüpft. Dies verändert sich in jüngster Zeit zwar langsam, jedoch noch nicht im vergleichbarem Ausmaß wie bei Geschlechterthemen.

6.4 Scheiternde Universalisierungen

Mit dem Ziel, mehr über die Subjektpositionen des Hegemonieprojekts der Netzbewegung zu erfahren, behandelte dieses Kapitel Artikulationen, die sich auf die Positionalität der Netzbewegung und ihrer Anhänger_innen im gesellschaftlichen Gefüge beziehen. Abschließend werde ich die Ergebnisse nun zusammenfassen und sie aus hegemonietheoretischer Perspektive einordnen. Dabei argumentiere ich, dass das Scheitern der Universalisierung der zentralen Subjektposition im Diskurs durch partikulare und umkämpfte Subjektpositionen symbolisiert wird.

bringt die Amadeu Antonio Stiftung (2015) die Themen Rassismus und Antisemitismus zudem stärker in die bisher vor allem geschlechterpolitisch geprägte Auseinandersetzung mit sogenannter *Hate Speech* in Deutschland ein.

210 Ein Beispiel ist die erfolgreiche Crowdfunding Aktion zugunsten der Gruppe Refugees Emancipation (o. J.), die Internet-Cafés in Unterkünften betreibt.

211 Vgl. Ganz (2013) sowie die Beiträge in der Ausgabe der Zeitschrift Frauenrat 3/2015 „Total digital“.

Anhand der Subjektkonstruktionen, die ich im ersten Teil des Kapitels vorgestellt habe, ist deutlich geworden, welche Differenzen innerhalb der Netzbewegung sowie zwischen der Bewegung und ihrem gesellschaftlichen Umfeld für die Selbstpositionierung der Aktivist_innen im Diskurs von Bedeutung werden. Darauf aufbauend habe ich drei Kristallisationspunkte dieser Aushandlungen herausgearbeitet: Zugangsbarrieren zur digitalen Kultur, das Nerd-Stereotyp und die (De-)Thematisierung von Sexismus und Rassismus. In meiner Analyse habe ich in einem ersten Schritt die Effekte sozialer Ungleichheit auf den Zugang zum Internet, zu Veranstaltungen und Debatten der Netzbewegung beleuchtet. Hier wurde deutlich, dass die Netzbewegung einen selbstreflexiven Bezug zu den materialisierenden Effekten sozialer Ungleichheit herstellt. Der Subjektposition einer Avantgarde vernetzter Individuen, die als Subjekte einer digitalen Kultur zum politischen Handeln kommen (vgl. 5.3), konstituiert sich im Kontrast zu digitalen Außenseiter_innen, die von der digitalen Kultur und damit auch von der Beschäftigung mit Netzpolitik ausgeschlossen bleiben. In der Differenz zwischen Netzbewegung und digitalen Außenseiter_innen gründet aus Sicht der Aktivist_innen die Schwierigkeit, die eigenen politischen Forderungen zu vermitteln und auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen. In einem zweiten Schritt habe ich anschließend die diskursive Figur und Subjektposition des Nerds untersucht, die ebenfalls ein Kristallisationspunkt für die Verhandlung von Differenzen ist. Das Nerd-Stereotyp dient im Diskurs der Netzbewegung dazu, das Feld heterogener Positionen in Hinblick auf den Zugang zu technischem Wissen zu ordnen. Der Nerd hat demzufolge den Schlüssel zum digitalen Wissen in der Hand, während andere Aktivist_innen als Übersetzer_innen dieses Nerd-Wissens fungieren. Diese diskursive Figur ist in eine heteronormative, rassistische und bodyistische symbolische Ordnung eingebunden, die den Subjekten im technikkulturellen Feld unterschiedliche Plätze zuweist. Durch die große Bedeutung, die digitale Technologien derzeit für kapitalistische Verwertungsprozesse haben, verändert sich derzeit die gesellschaftliche Bedeutung des Nerds. Die Subjektpositionen Nerd und Nicht-Nerd gehen in Bezug auf das ‚freie Internet‘ Hand in Hand, denn mit ihren jeweiligen Herangehensweisen sind beide wichtige Ressourcen für das Hegemonieprojekt. Die Subjektposition des Nerds wird allerdings auch kritisch aufgegriffen. Dabei steht vor allem die Selbstmarginalisierung des Nerds im Fokus der Aufmerksamkeit. So wird der Nerd – stellvertretend für die gesamte „privilegierte“ Netzbewegung – dazu aufgerufen, mit dieser Position verantwortlich umzugehen und Ausschlüsse zu vermeiden. Mit der Figur des Nerds ist auch eine Thematisierung von Geschlechterverhältnissen und Sexismus in der Netzbewegung verbunden. Diese waren als dritter Kristallisationspunkt Gegenstand des vorangehenden Abschnitts, in dem ich auf die Reibungspunkte hingewiesen habe, die zwischen den Diskursen der Netzbewegung und des Netzfeminismus bestehen. Anhand der Subjektpositionen der Netzfemi-

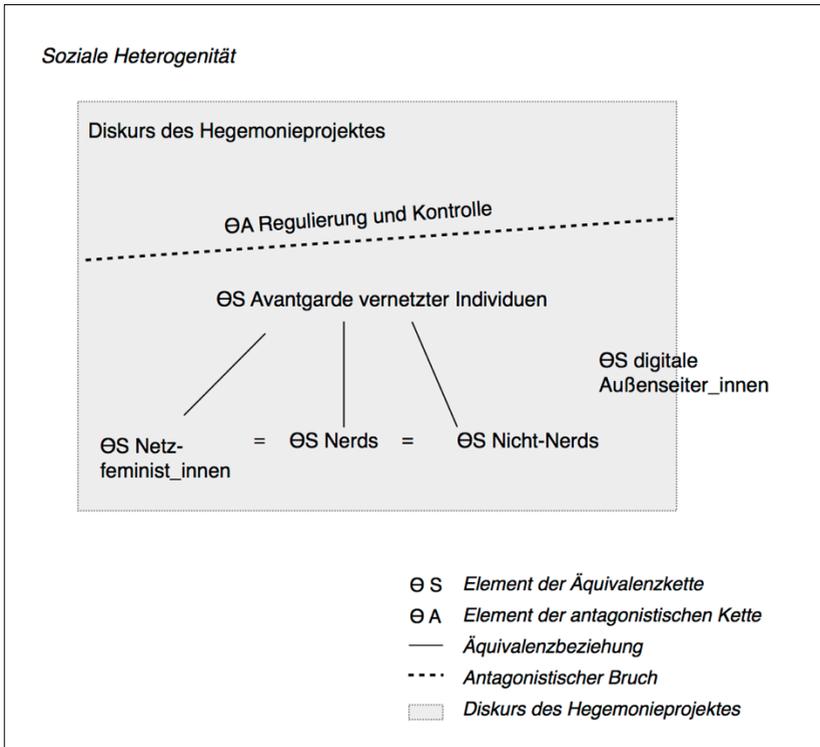
nist_in innerhalb der (netzpolitischen) Netzbewegung werden diese Konflikte diskursiv bearbeitet. Vergleichbar komplexe Auseinandersetzungen mit Rassismus gibt es dagegen nicht, weshalb ich von einer Dethematisierung spreche. Bodyismus und Klassismus stehen aus meiner Sicht dazwischen: Sie werden nicht so intensiv diskutiert wie die Geschlechterfrage, die durch feministische Akteur_innen zum Thema gemacht wird. Aber sie werden sowohl diskursiv als auch handlungspraktisch von Akteur_innen bearbeitet, wie das Beispiel der Szene-Events gut zeigt.

Die untersuchten Artikulationen verweisen auf selbstreflexive Elemente des politischen Diskurses der Netzbewegung. Die Aktivist_innen artikulieren zwar das Bild einer politischen Avantgarde vernetzter Individuen, gleichzeitig problematisieren sie diese aber auch in verschiedener Hinsicht. Die hier identifizierten Subjektpositionen – die digitalen Außenseiter_innen, die Nerds und Nicht-Nerds sowie die Netzfeminist_innen – sind allesamt umkämpfte Knotenpunkte dieser Problematisierung. Dies lässt sich, wie ich im Folgenden im Rückgriff auf hegemonietheoretische Begriffe erläutern möchte, als Effekt des Spannungsverhältnisses zwischen Universalität und Partikularität deuten, in dem die zentrale Subjektposition der Netzbewegung sich bewegt.

Die diskursive Bearbeitung von Differenzen, die innerhalb der Netzbewegung wirksam sind, zeigt, dass die zentrale Subjektposition der politischen Avantgarde vernetzter Individuen eine kontingente Konstruktion differenter Elemente ist, die ihrerseits partikulare Subjektpositionen innerhalb der Netzbewegung sind. Individuelle Aktivist_innen vereinen in der Regel eine Vielzahl von Positionen in einer Person, sowohl hinsichtlich ihrer Positionierung entlang sozialer Herrschaftskategorien als auch hinsichtlich ihrer politischen Positionierungen etwa als Liberale oder Linke, Parteimitglied oder in Bezug auf ihre Aktivitäten im Umfeld anderer sozialer Bewegungen. Trotz der Differenzen, die sich hier ergeben, sind die Subjektpositionen äquivalent in Bezug auf den leeren Signifikanten, denn sie kämpfen für das ‚freie Internet‘ (Abb. 4). Im Bewegungsalltag müssen die Differenzen zwischen Menschen mit vielen Ressourcen und mit wenigen Ressourcen, Feminist_innen und Nicht-Feminist_innen, Pirat_innen und Nicht-Pirat_innen, Nerds und Nicht-Nerds allerdings immer wieder aufs Neue bearbeitet werden, um die Äquivalenz zwischen diesen partikularen Subjektpositionen aufrecht zu erhalten. Dies nimmt verschiedene Formen an, wie etwa die Formulierung einer allgemeinen Kritik an ‚den Privilegierten‘ oder den ‚unreflektierten Nerds‘, das Angebot eines ermäßigten Tickets, die Solidarisierung mit Aktivist_innen, die sexistische Ausschüsse erfahren haben, oder die Kritik an einem zu elitären Netzfeminismus.

Im Rahmen ihres Hegemonieprojektes fungiert die Forderung nach dem ‚freien Internet‘ als spezifisches Allgemeines: Sie symbolisiert das Allgemeine in diesem Diskurs (vgl. Nonhoff 2006: 117). Die Avantgarde vernetzter

Abbildung 4: Subjektpositionen in Relation zum Hegemonieprojekt



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Bedall (2014: 44)

Individuen als zentrale Subjektposition transzendiert im Zuge dessen ihre Partikularität ein Stück weit: Als Verfechterin des spezifischen Allgemeinen steht sie im Diskurs der Netzbewegung für das Universelle. Dass das Hegemonieprojekt der Netzbewegung von einem gesellschaftlich spezifischen, also partikularen Standpunkt aus artikuliert wird, wird anhand der partikularen Subjektpositionen, die im Diskurs der Netzbewegung artikuliert werden – die Nerds, Nicht-Nerds und Netzfeministinnen – verhandelt. Sie werden zu symbolischen Repräsentationen der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse, in die der Diskurs der Netzbewegung eingefasst wird. Der Subjektposition der digitalen Außenseiter_innen kommt dabei die Rolle zu, die Grenzen zwischen dem Diskurs der Netzbewegung und ihrem Anderen zu symbolisieren. Schließlich hat das ‚freie Internet‘ für viele Menschen im gesellschaftlichen Gefüge keine besondere politische Bedeutung. Die Freiheitserfahrungen, die

die Aktivist_innen der Netzbewegung als handlungsmotivierend reklamieren, haben andere nicht gemacht oder aber sie leiten daraus keine politischen Ziele ab. Das Andere in Gestalt derer, die keinen bzw. einen anderen Zugang zur digitalen Kultur haben oder nicht zu den gleichen politischen Schlüssen kommen wie die Netzbewegung, hält dem Hegemonieprojekt den Spiegel vor: Es offenbart dessen Partikularität und unterminiert damit die Universalität der zentralen Subjektposition. Dies ist allerdings kein statischer Zustand, sondern ein diskursiver Prozess, in dem reflexive, identitätskritische Artikulationen dazu führen, dass weitere partikuläre Subjektpositionen, wie die der digitalen Außenseiter_innen, doch Teil des politischen Diskurses der Netzbewegung werden. Dies zeigt die Instabilität der Grenze zwischen Hegemonieprojekt und sozialer Heterogenität: „Any internality will always be threatened by a heterogeneity which is never a pure outside, because it inhabits the very logic of the internal constitution“ (Lalcau 2005: 152f.). Die Existenz einer Subjektposition wie die der digitalen Außenseiter_innen verweist auf die Grenzen der Äquivalenz, an die das politische Projekt der Netzbewegung zwangsläufig stößt.

Daraus lässt sich meines Erachtens im Hinblick auf die antagonistische Grenze des Hegemonieprojektes zudem Folgendes festhalten: Dass sich die Netzbewegung als privilegierte Avantgarde beschreibt, verweist auf ihr Verhältnis zum antagonistischen Gegenüber. Das Selbstbild der Netzbewegung ist nicht das eines *Underdog*. Vielmehr ist man sich bewusst, dass hegemoniale Kräfte durchaus Interesse an den Selbsttechnologien und Kenntnissen der Avantgarde vernetzter Individuen haben. Privilegien haben materielle Auswirkungen. Erinnert sei hier an Birgit Rommelspachers Überlegung, dass Menschen, die über Privilegien verfügen, in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingebunden werden, indem sie mehr Chancen zugesprochen bekommen (Rommelspacher 1995: 90). Für die Akteur_innen der Netzbewegung trifft dies zu. Durch ihre Kenntnisse können sie sich Chancen auf gut entlohnte berufliche Positionen ausrechnen, und auch im Feld des politisch-kulturellen Lebens werden ihnen Sprechpositionen angeboten.²¹² In diesem Licht lassen sich Appelle an die Verantwortlichkeit von Hackern interpretieren, nicht mit Geheimdiensten und ähnlichen Organisationen zusammenzuarbeiten.²¹³ Die Netzbewegung muss sich also nicht nur damit auseinandersetzen, dass die eigenen, partikularen Forderungen (noch) nicht die der gesellschaftlichen Mehrheit sind, sondern auch damit, dem hegemonialen Block nicht radikal gegenüber zu stehen. In diesem Sinne artikuliert die Netzbewe-

212 Hier ist etwa an die Kolumne von Frank Rieger und Constanze Kurz in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu denken, oder an die zahlreichen Buchveröffentlichungen von Netzaktivist_innen in den vergangenen Jahren.

213 Zum Beispiel in den Chaos Communication Congress Keynote-Vorträgen „We lost the war“ von Frank Rieger und Rob Gongrip (2005) und „Not My Department“ von Jacob Applebaum (2012).

gung keinen populären Diskurs, bei dem eine umfassende Äquivalenzkette („the people“) sich einer Machtelite gegenüberstellt (Laclau 2005), sondern einen pluralistischen Diskurs, der mitunter auf den Einschluss der Expert_innen der Netzbewegung in die Funktionselite abzielt.

Die vielschichtigen Auseinandersetzungen mit Positionalität, die dieses Kapitel zum Gegenstand hatte, zeigen, wie soziale Ungleichheitsverhältnisse in Form von Subjektpositionen in den Diskurs der Netzbewegung eingehen und dadurch das Hegemonieprojekt destabilisieren. Inwieweit dies auch Auswirkungen auf die politischen Forderungen der Netzbewegung hat, werde ich im nun anschließenden Kapitel anhand der Debatte um Post-Privacy zeigen.

7 Die Post-Privacy-Debatte

Die Sammlung, Speicherung und Auswertung von Daten, die im Zuge digitaler Kommunikation in einem noch nie da gewesenen Umfang anfallen, waren in den letzten Jahren Gegenstand einer intensiv geführten gesellschaftlichen Debatte. Die Netzbewegung richtet einen großen Teil ihrer Kräfte gegen staatliche Vorhaben im Bereich der Überwachungs- und Kontrolltechnologien wie etwa die Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung oder in jüngerer Zeit geheimdienstliche Überwachungsmaßnahmen, die digitale Kommunikation in umfassender Weise betreffen. Den Rahmen dieser staatlichen Überwachungsprojekte bilden die Diskurse um innere Sicherheit und die Bedrohung durch den globalen Terrorismus seit dem 11. September 2001. Sicherheit wurde in diesem Kontext zur „gesellschaftspolitischen Leitvokabel“ (Daase/Offermann/Rauer 2012: 7, vgl. Krasmann et al. 2014). Hans-Peter Friedrich (CSU), Bundesinnenminister im Kabinett Merkel II, erklärte Sicherheit gegenüber dem Parlamentarischen Kontrollgremium sogar zum „Supergrundrecht“ (Krempf 2013), und deutet damit einen Vorrang von Sicherheit gegenüber anderen Werten an. Die politische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Technologie und Privatsphäre steht in Deutschland in einer bürgerrechtlichen Tradition. Der Schutz der informationellen Selbstbestimmung sowie der Integrität informationstechnischer Systeme wurden vom Bundesverfassungsgericht aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht abgeleitet (vgl. 2.4.4). Die Netzbewegung schließt an diese Tradition an. Initiativen wie der Chaos Computer Club oder Digitale Courage haben ihre Wurzeln in den Auseinandersetzungen um Datenschutz in den 1980er Jahren (vgl. 2.2). Auch heute zählen Datenschutz und Überwachungskritik zu den Kernthemen der netzpolitischen Auseinandersetzung (Wendelin/Löblich 2013: 67). Dobusch diagnostiziert seitens der netzpolitischen Initiativen sogar eine „starke thematische Engführung“ (Dobusch 2014: 8) auf diese Themen.

In Abgrenzung zum Datenschutz-Mainstream der Netzbewegung wurde in den vergangenen Jahren aus den Reihen der Netzbewegung auch eine Kritik am vorherrschenden Datenschutzverständnis formuliert. Verbunden mit dem Stichwort Post-Privacy formulierten einige Netzaktivist_innen eine gesellschaftliche Utopie, in der die Privatsphäre, angestoßen durch technologische Entwicklungen, überwunden wird. Einige der Verfechter_innen des Post-Privacy-Gedankens formierten sich zur „Datenschutzkritischen Spackeria“ (kurz: Spackeria, vgl. 7.3.1), einem informellen Diskussionszirkel. Die Post-Privacy-Debatte, die sich innerhalb politischen Diskurses der Netzbewegung entwickelt hat, verbinde ich in diesem Kapitel mit der Frage danach,

wie soziale Ungleichheit in den Forderungen der Netzbewegung aufgegriffen wird. Dazu untersuche ich, welche Subjektpositionen in Auseinandersetzung mit der für die Netzbewegung sehr zentralen Forderung, den Datenschutz zu stärken, artikuliert werden. Aus dieser Betrachtung lassen sich zudem auch Überlegungen zur Mobilisierungsschwäche der Netzbewegung nach den Enthüllungen Edward Snowdens zu den Überwachungstätigkeiten international agierender Geheimdienste ableiten, auf die ich im Kapitelfazit eingehen werde.

Den Ausgangspunkt bildet auch in diesem Kapitel wieder die vergleichende Analyse von Subjektkonstruktionen (7.1). Die drei Subjektpositionen, die sich im empirischen Material zeigen, skizziere ich in 7.2. In 7.3 untersuche ich den Post-Privacy-Diskurs in seinen Bezügen zu der zentralen Subjektposition und dem leeren Signifikaten. Ich argumentiere, dass sich mit dieser Debatte die widersprüchliche Position der Avantgarde vernetzter Individuen in Bezug auf den Schutz privater Daten als Konflikt um Hegemonie auf zweiter Ebene artikuliert (vgl. 3.2.3), bei der sich die Post-Privacy-Vertreter_innen ebenso wie die Datenschutzmaximalist_innen als eigentliche Verfechter_innen des ‚freien Internets‘ inszenieren.

7.1 Subjektkonstruktionen (III) zu Privatsphäre und Datenschutz

Innerhalb der Netzbewegung besteht bei vielen netzpolitischen Themen ein weitgehender Konsens bezüglich der Problembeschreibung und Lösungsansätze. Internetzensur und Netzsperrern „gehen gar nicht“, wie mehrere der Befragten es ausdrücken. Netzneutralität soll gesetzlich verankert und das Urheberrecht muss reformiert werden, um die Rechtslage den kulturellen Praktiken anzupassen. Die dazugehörigen Subjektkonstruktionen (5.1.4–6) haben gezeigt, dass die Aktivist_innen verschiedene thematische Schwerpunkte setzen, große inhaltliche Differenzen konnten jedoch nicht festgestellt werden. Im Themenbereich Datenschutz, Privatsphäre und Überwachung ergibt sich ein anderes Bild. Das empirische Material zeigt, dass die Debatte um Post-Privacy ihre Spuren im Diskurs der Netzbewegung hinterlassen hat. Elf der zwölf Interviewpersonen beziehen sich darauf; oftmals finden sich Formulierungen, die auf zwei entgegengesetzte Positionen verweisen. Im Folgenden werde ich dies anhand von Subjektkonstruktionen zeigen und die Differenzen zwischen den Befürworter_innen des Datenschutzes und den Vertreter_innen der Post-Privacy-Position herausarbeiten.

Aktivist_innen, die sich für eine umfassende rechtliche Begrenzung der Speicherung und Auswertung personenbezogener Daten einsetzen, orientieren sich am Grundsatz der informationellen Selbstbestimmung. Sie grenzen

sich energisch von Positionen ab, die ein Ende der Privatsphäre affirmativ begrüßen. Ein Vertreter dieser Position ist CCC-Aktivist Andreas:

Beim Thema Privatsphäre, Datenschutz und Öffentlichkeit gibt es für Andreas zwei Positionen in der Szene: Die Spackeria auf der einen Seite und die Pro-Privatsphären-Position auf der anderen. Er kämpft für restriktive Privatsphären- und Datenschutzregelungen, weil die meisten Leute nicht aufgeklärt sind und darum geschützt werden müssen.

Andreas hält es für legitim, sich individuell dafür zu entscheiden, Privates öffentlich zu machen. Seiner Ansicht nach kann jeder machen, was er will, „solange er keinem damit aufn Sack geht.“ Seine Kritik zielt darauf ab, dass die Spackeria Dritte dazu auffordere, sich ebenso zu verhalten. Dies sei gefährlich, weil viele Menschen die Folgen ihres Verhaltens im Netz nicht richtig abschätzen könnten: „Die Leute sind halt nicht so aufgeklärt, die wissen nicht, was mit ihren Daten passiert bei Facebook, die wissen nicht, was man mit Aggregation von Daten machen kann, was Stalking bedeutet, wenn ich ein bisschen technische Skills habe und so weiter. Und das ist halt die Front, an der ich kämpfe.“ In Anbetracht dessen hält Andreas es für richtig, sich für restriktive Datenschutzregelungen einzusetzen. Seine Positionierung pro Datenschutz erfolgt in Abgrenzung zum Post-Privacy-Diskurs der Spackeria. Das gilt auch für Carsten:

Carsten verortet sich als Datenschützer. Er ist dafür, dass private Daten geschützt und öffentliche Daten genutzt werden und sieht hier einen Konsens in der Netzbewegung. Datenschutz als Dogma zu sehen, ist aus seiner Sicht aber umstritten. Die Spackeria mit ihrem Gelaber von Post-Privacy findet er weltfremd. Manche Punkte findet er aus akademischer Perspektive zwar interessant, im Gegensatz zur Spackeria trennt er dies aber von den realpolitischen Forderungen auf der Policy-Ebene.

Carstens Einschätzung nach werden Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in der Netzbewegung traditionell sehr ernst genommen: „Datenschutz ist in der Tradition und in den Ursprüngen der Netzbewegung extrem verankert.“ Die Spackeria spitzt aus Carstens Sicht eine Reihe von theoretisch durchaus interessanten Fragen zu, die sich aus Diskussionen um die Grenzen von Öffentlichkeit und Privatsphäre, Big Data und anderen Themen ergeben. Als allgemeine Tendenz glaubt er aber zu erkennen, dass sich die Netzbewegung nach wie vor an dem Satz „Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen“ (Chaos Computer Club o. J.c) orientiere, der in der Hackerethik zu finden ist. Ihm ist es wichtig, dass sich konkrete Policy-Entscheidungen über Gesetze und Regulierungen an der informationellen Selbstbestimmung orientieren. Auch Alex und Melanie nehmen Bezug auf die Policy-Ebene. Alex beschäftigt sich vor allem mit der Vorratsdatenspeicherung:

Alex setzt sich dafür ein, dass die Unterscheidung von Privatem und Öffentlichem im Arendtschen Sinne wieder mehr beachtet wird, denn dies entspricht den Grundsätzen der Demokratie. In Sachen Überwachung ist es ihm wichtig, die Grundsatzfrage zu stellen.

Deshalb nimmt er mit seiner Gruppe eine Fundamentalopposition gegen die Vorratsdatenspeicherung ein, obwohl er ahnt, dass diese Position nicht durchsetzungsfähig ist.

Aus Alex Sicht haben die Post-Privacy-Vertreter_innen nicht verstanden, was Privatsphäre ist. Politische Meinungen gehören in die Öffentlichkeit, Privates dagegen habe dort nichts verloren. Mit Bezug zu Hanna Arendt erklärt er, dass es ein grundsätzlicher „Affront gegen die Öffentlichkeit“ sei, wenn Privates dort instrumentalisiert wird. Die Vorratsdatenspeicherung ist für Alex zum Zeitpunkt des Interviews im Frühjahr 2012 das Maximum an vorstellbarer Überwachung. Er hält es für absolut notwendig, sich dagegen zu wehren. Im Rahmen seines Engagements nahm er an einem Workshop in Brüssel teil. Sein Eindruck war zwar, dass seine Gruppe dort wenig Einfluss hat, aber schon aus strategischen Gründen müsse jemand die Vorratsdatenspeicherung rundum ablehnen. Melanies Beispiel ist die EU-Datenschutzrichtlinie, die zum Zeitpunkt des Interviews in der Diskussion war und mittlerweile umgesetzt ist. Auch sie formuliert eine klare Position zum Thema:

Melanie setzt sich für informationelle Selbstbestimmung ein. Verbraucher sollen über Datennutzung informiert werden und es braucht einen einheitlichen Datenschutzstandard, wie er gerade auf EU-Ebene entwickelt wird.

Melanie fordert Mindeststandards, die europaweit gelten sollen. Eine Datenschutzrichtlinie hält sie für geeignet, um zu einer solchen Regelung zu kommen. Melanie glaubt nicht daran, dass es einen hundertprozentigen Datenschutz geben kann. Gerade deshalb sei es aber wichtig, dass Nutzer_innen über den Umgang mit Daten informiert werden und durch die Gestaltung von Internetdiensten dabei unterstützt werden, die für sich passenden Datenschutzeinstellungen zu finden. Während sich Andreas und Carsten in Abgrenzung zur Spackeria positionieren, zeigt sich Melanie von dieser Diskussion hauptsächlich genervt.

Die selbstzerfleischende Debatte um Datenschutz und Post-Privacy findet Melanie müßig, weil die Meinungen letztlich nicht weit auseinanderliegen. Sie mischt sich in diese Diskussion nicht ein und möchte am liebsten gar nicht, dass das ein großes Thema wird.

Melanie kritisiert die Diskussion in der Netzbewegung als „Energieverschwendung“. Die Debatte wirke extrem polarisiert. Aber wenn man sich mit Leuten unterhalte, merke man, dass die Ansichten so unterschiedlich gar nicht seien. In ähnlicher Weise äußert sich Daniel zu der Debatte:

Privatsphäre, Datenschutz und Öffentlichkeit sind nicht Daniels Kampfgebiet. Er findet, dass beide Seiten in dieser hysterischen Debatte interessante Argumente haben. Eine Grundskepsis hält er selbst für angebracht, von kulturpessimistischen und unreflektierten Haltungen, wonach man gar keine persönlichen Informationen veröffentlichen sollte, hält er aber nichts. Die Zusammenführung und Auswertung von Daten durch den Staat hält er für bedrohlicher als die von Internetunternehmen betriebenen Analysen, hinter der das Interesse steht, Geld zu machen.

Für Daniel war die Diskussion um Post-Privacy ein Anlass, seine Position zum Datenschutz zu konkretisieren. Von Stimmen, die einen öffentlichen Umgang mit Persönlichem grundsätzlich problematisieren, grenzt er sich ab. Er differenziert zwischen staatlicher Überwachung und der Datenverwertung durch private Unternehmen. Eine weitere Subjektkonstruktion Daniels bezieht sich auf die Verantwortung, die technisch überlegene Personen gegenüber anderen tragen.

Daniel appelliert an die Verantwortung derjenigen, die technisch überlegen sind, dies nicht auszunutzen um die Privatsphäre von anderen zu verletzen. Er hat damit eigene Erfahrungen gemacht, aber danach eine Haltung entwickelt, die dem Prinzip folgt, private Daten zu schützen. Er widerspricht manchen Hardcore-Hackern, die die Verantwortung bei den Betroffenen sehen, die ihre Systeme nicht ausreichend schützen.

Daniel weiß, dass es reizvoll ist, an persönliche Informationen anderer herankommen zu können, lehnt ein solches Verhalten aber ab. Der Schutz privater Daten ist in diesem Sinne nicht nur eine Forderung an den Gesetzgeber, sondern im Sinne der Hackerethik auch als Selbstverpflichtung zu verstehen.

Vertreter_innen der Post-Privacy-Position sind unter den Befragten – wie auch in der Netzbewegung – eine Minderheit. Im Sample wird diese Position von Hanna und Peter vertreten. Ihre Subjektkonstruktionen bringen einige der Kernaussagen von Post-Privacy auf den Punkt und reflektieren zugleich, dass sie damit innerhalb der Bewegung eine abweichende Meinung vertreten.

Als eine der Protagonistinnen der Post-Privacy-Debatte kämpft Hanna gegen den nicht mehr zeitgemäßen Datenschutz, der dem Internet entgegensteht und Privatsphäre zum Fetisch erhebt. Stattdessen sollen die wirklichen sozioökonomischen Probleme angegangen werden, die Menschen gefährden. Mit ihrer Position wurde sie zum Feindbild, aber es war ihr wichtig, einen Kontrapunkt zu setzen.

Hanna bezeichnet den institutionalisierten Datenschutz als zu restriktiv und dadurch nicht praktikabel. Diese Kritik verbindet sie mit einem Bild von Datenschützer_innen als ideologisch und verbissen. Sie nimmt den Datenschutz als eine eigenständige Szene wahr, die auf anderen Wegen kommuniziert, als der Rest der Netzbewegung, nämlich außerhalb von sozialen Medien. „Das sind die, die im Keller rumsitzen, ne?“ Sie vermutet, dass einige Datenschutz-Befürworter_innen ihre Einwürfe in die Debatte als Angriff bewerten. Dies habe sie an der Intoleranz, dem Hass und den Drohungen gemerkt, mit denen sie konfrontiert sei. Auseinandersetzung mit prominenten Vertreter_innen des Datenschutzes, etwa im Rahmen von Podiumsdiskussionen, nimmt sie dagegen als respektvoll und konstruktiv wahr. Sie hat den Eindruck, dass auch die Gegenseite mittlerweile einen Reformbedarf erkannt hat. Inhaltlich begründet Hanna ihre Haltung mit der sich wandelnden Bedeutung von Privatsphäre im digitalen Zeitalter. Bislang sei die Privatsphäre als „Sphäre meines Ichs“ der Ort der persönlichen Entwicklung und der Konstruktion des modernen, bürgerlichen Subjektes gewesen. Öffentlichkeit sei

für die Konstruktion von Subjektivität heute von zunehmender Bedeutung. Indem der Datenschutz die Privatsphäre zum Selbstzweck erhebe, verkenne er das Sendungsbewusstsein von Menschen. Darüber hinaus hinterfragt Hanna die gesellschaftliche Bedeutung des Datenschutzes hinsichtlich der Gefahren, die Datenmissbrauch für einzelne Personen bedeuten. Aus Hannas Sicht geht es dabei in der Regel um Formen struktureller Diskriminierung, zum Beispiel in Bezug auf Krankheiten oder Homosexualität. Sie spricht sich dafür aus, diese Probleme direkt anzugehen, statt sie als Frage des Datenschutzes zu rahmen: „Das sind ja Sachen, die konkret Auswirkungen auf mein Leben haben. Und darüber [...] will ich gerne reden. Das sind die Sachen, die ich viel wichtiger finde als das alte Konzept Datenschutz zu erhalten.“ Für den zweiten Post-Privacy-Vertreter, Peter, ist wachsende Bedeutung von Netzwerken das zentrale Argument.

Peter vertritt die Position, dass das Konzept der Privatsphäre durch das Internet überholt ist. Dies liegt nicht an bösen Playern, die den Nutzern etwas unterschieben, sondern daran, dass viele Menschen das Internet nutzen, um sich mit anderen zu verbinden. Sichtbarkeit ist dabei wichtiger als im Geheimen zu agieren. Er ist sich bewusst, damit gegen ein Tabu zu verstoßen, da die Netzbewegung über eine starke Datenschutztradition verfügt.

Aus Peters Sicht ist das Konzept von Privatheit durch die Möglichkeiten, die das Internet bietet, überholt. Sich mit anderen Menschen zu verbinden sei heute sehr wichtig, und damit dies gelinge, müsse man im Netz für andere Personen, und damit auch für technischen Systeme, sichtbar sein. Die Preisgabe privater Daten geschehe also aufgrund des menschlichen Bedürfnisses nach Vernetzung, und nicht – diese Annahme legt Peter den Datenschützer_innen in den Mund – aufgrund von „bösen Playern“, die das Verhalten der Nutzer_innen steuern. Aus Peters Sicht ist die Gesellschaft in Bezug auf digitale Alltagspraxen zurzeit fragmentiert: „Es gibt Leute, die leben halt sozusagen die Zukunft, es gibt Leute, die leben noch die Gegenwart, und es gibt auch Leute, die leben eigentlich noch im Jahr 1980, wenn man sich das jetzt so technisch anguckt.“ Dass die Privatsphäre mit dem Wunsch nach Vernetzung an Bedeutung verliere, sei deshalb noch nicht für alle nachvollziehbar. In Bezug auf den Datenschutz ist Peter zudem der Meinung, dass Regulierungsversuche zum Scheitern verurteilt sind, weil globale, netzbasierte Prozesse sich nationalen Regulierungsversuchen entziehen. Dadurch verkomme Regulierung zur Farce. Peter ist sich bewusst, dass seine Position von der herrschenden Meinung in der Netzbewegung abweicht. Auch er erwähnt persönliche Angriffe und Hass-E-mails. Die starke Ablehnung, mit der Vertreter_innen von Post-Privacy konfrontiert sind, erklärt er sich damit, dass die Datenschutztradition in Deutschland aufgrund der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges besonders stark sei. Man setze auf verbrieftete Abwehrrechte gegen den Staat sowie technische Lösungen, beispielsweise in Form von Kryptographie. Mit dieser Tradition zu brechen sei der Verstoß gegen ein Tabu.

Deutlich wird, dass es in der Debatte um komplexe Fragen nach dem Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit, Subjekt und Gesellschaft angesichts von staatlicher Macht und der Kommodifizierung von persönlichen Daten in einer vernetzten Welt geht. Thematisiert werden aber auch unterschiedliche individuelle Bedürfnisse in Bezug auf Öffentlichkeit. Eine weitere Subjektkonstruktion von Post-Privacy-Gegner Carsten liest sich diesbezüglich wie eine Replik auf die Aussagen von Hanna und Peter:

Carsten tritt unter verschiedenen Pseudonymen auf und nutzt Verschlüsselung. Er hat kein Bedürfnis danach, sich mit seinem Namen zu profilieren, denn es kommt nicht darauf an, wer etwas sagt, sondern was gesagt wird. Von Marktschreibern, für die Öffentlichkeit Selbstzweck ist, grenzt er sich ab. Bei seiner journalistischen Arbeit kann er problemlos auf die Anonymität verzichten: Hier vermittelt der Klarnamen Seriosität und das nutzt dem Aktivismus.

Während die beiden Post-Privacy-Vertreter_innen von einem wachsenden Bedürfnis nach Öffentlichkeit, Vernetzung und auch Selbstdarstellung ausgehen, betont Carsten den Wunsch, seine Identität im Netz zu verschleiern. Er geht davon aus, dass es auch im digitalen Zeitalter ein grundlegendes menschliches Bedürfnis nach Privatsphäre gibt.

Die hier skizzierte Debatte zwischen Datenschützer_innen und Post-Privacy-Vertreter_innen wirkt polarisiert. Die Intervention der Post-Privacy-Vertreter_innen hat aber nicht nur Widerspruch erregt. Einige Aktivist_innen lassen erkennen, dass die Debatte ein Anstoß war, ihre Position und Argumentationen zu überdenken bzw. zu konkretisieren. Dies gilt vor allem für Aktivist_innen, die alltägliche Nutzungspraxen im Umgang mit digitalen Technologien in den Mittelpunkt ihrer Argumentation stellen. Den Argumenten der Post-Privacy-Vertreter_innen am nächsten ist diesbezüglich Jochen:

Als Jurist, der sich mit Datenschutzrecht auskennt, aber auch einen Blick für soziale Systeme hat, fragt sich Jochen, ob das Datenschutzrecht heute noch dem Verhalten der Menschen gerecht wird. Er versteht zwar die Bedenken mit Blick auf die lange Speicherdauer und mögliche Repressionen, ist jedoch der Meinung, dass man differenzieren muss zwischen dem Mainstream und Minderheiten, die bestimmten Risiken ausgesetzt sind, sowie zwischen der Art der Daten und der speichernden Instanz. Die Prämisse, dass alles, was von digitalen Systemen erfasst wird, beim Staat landet, hält er für paranoid.

Jochen ist aus rechtssoziologischer Perspektive davon überzeugt, dass das Datenschutzrecht letztlich das Ergebnis einer Konfliktbeilegung ist: „Man darf ja nicht vergessen, dass das eigentlich auch nur ein paar Sätze in der Verfassung sind, um die es hier geht, die interpretiert werden im Sinne von Rechtsfortbildung.“ Die Urteile des BVerfG seit den 1980ern erschienen ihm zunächst schlüssig, mittlerweile ist das Denken in Risiken aus seiner Sicht aber zu dominant. Er habe begonnen, grundlegende Fragen an das Konzept des Datenschutzes und an den Begriff der personenbezogenen Daten zu stellen. Der Umgang mit Daten, also das Sammeln, der Austausch und die Verarbeitung von Informationen durch Kommunikation, gehört für ihn zur

menschlichen Existenz. Die rechtlichen Normen werden der sozialen Praxis, die sich aufgrund der neuen technischen Gegebenheiten verändert, nicht gerecht: „Ich sehe das Tun von Menschen und das faktische Verhalten von sozialen Systemen, die sich ganz anders verhalten als die Dogmatik es eigentlich verlangt, ja?“ Aus Jochens Sicht darf man allerdings das Risikopotential nicht von der Position des Betroffenen trennen. Als weißer Mann Mitte 50, der wirtschaftlich gut dasteht und aufgrund seiner Biographie gelernt hat, mit sozialem Druck umzugehen, gehöre er zum Mainstream. „Und es gibt eben Minderheiten, die da eine ganz andere Position haben müssen. Und die man auch schützen muss.“ Vor diesem Hintergrund spricht sich Jochen dafür aus, differenzierter an das Thema heranzugehen. Zum einen müsse zwischen Daten, mit denen fast jeder frei umgehen könne, und Daten, bei denen dies kritischer sei, unterschieden werden. Zum anderen mache es einen Unterschied, in welche Hände die Daten kommen. Jochen geht nicht davon aus, dass Daten, die in digitalen Systemen erfasst worden sind, automatisch „qua Zugriff des Staates auf den Staat übertragen werden könnten“.²¹⁴ Insofern spricht aus seiner Sicht nichts dagegen, Datenschutz entsprechend differenziert zu gestalten.

Während sich Jochen aus juristischer Sicht mit der Kluft zwischen Datenschutz und sozialer Praxis auseinandersetzt, nehmen andere Interviewpartner_innen ihre Alltagserfahrungen zum Ausgangspunkt. So zum Beispiel Meike, die beruflich mit Jugendlichen zu tun hat.

Beim Thema Datenschutz sieht Meike an den Jugendlichen, mit denen sie im Beruf zu tun hat, dass bei vielen Menschen das Bewusstsein für Datenschutz fehlt. Schon die Basics, die die netzpolitischen Organisationen seit Jahren predigen, kommen in der Praxis der meisten Leute nicht an. Mit der Position der Spackeria, den Kampf vor diesem Hintergrund aufzugeben, ist Meike nicht einverstanden. Es lohnt sich trotz allem, das Fass Datenschutz immer wieder aufzumachen.

Meike ist deutlich skeptischer als Jochen und die Vertreter_innen der Post-Privacy-Position, was die Veränderungen sozialer Praxis angeht. Sie geht davon aus, dass Menschen aus Unwissen heraus unbedarft handeln. Da den Jugendlichen keine Medienkompetenz vermittelt werde und die Interventionen netzpolitischer Organisationen hier nicht ankommen, lernen sie Meikes Einschätzung nach erst aus schlechten Erfahrungen. Angesichts dessen zu kapitulieren, was sie der Spackeria unterstellt, ist aus ihrer Sicht aber nicht die richtige Reaktion. Mangelndes Bewusstsein und Medienkompetenz bei anderen ist ein Thema, das viele Aktivist_innen beschäftigt. Karins zentrale Forderung in Sachen Datenschutz und Privatsphäre ist, dass mehr Geld in Medienkompetenz und Bildung investiert wird.

In Sachen Datenschutz ist Karin Realo. Dass es mit der Privatheit im Netz vorbei ist, steht für sie außer Frage, denn Internetdienste haben gute Algorithmen und sammeln selbst

214 Das Interview fand vor den Enthüllungen von Edward Snowden statt.

dann Daten, wenn man die Dienste nicht nutzt. Karin ist deshalb der Meinung, dass man Kindern früh beibringen muss, Gefahren realistisch einzuschätzen und dass Leute in die Lage versetzt werden sollen, einzugrenzen, welche privaten Daten sichtbar sein sollen. Sie ärgert sich darüber, dass das Thema Medienkompetenz in Deutschland außen vor ist und in Bildung nicht investiert wird. Ihr ist es ein Anliegen, die Denke der Leute zu ändern.

Karin zählt sich zu den „Realos“, denn im Gegensatz zu den „Fundis“ hält sie die Forderung „Datenschutz um jeden Preis“ nicht mehr für umsetzbar. Sobald man im Internet ist, sei es „mit Privatheit vorbei“, denn „Algorithmen sind mittlerweile in der Lage [...] Landkarten von einer Person zu erstellen.“ Dass man dagegen machtlos sei, verdeutlicht sie am Beispiel Facebook. Sie nutzt den Dienst selbst nicht, ist sich aber sicher, dass Daten von ihr dort vorliegen. Handlungsmöglichkeit sieht sie im Feld der Medienkompetenz, ein Thema, dass in Deutschland hintenanstehe. Karin ist es ein Anliegen, „die Denke zu ändern.“ Dazu ist es auch wichtig, sich mit anderen Leuten über ihr Nutzungsverhalten zu unterhalten. Sie ist davon überzeugt, dass man „von Mann zu Mann“ viel erreichen kann, wenn man sich aus der netzpolitischen „Blase“ heraus bewegt. Auch Carolin legt den Schwerpunkt nicht auf Gesetze, sondern auf Medienbildung:

Carolin möchte darüber diskutieren, wie man Menschen dazu in die Lage versetzt, die Konsequenzen ihres Handelns zu verstehen, um eine freiheitliche, aufgeklärte Entscheidung über ihre Nutzungsweisen zu treffen – so wie es ihr als langjährige Facebook-Nutzerin auch gelingt. Die Debatte zwischen Post-Privacy und Datenschutz ist populistisch: Sie hängt sich zu sehr an Facebook auf, die Meta-Ebene wird dagegen zu wenig diskutiert. Dass Daten für gewerbliche Zwecke gesammelt, analysiert und verkauft werden, hält Carolin für unausweichlich.

Im Gegensatz zu den anderen Aktivist_innen bezieht sich Carolin ganz explizit auf ihr eigenes Nutzungsverhalten. Sie hat den Eindruck, dass es ihr gelingt, selbst zu entscheiden, welchen Diensten sie zustimmt und welche Daten sie auf Facebook veröffentlicht. Das politische Ziel sollte aus ihrer Sicht sein, Menschen aufzuklären und zu selbstbestimmtem Verhalten zu ermächtigen.

Einen Bezug zu gesellschaftlichen Machtstrukturen stellen einige Aktivist_innen her, wenn sie über Datenschutz und Privatsphäre sprechen. So auch Nora, die sich sehr für die Post-Privacy-Perspektive interessiert, obwohl sie selbst Datenschutzbefürworterin ist:

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Machtstrukturen positioniert sich Nora pro Datenschutz. Das Projekt Spackeria findet sie aus kulturwissenschaftlicher Sicht interessant, weil man sich hier mit den Alltagserfahrungen und der Praxis der Menschen auseinandersetzt. Diese Alltagsperspektive sollte mit dem Ansatz, Menschen über Folgen und Ursachen der Datennutzung zu informieren, kombiniert werden. Der Spackeria wirft sie vor, einen unüberlegten Grabenkampf zu führen. Der Datenschutz dagegen vernachlässigt die Alltagspraxen.

Nora bringt mehrere Stränge zusammen, die schon in bisherigen Subjektkonstruktionen aufgeschieden sind: Unterschiedliche Risiken entlang von gesellschaftlichen Machtverhältnissen sprechen aus ihrer Sicht für den Datenschutz. Gleichzeitig spricht sie sich dafür aus, sich mit Alltagserfahrungen auseinanderzusetzen und diese ernster zu nehmen, als es in den abstrakten, an Gesetzen orientierten Diskussionen oftmals der Fall sei. Sie verweist auf die These des *Privacy Paradox*, wonach Menschen zwar ihre Privatsphäre als wichtiges Gut benennen, ihre Daten gegenüber Konzernen aber trotzdem offenlegen. Dabei geht Nora, wie viele Befragte, von einem Informationsdefizit aus, dass es zu schließen gelte. Gegen die Spackeria führt Nora vor allem an, dass die Auseinandersetzung zu überflüssigen Grabenkämpfen geführt habe, „wo wir eigentlich für dieselbe Sache kämpfen könnten.“ Die Spackeria habe eine Form von Anerkennung für die alltäglichen Nutzungspraxen vieler Menschen hergestellt, die sie positiv bewertet. Dagegen sei es unproduktiv, den Leuten Angst zu machen und die Werkzeuge, mit denen sie mit ihrer Familie und ihren Freund_innen kommunizieren, zu verdammen.

Die Zusammenschau der Subjektkonstruktionen zeigt, dass der Diskurs um Privatsphäre nach wie vor deutlich in der deutschen Datenschutz-Kultur verankert ist. Zugleich ergibt sich aber ein differenziertes Bild von Positionierungen zwischen Hackerethik, Nutzungspraxis, wirtschaftlichen und staatlichen Interessen sowie juristischen und philosophischen Überlegungen zum Stellenwert des Individuums, wobei sich viele Aktivist_innen mit der Post-Privacy-Debatte auseinandersetzen. Die Positionen der Aktivist_innen werde ich im nächsten Abschnitt in Form von Subjektpositionen zusammenfassen.

7.2 Subjektpositionen der Post-Privacy-Debatte

Die dargestellten Subjektkonstruktionen zeigen, dass die Idee der Post-Privacy diskursive Sprengkraft entwickelt hat. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der artikulierten Identitätskonstruktionen im Verhältnis zu normativen Bewertungen und der Strukturebene. Im Vergleich kristallisieren sich drei Subjektpositionen heraus, die ich in diesem Abschnitt charakterisieren werde: (1.) Policy-orientierte Datenschutzmaximalist_innen, (2.) praxisorientierte Pragmatiker_innen und (3.) Post-Privacy-Vertreter_innen.²¹⁵

215 Eine ähnliche Unterscheidung zwischen „privacy purists“, „pragmatists“ und „post-privacy purists“ nehmen Patrick Burkhardt und James Andersson Schwarz (2013) vor. Die Autoren untersuchen allerdings keinen bewegungspolitischen Diskurs um Post-Privacy, sondern erarbeiten ein „model of personal privacy cognition and practice“, das Wissen, Doxa und Praxis miteinander in Bezug setzt. Sie fragen, was Subjekte über Überwachung wissen, wie sie die Möglichkeit einschätzen, dies zu beeinflussen und welche Praxis sich daraus für den Schutz der Privatsphäre ergibt. Die interessante Frage, ob die politische Einstellung mit der

(1.) Die policy-orientierten Datenschutzmaximalist_innen grenzen sich besonders deutlich von Post-Privacy ab. Sie setzen sich für eine Stärkung des Datenschutzes im Internet ein und fokussieren dabei auf Datenschutzgesetzgebungen auf Bundes- und EU-Ebene, die den Wert der informationellen Selbstbestimmung strukturell verankern. Sie vertreten, wie noch zu begründen sein wird, ein an Bürgerrechten ausgerichtetes liberales Datenschutzverständnis, das Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung als notwendige Voraussetzung für die freie Entfaltung des Subjektes und dessen politische Handlungsfähigkeit annimmt. Auch unter Hacker_innen ist diese Position verbreitet, die sich zudem auch selbst in der Lage sehen, die Privatsphäre anderer verletzen zu können und sich deshalb eine ethische Selbstverpflichtung zum Schutz privater Daten auferlegen. Hacker_innen nehmen zwar mitunter eine distanzierte Position gegenüber dem politischen Betrieb, dem „politics and lobby game“ (Rieger 2005), ein und setzen deshalb zusätzlich auf die Gestaltung von Technologie „with surveillance abuse in mind“ (ebd.). Gerade aber der CCC als Hackervereinigung in Deutschland setzt in Datenschutzfragen oftmals auf die Zusammenarbeit mit dem politischen System.

(2.) Die praxisorientierten Pragmatiker_innen unter den Befragten beziehen sich in ihrer Positionierung vornehmlich auf Nutzungspraxen. Sie grenzen sich von einer Datenschutz-Dogmatik ebenso ab wie von den radikalen Thesen der Post-Privacy-Vertreter_innen, nehmen aber beide Seiten für die Formulierung der eigenen Position ernst. Nach Burkart und Andersson Schwarz geht diese Gruppe davon aus, dass ein praktischer Umgang mit den Herausforderungen digitaler Kommunikation gefunden werden muss: „Pragmatists will acknowledge the post-privacy condition by negotiating privacy praxis“ (Burkart/Andersson Schwarz 2013: 223). Sie sehen die Limitierung des Datenschutzes und folgern daraus, dass am individuellen Verhalten der Internetnutzer_innen angesetzt werden soll. Entsprechend liegt ihr Fokus auf Praxisfeldern wie der Medienbildung, mit dem Ziel, dass Subjekte in die Lage versetzt werden, informierte Entscheidungen über den Umgang mit persönlichen Daten zu treffen. Darüber hinaus ist die Gestaltung von Internetangeboten für diese Gruppe ein Thema.

(3.) Die Post-Privacy-Vertreter_innen schließlich gehen davon aus, dass sich mit dem Medienwandel auch soziale Praktiken und Normen verändern. Sie hinterfragen die Annahme eines grundlegenden menschlichen Bedürfnisses nach Privatsphäre und positionieren sich als Kritiker_innen des staatlich institutionalisierten Datenschutzes. Zudem fokussieren sie die positiven Aspekte von „totaler Vernetzung“ (Hanna). Aus ihrer Sicht lohnt es sich, Daten zu teilen, da die Existenz im post-privaten Netzwerk es ermöglicht, Gleichge-

Datenschutzpraxis nach dem Modell von Burkhard und Anderson Schwarz korrespondiert, ob also etwa die policy-orientierten Datenschutzmaximalist_innen auch privacy-purists in der Praxis sind, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

sinnte zu finden und Konformitätszwängen zu entgehen. Den strukturell verankerten Datenschutz dagegen sehen sie als Auslaufmodell an.

Es zeigt sich, dass die Post-Privacy-Debatte die diskursive Ordnung der Netzbewegung und insbesondere den Stellenwert des Datenschutzes herausgefordert hat (Burkhard/Anderson Schwarz 2013: 218). Die identifizierten Subjektpositionen haben sich im Zuge der Debatte ausdifferenziert. Die Post-Privacy-Vertreter_innen beschreiben ihre Haltung als neu erlangte Position, zu der sie in Abgrenzung zum und in Auseinandersetzung mit dem Mainstream der Netzbewegung gekommen sind. Auch praxisorientierte Pragmatiker_innen lassen erkennen, dass Post-Privacy ein Anstoß war, ihre Position zu überdenken. Sie sind zwar nicht bereit, sich von der Idee einer geschützten Privatsphäre zu verabschieden, gehen aber auch nicht davon aus, dass dies durch Datenschutzgesetze erzielt werden kann. Die policy-orientierten Datenschutzmaximalist_innen schließlich artikulieren ihre Position in Abgrenzung zu Post-Privacy. Für die Befragten, die diese Subjektposition innehaben, gilt, dass sie die Vertreter_innen von Post-Privacy nicht aus dem Diskurs ausschließen wollen. Sie machen deutlich, dass die Post-Privacy-Position innerhalb der Bewegung existiert, weisen ihr jedoch einen Platz am Rande des netzpolitischen Diskurses zu, der die realpolitischen Auseinandersetzungen möglichst nicht beeinflussen soll. Die Hinweise der beiden Post-Privacy-Vertreter_innen auf persönliche Angriffe deuten allerdings darauf hin, dass es Personen gibt, die einen radikalen Ausschluss dieser Position aus der Netzbewegung befürworten und aktiv verfolgen. Der Konflikt wird dabei vornehmlich von den Datenschutzmaximalist_innen und den Post-Privacy-Vertreter_innen geführt; die Pragmatiker_innen bilden gewissermaßen das Publikum der Debatte und entwickeln ihre Position in Auseinandersetzung mit dieser. Ausgehend von den empirischen Einblicken in diesem Ausschnitt des Diskurses der Netzbewegung werde ich nun untersuchen, wie die Subjektpositionen im Zuge einer Auseinandersetzung um diskursive Vorherrschaft artikuliert werden und inwiefern dabei gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse zum Tragen kommen.

7.3 Die Post-Privacy-Debatte als Hegemoniekonflikt in der Netzbewegung

Ist der Schutz der Privatsphäre eine Voraussetzung für die Entfaltung von Freiheit in der digitalen Gesellschaft, oder kann das ‚freie Internet‘ sein Potential erst entfalten, wenn der Verdattung der Menschen nichts mehr entgegensteht, immer bessere Algorithmen unsere individuellen Bedürfnisse kennen und sich unsere Umgebung als *augmented reality* an diese anpasst? Wird durch die Kommunikation im ‚freien Internet‘ der Konformitätszwang ver-

stärkt oder abgeschwächt, wenn sie immer schon der Kommodifizierung und Überwachung unterworfen ist? Ist der Datenschutz notwendige Begrenzung staatlicher Macht oder ein bürokratisches Wesen der alten Ordnung, gegen die sich die Netzbewegung auflehnt? Im Folgenden soll untersucht werden, warum ausgerechnet die Post-Privacy-Debatte der im empirischen Material am stärksten sichtbare bewegungsinterne Konflikt der Netzbewegung ist. Ich argumentiere, dass es sich dabei um einen Konflikt um Hegemonie auf zweiter Ebene handelt. Dazu arbeite ich heraus, wie die Post-Privacy-Fraktion den Widerspruch zwischen einer von Kontrollverlusten geprägten sozialen Praxis im Internet und dem normativen Leitbild der informationellen Selbstbestimmung herausarbeitet und dadurch das bürgerlich-liberale Subjektverständnis des Datenschutzesparadigmas explizit aus der Perspektive eines an Freiheit orientierten vernetzten Individualismus herausfordert. Im Zuge dessen verschwimmt die antagonistische Grenzziehung, was insgesamt zu einer Destabilisierung des hegemonialen Projektes der Netzbewegung führt. Diese Argumentation entwickle ich in drei Schritten. Zunächst skizziere ich die Entwicklung des Post-Privacy-Diskurses und rekonstruiere seine zentralen Argumente (7.3.1). Daran anknüpfend nehme ich zwei Aspekte der Auseinandersetzung mit Post-Privacy zum Ausgangspunkt, die im empirischen Material identifiziert wurden: Nutzungspraxis und den Imperativ des Selbst Datenschutzes (7.3.2) und die digitale soziale Praxis des vernetzten Individualismus im Verhältnis zu Datenschutzrisiken (7.3.3).

7.3.1 „... dieser Bereich Privatheit wird definitiv kleiner“: Post-Privacy

Entlang einer chronologischen Darstellung des Post-Privacy-Diskurses stelle ich in diesem Abschnitt die zentralen Argumente vor, die von seinen Vertreter_innen in die Netzbewegung hineingetragen wurden. Michael Seemann, der die Post-Privacy-Debatte in einer Artikelserie rekonstruiert hat, datiert ihren Beginn auf den 25. Chaos Communication Congress 2008 (Seemann 2011a). Auf der Veranstaltung mit dem Motto „Nothing to Hide“ stellte Christian Heller die provokante These in den Raum, dass in einem Verschwinden der Privatsphäre gesellschaftliche Chancen liegen, die es angesichts der technologischen Entwicklungen zu ergreifen gelte. Dass der „Bereich Privatheit [kleiner] wird“ (Peter) ist eine Prämisse der Post-Privacy-Diskussion. Vorangetrieben werde diese Entwicklung durch die „huge global information machinery“ (Heller 2008) digitaler, vernetzter Technologie, mit der immer mehr Daten gesammelt, gespeichert und miteinander verknüpft werden. Dem damit induzierten Verlust der Privatsphäre könne weder mit bürokratischen noch mit technologischen Mitteln entgegengewirkt werden. Parallel zu dieser Entwicklung sei eine Veränderung sozialer Normen zu

beobachten, im Zuge derer Menschen zunehmend öffentlich mit Informationen umgehen würden, die bislang der Privatsphäre zugeordnet wurden. Anhand der vergeschlechtlichten Trennung zwischen öffentlichem und privatem Raum argumentiert Heller, dass Privatheit nicht zwangsläufig ein Garant der Freiheit sei, sondern auch den Ausschluss von gesellschaftlicher Partizipation bedeuten könne. Es gelte also zu hinterfragen, ob und in welchen Fällen Privatsphäre eine Voraussetzung für menschliche Freiheit ist. Anlass für den damals 24-jährigen Studenten der Filmwissenschaft und Philosophie einen Vortrag mit dem Titel „Embracing Post-Privacy. Optimism towards a future where there is ‚Nothing to hide‘“ zu halten – und damit das Fachpublikum der Hacker_innen zu adressieren –, war laut Heller der evidente Widerspruch zwischen dem „Datenschutzbekenntnis“ deutscher Nerds und der „Dateneuphorie“, die zeitgleich in der Internetszene anzutreffen war.²¹⁶ Protest für mehr Datenschutz auf der einen Seite, die Faszination für *User Generated Content* und die Möglichkeiten, die die Verknüpfung verschiedener Datenquellen und -Arten mit sich bringen, auf der anderen Seite – diese parallelen Entwicklungen bilden den Nährboden, auf den die Post-Privacy-Debatte ab Ende 2008 gefallen ist.

Nach der Netzsperrern-Mobilisierungswelle im Bundestagswahljahr 2009 knüpften Heller und andere mit verschiedenen Artikeln und Vorträgen an diese Überlegungen an (Seemann 2011a). Zwei Themen, die 2010 die Diskussion in der Netzszene geprägt haben, waren die Einführung von Google Street View und die Veröffentlichungen von Wikileaks. Mit Street View erweitert Google seinen Kartendienst „Google Maps“ um Panoramabilder aus der Straßenansicht. Medien, Politiker_innen, das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Datenschutzbeauftragte und Gemeinden kritisierten das Unternehmen dafür, den öffentlichen Raum auf diese Weise digital zu verwerten und in die Privatsphäre der Anwohner_innen einzugreifen (Kuri 2010). Im Zuge dessen sah sich Google dazu bewegt, Hauseigentümer_innen und Mieter_innen eine Widerspruchsmöglichkeit einzuräumen. Teile der deutschen Netzszene reagierten mit Unverständnis auf die Kritik an Street View. So argumentierte Sascha Lobo (2010), dass der Versuch, die Einführung von Street View zu verhindern, als Einschränkung digitaler Öffentlichkeit zu werten sei. Ein Aktivist rief dazu auf, die im Zuge des Widerspruchsverfahrens von Google verpixelten Häuser zu fotografieren und mit Geodaten versehen im Internet zu veröffentlichen (Best/Kläner 2010). Aus den Reihen der Netzbewegung formierte sich erstmals Widerstand gegen den Datenschutz. Dies befeuerte Datenschutzkritiker_innen wie Seemann: „Post-Privacy – zumindest als datenschutzkritischer Diskurs – hatte plötzlich einen notwendigen Platz in einer aktuellen Debatte. Der Datenschutzdiskurs hatte sich in eine bedenkliche Richtung entwickelt“ (Seemann 2011b).

216 Laut Auskunft Christian Heller auf Twitter (Ganz/Heller 2015).

Seemann formuliert in dieser Zeit die These des Kontrollverlustes, mit der er einen für die Diskussion zentralen Befund auf einen Begriff bringt. Dass sich Speicherkapazität, Rechenleistung und Algorithmen „ständig dramatisch verbessern“ (Seemann 2011a), führe in einer von digitalen Medien durchdrungenen Welt dazu, dass die menschliche Vorstellungsfähigkeit nicht mehr ausreiche, zu antizipieren, welche Informationen tatsächlich preisgegeben werden. „Ein Kontrollverlust entsteht, wenn die Komplexität der Interaktion von Informationen die Vorstellungsfähigkeiten eines Subjektes übersteigt“ (Seemann 2011d: 76). Dieser Kontrollverlust betreffe nicht nur Individuen. Im Kontext der Wikileaks-Veröffentlichungen des Jahres 2010 sieht Seemann auch Staaten und Unternehmen dem Kontrollverlust ausgesetzt, denn auch sie seien immer weniger dazu in der Lage, Informationen geheim zu halten. Ihre Macht werde dadurch untergraben. Die „positive Kehrseite des Kontrollverlusts“ (Seemann 2011a) sieht Seemann in der Möglichkeit der gezielten Abfrage (englisch: *query*) von Informationen. Die „Query-Öffentlichkeit“ ist „das Stück Autonomie, das der Empfänger von Informationen hinzugewinnt, welches der Sender der Information durch den Kontrollverlust verloren hat“ (Seemann 2011a). In Bezug auf das Individuum geht mit der Diagnose des Kontrollverlustes eine für die Post-Privacy-These entscheidende Konsequenz einher: Informationelle Selbstbestimmung ist unter diesen Bedingungen nicht mehr realisierbar, setzt sie doch voraus, dass das Individuum in der Lage ist, die Folgen von Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung abzuschätzen (vgl. 7.3.3).

Der zweite Grundpfeiler der Post-Privacy-Debatte, neben der Kontrollverlust-These, ist die Kritik des Datenschutzes. In dem Artikel „Die Ideologie Datenschutz“ kritisierte Heller den Datenschutz als „Ideologie und Instrument bestimmter Vorstellungen von Staatsrecht und geistigem Eigentum; Rettungsanker für bestehende Ordnungen im Guten wie im Schlechten und Schutzversprechen für fragwürdige identitäre Logiken“ (Heller 2010). Die Gemeinsamkeit von Datenschutz und geistigem Eigentum bestehe darin, dass die Nutzung von Daten durch künstliche Verknappung reguliert werde. Das Konzept des Eigentums, das dem Datenschutz zugrunde liege und durch Formulierungen wie ‚meine Daten‘ auch in den Alltagsdiskurs eingeschrieben sei, lege die Grundlage der Verwertbarkeit von Daten. Der Ausbeutung von Daten könne folglich dadurch begegnet werden, sie „durch großzügiges Teilen zu entwerten, zu vergesellschaften“ (ebd.). Diese These ist eine provokante Intervention in den Diskurs der Netzbewegung, wo das Konzept des geistigen Eigentums sowie die daraus abgeleiteten Rechtsformen in der Regel einer scharfen Kritik unterzogen werden, wohingegen Datenschutz positiv bewertet wird (vgl. Kapitel 5).

Heller verknüpft diese Überlegung mit einer grundsätzlichen Kritik an dem Subjektverständnis, das dem Datenschutz zugrunde liege: Die Ideologie einer kohärenten Subjektivität, in der sich aus der Summe vergangener Hand-

lungen Aussagen über zukünftige Handlungen treffen lassen. Ein solches System der „identitären Einengung“ (Heller 2010) wäre totalitär, gebe es nicht die Privatsphäre und das Vergessen als kulturelle Korrelate, die dem Subjekt einen Freiheitsraum eröffnen, in dem es sich abweichendes Verhalten und Experimente erlauben kann. Datenschutz schützte also vor den totalitären Auswirkungen eines Identitätsregimes. Ebenjenes Subjektverständnis werde durch die Digitalisierung jedoch ins Wanken gebracht:

„Wer ständig all seine tatsächlichen Fehler, Widersprüche, Idiosynkrasien, Persönlichkeitsspaltungen und Inkonsequenzen broadcastet, der kann nicht mehr in eine kohärente Identität gezwungen werden. Wenn das Millionen tun, erodiert das zugrundeliegende Bild des Menschen und seiner Planbarkeit: Die Gesellschaft muss ihre Erwartungen neu konfigurieren.“ (Ebd.)

Heller sieht, wie auch Seemann, emanzipatorische Chancen in dieser post-privaten Zukunftsvision. Der Staat gewähre den Bürger_innen den Schutzraum der Privatsphäre unter dem Vorbehalt des angepassten Verhaltens. Unangepasstes Verhalten bleibe dagegen im Verborgenen. Auf diese Weise schneide die Privatsphäre Solidarität ab (Heller 2011: 123). Eine Welt ohne Geheimnisse dagegen, in der Menschen über ihre Eigenheiten kommunizieren können, „bricht die Isolation des Privaten auf und gibt denen ein soziales Echo, die vorher nie geglaubt hätten, Geistesverwandte zu finden. Befördert wird dieses Empowerment durch eine immer intelligentere Vermittlungsmaschinerie“ (ebd.). In Anlehnung an David Brins (1998) „The Transparent Society“ fordert Heller, dass „Transparenz zum gesellschaftlichen Grundprinzip“ (Heller 2010) werden solle. In einer solchen Welt ohne Geheimnisse würden Machtverhältnisse nivelliert und Entscheidungen auf der Basis objektiver Fakten getroffen, deren Bedeutung nun legitimiert werden müssten. Provokant spricht Heller davon, dass Datenbanken und Computer sogar Diskriminierung gerechter machen: Sie basiere nun nicht mehr auf Vorurteilen, sondern auf der objektiven Berechenbarkeit des post-privaten Menschen durch eine geradezu perfekte Rasterfahndung (Heller 2010).

Die Überlegungen zu Post-Privacy entwickelten sich im netzöffentlichen Umfeld von Akteur_innen wie Heller und Seemann also bereits vor der Gründung der „Datenschutzkritischen Spackeria“, die im empirischen Material häufig stellvertretend für die Post-Privacy-Strömung genannt wird. Ausgelöst durch eine Meldung über das Vorgehen des niedersächsischen Datenschutzbeauftragten gegen den Betreiber eines Internetforums²¹⁷ entzündete sich im Frühjahr 2011 auf Twitter eine Diskussion, in der „dringender Bedarf an kritischer Betrachtung der aktuellen Ereignisse um den Datenschutz“ (Spackeria 2011) und ein gemeinsames Interesse daran, die Datenschutzde-

217 Der Forenbetreiber hatte zur Refinanzierung seines Angebotes Google AdSense und Amazon-Anzeigen geschaltet (Bleich 2011).

batte neu zu bewerten, festgestellt wurde. Ausgehend von der Twitter-Diskussion versammelten sich Interessierte in einem IRC-Chat, formulierten erste Texte mit Hilfe von kollaborativen Textwerkzeugen und eröffneten unter der Domain spackeria.org ein Weblog sowie ein Wiki, um dort den Stand ihrer Diskussion öffentlich zu dokumentieren. In den folgenden Monaten erfuhr die Spackeria mit damals etwa zehn aktiven Mitgliedern ein hohes Maß an Aufmerksamkeit in der Netzöffentlichkeit und den Medien. Ein Höhepunkt war ein Interview mit Spackeria-Mitglied Julia Schramm bei Spiegel Online, in dem sie Post-Privacy als „die Idealvorstellung einer Gesellschaft, die Privatsphäre nicht mehr nötig hat, weil es keine Diskriminierung mehr gibt“ beschrieb, und mit provokanten Statements wie „Keine Macht den Datenschützern“ (Schramm/Reißmann 2011) auf die Datenschutzkritik aufmerksam machte.

Bei dem Namen „Spackeria“ handelt es sich um die Reappropriation eines abwertenden Begriffes, mit dem die CCC-Sprecherin Constanze Kurz zuvor die Post-Privacy-Strömung beschrieben hatte. Im Rahmen des CCC-Jahresrückblicks auf dem 27. Chaos Communication Congress hatte sich diese zu den oben skizzierten Post-Privacy-Überlegungen wie folgt geäußert: „Ich denke jeder sollte sich eine Meinung dazu bilden und die auch vertreten gegenüber den, meiner Meinung nach, sehr wenigen, aber sehr lauten Post-Privacy-Spacken“ (Bogk/Müller-Maguhn/Kurz/Rieger 2010).²¹⁸ Im Rückblick auf die Diskussion um Google Street View, aus Sicht des CCC ein Sommerlochthema, führen Kurz und Rieger die Position des CCC zur „nicht unwichtigen“ (ebd.) Post-Privacy-Debatte aus. Es handele sich dabei um einen „Irrweg“ (ebd.) von „Apologeten, die sich hinstellen und sagen, Transparenz in allen Bereichen, eben auch im Bereich der personenbezogenen und sehr privaten Daten, würde uns in eine bessere Welt führen, denn wenn jeder alles über alle weiß, dann werden wir irgendwie glücklich“ (ebd.). Rieger argumentiert, hinter der beobachtbaren Veränderung sozialer Normen stünden die Profitinteressen von Internetkonzernen wie Google und Facebook. Zwar sei es legitim, wenn sich Einzelne dafür entscheiden, auf Datenschutz zu verzichten, aber „das als Lebensstil [und] Zukunftsaussicht für alle zu propagieren, halten wir für grundfalsch und für bekämpfenswert“ (ebd.). Zugleich sei es eine Frage der Solidarität, so Kurz, die Aufgabe der Privatsphäre nicht als neuen sozialen Standard zu definieren. Die Dringlichkeit, mit der die Netzbewegung dazu aufgerufen wurde, sich von Post-Privacy zu distanzieren, zeigt, dass Seemann, Heller und die Spackeria mit ihren Aussagen zumindest aus der Sicht von Rieger und Kurz die Grenzen des Sagbaren überschritten hatten. In Reaktion auf die Kontroverse, die auf dem 27. Chaos Communication Congress eine Bühne gefunden hatte, richtete die Spackeria parallel zum 28. Chaos Communication Congress eine eigene Veranstaltung

218 Dieses und die nachfolgenden Zitate sind der Videoaufzeichnung des Vortrags entnommen.

aus. Wenige hundert Meter entfernt vom Veranstaltungsort des CCC-Kongresses traf man sich zur Spackeriade. Angekündigt als „eine Plattform [...] für alle, die sich mit Datalove, Kontrollverlust, sozialer Vernetzung, Post-Privacy oder Informationsfreiheit in mehr oder weniger utopischer Art und Weise auseinandersetzen möchten“ (zit. nach Ganz: 2012).²¹⁹ Auf der Veranstaltung fanden auch Post-Privacy-kritische Stimmen ihren Platz.

Anlässlich von öffentlichen Auftritten, Medienbeiträgen und Buchveröffentlichungen (Kurz/Rieger 2011; Heller 2011; Seemann 2014) wurde die Diskussion weitergeführt. Zusammengefasst formuliert der Post-Privacy-Diskurs:

- die Prämisse des Kontrollverlustes, wonach die Möglichkeiten, anfallende Daten zu speichern und neu zu verknüpfen, sowohl die individuelle Vorstellungskraft als auch politische Regelungsmöglichkeiten übersteigen;
- die Annahme, dass der Datenschutz Handlungsmöglichkeiten einschränke, weil er den von subjektiven Interessen an Öffentlichkeit vorangetriebenen Wandel sozialer Praktiken und Normen negiere;
- sowie eine Kritik des bürgerlichen Privatsphäre- und Identitätsverständnis, dessen totalitäre Auswirkungen Datenschutz lediglich korrigiere.

Post-Privacy fordert damit die bis zu diesem Zeitpunkt relativ etablierte Ordnung des Diskurses der Netzbewegung heraus. Es handelt sich um ein hegemoniales Projekt zweiter Ebene (vgl. Nonhoff 2006: 204–206), sprich um ein Ringen um diskursive Vorherrschaft innerhalb der Netzbewegung. Der Konflikt entzündet sich anhand der Frage, welchen Stellenwert dem Datenschutz innerhalb der Netzbewegung zukommt. Die Post-Privacy-Seite greift die in der Netzbewegung etablierte Hegemonie des Datenschutzes an, indem sie das ‚freie Internet‘ mit einer radikalen Utopie der Transparenz verknüpft, die zugleich an gewohnte Artikulationsmuster anschließt. So korrespondiert etwa die techniddeterministische These des Kontrollverlustes mit der Konstruktion einer dem Internet innewohnenden Eigendynamik (vgl. 5.3.1). Zugleich interveniert Post-Privacy gegen Überzeugungen, die von Befürworter_innen einer datenschutzorientierten Position vorgebracht werden: Zum einen wendet sich Post-Privacy gegen die Annahme, dass informationelle Selbstbestimmung individuelle Freiheit ermögliche und rechtlich gewährleistet werden könne. Zum anderen bewertet Post-Privacy den Schutz der Privatsphäre als Solidaritätshindernis. Diese beiden Argumente und die entsprechenden Gegenpositionen des Datenschutzdiskurses werde ich im Folgenden näher beleuchten, um die Differenzen der Debatte theoretisch einzuordnen.

219 Die Veranstaltung wurde im Folgejahr noch einmal wiederholt und dann nicht fortgesetzt.

7.3.2 *„Das Bewusstsein ist einfach nicht da“: Informationelle Selbstbestimmung und Selbstdatenschutz*

Im Volkszählungsurteil des Jahres 1983 formulierte das Bundesverfassungsgericht, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 GG) in Verbindung mit der Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG) auch den „Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten“ (BVerfG 2003) umfasst. „Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen“ (ebd.). Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung bestimmt zunächst das Verhältnis zwischen Bürger_innen und Staat. Es fließt aber auch in die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und bereichsspezifische Regelungen wie das Telemediengesetz (TMG) und den Sozialdatenschutz (§35 SGB I und §75 SGB X) ein, durch die der Umgang mit personenbezogenen Daten durch öffentliche und nichtöffentliche Stellen in Deutschland geregelt ist. Die Norm der informationellen Selbstbestimmung ist dadurch auf Strukturebene verankert. Für Befürworter_innen des Datenschutzes, welche in der Netzbewegung die überwiegende Mehrheit bilden, ist die informationelle Selbstbestimmung aber auch ein wichtiger normativer Orientierungspunkt. Im Folgenden zeige ich, dass informationelle Selbstbestimmung im gegenwärtigen Datenschutzdiskurs nicht nur gegenüber dem Staat und Unternehmen eingefordert, sondern in Form des Selbstdatenschutzes auch als normative Anrufung an das Subjekt gerichtet wird. Post-Privacy kommt in diesem Diskurs die Rolle eines Sündenbocks zu, der für das Scheitern individualisierter Datenschutzpraxen verantwortlich gemacht wird.

Internetnutzer_innen geben im Zuge ihrer digitalen Alltagspraxen persönliche Daten preis und ermöglichen durch ihr Nutzungsverhalten, dass Internetdienstleister_innen umfangreiche Profile anlegen können. Wissenschaftler_innen sprechen diesbezüglich von einem „Privacy Paradox“, wonach Nutzer_innen grundsätzlich Wert auf die Privatsphäre legen und über ein gewisses Risikobewusstsein verfügen, ohne dass sich dies in ihrem Verhalten wieder spiegelt (Taddicken 2013: 248). Diese Diagnose lässt sich auch auf das Verhältnis von sozialer Praxis und informationeller Selbstbestimmung beziehen. Zwar sieht Datenschutzrecht für die Erhebung, Speicherung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten grundsätzlich das Prinzip der informierten Einwilligung vor, die „auf der freien Entscheidung des Betroffenen beruht“ (§ 4a BDSG). In der Praxis wird dieses Prinzip jedoch regelmäßig unterlaufen, indem kommerzielle digitale Medienangebote die grundsätzliche Einwilligung in die Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Angaben durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen zur Teilnahmevoraussetzung machen. Julian Staben fasst die sich daraus ergebende

Problematik wie folgt zusammen: „Users have poor knowledge mainly shaped by hearsay, which results in insecure online behaviour. Contrary to the constitutional and statutory ideal it remains obscure to (almost) all users for what exact purposes personal data can be used“ (Staben 2012). Informationelle Selbstbestimmung auszuüben setzt „ein grundlegendes Verständnis für die rechtlichen, technischen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Datenschutzes“ (Schmidt/Weichert 2012: 19) voraus und ist somit eine hochgradig anspruchsvolle Anforderung.

Die Annahme, dass viele Internetnutzer_innen einen arglosen Umgang mit persönlichen Daten pflegen, wird von vielen Aktivist_innen der Netzbe-
wegung geäußert. „Ich denk halt einfach, dass die meisten Menschen nicht wissen, was mit ihren Daten passiert, und das ist das Gefährliche“, sagt Andreas, der Datenschutz-Gesetze für notwendig hält, um „die Leute zu schützen.“ Meike, die beruflich mit Jugendlichen zu tun hat, hat den Eindruck, dass diese völlig unreflektiert im Internet agieren: „die interessiert das Null [...] das Bewusstsein ist einfach nicht da.“ Dass Internet-Nutzer_innen grundsätzlich am Schutz ihrer Privatsphäre interessiert sind, aber Gefahren systematisch unterschätzen und unsicher bezüglich ihrer Handlungsmöglichkeiten sind, wird auch durch zahlreiche Sachbücher zum Thema vermittelt. Diese werben oft mit dramatisch zugespitzten Titeln um die Aufmerksamkeit der Leser_innen: „Ausgespäht und abgespeichert: Warum uns die totale Kontrolle droht und was wir dagegen tun können“ (Simon/Simon 2008), „Angriff auf die Freiheit“ (Trojanow/Zeh 2009), „Die Datenfresser“ (Kurz/Rieger 2011), „Mich kriegt ihr nicht! Die wichtigsten Schritte zur digitalen Selbstverteidigung“ (Heuer/Tranberg 2013), „Sie kennen dich! Sie haben dich! Sie steuern dich!: Die wahre Macht der Datensammler“ (Morgenroth 2014), „Finger weg von unseren Daten!: Wie wir entmündigt und ausgenommen werden“ (Albrecht 2014). Die Autor_innen verfolgen das Ziel, Leser_innen über die Überwachungspraktiken staatlicher und privatwirtschaftlicher Akteu-
rer_innen aufzuklären und rufen ins Bewusstsein, dass mit der Privatsphäre ein Grundpfeiler der demokratischen Gesellschaft auf dem Spiel stehe. Zudem führen sie aus, welche Interessen hinter den Anreizsystemen stehen, die Nutzer_innen zur Angabe personenbezogener Daten auffordern. Die Titel adressieren eine Zielgruppe, die grundsätzlich Wert auf ihre Privatsphäre legt und erfahren will, wie sie ihr Nutzungsverhalten entsprechend anpassen kann und welche politischen Aktivitäten entfaltet werden könnten. Dem Genre der Datenschutz-Literatur und den oben zitierten Aussagen ist gemeinsam, dass informationelle Selbstbestimmung nicht nur als Anspruch gegenüber dem Gesetzgeber, sondern auch als Handlungsimperativ verstanden wird, der sich an das Subjekt richtet. Bürger_innen werden in diesem Diskurs dazu aufgerufen, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht nur politisch einzufordern, sondern auch individuell auszuüben.

Anhand von „Die Datenfresser“ (Kurz/Rieger 2011) lässt sich diese Adressierung exemplarisch nachzeichnen. Den „Wegweiser zur digitalen Mündigkeit“ leiten die beiden CCC-Sprecher_innen Kurz und Rieger mit folgenden Worten ein: „Die gute Nachricht ist, dass wir nicht wehrlos sind gegenüber der Informationsmagie und -gier, dass wir unser Schicksal in die eigene Hand nehmen können“ (ebd.: 11). Angesichts der „kommerziellen und staatlichen Datenfresser“ sei es notwendig, „dass man sich zuallererst um seine eigene Datensouveränität kümmert“ (ebd.). Das Konzept der digitalen Mündigkeit zielt darauf ab, „Handlungsspielräume [zu erhalten], nicht heute für alle Zukunft zu entscheiden, wer was wissen soll“ (ebd.: 202). Das Schlusskapitel verspricht folglich, praktische Wege aufzuzeigen, um digitale Mündigkeit zu erlangen, „ohne zum Netzeremiten zu werden“ (ebd. 252). Die Autor_innen raten dazu, für datensparsame Angebote zu zahlen (ebd.: 248), sich über die impliziten und expliziten sozialen Normen des Umfelds bewusst zu werden (ebd.: 250f.) und auf die Angabe von persönlichen Daten und die Weitergabe von Informationen über Dritte zu verzichten sowie verschiedene Identitäten und Pseudonyme zu verwenden (ebd. 252–265).

Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen handelt es sich um Praktiken des Selbstdatenschutzes. Carsten Ochs fasst darunter passive Maßnahmen der Datenvermeidung, aktive Maßnahmen der Verschlüsselung, Anonymisierung und Pseudonymisierung sowie Maßnahmen, durch die im Nachgang die Löschung vorliegender Daten eingefordert werden kann (Ochs 2015: 45). Das solche Selbstschutzmaßnahmen nur begrenzt wirksam sind, tritt bei Kurz und Rieger mehr oder minder offen zu Tage. Besonders deutlich wird dies in der Gegenüberstellung von Entscheidungsfreiheit und den Folgen, die individuelles Verhalten für Dritte mit sich bringen kann. Einerseits müsse jeder „für sich selbst entscheiden, ob er ein Problem damit hat, dass viele vieles über ihn wissen können“ (Kurz/Rieger 2011: 249), andererseits könnte das eigene Datenverhalten nicht intendierte Folgen für andere haben. Die Autor_innen beziehen sich dabei auf die Studie „Gaydar: Facebook friendships expose sexual orientation“ (Jernigan/Mistree 2009). Dort konnte gezeigt werden, dass sich anhand von Facebook-Verbindungen Aussagen über die sexuelle Orientierung einer Person treffen lassen. Die Autor_innen der Studie folgern daraus: „Network data shifts the locus of information control away from individuals, as the individual’s traditional and absolute discretion is replaced by that of his social network“ (ebd.). Folglich reicht es nicht mehr aus, informationelle Selbstbestimmung auf die Preisgabe eigener Daten zu beziehen; auch andere Menschen müssen in den Selbstdatenschutz einbezogen werden. Diesbezüglich warnen Kurz und Rieger: „der soziale Umgang mit Menschen, die keine Privatsphären-Manieren haben oder gar offensiv Post-Privacy-Ideologien vertreten, kann im Ernstfall ähnlich riskant sein wie intimer Umgang mit habituellen Safer-Sex-Verweigerern“ (Kurz/Rieger 2011: 205). Menschen ohne „Privatsphäre-Manieren“ und Vertreter_innen der Post-

Privacy-Ideologie werden hier zum Sündenbock für das von Seemann (2011a) beschriebene strukturelle Problem des Kontrollverlustes. Schließlich geht es bei der angesprochenen Problematik nicht um gezielte Verletzungen der Privatsphäre Dritter, beispielsweise in Form eines *Outings*, sondern um „Kollateralschäden“ (Kurz/Rieger 2011: 205) des eigenen Verhaltens. Im Sinne des seemannischen Kontrollverlustes heißt dies, dass die soziotechnischen Praktiken zu einer Situation führen, in der eine souveräne, individuelle Entscheidung nicht mehr möglich ist. Im Kontext eines rasanten technischen Wandels, den die wenigsten Menschen durchdringen, setzt das Konzept des Selbst Datenschutzes technische Fertigkeiten sowie soziale Normbildungsprozesse voraus. Wie Ochs anhand der Cypherpunk-Bewegung²²⁰ zeigt, können Praktiken des Selbst Datenschutzes derzeit lediglich in Subkulturen umgesetzt werden, die über geteilte Normen, Routinen sowie „kollektiv erzeugte soziotechnische Infrastrukturen“ (Ochs 2015: 50) verfügen. Der „Aktivierungsimperativ“ (ebd. 48) des Selbst Datenschutzes, zu dessen Träger_innen neben selbstorganisierten Initiativen und Aktivist_innen auch Datenschutzbeauftragte, Parteien und Interessenverbände der Informationswirtschaft gehören (ebd.: 46), sei dagegen fragwürdig, weil er die Verantwortung für den Schutz der Privatsphäre in die Hände des Individuums verlagere, das tatsächlich aber nur über einen sehr eingeschränkten Entscheidungsspielraum verfüge.²²¹

Aus gouvernementalitätstheoretischer Perspektive begreifen Tobias Matzner, Philipp K. Masur, Carsten Ochs und Thilo von Pape (2016) den Aktivierungsimperativ des Selbst Datenschutzes als Form der Responsibilisierung (Matzner et al. 2016: 3.1). Responsibilisierung ist eine neoliberale Regierungstechnologie, mit der Individuen dazu aufgerufen werden, die Verantwortung für Lebensrisiken zu übernehmen. Im Zuge dessen werden oftmals Aufgaben von Individuen übernommen, die vormals von staatlichen Institutionen und Wohlfahrtsregimen geleistet wurden (O'Mailey 2009: 276). Die Anrufung, selbst für den Schutz der informationellen Privatsphäre verantwortlich zu sein, ist Teil der „zivilen Sicherheit“, einer „neue[n] Verantwortungsstruktur, in der die Bürger verstärkt selbst für ihre Sicherheit sorgen sollen bzw. staatlicherseits verstärkt in die Sicherheitsvorsorge einbezogen werden“ (Krasmann et al. 2014: 17). Die Führung zur Selbstführung (Foucault 2005a), die sich im Rahmen des Konzeptes der zivilen Sicherheit vollzieht, gehe von rational handelnden Akteur_innen aus, die Entscheidungen entlang einer individuellen Abwägung von Interessen und Risiken treffen. Formen von Zwang und sozialem Druck werden, so Matzner et al. (2016), in diesem Diskurs ausgeblendet, so dass Datenschutz respektive der

220 Cypherpunkts sind ein auf Kryptographie und Anonymisierungstechnologien spezialisierter Teil der Hacker-Subkultur (Coleman/Golup 2008: 260).

221 Diese Einschätzung über die Grenzen des Identitätsmanagements teilen auch Expert_innen aus der Informatik (Danezis/Gürses 2011).

Verzicht darauf als rationale Wahl begriffen werden können. Dies führe zu einer asymmetrischen Verteilung der Kosten: Subjekte tragen die negativen Folgen, während sich Unternehmen die aus dem individuellen Handeln resultierenden Gewinne aneignen (Matzner et. al 2016: 3.2). Auch Datenschutz werde innerhalb dieser Logik zur Ware. Da finanzielle Ressourcen ungleich verteilt sind, führe die Kommodifizierung von Datenschutz zu weiteren Ungleichheitseffekten, zumal sich bestimmte Formen der Überwachung auf Menschen mit wenig Geld richten (ebd.: 3.3). Am Beispiel von typischen Social-Media-Selbstinszenierungspraxen junger Frauen machen die Autoren zudem deutlich, dass Subjekte abhängig von ihrer sozialen Positionierung verschiedene Privatsphäre- und Öffentlichkeitspraktiken herausbilden. Die Logik individueller Verantwortlichkeit führe in diesem Zusammenhang zu moralischen Doppelstandards, etwa in Form von „victim blaming“ (ebd. 3.4). Zusammenfassend stellen sie fest: „Individual responsibility for data protection clearly leads to unequal distribution of effort, material and social costs that materialize along social lines of discrimination“ (ebd.: 3.4). Die mit dem Datenschutzdiskurs verbundene Responsibilisierung verfügt damit über eine soziale Ungleichheitsdimension. Im nächsten Abschnitt werde ich beleuchten, wie diese in der Post-Privacy-Debatte der Netzbewegung aufgegriffen wird.

7.3.3 *„Ich bin ja nicht wirklich Contra-Datenschutz, aber ...“: Vernetzter Individualismus und Datenschutzrisiken*

In diesem Abschnitt argumentiere ich, dass sich die Wirkmächtigkeit der Datenschutzkritik mit Bezug durch seine Anschlussfähigkeit an die Subjektposition der Avantgarde vernetzter Individuen erklären lässt. Die Differenz zwischen dieser Subjektposition und der Subjektposition der digitalen Außenseiter_innen (vgl. Kapitel 6) wird in der Post-Privacy-Debatte entlang von ungleich verteilten Datenschutz-Risiken verhandelt. Wie ich zeigen werde, finden die beiden Diskursparteien hierauf unterschiedliche Antworten. Gemeinsam ist ihnen jedoch, der Gegenseite vorzuwerfen, aus einer partikularen, weil privilegierten Position heraus zu den falschen Schlüssen zu kommen.

Die soziale Praxis vieler Aktivist_innen der Netzbewegung ist von einem spielerisch-reflektierten Umgang mit Öffentlichkeit geprägt. Praktiken des Selbstdatenschutzes rücken demgegenüber oftmals in den Hintergrund. Die Erfahrungen der Aktivist_innen als engagierte Teilnehmende digitaler Öffentlichkeiten spiegelt sich auf der Ebene symbolischer Repräsentationen wieder. Private Informationen öffentlich zu machen wird von den Befragten durchaus positiv bewertet. So kritisiert beispielsweise Nora, von der auch das titelgebende Zitat stammt, dass dem Datenschutz-Diskurs der Bezug zum

Leben von „normalen Bürgerinnen“ fehle und nicht anerkenne, dass soziale Medien „ermächtigend“ seien: „Ich meine, es gibt ja einen Grund, warum sie dies und das nutzen. Es ist ja nicht so, dass jeder, der Facebook benutzt, irgendwie ein Idiot ist, sondern es gibt bestimmte Bedürfnisse, die damit erfüllt werden.“ Daniel kritisiert „Leute, die sagen, oh Gott, man kann doch nicht veröffentlichen was man gerade tut“ als „kulturpessimistisch“ und „einfach unreflektiert.“ Die Aktivist_innen unterstreichen mehrheitlich den Wert von Vernetzung als einen Aspekt, der aus ihrer Sicht im Datenschutz-Diskurs zu kurz kommt. Als Vertreter der Post-Privacy-Position spitzt Peter diesen Gedanken zu, wenn er formuliert, dass sich die Grenzen von Privatheit verschieben, weil „[wir] mehr Sinn darin sehen, uns anknüpfbar zu machen nach außen, als geheim zu bleiben und unsichtbar zu bleiben.“ Ihre Zweifel am „Dogma“ des Datenschutzes begründen Peter und andere Aktivist_innen mit den Vorteilen digitaler Vernetzung.

Gegenüber der individualisierenden Perspektive auf informationelle Privatheit, die durch den Selbstdatenschutz-Diskurs vertreten wird, lassen sich aus einem konstruktivistischen, an kollektiver sozialer Praxis orientierten Verständnis von Privatheit die verschiedenen Suchbewegungen nachvollziehen, mit der Subjekte auf veränderte Bedingungen reagieren. Vernetzung setzt voraus, so Stalder, dass Subjekte sichtbar, wiedererkennbar und unterscheidbar sind. Das Leben in Netzwerken erfordere zudem die Fähigkeit, widersprüchliche Anforderungen zu managen. Und schließlich müssen die Subjekte sich an den Spielregeln des jeweiligen Netzwerks orientieren. Die Protokolle des Netzwerkes, seine „rules of engagement“, müssen respektiert und aktiv reproduziert werden (Stalder 2013: 22). Im Rahmen des Forschungsprojektes „Subjektkonstruktion und digitale Kultur“ (Carstensen et al. 2014) konnte gezeigt werden, dass Subjekte sich aktiv mit den Herausforderungen, die der digitale Medienwandel mit sich bringt, auseinandersetzen. Die Autorinnen gehen von einem Wechselspiel aus Grenzmanagement und -Überschreitung (Schachtner/Duller 2014) aus, in dem Subjekte die Grenzverschiebungen zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre reflektieren und bewusst gestalten (Carstensen/Ballenthien/Winker 2014: 42; vgl. Ochs/Löw 2012). Stalder (2013) formuliert die These, dass der Bedeutungsverlust der Privatsphäre ein zentraler Aspekt einer gegenwärtigen Transformation von Subjektivität ist (vgl. Kapitel 5.3.2). Den empirischen Befund von sich verschiebenden Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre ordnet er historisch wie folgt ein: Das Subjektverständnis der liberalen Moderne beruhe auf der Prämisse, dass das Individuum auf die Privatsphäre angewiesen ist „um die in modernen Gesellschaften beanspruchte und rechtlich gesicherte individuelle Freiheit leben zu können“ (Rössler 2001: 138). Gesellschaft und Gemeinschaft werden durch den Liberalismus als Gefahr für die individuelle Freiheit problematisiert. Das sozialistische Projekt und den Konservatismus des 20. Jahrhunderts deutet Stalder dagegen als Reaktionen auf den liberalen

Individualismus, dem eine zerstörerische Kraft zugeschrieben wurde. Das Projekt des Neoliberalismus wiederum verteidigte ab Mitte des 20. Jahrhunderts das freie, selbstbestimmte Individuum gegen die Zumutungen der Gesellschaft – verbunden mit dem Glauben an die freiheitsstiftende Kraft des Marktes. Die Durchsetzung des neoliberalen Individualismus als *common sense* sei nicht zuletzt durch die Verknüpfung dieses Projektes mit gegenkulturellen Werten der sozialen Bewegungen gelungen (vgl. Boltanski/Chiapello 2003). Der mittlerweile hegemonial durchgesetzte Neoliberalismus werde nun gegenwärtig nicht mehr als Versprechen, sondern als Zwang erlebt. Dies ermögliche, dass Werte wie Flexibilität und Individualität von neuen gegenhegemonialen Projekten der digitalen Kultur re-artikuliert werden:

„[Flexibility and individuality] are being freed from their neoliberal framing, developed further and connected to new political projects. Thus, they are in the process of finding new expression in forms of sociability that emerge on mass scale, pioneered by internet-mediated communities. It is through these experiences that the construction of contemporary individuality shifts from being rooted in the private realm to being based in networking.“ (Stalder 2013: 21f.)

Stalders Argumentation folgend, verändert die Privatsphäre ihren Stellenwert in Relation zu der Beziehung, die im Rahmen der hegemonialen Ordnung zwischen Individuum und Soziabilität artikuliert wird. Das zentrale Merkmal der sich gegenwärtig herausbildenden Form von Soziabilität sei das Netzwerk. Waren soziale Beziehungen vormals über die Logik des Ein- und Ausschlusses gesellschaftlicher Institutionen wie Familie, Schule, Nation oder Gefängnis (vgl. Foucault 1974) bestimmt, ist heute das Individuum im Netzwerk selbst dafür verantwortlich, soziale Beziehungen herzustellen.²²² Es ist folglich darauf angewiesen, sichtbar zu sein, oder wie Peter es formuliert, sich „anknüpfbare“ zu machen: „Insisting on privacy, in this context, is unsuccessful as a strategy to protect the core of individuality and carries the danger of making a person invisible, thus leading to self-selection and self-exclusion“ (Stalder 2013: 56).

Stalders Ausführungen sind, wie er auch selbst schreibt, notwendigerweise spekulativ. Sie können jedoch als Erklärung dafür dienen, warum einige Netzaktivist_innen ein Unbehagen gegenüber einer Datenschutz-Dogmatik zum Ausdruck bringen. Das Post-Privacy-Projekt artikuliert das widersprüchliche Verhältnis zwischen dem Anspruch des Datenschutz-Diskurses und den sozialen Praktiken von Internetnutzer_innen. Es gibt zwar Überschneidungen zwischen der Netzbewegung und den von Ochs (2015)

222 Ein Beispiel dafür sind Online-Kurse, die als Werkzeuge autodidaktischer Lernprozesse zunehmend die institutionelle Ausbildung ersetzen. Solche Kurse verlagern die Kontrolle über das Lernen ins Individuum, „die permanente Weiterbildung [löst] tendenziell die Schule ab“, wie Gilles Deleuze es in „Postskriptum über die Kontrollgesellschaften“ formulierte (Deleuze 1993: 257, Herv. i.O.).

beschriebenen Subkulturen, die einen kollektiven Selbstschutz betreiben. Aber die in der Netzbewegung verbreiteten Praxisformen des Selbstschutzes und der öffentlichen Selbstdarstellung bewegen sich zwischen den Extremen: auf der einen Seite Cypherpunks, die sehr viel Wert auf sichere, verschlüsselte Kommunikation legen, und auf der anderen Seite die Post-Privacy-Selbsexperimente eines Christian Heller, der sein Leben in einem Wiki öffentlich dokumentiert (Plomlompom o. J.; vgl. Tante 2012b). Die aus dem liberalen Subjektverständnis des Datenschutzdiskurses resultierende Erwartung, Subjekte würden ihr Interesse an (Selbst-)Datenschutz aktiv verfolgen, werden schon innerhalb der Netzbewegung enttäuscht. Der Post-Privacy-Diskurs korrespondiert insofern mit dem vernetzten Individualismus. Er entfaltet seine Wirkmacht, weil er unmittelbar an den politischen Diskurs der Netzbewegung als einem Projekt der Avantgarde vernetzter Individuen anschließt. Durch die Kontraritätsrelation, die gegenüber dem Datenschutz als überaus traditionsreichem Element der protagonistischen Äquivalenzkette der Netzbewegung artikuliert wird, wird der Diskurs der Netzbewegung zugleich destabilisiert. Es formieren sich, wie ich gezeigt habe, verschiedene Subjektpositionen, die die Auseinandersetzung um diskursive Vorherrschaft auf zweiter Ebene austragen.

In dieser Auseinandersetzung kommt auch die Verbindung von sozialer Ungleichheit und Datenschutz zum Tragen. Im empirischen Material wird deutlich, dass viele Befragte einen Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und den Risiken, die mit informationellen Eingriffen verbunden sein können, sehen. So geht beispielsweise Jochen davon aus, „dass man die Gefährlichkeit von Daten nicht trennen darf von der Situation eines Betroffenen und seiner sozialen Umgebung. [...] Ich unterscheide schon nach sozialen Gruppen und potentiellen sozialen und staatlichen Repressionen.“ Nora, die den Post-Privacy-Diskurs gerade deswegen interessant findet, weil er Alltagspraxen stärker in Betracht zieht als die Datenschutz-Seite, betont: „ich bin pro Datenschutz, wenn ich mir so bestimmte Machtstrukturen, Machtmechanismen anschau.“ Andere Befragte nennen konkrete Risikogruppen, die aus ihrer Sicht zu arglos mit persönlichen Daten im Internet umgehen, darunter Jugendliche, aber auch ältere Menschen. Auf Seiten der Post-Privacy-Vertreter_innen spricht Hanna an, dass Menschen abhängig von ihrer sozialen Positionierung unterschiedlichen Risiken ausgesetzt sind. Ihre Argumentation zielt jedoch nicht auf einen entsprechend gestalteten Datenschutz ab, wie folgendes Zitat zeigt:

„Mir wird zwar dann oft vorgeworfen, dass ich vom Thema abweiche. Aber ich find das ist genau der Knackpunkt. Weil warum sollen denn meine Daten denn geschützt werden? Damit ich meinen Job nicht verliere, damit die Krankenkasse mich nicht üben Tisch zieht. Das sind ja ganz konkrete Probleme, die mir drohen, wenn meine Daten irgendwie ... Wenn man rausfindet, dass ich homosexuell bin, dass ich eine Krankheit habe [...], dass ich vielleicht HIV-positiv bin, dass ich vielleicht [...] straf-

rechtlich verurteilt worden bin. Oder dass ich einfach Extremsport mache oder gerne saufe. Das sind ja Sachen, die konkret Auswirkungen auf mein Leben haben. Und darüber [...] will ich gerne reden. Das sind die Sachen, die ich viel wichtiger finde als das alte Konzept Datenschutz zu erhalten.“

Hanna positioniert sich als Fürsprecherin von Menschen, denen gesellschaftliche Ausgrenzung droht. Ihr ist es wichtig, Diskriminierung zu thematisieren, weil sie davon ausgeht, dass Datenschutz die zugrundeliegenden Probleme nicht löst und möglicherweise sogar die Teilhabe der betroffenen Personengruppen an der digitalen Kultur einschränkt. Sie möchte in einer Welt leben, in der Menschen sich in digitalen Öffentlichkeiten präsentieren und vernetzen können, ohne sanktioniert zu werden.

Anhand der Texte „Die Datenfresser“ (Kurz/Rieger 2011) und „Post-Privacy“ (Heller 2011) lässt sich herausarbeiten, wie die Diskursparteien der Debatte den Zusammenhang von Datenschutz und Ungleichheit für ihre Argumentation nutzen. Kurz und Rieger werfen der Post-Privacy-Strömung vor, von einer privilegierten gesellschaftlichen Position aus zu sprechen und deshalb Risiken, die für andere bestehen, auszublenden:

„Was die Protagonisten dieser Idee verkennen: Sie mag für einen kleinen, privilegierten Teil der Menschheit zutreffen, der in ohnehin toleranten – oder auch ignoranten – Großstädten und Milieus lebt. Für viele andere kann ein zwangsbeglückender Transparentmachungswahn schnell in die soziale oder persönliche Katastrophe führen“ (Kurz/Rieger 2011: 251).

Kurz und Rieger bewerten informationelle Transparenz in Abhängigkeit zur sozialen Position des Individuums. Privilegierte könnten Vorteile daraus ziehen; für andere dagegen stelle Transparenz ein Risiko dar. Wenn unfreiwillig geoutete homosexuelle Jugendliche, so ihr Beispiel, durch den sozialen Druck in den Selbstmord gedrängt werden, offenbare sich Post-Privacy als „realitätsfernes Gedankenexperiment“ (ebd.: 252). Als Post-Privacy-Befürworter verbindet dagegen Heller, wie in 7.3.1 bereits gezeigt, die Transparentmachung privater Informationen mit Solidarität. Risiken sieht er dagegen ausschließlich auf der Seite gesellschaftlich Privilegierter:

„Transparenz erhöht die Zahl der möglichen Anknüpfungspunkte für Solidarität und steigert das möglicherweise solidarisch nutzbare Wissen. Andererseits kann Transparenz auch in Angreifbarkeit umschlagen. [...] Transparenz kann meine Privilegien gegenüber den anderen sichtbar machen – und so die Frage nach ihrer Berechtigung aufwerfen.“ (Heller 2011: 136)

Die Transparenz privater Informationen sei zwar mit Risiken verbunden, es bestehe jedoch die Chance, den Risiken durch Solidarität und eine „gemeinsame Analyse der Situation, die es zu verändern gilt“ (ebd.: 135) etwas entgegenzusetzen. Um im Beispiel zu bleiben: Das *Outing* eröffnet die Mög-

lichkeit, Teil einer solidarischen Community zu werden (ebd.). Zudem weist Heller auf die Klassendimension des modernen Verständnisses von Privatheit hin. Das Bürgertum des 19. Jahrhundert habe seine Überlegenheit gegenüber den unteren sozialen Klassen durch die Herausbildung einer „Moral der Privatsphäre“ (ebd.: 41) begründet und habituelle Privatsphärepraktiken herausgebildet, die zur Abgrenzung gegenüber nicht-bürgerlichen Milieus beitragen, die aus Sicht bürgerlicher Moralvorstellungen ‚zu öffentlich‘ leben (ebd.: 41).

Die Datenschutzkritik der Post-Privacy-Fraktion lässt sich in diesem Licht als Liberalismuskritik interpretieren, wohingegen sich die Datenschutz-Fraktion demgegenüber im Rahmen eines liberalen Verständnisses des Rechtsstaates bewegt. Indem letztere staatliche Überwachungspraxen in den Fokus der Aufmerksamkeit rückt, sich für bessere Datenschutzgesetzgebung einsetzt und verfassungsrechtliche Wege zur Einhaltung der Grundrechte beschreitet, formuliert sie eine dem liberalen Rechtsstaat immanente Kritik an dessen Scheitern an den eigenen Werten. Die wesentlichen Elemente der datenschutzkritischen Liberalismuskritik sind dagegen erstens die Kritik am Eigentumsbegriff in Bezug auf persönliche Daten, zweitens der Fokus auf den Kontrollverlust, der als Unmöglichkeit rationaler Wahl verstanden werden kann, und drittens die Kritik an entsolidarisierenden Effekten der bürgerlichen Privatsphäre. Damit dekonstruiert Post-Privacy den liberalen Freiheitsbegriff, dem zufolge sich das Subjekt gegen die Effekte gesellschaftlicher Machtverhältnissen schützen, aber auch für sein Scheitern daran verantwortlich gemacht werden kann. Der individualisierenden Responsibilisierung stellt Post-Privacy einen Ruf nach Solidarität gegenüber. Wie allerdings eine transparente Gesellschaft erreicht werden soll, in der auch die Mächtigen und Privilegierten ‚von unten‘ überwacht werden, wird dabei ebensowenig ausbuchstabiert wie die gouvernementalen Effekte von Transparenz und „flüchtiger Überwachung“ (Bauman/Lyon 2013) in Betracht gezogen werden. Heller und andere Vertreter_innen der Post-Privacy-Schule berücksichtigen zwar zu wenig, dass vernetzter Individualismus in die gegenwärtigen Regierungslogiken kapitalistischer Hegemonie eingebunden ist (vgl. Kapitel 5.3.5). Es gelingt ihnen jedoch herauszuarbeiten, dass die Logik der informationellen Privatsphäre und die sich daraus ergebenden Freiheitsrechte Teil einer Regierungsrationalität sind, die zwischen Subjekten, die zur Selbstführung in der Lage sind, und Subjekten, in deren informationelle Selbstbestimmung etwa im Namen der Sicherheit eingegriffen werden darf, unterschieden werden kann.

Als hegemoniale Projekte innerhalb des Diskurses der Netzbewegung ringen Datenschutz und Post-Privacy somit um die Ausdeutung des leeren Signifikanten ‚freies Internet‘. Die hier untersuchten Argumentationen knüpfen an die Problematisierung von Privilegien im Diskurs der Netzbewegung an, die ich in Kapitel 6 herausgearbeitet habe. Dort wurde gezeigt, dass die

Netzbewegung eine reflexive Selbstproblematierung als privilegiertes Kollektiv in Relation zur Subjektposition der digitalen Außenseiter_innen vornimmt. In der Post-Privacy-Debatte als Konflikt um Hegemonie auf zweiter Ebene beziehen sich also beide Diskursparteien auf ein Drittes. Im Versuch, die partikulare Position als Teil der Avantgarde vernetzter Individuen zu überwinden, vollziehen beide einen erneuten Akt der Hegemonialisierung. Die Vertreter_innen des Datenschutzes und die Vertreter_innen der Post-Privacy-Position müssen jeweils zu Fürsprecher_innen von anderen prekären, diskriminierten und bedrohten Subjektpositionen werden. Nur auf diese Weise kann Post-Privacy respektive Datenschutz als das jeweils spezifische Allgemeine dieser konkurrierenden hegemonialen Projekte innerhalb der Netzbewegung mit dem symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen – dem ‚freien Internet‘ – äquivalent gesetzt werden. Im nun anschließenden Kapitel-fazit werde ich die Ergebnisse resümieren und mit einer Überlegung zur Lage der Netzbewegung nach den Snowden-Enthüllungen verknüpfen.

7.4 Das freie Internet und die Netzbewegung nach Snowden

Gegenstand des Kapitels war die Post-Privacy-Debatte innerhalb der Netzbewegung und damit eines ihrer zentralen Handlungsfelder: der Datenschutz. Welche Erkenntnisse lassen sich anhand dessen für die Frage nach Subjektpositionen und sozialer Ungleichheit gewinnen, und wie kann die derzeitige Lage der Netzbewegung vor diesem Hintergrund beurteilt werden?

Die Debatte um Post-Privacy hatte ihre Hochzeit in den Jahren 2010 und 2011, also unmittelbar vor dem Erhebungszeitraum. Dies zeigt sich deutlich anhand der in 7.1 vorgestellten Subjektkonstruktionen. Der überwiegende Teil der Befragten bezieht sich darin auf Post-Privacy, und bis auf zwei Ausnahmen grenzen sich alle Interviewten in unterschiedlicher Intensität von dieser datenschutzkritischen Position ab. Letztere begründen ihre Haltung in normativer Hinsicht mit Bezug auf den Wert der informationellen Selbstbestimmung, die durch den Datenschutz strukturell gewährleistet werden soll, sowie mit Bezug auf die Hackerethik. Aber auch Nutzungspraxen sind für viele Aktivist_innen ein wichtiger normativer Bezugspunkt, wenn sie fragen, wie das Bedürfnis nach digitaler Vernetzung im Kontext von kommerziellen Verwertungsinteressen und staatlicher Überwachung zu bewerten ist. Ausgehend von diesen Selbstpositionierungen habe ich in 7.2 zusammenfassend drei Subjektpositionen charakterisiert: policy-orientierte Datenschutzmaximalist_innen, praxisorientierte Pragmatiker_innen und Post-Privacy-Vertreter_innen. Im Anschluss habe ich den Konflikt zwischen der Post-Privacy-Strömung und den beiden Diskursparteien, die sich pro Datenschutz aussprechen, genauer untersucht. Da die pragmatische Haltung zwischen den

beiden Konfliktpositionen aus meiner Sicht zeigt, dass die Handlungsfähigkeit von Internetnutzer_innen ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der Debatte ist, lag der Schwerpunkt meiner Betrachtung auf dem Verhältnis von Nutzungspraxen und dem Konzept der informationellen Selbstbestimmung. Zunächst habe ich die Entwicklung der Post-Privacy-Debatte und ihre Akteur_innen ausführlich vorgestellt. Ihre Argumentation geht, wie gezeigt, erstens von der Prämisse des Kontrollverlustes aus: Die Möglichkeiten, anfallende Daten zu speichern und neu zu verknüpfen, übersteigen sowohl die individuelle Vorstellungskraft als auch politische Regelungsmöglichkeiten. Zweitens formuliert sie die Annahme, dass der Datenschutz Handlungsmöglichkeiten einschränke, weil er den Wandel sozialer Praktiken und Normen negiere. Und drittens beruht sie auf einer Kritik des bürgerlichen Privatsphäre- und Identitätsverständnis. Das Post-Privacy-Projekt interveniert innerhalb eines politischen Diskurses, in dem bislang davon ausgegangen wurde, dass Subjekte ein Interesse am Schutz ihrer persönlichen Daten haben und dieses lediglich aufgrund eines mangelnden Risikobewusstseins bzw. fehlender Kompetenzen im Selbstschutz nicht realisieren. Zudem führen beide Diskursparteien ungleich verteilte Risiken ins Feld. Mit Bezug auf die Analyse von Matzner et al. (2016) zum Selbstschutz als Responsibilisierung habe ich herausgearbeitet, dass Post-Privacy eine Kritik des liberalen Datenschutzverständnisses artikuliert, in dem es diesem das Begehren des vernetzten Individualismus nach Sichtbarkeit und Verknüpfungsmöglichkeiten im Netzwerk entgegenstellt.

Die Post-Privacy-Debatte lässt sich als Auseinandersetzung um Hegemonie auf zweiter Ebene charakterisieren (Nonhoff 2006: 204–206). Post-Privacy ist ein ‚kleines‘ hegemoniales Projekt, das sich zunächst lediglich auf den Diskurs der Netzbewegung bezieht und die dortige Hegemonie des Datenschutzes angreift. Die Vertreter_innen der Post-Privacy-Richtung positionieren sich als Aktivist_innen, die den Glauben an den Datenschutz verloren haben. Mit einem „radical investment“ (Laclau 2005: 110f.) in die Elemente Sichtbarkeit und Vernetzung knüpft der Post-Privacy-Diskurs unmittelbar an die zentrale Subjektposition der Bewegung an: Für vernetzte Individuen ist es essentiell, sichtbar und anschlussfähig an andere zu agieren. Der Datenschutz als regulatorisches Mittel zum Schutz einer informationellen Privatsphäre verhindert aus ihrer Sicht die Entfaltung der in Kapitel 5 beschriebenen sozio-technischen Eigendynamik des Internet. Post-Privacy behauptet also, erkannt zu haben, dass „die Privatsphäre die zweite große Front eines überkommenen Wertemodells [ist], gegen die es die Freiheit im Netz zu verteidigen gilt“ (Seemann 2011c). Damit handelt es sich um den Versuch, den Datenschutz aus der protagonistischen Äquivalenzkette des ‚freien Internets‘ herauszulösen und ihn zusammen mit dem geistigen Eigentum an die antagonistische Äquivalenzkette anzuschließen. Die Subjektposition der Post-

Privacy-Vertreter_innen agiert in diesem Sinne als „eigentlicher Verfechter“ (Nonhoff 2006: 234) des ‚freien Internets‘.

Angesichts der in Kapitel 6 herausgearbeiteten Konjunktur von selbst-problematisierenden Sprechakten ist es kaum überraschend, dass die Proble-matisierung der privilegierten sozialen Position der Avantgarde vernetzter Individuen auch in die Post-Privacy-Debatte Eingang findet. Mit Bezug auf besonders gefährdete Subjektpositionen argumentiert die Gegenseite von Post-Privacy, dass der Verzicht auf informationelle Selbstbestimmung nur einer privilegierten Minderheit zu Gute komme. Die Post-Privacy-Position dagegen formuliert eine Kritik des liberalen Subjektbegriffes. Das Beharren auf Privatsphäre wird als Teil eines bürgerlichen Habitus gedeutet, der sich in Abgrenzung zur Arbeiterklasse konstituiert. Heller zielt damit – ebenso wie die Gegenseite – auf Klassismen ab (Heller 2011: 33–37). Seine Überlegungen berühren aber auch Heteronormativismen, da er auf die Vergeschlechtlichung von Öffentlichkeit und Privatsphäre in der bürgerlichen Geschlechterordnung Bezug nimmt und das *Coming Out* als Kronzeugen der solidaritäts-erzeugenden Funktion von Öffentlichkeit nutzt (ebd.: 124–129). Die Bezugnahme auf Dimensionen sozialer Ungleichheit in diesem Konflikt deute ich als den Versuch der Hegemonialisierung partikularer Subjektpositionen sowohl auf der Seite der Post-Privacy-Vertreter_innen, die sich als neue Vorreiter_innen des ‚freien Internet‘ positionieren wollen, wie auch auf Seiten der Datenschutzmaximalist_innen, die ihre Position als „eigentliche Verfechter“ (Nonhoff 2006: 234) abzusichern suchen.

Das empirische Material zeigt deutlich, dass die diskursive Intervention der Post-Privacy-Vertreter_innen nicht erfolgreich war. Die Mehrheit der Aktivist_innen spricht sich nach wie vor für einen gesetzlich verankerten Datenschutz aus und sieht die Datenschutzkritik als randständige Haltung im politischen Diskurs der Netzbewegung. Die Post-Privacy-Debatte, die den Diskurs im Erhebungszeitraum noch stark beeinflusst hat, ist mittlerweile abgeklungen. Sie verweist aber aus meiner Sicht auf einen grundlegenden Widerspruch des politischen Diskurses der Netzbewegung: Einerseits besteht die Netzbewegung aus Menschen, die dem Internet mit großer Aufgeschlossenheit begegnen und affektiv in die Idee der digitalen Vernetzung involviert sind. Andererseits ist das Bewusstsein über die Verwertungsmöglichkeiten, aber auch die Potentiale hinsichtlich des politischen Missbrauchs von Informationstechnologie, Überwachung und Manipulation bei dieser Gruppe besonders ausgeprägt. Dieser Widerspruch konnte eine Zeitlang dadurch diskursiv überbrückt werden, dass den Feinden des ‚freien Internets‘ zugeschrieben wurde, eine ‚alte Ordnung‘ aufrecht erhalten zu wollen – also die Chancen der Digitalisierung noch nicht erkannt zu haben und als ‚Internet-ausdrucker‘ auch nicht über die entsprechende Kompetenz zu verfügen. Diese Konstruktion der eigenen Überlegenheit ist aus meiner Sicht mittlerweile zusammengebrochen.

Ein diskursives Ereignis, das diese Entwicklung deutlich macht, waren die Veröffentlichungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden im Juni 2013. Sie haben den Diskurs der Netzbewegung in Hinblick auf den Datenschutz neu kalibriert. Zivilgesellschaftliche Akteur_innen reagierten zunächst mit Petitionen, offenen Briefen und Demonstrationen, die allerdings im Vergleich zu den Protesten der Jahre 2008 und 2009 vergleichsweise geringe Teilnahmezahlen hatten (Haunss 2015: 231–233). Die Erwartung, dass die Snowden-Veröffentlichungen zum „Tschernobyl-Moment der Digitalisierung“ werden würden, wie Marin Majica (2013) es in Anlehnung an eine Aussage Markus Beckedahl formulierte, hat sich nicht erfüllt. Dobusch sieht die zivilgesellschaftliche Debatte um digitale Technologien in Deutschland deshalb „von großer Ernüchterung geprägt. Die Mobilisierungsfähigkeit und der politische Druck von Seiten der digitalen Zivilgesellschaft in den Themenfeldern Überwachung und Datenschutz steht in keinem Verhältnis zum bekannt gewordenen Überwachungsmaß“ (Dobusch 2014: 2; vgl. Haunss 2015). Im Anschluss an die Veröffentlichung von NSA-Dokumenten durch Snowden hat ihre journalistische Aufarbeitung eine Vielzahl von Erkenntnissen über die „globale, arbeitsteilig organisierte und von den Regierungen geduldete Überwachungstätigkeit der Geheimdienste“ (Bieber 2015: 193) zu Tage gebracht. Der politische Spin der Anfangstage, als Bundeskanzlerin Merkel mit dem Satz „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht“ (Tagesschau.de 2013) an die Presse trat, ist im Zuge dessen ins Leere gelaufen. Neue Enthüllungen über die Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit der National Security Agency (NSA) führen allerdings nicht zu einer Abkehr von der sicherheitspolitischen Strategie. Im Gegenteil: Sogar die Vorratsdatenspeicherung wurde im Oktober 2015 erneut verabschiedet, ohne dass es zu einem Revival netzbewegter Mobilisierung im nennenswerten Ausmaß gekommen ist.

Haunss erklärt das Ausbleiben größerer Proteste mit dem Framing des Themas durch die bestehenden Bewegungsorganisationen, die sich auf ihre Netzwerke in internationalen Organisationen fokussiert damit eine reformistische Ausrichtung mit begrenztem Mobilisierungspotential gewählt haben (Haunss 2015: 241).

„What is missing is a master frame that would provide groups and individuals with different backgrounds, a shared interpretation of the problem at hand, and the desired solution, as well as a strong incentive to act. This in turn would precondition for the development of a collective identity defining the ‘we’ of a collective actor“ (ebd.).

Die Analyse des Post-Privacy-Diskurses liefert in Ergänzung dazu ein Hinweis darauf, warum die kollektive Identität nicht mehr in dem Maße mobilisiert werden konnte, wie in den Jahren davor zumindest in Deutschland zu beobachten war. Die durch die Snowden-Veröffentlichungen gewonnenen Erkenntnisse haben zwar bestätigt, was große Teile die Netzbewegung schon

immer gesagt haben: Das Internet wird angegriffen, die Freiheit ist bedroht. Gleichzeitig hat die Netzkultur aber ihre Leichtigkeit verloren, den Glauben an den gesellschaftsverändernden Impuls, der mit dem „Geist des Internets“ verbunden war. „The values of the internet generation have been dashed to pieces: decentralization, peer-to-peer, rhizomes, networks. Everything you have ever clicked on can and will be used against you“ (Lovink 2014). Die Hoffnung, dass mit dem ‚freien Internet‘ alles anders werden würde, weil es sich staatlicher Kontrolle ultimativ entzieht, war in den Anfangsjahren der Netzbewegung ausreichend, um eine Vielzahl unterschiedlicher Positionen zusammenzubinden. Das scheint heute nicht mehr der Fall zu sein. Der leere Signifikant des ‚freien Internets‘ scheint seine universalisierende Wirkung im Laufe der Zeit verloren zu haben.

Den Befürworter_innen einer auf Datenschutz und Überwachungskritik fokussierten Netzbewegung ist es zugleich nicht gelungen, die digitale Mündigkeit des Datenschutz-Subjektes zur neuen umfassenden Forderung zu erheben und gegen den nun offen gelegten digitalen Überwachungsstaat zu positionieren. Die Lücke zwischen der sozialen Praxis des vernetzten Individualismus und dem, was im Sinne des Selbstschutzes zu tun wäre, scheint dazu zu groß zu sein. Dies hat zu Ernüchterung und Ratlosigkeit bei vielen Datenschutz-Aktivist_innen geführt. Aber auch die Vision der Post-Privacy realisiert sich ganz offenkundig nicht, denn die überwiegende Zahl der Nutzer_innen setzt nicht darauf, ihre Kommunikation frei und für alle transparent ins Netz zu stellen. Stattdessen verlagern sich digitale Öffentlichkeiten immer mehr auf Plattformen wie Facebook, die mit dem Versprechen einhergehen, zumindest gegenüber anderen Privatpersonen kontrollieren zu können, wer auf welche Informationen zugreifen kann, aber wohl wissend, dass gegenüber den Plattformbetreibern, dem Staat und Geheimdiensten nichts verborgen bleibt. Plattform-Privacy, wie Michael Seemann diese Praxis nennt, „reicht den meisten Menschen, denn im Gegensatz zur Datenschützer-Szene war für sie Privacy nie ein Selbstzweck, sondern immer Tool zur alltäglichen Lebensführung“ (Seemann 2015).²²³ Hinzu kommt, dass auch Plattformanbieter zunehmend Verschlüsselungstechnologien anbieten, um dem gestiegenen Bedürfnis nach ‚sicherer‘ Kommunikation nachzukommen. Beschäftigung mit den Selbsttechnologien vernetzter Individuen im Kontext von „social media commodication“ (Fuchs 2014: 58) zeigt also, dass weder die Erwartungen des liberalen Datenschutzes noch die von Post-Privacy zutreffen. Eine solche Analyse politisch stärker zu berücksichtigen, könnte der Netzbewegung notwendige neue Impulse geben. Schließlich kann die derzeitige Situation als Anlass für eine Neuausrichtung genutzt werden – sowohl in Hinblick auf die Paradigmen des Diskurses als auch auf die Form des Akti-

223 In diese Richtung weiterführend ist das von Helen Nissenbaum (2010) entwickelte Framework der „contextual integrity“, das die Bedeutung persönlicher Informationen in Abhängigkeit zu den individuellen Erwartungen an kontextspezifische Normen betrachtet.

vismus, dessen Stärke derzeit nicht in der Mobilisierung von Massenprotest liegt, wohl aber in kritischer Begleitung parlamentarischer Prozesse wie des NSA-Untersuchungsausschusses.

8 Fazit und Ausblick

Das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit richtete sich auf die Bedeutung sozialer Differenzen für den zivilgesellschaftlichen Diskurs um Netzpolitik und die digitale Gesellschaft, den die Netzbewegung in den zurückliegenden Jahren vorangebracht hat. In Anschluss an hegemonietheoretische und intersektionale Konzepte habe ich untersucht, welche Subjektpositionen – verstanden als wirkmächtige Knotenpunkte sozialer Differenzen – für das Hegemonieprojekt der Netzbewegung von Bedeutung sind. Die Forschungsfragen lauteten im Einzelnen: Worin besteht das politische Projekt bzw. Hegemonieprojekt der Netzbewegung? Welche Subjektpositionen werden artikuliert? Was lässt sich anhand der Subjektpositionen darüber aussagen, welche Bedeutung soziale Ungleichheit für die Netzbewegung hat? Im Folgenden resümiere ich die Ergebnisse meiner Arbeit und formuliere abschließend einige abschließende Überlegungen zur Intersektionalität von Hegemonie und zu sozialen Bewegungen im digitalen Zeitalter.

8.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Netzbewegung, die sich aus verschiedenen digitalkulturellen und aktivistischen Zusammenhängen entwickelt hat, verschafft sich seit 2005 in der politischen Diskussion um das Internet Gehör. Im Zuge der wachsenden Popularisierung und Kommerzialisierung des Internets, der öffentlichen Problematisierung von Phänomenen der digitalen (Jugend-)Kultur sowie von Sicherheitspolitiken, die zunehmend auch digitale Kommunikationsräume ins Visier nehmen, ergab sich mit Beginn des neuen Jahrtausends eine Situation, die Netzaktivist_innen als Angriff auf ihren Lebensraum beschreiben (vgl. Kapitel 2). Die Kritik an der Überwachung digitaler Kommunikation, der Sperrung von Inhalten und einem praxisfernen Urheberrecht wurde zum Kampf um digitale Rechte und die Freiheit des Internets erhoben.

Das *Hegemonieprojekt der Netzbewegung* charakterisiere ich abschließend folgendermaßen: Die Netzbewegung artikuliert ein politisches Projekt, in dessen Zentrum die Vorstellung steht, dass digitale Technologien und Internet-Kommunikation zu gesellschaftlichem Fortschritt führen werden. Aus Sicht der Netzbewegung ist das Digitale eine von Grund auf freiheitliche Technologie. Damit sich ihr Potential entfalten kann, muss das ‚freie Inter-

net‘ allerdings gegen Angriffe verteidigt werden. Forderungen nach freier Meinungsäußerung, Netzneutralität, Transparenz und dem Schutz der Privatsphäre unter einen Hut zu bringen, ist jedoch alles andere als trivial, nicht zuletzt, weil damit auch unterschiedliche Interessen verbunden sind. Das ‚freie Internet‘ übernimmt im Diskurs der Netzbewegung die Funktion eines leeren Signifikanten, der verschiedene partikuläre Forderungen miteinander verbindet und sinnbildlich dafür sorgt, dass sich Menschen unterschiedlicher Positionen als einer sozialen Bewegung angehörig sehen. Mit der Artikulation des ‚freien Internets‘ geht ein Bedrohungs- und Angriffs-narrativ einher. Als gemeinsame Gegnerin identifiziert die Netzbewegung die Regulierung und Kontrolle des Internets. Antagonistische Kräfte, die das Internet unter Kontrolle bringen wollen, verändern aus Sicht der Netzbewegung seinen Charakter. Zudem verhindern sie, dass das Internet sein gesellschaftliches Potential entfalten kann. Im Zuge dessen werden verschiedene netzpolitische Projekte, die konträr zu den Forderungen der Netzbewegung stehen, einer antagonistischen Äquivalenzkette zugeordnet (vgl. 5.2).

Die *zentrale Subjektposition des Hegemonieprojekts* habe ich als politische Avantgarde vernetzter Individuen beschrieben (vgl. 5.3.3). Sie zeichnet sich durch eine hochgradig affektive Identifikation mit dem Internet und Digitalität aus, die ich auf die subjektivierende Wirkung digitaler Alltagssprachen zurückführe. Die historische Aufgabe dieser Avantgarde besteht von ihrer Warte aus darin, das ‚freie Internet‘ gegen Angriffe zu verteidigen. Die Identität dieser zentralen Subjektposition konstituiert sich folglich auch in Abgrenzung zu antagonistischen Akteur_innen: Zum einen der sogenannten Verwertungsindustrie, die Internetnutzer_innen gängelt, um den Mehrwert kreativer Arbeit abzuschöpfen. Zum anderen der Politik, die aus Sicht der Aktivist_innen die Chancen der Digitalisierung verkennt und den Verwertungs- und Sicherheitsinteressen unterordnet.

Das politische Projekt der Avantgarde vernetzter Individuen reicht, wie ich zeigen konnte, über den engen netzpolitischen Rahmen hinaus: Im Glauben an die transformatorische Kraft des Digitalen formuliert die Netzbewegung Ansätze einer post-digitalen Gesellschaftsvorstellung, die davon ausgeht, dass die Normen und Strukturen des Digitalen sich nach und nach auf alle gesellschaftlichen Institutionen übertragen werden (vgl. 5.3.4). Damit verfügt das untersuchte Hegemonieprojekt letztlich über zwei Adressat_innenkreise: Im engeren Sinne zielt der Diskurs der Netzbewegung auf Funktionseliten in der Politik, im Rechtssystem und in der Wirtschaft. Im Zentrum ihrer Bemühungen stehen neben einer allgemeinen Bedeutungsaufwertung von Netzpolitik vor allem konkrete netzpolitische Weichenstellungen durch Parlamente, das Bundesverfassungsgericht und europäische Institutionen. Im weiteren Sinne zielt das Projekt der Netzbewegung aber auf eine Transformation der Gesellschaft ab. Der Kreis der Adressat_innen umfasst damit alle gesellschaftlichen Institutionen und verlangt im Grunde auch von

jedem Einzelnen, den Sprung in das digitale Zeitalter zu vollziehen. Der Diskurs der Netzbewegung gleicht einem Vexierbild, das je nach Blickrichtung ein politikfeldbezogenes Projekt ist oder eine Gesellschaftspolitik mit universellem Anspruch formuliert.

Als Knotenpunkte von miteinander verwobenen sozialen Differenzen sind Subjektpositionen notwendigerweise partikular. Dies gilt auch für die Avantgarde vernetzter Individuen, die, wie die intersektionale Analyse gezeigt hat, in den hegemonialen informationellen Kapitalismus eingebunden ist, zugleich aber einen Antagonismus gegen Elemente dieser Formation artikuliert (vgl. 5.3.5). Wer sich zur Avantgarde der digitalen Gesellschaft zählt, verfügt über einen spezifischen Zugang zu digitaler Kultur, den viele andere Menschen nicht haben. Zahlreiche selbstkritische Positionierungen innerhalb des untersuchten Diskurses zielen darauf ab, diese Partikularität der zentralen Subjektpositionen zu benennen (vgl. 6.2). Auf der einen Seite ist der Diskurs der Netzbewegung ein Projekt der hegemonialen Universalisierung. Auf der anderen Seite zeigt sich eine Verstreuung von partikularen, intersektional konstituierten Positionierungen. *Soziale Differenzen*, auf die die dritte Forschungsfrage abzielte, werden im Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Tendenzen bedeutsam. Dies belegen weitere Subjektpositionen neben der Avantgarde vernetzter Individuen, die im Zuge der Analyse identifiziert werden konnten.

Im Kontrast zur zentralen Subjektposition artikuliert der Diskurs der Netzbewegung erstens die Subjektposition der digitalen Außenseiter_innen, die im Gegensatz zu den Aktivist_innen (noch) nicht am digitalen Leben teilhaben (vgl. 6.3.1). Diese zeigt, dass die Netzbewegung als in mehrfacher Hinsicht privilegiert verortet wird. Doch die sozialen Verhältnisse, die diese Position hervorbringen, destabilisieren zugleich auch die Grenzen des Diskurses. Ob die Grenzziehung zu denjenigen Subjektpositionen, die im Diskurs nicht repräsentiert sind, weil sie über einen anderen Bezug zu digitalen Medien verfügen, eine legitime und notwendige Differenz ist oder nicht, ist umstritten. Die Existenz digitaler Außenseiter_innen wird immer wieder zum Thema gemacht, so dass diese Subjektposition Teil des Diskurses der Netzbewegung ist, obwohl individuelle digitale Außenseiter_innen das nicht sind. Entlang der differentiellen Konstruktion des Nerds und des Nicht-Nerds konnte ich zweitens nachzeichnen, wie technisches Wissen als Zugangsbarriere zur und als besonders wirkmächtiges Unterscheidungsmerkmal innerhalb der Netzbewegung verhandelt wird (vgl. 6.3.2). Nerds werden als diejenigen konstruiert, die den Schlüssel zur digitalen Zukunft in ihren Händen halten. Andere Aktivist_innen dagegen sehen sich als Nicht-Nerds in der Rolle von Vermittler_innen des Nerd-Wissens. In der Figur des Nerds kreuzen sich heteronormative, rassialisierte und bodyistische Männlichkeitsbilder, die zu einer spezifischen Konstruktion des privilegierten *Underdogs* führen, dem zugeschrieben wird, sich anderen überlegen zu fühlen. Die Subjektposition

des Nerds erscheint im Diskurs als Avantgarde der Avantgarde, zugleich aber auch als Sündenbock, der die Partikularität der zentralen Subjektposition symbolisch repräsentiert: Dem Nerd wird zugeschrieben, die Verantwortung für den Ausschluss digitaler Außenseiter_innen zu tragen. Gleichmaßen umstritten ist drittens die Subjektposition der Netzfeminist_in. Aktivist_innen, die sich mit feministischen Positionierungen in den Diskurs um die gesellschaftliche Bedeutung des Internets einbringen, halten der Netzbewegung mit ihren diskursiven Interventionen aktiv den Spiegel vor (vgl. 6.3.3). Sie betonen in besonderem Maße die Bedeutung von sozialen Differenzen, kritisieren die Netzbewegung dafür, Privilegien nicht zu hinterfragen, und politisieren die Bedeutung von Geschlecht und Sexualität im Selbstverständnis der Netzbewegung.

Auf der Ebene konkreter politischer Forderungen lassen sich ebenfalls Subjektpositionen identifizieren, durch die soziale Differenzen im Hegemonieprojekt der Netzbewegung verhandelt werden. Exemplarisch habe ich dies anhand der Post-Privacy-Debatte nachgezeichnet, in der ich drei Subjektpositionen herausgearbeitet habe: Policy-orientierte Datenschützer_innen, Post-Privacy-Vertreter_innen sowie praxisorientierte Pragmatiker_innen (vgl. 7.2). Das Ringen der Datenschützer_innen und der Post-Privacy-Vertreter_innen ist ein Konflikt um diskursive Vorherrschaft auf zweiter Ebene, also innerhalb des hegemonialen Projektes, bei dem es um die Bewertung des Datenschutzes in Relation zum ‚freien Internet‘ als dem leeren Signifikanten geht. Der Post-Privacy-Position ist es gelungen, den Diskurs der Netzbewegung zu destabilisieren, indem sie an die Erfahrungen und soziale Praxis der Avantgarde vernetzter Individuen anschließend den Verlust der Privatsphäre zu einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung umdeutet, die zu neuen Formen der Solidarität führen kann (vgl. 7.3.1). Die datenschutzbefürwortende Seite der Debatte, der nach wie vor die Mehrheit der Aktivist_innen angehört, zielt demgegenüber auf Selbstschutz und eine rechtsstaatliche Beschränkung der Datenverwertung ab und begründet diese Forderungen ebenfalls mit Bezug auf gesellschaftliche Machtverhältnisse (vgl. 7.3.2). Damit treffen in der Debatte zwei Seiten aufeinander, die sich gegenseitig vorwerfen, von einer privilegierten, bürgerlichen Perspektive auf die Dislokationen zu blicken, die die Digitalisierung für den die Einzelne_n mit sich bringt (vgl. 7.3.3). Die Pragmatiker_innen sind selbst keine Konfliktpartei, sondern bilden ihre Haltung in Auseinandersetzung mit der Debatte heraus.

Der Post-Privacy-Konflikt zeigt, dass Versuche der Hegemonialisierung, die eine politische symbolische Ordnung zu fixieren suchen, beständig zu scheitern drohen. Die von mir herausgearbeiteten Subjektpositionen sind diskursive Knotenpunkte, anhand derer gesellschaftliche Differenzen innerhalb der Netzbewegung verhandelt werden können, ohne dass die Netzbewegung als Ganzes in Partikularismen zerfällt. Im Gegensatz zu den von Marchart (2013) beschriebenen post-identitären Bewegungen, die Konzepte wie

Queer oder Prekarität zum Ausgangspunkt nehmen, artikuliert die Netzbewegung eine von Machtverhältnissen durchzogene Heterogenität nicht als ihr konstitutives Moment. Sie bewegt sich vielmehr zwischen zwei Artikulationsweisen: Der Identitätspolitik digitaler Vorreiter_innen und der postidentitären Selbstreflexion von „Grenzen und Grundlagen“ (ebd.: 224) kollektiver Identität, die in Frage stellt, ob ein politisches Handeln aus privilegierter Position ohne den Einbezug anderer Subjektpositionen überhaupt legitim ist. Dass Privilegien dabei der begriffliche Rahmen sind, innerhalb dessen die soziale Positionierung und das Spannungsverhältnis von Hegemonialisierung und Partikularität im untersuchten Diskurs artikuliert wird, verweist auch auf die gegenwärtige gesellschaftliche Konjunktur dieses Begriffes.

8.2 Theoretische und methodologische Schlussfolgerungen

Die systematische Zusammenführung der diskursanalytischen Hegemonietheorie und der intersektionalen Mehrebenenanalyse eröffnet eine Perspektive auf hegemoniale Projekte, die subjektive Positionierungen zum Ausgangspunkt nimmt und es zugleich erlaubt, diskursive Regelmäßigkeiten herauszuarbeiten. Auf dieser Grundlage lassen sich, wie ich gezeigt habe, Subjektpositionen als intersektionale Situierung artikulativer Praxis in politischen Diskursen beschreiben. Die Arbeit mit qualitativen Interviews bringt für hegemonietheoretische Untersuchungen, die auf Subjektpositionen fokussieren, gegenüber diskursanalytischen Verfahren, die mit anderen Textsorten arbeiten, Vorteile mit sich. Die Subjektpositionen, die auf diese Weise herausgearbeitet werden können, sind wirkmächtige Bezugspunkte für die Subjekte und werden von diesen mit Leben gefüllt. Eine wichtige Voraussetzung ist dabei aus meiner Sicht ein kenntnisreicher Zugang zum Forschungsfeld und die Bereitschaft, sich auf dessen Logiken einzulassen. In methodischer Hinsicht ließe sich dies auch in Richtung eines stärkeren Einbezugs von Befragten bis hin zu Formen der Aktionsforschung weiterdenken. Ein Schritt in diese Richtung, den die intersektionale Mehrebenenanalyse nahelegt, ist, die Subjektkonstruktionen zur kommunikativen Validierung an die Befragten zurückzumelden (Hausotter i.E.; Winker 2012). Dabei muss im Rahmen einer reaktiven Datenerhebung reflektiert werden, dass die Befragten nicht nur Einblicke in den Diskurs geben, sondern dass das Interview und alle daran Beteiligten ebenfalls Teil des Diskurses sind (Cruikshank 2012).

Der Fokus auf Subjektpositionen und die politischen Auseinandersetzungen, die daran anknüpfen, eröffnet aus meiner Sicht neue Erkenntnismöglichkeiten hinsichtlich der Dynamiken politischer Diskurse, die für die soziale Bewegungsforschung, aber auch darüber hinaus nutzbar gemacht werden können. Die Frage nach der Wirkmächtigkeit von Diskursen und Anrufungs-

strukturen (Laclau 1981: 89) kann auf diese Weise ungleichheitstheoretisch reformuliert werden, um der Tatsache Geltung zu tragen, dass Subjektpositionen nicht nur verschieden, sondern in gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen auch ungleich sind. Eine hegemonietheoretisch reformulierte intersektionale Mehrebenenanalyse bietet einen möglichen Weg der Operationalisierung des hegemonietheoretischen Konzeptes der Subjektposition. Durch die hegemonietheoretische Epistemologie erweitert sich zudem die Reichweite der intersektionalen Mehrebenenanalyse. Sie lässt sich nicht nur für Forschungsfragen nutzen, die sich auf soziale Ungleichheit in gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften beziehen, sondern im Allgemeinen auf hegemoniale Formationen und Hegemonieprojekte unterschiedlicher Reichweiten und über Hegemonieebenen hinweg. Dadurch bietet das hier vorgeschlagene Modell eine Alternative zur Sediment-Metapher, die in Anschluss an Laclau unter anderem von Wullweber (2010; 2015) diskutiert und operationalisiert wird. In Bezug auf performativitätstheoretische Überlegungen schlägt Wullweber vor, verschiedene Hegemonieebenen daraufhin zu untersuchen, welche Machtbeziehungen in die diskursive Matrix eingeschrieben sind und wie Akteur_innen sich auf diese diskursiv beziehen (Wullweber 2015: 9). Die intersektionale Herangehensweise an das Problem der Hegemonieebenen, die ich in der vorliegenden Arbeit entwickelt habe, ermöglicht durch die heuristische Unterscheidung zwischen den drei Analyseebenen einen subjektzentrierten Zugang zu dieser Problemstellung. Dadurch gelingt es, die Dynamiken zu identifizieren, die sich zwischen den Subjektpositionen innerhalb einer Äquivalenzkette und an den Rändern des Diskurses ergeben. Ohne eine *One-Size-Fits-All*-Lösung für die Dynamiken zwischen hegemonialen Formationen zu sein, liegt die Stärke des gewählten Ansatzes in der Untersuchung der Artikulation von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen in Hegemonieprojekten. Insbesondere Prozesse der Aushandlung, Inklusion und Exklusion können so in den Blick genommen werden. Die Netzbewegung hat sich aus meiner Sicht als geeigneter Fall erwiesen, um ein solches Vorgehen zu entwickeln. Gerade wenn soziale Differenz und Ungleichheit nicht im Vordergrund eines politischen Projektes stehen, was bei der Netzbewegung der Fall ist, bietet eine intersektionale Herangehensweise einen besonderen Erkenntnisgewinn. „What makes an analysis intersectional [...] is its adoption of an intersectional way of thinking about the problem of sameness and difference and its relation to power“ (Cho/Crenshaw/McCall 2013: 795). Auch wenn sich die Analyse auf zunächst unmarkierte Subjektpositionen wie die der Avantgarde vernetzter Individuen bezieht, deren Verankerung in Herrschaftsverhältnissen sich nicht auf den ersten Blick erschließt, lässt sich ihre Intersektionalität herausarbeiten. Schließlich sind auch solche Subjektpositionen „permeated by other categories, fluid and changing, always in the process of creating and being created by dynamics of power“ (ebd.). Für zukünftige Forschungsprojekte wäre es aus meiner Sicht allerdings notwen-

dig, mit einem größeren Sample zu arbeiten und die Frage, wie durch das Forschungsprojekt die Grenzen des Diskurses selbst konstruiert werden, stärker zu kontrollieren. Dies kann zum Beispiel gelingen, wenn Personen einbezogen werden, bei denen offen ist, wie sie sich zum untersuchten Diskurs positionieren. Ein solches Vorgehen wird bei allen am Forschungsprozess Beteiligten zu Irritationen, aber auch zu überraschenden und besseren Ergebnissen führen.

8.3 Reflexive soziale Bewegungen im digitalen Zeitalter

Im Laufe des Forschungsprozesses hat sich die Netzbewegung verändert. Andere politische Themen haben derzeit Konjunktur, allen voran Flucht und wachsende rechtspopulistische und rassistische Mobilisierungen. Im politischen System hat sich Netzpolitik mittlerweile deutlich etabliert. In einigen Bereichen wie Datenschutz und Netzneutralität schreitet die politische Entwicklung vor allem auf EU-Ebene voran und wird dort durch professionelle Netzpolitik-NGOs aus zivilgesellschaftlicher Perspektive begleitet. Auf Bundesebene gibt es mit der im Oktober 2015 beschlossenen Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung eine herbe Niederlage zu verzeichnen. In anderen Bereichen deuten sich aus Nutzer_innensicht aber auch kleine Fortschritte an. Das Kernanliegen der digitalisierungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung besteht jedoch in der Wirtschaftsförderung, nicht in der Stärkung von Bürger_innen- und Nutzer_innenrechten oder der Weiterentwicklung digitaler Partizipation. Akteur_innen wie der CCC und Netzpolitik.org spielen jedoch weiterhin eine wichtige Rolle im politischen Prozess, nicht zuletzt durch kritische und investigative Berichterstattung²²⁴ sowie in der Begleitung der parlamentarischen Aufarbeitung der geheimdienstlichen Überwachung. Die Piratenpartei dagegen wird aller Voraussicht nach ihre in den Jahren 2011/2012 gewonnenen Parlamentssitze bei den nächsten Wahlen verlieren. Ihr ist es nicht gelungen, sich dauerhaft in der Parteienlandschaft zu etablieren.

Die Phase, in der netzpolitische Themen zu einer breiten Mobilisierung und vielfältigen Protestformen geführt haben, scheint von einer Phase der Professionalisierung und Spezialisierung abgelöst worden zu sein. Die Ergebnisse dieser Studie können, wie ich in Kapitel 7 in Bezug auf den NSA-

224 Die Redaktion von netzpolitik.org sah sich im Sommer 2015 mit einem Verfahren wegen Landesverrats konfrontiert. Dieses wurde vom Generalbundesanwalt eingeleitet, nachdem die Redaktion von Netzpolitik.org Pläne des Verfassungsschutzes zum Aufbau einer neuen Einheit zur Überwachung des Internets veröffentlicht hatte. Die Netzpolitik.org-Affäre wurde in der öffentlichen Debatte als Eingriff in die Pressefreiheit bewertet. Das Verfahren wurde schließlich eingestellt (Tagesschau.de 2015).

Skandal ausgeführt habe, Hinweise geben, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist. Die Tatsache, dass schon im Erhebungszeitraum zunehmend selbstkritisch auf die Konflikte innerhalb Netzbewegung geblickt wurde, verweist darauf, dass die Äquivalenzkette der netzpolitischen Forderungen und Subjektpositionen, die die Netzbewegung in ihrer Hochzeit formiert hat, mittlerweile brüchig geworden ist. Daran anknüpfend könnte sich der Fokus auf Subjektpositionen als geeigneter Weg erweisen, die Mobilisierungszyklen sozialer Bewegungen systematisch, beispielsweise im Rahmen von Längsschnittstudien, zu untersuchen.

Ziel der intersektionalen Mehrebenenanalyse ist es erklärtermaßen, einen Beitrag zur „Handlungsorientierung durch Analyse und Reflexion sozialer Positionierung“ (Winker 2012: 21) zu leisten. Können soziale Bewegungen ihre Handlungsfähigkeit erweitern, wenn die kritische Reflexion der dort versammelten Subjektpositionen einen Platz bekommt? Im bewegungspolitischen Alltagsverständnis wird oft das Gegenteil behauptet: Handlungsfähig ist, wer sich nicht in internen Konflikten verfängt, sich nicht spalten lässt und zudem klar benennen kann, wer der Gegner ist. Die Geschichte der Netzbewegung zeigt aus meiner Sicht jedoch, dass dies nicht möglich ist – gerade unter den Bedingungen digitaler Öffentlichkeiten. Dass soziale Bewegungen nicht autonom sind, haben Laclau und Mouffe schon in ihrem Buch „Hegemony and Socialist Strategy“ herausgearbeitet: „If the identity of each movement can never be acquired once and for all, then it cannot be indifferent to what takes place outside of it“ (Laclau/Mouffe 2001: 141). Heute machen politisch engagierte Menschen die Erfahrung, dass sich die Berührungspunkte zwischen sozialen Bewegungen und anderen politischen Strömungen im Internet potenzieren, was Marwick und boyd (2011) „context collapse“ nennen. So lassen sich im politischen Diskurs der Netzbewegung die Spuren netzfeministischer Interventionen nachzeichnen (vgl. Ganz 2016). Wie soziale Bewegungen unter diesen medialen Bedingungen entlang von personellen, (digital-)räumlichen, bewegungs- und transkulturellen Überschneidungen miteinander interagieren, könnte in weiteren Forschungsarbeiten untersucht werden. Dass sich in digitalen Öffentlichkeiten die Diskussionen und Konflikte zwischen Aktivist_innen öffentlich vollziehen und der Intervention ausgesetzt sind, bringt eine neue Dynamik mit sich, der aus meiner Sicht nicht mit einem Appell an Geschlossenheit über Differenzen hinweg begegnet werden kann. Zugleich ist es aber wichtig, das Verständnis dafür, dass Subjektpositionen immer schon politische Kategorien sind, weiter zu stärken. Gerade deshalb ist es möglich, Äquivalenzketten zu mobilisieren, die es im radikaldemokratischen Sinne erlauben, in Anerkennung von Differenz auch über Differenzen hinweg politisch zu handeln.

Ein entscheidender Faktor für die Entwicklung der Netzbewegung ist die Mediatisierung von Bewegungsöffentlichkeit. In der vorliegenden Arbeit habe ich mich primär im Rahmen des Feldzuganges intensiv mit diesen Öff-

fentlichkeiten auseinandergesetzt. Die eigentliche empirische Untersuchung verlief auf ‚klassischem‘ Wege über Interviews. Für weitere Studien, nicht nur zu netzpolitischem Aktivismus, sondern zu politischen Bewegungen der digitalen Gegenwart im Allgemeinen, sollten digitale Medien auch methodisch einbezogen werden. Diesen Forschungsbedarf sehe ich vor allem auch im Zusammenhang mit affekttheoretischen Überlegungen: Nicht nur angesichts der aktuellen Diskussionen um Hass im Internet stellt sich die Frage, wie sich die spezifische Qualität digitaler Debatten auf Diskursstrategien und -dynamiken auswirkt. Digitale Öffentlichkeiten ermöglichen einen völlig neuen Zugang zu politischen Diskursen, deren Entwicklung unter Einbezug von netzwerkanalytischen, ethnographischen und textanalytischen Methoden untersucht werden kann. Dazu sind allerdings nicht nur innovative methodische Zugänge, Erhebungs- und Auswertungswerkzeuge nötig, sondern auch weitere forschungsethische Fragen zu beantworten. Hier sehe ich vielfältige weitere Forschungsmöglichkeiten, die aus meiner Sicht aber nur dann angegangen werden können, wenn man sich zugleich von der Vorstellung einer virtuellen Welt mit eigenen Spielregeln verabschiedet und – wie die Avantgardist_innen der Netzbewegung – eine durch und durch postdigitale Neugier auf die Welt entwickelt.

Literatur

- 50 Prozent (o. J.): 50 Prozent. Online verfügbar: <https://50prozent.speakerinnen.org/> [16.6.2016].
- Ada Initiative (2013): Ending Sexism in Hacker Culture: A Work in Progress. Online verfügbar: <https://adainitiative.org/2013/01/01/ending-sexism-in-hacker-culture-a-work-in-progress/> [16.6.2016].
- Aktion Mensch (Hg.) (2010): Web 2.0 barrierefrei. Eine Studie zur Nutzung von Web 2.0 Anwendungen durch Menschen mit Behinderung. Online verfügbar: http://publikationen.aktion-mensch.de/barrierefrei/Studie_Web_2.0.pdf [16.6.2016].
- Alber, Ina (2015): Wie öffentlich ist das Private? Sozialforschung in der digitalen Welt zwischen Sichtbarkeit und Anonymität. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 28 (3), S. 73–82.
- Albrecht, Jan-Philipp (2014): Finger weg von unseren Daten! Wie wir entmündigt und ausgenommen werden. München: Knauer.
- Alejandro Mantilla, Andrea Cely/Mouffe, Chantal (2016): Left Populism and Taking Back Democracy: A Conversation with Chantal Mouffe. Online verfügbar: <http://www.versobooks.com/blogs/2566-left-populism-and-taking-back-democracy-a-conversation-with-chantal-mouffe> [15.6.2016].
- Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. In: Althusser, Louis: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Staatstheorie. Hamburg/Westberlin: VSA, S. 108–153.
- Amadeu Antonio Stiftung (2015): ‚Geh sterben!‘ – Hate Speech und Kommentarkultur im Internet. Online verfügbar: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/hatespeech/> [16.6.2016].
- Ammann, Thomas (1988): Nach uns die Zukunft. Aus der Geschichte des Chaos Computer Clubs. In: Chaos Computer Club/Wieckmann, Jürgen (Hg.): Das Chaos Computer Buch. Hacking Made in Germany, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, S. 9–31.
- Antiprodukt (2012): Die Sache mit der Klotüre. Online verfügbar: <http://antiprodukt.de/2012/11/18/die-sache-mit-der-kloture/> [16.6.2016].
- Apprich, Clemens (2015): Vernetzt – Zur Entstehung der Netzwerkgesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Apprich, Clemens/Stalder, Felix (Hg.) (2014): Vergessene Zukunft. Radikale Netz-kulturen in Europa. Bielefeld: transcript.
- Arduina (2015): Chaospatinnen – Rückblick. Online verfügbar: <http://arduina.net/chaospatinnen-rueckblick/#sthash.pwjdlkWs.dpbs> [16.6.2016].
- ARD-ZDF-Onlinestudie (o. J.): Onlinenutzung. Entwicklung der Onlinenutzung in Deutschland 1997 bis 2015. Online verfügbar: <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/index.php?id=530> [16.6.2016].

- Arndt, Susan (2011a): Racial Turn. In: Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache*. Münster: Unrast, S. 185–189.
- Arndt, Susan (2011b): ‚Ethnie‘. In: Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache*. Münster: Unrast, S. 632.
- Autenrieth, Daniel/Pritlove, Tim (2012): JC015 – Podcaster [Audio-Podcast]. Online verfügbar: <http://www.jobscast.de/jc015-podcaster/#t=1:04:29.777> [16.6.2016].
- Balibar, Etienne (2004): Is There a ‚Neo-Racism‘? In: Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (Hg.): *Race, Nation, Class. Ambiguous Identities*. London/New York, NY: Verso, S. 15–28.
- Ballenthien, Jana/Hensel, Alexander (2015): Verschlüsselt, vernetzt, verletzlich – Aktivist_innen über Sichtbarkeit und Anonymität. Kurzinterviews mit Volker und Stefan, Antje Schrupp, Stephan Urbach und yetzt. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 28 (3), S. 83–89.
- Barlow, John Perry (1996): A Declaration of the Independence of Cyberspace. Online verfügbar: <https://www.eff.org/cyberspace-independence> [16.6.2016].
- Barskanmaz, Cengiz (2008): Rassismus, Postkolonialismus und Recht – Zu einer deutschen Critical Race Theory? In: Krenzler, Michael (Hg.): *Rechtsdienstleistungsgesetz*. Baden-Baden: Nomos, S. 296–302.
- Bauman, Zygmunt/Lyon, David (2013): *Daten, Drohnen, Disziplin - Ein Gespräch über flüchtige Überwachung*. Berlin: Suhrkamp.
- Beckedahl, Markus (2007): Kinderreporter fragen Politiker nach dem Internet. *Netzpolitik.org*, 28.6.2007. Online verfügbar: <https://netzpolitik.org/2007/kinderreporter-fragen-politiker-nach-dem-internet/> [16.6.2016].
- Beckedahl, Markus (2011): Echtes Netz – Kampagne für Netzneutralität. *Netzpolitik.org*, 28.12.2011. Online verfügbar: <https://netzpolitik.org/2011/echtes-netz-kampagne-fur-netzneutralitat/> [16.6.2016].
- Beckedahl, Markus (2012): Die neue Datenschutzbewegung. In: Schmidt, Jan-Hinrik/Weichert, Thilo (Hg.): *Datenschutz. Grundlagen, Entwicklungen und Kontroversen*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 48–51.
- Beckedahl, Markus/Lüke, Falk (2012): *Die digitale Gesellschaft. Netzpolitik, Bürgerrechte und die Machtfrage*. München: dtv.
- Beckedahl, Markus/Nagel, Niels (2011): tagesschau.de im Interview mit Markus Beckedahl [Video]. Online verfügbar: <http://www.tagesschau.de/inland/interviewdigitalesgesellschaft100.html> [15.6.2016].
- Bedall, Philipp (2014): *Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie*. Bielefeld: transcript.
- Beer, Raphael (2014): Das Subjekt im Wandel der Zeit. In: Carstensen, Tanja/Schachtner, Christina/Schelhowe, Heidi/Beer, Raphael (Hg.): *Digitale Subjekte. Praktiken der Subjektivierung im Medienumbruch der Gegenwart*. Bielefeld: transcript, S. 215–272.

- Bender, Désirée/Eck, Sandra (2014): Studentische Subjektivierungsweisen im Macht-
netz des Bologna-Prozesses. Eine Dispositivanalyse narrativer Interviews. In:
Nonhoff, Martin/Herschinger, Eva/Angermüller, Johannes/Macgilchrist, Felici-
tas/Reisigl, Martin/Wedl, Juliette/Wrana, Daniel/Ziem, Alexander (Hg.): Dis-
kursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 2: Methoden und Analy-
sepraxis. Perspektiven auf Hochschulreformdiskurse. Bielefeld: transcript, S.
472–499.
- Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Move-
ments: An Overview and Assessment. In: *Annual Review of Sociology* 26 (1), S.
611–639.
- Benhabib, Seyla/Butler, Judith/Cornell, Drucilla/Fraser, Nancy (1993): Der Streit um
die Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Frankfurt a.M.:
Fischer.
- Benkler, Yochai (2006): *The Wealth of Networks: How Social Production Transforms
Markets and Freedom*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Benkler, Yochai (2009): Die Politische Ökonomie der Gemeingüter. In Helfrich,
Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentde-
ckung der Gemeingüter*. München: oekom, S. 96–102.
- Best, Jens/Kläner, Tobias (2010): ‚Datennutzung im öffentlichen Raum beschützen‘.
Online verfügbar: [https://www.telemedicus.info/article/1807-Jens-Best-
Datennutzung-im-oeffentlichen-Raum-beschuetzen.html](https://www.telemedicus.info/article/1807-Jens-Best-Datennutzung-im-oeffentlichen-Raum-beschuetzen.html) [16.6.2016].
- Beyer, Heiko (2015): Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. In: *Kölner
Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67 (3), S. 573–589, DOI
10.1007/s11577-015-0332-7.
- Bieber, Christoph (2012): Die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem. In:
Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (7): S. 27–33.
- Bieber, Christoph (2015): Daten vs. Netze. Bausteine und Perspektiven eines unferti-
gen Politikfeldes. In: Süssenguth, Florian (Hg.): *Die Gesellschaft der Daten. Über
die Transformation der sozialen Ordnung*. Bielefeld: transcript.
- Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.) (2012): *Unter Piraten: Erkundungen in einer
neuen politischen Arena*. Bielefeld: transcript.
- Biermann, Kai (2012): Als das Netz auf die Straße ging. ZEIT ONLINE, 28.12.2012.
Online verfügbar: [http://www.zeit.de/digital/internet/2012-12/200Cacta-protest-
mamitzsch](http://www.zeit.de/digital/internet/2012-12/200Cacta-protest-
mamitzsch) [15.6.2016].
- Biermann, Kai/Wefing, Heinrich (2009): ‚Ihnen ist egal, was wir denken‘. ZEIT
ONLINE, 25.6.2009. Online verfügbar: [http://www.zeit.de/online/2009/26/leyen-
heine-netzsperrn](http://www.zeit.de/online/2009/26/leyen-
heine-netzsperrn) [15.6.2016].
- Bigbrotherawards.de (o. J.): Was sind die BigBrotherAwards? Online verfügbar:
<http://bigbrotherawards.de> [15.6.2016].
- Binber, Bruce/Flanagin, Andrew J./Stohl, Cynthia (2005): Reconceptualizing Collec-
tive Action in the Contemporary Media Environment. In: *Communication Theo-
ry*, 15 (4), S. 365–388.

- Bleich, Holger (2011): Datenschutz im Internet: Harte Linie gegen Website-Betreiber. Heise online, 18.2.2011. Online verfügbar: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Datenschutz-im-Internet-Harte-Linie-gegen-Website-Betreiber-1193121.html> [16.6.2016].
- Bogk, Andreas/Müller-Maguhn, Andy/Kurz, Constanze/Rieger, Frank (2010): CCC Jahresrückblick, Chaos Communication Congress 2010 [Video]. Online verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=IUV6XyL7SEA#t=3973> [16.6.2016].
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der Neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Borchers, Detlef (2009): Australische Internet-Sperlliste in der Debatte. Heise online 20.3.2009, online verfügbar: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Australische-Internet-Sperlliste-in-der-Debatte-208289.html> [15.6.2016].
- Bourdieu, Pierre (1976): Entwurf einer Theorie der Praxis. Auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brah, Avtar (1996): Cartographies of Diaspora: Contesting Identities. London: Routledge.
- Braman, Sandra (2011): Internet Policy. In: Consalvo, Mia/Ess, Charles (Hg.): Handbook of Internet Studies. Hoboken, NJ: Wiley-Blackwell, S. 137–167.
- Brand, Karl-Werner (2010): Die Neuerfindung des Bürgers. Soziale Bewegungen und bürgerschaftliches Engagement in der Bundesrepublik. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.): Engagementpolitik: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS Verlag, S. 123–152.
- Brandeis, Louis D./Warren, Samuel D. (1890): The Right to Privacy. In: *Harvard Law Review*, 4 (5), S. 193.
- Braun, Ilja (2014): Grundeinkommen statt Urheberrecht? Zum kreativen Schaffen in der digitalen Welt. Bielefeld: transcript.
- Brevini, Benedetta/Hintz, Arne/McCurdy, Patrick (Hg.) (2013): Beyond Wikileaks: Implications for the Future of Communications, Journalism and Society. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Brin, David (1998): The Transparent Society. New York, NJ: Perseus Books Group.
- Broyard, Anatole (1948): A Portrait of the Hipster. First published in *Partisan Review*, June 1948. Online verfügbar: <http://karakorak.blogspot.de/2010/11/portrait-of-hipster-by-anatole-broyard.html> [16.6.2016].
- Bucholtz, Mary (2001): The Whiteness of Nerds: Superstandard English and Racial Markedness. In: *Journal of Linguistic Anthropology*, 11 (1), S. 84–100. DOI:10.1525/jlin.2001.11.1.84.
- BGH (2015a): Urteil vom 26. November 2015 – I ZR 174/14.
- BGH (2015b): Urteil vom 26. November 2015 – I ZR 3/14.
- Bührmann, Andrea D. (2009): Intersectionality – ein Forschungsfeld auf dem Weg zum Paradigma? In: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 1(2), S. 28–44.

- Bührmann, Andrea D./Schneider, Werner (2008): Vom Diskurs Zum Dispositiv: Eine Einführung in Die Dispositivanalyse. Bielefeld: transcript.
- Büttner, Jochen/Gevert, Wolf/Pritlove, Tim/Schleisiek, Klaus (2008): CRE077 TU-WAT.TXT [Audio Podcast]. Online verfügbar: <http://cre.fm/cre077-tuwat-txt> [15.6.2016].
- Bundesnetzagentur (o. J.): Grundversorgung mit Teilnehmeranschlüssen. Online verfügbar: <http://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/Telekommunikation/Verbraucher/WeitereThemen/GrundversorgungmitTeilnehmeranschlussen/GrundversorgungMitTeilnehmeranschlussen-node.html> [16.6.2016].
- BVerfG (1983): BVerfGE 65, 1 – Volkszählung.
- BVerfG (2008): Urteil des Ersten Senats vom 27. Februar 2008 - 1 BvR 370/07 - Rn. (1-333). Online verfügbar: http://www.bverfg.de/e/rs20080227_1bvr037007.html [16.6.2016].
- BVerfG (2009): Urteil des Zweiten Senats vom 03. März 2009 - 2 BvC 3/07 - Rn. (1-163), http://www.bverfg.de/e/cs20090303_2bvc000307.html [16.6.2016].
- BVerfG (2010): Urteil des Ersten Senats vom 02. März 2010 - 1 BvR 256/08 - Rn. (1-345). Online verfügbar: http://www.bverfg.de/e/rs20100302_1bvr025608.html [16.6.2016].
- Bunz, Mercedes (2008): Vom Speicher zum Verteiler. Die Geschichte des Internet. Berlin: Kadmos.
- Burk, Dan L. (2006): Copyright and Feminism in Digital Media. In: *Journal of Gender, Social Policy & the Law*, 14 (3), S. 519–549.
- Burkart, Patrick/Andersson Schwarz, Jonas (2013): Post-Privacy and Ideology. In: Jansson, André/Christiansen, Miyase (Hg.): *Media, Surveillance and Identity: A Social Perspective*, New York, NY: Peter Lang, S. 218–237.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1995): *Körper von Gewicht*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1998): Merely Cultural. In: *New Left Review*, 227(I), S. 33–44.
- Byfield, Ted (2012): nettime – Fortsetzung folgt ... In: Apprich, Clemens/Stalder, Felix (Hg.): *Vergessene Zukunft: Radikale Netzkulturen in Europa*. Bielefeld: transcript, S. 39–46.
- Cameron, Andy/Barbrook, Richard (1996): The Californian Ideology. In: *Science as Culture*, 6 (1), S. 44–72.
- Campbell, John L. (2004): *Institutional Change and Globalization*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Carbado, Devon W. (2013): Colorblind Intersectionality. In: *Signs*, 38 (4), S. 811–845.
- Carstensen, Tanja (2006): ‚Das Internet‘ als Effekt diskursiver Bedeutungskämpfe. In: *kommunikation@gesellschaft*, 7 (5). Online verfügbar: http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B5_2006_Carstensen.pdf [16.6.2016].

- Carstensen, Tanja (2009): Gender Trouble in Web 2.0: Gender Relations in Social Network Sites, Wikis and Weblogs. In: *International Journal of Gender, Science and Technology*, 1(1), DOI: 10.15480/882.249.
- Carstensen, Tanja (2012): Gendered Web 2.0: Geschlechterverhältnisse und Feminismus in Zeiten von Wikis, Weblogs und Sozialen Netzwerken. In: *Medien-Journal*, 36 (2), S. 22–34.
- Carstensen, Tanja (2015): Neue Anforderungen und Belastungen durch digitale und mobile Technologien. In: *WSI-Mitteilungen*, 68 (3), S. 187–193.
- Carstensen, Tanja/Ballenthien, Jana/Winker, Gabriele (2015): Arbeitsalltag im Internet. Umgang mit mehrdimensionalen Entgrenzungen. In: Carstensen, Tanja/Schachtner, Christina/Schelhowe, Heidi/Beer, Raphael (Hg.): *Digitale Subjekte. Praktiken der Subjektivierung im Medienumbruch der Gegenwart*. Bielefeld: transcript, S. 29–80.
- Carstensen, Tanja/Derboven, Wibke/Winker, Gabriele (2012): *Soziale Praxen Erwerbsloser. Gesellschaftliche Teilhabe – Internetnutzung – Zeithandeln* (unter Mitarbeit von Kathrin Englert, Doris Gerbig und Betje Schwarz). Münster: Lit-Verlag.
- Carstensen, Tanja/Schachtner, Christina/Schelhowe, Heidi/Beer, Raphael (Hg.) (2014): *Digitale Subjekte. Praktiken der Subjektivierung im Medienumbruch der Gegenwart*. Bielefeld: transcript.
- Castells, Manuel (2001): *Die Netzwerkgesellschaft. Das Informationszeitalter I*. Opladen: Budrich.
- Castells, Manuel (2009): *Communication Power*. Oxford: Oxford University Press.
- Castells, Manuel (2012): *Networks of Outrage and Hope: Social Movements in the Internet Age*. Malden, MS: Polity Press.
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2015): *Postkoloniale Theorie: Eine kritische Einführung* (2., überarbeitete und erw. Aufl.). Bielefeld: transcript.
- Chaos Computer Club (o. J.a): CCC Regional. Online verfügbar: <https://www.ccc.de/de/regional> [15.6.2016].
- Chaos Computer Club (o. J.b): FAQ Kulturwertmark. Online verfügbar: <http://ccc.de/de/faq-kulturwertmark> [15.6.2016].
- Chaos Computer Club (o. J.c): Hackerethik. Online verfügbar: <https://www.ccc.de/de/hackerethik> [15.6.2016].
- Chaos Computer Club (o. J.d): Netzneutralität. Online verfügbar: <http://www.ccc.de/de/netzneutralitaet> [15.6.2016].
- Chaos Computer Club (o. J.e): Schule. Online verfügbar: <http://ccc.de/de/schule> [15.6.2016].
- Chaos Computer Club (2011): CCC Jahresrückblick 2011 [Video]. Online verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=it3xuwyG1Q4> [15.6.2016]
- Chaos Computer Club/Wieckmann, Jürgen (Hg.) (1988): *Das Chaos Computer Buch. Hacking Made in Germany*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

- Chebout, Lucy (2012): Back to the roots! Intersectionality und die Arbeiten von Kimberlé Crenshaw. Online verfügbar: <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/schluesselfeldtexte/chebout/> [15.6.2016].
- Cho, Sumi/Crenshaw, Kimberlé Williams/McCall, Leslie (2013): Toward a Field of Intersectionality Studies: Theory, Applications, and Praxis. In: *Signs*, 38 (4), S. 785–810.
- Cloudette (2015): Familienausflug zum 31c3. Online verfügbar: <https://cloudette.net/2015/01/03/familienausflug-zum-31c3/> [16.6.2016].
- Coleman, Gabriella (2010): The Hacker Conference: A Ritual Condensation and Celebration of a Lifeworld. In: *Anthropological Quarterly*, 83 (1), S. 47–72.
- Coleman, Gabriella (2013a): Coding freedom: The ethics and aesthetics of hacking, Princeton, MS: Princeton University Press.
- Coleman, Gabriella (2013b): Anonymous and the Politics of Leaking. In: Brevini, Benedetta/Hintz, Arne/McCurdy, Patrick (Hg.): *Beyond Wikileaks*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 209–228.
- Coleman, Gabriella (2014): Hacker, Hoaxer, Whistleblower, Spy: The many Faces of Anonymous. London/New York, NY: Verso.
- Coleman, Gabriella/Golup, Alex (2010): Hacker Practice. Moral Genres and the Cultural Articulation of Liberalism. In: *Anthropological Theory*, 8 (3), S. 255–277.
- Combahee River Collective (1982): A Black Feminist Statement. In: Hull/Scott/Smith (Hg.), S. 13–22.
- Cornell, Raewyn (2015): *Der gemachte Mann* (4. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.
- Coy, Wolfgang (2008): Ich habe nichts zu verbergen. Technische Überwachung in Zeiten des Internet. In: Gaycken, Sandro/Kurz, Constanze (Hg.): *1984.exe. Gesellschaftliche, politische und juristische Aspekte moderner Überwachungstechnologien*. Bielefeld: transcript, S. 47–52.
- Cramer, Florian (2014): What is ‘Post-digital’? In: *APRJA*, 3 (1). Online verfügbar: <http://www.aprja.net/?p=1318> [15.6.2016].
- Crenshaw, Kimberlé W. (1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In: *The University of Chicago Legal Forum*, 140 (1), S. 139–167.
- Crenshaw, Kimberlé W. (1991): Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence Against Women of Color. In: *Stanford Law Review*, 43 (6), S. 1241–99.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Cruikshank, Jørn (2012): The Role of Qualitative Interviews in Discourse Theory. In: *Critical Approaches to Discourse Analysis Across Disciplines*, 6 (1), S. 38–52.
- Cultural Commons Collection Society (o. J.): Website. Online verfügbar: <https://www.c3s.cc/en/> [15.6.2016].

- Cyril, Malkia/Rabb, Chris/Torres, Joseph (2010): The Internet Must Not Become a Segregated Community. Online verfügbar: http://www.huffingtonpost.com/malkia-a-cyril/the-internet-must-not-bec_b_375942.html [15.6.2016].
- Czerski, Piotr (2012): Wir, die Netz-Kinder. ZEIT ONLINE, 23.2.2012. Online verfügbar: <http://www.zeit.de/digital/internet/2012-02/wir-die-netz-kinder> [16.6.2016].
- Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (2012): Einleitung. In dies. (Hg.): Sicherheitskultur - Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr. Frankfurt a.M./New York, NY: Campus, S. 7–19.
- Danezis, George/Gürses, Seda (2011): Illusionen der Kontrolle. Ein kritischer Blick auf den technischen Datenschutz. In: Heinrich Böll Stiftung (Hg.): #public_life. Digitale Intimität, die Privatsphäre und das Netz, Berlin, S. 87–97.
- Daphi, Priska (2011): Soziale Bewegungen und kollektive Identität Forschungsstand und Forschungslücken. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 24 (4), S. 13–26.
- Dasgupta, Sukti/Matsumoto, Makiko/Xia, Cuntao (2006): Women in the labour market in China. ILO Asia-Pacific Working Paper Series, May 2015. Online verfügbar: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/documents/publication/wcms_371375.pdf [16.6.2016].
- Davis, Angela Y. (1998): The Angela Y. Davis Reader, Herausgegeben von Joy James. Hoboken, NJ: Wiley-Blackwell.
- Davis, Kathy (2008): Intersectionality as Buzzword: A Sociology of Science Perspective on What Makes a Feminist Theory Successful. In: *Feminist Theory*, 9 (1), S. 67–85, DOI: 10.1177/1464700108086364.
- Degele, Nina/Winker, Gabriele (2011): Intersectionality as Multi-Level Analysis: Dealing With Social Inequality. In: *European Journal of Women's Studies*, 18 (1), S. 51–66.
- Deleuze, Gilles (1993): Postskriptum über die Kontrollgesellschaften. In: Deleuze, Gilles: Unterhandlungen. 1972-1990. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 254–262.
- Delgado, Richard/Stefancic, Jean (2012): Critical Race Theory. An Introduction (2. Aufl.). New York: NYU Press.
- Dencik, Lina/Leisert, Oliver (2015): Critical Perspectives on Social Media and Protest. Between Control and Emancipation. Lanham, MD: Roman & Littlefield.
- Derrida, Jacques (1988): Randgänge der Philosophie. Wien: Passagen.
- Derrida, Jacques (1997): Die Schrift und die Differenz (7. Aufl.). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- de Saint Victor, Jacques (2015): Die Antipolitischen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe (Bd. 1601).
- Deutscher Bundestag (2009): Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 214. Sitzung der 16. Wahlperiode (26.3.2009), S. 23167–23169.
- Deutscher Bundestag (2011): Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 146. Sitzung der 17. Wahlperiode (1.12.2011), S. 17451–17458.

- Deutscher Bundestag (2012): Vierter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“: Netzneutralität. BT Drucksache 17/8536 (2.2.3012).
- Diani, Mario (1992): The Concept of Social Movement. In: *Sociological Review*, 40 (1), S. 1–25.
- Dickel, Sascha/Schrape, Jan-Felix (2015): Dezentralisierung, Demokratisierung, Emanzipation. Zur Architektur des digitalen Technikutopismus. In: *Leviathan*, 43 (3), S. 442–463.
- Dietze, Gabriele/Palm, Kerstin/Walgenbach, Katharina/Hornscheid, Lann (Hg.): Gender als interdependente Kategorie. Leverkusen: Barbara Budrich.
- Digitalcourage (o. J.): Handelsabkommen. Online verfügbar: <https://digitalcourage.de/themen/handelsabkommen> [15.6.2016].
- Digitale Gesellschaft e. V. (2012): Wie das Internet funktioniert. Eine Anleitung für Entscheidungsträger und Interessierte. Online verfügbar: https://digitalegesellschaft.de/wp-content/uploads/2012/04/digiges_wie_das_internet_funktioniert.pdf [15.6.2016].
- Dobusch, Leonard (2014): Digitale Zivilgesellschaft in Deutschland. Digitale Zivilgesellschaft in Deutschland: Stand und Perspektiven 2014, Discussion Paper, School of Business & Economics: Management, No. 2014/7. Online verfügbar: <http://hdl.handle.net/10419/95863> [14.6.2016].
- Döring, Nicola (2003): Sozialpsychologie des Internet: Die Bedeutung des Internet für Kommunikationsprozesse, Identitäten, soziale Beziehungen und Gruppen, 2., vollst. überarbeitete Auflage, Göttingen: Hogrefe.
- Dolata, Ulrich/Schrape, Jan-Felix (2014): Kollektives Handeln im Internet. Eine akteurtheoretische Fundierung. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 24 (1), S. 5–30.
- Dolata, Ulrich/Schrape, Jan-Felix (2015): Zwischen Ermöglichung und Kontrolle. Kollektive Formationen im Web. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 28 (3), S. 17–25.
- Drahoš, Peter (1996): A Philosophy of Intellectual Property. Abingdon: Routledge.
- Drüeke, Ricarda/Klaus, Elisabeth (2014): Öffentlichkeiten im Internet: Zwischen Feminismus und Antifeminismus. In: *Femina Politica*, 23 (2), S. 59–70.
- Duden (2013): Nerd (Version des Artikels Nerd vom 15.1.2013). Online verfügbar: <http://www.duden.de/node/802079/revisions/1150382/view> [16.6.2016].
- Duden, Barbara (1993): Die Frau ohne Unterleib: Zu Judith Butlers Entkörperung. Ein Zeitdokument. In: *Feministische Studien*, 11 (2), S. 24–33.
- Earl, Jennifer/Kimport, Katrina/Prieto, Greg/Rush, Carly/Reynoso, Kimberly (2010): Changing the World One Webpage at a Time: Conceptualizing and Explaining Internet Activism. In: *Mobilization: An International Quarterly*, 15 (4), 425–446.
- Eglash, Ron (2002): Race, Sex, and Nerds: From Black Geeks to Asian American Hipsters. In: *Social Text*, 71 (2), S. 49–64.
- Eggers, Maureen Maisha 2013: Diversity Matters. Thematisierungen von Gleichheit und Differenz in der rassismuskritischen Bildungs- und Soziale Arbeit. In: Lan-

- deshauptstadt München Direktorium, Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund, AMIGRA München (Hg.): Dokumentation Fachtagung Rassismuskritische Bildungs- und Soziale Arbeit. München.
- Eisinger, Peter K. (1973): The Conditions of Protest Behavior in American Cities. In: *American Political Science Review*, 67 (1), S. 11–28.
- End, Markus (2011): Bilder und Sinnstruktur des Antiziganismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 32-33, S. 15–21.
- Engel, Antke/Schulz, Nina/Wedl, Juliette (2005): Kreuzweise quer: eine Einleitung. In: *Femina Politica*, 14 (1), S. 9–23.
- Englert, Kathrin (2010): Digitale Spaltung per Gesetz – Das Internet zwischen Produktion und Kompensation sozialer Ungleichheit im Alltag von Erwerbslosen. Feministisches Institut. Online verfügbar: <http://www.feministischesinstitut.de/erwerbslose/> [16.6.2016].
- Entropia (o. J.): Was ist eigentlich entropia? Online verfügbar: <https://entropia.de/images/0/00/GPN7-ENTROPIA.pdf> [16.6.2016].
- Erel, Umut/Haritaworn, Jinhana/Gutiérrez Rodríguez, Encaración/Klesse, Christian (2007): Intersektionalität oder Simulanität?! – Zur Verschränkung und Gleichzeitigkeit mehrfacher Machtverhältnisse. In: Hartmann, Jutta/Klesse, Christian/Wagenknecht, Peter/Fritzsche, Bettina/Hackmann, Kristina (Hg.): Heteronormativität. Empirische Studien zu Geschlecht, Sexualität und Macht. Wiesbaden: VS Verlag, S. 239–250.
- EuGH 2014: Urteil des Gerichtshofes (Große Kammer) vom 8. April 2014. Digital Rights Ireland Ltd (C-293/12) gegen Minister for Communications, Marine and Natural Resources und andere und Kärntner Landesregierung (C-594/12) und andere.
- EU-Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr. ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/1995/46/oj> [16.6.2016].
- Europäisches Parlament (2015): Bericht über die Umsetzung der Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (2014/2256(INI), Berichterstatterin: Julia Reeda (24.6.2015). Online verfügbar: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2015-0209+0+DOC+XML+V0//DE> [16.6.2016].
- Europäisches Parlament Pressedienst (2015): Abschaffung der Mobilfunk-Roaming-Gebühren wird 2017 Wirklichkeit. Online verfügbar: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20151022IPR98802/Abschaffung-der-Mobilfunk-Roaming-Gebuehren-wird-2017-Wirklichkeit> [28.1.2016].
- Fefe (2013): Thu Feb 7 2013. Online verfügbar: <https://blog.fefe.de/?ts=afed4222> [15.6.2016].

- FeMigra (1994): Wir, die Seiltänzerinnen. Politische Strategien von Migrantinnen gegen Ethnisierung und Assimilation. In: Eichhorn, Cornelia/Grimm, Sabine (Hg.): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik. Berlin: Edition ID- Archiv, S. 49–63.
- Fenstermaker, Sarah/West, Candace (2001): ‚Doing Difference‘ revisited. Probleme, Aussichten und der Dialog in der Geschlechterforschung. In: Heintz, Bettina (Hg.): Geschlechtersoziologie. Wiesbaden: Westdt. Verlag, S. 236–249.
- Foucault, Michel (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1983): Sexualität und Wahrheit. Bd. 1: Der Wille zum Wissen (1. Aufl.). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses (1. Aufl.). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1996): Von der Subversion des Wissens. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Foucault, Michel (1997): Die Ordnung der Dinge: Eine Archäologie der Humanwissenschaften (14. Aufl.). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2005a): Subjekt und Macht. In: Foucault, Michel: Dits et Ecrits, Band IV 1980-1988. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 269–294.
- Foucault, Michel (2005b): Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit. In Foucault, Michel: Dits et Ecrits, Band IV 1980-1988. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 875–902.
- foxhomeent’s channel (2011): Revenge of the Nerds [Youtube]. Online verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=6FRLc-hcg3w> [18.5.2016].
- Frank, Peter ‚Vic‘/Lehner, Andreas/Pritlove, Tim (2010): CRE161 Der CCC und die Öffentlichkeit [Audio Podcast]. Online verfügbar: <http://cre.fm/cre161-ccc-oeffentlichkeit> [15.6.2016].
- Franke, Anselm (2013): Earthrise und das Verschwinden des Außen. In: Diederichsen, Diedrich/Franke, Anselm (Hg.): The Whole Earth. Kalifornien und das Verschwinden des Außen, Berlin: Sternberg Press, S. 12–18.
- Franke, Hans/Norbert/Pritlove, Tim/Vogler, Thomas (2009): CRE123 Die Bayrische Hackerpost [Audio Podcast]. Online verfügbar: <http://cre.fm/cre123-die-bayrische-hackerpost> [15.6.2016].
- Fraser, Nancy (1996): Widerspenstige Praktiken: Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Freudenschuß, Magdalena (2015): Paradoxe Dynamik. Aktivismus zwischen Anonymität und Sichtbarkeit. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 28 (3), S. 55–62.
- Friebe, Holm/Lobo, Sascha (2006): Wir nennen es Arbeit. Die digitale Boheme oder: Intelligentes Leben jenseits der Festanstellung. München: Heyne.
- Frischmann, Brett M./van Schewick, Barbara (2007): Network Neutrality and the Economics of an Information Superhighway: A Reply to Professor Yoo. In: *Jurimetrics* (47); Stanford Public Law Working Paper No. 1014691; Stanford Law and Economics Olin Working Paper No. 351. Online verfügbar: <http://ssrn.com/abstract=1014691> [15.6.2016].

- Friedman, Debra/McAdam, Dough (1992): Collective Identity and Activism: Networks, Choices, and the Life of a Social Movement. In: Morris, Aldon D./McClurg Mueller, Carol (Hg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven, CT: Yale University Press, S. 156–173.
- Fritz, Johannes (2013): *Netzpolitische Entscheidungsprozesse. Datenschutz, Urheberrecht und Internetsperren in Deutschland und Großbritannien*. Baden-Baden: Nomos.
- Fuchs, Christian (2011): New Media, Web 2.0 and Surveillance. In: *Sociology Compass*, 5 (2), S. 134–147.
- Fuchs, Christian (2014): Critique of the Political Economy of Informational Capitalism and Social Media. In: Fuchs, Christian/Sandoval, Marisol (Hg.): *Critique, Social Media and the Information Society*. New York: Routledge, S. 51–65.
- Funken, Christiane (2010): Der Hacker. In: Moebius, Stephan/Schroer, Markus (Hg.): *Diven, Hacker, Spekulanten*. Berlin: Suhrkamp, S. 190–205.
- Gamson, William A. (1968): *Power and Discontent*. Homewood, IL: Dorsey Press.
- Gamson, William A. (1975): *The Strategy of Social Protest*. Homewood, IL: Dorsey Press.
- Gani, Aisha (2015): Chelsea Manning reassures Twitter followers about account: ‘It’s really me’. *The Guardian*, 16.4.2015: <http://www.theguardian.com/us-news/2015/apr/16/chelsea-manning-reassures-twitter-followers-its-really-me> [13.6.2016].
- Ganz, Kathrin (2012): Zur nullten Spackeriade. Online verfügbar: <http://iheartdigitallife.de/zur-nullten-spackeriade/> [16.6.2016].
- Ganz, Kathrin (2013): *Feministische Netzpolitik. Perspektiven und Handlungsfelder. Studie im Auftrag des Gunda-Werner-Institut*, Berlin. Online verfügbar: http://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2013/04/ganz_feministische_netzpolitik_web.pdf [16.6.2016].
- Ganz, Kathrin (2014): Nerd-Pride, Privilegien und Post-Privacy: Eine intersektional-hegemonietheoretische Betrachtung der Netzbewegung. In: *Femina Politica*, 23 (2), S. 47–59.
- Ganz, Kathrin (2015): Feminismus: gefällt mir! Netzfeministinnen hinterfragen, wie das Internet Öffentlichkeit verändert. In: *FrauenRat* 3/15, S. 2–3.
- Ganz, Kathrin (2016): Bewegte Subjektpositionen: Konflikte und Verschränkungen von Netzbewegung und Netzfeminismus. In: Bauschke-Urban, Carola; Both, Göde; Grenz, Sabine u. a. (Hg.): *Bewegung/en. Beiträge zur 5. Jahrestagung der Fachgesellschaft Geschlechterstudien. Gender Sonderheft/Special Issue, Band 3*, S. 134–143.
- Ganz, Kathrin/Heller, Christian (2015): Ursprünglich war ich auf voller Daten-Paranoiker-Linie. @Plomlompom erzählt, warum er sich mit Post-Privacy beschäftigt hat. Online verfügbar: <https://storify.com/ihdl/plomlompom-uber-die-anfange-seiner-beschaeftigung-m> [16.6.2016].
- Ganz, Kathrin/Meßmer, Anna-Katharina (2015): Anti-Genderismus im Internet: Digitale Öffentlichkeiten als Labor eines neuen Kulturkampfes. In: Hark, Sabi-

- ne/Villa, Paula-Irene (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, S. 59–79.
- Geekfeminism (o. J.): Chaos Communications Congress 29 Incidents. Online verfügbar: http://geekfeminism.wikia.com/wiki/Chaos_Communications_Congress_29_incidents [16.6.2016].
- Geras, Norman (1987): Post-Marxism? In: *New Left Review*, 1/163, S. 40–82.
- Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter (1992): Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany. In: *American Journal of Sociology*, 98 (3), S. 555–596.
- Gerhards, Maria/Mende, Anette (2009): Offliner: Ab 60-jährige Frauen bilden die Kerngruppe. In: *Media Perspektiven*, 7 (2009), S. 365–376, http://www.media-perspektiven.de/uploads/tx_mppublications/Gerhards_7_09.pdf [16.6.2016].
- Geteilt.de (o. J.): Telekommunikationsatlas. Online verfügbar: <http://www.geteilt.de/start/atlas.htm> [16.6.2016].
- Gildemeister, Regine/Wetterer, Angelika (1992): Wie Geschlechter gemacht werden: Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Knapp, Gurdun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): TraditionenBrüche, Forum Frauenforschung: Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Bd. 6, S. 201–254.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (2005): *Grounded Theory: Strategien Qualitativer Forschung* (2., korrigierte Aufl.). Bern: Huber.
- Glaser, Peter/Pritlove, Tim (2006): CRE038 Eine Reise in die Vergangenheit [Audio Podcast]. Online verfügbar: <http://cre.fm/cre038-eine-reise-in-die-vergangenheit> [15.6.2016].
- Glynos, Jason/Howarth, David/Norval, Aletta/Speed, Ewen (2009): *Discourse Analysis: Varieties and Methods*. NCRM Discussion Paper. Online verfügbar: <http://eprints.ncrm.ac.uk/796/> [15.6.2016].
- Google (o. J.): Diversity. Online verfügbar: <https://www.google.com/diversity/> [16.6.2016].
- Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte*. Berlin: Argument.
- Greis, Friedhelm (2014): Mit dem Urheberrecht gegen brisante Dokumente. Golem.de, 22.1.2014. Online verfügbar: <http://www.golem.de/news/frag-den-staat-mit-dem-urheberrecht-gegen-brisante-dokumente-1401-104083.html> [16.6.2016].
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2011): Intersektionalität oder: Wie nicht über Rassismus sprechen? In: Hess, Sabine/Langreiter, Nikola/Timm, Elisabeth (Hg.): *Intersektionalität Revisited*. Empirische, theoretische und methodische Erkundungen. Bielefeld: transcript, S. 77–100.
- Habermann, Friederike (2008): *Der homo oeconomicus und das Andere*. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden-Baden: Nomos.
- Habermann, Friederike (2016): *ECOMMONY. UmCARE zum Miteinander* (Herausgegeben von der Stiftung Fraueninitiative). Sulzbach: Helmer.

- Habermas, Jürgen (1991): Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hackerspaces.org (o. J.a): Hackerspaces. Online verfügbar: <http://hackerspaces.org> [15.6.2016].
- Hackerspaces.org (o. J.b): Design Patterns. Online verfügbar: https://wiki.hackerspaces.org/Design_Patterns [15.6.2016].
- Haffner, Katie/Lyon, Matthew (2000): ARPA Kadabra oder die Geschichte des Internet. Heidelberg: dpunkt.
- Hagemann-White, Carol (2011): Intersektionalität als theoretische Herausforderung für die Geschlechterforschung. In: Sandra Smykalla und Dagmar Vinz (Hg.): Intersektionalität zwischen Gender und Diversity, Forum Frauen- und Geschlechterforschung: Bd. 30. Münster: Westfäl. Dampfboot, S. 20–33.
- Hall, Stuart (1988): The Hard Road to Renewal: Thatcherism and the Crisis of the Left. London/New York, NY: Verso.
- Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: *Das Argument*, 31 (178), S. 913–921.
- Hall, Stuart (2004): Wer braucht ‚Identität‘? In: Hall, Stuart: Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. Hamburg: Argument, S. 167–187.
- Harkinson, Josh (2014): Silicon Valley Firms Are Even Whiter and More Male Than You Thought. Mother Jones, 29.5.2014. Online verfügbar: <http://www.motherjones.com/media/2014/05/google-diversity-labor-gender-race-gap-workers-silicon-valley> [16.6.2016].
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: *Feminist Studies*, 14 (3), S. 575–599.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie. Hamburg: Argument.
- Haunss, Sebastian (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Haunss, Sebastian (2011): Was ist der beste methodische Zugang? Bewegungsdiskurse und Prozesse kollektiver Identität. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 24 (4), S. 36–38.
- Haunss, Sebastian (2013): Conflicts in the Knowledge Society. The Contentious Politics of Intellectual Property. Cambridge, MS: Cambridge University Press.
- Haunss, Sebastian (2015): Privacy Activism after Snowden: Advocacy Networks or Protest? In: Fritz, Karsten/Harju, Harju (Hg.): Cultures of Privacy – Paradigms, Transformations, Contestations. Heidelberg: Universitätsverlag Winter, S. 227–244.
- Haunss, Sebastian/Hofmann, Jeanette (2015): Entstehung von Politikfeldern – Bedingungen einer Anomalie. In: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 8 (1), S. 29–49.
- Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der ‚Geschlechtscharaktere‘ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hg.):

- Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart: Klett, S. 263–393.
- Hausotter, Jette (i.E.): Interessen junger Ingenieur_innen in Beruf und Familie – Verortungen zwischen Privilegien und Verunsicherung (Dissertation, TU Hamburg).
- Heine, Franziska (2011): Die Transparenzmaschine. taz.de, 14.7.2011. Online verfügbar: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=me&dig=2011%2F07%2F14%2Fa0154&cHash=7914b33ed8> [4.2.2016].
- Heine, Franziska (2012): Mobilisierung und politischer Protest im Internet. In: Schmidt, Jan-Hinrik/Weichert, Thilo (Hg.): Datenschutz. Grundlagen, Entwicklungen und Kontroversen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 45–47.
- Heller, Christian (2008): Embracing Post-Privacy. Optimism Towards a Future where there is ‚Nothing to Hide‘ [Video]. Online verfügbar: https://media.ccc.de/browse/congress/2008/25c3-2979-en-embracing_post-privacy.html#video [16.6.2016].
- Heller, Christian (2010): Die Ideologie Datenschutz. Online verfügbar: <http://www.carta.info/24397/die-ideologie-datenschutz/> [16.6.2016].
- Heller, Christian (2011): Post Privacy: Prima leben ohne Privatsphäre. München: Beck.
- Henschel, Gitti/Schmidt, Francesca (2014): Regulierung gewaltvoller Online-Kommunikation. Perspektiven feministischer Netzpolitik auf gewaltvolle Kommunikation im Internet. In: *Femina Politica*, 23 (2), S. 83–95.
- Hensel, Alexander/Klecha, Stephan (2013): Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei. Opladen/Berlin/Toronto: Budrich.
- Hensel, Alexander/Klecha, Stephan/Schmitz, Christopher (2013): ‚Vernetzt euch – das ist die einzige Waffe, die man hat‘ – Internetproteste. In: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzla, Felix/Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP Gesellschaftsstudie. Reinbeck: Rowohlt, S. 267–300.
- Herschinger, Eva/Nonhoff, Martin (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft. In: Angermüller, Johannes/Nonhoff, Martin/Herschinger, Eva/Magilchrist, Felicitas/Reisigl, Martin/Wedl, Juliette/Wrana, Daniel/Ziem, Alexander (Hg.): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band I: Theorien, Methodologien und Kontroversen. Bielefeld: transcript, 192-207.
- Heuer, Steffan/Tranberg, Pernille (2013): Mich kriegt ihr nicht! Die wichtigsten Schritte zur digitalen Selbstverteidigung. Hamburg: Murman.
- Hill Collins, Patricia (1990): Black Feminist Thought. Boston, MS: Unwin Hyman.
- Hitzler, Roland (1999): Welten erkunden: Soziologie als (eine Art) Ethnologie der eigenen Gesellschaft. In: *Soziale Welt*, 50 (4), S. 473–482.

- Hitzler, Ronald/Niederbacher, Arne (2010): Szenen im Kontext gesellschaftlicher Modernisierung. In: dies (Hg.): *Leben in Szenen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–31.
- Holzkamp, Klaus (1983): *Grundlegung Der Psychologie*. Frankfurt a.M./New York, NY: Campus.
- Honneth, Axel/Fraser, Nancy (2003): *Umverteilung oder Anerkennung? - Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Howarth, David (2000): *Discourse*. Buckingham: Open Univ. Press.
- Hübner, Hans/Pritlove, Tim (2008): CRE100 Das Internet und die Hacker [Audio Podcast]. Online verfügbar: <http://cre.fm/cre100-das-internet-und-die-hacker> [15.6.2016].
- Hull, Akasha (Gloria T.)/Scott, Patricia-Bell/Smith, Barbara, 1982 (Hg.): *All the Women are White, All the Blacks Are Men, But Some of Us are Brave: Black Women's Studies*. New York: The Feminist Press.
- Initiative D21/TNS Infratest (2015): *D21-Digital-Index 2015*. Online verfügbar: http://www.initiatived21.de/wp-content/uploads/2015/10/D21_Digital-Index2015_WEB.pdf [16.6.2016].
- Jacob, Daniel/Thomas, Manuel (2014): Das Internet als Heilsbringer der Demokratie? In: *APuZ*, 22–23 (2014), S. 35–39.
- Jäger, Sigfried (2004): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. 4. unveränd. Aufl., Münster: Unrast.
- Jensen, Heike (2005): Gender Equality and the Multi-Stakeholder Approach: WSIS as Best Practice? In: Drossou, Olga und Jensen, Heike (Hg.): *Visions in Process II. The World Summit on the Information Society Geneva 2003-Tunis 2005*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 53– 61.
- Jernigan, Carter/Mistree, Behram F.T. (2009): Gaydar: Facebook Friendships Expose Sexual Orientation. *First Monday*, 14 (10). Online verfügbar: <http://firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/2611/2302> [16.6.2016].
- Johnston, Hank/Klandermans, Bert (Hg.) (1995): *Social Movements and Culture*. Minneapolis/MN: University of Minnesota Press.
- Jonjic, Andrea (2015): Spendenkampagne für Refugees Emancipation: Internetcafés und Computerkurse für Flüchtlinge. *Netzpolitik.org*, 1.10.2015. Online verfügbar: <https://netzpolitik.org/2015/spendenkampagne-von-refugees-emancipation-internetcafes-und-computerkurse-fuer-fluechtlinge/> [16.6.2016].
- Kaufmann, Sina Kamala (2011): *Politik im Web. Zwischen Wahlkampf und Netzpolitik*. Bonn: Bouvier.
- Keller, Reiner (2004): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Keller, Reiner (2012): Der menschliche Faktor. Über Akteur(inn)en, Sprecher(inn)en, Subjektpositionen, Subjektivierungsweisen in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hg.): *Diskurs - Macht - Subjekt: Theorie Und Empirie Von Subjektivierung in Der Diskursforschung*. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss, S. 69–107.

- Kendall, Lori (2011): ‚White and Nerdy‘: Computers, Race, and the Nerd Stereotype. In: *The Journal of Popular Culture*, 44 (3), S. 505–524.
- Kerchner, Brigitte (2006): Diskurseanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick. In: Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke (Hg.): Foucault. Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 33–67.
- Kitschelt, Herbert P. (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. In: *British journal of political science*, 16 (1), S. 57–85.
- Kleinwächter, Wolfgang (2007): The History of Internet Governance. In: Möller, Christian/Amourox, Arnaud (Hg.): *Governing the Internet. Freedom and Regulation in the OSCE Region*. Wien: The Representative on Freedom of the Media Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE).
- Kleinz, Torsten (2002): Nerds in der Sonne. Der CCC ging zum ersten Mal demonstrieren – und lotete seine Einflussmöglichkeiten aus. Online verfügbar: <http://www.heise.de/tp/artikel/12/12262/1.html> [15.6.2016].
- Kleinz, Torsten (2015): Eine Entscheidung für das offene Netz. ZEIT ONLINE, 26.2.2015, online verfügbar: <http://www.zeit.de/digital/internet/2015-02/netzneutralitaet-fcc-entscheidung> [15.6.2016].
- Klinger, Cornelia (2008): Überkreuzende Identitäten – Ineinandergreifende Strukturen, Plädoyer für einen Kurswechsel in der Intersektionalitätsdebatte. In: Klinger, Cornelia/ Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): *Überkreuzungen, Fremdheit, Ungleichheit, Differenz*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 38–67.
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (2007): Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, ‚Rasse‘/Ethnizität. In: Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli/Sauer, Birgit (Hg.): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*. Frankfurt a.M./New York, NY: Campus, S. 19–40.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2005): Race, Class, Gender. In: *European Journal of Women’s Studies*, 12 (3), S. 249–265. DOI: <http://dx.DOI.org/10.1177/1350506805054267>.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2011): Von Herkunft, Suchbewegungen und Sackgassen: Ein Abschlusskommentar. In: Hess, Sabine/Langreiter, Nikola/Timm, Elisabeth (Hg.): *Intersektionalität Revisited. Empirische, theoretische und methodische Erkundungen*. Bielefeld: transcript, 249–272.
- Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD zur 18. Legislaturperiode. Online verfügbar: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile [15.6.2016].
- Köbsell, Swantje (1993): Eine Frau ist eine Frau ist eine Frau... Zur Lebenssituation von Frauen mit Behinderung. In: Barwig, Gerlinde/Busch, Christine (Hg.): *Unbeschreiblich weiblich? Frauen unterwegs zu einem selbstbestimmten Leben mit Behinderung*. München. AG SPAK, S. 33–40.
- Köver, Chris/Tsianos, Vasilis (2015): Smartphones sind für Flüchtlinge überlebenswichtig! Online verfügbar: <https://www.wired.de/collection/latest/ohne>

- smartphones-hatten-fluchtlinge-kaum-eine-chance-sagt-der-migrationsforscher [16.6.2016].
- Kostevska, Biljana (Hg.) (2016): *The Art of Survival. Intersectionality in Social Protection in Macedonia and Bosnia and Herzegovina* (Collection of Working Papers). Skopje: European Policy Institute.
- Koschmieder, Carsten/Datts, Mario (2015): Mehr Ungleichheit durch mehr Partizipationsmöglichkeiten? In: *Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung*, 9. Januar 2015. Online verfügbar: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/mehr-ungleichheit-durch-mehr-partizipationsmoeglicheite> [16.6.2016].
- Krasmann, Susanne/Kreissl, Reinhard/Kühne, Sylvia/Paul, Bettina/Schlepper, Christina (2014): Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. Zur medialen Vermittlung und Wahrnehmung der Terrorismusbekämpfung. FU Berlin, Schriftenreihe Sicherheit Nr. 13, online verfügbar: http://www.sicherheitsforschung.de/publikationen/schriftenreihe_neu/13/index.html [16.6.2016].
- Kreml, Stefan (2008): Zehntausende demonstrieren für ‚Freiheit statt Angst‘. Heise online, 11.10.2008. Online verfügbar: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Zehntausende-demonstrieren-fuer-Freiheit-statt-Angst-750533.html> [15.6.2016].
- Kreml, Stefan (2013): Friedrich erhebt Sicherheit zum ‚Supergrundrecht‘. Heise online, 17.7.2013. Online verfügbar: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Friedrich-erhebt-Sicherheit-zum-Supergrundrecht-1919309.html> [16.6.2016].
- Kulla, Daniel (2003): *Der Phrasenprüfer. Szenen aus dem Leben von Wau Holland, Mitbegründer des Chaos Computer Clubs*. Löhrbach: Werner Pieper & The Grüne Kraft.
- Kuri, Jürgen (2010): Google Street View sorgt weiter für Erregung. Heise online, 11.8.2010. Online verfügbar: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Google-Street-View-sorgt-weiter-fuer-Erregung-1054466.html> [16.6.2016].
- Kurz, Constanze/Rieger, Frank (2011): *Die Datenfresser: Wie Internetfirmen und Staat sich unsere persönlichen Daten einverleiben und wie wir die Kontrolle darüber zurückerlangen*. Berlin: S. Fischer.
- Lefebvre, Jean-Pierre (1987): Produktivkraft. In: Labica, Georges/Bensussan, Gérard (Hg.): *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Übersetzt von Wolfgang Fritz Haug. Band 6, S. 1065–1071.
- Laclau, Ernesto (1981): *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus*. Berlin: Argument.
- Laclau, Ernesto (1985): *New Social Movements and the Plurality of the Social*. Centre for Latin American Research and Documentation, 27–42.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolutions of Our Time*. London/New York, NY: Verso.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*. London/New York, NY: Verso.
- Laclau, Ernesto (2000a): Identity and Hegemony. The Role of Universality in the Constitution of Political Logics. In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj (Hg.): *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London/New York, NY: Verso, S. 44–89

- Laclau, Ernesto (2000b): Constructing Universality. In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj (Hg.): Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left. London/New York, NY: Verso, S. 281–307.
- Laclau, Ernesto (2005): On Populist Reason. London/New York, NY: Verso.
- Laclau, Ernesto (2014): The Rhetorical Foundations of Society. London/New York, NY: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1987): Post-Marxism without Apologies. In: *New Left Review*, 166, S. 79–106.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. London/New York, NY: Verso.
- Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. Weinheim: Beltz.
- Leisegang, Daniel (2013): Die doppelte Spaltung. Die digitale Kluft als Ausdruck sozialer Ungleichheiten. In: *NG/FH* 6/2013, S. 47–49.
- Lessig, Lawrence (2006): Code. Version 2. New York, NY: Basic Books.
- Levy, Steven (2010): Hackers Heroes of the Computer Revolution – 25th Anniversary Edition. Sebastopol: O'Reilly Media.
- Levy, Steven (2014): ‚Hackers‘ and ‚Information Wants to Be Free‘. Online verfügbar: <https://backchannel.com/the-definitive-story-of-information-wants-to-be-free-a8d95427641c#.2bgxkgmuf> [16.6.2016].
- Lewis, Gail (2013): Unsafe Travel: Experiencing Intersectionality and Feminist Displacements. In: *Signs*, 38 (4), S. 869–892.
- Link, Jürgen (2006): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lipietz, Alain (1995): The Post-Fordist World. Labour Relations, International Hierarchy and Global Ecology. In: *Review of International Political Economy*, 4 (1), S. 1–41.
- Lobo, Sascha (2010): Google-Streetview-Widerspruch-Widerspruch. Online verfügbar: <http://saschalobo.com/2010/08/10/google-street-view-widerspruch-widerspruch/> [16.6.2016].
- Löblich, Maria/Wendelin, Manuel (2012): ICT Policy Activism on a National Level: Ideas, Resources and Strategies of German Civil Society in Governance Processes. In: *New Media & Society*, 14 (6), S. 899–915.
- Lorde, Audre (1983): Sister Outsider. Essays and Speeches. Berkley, CA: Crossing Press.
- Lovink, Gert (2014): Hermes on the Hudson: Notes on Media Theory after Snowden. In: *e-fulx*, 54 (4). Online verfügbar: <http://www.e-ux.com/journal/hermes-on-the-hudson-notes-on-media-theory-after-snowden/> [16.6.2016].
- Lüthje, Boy (2006): Electronics Contract Manufacturing: Globale Produktion und neue Arbeitsregimes in China. In: *WSI Mitteilungen*, 1/2006, S. 21–27.
- Lummerding, Susanne (2005): Agency@ Cyber-Diskurse, Subjektkonstituierung und Handlungsfähigkeit im Feld des Politischen. Wien: Böhlau.
- Lutz, Helma (2001): Differenz als Rechenaufgabe: Über die Relevanz von Race, Class und Gender. In: Lutz, Helma/Wenning, Norbert (Hg.): Unterschiedlich ver-

- schieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 215–230.
- Lykke, Nina (2011): Intersectional Analysis: Black Box or Useful Critical Feminist Thinking Technology. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hg.): Framing Intersectionality: Debates on a Multi-Faceted Concept in Gender Studies. Farnham, Surrey: Ashgate, S. 207–221.
- Mailer, Norman (1957): The White Negro. Online verfügbar: https://www.dissentmagazine.org/online_articles/the-white-negro-fall-1957 [16.6.2016].
- Majica, Marin (2013): Der Tschernobyl-Moment der Digitalisierung. ZEIT ONLINE, 25.6.2013. Online verfügbar: <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2013-07/nsa-skandal-tschernobyl-vergleich> [16.6.2016].
- Mani, Lata (1989): Multiple Mediations: Feminist Scholarship in the Age of Multinational Reception, *Inscriptions* 5, S. 1–24.
- Manning, Chelsea (o. J.): Twitter Profile. Online verfügbar: <https://twitter.com/xychelsea/> [13.6.2016].
- Manning, Chelsea (2015a): It's hard to do research and get facts together w/o access to the Internet. It makes writing timely pieces difficult #90sProblems [Twitter]. 8.4.2015. Online unter: <https://twitter.com/xychelsea/status/585836697914486785> [13.6.2016].
- Manning, Chelsea (2015b): Chelsea Manning: 'Why speaking out is worth the risk' (Interview), Amnesty International. Online verfügbar: https://www.amnesty.org.uk/blogs/global-voices/chelsea-manning-why-speaking-out-worth-risk?gclid=CPirzdGY_sgCFUJAGwodsR4EjA [2.2.2016].
- Manning, Chelsea (2015c): Today is my 6th bday in prison, yet it feels better every year w/ all your love and support. Thank you so v much! <3 [Twitter]. 17.12.2015. Online unter: <https://twitter.com/xychelsea/status/677606393432563712> [13.6.2016].
- Manning, Chelsea (2015d): Glad to know I'm represented => [Twitter]. 17.12.2015. Online verfügbar: <https://twitter.com/xychelsea/status/681682028601851904> [13.6.2016].
- Marchart, Oliver (2004): Techno-Kolonialismus: Zur Theorie und imaginären Kartographie der Medienkulturen. Wien: Löcker.
- Marchart, Oliver (2007): Politik und ontologische Differenz. Zum ‚streng Philosophischen‘ am Werk Ernesto Laclaus. In: Nonhoff, Martin (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld: transcript, S. 103–121.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Berlin: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2013): Die Prekarisierungsgesellschaft I: Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. Bielefeld: transcript.
- Margolis, Jane/Fisher, Allan (2002): Unlocking the Clubhouse. Cambridge, MS: MIT Press.

- Marx, Karl (MEW 9): Zur Kritik der politischen Ökonomie [Erstveröffentlichung 1859], 1. Auflage 1961, Berlin/DDR: Dietz.
- Marx, Karl (MEW 23): Band 1, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie [Erstveröffentlichung 1867]. 37. Aufl. (2005), Berlin: Dietz.
- Maresch, Rudolf/Rötzer, Florian (2001): Cyberhypes, in dies.: Cyberhypes. Möglichkeiten und Grenzen des Internet. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7–26.
- Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzla, Felix/Walter, Franz (Hg.) (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP Gesellschaftsstudie. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.
- Marwick, Alice E./boyd, danah (2010): I Tweet Honestly, I Tweet Passionately: Twitter Users, Context Collapse, and the Imagined Audience. In: *New Media Society*, 13 (1), S. 1–20, DOI: 10.1177/1461444810365313.
- Matzner, Tobias/Masur, Philip K./Ochs, Carsten/Pape, von, Thilo (2016): Do-It-Yourself Data Protection—Empowerment or Burden? In: Gutwirth, Serge/Leenes, Ronald/De Hert, Paul (Hg.): Data Protection on the Move. Wiesbaden: Springer, S. 277–305.
- May, Michael (2012): Das Paradigma von Intersektionalität und das Erbe eines kritisch-reproduktionstheoretisch orientierten Forschens in der Tradition von Marx. In: *Widersprüche*, 32 (126), S. 29–49.
- McAdam, Doug (1986): Recruitment to High-Risk Activism: The Case of Freedom Summer. In: *American Journal of Sociology*, 92 (1), S. 64–90.
- McAdam, Doug/Scott, Richard W. (2005): Organizations and Movements. In: Davis, Gerald F./McAdam, Doug/Scott, W. Richard/Zald, Mayer N. (Hg.): *Social Movements and Organizational Theory*. Cambridge, MS: Cambridge University Press, S. 4–40.
- McCall, Leslie (2005): The Complexity of Intersectionality. In: *Signs*, 30 (3), S. 1771–1800.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (1977): Resource Mobilization and Social Movements. A Partial Theory. In: *American Journal of Sociology*, 82 (6), S. 1212–1241.
- Meister, André (2008): Vorratsdatenspeicherung und gesellschaftliche Kontroverse. Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften (Bachelor-Arbeit). Online verfügbar: https://netzpolitik.org/wp-upload/Bachelor_Meister_Vorratsdatenspeicherung.pdf [15.6.2016].
- Meister, André (2011): Zugängerschwerungsgesetz. Eine Policy-Analyse zum Access-Blocking in Deutschland (Master-Arbeit). Online verfügbar: <https://netzpolitik.org/wp-upload/Master-Meister-Zugängerschwerungsgesetz.pdf> [15.6.2016].
- Melucci, Alberto (1995): The Process of Collective Identity. In: Johnston, Hank/Klandermans, Bert (Hg.): *Social Movements and Culture*. Minneapolis/MN: University of Minnesota Press, S. 41–64.
- Melucci, Alberto (1996): *Challenging Codes. Collective Action in the Information Age*. Cambridge, MS: Cambridge University Press.

- Mertens, Mathias (2012): Nerds. Computer. Piraten: Die Erben der Internetkultur. In: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.): Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena. Bielefeld: transcript, S. 53–65.
- Meyer, Silke (2013): ‚Free Software, Free Society‘? Über die Reproduktion von Differenz in der Praxis von Free/Libre Open Source Software-Communities. Online verfügbar: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_00000095545 [14.6.2016].
- Milan, Stefania (2013): *Social Movements and Their Technologies*. Wiring Social Change, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Moers, Johannes (2000): Eine Netzkritikbewegung? Konflikte um die Entwicklung des Internet und zivilgesellschaftliche Alternativen. In: *Das Argument*, 238, S. 741–753.
- Moglen, Eben (2003): The dotCommunist Manifesto. Online verfügbar: <http://moglen.law.columbia.edu/publications/dcm.html> [16.6.2016].
- Mohanty, Chandra Talpade (1988): Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses. In: *Feminist Review*, 30 (1), S. 61–88.
- Morgenroth, Markus (2014): Sie kennen dich! Sie haben dich! Sie steuern dich!: Die wahre Macht der Datensammler. München: Droemer Knauer.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*. London/New York, NY: Verso.
- Mouffe, Chantal (1995): *Feminism, Citizenship and Radical Democratic Politics*, in Nicholson, Linda/Seidman, Steven (Hg.): *Social Postmodernism: Beyond Identity Politics*. Cambridge, MS: Cambridge University Press 315-331.
- Mouffe, Chantal (2005): *On the Political*. London: Routledge.
- Mouffe, Chantal (2013): *Hegemony, Radical Democracy, and the Political*. Herausgegeben von James Martin. London: Routledge.
- Moses, Asher (2009): Leaked Australian Blacklist Reveals Banned Sites. *Sidney Morning Herald*, 19.3.2009. Online verfügbar: <http://www.smh.com.au/articles/2009/03/19/1237054961100.html> [15.6.2016].
- Müller-Maguhn, Andy/Schrutzki, Reinhard (1988): Welcome to the NASA-Headquarter. In: *Chaos Computer Club/Wieckmann, Jürgen (Hg.): Das Chaos Computer Buch. Hacking Made in Germany*, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, S. 32–53.
- Münker, Stefan (2009): *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten: die sozialen Medien im Web 2.0*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Negroponte, Nicolas, 1998: *Beyond Digital*. In: *Wired*, Dezember 1998. Online verfügbar: <http://archive.wired.com/wired/archive/6.12/negroponte.html> [13.6.2016].
- Nelson, Alondra (2002): Introduction: Future Texts. In: *Social Text*, 20 (2), S. 1–15.
- nettime (Hg.) (1997): *Netzkritik. Materialien zur Internet-Debatte*. Berlin: ID Archiv.
- Neumann, Felix (2009): Piraten, Gender und Pragmatik. Online verfügbar: <https://fxneumann.de/2009/09/08/piraten-gender-und-pragmatik/> [16.6.2016].
- Niedermayer, Oskar (2013): *Die Piratenpartei*. Wiesbaden: Springer VS.

- Nissenbaum, Helen (2010): *Privacy in Context*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Noborder.org (o. J.): Archiv der Website www.deportation-class.com. Online verfügbar: <http://www.noborder.org/archive/www.deportation-class.com/lh/> [15.6.2016].
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt Soziale Marktwirtschaft*. Bielefeld: transcript.
- Nonhoff, Martin (2007): Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse. In: Nonhoff, Martin (Hg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld: transcript, S. 173–193.
- Nonhoff, Martin/Gronau, Jennifer (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs. Anmerkungen zu einem Verhältnis der Gleichursprünglichkeit. In: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hg.): *Diskurs, Macht und Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 109–130.
- Nowak, Iris/Hausotter, Jette/Winker, Gabriele (2012): Handlungsfähigkeit in entgrenzten Verhältnissen. Subjektkonstruktionen von Beschäftigten in Industrie und Altenpflege. Hamburg. Online verfügbar: <http://doku.b.tu-harburg.de/volltexte/2012/1138/> [15.6.2016].
- Nuss, Sabine (2006): *Copyright & Copyriot*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ochs, Carsten (2015): ‚Selbstdatenschutz‘, oder: Kollektive Privatheitspraktiken als politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 28 (3), S. 45–54.
- Ochs, Carsten/Löw, Martina (2012): Un/faire Informationspraktiken: Internet Privacy aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. In: Buchmann, Johannes (Hg.): *Internet Privacy. Eine multidisziplinäre Bestandsaufnahme / A multidisciplinary analysis*. Berlin: Springer, S. 15–62.
- Offe, Claus (1985): New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics. In: *Social Research*, 52(4), S. 817–868.
- Oguntoye, Katharina/Ayim, May/Schultz, Dagmar (Hg.) (2007): *Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte* (3. Aufl.). Berlin: Orlanda.
- Olsen, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge, MS: Harvard University Press.
- O’Mailey, Pat (2009): Responsibilization. In Wakefield, Alison/Feming, Jenny (Hg.): *The SAGE Dictionary of Policing*. London: SAGE, S. 276–278.
- Opratko, Benjamin (2012a): *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Opratko, Benjamin (2012b): Ein theoretischer Universalschlüssel? Zur Ontologie des Hegemoniebegriffes bei Laclau. In: Dzudzek, Iris/Kunze, Caren/Wullweber, Joscha (Hg.): *Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven*. Bielefeld: transcript, S. 59–83.

- Osterroth, Andreas (2015): Der Einfluss der Synchronfassungen massenmedialer Produkte auf den Sprachwandel am Beispiel des Lexems Nerd. In: *Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache*, 31(3), S. 1–8.
- padeluum/Pritlove, Tim/Tangens, Rena (2009): CRE140 FoeBuD [Audio Podcast]. Online verfügbar: <http://cre.fm/cre140-foebud> [15.6.2016].
- Palfrey, John/Gasser, Urs (2008): *Generation Internet*. München: Hanser.
- Pariser, Eli (2011): *The Filter Bubble: What the Internet Is Hiding from You*. New York, NY: Penguin Press.
- Paulitz, Tanja (2005): *Netzsubjektivität/en. Konstruktionen von Vernetzung als Technologien des sozialen Selbst. Eine empirische Untersuchung in Modellprojekten der Informatik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Paulitz, Tanja (2012): *Mann und Maschine. Eine genealogische Wissenssoziologie des Ingenieurs und der modernen Technikwissenschaften, 1850-1930*. Bielefeld: transcript.
- Paulus, Stefan (2012): *Das Geschlechterregime. Eine intersektionale Dispositivanalyse von Work-Life-Balance-Maßnahmen*. Bielefeld: transcript.
- Paulus, Stefan (2013): Methodologische Überlegungen und methodisches Vorgehen bei einer intersektionalen Dispositivanalyse. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 16 (1). Online verfügbar: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/2103/3768> [15.6.2016].
- Penny, Laurie (2013): *Cybersexim. Sex, Gender and Power on the Internet* [E-Book]. London: Bloomsbury Publishing.
- Penny, Laurie (2014): On Nerd Entitlement. In: *New Statesman*, 29.12.2014. Online verfügbar: <http://www.newstatesman.com/laurie-penny/on-nerd-entitlement-rebel-alliance-empire> [16.6.2016].
- Piesche, Peggy (2012): ‚Euer Schweigen schützt Euch nicht‘: Audre Lorde und die Schwarze Frauenbewegung in Deutschland. Berlin: Orlanda.
- Piratenpartei.de (2013): *Parteiprogramm*. Version vom 27.9.2013, 19:44 Uhr. Online verfügbar: <http://wiki.piratenpartei.de/wiki/index.php?title=Parteiprogramm&oldid=2196050> [16.6.2016].
- Phoenix, Ann/Pattynama, Pamela (2006): Intersectionality. In: *European Journal of Women's Studies*, 13 (3), S. 187–192. DOI: 10.1177/1350506806065751.
- Plomlompom (o. J.): PlomWiki. Online verfügbar: <http://www.plomlompom.de/PlomWiki/> [16.6.2016].
- Pörksen, Bernhard/Detel, Hanne (2012): *Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter*. Köln: Halem.
- Premsky, Marc (2001): Digital Natives, Digital Immigrants. In: *On The Horizon*, 9 (5). Online verfügbar: <http://www.marcprensky.com/writing/Prensky%20-%20Digital%20Natives,%20Digital%20Immigrants%20-%20Part1.pdf> [15.6.2016].
- Puar, Jaspir (2005): Queer Times, Queer Assemblages. In: *Social Text*, 84-85, 23 (3-4), S. 121–139.

- Raab, Heike (2012): Intersektionalität und Behinderung – Perspektiven der Disability Studies. Online verfügbar: <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/schluesstexte/raab/> [16.6.2016].
- Rainie, Lee/Wellman, Barry (2012): *Networked. The New Social Operating System*. Cambridge, MS: MIT Press.
- Ragekamilla (2013): Der Lockruf der Nerdschlampe – Ich habe niemanden angelockt (?!). Online verfügbar: <https://ragekamila.wordpress.com/2013/05/22/der-lockruf-der-nerdschlampe-ich-hab-niemanden-angelockt/> [16.6.2016].
- Raschke, Joachim (1991): Zum Begriff der sozialen Bewegungen. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (2. Aufl.). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Reckwitz, Andreas (2008a): *Subjekt*. Bielefeld: transcript.
- Reckwitz, Andreas (2008b): Praktiken und Diskurse: Eine sozialtheoretische und methodologische Relation. In: Hirschauer, Stefan/Lindemann, Gesa (Hg.): *Theoretische Empirie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 188–209.
- Reda, Julia (2014): Europa. Die Plattform ist geil, aber scheiße konfiguriert [Twitter]. 27.3.2014. Online verfügbar: <https://twitter.com/senficon/status/449318472691253248> [16.6.2016].
- Refugees Emancipation (o. J.): *Internet for Refugees by Refugees*. Online verfügbar: <http://support.refugeesemancipation.com> [16.6.2016].
- Rendueles, César (2015): *Soziophobie - Politischer Wandel im Zeitalter der digitalen Utopie*. Berlin: Suhrkamp.
- Rich, Adrienne (1980): Compulsory Heterosexuality and Lesbian Existence. In: *Signs*, 5 (4), S. 631–660.
- Rieger, Frank (2005): *We Lost the War. Welcome to the World of Tomorrow*. Online verfügbar: http://frank.geekheim.de/?page_id=128 [16.6.2016].
- Riffkin, Jeremy (2000): *Access. Das Verschwinden des Eigentums. Warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden*. Frankfurt/New York, NY: Campus.
- Rösler, Beate (2003): *Der Wert des Privaten*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Roleff, Daniel (2012): *Digitale Politik und Partizipation: Möglichkeiten und Grenzen*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62 (7), S. 4–20.
- Rommelspacher, Birgit (1995): *Dominanzkultur. Texte zu Freiheit und Macht*. Berlin: Orlanda.
- Rucht, Dieter (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen – Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt a.M./New York, NY: Campus.
- Rucht, Dieter (1998): *Komplexe Phänomene – komplexe Erklärungen. Die politischen Gelegenheitsstrukturen der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik*. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung*. Opladen: Budrich, S. 109–127.
- Rucht, Dieter (2012): *Massen mobilisieren*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 25-26/2012, S. 3–9.

- Rucht, Dieter (2013): Neue soziale Bewegungen. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (7., aktual. Auflage). Wiesbaden: Springer VS, S. 406–409.
- Rudl, Tomas (2015): EU-Parlament beschließt umstrittene Netzneutralitätsregeln. Netzpolitik.org, 27.10.2015, online verfügbar: <https://netzpolitik.org/2015/eu-parlament-beschliesst-umstrittene-netzneutralitaetsregeln/> [15.6.2016].
- Rydlewski, Birgit (2012): Rückblick 29C3. Online verfügbar: <https://birgit-rydlewski.de/2012/12/31/rueckblick-29c3/> [15.6.2016].
- Samuel, Alexandra Whitney (2004): Hactivism and the Future of Political Participation. Harvard University, Cambridge, MS (Dissertation).
- Sassen, Saskia (2006): Global Cities. In: Nugent, David/Vincent, Joan (Hg.): A Companion to the Anthropology of Politics. Hoboken, NJ: Wiley-Blackwell.
- Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (2008): Governing Intersectionality. Ein kritischer Ansatz zur Analyse von Diversitätspolitiken. In: Klinger, Cornelia (Hg.): Über Kreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 249–273.
- Saussure, Ferdinand de (1967): Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft. Berlin (West): de Gruyter.
- Schachtner, Christina/Duller, Nicole (2014): Kommunikationsort Internet. Digitale Praktiken und Subjektwerdung. In: Carstensen, Tanja/Schachtner, Christina/Schelhowe, Heidi/Beer, Raphael (Hg.): Digitale Subjekte. Praktiken der Subjektivierung im Medienumbruch der Gegenwart. Bielefeld: transcript, S. 81–154.
- Schiebel, Martina (2011): Diskursive und biografische Konstruktion politischer Staatsfeind/innen. Kommunistinnen und Kommunisten in der frühen Bundesrepublik Deutschland. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 12(2). Online verfügbar: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1691/3221> [16.6.2016].
- Schmidt, Jan-Hinrik (2011): Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0. (2. Auflage). Konstanz: UVK.
- Schmidt, Jan-Hinrik/Weichert, Thilo (2012): Vorwort. In: dies. (Hg.): Datenschutz. Grundlagen, Entwicklungen und Kontroversen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 18–19.
- Schrader, Kathrin (2012): Intersektionale Perspektiven in der Sozialen Arbeit – Ein produktiver Forschungsansatz in der Arbeit mit Drogengebrauchenden Sexarbeiterinnen. In: *Widersprüche*, 32 (126), S. 51–67.
- Schrader, Kathrin (2013): Drogenprostitution. Eine intersektionale Betrachtung zur Handlungsfähigkeit drogengebrauchender Sexarbeiterinnen. Bielefeld: transcript.
- Schramm, Julia/Reißmann, Ole (2011): Internet-Exhibitionisten ‚Spackeria‘: ‚Privatsphäre ist so was von Eighties‘. Spiegel Online, 10.3.2011. Online verfügbar: <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/internet-exhibitionisten-spackeria-privatsphaere-ist-sowas-von-eighties-a-749831.html> [16.6.2016].

- Schütze, Fritz (1993): Biographieforschung und narratives Interview. In: *Neue Praxis*, 13 (3), S. 283–293. Online verfügbar: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-53147> [16.6.2016].
- Seemann, Michael (o. J.a): Schlagwort-Archive: Managing CTRL-Verlust. Online verfügbar: <http://www.ctrl-verlust.net/tag/managing-ctrl-verlust/> [16.6.2016].
- Seemann, Michael (o. J.b): Filtersouveränität. Online verfügbar: <http://www.ctrl-verlust.net/glossar/filtersouveranitat/> [16.6.2016].
- Seemann, Michael (2011a): Eine kurze Geschichte der Postprivacy - Teil I: Postprivacy, Kontrollverlust und das ‚German Paradox‘. Online verfügbar: <http://www.transprivacy.com/der-blog/blog-post/2011/10/12/eine-kurze-geschichte-der-postprivacy-teil-i-postprivacy-kontrollverlust-und-das-german-parad/> [16.6.2016].
- Seemann, Michael (2011b): Eine kurze Geschichte der Postprivacy - Teil II: Street-View, Wikileaks und die liquide Demokratie. Online verfügbar: <http://www.transprivacy.com/der-blog/blog-post/2011/10/28/eine-kurze-geschichte-der-postprivacy-teil-ii/> [16.6.2016].
- Seemann, Michael (2011c): Eine kurze Geschichte der Postprivacy - Teil III: Filtersouveränität, Spackeria und die Datenschutzkritik. Online verfügbar: <http://www.transprivacy.com/der-blog/blog-post/2011/11/03/postprivacy-teil-iii-filtersouveranitaet-spackeria-und-die-datenschutzkritik/> [16.6.2016].
- Seemann, Michael (2011d): Vom Kontrollverlust zur Filtersouveränität. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *#public_life - Digitale Intimität, die Privatsphäre und das Netz*. Berlin, S. 74–79.
- Seemann, Michael (2012): Plattformneutralität – das politische Denken der Piraten. In: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.): *Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*. Bielfeld: transcript, S. 91–99.
- Seemann, Michael (2014): *Das neue Spiel: Strategien für die Welt nach dem digitalen Kontrollverlust*. Freiburg: Orange Press.
- Simon, Anne-Catherine/Simon, Thomas (2008): *Ausgespäht und abgespeichert: Warum uns die totale Kontrolle droht und was wir dagegen tun können*. München: Herbig.
- Simon, Bernd/Klandermans, Bert (2001): Politicized Collective Identity. A Social Psychological Analysis. In: *American Psychologist* 56 (4), S. 319–331.
- Siri, Jasmin/Villa, Paula-Irene (2012): Piratinnen: Fehlanzeige Gender? In: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.): *Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*. Bielfeld: transcript, S. 145–171.
- Smith, Anna-Marie (1998a): *Laclau and Mouffe: The Radical Democratic Imaginary*. New York: Routledge.
- Smith, Anna-Marie (1998b): Das Unbehagen der Hegemonie. Die politischen Theorien von Judith Butler, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: Marchart, Oliver (Hg.): *Das Undarstellbare der Politik: Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Wien: Turia und Kant, S. 225–237.

- Smith, Matt/Gollan, Jennifer/Sambamurthy, Adithya (2014): Job Brokers Steal Wages and Entrap Indian Tech Workers in US. *The Guardian*, 28.10.2014, online verfügbar: <https://www.theguardian.com/us-news/2014/oct/28/-sp-jobs-brokers-entrap-indian-tech-workers> [16.6.2016].
- Snow, David A./Benford, Robert D. (1992): Master Frames and Cycles of Protest. In: Morris, Aldon D./McClurg Mueller, Carol (Hg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven, CT: Yale University Press, S. 133–155.
- Soiland, Tove (2008): Die Verhältnisse gingen und die Kategorien kamen. Intersectionalität oder vom Unbehagen an der amerikanischen Theorie. In: *querelles-net*, 26 (2008). Online verfügbar: <https://www.querelles-net.de/index.php/qn/article/view/694/702> [16.6.2016].
- Sollfrank, Cornelia (2015): Revisiting Cyberfeminism. In: *Art-Papers*, May/June 2015. Online verfügbar: http://www.artpapers.org/feature_articles/2015_0506-cyberfeminism.html [16.6.2016].
- Spackeria (2011): Startschuss. Online verfügbar: <http://blog.spackeria.org/2011/02/22/startschuss/> [16.6.2016].
- Spies, Tina (2009): Diskurs, Subjekt und Handlungsmacht. Zur Verknüpfung von Diskurs- und Biografieforschung mithilfe des Konzepts der Artikulation. In: *Forum Qualitative Research*, 10(2). Online verfügbar: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1150/2760> [16.5.2016].
- Staben, Julian (2012): Consent under pressure and the Right to Informational Self-Determination. In: *Internet Policy Review*, 1(4), DOI: 10.14763/2012.4.265.
- Stalder, Felix (2013): *Digital Solidarity* (Band 6 PML Books). Lüneburg: Mute & Post-Media-Labs. Online verfügbar: <http://www.metamute.org/sites/www.metamute.org/les/u1/Digital-Solidarity-Felix-Stalder-9781906496920-web-fullbook.pdf> [13.6.2016].
- Stallman, Richard (1992): Why Software Should Be Free. Online verfügbar: <https://www.gnu.org/philosophy/shouldbefree.en.html> [16.6.2016].
- Stefanów, Michał (2015): #32c3 sticker wall with multiple crowd-sourced creative contributions... FREE @xchelsea bottom left [Twitter]. 29.12.2015. Online unter: <https://twitter.com/stefek99/status/681639651258593284> [13.6.2016].
- Sterling, Bruce (1992): *The Hacker Crackdown: Law and Disorder on the Electronic Frontier*. New York, NY: Bentham Books.
- Stöcker, Christian (2011): *Nerd Attack! Eine Geschichte der digitalen Welt vom C64 bis zu Twitter und Facebook*, München: DVA.
- Stoppacta-Protestinfo (o. J.): Teilnehmerzahlen. Online: <http://wiki.stoppacta-protest.info/DE:Teilnehmerzahlen> [28.9.2012, derzeit nicht verfügbar].
- Sunstein, Cass R. (2009): Infotopia. Wie viele Köpfe Wissen produzieren. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Taddicken, Monika (2013): The ‘Privacy Paradox’ in the Social Web: The Impact of Privacy Concerns, Individual Characteristics, and the Perceived Social Relevance on Different Forms of Self-Disclosure. In: *Journal of Computer-Mediated Communication*, 19(2), S. 248–273. DOI: 10.1111/jcc4.12052.

- Tagesschau.de (2013): Tagesschau vom 24.10.2013. Online verfügbar: <http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts44974.html> [16.6.2016].
- Tagesschau.de (2015): Chronologie zum Fall Netzpolitik.org. Wer, was, wann? Online verfügbar: <https://www.tagesschau.de/inland/netzpolitik-landesverrat-chronologie-101.html> [16.6.2016].
- Tanczer, Leonie Maria (2014): ‚Über diese Feminismus-Sache hinaus‘: Eine Diskursanalyse des Post-Gender-Begriffs in der Piratenpartei Österreich (PPÖ). In: *femina politica*, 23(1), S. 116–123.
- Tante (2012a): Good Night Nerd Pride. Online verfügbar: <https://tante.cc/2012/11/25/good-night-nerd-pride/> [16.6.2016].
- Tante (2012b): Experiment Postprivacy. Online verfügbar: <https://blog.spackeria.org/2012/05/06/experiment-postprivacy/> [16.6.2016].
- Tante (2013): Meritokratie als Selbstaufwertung. Online verfügbar: <https://tante.cc/2013/06/07/meritokratie-als-selbstaufwertung/> [16.6.2016].
- Tarrow, Sidney (1992): Mentalities, Political Cultures, and Collective Action Frames: Constructing Meanings Through Action. In: Morris, Aldon D./McClurg Mueller, Carol (Hg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven, CT: Yale University Press, S. 174–202.
- Taylor, Verta/Whittier, Nancy E. (1992): Collective Identity in Social Movement Communities: Lesbian Feminist Mobilization. In: Morris, Aldon D./Mueller, Carol McClurg (Hg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven, CT: Yale University Press, S. 104–129.
- taz. die Tageszeitung (2006): Die Gesinnungsprüfung. Online verfügbar: <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2006/01/04/a0154> [15.6.2016].
- Tilly, Charles (1978): *From Mobilization to Revolution*. Boston, MS: Addison-Wesley.
- Tomlinson, Barbara (2013): To Tell the Truth and Not Get Trapped: Desire, Distance, and Intersectionality at the Scene of Argument. In: *Signs*, 38, 4, S. 993–1017.
- Tonndorf, Katrin (2015): Bürgerrecht vs. Urheberrecht: der öffentliche Interessenskonflikt um ACTA und seine Darstellung in der deutschen Medienberichterstattung. In: Emmer, Martin/Strippel, Christian (Hg.): *Kommunikationspolitik für die digitale Gesellschaft*, S. 205–224. DOI: 10.17174/dcr.v1.10.
- Touraine, Alain (1972): *Die postindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt a.M..
- Touraine, Alain (1985): An Introduction to the Study of Social Movements. In: *Social Research*, 52 (4), S. 749–787.
- Tripp, Volker (2015): Kurzanalyse. Netzsperrn-Urteile des Bundesgerichtshofs. Online verfügbar: <https://digitalesgesellschaft.de/2015/11/kurzanalyse-netzsperrn-bgh/> [15.6.2016].
- Trojanow, Ilija/Zeh, Juli (2009): *Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte*. München: Hanser.
- Tuider, Elisabeth (2006): Diskursanalyse und Biographieforschung. Zum Wie und Warum von Subjektpositionierungen. In Forum: *Qualitative Sozialforschung*, 8

- (2). Online verfügbar: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/249/549> [16.6.2016].
- Turkle, Sherry (1984): *The Second Self*. Cambridge, MS: MIT Press.
- Turkle, Sherry (2010): *Alone Together. Why We Expect More from Technology and Less from Each Other*. New York, NY: Basic Books.
- Urbach, Stephan (2015): *.NEUSTART: Aus dem Leben eines Netzaktivisten*. München: Knauer.
- Vasek, Thomas (2010): Die Rache der Nerds, Brandeins, 04/2010, S. 128–133. Online verfügbar: <http://www.brandeins.de/archiv/2010/lebensplanung/die-rache-der-nerds/> [16.6.2016].
- Voices For Internet Freedom (o. J.): FAQs. Online verfügbar: <http://www.internetvoices.org/voices-faq> [16.6.2016].
- Voigt, Hans-Christian/Kreiml, Thomas (Hg.) (2011): *Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0*. Wien: ÖGB Verlag.
- von de Donk, Wim/Loader, Brian D./Nixon, Paul G./Rucht, Dieter (2004): Introduction. *Social Movements and ICT*. In: van de Donk, Wim /Dahlgren, Peter (Hg.): *Cyberprotest: New Media, Citizens and Social Movements*. London [u. a.]: Routledge.
- von Notz, Konstantin (2015): Die Netzneutralität ist eine Schlüsselfrage. *Medienpolitik.net* 5.10.2015. Online verfügbar: <http://www.medienpolitik.net/2015/10/netzpolitikdie-netzneutralitat-ist-eine-schlusselfrage/> [16.6.2016].
- von Unger, Hella (2014): Forschungsethik in der qualitativen Forschung: Grundsätze, Debatten und offene Fragen. In: von Unger, Hella/Narimani, Petra/M'Bayo, Rosaline (Hg.): *Forschungsethik in der qualitativen Forschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 15–39.
- Vorratsdatenspeicherung.de (o. J.): Vorratsdatenspeicherung.de. Online verfügbar: <http://www.vorratsdatenspeicherung.de> [16.6.2016].
- Waldschmidt, Anne (2005): Disability Studies: Individuelles, soziales und/oder kulturelles Modell von Behinderung? In: *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 29 (1), S. 9–31.
- Walgenbach, Katharina (2007): Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität. In: Dietze, Gabriele/Palm, Kerstin/Walgenbach, Katharina/Hornscheid, Lann (Hg.): *Gender als interdependente Kategorie*. Leverkusen: Barbara Budrich, 23–64.
- Walgenbach, Katharina (2010): Postscriptum: Intersektionalität – Offenheit, interne Kontroversen und Komplexität als Ressourcen eines gemeinsamen Orientierungsrahmens. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hg.): *Fokus Intersektionalität*. Wiesbaden: Springer VS, S. 265–277.
- Wajcman, Judy (2015): Digital Technology is not to Blame for our Hyperfast Lives. *Aeon*. Online verfügbar: <https://aeon.co/essays/digital-technology-is-not-to-blame-for-our-hyperfast-lives> [13.6.2016].

- Weber, Jutta (2001): Ironie und Techno-Politik: Cyberfeminismus als Virus in der neuen Weltordnung? In: Die Philosophin. Forum für feministische Theorie und Philosophie, 12 (24), S. 81–97.
- Weisband, Marina (2013): Wir nennen es Politik. Ideen für eine zeitgemäße Demokratie. Stuttgart: Tropen.
- Weiß, Anja (2001): Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Wendelin, Manuel/Löblich, Maria (2013): Netzpolitik-Aktivismus in Deutschland. Deutungen, Erwartungen und Konstellationen zivilgesellschaftlicher Akteure. In: *Medien und Kommunikationswissenschaft*, 61 (1), S. 58–75.
- West, Candace/Fenstermaker, Sarah (1995): Doing Difference. In: *Gender & Society*, 9(1), S. 8–37.
- Westermayer, Till (2012): Die Kinder der digitalen Revolution. Online verfügbar: <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2012/02/11/die-kinder-der-digitalen-revolution/> [15.6.2016].
- Wiedemann, Carolin (2014a): ‚Greetings from the Dark Site of the Internet‘ – Anonymous und die Frage nach Widerstand in Zeiten der Informatisierung. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 39 (1), S. 143–162.
- Wiedemann, Carolin (2014b): Between Swarm, Network, and Multitude: Anonymous and the Infrastructures of the Common. In: *Distinktion: Scandinavian Journal of Social Theory*, 15 (3), S. 309–326.
- Wikileaks (2008): Proposed US ACTA Plurilateral Intellectual Property Trade Agreement (2007). Online verfügbar: https://wikileaks.org/wiki/Proposed_US_ACTA_multi-lateral_intellectual_property_trade_agreement_%282007%29 [15.6.2016].
- Winker, Gabriele (2004): Internetforschung aus Genderperspektiven. In: Buchen, Sylvia/Helfferich, Nena/Maier, Maja (Hg.): Gender methodologisch. Empirische Forschung in der Informationsgesellschaft vor neuen Herausforderungen? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123–140.
- Winker, Gabriele (2005): Ko-Materialisierung von vergeschlechtlichten Körpern und technisierten Artefakten: Der Fall Internet. In: Funder, Maria/Dörhöfer, Stefan/Rauch, Christian (Hg.): Jenseits der Geschlechterdifferenz? Geschlechterverhältnisse in der Informations- und Wissensgesellschaft. München, Mering: Hampp, 157–178.
- Winker, Gabriele (2012): Intersektionalität als Gesellschaftskritik. In: *Widersprüche*, 32 (126), S. 13–26.
- Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Winker, Gabriele/Carstensen, Tanja (2007): Eigenverantwortung in Beruf und Familie – vom Arbeitskraftunternehmer zur Arbeitskraftmanager. In: *Feministische Studien*, 25(2), S. 277–288.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit. Bielefeld: transcript.

- Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 1(1), Online verfügbar: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519> [15.6.2016].
- Wöhl, Stefanie (2007): Die Subjekte der radikalen Demokratie: Institutionalisierte Differenzen und Barrieren gegenhegemonialer Artikulationen. In: Nonhoff, Martin (Hg.): *Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld: transcript, S. 139–158.
- Worbs, Susanne (2010): Mediennutzung von Migranten in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper 34.
- Worldsummit on the Information Society (2005): Report of the Working Group on Internet Governance, Château de Bossey, June 2005. Online verfügbar: <http://www.wgig.org/docs/WGIGREPORT.pdf> [15.6.2016].
- Wu, Tim (o. J.): Network Neutrality FAQ. Online verfügbar: http://www.timwu.org/network_neutrality.html [15.6.2016].
- Wullweber, Joscha (2010): Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt. Baden-Baden: Nomos.
- Wullweber, Joscha (2012): Konturen eines politischen Analyserahmens – Hegemonie, Diskurs und Antagonismus. In: Dzudzek, Iris/Kunze, Caren/Wullweber, Joscha (Hg.): *Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven*. Bielefeld: transcript, S. 29–58.
- Wullweber, Joscha (2015): Performative Global Finance, Bridging Micro and Macro Approaches with a Stratified Perspective. In: *New Political Economy*, 21(3), S. 305–321, DOI: 10.1080/13563467.2016.1113948.
- Yilmaz-Güney, Koray (2011): Karriere eines konstruierten Gegensatzes: Zehn Jahre ‚Muslime versus Schwule‘. Sexualpolitiken seit dem 11. September. Eigenverlag, Berlin 2011.
- Yuval-Davis, Nira (2013): Jenseits der Dichotomie von Anerkennung und Umverteilung: Intersektionalität und soziale Schichtung. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hg.): *Fokus Intersektionalität*. Wiesbaden: Springer VS, S. 203–221
- Zihlmann, Oliver/Holland, Wau (2001): Mit Geheimdiensten kann man nicht spielen. Die Hackerlegende Wau Holland über illegales Verhalten, Kontrolle und Staubsauger. In: *Die Datenschleuder* (2001), S. 2–5. <http://ds.ccc.de/pdfs/ds075.pdf> [15.6.2016].

Danksagung

Wie die Aktivist_innen der Netzbewegung sind auch Wissenschaftler_innen vernetzte Individuen. Unter günstigen Bedingungen arbeiten sie entlang von selbstgesetzten Zielen, aber immer im Austausch mit anderen. Allen voran gilt mein Dank Gabriele Winker für die ausgezeichnete Betreuung dieser Dissertation. Sie hat mir nicht nur außergewöhnlich gute Arbeitsbedingungen zur Verfügung gestellt, sondern mich vor allem durch die intensive Auseinandersetzung bei der Entstehung dieser Arbeit unterstützt. Dafür danke ich ihr ebenso wie Martin Nonhoff, der das Zweitgutachten übernommen hat.

Zwei Diskussionskontexte waren für die Entstehung dieser Arbeit besonders wichtig: Die Workshop-Reihe „Hegemonie und Diskurstheorie“, deren Diskussionen über Dislokationen, leere Signifikanten und die politische Relevanz wissenschaftlicher Arbeit sich in die ein oder anderen Fußnote dieser Arbeit eingeschrieben haben, und das Kolloquium der Forschungsgruppe Arbeit–Gender–Technik. Beides sind freundliche Orte der gesellschaftskritischen Auseinandersetzung und ich empfinde es als großes Glück, daran partizipieren zu können. Die Forschungsgruppe Arbeit–Gender–Technik war zudem ein wunderbarer Arbeitsort, nicht zuletzt dank Tanja Carstensen, Wibke Derboven, Jette Hausotter, Anna Köster-Eiserfunke, Kathrin Schrader, Doris Cornils, Doreen Kruppa, Iris Nowak und Michel Raab. Alle haben einzelne Teile der Arbeit gelesen, kritisch kommentiert und wichtige Hinweise gegeben. Dies gilt auch für Helene Buchholz, die zum richtigen Zeitpunkt auf Deadlines gedrängt hat, Anna-Katharina Meßmer, Nina Mackert, Susanne Richter und Jana Ballenthien. Euch allen danke ich herzlich.

Zur Entstehung dieser Arbeit haben nicht zuletzt all jene beigetragen, mit denen ich kurze und lange Gespräche über mein Forschungsprojekt, das Internet, Hacker_innen und die Netzbewegung führen konnte und deren Tweets, Blogs und Podcasts das hier gezeichnete Bild der Netzbewegung geprägt haben. Mein besonderer Dank gilt den Aktivist_innen, die bereit waren, mit mir über ihre politischen Überzeugungen und ihr Engagement zu sprechen.

Bei der Hans-Böckler-Stiftung bedanke ich mich für die finanzielle Förderung dieses Projektes und die Unterstützung bei der Publikation. Meinen Eltern Monika und Dieter Ganz gilt dafür ebenfalls mein Dank. Vor allem aber danke ich ihnen für ihr ungebrochenes Zutrauen von Anfang an, das dazu beigetragen hat, dass ich diese Arbeit geschrieben habe.

Über die Zukunft kommunizieren



Dieter Grunow

Die Gesellschaft der Zukunft – Beobachtungen aus der Gegenwart

2017. 262 S. Kt.

24,90 € (D), 25,60 € (A)

ISBN 978-3-8474-0691-4

eISBN 978-3-8474-0839-0

Niemand weiß, was die Zukunft bringt. Trotzdem oder gerade deshalb kommunizieren wir ständig über das Thema Zukunft – ob privat oder in den Massenmedien. Der Autor untersucht diese Kommunikation und rückt zwei Bezugspunkte in den Mittelpunkt: die funktionale Differenzierung der moder-

nen Gesellschaft und die Inklusion der Bevölkerung in die Funktionssysteme wie Politik, Wirtschaft, Erziehung. Wie werden diese Themen mit Blick auf die Gesellschaft der Zukunft behandelt und welche Entscheidungsimpulse ergeben sich daraus?



www.shop.budrich-academic.de

Politik und Geschlecht

Band 27



Imke Leicht
Nadja Meisterhans
Christine Löw
Katharina Volk (Hrsg.)
**Feministische Kritiken
und Menschenrechte**
Reflexionen auf ein produktives
Spannungsverhältnis

2016. 152 S. Kt.
24,90 € (D), 25,60 € (A)
ISBN 978-3-8474-0702-7
eISBN 978-3-8474-0848-2

Band 28



Christine Löw
Katharina Volk
Imke Leicht
Nadja Meisterhans (Hrsg.)
Material turn:
**Feministische Perspektiven
auf Materialität und
Materialismus**

2017. 205 S. Kt.
29,90 € (D), 30,80 € (A)
ISBN 978-3-8474-0576-4
eISBN 978-3-8474-0406-4



www.shop.budrich-academic.de